## Metropolitan Borough of Chelsea

# PUBLIC LIBRARY

## LENDING DEPARTMENT

CHELSEA PUBLIC LIBRARY
No. 451904
BOOK STORE COPY
WITHDRAWN FROM STOCK

*Extracts from the Rules and Regulations*

6.—No book shall be issued unless the Borrower produces his ticket. When a book is borrowed the ticket must be left with the Librarian. The Librarian is authorised to refuse books to messengers whom he may consider unfit to take proper care of them.

7.—Every book borrowed shall be returned within fourteen days, and in default thereof the Borrower or his Guarantor shall pay a fine of one halfpenny per day or portion of a day for the period during which the book is detained beyond fourteen days. Any book not returned within three calendar months will be replaced and the Borrower or his Guarantor shall pay the cost of such book together with all fines incurred. A book may be re-borrowed upon application if not required by another reader; such application may be made by post. No book can be exchanged on the day of issue.

9.—Every book on return shall be handed to the Librarian or his Assistant, and if on examination it be found in any way damaged the last Borrower or his Guarantor shall pay for the damage done, or shall replace the book or set of books to which it belongs.

**[N.B.—This Rule also applies to damage to books by rain.]**

12.—(*a.*) No person suffering from an infectious disease shall borrow, read, or use any book from the Library, nor shall any person having a book from the Library permit the same to be used by anyone suffering from an infectious disease.

(*b.*) In cases where infectious disease has broken out in the Borrower's house after the books have been borrowed, the books must not be returned to the Library, but be handed over to the Public Health Officers who are authorised to receive and deal with them.

**Borrowers returning books which have been exposed to infection are liable under the Public Health (London) Act, 1891, sec. 68, to a penalty not exceeding Five Pounds.**

London)

LONDON BOROUGH OF LEWISHAM
LIBRARY SERVICE

Author

Title

BOOK STORE

Books or discs must be returned on or before the last date stamped on label or on card in book pocket. Books or discs can be renewed by telephone, letter or personal call unless required by another reader. After library hours use the Ansafone Service (01-698 7347). For hours of opening and charges see notices at the above branch, but note that all lending departments close at 1 pm on Wednesday and all libraries are closed on Sundays, Good Friday, Christmas Day, Bank Holidays

METROPOLITAN
SPECIAL COLLECTION

**Robert Walpole im Unterhause,**
**neben dem Stuhle des Sprechers.**
(Nach dem Stiche von A. Fogg; Originalgemälde von Hogarth und Thornhill.)

# Englische Geschichte

im

## achtzehnten Jahrhundert

---

Zweiter Band

# Englische Geschichte

im

## achtzehnten Jahrhundert

Von

Wolfgang Michael

---

**Zweiter Band**

## Das Zeitalter Walpoles

**Erster Teil**

---

**Berlin und Leipzig**
Verlagsbuchhandlung Dr. Walther Rothschild
1920

942.071

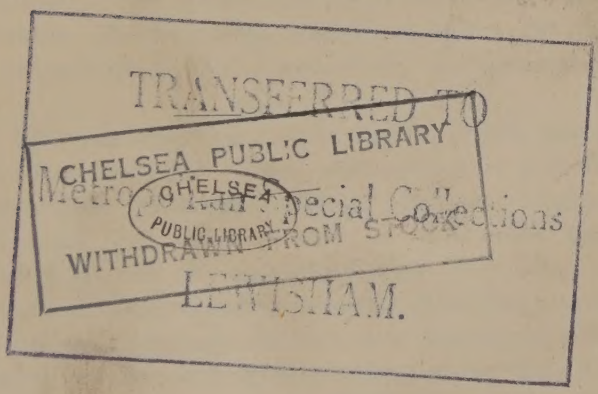
# Das Zeitalter Walpoles

Von

Wolfgang Michael

---

**Erster Teil**




**Berlin** und **Leipzig**
Verlagsbuchhandlung Dr. Walther Rothschild
1920

451904
BS 942.07
MIC

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1920 by
Dr. Walther Rothschild
Berlin

Torgauer Druck- und Verlagshaus G. m. b. H.

# Vorwort.

Nach langer Pause übergebe ich den zweiten Band meines Werkes der Oeffentlichkeit. Mancherlei Umstände, grössere und kleinere Arbeiten anderer Art, haben neben der Berufstätigkeit die Fortführung verlangsamt; zuletzt hat auch der Krieg mit seiner Erschwerung aller literarischen Produktion die Vollendung verzögert. Mir selbst war freilich der Stoff niemals fremd geworden. Gleich nach dem Erscheinen des ersten Bandes wurde die Sammlung des Materials für die folgenden aufgenommen. Seit dem Jahre 1897 habe ich fast alljährlich einige Wochen oder Monate in England verbracht. Die Arbeit galt nicht allein dem jetzt erscheinenden zweiten Bande. Auch die Sammlungen für den folgenden sind abgeschlossen, die Ausarbeitung ist grossenteils vollendet.

Die Kritik hat sich seinerzeit meinem ersten Bande gegenüber sehr wohlwollend geäussert. Noch wertvoller aber war mir die Wahrnehmung, dass das Buch seither in allen einschlägigen Schriften viel benutzt, viel zitiert worden ist, dass seine Darstellung von deutschen wie von angelsächsischen Forschern als eine solche, auf die man sich schlechthin beruft, behandelt wurde. Hätte diese freundliche Aufnahme mich in dem Beschlusse einer raschen Fortführung der Arbeit bestärken sollen, so lag darin zugleich die Mahnung zu eindringendem Studium der folgenden Zeiten. Diese Studien bezogen sich auf alle wichtigen Seiten des historischen Lebens der englischen Nation, auf äussere und innere Politik, auf Verfassungs- und Wirtschaftsleben, auf Handel und Finanzen und Kolonialpolitik, und selbst auf die Blüten höherer

Kultur, auf Malerei und Architektur, Dichtung und Musikpflege. Einzelne Ergebnisse dieser Forschungen sind bereits in Vorarbeiten, die den Fachgenossen bekannt sind, veröffentlicht worden. Das Ganze soll nun dem Publikum als eine englische Geschichte im Zeitalter Walpoles vorgelegt werden.

Dabei ergab sich die Notwendigkeit einer Teilung des Stoffes. Der vorliegende Band behandelt die Zeiten bis zum Wiedereintritt Walpoles in die Regierung. Erzählung und Schilderung werden in dem Leser den Eindruck erwecken, dass am Ende des behandelten Zeitraums eine Krisis ihre Lösung gefunden, dass eine Beruhigung, eine Klärung der inneren Lage Englands stattgefunden hat, durch die Raum wurde für das Walten einer grossen Persönlichkeit. Der grosse Mann, wenn er erscheint, – auch wir haben es in unserer deutschen Geschichte erlebt — er kommt wie ein Geschenk Gottes, der Mann, der, vom Schicksal emporgehoben und vom Beifall der Menge getragen, seinen Volksgenossen mit klugem Kopf und starker Hand die Richtung weist. Für England war am Ende eines Kriegszeitalters Robert Walpole dieser Mann. Seine historische Grösse wird freilich dem Leser des vorliegenden Bandes noch nicht ganz aufgehen, denn hier lernt er ihn nur kennen als den ewigen Verneiner, als den grossen Oppositionsmann. Wäre er 1720 aus dem Leben geschieden, so würde er im Gedächtnis der Nachwelt fortgelebt haben als ein Mann, dessen Bedeutung in der Kraft seiner Kritik lag. Von seinem schöpferischen Wirken wird erst der nächste Band zu reden haben.

Wie aber die enge Zusammengehörigkeit beider Bände in dem für beide gemeinsam geltenden Untertitel „Das Zeitalter Walpoles“ seinen Ausdruck finden soll, so ist auch dasjenige, was über die benutzten Quellen – ich rede hier nur von den ungedruckten – gesagt werden soll, von dem Material für den folgenden Band gar nicht zu trennen. Natürlich sind unter den Akten in erster Linie wieder die Materialien des *Public Record Office* in London zu nennen. Sie haben für alle Teile des Buches die grösste Ausbeute geliefert. Innere und äussere Politik, maritime und militärische Unternehmungen, Handel und Kolonien und Finanzen, auch Parteigeschichte und Soziales, kurz alle Gebiete des englischen Lebens, auf die der Staat einwirkt – und der merkantilistische Staat greift tief hinein in das Leben seiner Untertanen — von dem allen reden die Akten, die in unermesslicher Zahl hier aufbewahrt

werden. Ich habe diese Akten, so oft ich kam, in aller Freiheit benutzen dürfen und denke mit Freude an die Stunden reicher Belehrung zurück, die ich unter den Schätzen des *Record Office*, wie in stummer Zwiesprache mit den Geistern des 18. Jahrhunderts, verbrachte[1]).

Nicht ganz so wichtig wie das *Record Office*, aber doch auch bedeutsam genug für meine Studien waren die Handschriften des Britischen Museums. Ich brauche hier neben der für die Geschichte des 18. Jahrhunderts so reichhaltigen *Stowe Collection* nur ein paar Gruppen aus der ungeheuren Masse der *Additional Manuscripts* zu nennen. Zuerst die *Newcastle Papers*, jene prächtige Sammlung, deren Hunderte von Bänden sich über die langen Jahrzehnte erstrecken, während welcher Thomas Pelham, Herzog von Newcastle, dem Kabinette angehörte, der Unentbehrliche, der über so viele Sitze im Parlament verfügte, der aber doch die Geringschätzung nicht so ganz verdient, mit der die Nachwelt ihn zu behandeln pflegt, denn er war ein Mann von ungeheurer Arbeitskraft und grosser Hingabe und ich glaube auch nicht ohne staatsmännische Be-

[1]) Wo die Darstellung sich auf die Akten stützt, wird man diese überall in den Anmerkungen zitiert finden. Dabei schien es mir jedoch nicht erforderlich, auch jedesmal nach Aktenband und Folioseite die Fundstelle genau zu bezeichnen. Ich habe es nur in solchen Fällen getan, wo der kundige Nachforschende den Fundort nicht ohne weiteres erraten würde. Das genaue Zitieren empfahl sich auch aus dem Grunde nicht so sehr, weil in manchen Fällen die Akten, seitdem ich sie eingesehen, in eine andere Ordnung gebracht, „*rearranged*" worden sind. Da kann ein nicht mehr stimmendes Zitat leicht irreführen. Ob aber jene Neuordnung immer glücklich war, lasse ich dahingestellt. Bedauerlich erschien mir z. B., dass die aus 184 Aktenbänden bestehende Folge *Home Office, Regencies* aufgelöst und unter andere Bändeserien verteilt worden ist. Hier hat das Prinzip der sachlichen Zusammengehörigkeit einen dem Forscher wenig willkommenen Sieg über das Provenienzprinzip davongetragen. Es handelt sich nämlich besonders um die während der Aufenthalte Georgs I. und II. in Deutschland erwachsenen Korrespondenzen. Die Regierung hat in solchen Fällen formell ihren Sitz in Whitehall behalten, ist aber praktisch gespalten in zwei Behörden, die sich in London und Hannover befinden und nur schriftlich miteinander verkehren können. Erörterungen, wie sie in gewöhnlichen Zeiten nur im Schosse des Kabinetts gepflogen werden und hier verhallen, ohne schriftliche Spuren zu hinterlassen, sind nun in Briefwechseln festgehalten, die an historischer Wichtigkeit durch nichts übertroffen werden und wohl verdient hätten, als besondere Aktengruppe aufbewahrt zu werden.

gabung. Seine privaten Korrespondenzen lassen oft ein helleres Licht auf die Vorgänge fallen als die offiziellen Depeschen. Da verzichtet Newcastle auch auf die ihm sonst eigene Feierlichkeit des Stils. Wie froh ist manches Mal der Forscher, wenn er hier in vertraulichen Billetten die geheimsten Erwägungen der Staatsmänner ausgesprochen findet, die ihm sonst trotz allem Studium in den Archiven vielleicht ewig verborgen geblieben wären.

Für die Geschichte des englischen Handels im Zeitalter Walpoles war es mein Wunsch, mich aus den Papieren der grossen Handelsgesellschaften selbst unterrichten zu dürfen. Einiges von den Akten der *Levante Company* und der *Royal African Company* habe ich im *Record Office* eingesehen. Dass mir die Verwaltung der heute noch bestehenden *Hudson's Bay Company* die Benutzung ihrer alten Akten rundweg abschlug, war zu verschmerzen, da ein paar neuere Werke über diese Gesellschaft hinlänglich Auskunft erteilen. Dagegen war es mir vergönnt, die Akten der beiden bedeutendsten Gesellschaften, nämlich der Ostindischen und der Südsee-Kompagnie frei zu studieren und das für mich Wissenswerte daraus zu entnehmen. Die ganzen Papiere der Südsee-Kompagnie befinden sich heute im Britischen Museum (*Add. Mss. 25 494—25 584*). Ihre Bedeutung liegt in den Aufschlüssen, die sie über den Handelsbetrieb der Gesellschaft geben, während für die grossen Finanzoperationen des Jahres 1720, über die ich in anderen Quellen viel Neues gefunden habe, so viel ich sehe, nur in einem einzigen Aktenbande (*Add. 25 579*) etwas Material erhalten ist. Alles andere scheint entfernt oder vernichtet zu sein.

Auch die Benutzung des *India Office*, in dem sich heute die Akten der Ostindischen Kompagnie befinden, ist mir gütigst gestattet worden. Ich habe viel Interessantes darin gefunden. So ist mir hier z. B. die berühmte englische Gesandtschaft, die 1715 an den Hof des Grossmoguls zog und mit der „Magna Charta für Indien" heimkehrte, in ganz anderem Lichte erschienen als wie man sie früher sah.

Ausser diesen offiziellen Sammlungen war es mir vergönnt, noch eine andere Gruppe handschriftlicher englischer Quellen zu benutzen, die für die Zwecke der Wissenschaft noch nie herangezogen waren, ja von deren Existenz niemand zuvor etwas gewusst

hatte. Ich habe das Glück gehabt, im Jahre 1909 bei einem Besuche des Schlosses Houghton Hall in Norfolk, das von Robert Walpole erbaut und bis an sein Ende bewohnt wurde, den handschriftlichen Nachlass des grossen Staatsmannes zu entdecken. Die vorhandenen Briefe und Akten befanden sich in völlig verwahrlostem Zustande unter altem Gerümpel und schienen dem baldigen Untergange geweiht zu sein. Seit Generationen war für die Erhaltung wohl nichts mehr geschehen, ja die Tatsache, dass es sich um wertvolles historisches Material, dass es sich um Walpolesche Papiere handle, war unter den Nachkommen Walpoles längst, vielleicht schon seit dem 18. Jahrhundert, in Vergessenheit geraten. Bei mir, der ich die Materialien der Archive bereits in grosser Menge studiert hatte, musste nach dieser Entdeckung der lebhafte Wunsch entstehen, etwas von diesem Schatze zu bergen und für meine Arbeit nutzbar machen zu dürfen. Der Eigentümer von Houghton Hall, Marquis of Cholmondeley, selbst ein Nachkomme Walpoles, der mir die Besichtigung des Schlosses freundlich gestattet hatte, gewährte mir auch die Möglichkeit, die gefundenen Handschriften zu studieren. Ein neuerlicher englischer Aufenthalt im Jahre 1910 führte mich auch zum zweiten Male nach Houghton Hall, wo ich eine Auswahl der mir besonders wichtig erscheinenden Teile traf. Diese wurden nach London gesandt und mir zur Benutzung im Britischen Museum zur Verfügung gestellt.

Wenn ich die *Houghton Papers,* wie man sie nun wohl in England nennen wird, als den handschriftlichen Nachlass Robert Walpoles bezeichnet habe, so ist freilich hinzuzufügen, dass wir es sicherlich nur mit einem kleinen Teil des ehedem Vorhandenen zu tun haben. Der Sohn des Ministers, der nächste Besitzer von Houghton Hall, soll ein schlechter Verwalter des überkommenen Erbes gewesen sein. Möbel, Bilder und Kostbarkeiten wurden veräussert. Da mag auch von den Handschriften vieles verstreut und verschleppt, verloren und vernichtet worden sein. Vernichtet hatte vielleicht schon Robert Walpole selbst einen Teil seiner Schriften, um in der Zeit, da er durch politische Verfolgung bedroht war, nicht seinen Gegnern das Material zu liefern. Genug, was wir besitzen, ist nicht eine fortlaufende Aktenreihe, nicht umfangreiche Korrespondenzen politischer oder privater Natur nach der Art des *Newcastle Papers*, nicht ein Material, auf Grund dessen man Walpoles Leben oder eine

Geschichte seiner Politik schreiben könnte. Es ist wohl von allem etwas da. In der Hauptsache scheint es mir aber nur das Rohmaterial zu sein, aus dem der Minister sich über die schwebenden Fragen belehrte, um seine Entschlüsse fassen zu können. Da finden wir in grosser Menge die sogenannten *Accounts* und *Estimates* über verschiedene Zweige des britischen Handels, Aufstellungen über öffentliche Finanzen, Staatsschuld und Tilgungsfonds, die Gutachten der Beamten, die Meinungsäusserungen der Pyriaten, die handschriftlichen und gedruckten Pamphlete. Ein Material, wie es sich ähnlich auch in dem Nachlass eines Colbert oder anderer grosser Minister gefunden haben könnte, welche über das gesamte Wirtschaftsleben ihres Volks in einer aufstrebenden Epoche von einer einzigen Stelle aus souverän zu entscheiden hatten. Und doch ist es wieder eigentümlich für Walpole und das englische Wirtschaftsleben des 18. Jahrhunderts. Eigentümlich ist auch die Art, wie er dieses Material benutzt hat. Man erkennt seine Arbeitsweise an den handschriftlichen Notizen, an den Randbemerkungen, an den vielen mit Ziffern und Berechnungen bedeckten Blättern, an den eigenhändig niedergeschriebenen Erwägungen, die sich manchmal zu förmlichen Denkschriften auswachsen. Man meint ihn noch an der Arbeit zu erblicken, prüfend, rechnend und erwägend. Man meint einen Hauch zu verspüren vom Leben eines grossen Schaffenden. Die Behandlung des Parlaments, Fragen des Handels, der Finanzen, der überseeischen Besitzungen, die sein Denken ausfüllen, bilden auch den vornehmsten Inhalt dieser Schriften. Die auswärtige Politik interessiert ihn weniger, ja er scheint sie, wenn wir wieder die *Houghton Papers* befragen, meist aus den Augen zu verlieren. Erst vom Jahre 1725 an, als das Bündnis von Hannover und die entstehende Kriegsgefahr ihn wie ein Schreckschuss aus seiner Ruhe aufgescheucht haben, häufen sich auch die Akten über auswärtige Fragen, um in den ruhigeren Zeiten der dreissiger Jahre wieder an Umfang abzunehmen.

Die Benutzung der *Houghton Papers* wird man freilich dem dritten Bande noch weit mehr anmerken als dem gegenwärtigen. Aber es musste schon hier über dieses Material Rechenschaft gegeben werden. Inzwischen hat, durch meine Mitteilungen angeregt, auch die *Royal Commission on Historical Manuscripts* ihre Aufmerksamkeit den *Houghton Papers* zu-

gewendet und wird, wie ich höre, in der üblichen Weise einen *Report*, hoffentlich einen recht ausführlichen, über denselben erstatten.

Endlich will ich nicht unerwähnt lassen, dass mir von den Trustees des Familienbesitzes der Townshend die gütige Erlaubnis erteilt wurde, während eines kurzen Besuchs des Schlosses Raynham in Norfolk daselbst auch einige handschriftliche Materialien einzusehen, die nicht schon in dem 1887 erschienenen, übrigens recht dürftigen, *Report* verzeichnet waren. Ein neuer, ausführlicherer *Report* soll in Vorbereitung sein.

Um auf die nichtenglischen Archive zu kommen, so sind mir wieder die fortlaufenden Gesandtschaftsberichte in Berlin und Wien von hohem Werte gewesen, nicht allein für die politisch-diplomatische Geschichte der Zeit, sondern ebensosehr, ja oft noch mehr mit ihren Nachrichten über die Vorgänge in England selbst. Man darf nicht glauben, dass das von ihnen Mitgeteilte nur in anderer Form dasjenige wiedergebe, was man auch aus Zeitungen oder ähnlichen Produkten der Zeit erfahren könne. Sie vermögen doch den Ereignissen ganz anders auf den Grund zu gehen. Personen, wie der preussische Resident Friedrich Bonet und der österreichische Johann Philipp Hoffmann, die sich in Jahrzehnten gewöhnt haben, das Treiben der Gesellschaft und der hohen Behörden in England beobachtend, fragend, kritisierend zu verfolgen und zu schildern, sie sind Berichterstatter ersten Ranges. Sie schöpfen ihre Kenntnis gewöhnlich auch aus erster Hand. Bonet gibt die Mitteilungen wieder, die ihm Sunderland, Stanhope, Bernstorff, Robethon gemacht haben. Die Minister erzählen und erläutern ihm das Geschehene. Er vermisst sie schmerzlich, wenn sie den König nach Hannover begleiten, während er selbst in London bleibt. Er beklagt auch den Rücktritt Townshends wie ein ihm persönlich widerfahrenes Missgeschick, denn er pflegte so viel durch ihn zu erfahren. Nicht anders Hoffmann. Mit keinem Nichtengländer verkehrt Sunderland so viel wie mit ihm, mit dem er fast ausschliesslich seine Spaziergänge macht. Wohl kommen auch vornehmere kaiserliche Vertreter nach England, ein Graf Volkra, ein Freiherr von Pendtenriedter, ein Graf Starhemberg, deren Korrespondenzen ich benutzt habe, aber sie lernen England nicht kennen, wie Hoffmann es kennt.

Im französischen Archiv des Auswärtigen Amtes habe ich besonders die diplomatischen Berichte aus den Jahren 1719 und 1720 studiert, d. h. aus der Zeit der in beiden Ländern spielenden grossen Finanzoperationen mit ihren mannigfachen Beziehungen und Wirkungen. Daneben fand ich ein höchst interessantes Material an Denkschriften aus verschiedenen Jahrzehnten, die sich immer wieder mit der den Franzosen des 18. Jahrhunderts so unheimlichen Erscheinung der steigenden wirtschaftlichen Grösse Englands beschäftigen und die sich für diese Entwicklung selbst als eine Quelle ersten Ranges erwiesen.

Abgesehen von allerlei Auskünften und Abschriften, die mir aus anderen Archiven zuteil wurden, habe ich nur noch des Staatsarchivs zu Hannover zu gedenken, dessen St. Saphorin-Akten mir wertvolle Dienste geleistet haben.

Allen diesen Anstalten, ihren Verwaltungen und ihren Beamten, bin ich zu Danke verpflichtet. Mein Dank gilt auch den benutzten Bibliotheken, allen voran unserer Freiburger Universitätsbibliothek. Er gilt auch der badischen Regierung für mehrfach gewährte Reiseunterstützungen. Auch einzelnen habe ich zu danken. Neben den Kollegen und engeren Fachgenossen an unserer Universität, denen ich so oft die Vorarbeiten vorlegen und deren Urteil ich vernehmen durfte, gebührt mein Dank — und keine nationale Verstimmung darf mich abhalten, ihn auszusprechen denjenigen Männern, die mir durch bewiesene Freundschaft und gütige Hilfe meine Arbeit in England erleichtert und mir den Weg zu schwer zugänglichen Arbeitsstätten geöffnet haben. Ich nenne, neben den Eigentümern und Verwaltern der genannten Privatsammlungen, in erster Linie den verehrten Master of Peterhouse, Sir Adolphus William Ward, dessen Gastfreiheit ich so oft genossen und dessen freundwillige Hilfe ich so oft in Anspruch genommen habe. Ich nenne mit Wehmut den inzwischen verstorbenen Sir William Ffolkes, den Wohltäter von Norfolk, der mich in Hillington Hall wiederholt gastlich empfangen und mir den Weg nach Houghton geebnet hat; Mr. Lee Warner in Swaffham, der mich nach Raynham geführt hat. Neben Mr. Roberts, dem Leiter des *Record Office*, nenne ich Mr. Hubert Hall, den ausgezeichneten Kenner der ungeheuren Sammlungen, dessen kundigen Rat ich so manches Mal in Anspruch nehmen durfte.

Und endlich drängt es mich, auch an dieser Stelle ein Wort des Dankes auszusprechen für die selbstlose Hingabe, mit welcher der mir befreundete Verleger, allen Nöten der Zeit zum Trotz, das Erscheinen dieses Buches ermöglicht hat.

So wage ich es denn, in einer Zeit, wo der Groll der Völker noch nicht zum Schweigen gekommen ist, als Deutscher ein Stück englischer Geschichte vorzutragen. Die Wissenschaft steht ausserhalb des Streites und der Ruhm deutscher Wissenschaft ist es von jeher gewesen, unbeirrt durch die Leidenschaft des Tages nur der Wahrheit zu dienen.

Freiburg i. B., den 10. November 1919.

**Wolfgang Michael.**

# Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort . . . . . V

Einleitung . . . . . XXI

**Erstes Buch.**

Die Krisis des hannövrischen Königtums.

Erstes Kapitel. Whig und Tory . . . . . 3—26

Das Wesen politischer Parteien 5. Rapin Thoyras 6. Ursprünge der Whigs und Tories 8. Die überlieferten Theorien 9. Anglikaner und Nonkonformisten 14. „*Landed*“ und „*moneyed interest*“ 19. Whigs und Tories im sozialen Leben 22. Der Streit um die Aemter 25.

Zweites Kapitel. Die Spaltung der Whigpartei und der Konflikt im Königshause . . . . . 27—60

Krone und Parteien 27. Die Schriften von Toland und Cowper 27. Agitation des Tories 1714 32. Georg I. und die Whigs 35. Die neuen Minister 39. Robert Walpole 39. Die beiden Flügel der Whigpartei 41. Der Angriff auf Cadogan 41. Der Prozess des Grafen Oxford 44. Spannung zwischen dem Könige und Prinzen von Wales 49. Der Zwischenfall bei der Kindtaufe 52. Die Verbannung des Prinzen vom Hofe 54. Die Gefolgschaft des Prinzen 56. Der König und seine Enkelinnen 58.

Drittes Kapitel. Die Moralisten und der Deismus . . 61—96

Locke und Shaftesbury 61. Die moralischen Wochenschriften 63. Mandeville und die Bienenfabel 69. Tugend und Religion 77. Die Deisten 78. Deismus und Gedankenfreiheit 81. Die Freimaurerei 83. Daniel Defoe 87. Robinson Crusoe 90.

Viertes Kapitel. Der Sieg des Whiggismus in der Kirchenpolitik . . . . . 97—133

Die Kontroverse von Bangor 97. Die Beseitigung der Konvokation 99. Der König und die Nonkonformisten 101. Gelegentliche Konformitätsakte und Schisma-Akte 103. Absicht

Seite

ihrer Beseitigung 105. Die Niederlage der Regierung 106. Die kirchenpolitische Vorlage im Oberhause 107. Walpoles Kampf gegen die Kirchenpolitik der Regierung 113. Die Vorlage angenommen 114. Der „unabhängige Whig" 115. Destouches und Craggs 116. Die Vergangenheit des Katholizismus in England 118. Die Lage der englischen Katholiken 120. Die Stricklandsche Episode 121. Die Stellung der Juden 129. Schlusswort über die Kirchenpolitik 132.

Fünftes Kapitel. Das Vorspiel des Krieges mit Spanien 134–190

Die Quadrupel-Allianz 134. Der Streit um die Präambel 135. Die Politik des Herzogs von Orleans 139. Dubois und Law 144. Spanien nach der Schlacht am Kap Passaro 144. Die Entscheidung in Madrid 147. Alberoni, der „Brandstifter Europas" 148. Defoe über den spanischen Krieg 150. Die Thronrede und die Adressen 153. Walpole gegen die Adresse 158. Die Kriegserklärung 162. Die Verschwörung Cellamares 164. Französische und spanische Manifeste 166. Verstimmungen zwischen den Westmächten 168. Frankreichs Abhängigkeit 171. Stanhopes Kriegsplan 173. Die Generalstaaten und die Quadrupel-Allianz 176. Der neue Barriere-Vertrag 179. Das Scheitern der Verhandlungen im Haag 185. Der geplante Kaperkrieg gegen Holland 186.

Sechstes Kapitel. Der Feldzug von 1719 . . . . . 191–224

Die Kriegführenden 191. Los Pasajes 193. Oberst Stanhope im französischen Lager 195. Berwicks Strategie 197. Die baskischen Provinzen 199. San Sebastian und Santoña 201. Der Marsch nach Katalonien 204. Das Scheitern vor Rosas 207. Ursprung der englischen Expedition gegen Spanien 208. Berwicks Bedenken 211. Die Engländer vor Vigo 212. Viktor Amadeo und Karl VI. 216. Die Kämpfe auf Sizilien 217. Die Mitwirkung der englischen Flotte 220.

Siebentes Kapitel. Alberonis Sturz und der Triumph der Quadrupel-Allianz . . . . . 225–282

Elisabeth Farnese und Alberoni 225. Die Mission Scottis 226. Oberst Seissan in London 228. Die Intrigue gegen Alberoni 230. Alberoni nach seinem Sturz 233. Der Streit um Dünkirchen 236. Dubois' Streben nach dem Purpur 241. Krisis der englisch-französischen Beziehungen 242. Stanhope in Paris 245. Law und Stair 249. Spaniens Beitritt zur Quadrupel-Allianz 249. Holland und die Quadrupel-Allianz 253. Holland nie beigetreten 255. Die Gibraltar-Frage 256. Die Mission Louvilles 261. Neigung zur Abtretung Gibraltars 1716 263. Die Haltung Stanhopes 265. Frankreich und Gibraltar 267. Der Umschwung in England 269. Die Aktion des Kabinetts 271. Die Wirkung in Frankreich 273. Die Sendung Senneterres 275. Stanhopes neue Reise nach Frankreich 279.

Achtes Kapitel. Der Prätendent und seine Leute . . 283–357

Die Stuarts im Exil und ihr Anspruch auf den englischen Thron 283. Die *Stuart Papers* 285. Prinz Jakob Eduard 287. Seine kirchenpolitische Haltung 288. Die Organisation des Jakobitismus 291. Das Treiben der Jakobiten 293. Vertreibung

Seite

Jakob Eduards aus Avignon 294. Die „Rebellen“ in Flandern 298. Frankreich und die Jakobiten 301. Die Finanzen Jakob Eduards 303. Der Prätendent in Italien 305. Der Hof von Urbino 308. Die Verhaftung Peterboroughs 309. England und der Kirchenstaat 311. Die Häupter des englischen Jakobitismus 314. Die Nonjurors 317. Cibbers „Nonjuror“ 322. Jakobitische Kundgebungen in England 323. Die jakobitische Berichterstattung 328. Die Jakobiten im Parlament 331. Die englische Regierung in Verhandlung mit Ormond und Mar 333. Bemühungen der Jakobiten um hochstehende Schotten und Engländer 336. Heiratspläne des Prätendenten 341. Prinzessin Clementine Sobieski 345. Das Verlöbnis 348. Die Verhaftung der Braut 350. Die Flucht 354.

Neuntes Kapitel. Die stuartische Gefahr im Jahre 1719 358–409

Die Jakobiten und der Norden 358. Das Manifest des Prätendenten 362. Seine Kirchenpolitik 363. Bemühungen um den Herzog von Orleans 367. Verbindung Jakob Eduards mit Alberoni 369. Der spanisch-stuartische Plan 377. Tod der Königin Maria 379. Die Verhaftung in Voghera 381. Jakob Eduard in Spanien 382. Der Invasionsplan 383. Massregeln zur Verteidigung 385. Das Scheitern der neuen „Armada“ 387. Der Verzicht auf die neue Expedition 390. Die Unternehmung gegen Schottland 392. Die Schlacht bei Glenshiel 397. Das vereitelte Strafgericht 402. Die Brüder Keith 404. Im Hause des Prätendenten 405.

Zehntes Kapitel. England und die Mächte des Nordens 410–476

Die Welt des Nordens und Ostens 410. Deutschland und die grossen Kriege 411. Die Westmächte und die nordische Frage 412. England und Schweden 414. Englisch-russische Beziehungen vor Peter dem Grossen 418. Der Zar in London 421. Die Missionen von Whitworth und Matwejew 422. Fürst Kurakin in Deutschland 425. Die russische Gefahr in Deutschland 426. Die Verhandlung in Amsterdam 428. Das russisch-französisch-preussische Bündnis 430. England und der Zar 433. Norris und Jefferyes zum Zaren gesandt 436. Jefferyes in Petersburg 439. England und Preussen 441. Friedrich Wilhelm I. 442. Friedrich Wilhelm und Strafford 444. Preussen und die britische Thronfolge 445. Hannover und der Norden 451. Whitworth in Berlin 452. Die Havelberger Zusammenkunft 455. Whitworth' „Schlussrelation“ 457. Bonet und die kleine Prinzessin 459. Bernstorffs Verleumdungsfeldzug 460. Annäherung der Westmächte an Preussen 461. Der Vertrag vom 5. Januar 1719 465. Die Deklaration 4 471.

Elftes Kapitel. Politische Erfolge und militärische Enttäuschung . . . . . 477–547

Der Tod Karls XII. 477. Der Umschwung in Schweden 478. Ein französisches und ein englisches Friedensprogramm 479. Das Einlenken Frankreichs 483. Der Friedensplan des Grafen La Marck 485. Die Westmächte und Deutschland 487. Lord Stairs Vorschlag 488. Whitworth' neue Sendung nach Berlin 489. Friedrich Wilhelms Zurückhaltung 493. Frankreich und Preussen 494. Whitworth verlässt Berlin 496. Die Sendung Carterets nach Schweden 497. Die Gefahr Schwedens 500.

Seite

Der schwedisch-hannövrische Präliminarvertrag 503. Sir John Norris und die baltische Expedition 507. Eindruck in Russland 511. Die Seemacht Peters des Grossen 512. Das kommende Ostseedrama 516. Norris' Zögern 518. Der Umschwung in Hannover 520. Neue Verhandlung in Berlin 521. Die geschlossenen Verträge 526. Neue Befehle für Carteret und Norris 528. Englands Pläne gegen Russland 530. Der englisch-schwedische Präliminarvertrag 532. Ulrike Eleonore 534. Der Rückzug der Russen 536. Das Ende der Ostsee-Expedition von 1719 539. Warum die russische Seemacht nicht vernichtet wurde 541. Die Urteile über Norris 543. Stanhopes Erfolg 546.

Zwölftes Kapitel. Die inneren Wirren und der Sieg Walpoles . . . . . 548–623

Die drei Quellen der Verlegenheiten der Regierung 548. Der König und der deutsche Hof 549. Hannover und England in der auswärtigen Politik 551. Angriffe gegen die Deutschen 555. Bernstorff und das Triumvirat 556. Der Kampf der englischen Minister gegen die deutschen 557. Der Streit im Kabinett und ausserhalb 561. Dubois' Beschreibung des Londoner Hofes 563. Pläne Georgs I. zur Aenderung der Thronfolge 565. Ein Vorschlag zur Auflösung der Personalunion 565. Das geplante Thronfolgegesetz 567. Vergleich mit der Pragmatischen Sanktion Karls VI. 569. Scheitern des Planes 572. Der Plan der *Peerage Bill* 572. Der Pairsschub von 1711 575. Die Whigs und die Kreierung neuer Peers 576. Einbringung der Bill im Oberhause 579. Die königliche Botschaft 581. Die Beratung im Oberhause 583. Der Rückzug der Regierung 585. Ein Spottgedicht 586. Die Einrichtung der Regentschaft 587. London und Hannover 589. Reformpläne der Regierung 592. Newcastles Bedenken 594. Der literarische Streit um die *Peerage Bill* 595. Walpoles „Gedanken eines Unterhausmitgliedes" 595. Die Unterwerfung der Parteigenossen unter Walpoles Gebot 598. Die Bill im Unterhause 600. Walpoles Rede und die Niederlage der Regierung 602. Die Opposition seit 1717 604. Urteile über Walpole. „Die sieben Weisen Englands" 606. Der Plan einer Begnadigung Bolingbrokes 608. Durch Walpole vereitelt 610. Verhandlungen der Regierung mit den Tories 611. Der Plan der „unzufriedenen Whigs" und Bernstorffs 613. Versöhnung des Königs und des Prinzen 615. Wiedervereinigung der Whigs 616. Sturz der deutschen Nebenregierung 617. Bernstorffs weitere Schicksale 620. Der Weg zur Parteiregierung 621. Walpole und die Opposition 622.

**Anhang.**

Nr. 1. Zur Geschichte des Konflikts im Königshause. Drei Briefe des Prinzen von Wales an Georg I. 625–626

Nr. 2. Die unterdrückte Präambel zur Quadrupel-Allianz . . . . . 626–627

Seite

Nr. 3. Stanhopes grosse (an Dubois, 30. März a. St. 1719 gerichtete) Denkschrift über den Krieg der Quadrupel-Allianz gegen Spanien und die politische Lage im Jahre 1719 . . . . 627–631

Nr. 4. Ein Urteil aus dem Jahre 1716 über den Wert Gibraltars . . . . . 632

Nr. 5. Ein Zwischenfall im Unterhause, 1719 . . . 632

Nr. 6. Stanhope über die Gibraltar-Frage . . . . . 633

Nr. 7. Der englische Hof im Jahre 1719, ein von Abbé Dubois entworfenes Bild . . . . . 633–637

Nr. 8. Aus der offiziösen englischen Darstellung der Beziehungen zu Russland in den Jahren 1716 bis 1720 . . . . . 638–639

Nr. 9. Robert Walpoles Gedanken über die Opposition im Parlament . . . . . 639–640

Nr. 10. Drei jakobitische Spottgedichte . . . . . 640

Der erste Band dieses Werkes schloss mit der Bemerkung dass im Sommer 1718 ein Höhepunkt der Macht Georgs I. erreicht war. England besass damals eine gebietende Stellung in Europa. Unter der Führung Lord Stanhopes, eines der grossen auswärtigen Minister der englischen Geschichte, konnte es im Süden wie im Norden die Masstäbe aufstellen. Die Erfolge seines Systems werden wir nun kennen lernen. Wir werden erfahren, wie Alberoni gestürzt und der Ehrgeiz Peters des Grossen in Schranken gehalten wurde.

Aber täuschen wir uns nicht. Die ganze auswärtige Politik spielt nicht mehr die entscheidende Rolle wie in den Tagen von Höchstädt und Ramillies. Die grossen Schlachten sind längst geschlagen und man möchte jetzt nur noch die Früchte geniessen. Der Krieg, zu dem man sich freilich entschliessen muss, wird von der englischen Nation fast wie eine überflüssige Unterbrechung der Friedensarbeit angesehen, er wird nicht ganz ernst genommen und nur unlustig geführt. Das Interesse des Volkes dreht sich um ganz andere Dinge. Sein Sinn steht nicht mehr nach militärischen Triumphen. Es will wirtschaftliche Erfolge sehen, es verlangt nach materieller und geistiger Kultur. Das Geschäft der ostindischen Kompagnie, der Ostseehandel, die amerikanischen Kolonien, die öffentlichen Finanzen, aber auch die Rechte des Parlaments und das Treiben der Parteien, das soziale Leben mit seinen religiös-kirchlichen und sittlichen Problemen, mit seinen literarischen und künstlerischen Bedürfnissen, kurz alles, was der Friede bringen soll, das erfüllt jetzt das Denken der englischen Nation. Da bleibt der auswärtigen Politik nur noch die Aufgabe, jede Störung von der Arbeit des Friedens fernzuhalten.

So meint es auch Robert Walpole. Weil er die Weltanschauung einer Epoche englischer Geschichte in sich verkörpert, darum haben wir ein Recht, vom Zeitalter Walpoles zu reden. Aber die in diesem Manne schlummernde Kraft kam nicht auf einmal zu

voller Entfaltung. Im Jahre 1717 war er im Groll aus dem Kabinette Georgs I. geschieden. Der König hatte ihn schweren Herzens ziehen lassen, denn er wusste, was er an Walpole besass, und ahnte vielleicht, welche Verlegenheiten die Gegnerschaft dieses Mannes ihm bereiten würde. Wirklich nahm der Entlassene seinen Platz an der Spitze der Opposition und hat den Weg der Regierenden zu einem wahren Leidenswege gemacht.

Endlich ist seine Stunde da. Man kann nicht mehr gegen ihn, nur mit ihm regieren. Man ruft ihn zurück, und bald fügt es das Geschick, dass er in einer schweren Krisis, die nicht er verschuldet hat, zum Retter der Gesellschaft wird. Von nun an ist er für England der Mann des Schicksals. Er ist es geblieben über zwei Jahrzehnte lang. Er wird der grosse Staatsmann, der eine Fülle von Aufgaben ergreift und sie mit glücklicher Hand fast sämtlich löst. Mit seiner stillen Arbeit für Handel und Industrie, für Finanzen und Kolonien, wird er der Baumeister des grossen, reichen, starken England der modernen Zeiten. Mit den unter ihm geräuschlos angesammelten Kräften ist im siebenjährigen Kriege Amerika und Indien gewonnen worden. Seine Arbeit hat für die Leistungen des älteren Pitt eine ähnliche vorbereitende Bedeutung wie das Werk Friedrich Wilhelms I. für die Taten Friedrichs des Grossen.

Zugleich bildet sein Walten den Hintergrund für alles das, was man englische Kultur des 18. Jahrhunderts zu nennen pflegt. Nicht als ob er auch auf diesem Gebiete durch persönliche Anregungen gewirkt hätte. Hier ist er nur ein Kind seiner Zeit, mit der er lebt und deren Interessen er teilt. Aber das Walpolesche England ward der Boden, auf dem Geist und künstlerischer Sinn ihre Taten vollbrachten. In ihm ward der Grund gelegt zu einer britischen Kunst der Malerei und die Gesellschaft seiner Zeit ist es, die den Opern Händels und seinen Oratorien gelauscht hat.

So ist es ein Einziger, der, weithin sichtbar, persönlich regiert, von den einen bewundert, von den anderen gehasst und angefeindet, gescholten, verleumdet und bekämpft. „Mit Gnaden und Glücksgütern bis zum Ekel gesättigt," so nennt ihn sein grimmigster Gegner Jonathan Swift. Aber immer ist es der eine, der die öffentliche Aufmerksamkeit beherrscht. Gross in Zweck und Absicht, aber was er schafft, ist enthalten in tausend kleinen Erscheinungen des täglichen Lebens, in den reicheren Warenladungen der Handelsschiffe, in den günstigen Abschlüssen der ostindischen Kompagnie,

in jener Finanzkunst, welche der aus dem Kriegszeitalter stammenden Staatsschuld ihre Schrecken nimmt, in dem glücklichen, die Rechte beider Teile schonenden Zusammenarbeiten von Regierung und Parlament. Er ist nicht einer jener Gewaltigen, die Staaten gründen oder stürzen, die in heissen Kämpfen um Bestand oder Untergang von Völkern ringen, die, hoch thronend, ihre Gegner zerschmettern und noch ihren Freunden fast unnahbar sind. Er ist kein Richelieu und kein Cromwell. Nichts Dämonisches wohnt in dieser Natur. Er ist nur der gewandte Weltmann, der kluge Rechner, der Künstler der parlamentarischen Debatte, der gute Freund seiner politischen Anhänger, der seine Gegner durch kluge Ausnutzung ihrer Schwächen oder durch Intriguen sachte aus dem Sattel zu heben sucht, wenn es ihm nicht etwa gelingt, ihrer Gesinnungstreue durch schnödes Geld Herr zu werden. So war der Mann geartet, von dem auf den folgenden Blättern immer wieder die Rede sein wird und dessen Name darum an die Spitze dieses Bandes gestellt worden ist.

# Erstes Buch.

# Die Krisis des hannövrischen Regiments.

---

Erstes Kapitel.

# Whig und Tory.

„Wohl ist die Zukunft vor meinen Blicken verhüllt, aber ich ahne das Walten einer Vorsehung, die, aller Menschenweisheit spottend, diesen Staat aus jeglicher Not erretten will“ — so schrieb im August 1718, nach dem Abschluss der Quadrupel-Allianz, ein alter Kenner Englands, der preussische Resident Friedrich Bonet. Er folgte nur dem allgemeinen Urteil. Jedermann staunte damals über Stanhopes geniale Politik, durch die innerhalb weniger Jahre die Stellung Englands in Europa wieder so mächtig geworden war, wie in den Tagen Wilhelms III. und Marlboroughs. Aber die Begeisterung des Berichterstatters ist rasch verflogen und der Alltagston wiedergefunden, als er sich nun den inneren Angelegenheiten des britischen Reiches zuwendet. Denn diese erscheinen ihm in einem völlig andern Lichte.

Der Gegensatz ist in der Tat auffallend. In dem Bilde der aufsteigenden Grösse der britischen Macht, das wir im ersten Bande zu malen versucht haben, sind die dunkleren Farben noch nachzutragen. Wir haben bisher die innere Politik, über den jakobitischen Aufstand und den Beschluss der Siebenjährigkeits-Akte hinaus, nur bis zur Entlassung von Townshend und Walpole verfolgt, d. h. bis zu dem Zeitpunkt, da die Einheit innerhalb der Whigpartei verloren ging. Hieraus ergibt sich das eigentliche Problem für die historische Betrachtung der folgenden Jahre, d. h. der Zeit von 1717 bis 1720. Wie man gegen die vereinigte Opposition eines Teils der eigenen Parteigenossen, und darunter der



CHELSEA PUBLIC LIBRARY

begabtesten, die sich mit den alten Gegnern, nämlich mit Tories und Jakobiten, zusammengefunden haben und sich in drohender Phalanx den Machthabern entgegenwerfen, wie man gegen eine solche Opposition überhaupt noch regieren und sich am Ruder erhalten könne, das ist die Frage, auf die die Minister jener Tage notwendigerweise eine Antwort finden müssen. Sie geben sich alle Mühe, sie sind wahrhaft erfinderisch in den Mitteln. Man glaubt es kaum, wie sehr ihre ganze Politik von dem einen Gedanken beherrscht ist, wie manchmal die sachlichen Gründe ihrer Gesetzesvorlagen, sobald man genau zusieht, zusammenschrumpfen vor dem parteipolitischen Zweck, den sie verfolgen. Wir werden erfahren, dass man einzelne gross erscheinende Entwürfe aus diesen Jahren bisher nur noch zu ernst genommen und nicht erkannt hat, dass sie nur der Parteipolitik dienen sollen. Denn die Regierung kämpft beständig um ihr Dasein. Und zuletzt muss sie dennoch vor der Opposition die Waffen strecken. So gewaltig griff das Spiel der Parteien in alle Verhältnisse ein. Es beherrscht die gesamte innere Politik. Darum können wir diese nicht anders schildern, als indem wir zuvor das Wesen der Parteien zu ergründen versuchen.

---

Seit den Tagen Karls II. scheint es zwei Klassen von Engländern zu geben, die einander feindselig und misstrauisch beobachten, und die sich Whigs und Tories nennen. Alle Wohlgesinnten beklagen freilich diese Erscheinung und wünschen die verlorene Einheit zurück, aber niemand weiss, wie man dahin gelangen soll. Und indem man klagt, hat man selbst die Fähigkeit zu unbefangener Beurteilung der Sachlage schon eingebüsst. Man spricht von dem erhofften Verschwinden der Parteien, meint damit aber nur den vollen Sieg der eigenen und den Verzicht des Gegners auf jede politische Betätigung. Natürlich ist solche Hoffnung eitel.

Wer die trennende, zersetzende Wirkung der Parteien im Leben der Nationen bedauert, der möge sich zuvor erinnern, dass die Parteien selbst ein Erzeugnis des politischen Lebens sind, ja dass sie erst durch ein starkes politisches Interesse der Gesamtheit wachgerufen werden. Wo Völker in asiatischer Knechtschaft stumpf dahinleben, da gibt es allerdings keine

politischen Parteien. Sie treten erst da auf, wo die Staatsform den einzelnen Volksgenossen vergönnt, mitzuwirken an den Entscheidungen über das Schicksal aller, sei es in ständisch gegliederten, sei es in parlamentarisch geordneten Versammlungen. Da bringt nun jeder seine sittlichen und religiösen Anschauungen, wie seine besonderen Wünsche und Neigungen mit. Er misst das Bestehende an dem Massstab seiner eigenen Weltanschauung, er formuliert seinen Standpunkt, er möchte, was ihm recht dünkt, erhalten sehen, und reformieren, was er besserungsbedürftig findet. Dann schliessen sich die Gleichgesinnten zu Verbänden, zu politischen Parteien zusammen. Als Kämpfende haben sie die natürliche Neigung, ihr eigenes Tun und Wollen für allein richtig zu halten und gegen den Gegner ungerecht zu sein. Sie übertreiben ihre Prinzipien, sie vergröbern ihre Theorien, sie sind in zahllosen Vorurteilen befangen und werden zur gerechten Würdigung des Gegners immer weniger geeignet. Trotz dieser Befangenheit machen sie aus den verschiedenartigen Zielen und Bestrebungen, zu denen sie sich vereinigt haben, ein politisches Programm und wollen in diesem schlechthin das Heil der gesamten Nation erblicken. Aber wohlverstanden, diese Schwächen bilden auch wieder ihre Stärke. Denn die abstrakten Ideen genügen nicht, um die Masse in Bewegung zu bringen. Sie will bei ihrem Gefühl gepackt sein. Ihre Phantasie muss angeregt werden, sie muss sich in ihrem Heiligsten berührt, in ihren stärksten Interessen betroffen glauben. Sie muss hoffen und zittern. Dazu bedarf es der Einseitigkeit, der Uebertreibung, der künstlichen Beleuchtung der Tatsachen. Die innere Erregung der Menschen, ohne die ein politischer Kampf nicht geführt werden kann, muss immer wieder aufgestachelt werden. So verfährt man wie ein Advokat, der durch seine dialektische Kunst die Sache seines Klienten als die bessere, die würdigere erscheinen lassen möchte. Man glaubt ja in innerster Seele selbst nicht so recht an alles, was man sagt, aber man muss so reden, denn sonst würde der Schwarm sich verlaufen, man könnte die Streiter nicht bei der Fahne festhalten.

So geht es auch mit Whigs und Tories. Ihre Führer sind praktische Politiker, erhaben über alle Phrasen und

Schlagwörter, mit denen die Menge abgespeist wird. Nicht anders meint es auch Defoe, wenn er einmal sagt:[1]) „Ich habe viele Leute von Rang gekannt. Keiner, der je den Namen eines Staatsmannes verdiente, ist in allem Ernste Whig oder Tory gewesen, und hat sich auch nur im geringsten um die Grundsätze gekümmert, zu denen jene sich bekennen“,

Noch hatte niemand den Versuch gemacht, von der höheren Warte des menschlichen und politischen Urteils aus eine unbefangene historische Würdigung der Parteien zu geben. Und wie hätte ein Engländer das auch zu tun vermocht? Man konnte wohl die Entstehung der Parteien und die Zerrissenheit, die sie in das öffentliche Leben trugen, beklagen. Ueber ihre Sphäre hinaus sich zu erheben, vermochte man nicht, denn man war ja selbst Whig oder Tory. Alle Erörterungen des Themas, die in England auftreten, sind polemisch. Die Whigs haben englisches Gut und Menschenleben hingegeben, um die Sache des Kaisers zu führen, sagen die Tories 1710. Wir sind an Frankreich verkauft, sagen die Whigs 1713. Selbst ein so besonnener Schriftsteller wie Lord Cowper, der sich vielleicht noch am besten fähig zeigt, den politischen Gegnern gerecht zu werden, hält es doch für Pflicht, in seiner für Georg I. bestimmten „Unparteiischen Geschichte der Parteien“ seine Genossen, die Whigs, dem Könige als die zur Regierung, d. h. zur Besetzung der Aemter, allein brauchbare Partei zu empfehlen.

Da war es nun ein Ausländer, der die erste historische Würdigung der Parteien der Welt mitteilte, nämlich der hugenottische Schriftsteller Rapin-Thoyras, der einst vor der religiösen Verfolgung nach der Aufhebung des Edikts von Nantes nach England geflohen war. Die Versuchung, katholisch zu werden, trat freilich auch hier an ihn heran; denn er machte die Erfahrung, dass er unter einem Jakob II. nur als Katholik Karriere machen konnte. Noch einmal wechselte er um des Glaubens willen seinen Aufenthalt. Er ging nach Holland, nahm dort Kriegsdienste und kehrte erst im Heere Wilhelms von Oranien nach den britischen Inseln zurück. Er focht in Irland und lebte darnach noch mehrere Jahre in

[1]) W. Lee, Dan. Defoe: His Life and recently discovered writings 1869. II. 37.

England. Er verschaffte sich eine gründliche Kenntnis der Geschichte und der Zustände des Landes. Sein ganzes Leben blieb fortan diesem Gegenstande gewidmet. Und da Rapin in jener Epoche nach England gekommen war, als der Gegensatz von Whigs und Tories das öffentliche Leben der Gesellschaft zu beherrschen begann, so interessierte ihn das darin liegende Problem so lebhaft, dass er es unternahm, in einer ausführlichen Untersuchung ihrer Entstehung und ihrem Wesen nachzugehen. Seine „*Dissertation sur les Whigs et les Torys*“, erschienen 1717, machte bedeutendes Aufsehen, nicht am wenigsten in England selbst, wo man eine solche Naturgeschichte der Parteien noch nie besessen hatte. Wie gross war doch die Zahl derer, die sich Whigs oder Tories nannten, ohne eine rechte Vorstellung von dem Wesen der Partei zu besitzen, der sie sich angeschlossen hatten.

Rapin hatte freilich in erster Linie die ausländichen Leser im Auge, denn diesen vorzüglich tat die Aufklärung not. Fürsten und Minister, sagt er, mögen sich schon früher von der Bedeutung der Parteien im englischen Leben eine Vorstellung gemacht haben, nicht so das Publikum, das sie kaum dem Namen nach kennt. Das sei nun freilich anders geworden, seitdem die Geschichte des Utrechter Friedens den Leuten die Augen geöffnet hat. Das Interesse für die englischen Parteien ist plötzlich so gross geworden, dass die Ausländer selbst zu Tories und Whigs geworden sind, je nachdem, wie sie ihre eigenen Grundsätze bei diesen oder jenen wiederzufinden meinen. Da hat man z. B. die Erfahrung gemacht, dass die Katholiken des Auslandes sich mehr zu den Tories, die Protestanten zu den Whigs hingezogen fühlen, denn man meint, das Ziel der Tories sei die Erhebung eines Katholiken auf den englischen Thron, das der Whigs die Erhaltung des Protestantismus. Oder man sieht in den Tories die Freunde, in den Whigs die Gegner Frankreichs.

Rapin schildert mit umfassender Kenntnis und mit einer Unbefangenheit, deren nur ein Ausländer fähig war, den politischen und kirchlichen Standpunkt beider Parteien. Er versucht sogar, ihre Charaktere zu zeichnen. Freilich auch nicht mehr als das. Wer einen Mangel der „*Dissertation*“ nennen wollte, der könnte ihn darin finden, dass wohl die

Ideen, aber nicht eigentlich die Menschen recht deutlich werden. Die Angehörigen der Parteien, die ganze Masse der Tories und der Whigs wird vor dem Auge des Lesers nicht lebendig. Man erfährt nicht, inwiefern auch die sozialen, die wirtschaftlichen Verhältnisse im Leben der Parteien eine Rolle spielen. Und merkwürdig, bei allem Streben nach Unparteilichkeit ist selbst bei dem Ausländer eine gewisse Vorliebe für die Whigs garnicht zu verkennen. Der Tadel, den er auch ihnen nicht erspart, wird mehr in die Form eines wohlwollenden Rates gebracht. Der nonkonformistische Flügel der Whigs, mahnt Rapin, sollte nicht so heftig gegen die bischöfliche Kirche zu Felde ziehen. Ueberhaupt findet er als freier Protestant des Auslandes, dass die kirchlichen Gegensätze in England viel zu stark betont würden. Er erblickt eben in den Episkopalisten, wie in den Presbyterianern, die sich ja auch in ihrem dogmatischen Standpunkt so wenig unterscheiden, nur die Protestanten, und findet, dass sie besser täten, sich zu gemeinsamer Abwehr des Papismus zu vereinigen. So will er den einen Gegensatz beseitigen, um einen andern zu schaffen. Hier verlässt also auch ihn die wissenschaftliche Betrachtungsweise.

---

Bei dem Versuche, das Bild der Parteien zu entwerfen, muss man sich an einen gegebenen Zeitpunkt halten, um eine deutliche Vorstellung zu bekommen. Wir wählen ungefähr den Augenblick der Thronbesteigung Georgs I. Whigs und Tories von 1714[1]) sind längst nicht mehr dieselben, die sie ein

---

[1]) Das Material, aus dem sich die Charaktere der Parteien um 1714 erkennen lassen, ist bedeutend genug. Die Literatur der Zeit enthält viel darüber, sei es, dass die Autoren ausdrücklich von Whigs und Tories handeln, was schon häufig geschieht, sei es, dass sie Schilderungen oder Bemerkungen einflechten, die das Thema berühren. Bei Swift und Defoe, bei Bolingbroke, Davenant, Burnet, Lady Cowper, Saussure usw. (auch die gedruckten Korrespondenzen nicht zu vergessen) ist es oft der Fall. Unter den dem Gegenstande selbst gewidmeten Schriften, die dem gewählten Zeitpunkte nahe stehen, nenne ich besonders: Swift, The public spirit of the Whigs; Ders., Examiner Nr. 33, 37; Ders., Some reasons . . . in a letter to a Whig Lord; Davenant, The true picture of a modern Whig (Works IV.); Toland, The art of governing by Partys. 1701. (Münch. Hofbibl. Pol. g. 928 u.); Cowper, An impartial history of

Menschenalter früher gewesen sind, und sie werden abermals andere sein, wenn man ein paar Jahrzehnte weiter blickt. Ihr Parteiprogramm, oder, wie Swift es nennt, ihr politischer Katechismus, wechselt; mit den alten Schlagworten kommt man nicht mehr aus. Und ferner: so schwer es schon ist, den politischen und kirchlichen Standpunkt der beiden Parteien zu fassen, so ist es doch eine noch dornenvollere Aufgabe, sagen zu sollen, welche Gesellschaftsklassen jeweils unter ihnen vorwiegend vertreten sind. Denn die Parteien erscheinen nicht allein im Ministerium und in den beiden Häusern des Parlaments. Das ganze Volk ist in Whigs und Tories gespalten. Welche Kreise der Gesellschaft, welche Berufe finden wir nun hier und dort? Wie weit sind es überhaupt noch die politischen und kirchlichen Angelegenheiten, die sie trennen, und sind etwa auch materielle Interessen, sind wirtschaftliche Fragen im Spiele? Ländliches und städtisches Gewerbe, Handel und Industrie, auswärtige Politik und Kolonien, die Bank von England und die grossen Handelskompanien — wo findet dies alles seinen Platz im Leben der beiden Parteien?

Lauter Fragen, die immer nur für einen bestimmten Zeitpunkt gestellt und beantwortet werden können.

Aus der Herleitung der Tories und Whigs von den Parteien des Bürgerkrieges hatte sich die politische Doktrin ergeben, die man ihnen zuschrieb und die man noch lange als den Ausdruck ihres Wesens bezeichnete. Die Auffassung der Tories sollte es sein, dass der Souverän den Gesetzen nicht unterworfen sei. Die königliche Gewalt, hatte Filmer

---

parties (Campbell, Lives of the Chancellors, IV. 1846. 421 ff.); Rapin, Dissertation sur les Whigs et les Torys. 1717. (Bolingbrokes „Dissertation upon Parties" wird erst später zu würdigen sein.) Nicht minder wichtig als alle diese Schriften sind aber die ungedruckten diplomatischen Korrespondenzen der Zeit, unter denen ich die Berichte des preussischen Residenten Bonet (im Geheimen Staatsarchiv) und die des österreichischen Hoffmann (im Wiener Staatsarchiv) besonders hervorheben möchte. Von neueren Schriften seien nur genannt: Cooke, History of Party, I, 1836; Delbrück, Whigs und Tories (Hist. u. pol. Aufs. II); F. Salomon, Will. Pitt, I. 1901. 47 ff.; C. B. R. Kent, The early History of the Tories, 1908; Lord, Development of Parties under Queen Anne (Transact. of the Roy. Hist. Soc. N. S. XIV. 1900). Ueber Parteien allgemein: Ad. Merkel, Fragmente zur Sozialwiss. 1898.

gelehrt,[1]) besteht durch Gesetz Gottes; es hat Könige gegeben, ehe es Gesetze gab, also können die Könige den Gesetzen nicht unterworfen sein. Als die logische Folge einer solchen Anschauung ergab sich die Lehre von dem passiven Gehorsam, den das Volk dem Könige schuldig sei. Die Whigs dagegen, als die Nachfolger der alten „Rundköpfe" gaben sich als Verteidiger der Freiheit, jener Freiheit, die nötigen Falles auch im Kampfe gegen den Fürsten behauptet werden müsse, sie proklamierten das Recht des Widerstandes. „*Passive obedience*" und „*resistance*" blieben denn auch ein paar Menschenalter hindurch die jedermann geläufigen Schlagworte. Noch 1729 hat ein in England reisender Franzose eine solche Erklärung des Unterschiedes von Whig und Tory empfangen und sie in seinen Briefen gläubig wiedergegeben. Dabei unterlässt er es auch nicht, die von den Parteien einander gemachten Vorwürfe getreulich zu wiederholen. Die Whigs, sagt er, werfen ihren Gegnern vor, sie wollten eine despotische Regierung aufrichten und den König zum Tyrannen, seine Untertanen zu Sklaven machen. Dafür behaupten die Tories, im Grunde seien die Whigs lauter Republikaner, die dem Souverän nicht mehr Rechte lassen wollten, als etwa ein Doge von Venedig sie besitze.[2])

Und doch war dies alles nicht erst im Jahre 1729 eine sehr veraltete Weisheit. Wenn sie in so schroffer Formulierung je gegolten hat, so war sie doch schon mit der glorreichen Revolution von 1688 gründlich abgetan. Wer konnte das Wort vom passiven Gehorsam noch in seinem buchstäblichen Sinne wiederholen wollen, seitdem beide Parteien zum Sturze der Stuarts einander die Hand geboten hatten und nur noch in der juristischen Begründung ihres Tuns von einander abwichen?

Lassen wir einmal einem hervorragenden Tory selbst das Wort und folgen der Darlegung Swifts, der im Examiner[3]) die Doktrin vom passiven Gehorsam ausführlich behandelt

---

[1]) John Locke, Zwei Abhandlungen über Regierung nebst „Patriarcha" von Sir Rob. Filmer. Deutsch von Hilmar Wilmanns. 1906. 40.

[2]) De Saussure, A foreign view of England in the reigns of George I and George II, ed. van Muyden. London. 1902. 347 ff.

[3]) Nr. 33. Works ed. W. Scott. IV. 1814. 44 ff.

hat, um zu zeigen, wie der Sinn des Wortes von den Whigs geflissentlich entstellt werde und wie es von den Tories eigentlich gemeint sei. Hört man die Whigs, sagt Swift, so habe nach torystischer Lehre der König seine Macht allein von Gott und sei darum nur ihm verantwortlich. Er steht über dem Gesetz. Mag er der grausamste Tyrann sein und Ungesetzliches befehlen: du hast keine andere Waffe gegen ihn als Thränen und Gebet. Mag er, um seiner Lust zu fröhnen, alle Schande und Gewalttat üben: du musst es hinnehmen wie eine Seuche oder eine Hungersnot, musst ihm noch eine lange glückliche Regierung wünschen, denn Widerstand gegen ihn wäre Widerstand gegen Gott in der Person seines Statthalters. Bricht er Gesetz und Recht, so wird er es zwar vor Gott zu verantworten haben, das Volk aber, mag es auch einig sein, darf ihm nicht in den Arm fallen, darf keinen Ungehorsam wagen, denn das Volk ist für den König da, nicht er für das Volk. Und ferner: sein nächster Erbe hat ein ebenso unzerstörbares Recht, nach ihm die Krone zu besitzen, mag er wie immer geartet sein, mag er selbst seinen Vater auf dem Throne getötet haben. So ist denn auch jeder andere, der etwa statt seiner den Thron inne hat, sei es auch mit der Zustimmung früherer Könige und Parlamente, als ein Usurpator zu betrachten, solange noch irgendwo in der Welt eine Person lebt, die ein näheres Erbrecht besitzt. Und dann lastet zugleich auf dem ganzen Reiche die Todsünde, solange, bis dieser Erbe hergestellt ist. Denn sein göttliches Recht kann durch keine Menschensatzung zerstört werden.

Was wir in diesem wenig freundlichen Bilde einer angeblichen Staatsauffassung erkennen, ist nichts anderes als die schroffste Formulierung des absoluten Fürstenrechts, zusammen mit dem Prinzip der reinen Legitimität. Swift will auch nicht einmal sagen, das die Whigs im Ernste den Tories diese Auffassung imputieren, sondern nur, dass sie dem Volke dieses als torystische Doktrin hinstellen, um vor den Tories warnen zu können. Er behauptet, dass sie (die Whigs) in tausend Schriften und Pamphleten immer wiederholen: so treiben es die Tories, so lehrt es die Geistlichkeit auf den Kanzeln. Diesem Zerrbilde will Swift sodann den wahren Sinn des passiven Gehorsams, wie der echte Tory ihn versteht,

gegenüberstellen. Dieser Gehorsam, lehrt Swift in freier Auslegung, ist überhaupt nur der legislativen Gewalt, wie immer sie geformt sei, zu leisten, in England also dem Souverän zusammen mit den beiden Häusern des Parlaments. Für sich allein ist der Fürst nur mit der exekutiven Gewalt betraut, und hier hat er keineswegs den gleichen Anspruch auf passiven Gehorsam, oder er hat ihn doch nur, insofern er der Vollstrecker der Gesetze ist. Wo er aber ihnen zuwider handelt, da hört jener Anspruch auf. Wenn er seine Diener ausschickt, um mir mein Land oder Gut zu nehmen, so kann ich ihnen gesetzlichen Widerstand leisten. Die Krone kann verklagt, ihre Diener können verfolgt und belangt werden, nur die Person des Monarchen ist heilig. Wenn er aber durch seine königliche Autorität ein von jenen verübtes Unrecht zu decken sucht, so kann freilich Abhülfe erst geschaffen werden, indem die Gesamtheit des Volkes den öffentlichen Notstand erkennt. Dann aber wird ein freies Volk sich sein Recht auch zu verschaffen wissen, auch ohne dabei der Person oder den Rechten des Fürsten zu nahe zu treten. Dass die Tories so denken und handeln, sagt Swift, haben sie in der Revolution von 1688 deutlich genug bewiesen. Aber sie halten es nicht für dienlich, über diese Fragen viel zu streiten, denn es gilt ja nicht alle Tage einen Tyrannen zu bekämpfen, und die Prärogative ist durch Gesetze genügend beschränkt. Auch mit der Thronfolge ist es nicht anders. Gewiss halten die Tories das Erbrecht seiner Natur nach für das beste und der Verfassung angemessenste. Aber sie geben zu, dass es durch Parlamentsakte aufgehoben werden kann. Mag doch selbst die Magna Charta aufgehoben werden, wenn es der gesetzgebenden Macht so gefällt. So weit Swift im Examiner.

Wirklich waren die alten Theorien, von denen die Haltung der Tories ehedem bestimmt worden war, starkt verblasst. Alle grossen politischen Aktionen beruhen auf Kompromissen. Bei der Restauration der Stuarts waren die königstreuen Kavaliere wohl die Träger der Handlung gewesen, aber die Rundköpfe hatten ihnen die Hand gereicht. Die Revolution von 1688 war wiederum aus einem Zusammengehen der beiden Parteien hervorgegangen, nicht ohne dass der theoretische Standpunkt der Tories dabei erschüttert worden war, denn

sie hatten ihre hergebrachten Grundsätze, von dem „göttlichen Recht“ der Könige, vom „passiven Gehorsam“, vom „Nicht-Widerstand“ dieses Mal selbst verleugnet. Bei der Erhebung des Hauses Hannover war es nicht anders, denn das Prinzip der Legitimität war ja bei der berühmten Uebergehung der 54 näher berechtigten Thronerben noch viel stärker verletzt worden als bei der Berufung Wilhelms von Oranien. Nach allem, was geschehen war, konnte man die Tories wirklich nicht mehr als die unbedingten Anhänger des passiven Gehorsams und der Legitimität bezeichnen. Da blieb höchstens die kleine Gruppe der ernsthaften Jakobiten übrig, die an diesen Grundsätzen noch festhielten. Auch sie zählte man zwar zu den Tories. Aber die grosse Mehrheit der Partei hatte mit diesen unpraktischen Schwärmern, die dem Gang der Geschichte Einhalt tun wollten, wenig gemein.

Ehedem hatten die Tories schlechthin als die Hüter und Stützen der königlichen Prärogative gegolten. Aber nun waren sie es gewesen, die in die *Act of Settlement* von 1701 jene Beschränkungen der monarchischen Gewalt hineingebracht hatten, welche die Whigs nur hinnahmen, um das ganze Werk nicht zu gefährden. Kurz, die Tories standen neuerdings der Monarchie ganz anders gegenüber als unter den Stuarts. Das *jure divino*-Königtum hatten sie selbst fallen gelassen. Allerdings war das Königtum Wilhelms III. wie dasjenige Georgs I. für sie auch nur ein Verlegenheitsprodukt. Sie gehorchen diesen Fürsten, weil, und vielleicht auch nur so lange, die Gründe fortdauern, die der Herrschaft der legitimen Dynastie im Wege stehen. Sie holen die alte Unterscheidung zwischen dem Könige *de jure* und dem Könige *de facto* aus der Tudorzeit hervor. Jener muss sich damit abfinden, wenn man sich vorläufig diesem unterwirft. Aber so ist es eben auch nur eine bedingte Unterwerfung, ein Gehorsam mit Vorbehalt, eine Anerkennung auf Widerruf. Das Haus Hannover hat dies wohl empfunden, es hat auch seinerseits den Tories, die ihm nur mit halbem Herzen entgegenkamen, nicht das gleiche Vertrauen geschenkt, wie den Whigs, deren ganze Hoffnung die protestantische Succession gewesen war.

Eine Art Rollentausch hatte sich also vollzogen. Die Whigs durften sich wenigstens dem Hause Hannover gegen-

über als die königstreuere Partei ausgeben. Sie durften auch den gegen sie erhobenen Vorwurf, sie wollten aus England eine Republik — man dachte etwa an das Commonwealth der ersten Revolution — machen, oder ein Wahlkönigtum errichten, ruhig von sich weisen. Nur an den Grundsätzen der Revolution von 1688 wollen sie allerdings festhalten. Das parlamentarische Recht gilt ihnen als unerschütterlich. Und eben auf diesem beruht ja auch die hannövrische Thronfolge. Mit solchen Erwägungen lassen die Lords Halifax und Sunderland, zwei Mitglieder der Whig Junta, sich und ihre Partei 1710 dem Hofe von Hannover empfehlen. Vor den Tories lassen sie warnen, denn diese wollten dem Prätendenten die Wege ebenen.[1])

Nun waren freilich auch die extremen Standpunkte innerhalb der beiden Parteien von gewissen Gruppen keineswegs aufgegeben worden. Bei den Tories sprach man von den „*High Flyers*“ als den Kämpfern für absolute Königsmacht. Sie waren aber nicht mehr zahlreich, und hätten, obwohl auch Männer von hohem Rang und Stand unter ihnen waren, doch nur dann einen gewissen Einfluss üben können, wenn sie einmal die besondere Unterstützung des Souveräns genossen. Noch bedeutungsloser war der republikanische Flügel der Whigs, denn die grosse Masse des Volkes war monarchisch gesinnt. So befanden sich denn, wenn man von diesen extremen Gruppen absieht, in der Hauptsache die gemässigten Tories den gemässigten Whigs gegenüber. Beide Gruppen stehen auf dem Boden der Verfassung, nur etwa mit dem Unterschiede, dass jene das Königsrecht, diese die parlamentarischen Freiheiten etwas stärker betonen. Die Schriftsteller der Zeit reden gelegentlich schon von einer Verschmelzung beider Gruppen. Eine solche wäre auch wohl möglich gewesen, hätte es sich nur um politische Fragen gehandelt.

---

Die kirchlichen Angelegenheiten aber waren es, welche Whigs und Tories einstweilen noch weit von einander entfernt hielten. Hier sind es in der Tat die Streitpunkte aus

[1]) R. Pauli, Aktenstücke zur Thronbesteigung des Welfenhauses in England. Zeitschr. des hist. Vereins f. Niedersachs. 1883, 11 ff.

der Zeit Karl I. und Cromwells, die ihre Bedeutung noch nicht verloren hatten. Zugehörigkeit zur Staatskirche galt als ein Kennzeichen der Tories. Sie nennen sich auch selbst die „*Church of England*"-Partei oder schlechthin die „*Church Party*".[1]) Die Dissenter dagegen, d. h. alle Nonkonformisten, die Presbyterianer, ebenso die Angehörigen aller Sekten, hielten zu den Whigs. Daraus hätte sich ein starkes Uebergewicht der Tories ergeben. Wir haben zwar keine Statistik, die uns Auskunft gibt über das numerische Verhältnis der Mitglieder der Staatskirche zu den Dissentern, haben uns aber sicherlich die grosse Mehrheit, Miège sagt zwei Drittel der Nation, als Anhänger der Staatskirche zu denken. Doch war mit den Schlagworten „Staatskirche" und „Dissenter" die kirchenpolitische Seite des Parteiwesens durchaus nicht erschöpft. Zunächst gab es unter den Anglikanern selbst eine strengere und eine freiere Richtung, die Hochkirchlichen und die Niederkirchlichen. Jene wollten im Geiste des Erzbischofs Laud auf keine Zeremonie verzichten, diese nahmen es mit den Formen weniger streng und traten auch wohl für Duldung und Gleichberechtigung der ausserhalb der Staatskirche stehenden protestantischen Bekenntnisse ein. Unter den kirchlichen Gruppen bildeten also die Anhänger der „*Low Church*" eine breite Mittelpartei als Verbindung zwischen Hochkirchlichen und Nonkonformisten. Die Grenzlinie zwischen Tories und Whigs liess noch einen guten Teil der Niederkirchlichen auf der whiggistischen Seite. Mit anderen Worten, während man die Angehörigen der Hochkirche nur im Lager der Tories, die Nonkonformisten nur in dem der Whigs zu suchen hatte, waren die niederkirchlichen Anglikaner hier wie dort zu finden.

Die Geistlichen sind die Trompeter dieser Partei, sagt ein Gesandtschaftsbericht 1715[2]) von den Tories. Die Stärke wie die Schwäche derselben lag in ihrer engen Verbindung mit der Staatskirche. Sie durften sicher sein, die Mehrheit des Volkes auf ihrer Seite zu haben, so oft sie sich als die Beschützer der Kirche Elisabeths ausgeben konnten. Sie

[1]) Vgl. z. B. Portland Mss. V, 404, 660.

[2]) Bonet, 3./14. Juni 1715. G. St. A.

hatten darum auch die starke Neigung, soweit es anging, jeder Frage ein kirchliches Mäntelchen umzuhängen, um damit gewonnenes Spiel zu haben. So hatten sie 1710 mit dem Feldzug Sacheverells die Whigs aus dem Felde geschlagen. So war auch nach der Thronbesteigung Georgs I., als dieser es nach der Meinung der Hoch-Tories mit seinen anglikanischen Pflichten nicht ernst genug nahm, sogleich wieder der drohende Ruf „*Church in danger*“ erklungen, und schien manchen schon eine torystische Reaktion anzukündigen. Aber dann hatte der jakobitische Aufstand von 1715 mit den aus beiden Lagern kommenden Loyalitätsbezeugungen nicht nur die Dynastie auf dem Throne befestigt, sondern auch die Herrschaft der Whigs von neuem gesichert. Denn sobald das Volk die Staatskirche wieder in Sicherheit glaubte, hatte auch das torystische Programm den besten Teil seiner Werbekraft eingebüsst.

Die Führer der Whigs wussten nach solchen Erfahrungen nur zu gut, wie leicht die Aufrollung religiöser oder kirchlicher Fragen ihnen zum Verderben werden konnte. Darum vermieden sie dergleichen, so lange wie möglich. Graf Nottingham, der ehemalige Tory, war ihr Berater. Ihre Kirchenpolitik in den ersten Jahren Georgs I. bedeutete wirklich nur die einfache Erhaltung des bestehenden Zustandes. Unter Karl II. hatte die Konformitätsakte den Zutritt zu den Aemtern nur denen gestattet, welche ein Zeugnis vorwiesen, dass sie zuvor nach dem Ritus der anglikanischen Kirche kommuniziert hatten. Gleichwohl war der Zweck nicht völlig erreicht worden, der Ausschluss der Dissenter nicht gelungen. Denn seither war die Praxis der sogenannten gelegentlichen Konformität herrschend geworden. Ein grosser Teil der Nonkonformisten — nur nicht die der strengsten Observanz — gewann es nämlich über sich, wenigstens einmal das Abendmahl innerhalb der bischöflichen Kirche zu empfangen, um den zur Erlangung des Amtes erforderlichen Schein sich ausstellen zu lassen. Gegen diese Praxis hatten aber die Tories in der Zeit ihrer grössten Macht, in den letzten Jahren der Königin Anna, die Bill gegen die gelegentliche Konformität zum Gesetze erhoben, welche die Dissenter tatsächlich von den Aemtern ausschloss. Und nun hütete sich die Whigregierung Georgs I. anfangs

wohl, an diesem Zustande etwas zu ändern. Natürlich hätte sie in jedem Augenblick einen Widerruf der zuletzt genannten Akte herbeiführen können. Sie tat es jedoch nicht und begnügte sich damit, die Augen zu verschliessen, wenn man gegen die Akte verstiess. Denn noch lebte sie in zu grosser Furcht vor dem Rufe: „*Church in danger*“, als dass sie gewagt hätte, zu Gunsten ihrer Freunde, der Dissenter, mit einem gesetzgeberischen Akte vorzugehen.

Um das Gesagte zusammenzufassen, so hatten die Tories die Neigung, jede Frage zu einer kirchlichen zu stempeln, denn alsdann hatten sie die Masse der Nation hinter sich. Die Whigs hingegen versuchten, das Volk darüber zu beruhigen, dass sie keinerlei feindliche Absichten gegen die Kirche von England hegten. Denn nur so konnten sie hoffen, einen Teil der gewöhnlichen Gefolgschaft der Tories zu sich herüberzuziehen.

Damit ist nun auch schon die Tatsache ausgesprochen, dass der Versuch einer reinlichen Scheidung, einer Aufteilung der Nation in Whigs und Tories für jeden gegebenen Zeitpunkt wie für jede gegebene Frage ein besonderes, nur dieses Mal gültiges Resultat ergeben haben würde. So gewiss man den Charakter der Parteien verkennen würde, wenn man sie nur als Ausdruck der Gegensätze innerhalb des Parlaments verstehen wollte, so unsicher ist doch jederzeit die Zugehörigkeit der grösseren Masse des Volkes zu dieser oder zu jener Seite. Ein kleinerer Teil gehört zwar von vornherein durch seine politische oder kirchliche Farbe in ein bestimmtes Lager, die übrigen wollen umworben, wollen überzeugt sein, wollen, soweit sie Wähler sind, vor jeder Wahl durch Gründe hoher und niedriger Art — denn auch die Korruption spielt ja längst hinein — für die eine oder andere Partei erst gewonnen werden.

So erhält man das Bild gewisser Volkskreise, die etwa, wenn eine kirchliche Frage auf dem Spiele steht, sich als Tories bekennen, die aber, wenn von Industrie und Handel die Rede ist, mit den Whigs gehen, und die gleichwohl wieder toristisch werden können, wenn die königliche Prärogative berührt wird. Grosse Staatsmänner und Schriftsteller sieht man von einer Partei zur anderen übergehen und keineswegs

immer aus egoistischen Motiven. Godolphin und Marlborough sind aus Tories zu Whigs geworden. Nottingham geht aus dem torystischen Lager zu den Whigs über, die er aber zu seiner eigenen kirchenpolitischen Haltung bekehrt. Daniel Defoe, der grosse Nonkonformist, der einst wegen seiner berühmten Schrift *„The shortest way with the Dissenters"* am Pranger gestanden, der Marlboroughs Kriegspolitik unterstützt hatte, kämpft seit 1710 für die Sache Robert Harleys und seines Tory-Ministeriums. Etwas Unbeständiges, Fliessendes kommt also in die Parteiverhältnisse hinein. Man ist nicht auf ein bestimmtes Programm eingeschworen. Es ist viel Gemütspolitik dabei, man folgt dem Gefühl, das hier oder dort das bessere Recht zu finden sei, man ist durch Erziehung, durch Familientradition, durch soziale Stellung der Partei zugeführt worden, bei der man vorläufig zu verharren pflegt. Der einzelne hochkirchlich Gesinnte, der sein Heil bei den Tories, der Dissenter, der es bei den Whigs sucht, kennt wohl kaum das ganze Programm der Partei. Nun aber ist er ihr verfallen, nun regieren ihn die Parteiführer, die den politischen Katechismus beherrschen und dazu noch die eigene Macht und den persönlichen Vorteil wohl im Auge haben.

So kann man zu Zeiten ein gewisses Hin und Her zwischen den Parteien beobachten, ein Abströmen von Whigs in das Lager der Tories oder ein Zurückfluten torystischer Elemente zu den Whigs. Es sind Vorgänge, die sich innerhalb und ausserhalb des Parlaments abspielen. Gelegentlich werden schroffe Wendungen in der Politik des Landes dadurch herbeigeführt. Bei dem Umschwung von 1710, beim Abschluss des Utrechter Friedens war, nach Bolingbrokes eigenem Zeugnis,[1]) ein Teil der Whigs mit den Tories gegangen, nämlich solche, bei denen die Kriegsbegeisterung der vergangenen Jahre schon stark abgekühlt war. Aber noch ehe der Wortlaut der Verträge bekannt war, kehrten sie zu ihren alten Parteigenossen zurück. Nicht genug damit. Nun bewirkten andere Umstände, wie die Entscheidung über den Handelsvertrag mit Frankreich (wovon wir später zu reden haben), die Unsicherheit der Thronfolge, die Furcht, dass das Ministerium für den Präten-

[1]) Letter to Sir Will. Wyndham.

denten arbeite, eine Vereinigung der sogenannten hannövrischen Tories mit den Whigs. Die Folge war, dass man schon zu Lebzeiten der Königin Anna von einer Auferstehung der Whigs sprach[1]) und dass auch ohne den, einige Wochen später erfolgenden, Thronwechsel der Sturz der Tories unvermeidlich erschien.

---

Aber um das Wirken der Parteien im englischen Leben dieser Zeit erschöpfend zu schildern, darf man sich nicht damit begnügen, nur von ihren kirchlichen und politischen Grundsätzen zu reden. Wir haben auch der praktischen, der materiellen Interessen zu gedenken, zu deren Vertretern Tories und Whigs wurden. Diese Interessen sind ja gewiss nicht von Anfang an das eigentlich Trennende gewesen. Aber nachdem einmal die Verschiedenheit der Gesinnung zur Bildung der Parteien geführt hatte, wurden diese auch von selbst zur Stütze der in ihrem Kreise eben vorwaltenden Interessen.

Die grosse Masse der ländlichen Bevölkerung, nämlich die Freisassen, der mittlere und kleinere (nicht der hohe) Landadel, hielten zu den Tories. Dadurch wurde diese Partei schlechthin zum Anwalt des ländlichen Grundbesitzes. Die Begriffe „Torypartei“ und *„landed interest“* werden in den Schriften der Zeit fast in gleicher Bedeutung gebraucht. „Seit der Revolution ist es die alte Klage der Whigs, dass die Mehrzahl der Landedelleute sich zu eng an die Tories anschliesse“, sagt Swift.[2]) Oder er erwähnt in der berühmten Streitschrift *„The Public Spirit of the Whigs“* die Gegner der von ihm angegriffenen Partei, „also vornehmlich den ländlichen Grundbesitz“.[3]) 1713 überreicht der Toryminister Graf Oxford dem Vertreter des Kurfürsten von Hannover in London, dem Baron Grote, einige Leitsätze[4]) für das Verhalten des Thronfolgers, um diesem das Bedenkliche eines Bündnisses

---

[1]) *„le traité de commerce et l'affermissement de la succession protestante a été une résurrection pour ce Parti,* qui pourra *influer dans les élections prochaines“*. Bonet 10./21. Juli 1714. G. St. A.

[2]) Letter to a Whig Lord. Works ed W. Scott. IV. 1814, 260.

[3]) Works ed W. Scott. IV. 1814, 423.

[4]) R. Pauli, Aktenstücke zur Thronbesteigung des Welfenhauses in England. Zeitschr. des hist. Vereins f. Niedersachs. 1883, 18 ff.

mit den Whigs klarzumachen. Er möge sich wohl hüten, dass nicht die Geistlichkeit und die Grundbesitzer auf dem Lande glauben, er werde sich mit ihren Gegnern verbünden, denn nur jene seien die wahren Stützen des Thrones. Nicht anders erklärt Bolingbroke in dem Briefe an Wyndham, die Partei der Tories stelle die des „*landed interest*“ dar. Und endlich weiss der witzige Verfasser der Geschichte John Bulls ganz genau, dass seine Leser ihn nicht missverstehen werden, wenn er die Erzählung der Parlamentswahl von 1710, die den Tories eine Majorität brachte, in die Form kleidet, John Bull habe sich mit einer tugendhaften Edeldame vom Lande vermählt.

Bildete also die Masse des Landvolks, wir würden sagen die agrarischen Kreise, die grosse Armee der Tories, so stand dafür die eigentliche Geschäftswelt hinter den Whigs. Die Industrie, der auswärtige Handel, die Ostindische Kompagnie und die anderen grossen Gesellschaften, die Bank von England, die Börse — das waren die Kreise und die Interessen, für die die Whigs einzutreten pflegten. Man fasst sie wohl unter dem gemeinsamen Namen des „*moneyed interest*“ zusammen und bringt es zu dem „*landed interest*“ der Tories in Gegensatz. Ein Geldinteresse ist hier wirklich vorhanden. Nach ihrer wirtschaftlichen Lage betrachtet, sind die Whigs die Partei der Kapitalisten, d. h. die Partei aller derjenigen, deren Vermögen nicht in Landbesitz festgelegt ist, sondern in geschäftlichen Unternehmungen seine Zinsen trägt. In ihren Reihen befindet sich auch die grosse Masse der Staatsgläubiger. Denn seitdem England sich unter Wilhelm III. auf die Politik der festländischen Kriege einmal eingelassen hat, ist jene gewaltige Staatsschuld entstanden, die am Ende des spanischen Erbfolgekrieges fast auf 50 Millionen Pfund Sterling angewachsen war. Die Geschäftswelt hat sich daran gewöhnt, ihr überschüssiges Kapital am liebsten in Staatswerten zu investieren. In den Augen der Tories ist die ungeheure Staatsschuld ein nationales Unglück, ist sie die Quelle der fortwährend wachsenden Besteuerung, die um so drückender empfunden wird, da die für die Bedürfnisse des Krieges geschaffene Landtaxe vornehmlich aus ihren Kreisen aufgebracht wird. Die Whigs hingegen sehen die Schuld mit mehr Gleichmut an, denn ihnen bietet sie die gute Vermögensanlage.

Diese Umstände erklären es auch vollkommen, warum im Laufe des letzten Krieges die Whigs immer mehr die eigentliche Kriegspartei geworden waren. Für die kommerzielle Grösse Englands, für die Erhaltung und Verbesserung des überseeischen Handels war der Kampf unternommen worden. Die der Whigpartei angehörenden Kreise sind es, die den Vorteil davon haben. Sie sind es auch, die dem Staate die nötigen Gelder leihen und auch dabei noch ihren Gewinn haben. Die Landpartei sieht dem ganzen mehr von fern zu, sie soll zahlen und hat keinen Nutzen davon. Sie ist bald geneigt, zu finden, dass Ehre und Vorteil der Nation genügend gewahrt seien, dass die Fortsetzung des Kampfes nur noch den Verbündeten zugute komme. So verkünden es die Tory-Politiker in ihren Reden, so steht es in Swifts glänzender Streitschrift „*The Conduct of the Allies*“ zu lesen, so wiederholt es eine ganze Literatur torystischer Schriften. Das Landinteresse erhebt sich gegen die Politik der Whigs, und 1710 hat es den Sieg errungen. Umsonst, dass die Bank von England der Königin Anna durch eine Deputation den Ministerwechsel widerraten lässt.[1]) Der Sieg der Tories findet seinen vollen Ausdruck im Friedensschlusse zu Utrecht.

So kommt zu allem andern, was die Parteien trennt, auch noch die verschiedene Richtung ihrer auswärtigen Politik hinzu. In dem Zeitpunkt des Thronwechsels von 1714, den wir diesem kleinen Versuch, die Welt der Tories und der Whigs wieder lebendig zu machen, zu Grunde legen, gelten die Tories als die Genossen Frankreichs, die Whigs als die Freunde Hollands, des Kaisers, überhaupt der grossen Allianz von 1701. Und diese Freundschaft bleibt von der andern Seite nicht unerwidert. Zwar verschliessen sich die fremden Mächte schon jetzt nicht der Erkenntnis, dass durch das Vorhandensein der Parteien die Stetigkeit und Zuverlässigkeit ihrer Beziehungen zu England notwendig Schaden leiden müsse, dass ein Vertrag mit diesem Staate immer unsicher sei, weil jeder Parteiwechsel ihn in Frage stelle.[2]) Aber wie die Dinge nun einmal liegen, so nehmen auch die Fremden

[1]) Bolingbroke, Letter to Sir William Wyndham.

[2]) Bericht Bonets vom 4./15. Febr. 1715. G. St. A.

selbst Partei. Die Depeschen des kaiserlichen Residenten Hoffmann klingen oft, als habe ein Mitglied der Whigpartei sie geschrieben. Die Berichte der französischen Diplomaten aber reden die Sprache der Tories.

---

Aus der geschilderten Lage der Parteien ergaben sich auch die sozialen Verschiedenheiten der zu ihnen gehörenden Klassen. Gleichwohl ist es schwer, eine scharfe Scheidelinie zu ziehen. Man ist wohl versucht, für Whigs und Tories Stadt und Land zu sagen, und hat auch ein gewisses Recht dazu. Aber dann bemerkt man wieder, dass gerade die Scheidung zwischen Stadt und Land nicht streng zu nehmen ist, dass sie einander durchdringen. Die in ihrem Reichtum und Ansehen steigende Kaufmannschaft will nicht nur ihren Handel ausdehnen, ihr Geschäft erweitern, Staatspapiere kaufen: sie drängt auch wieder hinaus auf das Land. Die reichen Cityherren bauen nicht nur Häuser ausserhalb der Stadt, um dort Landluft und Erholung zu finden, sie möchten als richtige Parvenüs auch gar zu gern in die vornehmen Kreise eindringen, möchten sich unter die alteingesessenen Familien auf dem Lande mischen. Durch die Erwerbung von Grundbesitz suchen sie in den Kreis der *landed gentry,* vielleicht gar der *nobility* einzudringen. Denn die Erhebung zur Peerswürde bleibt doch das stolzeste Ziel des emporgekommenen Plebejers. Auf der andern Seite verschmähen die grossen Familien des Landes es nicht mehr, sich an den gewinnbringenden Geschäften zu beteiligen, die in der City gemacht werden. Eine Direktorstelle in der Bank von England oder in der Ostindischen Kompagnie bringt dem Manne von hoher Geburt keine Unehre, wohl aber reichen Gewinn, sie vermag den verblassenden Glanz seines Namens wieder heller erstrahlen zu lassen. Auch eheliche Verbindungen mit den Töchtern reicher Bürger werden nicht verschmäht. Damit wird aber die Scheidung zwischen Tories und Whigs undeutlicher. Und endlich sind es gerade eine Anzahl der grossen Adelsfamilien, die man von der späteren Zeit der Königin Anna bis gegen das Ende des siebenjährigen Krieges an der Spitze der Whig-

partei erblickt.[1]) So stark spielt in dieser Form auch das ländliche Interesse in den Kreis der Whigs hinein. Man denke nur an die Lords der Whigjunta im ersten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts oder an die Pelhams unter den beiden ersten Georgen.

Auch in dem Wesen, in dem menschlichen Auftreten ihrer einzelnen Mitglieder meinen die Zeitgenossen den Charakter der Parteien noch erkennen zu können. Der Tory ist stolz und hochmütig, er behandelt den Whig mit Verachtung, und, wenn er die Macht besitzt, sogar mit Härte. Er betrachtet sich schlechthin als den Vertreter der Staatskirche und ist so wenig geneigt, dem nicht zu dieser gehörenden Gegner das gleiche Recht einzuräumen, wie es der Katholik dem Protestanten gegenüber in einem katholischen Lande tun würde. So wird er denn, so lange es sich vermeiden lässt, den Nonkonformisten keine Gewissensfreiheit, noch weniger den Zutritt zu den Aemtern einräumen. Als grundbesitzende Klasse sind die Tories in ihrem privaten Tun und Treiben vorsichtig, zurückhaltend, den Neuerungen abgeneigt, sagen wir: konservativ. Anders in der Politik. Da sind sie leidenschaftlich, schroff, rasch zugreifend, nicht so sehr durch Art und Neigung dazu bewogen, als durch die Notwendigkeit, denn wenn sie einmal am Ruder sind, geben doch bald die kirchlich und politisch extrem Gerichteten unter ihnen den Ton an. Aber dann weiss die Partei sehr wohl, dass sie die Masse der Nation nicht mehr allzu lange hinter sich haben wird, dass sie zugreifen, dass sie die Gunst des Augenblicks benutzen muss. So war es in der Zeit des Utrechter Friedensschlusses gewesen.

Von den Whigs erhält man einen ganz anderen Eindruck. Im privaten Leben sind sie kühn, unternehmend, geschäftskundig, wagende Kaufleute, die viel einsetzen um des Gewinnes willen. Das Geschäft erfüllt ihr Denken so sehr, dass die Gegner finden, der Whig sei ein Mensch, der nur zusammenscharren wolle, gleichviel auf welche Art. Ehedem habe er Prinzipien gehabt, der moderne Whig aber halte zur

---

[1]) Vgl. Lord, Political parties under Queen Anne (Transactions of the Royal Hist. Soc. N. S. XIV, 1900) S. 89—90.

Partei nur aus Interesse. Er will Geldgeschäfte mit der Regierung vermitteln, er will die Bank von England und die Ostindische Kompagnie beherrschen. Er will sich durch den Handel mit Anteilscheinen und Staatspapieren bereichern und fragt nichts darnach, ob er dadurch der Nation eine ungeheure Schuld aufbürde. Er will als vornehmer Herr in prächtiger Karosse sechsspännig fahren und lachend zusehen, wie tapfere Kriegsmänner und Seehelden zu Fusse gehen müssen.[1]) Nimmt man auch das Gehässige von solcher Schilderung hinweg, so hat man doch in den Whigs den mächtig aufstrebenden, durch Industrie, Handel, weitblickende Finanzverwaltung, wahrhaft an der Grösse der Nation arbeitenden Teil der Bevölkerung, man hat recht eigentlich die Werkmeister an dem Bau des modernen England in ihnen zu erblicken.

In der Politik aber sind die Whigs vorsichtig und massvoll. Denn die Extremen, die auch sie in ihren Reihen zählen, d. h. die leidenschaftlichen Gegner der anglikanischen Kirche, die doktrinären Republikaner, vermögen, anders als bei den Tories, wo die *High Flyers* den Ton angeben, nicht mehr die Politik der Partei zu bestimmen. Diese kluge Masshaltung ist es, die, zusammen mit den grossen Fortschritten in der materiellen Entwicklung und mit den Erfolgen der auswärtigen Politik, die Möglichkeit eines lange Jahrzehnte hindurch währenden Whigregiments erklärt. Gleichwohl ist es kein Widerspruch, wenn die Partei sich dabei schlechthin als die Hüterin der Freiheit betrachtet. Denn wie der Tory die Idee der Kirche hochhält, so hat der Whig die Freiheit auf sein Banner geschrieben. Mit dem Rufe „*Church in danger*“ sucht jener die Massen in Bewegung zu bringen. „*Constitution in danger*“ heisst der Warnungsruf der Whigs. Jeder von ihnen vertritt die Verfassung, das Recht der Nation, des Parlaments, des Einzelnen, er fordert Männerstolz vor Königsthronen. Etwas von dieser Gesinnung ist es auch, was sich in einer kleinen Erzählung in Lady Cowpers Tagebuch noch wiederfindet.[2]) Die Hofdame hat der Prinzessin von Wales eines Tages im Jahre 1716 eine Dichtung vorgelesen, die von

[1]) Davenant, The true Picture of a modern Whig. Works IV, 151.
[2]) Diary af Mary Countess Cowper, 1854, S. 115.

Brutus und Caesar handelt. Lady Cowper sagt, sie sei zu sehr Whig, um das Verhalten des Brutus billigen zu können, der von Caesar Wohltaten annimmt, dessen Tun er doch im Herzen verurteile. Die Prinzessin ist anderer Meinung. Ein Disput erhebt sich und die beiden Damen streiten um die Frage, ob jener alte Römer nun wohl mehr Whig oder Tory gewesen sei.

---

Bei aller Verschiedenheit ihrer Gesinnung, stimmen die beiden Parteien aber in einem Punkte überein. Der Besitz der Macht und ihre Behauptung ist das Streben beider. Die Aemter locken. Jede Partei möchte die andere völlig ausschliessen, möchte die hohen und niedrigen Posten nur mit ihren Leuten besetzen. Unter Wilhelm und Anna gelangt man dazu noch nicht. Aber 1714 ist dieses Ziel von den Whigs so vollkommen erreicht, wie von keiner Partei zuvor. Es gelingt ihnen sogar, nachdem sie die bürgerlichen Aemter sämtlich in ihren Besitz gebracht haben, auch aus der Armee die torystischen Offiziere zu entfernen, um zuverlässige Whigs an ihre Stelle zu setzen.[1])

Aus dem Kampf um Prinzipien ist ein Kampf um die Macht geworden. Aber man kennt sich selbst nicht mehr. Dem Gegner wirft man Gesinnungslosigkeit, blosses Jagen nach dem Amte vor, man sagt, er habe kein Herz für das Wohl des Volkes, und man ist doch selbst um nichts besser. „Ich bitte Dich", lässt eine torystische Spottschrift den Whig sagen,[2]) „ich bitte Dich, was ist uns die Nation, wenn nur unsere Freunde die Macht bekommen und für unsern Vorteil arbeiten können? So lange Du an das Wohl des Volkes denkst, wirst Du niemals ein rechter moderner Whig sein". Dasselbe sagt man von der anderen Seite den Tories nach. Man glaubt nicht an den Ernst ihrer Gesinnung, man meint sie zu durchschauen, wenn sie beständig die der Kirche drohende Gefahr im Munde führen. „Dies ist nur das hohe Schlachtross, mit dem sie gegen die Whigs anreiten", heisst

---

[1]) Hoffmann, 29. Jan. 1715. W. St. A.

[2]) Davenant, The true Picture of a modern Whig. Works IV, 30.

es 1715,[1]) „die Streitpunkte nur ändern hier zu Lande ihre Namen, aber im Grunde handelt es sich doch immer um den Besitz der Aemter". „Wenn ich nur genug Aemter zu vergeben hätte", soll schon Wilhelm III. gesagt haben,[2]) „ich wollte bald eine Aussöhnung der beiden Parteien zu Wege gebracht haben". Auch Rapin meint, durch die grossen Worte, die sie machen, dürfe man sich nicht täuschen lassen. Mögen sie noch so überzeugend von dem Ruhm Gottes, von der Ehre des Königs, von dem öffentlichen Wohl und dem Vorteil der Nation reden. „Ich kann nicht so recht daran glauben. Sie bleiben doch immer Menschen, und ihre stärkste Triebfeder ist der persönliche Vorteil".[3])

Wie selten findet man aber die Selbsterkenntnis, die sich auch über den Egoismus der eigenen Partei nicht täuscht. Nur den Hochgesinnten mochte wohl, wenn sie einmal dem Getriebe entrückt und zu ruhigem Urteil gelangt waren, ein solcher Gedanke kommen, wie Bolingbroke ihn in der Verbannung ausgesprochen hat[4]) Es ist das freimütige Bekenntnis der eigenen Schwäche des Politikers, das er so ausdrückt: „Ich fürchte, wir sind in die Leitung der Regierungsgeschäfte mit derselben Gesinnung eingetreten, wie sie alle Parteien erfüllt. Die stärkste Triebfeder unserer Handlungen war der Wunsch, die Regierung des Staates in die Hand zu bekommen, unser Ziel war die Behauptung der Macht, der Besitz der hohen Aemter".

---

[1]) Bonet $\frac{23. \text{ Sept.}}{4. \text{ Okt.}}$ 1715. G. St. A.

[2]) Vgl. Rapin, Dissertation, 101.

[3]) Dissertation S. 100.

[4]) Letter to Sir Will. Wyndham.

Zweites Kapitel.

# Die Spaltung der Whigpartei und der Konflikt im Königshause.

Divide et impera! Schien nicht der eifervolle Wettstreit der Parteien zu einer Stärkung der Monarchie führen zu müssen? Oder wie kam es, dass er diese Folge nicht gehabt hat? Eine Frage, auf die die Geschichte des 18. Jahrhunderts die Antwort gibt.

Die Krone ist über ihre Haltung gegenüber den Whigs und Tories lange mit sich selbst nicht ins Reine gekommen. Und auch die Theoretiker der Verfassung, die historischen und politischen Schriftsteller, wussten noch keinen sicheren Rat zu geben.

Da ist es nun von hohem Interesse, den Wandel der Anschauungen über das Thema Krone und Parteien im Laufe der Zeiten zu beobachten. Die älteren Schriftsteller, die das Aufkommen von Whig und Tory noch mit erlebt haben, sehen in den Parteien schlechthin ein Unglück für das ganze Volk. Bischof Burnet nimmt ihre Namen nicht gern in den Mund.[1]) In seiner Denkschrift über die englische Verfassung, die er zur Unterweisung der Kurfürstin Sophie 1703 niederschrieb, klagt er, dass in den letzten vier Jahren Karls II. die Krone recht eigentlich zum Haupt einer Partei geworden sei.[2]) Noch schärfer redet John Toland, der deistische Schriftsteller. Er hat das Thema der Parteiregierung zum Gegenstande einer besonderen Schrift gemacht, die er 1701 dem Könige Wilhelm

---

[1]) „*Terms that I have spoken much against, and have ever hated*". History of his own Time. II, 1734, S. 4.

[2]) A Memorial offered to . . . Princess Sophia, 1815, S. 59.

überreichte.[1]) Mit wahrem Abscheu spricht er von den Parteiungen. „Keine von allen Seuchen, die seit dem Tode der Königin Elisabeth unser Volk heimgesucht haben, hat ihr Gift weiter ausgebreitet oder uns dem Untergange näher gebracht als der unversöhnte Hass der Parteien".[2]) Unter dem ersten Stuart sind sie entstanden, unter Karl II. zu voller Ausbildung gelangt. Dieser Fürst ist der eigentliche Schuldige. Sein Streben, Papismus und Sklaverei über England zu bringen, wurde verderblich. „Hoch- und Niederkirchliche, Konformisten und Fanatiker, Whigs und Tories, Loyalisten und Rebellen, Patrioten und Höflinge, und wie sie mit ihren schändlichen Namen sonst noch heissen mögen, alle sind sie die abscheulichen Früchte seiner Politik".[3]) Nun aber, da sie mit ihren unversöhnlichen Gegensätzen einmal da sind, was soll der König tun? Nicht tiefer kann er sich erniedrigen, als wenn er sich selbst an die Spitze einer Partei stellt. Denn er würde dadurch herabsinken zum König einer Faktion. Er würde aufhören der allgemeine Vater seines Volks zu sein.[4]) Teilt er alle wichtigen Aemter nur an die eine Partei aus, so wird die andere ihn hassen und ihn zu stürzen versuchen. Noch schlimmer freilich, wenn er selbst von einer Partei regiert wird, die alsdann wenig auf seine Ehre bedacht wäre und ihre Macht nur zur Unterdrückung der Gegner ausnutzen würde. Am schlimmsten aber, wenn der Monarch, nicht genug damit, dass er immer nur mit einer Partei regiert, hierbei auch noch bald der einen, bald der andern den Vorzug geben würde, denn alsdann würden alle Verhältnisse ins Wanken geraten, und die Stärke im Innern ebenso wie der Einfluss im Auslande verloren gehen. Mit anderen Worten, der König soll über den Parteien stehen. Toland rühmt es an Wilhelm III., dass er die Zumutung, mit einer einzigen Partei zu regieren, bisher immer von sich gewiesen habe. Ja, wenn unter seinen Ministern sich Parteien bilden, so will er nichts mehr mit ihnen zu tun haben. Für seine Person ist Toland nun zwar selbst Parteimann. Er lässt keinen Zweifel

[1]) The Art of Governing by Partys. Lond. 1701. Münch. Hofbibl. Pol. g. 928 u.

[2]) ibid. S. 7.

[3]) ibid. S. 9—10.

[4]) ibid. S. 41 ff.

darüber, dass er den Prinzipien der Whigs vor denen der Tories den Vorzug geben würde, nämlich „der freien Regierung vor der Willkürherrschaft, der protestantischen Religion vor dem Papismus, England vor Frankreich, König Wilhelm vor König Jakob".[1]) Aber das eigentliche Ziel muss doch sein, jenen verhängnisvollen Gegensatz von Whig und Tory völlig verschwinden zu lassen.

Nun rückte aber nicht nur die Verwirklichung dieses Ideals in immer weitere Fernen, sondern die Bedeutung der Parteien im politischen Leben Englands steigerte sich noch fortgesetzt. Krieg und Parteipolitik waren die beiden Leitmotive, die sich durch die Regierungsgeschichte der Königin Anna hindurchzogen. Jetzt erkannte man deutlich, dass die Krone sich nicht so hoch über dem Getriebe, wie man es früher gefordert hatte, zu halten vermöge. Und so erklingt denn in den Darlegungen, mit denen britische Staatsmänner und hannövrische Diplomaten 1714 den Herrscher aus deutschem Geschlechte begrüssen und in denen sie ihn über das Wesen der Parteien aufklären möchten, schon eine neue Tonart. Wir verweilen einen Augenblick bei der bedeutendsten dieser Schriften. Es ist die „Unparteiische Geschichte der Parteien", die Lord Cowper, der grosse Kenner der englischen Verfassung, als Mitglied der Regentschaft vor der Ankunft des Königs niedergeschrieben hatte. Seine Gattin, die Hofdame der Prinzessin, hat die Arbeit mit einer französischen Uebersetzung versehen und sie sodann dem Baron Bernstorff gegeben,[2]) der sie dem Könige überreicht haben wird.[3])

So starker Ausdrücke, wie Toland sie noch gebraucht hat, bedient Cowper sich nicht mehr. Er nennt die Parteien nicht mehr eine Seuche. Gewiss gilt ihre Beseitigung auch ihm noch als das letzte zu erstrebende Ziel,[4]) aber man merkt es wohl, das er an seine Erreichung selbst nicht mehr glaubt. Es ist eine von feinem Taktgefühl, vornehmer Denkart und

[1]) ibid. S. 54.

[2]) Diary of Lady Cowper S. 7.

[3]) Abgedruckt bei Campbell, Lives of the Chancellors, IV, 1846, S. 421 ff. Vgl. dazu Campbells Bemerkungen S. 347.

[4]) Auch Leibniz hat damals diese Hoffnung noch ausgesprochen. Kerker of Kersland, Memoirs 1, 101.

zugleich von grosser Staatsklugheit zeugende Schrift. Ganz so unparteiisch, wie der Autor erscheinen will, ist er freilich nicht; doch hütet er sich vor extremen Urteilen. Will man gerecht sein, sagt Cowper, so muss man zugestehen, dass beide Parteien im Grunde für die Monarchie und für die Kirche von England sind. Der gegen die Whigs erhobene Vorwurf, sie wollten die Republik einführen, ist ebenso ungerecht, wie die Behauptung, das Ziel der Tories bestehe darin, den Papismus aufzurichten, oder wenigstens eine Annäherung der englischen Kirche an Rom herbeizuführen. Wenn Cowper aber bei der Erwähnung der Thronfolgeakte von 1701 erzählt, die Tories hätten die bekannten lästigen Beschränkungen der königlichen Präogative in dieselbe hineingebracht, die Whigs sie nur in Kauf genommen, um den Hauptzweck des Gesetzes nicht zu gefährden, so erscheinen die Tories schon als diejenige Partei, bei der die Neigung, die Rechte der Krone zu beschneiden, viel stärker ist als bei den Whigs. Es ist freilich das Gegenteil von dem, was man als die Doktrin der beiden Parteien hinzustellen pflegt, denn hier sind die Tories zu Verteidigern des parlamentarischen Rechtes, die Whigs zu Stützen der Monarchie geworden. Aber, sagt Cowper, man muss bedenken, dass die Tories nur deshalb aus der Rolle fielen und dem Königtum Fesseln anlegen wollten, weil es eben nicht mehr das legitime Herrschergeschlecht war, sondern das fremde Fürstenhaus, dem man sich anvertrauen musste. Cowper will zu verstehen geben, dass das den Tories nicht leicht geworden sei, dass sie nicht mit dem Herzen dabei waren. Er versäumt es nicht, den Unterschied hervorzuheben, den sie zwischen dem Könige *de jure* und dem Könige *de facto* zu machen pflegen. Dass Wilhelm III. sich mit diesem bedingten Gehorsam zufrieden gab, und die Tories zu hohen Aemtern zuliess, war der grosse Fehler seiner Regierung. Er hat ihn schwer zu büssen gehabt.

Cowper will sagen, dass darum Georg I. doch besser tue, sich den Whigs anzuvertrauen, da nun einmal mit beiden Parteien zu regieren nicht möglich sei. Die Whigs sind hier also die wahren Hüter der Prärogative, sie sind die Partei, bei der das Recht des Königtums am besten aufgehoben wäre. Freilich empfiehlt er dem Könige noch, er möge die bei der

Zusammensetzung der Regierung weniger begünstigte Partei, welche es nun auch sei, — er meint aber die Tories — doch nicht von jeglichem Anteil am Besitz der Aemter ausschliessen, so wie ein Vater — hier haben wir abermals den nun häufig wiederkehrenden Vergleich — es mit einem Kinde machen würde, das er zwar zärtlich liebt, obwohl er nicht in allen Stücken mit ihm zufrieden sein kann.

Für Georg I. waren diese fein zu Papier gebrachten Ideen nicht neu, denn sie enthielten nur die theoretische Formulierung seiner eigenen Parteipolitik. Es war die Auffassung, die dem nunmehrigen Könige schon vor seiner Thronbesteigung vollkommen geläufig war. Mit den Grössen der Whigpartei zu verkehren, war seinen Vertretern in London immer zur Pflicht gemacht worden. Cowper war einer der wichtigsten, die ausdrücklich genannt wurden. Aus diesem Lager waren auch die Ratschläge gekommen, denen der Monarch bei der Besetzung der Aemter folgte.[1]) Das Prinzip, wie sein treuer Bothmer es einmal ausdrückte,[2]) war, „die Bedienungen nach Meriten und so auszuteilen, wie ein jeder zu dieser oder jener am geschicktesten ist, ohne darauf zu sehen, ob er Whig oder Tory sei". Aber er fügt auch rasch hinzu, dass kein treuer Diener S. M. raten könne, diejenigen „wieder zu gebrauchen", die unter der vorigen Regierung so viel Unheil angerichtet haben. Also nicht anders als wie auch Cowper es meint: Alle wichtigen Aemter sind mit Whigs zu besetzen, einige unbedeutende mag man den Tories einräumen. Und schon suchen die Häupter der Whigs, Marlborough Townshend, Halifax, von denen jeder der erste im Staate zu werden hofft, sich auch unter den Tories einen Anhang zu verschaffen, denn sie haben gehört, der König wünsche eine Mischung von Whigs und Tories.[3])

Ist nun also, wenn wir nämlich Cowpers Theorie und die Praxis Georgs I. einander gleichsetzen dürfen, das Prinzip der Parteiregierung wirklich mit der Thronbesteigung des

---

[1]) Vgl. Bd. 1 S. 414 ff.

[2]) R. Pauli, Aktenstücke zur Thronbesteigung des Welfenhauses in England. Zeitschr. des hist. Vereins f. Niedersachsen, 1883, S. 85.

[3]) „*the King's inclination was to have a mixture of Whigs and Tories*". Letters and Works of Lady Mary Wortley Montagu, I, 1887, S. 15.

Hauses Hannover zum Siege gelangt? Gewiss nicht. Wenn wir nur die damals vorwaltende Absicht in's Auge fassen, so können wir eher behaupten, dass man sich sogar weiter davon entfernt halten wollte, als die Königin Anna es in ihren letzten Jahren getan hatte. Das Bild der vollkommenen Whig-Regierung, das die ersten Jahre des neuen Königs zeigen, entstand erst, als jene Absicht gescheitert war.

---

Die Tories selbst waren es gewesen, die durch ihre stolze Zurückhaltung die Bildung einer gemischten Regierung unmöglich machten. Mit dem bescheidenen Anteil, den Georg I. ihnen am Besitz der Aemter zugedacht, nicht zufrieden, zogen sie sich schmollend in die Opposition zurück. Aber darum gaben sie ihre Sache noch nicht verloren. Denn nun hängt alles von dem neu zu erwählenden Parlament ab. Hier muss die Entscheidung, die der König zu Gunsten der Whigs getroffen hat, erst ihre Ergänzung, ihre Bestätigung finden. Gelingt es der Regierung nicht, sagen die Gesandtschaftsberichte,[1]) nun auch eine whiggistische Mehrheit im Unterhause zu erzielen, so kann der König freilich sein jetziges Ministerium nicht ein Jahr lang behalten. Die Tories rüsten bei Zeiten zur Wahlkampagne, sie haben schon damit begonnen, ehe der neue Herrscher im Lande war. Man bemerkt die starke Einigkeit innerhalb der Partei, die so auffallend absticht von den Spaltungen unter den Whigs, die nur darauf bedacht scheinen, einander gegenseitig die fetten Posten streitig zu machen.

Die Tories arbeiten mit allen Hilfsmitteln der Agitation. Da ihnen die mittleren und niederen Aemter nicht sofort abgenommen worden sind, so haben sie schon dadurch einen gewissen Vorsprung vor ihren Gegnern. Sie erklären, ihr Einfluss müsste von Rechtswegen im Parlamente dominieren, denn der grösste Teil des Grund und Bodens von England sei in ihren Händen.[2]) Ihre Anklagen gegen die neue Whig-

---

[1]) z. B. Bonet $\frac{28.\ \text{Sept.}}{9.\ \text{Okt.}}$ 1714. Hoffmann, 9. Okt. 1714.

[2]) Bonet, 5./16. Okt. 1714.

Regierung und gegen Georg I. selbst beginnen mit dem nun jedermann geläufigen Vorwurf, statt die Parteien zu beseitigen, habe der König dieselben durch die Wahl seiner Diener nur befestigt. Sie, die Tories, seien die wahren Hüter der Kirche wie des Staates. Die Whigs aber wollen Krieg, hohe Steuern, allgemeine Toleranz, eine Kirche ohne Liturgie und ohne Bischöfe. Die Aemter sollen gleichmässig unter Türken, Deutsche und Heiden verteilt werden, die Truppen vermehrt, um so viel besser die Kanaille und die Rebellen niederhalten zu können. Kurz die Tories wollen das Bestehende schützen, die Whigs den allgemeinen Umsturz. *„Utrum horum mavis, accipe“*, mit dieser Mahnung an den Leser schliesst die aufgestellte Rechnung.

Doch wir wollen nicht früher Erzähltes wiederholen.[1]) Die Agitation der Tories war vergeblich, die Whigs hielten mit einer sicheren Mehrheit von 150 Stimmen ihren Einzug in das neue Unterhaus. Nun mögen wir fragen: wie war so etwas möglich? Hat der Thronwechsel allein einen solchen Umschwung der öffentlichen Meinung herbeigeführt? Denn von einer schweren Niederlage der eben noch herrschenden Partei kann doch nicht die Rede sein. Oder ist die whiggistische Strömung in den letzten Zeiten der Königin Anna, von der wir berichtet haben, wirklich schon so stark gewesen, dass sie bei jeder Neuwahl den Damm der Tories durchbrochen hätte? Ich glaube nicht, dass man mit dieser Erklärung allein auskommt. Vielmehr ist hier auf die Tatsache hinzuweisen, dass zu jener Zeit die Regierung es noch in der Hand zu haben scheint, die Parteifarbe des Parlaments im Voraus zu bestimmen. So war es 1710 gewesen, und so geschah es wiederum 1715. Auch die Zeitgenossen sehen es so an. Der kaiserliche Resident Hoffmann schreibt im September 1714, dass die Tories bei den bevorstehenden Wahlen gewiss mit ihrem Gelde nicht sparen werden. Aber die Majorität im Unterhause werden sie dieses Mal ebensowenig bekommen, wie die Whigs bei der vorigen Wahl. Auch die Theoretiker der Parteilehre urteilen nicht anders. So hatte Burnet in seiner Denkschrift an die Kur-

[1]) Vgl. Bd. 1, S. 463 ff.

fürstin Sophie erklärt,[1]) es sei eine untrügliche Erfahrung wo immer eine Nation in Faktionen gespalten ist, da hat die Krone es in der Hand, derjenigen Partei, der sie sich anschliesst, den Sieg zu verschaffen. Noch deutlicher ist Cowper.[2]) Die Parteien, meint er, seien voneinander an Zahl so wenig unterschieden, die Vorteile aber, die ein König von Grossbritannien verleihen könne, ohne den Boden des Gesetzes zu verlassen, so begehrt, dass er es in der Hand habe, indem er eine Partei vor den Wahlen mit seiner Gunst auszeichne, dieser Partei dadurch ein entschiedenes Uebergewicht in allen folgenden Parlamenten zu geben. Auch Rapin teilt diese Anschauung. „Wer England nur ein wenig kennt", sagt er einmal,[3]) „der weiss, welchen Einfluss der Hof auf die Wahlen hat". Aber er geht der Sache auch tiefer auf den Grund. Er stellt es etwa so dar:[4]) Sobald eine Partei die Regierung übernommen hat, übergibt sie die Stellen der Lords Lieutenant, d. h. die Kommandogewalten in den Grafschaften, ebenso wie alle anderen, von ihr abhängigen, Aemter den ihr ergebenen Leuten. Nun folgt die Berufung des neuen Parlaments, bei dem, ausser dem reichlich ausgestreuten Gelde, ihre Beamten in Stadt und Land ihre ganze Autorität und viel Geschick aufwenden, um günstige Wahlen zu erzielen, mit anderen Worten, um derselben Partei, die im Ministerium dominiert, auch die Mehrheit im Unterhause zu verschaffen. „Die Erfahrung lehrt, dass es ein Whig-Parlament gibt, wenn ein Whig-Ministerium da ist, und ein Tory-Parlament, wenn die Minister Tories sind".

Mag dies nun auch für die Parlamentswahl von 1715 zutreffen, so zeigt freilich die Geschichte der folgenden Jahre, die wir zum Teil schon kennen, dass die Machthaber auf die Richtigkeit des Satzes: wie das Kabinett so das Parlament, doch nicht allzu fest bauten. Statt sich auf den ungewissen Erfolg einer Neuwahl zu verlassen, die nach dem Dreijährigkeitsgesetze im Jahre 1718 hätte erfolgen müssen, zogen sie

---

[1]) A Memorial . . . to the Princess Sophie, containing a delineation of the constitution and policy of England, 1815. S. 57.

[2]) An impartial History of Parties, bei Campbell, Lives of the Chancellors, IV, 1846, S. 426, 428—9.

[3]) Dissertation sur les Whigs et les Torys, 1717, S. 71.

[4]) Ebd. 157—8.

es vor, schon 1716 die Siebenjährigkeitsakte beschliessen zu lassen, und ihr schon für das gegenwärtige Parlament Geltung zu verschaffen. So blieb man bis zum Jahre 1722 vor den Aufregungen und Gefahren einer Parlamentswahl bewahrt. Ja, wie wir noch sehen werden, hat das Ministerium noch vor Ablauf dieser Frist, nämlich 1719, den Gedanken gefasst, durch ein neues Gesetz die Wahlen noch länger hinauszuschieben. Kurz, mochten nun jene Propheten Recht haben oder nicht, die ein für alle Mal den Sieg der Regierung bei den Wahlen voraussagten, sicherer schien es doch, die Herrschaft im Parlamente garnicht auf's Spiel zu setzen, und Neuwahlen, so lange es irgend möglich war, überhaupt zu vermeiden.

---

Dass es dem landfremden Könige hätte gelingen sollen, was seine Vorgänger vergeblich versucht hatten, die beiden grossen Parteien zu gemeinsamer Arbeit für das Wohl des Ganzen zu vereinen, hatte sich demnach als eine eitle Hoffnung erwiesen. Aber wenn es nun sein Schicksal war, nur mit der einen Partei regieren zu sollen, so hätte er dieser freilich ganz sicher sein müssen. Das war nun aber gerade nicht der Fall. Georg I. brachte es nicht fertig, die eigene Partei der Whigs soweit in Zucht und Ordnung zu halten, dass nicht die Gegensätze innerhalb derselben zu einer unheilvollen Spaltung geführt hätten. Die Verwirrung, die dadurch in die innerpolitischen Verhältnisse hineingetragen wurde, ist also auf Rechnung eines Königtums zu setzen, das sich zwar von Anfang an den Aufgaben der auswärtigen Politik mit vollem Eifer widmete, das aber den inneren Fragen doch nur ein geringes Verständnis und Interesse entgegenbrachte. Wir stehen in einer Periode, wo die Bedeutung der Parteien im englischen politischen Leben beständig wächst, die führende Hand über ihnen aber vermisst wird, und wo sich einer solchen Sachlage gegenüber das grosse Prinzip einer regierenden und einer opponierenden Partei langsam durchzuringen beginnt. Merkwürdig genug, dass eben derjenige Staatsmann, der nachmals auf diesem Prinzip sein System begründete vorher noch einige Jahre lang den parteipolitischen Störenfried spielte, gleich als ob er seinen Landsleuten die verderb-

lichen Wirkungen der Uneinigkeit innerhalb der Partei recht *ad oculos* hätte demonstrieren wollen. Dieser eine — es ist Robert Walpole — lenkt als der grosse Abtrünnige der Partei schon in diesen Jahren die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Er wird den Ministern mit seiner ewigen Opposition allmählich unerträglich. Sie müssen sich entschliessen, da sie gegen ihn nicht mehr regieren können, ihn selbst wieder in's Kabinett zu ziehen. Und dann ist aus dem Oppositionsmann bald der grosse Staatslenker, der Premierminister, geworden.

Townshend und Walpole und einige andere Minister waren, wie wir wissen, im April 1717 aus ihren Aemtern entlassen worden. Den Anlass dazu hatten jene Meinungsverschiedenheiten gegeben, welche im Spätjahr 1716 zwischen den beiden Staatssekretären Townshend und Stanhope über die schwebende Frage des Bündnisses mit Frankreich entstanden waren. Der tiefere Grund der ganzen Ministerkrisis aber lag in dem Empordrängen einer Gruppe von Ehrgeizigen, die seit der Thronbesteigung Georgs I. sich zwar in hohen Aemtern befanden, aber nicht den entscheidenden Einfluss in der Regierung des Landes besassen, nach dem sie strebten. Marlborough, der grosse Feldherr, und sein Schwiegersohn Lord Sunderland sind vor allem zu nennen. Die Reihe ihrer Enttäuschungen hatte damit begonnen, dass ihre Namen sich nicht in der Liste der Regenten befanden, die während des Interregnums, bis zur Ankunft des Königs, die monarchische Gewalt zu vertreten hatten. Der General wurde zwar in alle seine alten Aemter wieder eingesetzt. Er hatte es auch wieder so gut verstanden, seiner Sippe und seinen Freunden einträgliche Stellen zu verschaffen, dass der König ihn gelegentlich seinen Unwillen über solche Unbescheidenheit fühlen liess. Das volle Vertrauen Georgs I. hat Marlborough niemals besessen, mag es nun richtig sein oder nicht, dass der König es noch immer nicht verwinden konnte, was ihm Marlborough einst während des Feldzuges von 1708 angetan hatte, als er ihm die gewünschte militärische Unterstützung versagte. Marlboroughs Schwiegersohn Sunderland aber hatte als eifriger Anhänger der hannövrischen Thronfolge gehofft, an Stelle Bolingbrokes Staatssekretär und der entscheidende

Mann in der Regierung zu werden. Georg machte ihn nur zum Lord Statthalter von Irland. Auch als er nach einem Jahre *Lord Privy Seal* wurde, war sein Einfluss nicht grösser. Er, wie die anderen Mitglieder der berühmten Whigjunta aus der Zeit der Königin Anna, vermochten neben den neuen Grössen, neben Townshend und Stanhope, nicht aufzukommen.

In diesem Kreise nun war 1716, noch ehe der König nach Hannover ging, der Plan entstanden, die Mächtigsten zu stürzen und die Regierung unter den Einfluss des Marlboroug'schen Kreises zu bringen. Sunderland war offenbar die Seele dieser Machenschaften, der Herzog von Marlborough aber, als der würdigste von allen, bildet den Mittelpunkt, um den man sich sammelt. Da war es freilich ein peinliches Missgeschick, als eben jetzt der alte Herzog von einem Schlaganfall betroffen wurde, von dem er sich niemals völlig erholt hat. Aber der Plan ward dennoch fortgesponnen und es war noch ein Gewinn, dass die Herzogin zu seinem Gelingen viel freigebiger die Mittel spendete, als ihr knausernder Gemahl es zu tun pflegte. An die Stelle Marlborughs trat in der Armeeleitung ebenso wie in den eben berührten Intriguen gegen die Minister der General Cadogan, der kürzlich zum Lohn für die Bewältigung des schottischen Aufstandes zum Peer erhoben worden war.

Der Streich gelang. Es kam, wie wir bereits wissen. Sunderland erschien in Hannover und gewann das Vertrauen des Königs. Seit der Entlassung Townshends und Walpoles teilte er sich mit Stanhope und Cadogan so ausschliesslich in den Besitz der Macht, dass man von dem Triumvirat Stanhope, Sunderland, Cadogan sprach.

Unzweifelhaft war Stanhope der bedeutendste unter ihnen. An ihn hatte Sunderland sich in Hannover eng angeschlossen. Es wäre auch schwer gewesen, ihn zu verdrängen, angesichts seiner damals schon bedeutenden Erfolge n der auswärtigen Politik. Stanhope ist, so lange er lebte, der wahre Leiter derselben geblieben, und dass in ihr die grösste Leistung des britischen Staates während dieser Jahre lag, wissen wir auch bereits. So ist er bis 1721, bis in Walpoles Zeit hinein, durch den Wechsel der Ministerien

hindurch, der feste Pol in der Erscheinungen Flucht, der grosse auswärtige Minister, den freilich der Ruhm Walpoles und seiner inneren Politik bald noch überstrahlen sollte. Cadogan mag ein begabter General und Diplomat gewesen sein, wenn er auch so wenig mit Marlborough wie mit Stanhope zu vergleichen war. Von grossen politischen Talenten hört man bei ihm nicht viel. Sunderland endlich, der Sohn des berühmten Ministers Wilhelms III., dessen Begabung so gross gewesen war wie seine Lust zur Intrigue, ist, glaube ich, von den Zeitgenossen sehr überschätzt worden. Man meinte, dass ein so starkes Selbstbewusstsein, so viel herausfordernder Stolz mit grossen Geistesgaben und hoher politischer Einsicht verbunden sein müssten. In Wahrheit hat er in den nächsten Jahren, da er an hoher, an leitender Stelle stand, als „*Primus-Minister*" angesehen wurde, eigentlich auf allen Gebieten versagt. Die Leitung des Auswärtigen blieb — zum Glück für den Staat — in den Händen Stanhopes. In der inneren Politik aber ist Sunderland vor allem der Urheber des grossen Südsee-Planes gewesen, der, rasch ergriffen und leichtsinnig durchgeführt, eine der furchtbarsten Katastrophen zur Folge hatte, von denen das englische Geschäftsleben je betroffen worden ist.

Durch Sunderland, der nun für einige Jahre der entscheidende Mann in der inneren Politik war, wurde der whiggistische Charakter der Regierung in Frage gestellt. Sunderland hatte viel mit den Tories verkehrt. Er hat auch in der Folge oft daran gedacht, ein aus beiden Parteien gemischtes Ministerium zu bilden. Diejenigen, die statt eines Whig- oder Tory-Kabinetts eine schlechthin englische Regierung wünschten, mussten in Sunderland ihren Mann sehen. Ob so etwas noch möglich war, ist freilich eine andere Frage. Im Augenblick hatte man einen Teil der Whigs, dabei viele ihrer besten Köpfe, verloren und die Tories nicht gewonnen.

---

So geriet die ganze Parteipolitik Georgs I. ins Wanken. Jetzt rächte sich die Einseitigkeit seines Systems. Er hatte sich den Whigs so völlig in die Arme geworfen, dass sie seiner ganz sicher zu sein glaubten. Ein Teil von ihnen,

finden sie, kann es sich schon einmal gestatten, dem Könige zu opponieren. Wenn auch Whigs gegen Whigs auftreten, der König muss es ertragen, er muss abwarten, welche von diesen hadernden Gruppen die stärkere ist, und in dem Kampfe um die Ministersessel den Sieg davonträgt, denn den Weg zu den Tories hat er sich ja selbst versperrt. Unter Wilhelm III. und Anna war es freilich anders gewesen. Niemals hatten diese sich einer einzigen Partei so völlig hingegeben. Sie haben, sagte man,[1]) stets ein Pförtchen offen gelassen, durch das die andere hereinschlüpfen konnte.

Die begabtesten Männer unter den Whigs waren jetzt freiwillig oder gezwungen aus den Aemtern geschieden. Man musste die Lücken ersetzen, so gut es ging und, da man auf die eine Partei angewiesen war, auch Leute von geringerer Begabung in die hohen Aemter bringen. Stanhope, der zeitweilig selbst das Amt des ersten Schatzlords, das Walpole aufgegeben hatte, übernahm, war alles eher als ein geschickter Finanzmann. Addison, der berühmte Schriftsteller, gab einen in politischen Geschäften wenig gewandten Staatssekretär ab. Man fand auch die Sprache seiner diplomatischen Depeschen bei weitem nicht so glücklich und beredt, wie seine witzigen Feuilletons im *Spectator*. Ein Glück für die Regierung war es noch, dass wenigstens der staatskundige Cowper bewogen werden konnte, in seinem Amte als Lordkanzler zu verharren. Der Herzog von Devonshire war als Präsident des Privy-Council nicht zu halten, so sehr sich auch der König selbst darum bemühte. Eine Stunde lang hielt er ihn in der Audienz fest. Devonshire erbat sich Bedenkzeit, ging sodann zum Prinzen von Wales, der ihm zur Niederlegung des Amtes riet. Der König war tief gekränkt.

Am verhängnisvollsten aber war und blieb es für Georg I., dass Robert Walpole ihn verlassen hatte. Wir kennen schon die aufgeregte Abschiedsszene, als der König mit seinem immer wiederholten *„rogo te“* den Minister bestürmte, und wie endlich die beiden Männer in furchtbarer nervöser Erregung aus-

[1]) *. . . ils ont toujours laissé une porte ouverte à l'un, au lieu qu' à présent on la ferme aux Tories pour toujours“*. Bonet $\frac{31.\text{ Jan.}}{11.\text{ Febr.}}$ 1717. G. St. A.

einandergegangen waren. Der König behielt den Eindruck zurück, als ob Walpole ihn treulos im Stiche gelassen habe. Diese Gesinnung spiegelte sich noch in einer merkwürdigen Szene ab, die sich einige Wochen später im Unterhause zutrug.[1]) Nicholas Lechmere, der Generalprokurator, sprach mit bitteren Worten von jenen Mitgliedern, die kürzlich ihre Aemter niedergelegt hätten und nun gesonnen schienen, dem Könige Verlegenheiten zu bereiten. Walpole erwiderte mit gutem Humor, sonst pflege man wohl Leute zu tadeln, die ein Amt übernehmen, dem sie nicht gewachsen sind. Aber dass man jemandem einen Vorwurf daraus mache, wenn er ein einträgliches Amt freiwillig niederlege, das sei ihm noch nicht vorgekommen. Dann erklärte er mit einer gewissen Feierlichkeit, die Zukunft werde lehren, dass es ihm wirklich nicht in den Sinn komme, die Geschäfte des Königs stören zu wollen.

Mag nun dieses Versprechen im Augenblicke ehrlich gemeint gewesen sein oder nicht, genug, es ward nicht gehalten. Seine anfangs noch loyale Haltung gab Walpole nur zu bald auf. Die längst gehegte Hoffnung der Tories, dass früher oder später ein Teil der Whigs sich zu ihnen gesellen werde, um der Regierung zu opponieren, ging in Erfüllung. Man erfährt,[2]) wie vor einer wichtigen parlamentarischen Entscheidung die Haltung der Opposition in zwei Parteiversammlungen festgelegt wird. In der einen beraten die Tories unter dem Vorsitz von Bromley, in der andern die von der Regierung abgefallenen Whigs unter Robert Walpole. Die beiden Vorsitzenden suchen durch hin- und hergehende Botschaften ein Einvernehmen zu erzielen. Walpole glaubt schon, eine Niederlage der Minister voraussagen zu können. Dazu kommt es freilich nicht, da er an der Vorlage der Regierung nur Streichungen vornehmen will, die Tories aber wollen sie gänzlich verwerfen. — Der Plan zerschlägt sich in letzter Stunde, und Walpoles Freunde sehen sich gezwungen, dieses Mal noch mit der Regierung zu gehen, die es zu einer Majorität von 21 Stimmen bringt. Aber die Lage der Minister bleibt so kritisch wie zuvor.

[1]) Parl. Hist. 7, 449.

[2]) Bonet 16./27. April 1717. G. St. A.

Denn die aus den Aemtern geschiedenen Mitglieder der Whigpartei wandelten nun ihre eigenen Wege. Was sie mit den regierenden Whigs verband, die Parteidoktrin, war nicht stark genug, um zu verhindern, dass sie nicht plötzlich zu scharfen Gegnern ihrer bisherigen Genossen wurden, ja dass sie nicht, gemeinsam mit Tories und Jakobiten, ihre ganze Energie darauf verlegten, der Regierung das Leben sauer zu machen, ihre Massregeln, wo immer es möglich war, als schädlich und verfehlt zu brandmarken, immer den *advocatus diaboli* zu spielen, kurz Opposition um der Opposition willen zu treiben. Sie erliegen der vor jedem Politiker stehenden Versuchung, das Persönliche über das Sachliche zu stellen und den Standpunkt der Partei ebenso zu verleugnen, wie das nationale Interesse. Aber man bedenke, welche Verwirrung durch ein solches Gebahren in die Partei und in die whiggistisch gesinnten Volkskreise getragen wurde. Waren diese bisher gewöhnt worden, Walpole und Townshend so gut wie Stanhope als die berufenen Vertreter ihrer eigenen politischen Gedankenwelt zu betrachten, so sollten sie sich jetzt entscheiden, ob sie diesem oder jenen mehr Vertrauen schenken, in wem sie den wahren Hüter der whiggistischen Doktrin erblicken wollten. Sie sahen, man konnte ein echter Whig sein und doch dieser Regierung Opposition machen. So erlebte man es denn, dass eine förmliche Spaltung der Partei eintrat, bei den Lords wie bei den Commons war es ein starker Flügel der Whigs, der dort im Gefolge von Townshend, hier von Walpole, die Schwenkung nach der Seite, wo die Tories standen, vollführte.

Die Lage des Ministeriums ward um so schwieriger, da die Last der Geschäfte fast allein auf den Schultern von Stanhope und Sunderland ruhte. „Unmöglich ist einmal", schreibt der Resident Hoffmann,[1]) „dass zwei einzige Ministri, so fähig und arbeitsam sie auch sind, der ganzen Administration in einem durch Faktionen so sehr getrennten Königreiche in die Länge allein vorstehen können." Der dritte im Bunde war, wie wir wissen, General Cadogan. Gegen ihn richtete sich nun der erste schwere Angriff, der im Parlamente zum Sturze der Regierung unternommen wurde.

[1]) 8. Oktober 1717. W. St. A.

Anklagen hoher Staatsbeamter waren den Zeitgenossen nichts Ungewöhnliches. Minister und Generale mussten stets darauf gefasst sein, wenn sie mächtige Gegner im Volke und im Parlamente besassen. Das hatte nicht nur Marlborough, sondern auch Walpole selbst an sich erfahren. Unterschlagung öffentlicher Gelder, Bereicherung auf Kosten des Staates, war der gewöhnliche Vorwurf, der bei der komplizierten Finanzwirtschaft bald erhoben werden konnte, und ebenso schwer zu beweisen, wie zu widerlegen war. Cadogan sollte bei dem Transport der 6000 holländischen Soldaten, die zur Bekämpfung des Aufstandes in Schottland gedient hatten, zu hohe Summen in Rechnung gebracht haben. So kam die Sache im Unterhause zur Sprache und bedeutete eine ernste Gefahr für die Minister.

Es war ein grosser Tag bei den Commons,[1]) auf den man sich von beiden Seiten wohl vorbereitet hatte.[2]) 400 Mitglieder waren anwesend, was bei der hergebrachten schlechten Frequenz schon recht viel bedeutete. Als die Sitzung begann, bemerkte man freilich, dass Tories und unzufriedene Whigs (so nannte man Walpoles Anhänger) im Augenblick noch in der Ueberzahl waren. Die Anhänger der Regierung versuchten darum, einen andern Gegenstand auf die Tagesordnung zu bringen, erlitten dabei zwar nach einstündiger Debatte eine Niederlage, hatten aber doch Zeit gewonnen, um ihre noch nicht anwesenden Freunde eiligst herbeizurufen. Der Kampf um den Fall Cadogan tobte 8 Stunden lang. Die auf dem Tisch des Hauses liegenden Schriftstücke besagten, dass die durch den General bewerkstelligte Ueberführung der Holländer nach England 11000 Pfund Sterling gekostet habe, der durch Pulteney bewirkte Rücktransport nur 3000 Pfund Sterling.[3]) Darauf gründete sich die Erklärung Pulteneys, dass ein Betrug vorgekommen sein müsse, dessen Urheber aber aus den Akten nicht zu erkennen sei. Walpole stimmte ihm bei und erklärte, Cadogan müsse noch andere Zeugnisse vorlegen, wenn man an seine

[1]) Vgl. Parl. Hist. 7, 466—68.

[2]) Bonet, 7./18. Juni 1717.

[3]) Diese Zahlen gibt ein Brief in den Stuart Papers, IV, 356. Hoffmanns Bericht vom 15. Juni n. St. 1717 gibt 1200 £ und 3600 £.

Unschuld glauben sollte. Walpole sprach 2 Stunden lang mit solcher Leidenschaft und mit soviel physischem Kraftaufwand, dass er, von heftigem Nasenbluten befallen, seine Rede eine Zeit lang unterbrechen musste. Schulter an Schulter mit ihm standen die Tories, deren Hauptredner kein anderer war als jener Shippen, dessen jakobitische Gesinnung allbekannt war. Obwohl zugunsten Cadogans auch Stanhope und Craggs und, soweit die erhaltenen Berichte den Charakter der Verhandlungen noch erkennen lassen, am wirksamsten wohl Lechmere, eintraten, so erzielte der am Schlusse gestellte Antrag Stanhopes, die Sache fallen zu lassen, doch nur eine Mehrheit von 10 Stimmen, nämlich 204 gegen 194.

Wir sind durch einen unserer Gesandtschaftsberichte[1]) in die günstige Lage versetzt, für diese Abstimmung auch die numerische Stärke der Parteien einmal genau angeben zu können. Wir hören, dass 120 Whigs gegen die Regierung stimmten, darunter 32, die im Besitze von Aemtern waren. Wenn wir diese als gelegentliche Mitläufer Walpoles ansehen, so werden wir doch die übrigen 90 schlechthin als „unzufriedene" Whigs anzusprechen haben. Für die Tories bleiben dann nicht mehr als 74 Stimmen, während die Regierung über 194 treue Whigs verfügte. Natürlich gilt diese Rechnung nur für die eben geschilderte Verhandlung vom 4. Juni 1717 a. St. Das Verhältnis der Parteien wird sich gewiss von Fall zu Fall geändert haben, und wie es sich bei der, übrigens niemals vorkommenden Anwesenheit aller, oder auch nur annähernd aller, 565 Mitglieder gestellt haben würde, vermögen wir vollends nicht anzugeben. Immerhin ist es gewiss nicht zu hoch gegriffen, wenn man die Stärke der Walpoleschen Gefolgschaft im Unterhause auf mehr als 100 Mitglieder veranschlagt.

Das Ergebnis der Abstimmung verhütete den Sturz der Regierung. Der beabsichtigte Schlag hätte zunächst Cadogan getroffen, aber auch Stanhope und Sunderland hätten sich kaum halten können. Die Opposition hatte schon ihren Feldzugsplan[2]) gefasst. Sie wollte den König durch eine Adresse des Unterhauses ersuchen lassen, Cadogan aller seiner Aemter zu entsetzen und ferner dem Herzog von Argyle öffentlich

[1]) Bonet, 7./18. Juni 1717. G. St. A.

[2]) Nach den Berichten von Bonet und Hoffmann.

Dank zu sagen für die Unterdrückung des schottischen Aufstandes. Eine solche Danksagung wäre aber eine persönliche Kränkung des Königs gewesen, da Argyle der Günstling des Prinzen von Wales war. Hatte man aber erst so viel erreicht, so schien auch die Verdrängung von Stanhope und Sunderland nicht unmöglich. Für den Augenblick war nun dieses Unheil noch abgewendet worden, aber man erkennt deutlich genug die unsichere Stellung der Regierung gegenüber einer solchen Opposition.

Um diese Zeit geschah es auch,[1]) dass der berühmte Gefangene im Tower wieder einmal die allgemeine Aufmerksamkeit beschäftigte. Graf Oxford, der grosse Minister der Königin Anna, der Urheber des Utrechter Friedens, sass nun schon 2 Jahre lang, des Hochverrats und der schweren Vergehen angeklagt, im Staatsgefängnis. Ausser der Freiheit entbehrte er zwar nicht viel. Die Haft war milde, seine Freunde gingen bei ihm ein und aus. Er unterhielt einen lebhaften Briefwechsel, er lebte völlig in den grossen und kleinen politischen Fragen der Zeit. Sein Name begegnet uns oft genug in den jakobitischen Korrespondenzen. Er steht mit dem Prätendenten Jakob III. und seinem Staatssekretär, dem Herzoge von Mar, in Verbindung, man hört von seinem Einfluss in Frankreich und er steht in fortwährenden Beziehungen zu den Jakobiten in England. Blickt man auf die vielverschlungenen Intriguen, auf die Anschläge und Verschwörungen der stuartischen Partei, und sodann auf die Rolle, die der im Tower befindliche Oxford darin spielte, so wird man fast an die Zeiten der erlauchten Gefangenen von Fotheringhay gemahnt. Nur dass Oxfords eigene Natur, seine Unbeständigkeit, seine Indolenz ihn hinderten, mit seinem Part der tragischen Grösse der Schottenkönigin nahezukommen. Und der Prozess, der nun zum Austrag kam, ist von der Geschichtsschreibung bisher nur noch zu ernst genommen worden. Er entbehrte jeder dramatischen Spannung und endigte wie eine schale Komödie.

---

[1]) Für den Prozess Oxfords enthalten die Gesandtschaftsberichte ausführliche Mitteilungen, welche nicht nur die gedruckten Quellen in willkommener Weise ergänzen, sondern auch die politische Seite der Sache erst recht erkennen lassen.

Der vornehme Gefangene war der Regierung immer unbequem gewesen, sie hätte es gern gesehen, wenn Oxford, wie vor ihm Bolingbroke und Ormond, sich durch die Flucht jedem weiteren Verfahren entzogen hätte. Noch kürzlich sollte der König einen vornehmen Boten zu ihm geschickt haben,[1]) der ihm seine Freilassung anbot, wenn er nur das Versprechen gebe, sich aufs Land zurückzuziehen und an der Politik nicht mehr teilzunehmen. Oxford schlug auf seinen Hut und sagte: „Und wenn der Hof nur begehren würde, ich solle meinen Hut umdrehen, um frei zu werden, ich würde es nicht tun. Ich werde mich mit Gottes Hilfe dem Prozesse unterwerfen. Ich habe ja Zeit genug gehabt, mich vorzubereiten, und dann habe ich die Verfassung Englands und das Andenken der Königin zu verteidigen."

Am 22. Mai a. St. 1717 ward bei den Lords eine Petition überreicht, in der Graf Oxford, mit dem Hinweis auf seine lange Gefangenschaft, dem Hause die Bitte vortrug, seine Lage in Erwägung zu ziehen, und nach Recht und Gesetz mit ihm zu verfahren. Der Zeitpunkt war vortrefflich gewählt. Der Zorn über den Utrechter Friedensschluss war verraucht. Diejenigen, welche, wie Walpole und Pulteney, ehedem seine Verfolgung am eifrigsten betrieben hatten, gehörten der Regierung nicht mehr an und waren selbst in die Reihen ihrer Gegner übergetreten. Die Spaltung der Whig-Partei hatte die ganze Szene verändert. Und endlich war es vielen ein schrecklicher Gedanke, jetzt, in der Sommerhitze, da man sehnsüchtig dem Schluss der Session entgegensah, noch einen lange währenden politischen Prozess, bei dem nach altem Herkommen die Commons die Kläger, die Lords die Richter sein sollten, über sich ergehen zu lassen. Zuerst ward über die Frage debattiert, ob die früher erhobene Anklage nicht überhaupt hinfällig geworden sei, nachdem nicht auch in derselben Session der Prozess zu Ende gebracht worden war. Die Frage wurde durch Abstimmung verneint. So musste das Verfahren seinen Lauf nehmen.

Die „geheime Kommission", welche ehedem das Material für die Ministeranklage gesammelt hatte, musste von neuem zusammentreten. Aber sogleich ergab sich die Notwendigkeit,

[1]) Stuart Papers, V, 541.

statt einiger Mitglieder, die nicht zur Stelle waren oder kein Interesse mehr an der Sache hatten, andere zu ernennen. Die Hauptfrage war, ob Robert Walpole, der ehemalige Vorsitzende, wieder teilnehmen solle. Zwar wünschten einige, ihn fernzuhalten, die Regierung aber wollte ihn dabei haben. Sie rechnete klug, dass Walpole sich dadurch die Tories zu Feinden machen und seinen Kredit im Parlamente verlieren werde. Welch' eine günstige Gelegenheit, den gefährlichen Mann völlig unschädlich zu machen. Aber Walpole nahm zwar seinen Platz in der Kommission wieder ein, erklärte auch, nach wie vor der Ueberzeugung zu sein, die Tory-Minister hätten die Nation an Frankreich verraten. Gleichwohl glänzte er in den Sitzungen der Kommission meistens durch Abwesenheit und ein anderer musste an seiner Stelle den Vorsitz übernehmen.

Am 24. Juni a. St. war die alte Westminster Hall wieder einmal hergerichtet, um der Schauplatz eines grossen Staatsprozesses zu werden. Die Peers hatten sich als die Richter niedergelassen. Der König, die königliche Familie und die fremden Gesandten hatten in den Logen Platz genommen, die Commons, mit ihrem Ausschuss an der Spitze, waren als Ankläger erschienen. Dann ward der Angeklagte, der aus dem Tower durch die Verräterpforte auf dem Wasserwege nach Westminster geführt worden war, vor das Antlitz seiner Richter gestellt. Neben ihm nach alter Sitte der Kerkermeister des Towers mit der Axt in der Hand, aber die Schneide von dem Delinquenten noch abgewendet.

Nun nimmt die Handlung ihren gewohnten Gang. Zuerst wird die Anklage, aus 22 Artikeln bestehend, verlesen, sodann die Antwort des Angeklagten und die Erwiderung der Commons. Der Lord High Steward — es war kein anderer als Cowper, den der König ersucht hatte, an diesem Tage des Amtes zu walten — eröffnete den Prozess mit einer Anrede an Graf Oxford und an die Commons. Von diesen sprach Mr. Hampden zur allgemeinen Begründung der Anklage. Als dann aber ein anderer Redner aus dem Unterhause beginnen wollte, über den ersten Artikel zu sprechen, da unterbrach ihn Lord Harcourt, einst Grosskanzler der Königin Anna, mit der Ankündigung, er habe, ehe man weitergehe, einen

Antrag zu stellen. Dadurch wird der Fortgang des Prozesses zunächst unterbrochen, Lords und Commons ziehen sich in ihre Häuser zurück. Als die Lords unter sich sind, stellt Harcourt den Antrag, dass das Verfahren abgekürzt und den Commons auferlegt werde, nicht in der Reihenfolge der Anklageartikel vorzugehen, sondern zunächst die beiden auf Hochverrat hinauslaufenden zu begründen. Können die Commons diese beweisen, sagte Harcourt, so würde Graf Oxford sein Leben und all sein Gut verwirkt haben und die Sache wäre bald zu Ende. Können sie es nicht, so stünde man vor einer Verhandlung von endloser Länge, die aber vielleicht nur eine geringe Schuld des Angeklagten an den Tag bringen würde.

In diesem Antrage lag das ganze Schicksal des Prozesses beschlossen. Den Beweis des Hochverrats zu erbringen, schien den Gegnern Oxfords selbst unmöglich. So mag es wohl der Wunsch der Regierung gewesen sein, da der Prozess nun einmal geführt werden musste, wenigstens eine Verurteilung wegen *high crimes and misdemeanours* herbeizuführen, denn dann hätte man den unbequemen Grafen, da er nun einmal nicht fliehen wollte, auf lange Jahre in irgend einem entfernten Platze internieren, und ihn damit unschädlich machen können.[1]) Harcourts Antrag war also sicherlich nicht nach dem Wunsche der Minister. Im Oberhause entspann sich eine lebhafte Debatte, bei der nicht nur alle torystischen Lords, sondern auch die „unzufriedenen Whigs“ auf Harcourts Seite traten, während die Regierungspartei, besonders Sunderland und Cadogan, dagegen sprachen. Die Annahme des Antrages mit einer Majorität von 88 gegen 56 Stimmen war also unzweifelhaft eine Niederlage der Regierung. Nun widersetzten sich aber die Commons, bei denen die Minister immer noch die Majorität besassen. Aus der Frage, ob die 2 auf Hochverrat lautenden Anklagepunkte, die niemals bewiesen werden konnten, aus allen 22 herausgegriffen und gesondert behandelt werden sollten oder nicht, ergab sich ein Streit zwischen den beiden Häusern, der recht unangenehme Formen annahm. Die Commons legen ihre Gründe schriftlich nieder, die Lords setzen die ihren dagegen. Man verhandelt hin und

[1]) Vgl. Stuart Papers, IV, 429, 437.

her. Am 27. schliessen die Gemeinen ihre Sitzung, ohne auf eine aus dem Oberhause ihnen angekündigte Botschaft zu warten. Am nächsten Tage kommt die Rache der Lords, welche ihrerseits das Begehren der Commons, nach einer freien Konferenz beider Häuser, kühl ablehnen.

Als das ärgerliche Spiel einige Tage hindurch gewährt hat, erklären die Lords, nicht länger warten und den Prozess in der von ihnen beschlossenen Form zu Ende führen zu wollen. Noch einmal wird die Konstituierung des Oberhauses als des höchsten Gerichtshofs mit allem Gepränge in Westminster Hall inszeniert. Wieder erscheint der Delinquent vor seinen Richtern. Aber wir meinen wohl das sarkastische Lächeln auf seinen Lippen noch erkennen zu können über die Burleske dieser Gerichtssitzung. Die Kläger werden aufgefordert zu erscheinen. Eine Viertelstunde verharrt man in tiefem Schweigen. Niemand kommt. Nun begeben sich die Lords zurück in das Zimmer des Oberhauses, wo sie einstimmig die Freisprechung des Angeklagten beschliessen. Dann kehren sie nach Westminster Hall zurück, um den Freispruch in aller Form zum Gerichtsbeschlusse zu erheben. Wohl hatte man bemerkt, dass etwa 30 Whig Lords sich zurückgezogen hatten, ehe die Peers zum letzten Mal in die Halle gingen, und es waren wenig mehr als 100, die Hälfte des Oberhauses, die an der Urteilsverkündung teilnahmen. Aber der Prozess war zu Ende.

„Womit also dieser famose Bösewicht seiner verdienten Strafe entgangen ist", berichtet der kaiserliche Resident. Oxford triumphierte. Er ward der Gegenstand begeisterter Huldigungen des Publikums, er mischte sich geflissentlich unter seine Standesgenossen und pflegte, von diesem Tage an, den Sitzungen des Oberhauses wieder beizuwohnen. Eine führende Rolle hat er da freilich nicht mehr gespielt, doch blieb er eine markante Erscheinung in den Reihen der Tories, und einmal wenigstens werden wir seinem Namen noch begegnen. Sein Hauptinteresse aber war nicht mehr die Politik. Seine Liebe zu den Büchern, die schönen Einbände, seine ungeheure Sammlung von Manuskripten, (die heute einen wertvollen Bestandteil der Handschriftenabteilung des Britischen Museums bildet,) erfüllten seinen Sinn. Er hatte

doch Recht gehabt, als er vor zwei Jahren, nicht wie Bolingbroke und Ormond, die Flucht ergriffen hatte. Denn auch vor der Vermögenskonfiskation war er dadurch bewahrt geblieben. So konnte er es auch leicht verschmerzen, wenn der Hass der Whigs sich noch darin äusserte, dass ihm der Hof des Königs verboten wurde, oder dass das Unterhaus eine von Stanhope selbst entworfene[1]) Adresse beschloss, in der es den Souverän ersuchte, er möge den Grafen Oxford von seinem in der Thronrede angekündigten Amnestieerlass förmlich ausnehmen. Das geschah in der Tat und hatte den Sinn, dass ein Teil des Anklagematerials, das, auf Spanien, den Assiento und die Verwaltung des Schatzamts bezüglich, bisher noch gar nicht herangezogen war, wohl die Unterlage eines neuen Verfahrens hätte abgeben können. Aber dieses Damokles-Schwert störte die Ruhe Oxfords nicht, denn er wusste so gut wie jedermann, dass der angedrohte neue Prozess niemals zur Tatsache werden würde.

---

Die Verwirrung in den Parteiverhältnissen ward erst wahrhaft unheilvoll, als die aus Tories, Jakobiten und abtrünnigen Whigs zusammengesetzte Opposition in dem Prinzen von Wales ihr anerkanntes Oberhaupt erhielt. Seit fast drei Jahren hatte die Nation nun das unliebliche Bild eines Königs vor Augen gehabt, der den Erben seiner Krone eifersüchtig zu unterdrücken sucht, und eines Sohnes, der sich der Bevormundung durch den königlichen Vater zu entziehen und durch leutseliges Gebahren die Herzen des Volkes für sich zu gewinnen sucht. Es ist ein Bild, wie es in der Fürstengeschichte dieser Zeit nicht gerade einzig in seiner Art dasteht. Denn wer denkt hier nicht sogleich an Friedrich Wilhelm I. und den Kronprinzen Friedrich? Aber wenn man in dem berühmten Konflikt im preussischen Königshause etwas von dem Gegensatze zweier Weltanschauungen zu bemerken meint, derjenigen des grossen Verwaltungsgenies mit seiner urpraktischen Auffassung von Staat und Gesellschaft und der des jungen, vom Ernst des Lebens noch unberührten und ganz in

[1]) Bonet, 5./16. Juli 1717.

einer ästhetisch-musikalischen Genusswelt dahinlebenden Fürstensohnes, zweier Naturen, die hart aufeinander stossen, die miteinander ringen, bis sie endlich ihre Verschiedenheit, aber auch jede den Wert der andern erkannt haben, so findet man nichts von solchem Gegensatze bei den Georgen. Man erblickt nur zwei schroffe Naturen, die als der Träger der Krone und als der Erbe derselben in Feindschaft und Hader einander gegenüberstehen. Das Gleichartige der beiden Konflikte liegt wohl allein in der Weltanschauung der alten Monarchie. Der Fürst will in seinem Hause nicht minder absolut herrschen, als in seinem Staate, er fordert von seinen Kindern den geistigen Gehorsam, die Unterwerfung unter sein Gebot, nicht anders, wie von seinen Untertanen.

Der 1716 vor der Reise des Königs nach Hannover drohende Konflikt war, wie wir uns erinnern, noch glücklich beigelegt worden. Der Prinz hatte, wenn auch unter erheblichen Beschränkungen seiner Autorität, die Statthalterschaft angetreten. Er hatte sich mit Eifer der Geschäfte angenommen, hatte sich regelmässig — und davon müssen wir später noch einmal reden — mit den Ministern im Kabinette versammelt, und hätte unter anderen Umständen wohl auf die höchste Anerkennung von Seiten des königlichen Vaters rechnen dürfen. Aber es kam anders. Der misstrauische König hatte sich neben der offiziellen Korrespondenz, die zwischen London und Hannover geführt wurde, noch durch geheime Informationen über das Verhalten seines Sohnes unterrichten lassen. Der hannövrische Minister Graf Bothmer und der britische Lord Sunderland waren es, die neben Stephan Poyntz, dem Vertrauensmann Stanhopes, diese inoffizielle Korrespondenz führten.[1]) Da geschah es denn, dass in diesen Briefen des Prinzen Eifer als ungebührlicher Ehrgeiz, als strafbares Hervordrängen und Haschen nach der Volksgunst erschien.

Nach seiner Rückkehr liess Georg I. es an Zeichen seiner Unzufriedenheit nicht fehlen. Der Prinz aber beklagte sich über die gegen ihn erhobenen Verleumdungen, für die er vor allem Sunderland — dieser war ja auch selbst nach Hannover

[1]) Ein Teil derselben ist verstreut unter die Briefe, die bei Coxe, Rob. Walpole, II, gedruckt sind. — Das folgende besonders nach den Berichten von Bonet (Geh. St. A.) und Hoffmann (W. St. A.).

gereist — verantwortlich machte. Als Sunderland und Stanhope eines Tages beim Lever des Prinzen erschienen, wurden sie keines Blickes gewürdigt. Der zufällig anwesende kaiserliche Resident Hoffmann gratulierte ihnen scherzend zu dieser Behandlung, und sie erklärten wütend, sie würden sich so bald nicht mehr vor dem Prinzen zeigen. Dennoch gewann der stolze Lord Sunderland es über sich, nach drei Tagen den Thronfolger um eine neue Audienz zu ersuchen. Da aber liess dieser ihm entbieten, er verzichte auf seinen Besuch, falls er ihm nicht etwa eine Botschaft vom Könige zu überbringen habe. Man hört noch von dem Versuch, Vater und Sohn, oder genauer gesprochen, den Prinzen mit dem Grafen Sunderland, zu versöhnen. Der Herzog von Devonshire, der selbst soeben sein Amt als Lord Präsident niedergelegt und sich zur whiggistischen Opposition geschlagen hatte, führte die Vermittlung. Der Prinz forderte aber, der Minister solle in aller Form erklären, seine Behauptung, der Thronfolger habe seine Macht über die des Königs erheben wollen, sei unwahr, er habe Falsches berichtet. Zu solcher Demütigung fand Graf Sunderland sich nicht bereit, und die Verhandlung scheiterte.

Schon von dieser Zeit an standen, während des Jahres 1717, der Hof des Königs und der des prinzlichen Paares wie zwei feindliche Heerlager einander gegenüber. „Da die Zahl der Unzufriedenen immer diejenige der Zufriedenen übersteigt, so ist der Hof des Prinzen stets viel zahlreicher als der des Königs", schreibt einer der fremden Gesandten. Um die Wette sieht man den Souverän und seinen Erben der Volksgunst nachjagen. Georg I. versuchte, so wenig es seiner Neigung entsprach, sich etwas mehr dem Volke zu zeigen. Im Oktober 1717 ging er zum Pferderennen nach Newmarket, von da nach dem nahen Cambridge, der Hochburg des Torysmus. Dort empfing er Adressen und beantwortete sie mit huldvollen Worten. Er dinierte im Kreise der gelehrten Herren, er ging zu Fuss von einem der berühmten Colleges zum andern und lobte ihre Schönheit. Aber neben solchen Erzählungen hört man wieder von lauten Huldigungen, die dem Thronfolger dargebracht werden. Am 19. Oktober n. St. 1717 ward er im Theater von Lincolns Inn Fields, dem Hause der Tories, wie man es nannte, durch die sich immer wiederholenden

Akklamationen förmlich ermüdet, und ein gesprochener Prolog besagte, diese Kunststätte friste ihr Dasein nur durch die Gunst des Königlichen Hauses. Ernstere Verlegenheiten bereitete es der Regierung, dass der Prinz auch politisch in das Lager der Opposition übergehen zu wollen schien. Er begünstigte bei allen Gelegenheiten die Tories und die abtrünnigen Whigs. Die Anhänger des Königs aber hielt er fern; die Minister, die englischen wie die deutschen, behandelte er mit eisiger Kälte.

Bei alledem war es bisher zu einem offenen Bruch noch nicht gekommen. Da geschah es im Dezember 1717, dass durch einen Zwischenfall bei der Taufe eines neugeborenen Prinzen das Zerwürfnis im königlichen Hause zum öffentlichen Skandal wurde.[1]) Schon bei der Geburt des Kindes ward die Kälte, die zwischen dem Könige und seinem Sohne herrschte, allgemein bemerkt. Der Prinz von Wales sandte einen seiner Kammerherren mit der Botschaft nach Hamptoncourt, ohne eine Zeile an seinen Vater zu richten. Eine Woche später kam dieser in die Stadt, um die Wöchnerin zu beglückwünschen: der Prinz blieb unsichtbar. Bald ward er zu seinem Kummer gewahr, dass ein Prinz von Wales nicht dasselbe Recht über seine Kinder besass wie ein gewöhnlicher Vater. Er wünschte dem Neugeborenen den Namen Ludwig zu geben. Aber dieser Name hatte für englische Ohren keinen guten Klang, denn er erinnerte an Ludwig XIV. von Frankreich.[2]) So musste der Vater sich fügen, und das Kind sollte die gut welfischen Namen Georg Wilhelm erhalten.

Als nun die Taufe herankam, und die Ernennung der Paten bevorstand, erklärte der König, dass er selbst an erster Stelle die Patenschaft übernehmen wolle. Noch waren zwei weitere Paten zu wählen. Der Prinz dachte nur fürstliche Persönlichkeiten heranzuziehen, nämlich seinen Oheim, den

---

[1]) Der Vorfall ist an verschiedenen Stellen ziemlich übereinstimmend überliefert, z. B. bei Tindal (Continuation, V, 550). Wertvoller sind die Gesandtschaftsberichte in den Archiven, da bei dem Aufsehen, das die Sache machte, die auswärtigen Höfe genau unterrichtet sein wollten. Im folgenden sind besonders die Korrespondenzen von Bonet, Hoffmann und Pendtenriedter benutzt. Neuerdings sind noch ein paar lehrreiche Berichte in den Stuart Papers, V, 272—275, mitgeteilt worden.

[2]) Bericht Pendtenriedters, London, 10. Dezember 1717. W. St. A.

Herzog von York, Bischof von Osnabrück, und den Markgrafen von Ansbach, dazu als Patin seine Schwester, die Königin von Preussen. Georg I. aber entschied nach dem Rate seiner Minister, dass der herkömmliche Brauch zu befolgen sei, dass darum neben ihm selbst sein Grosskämmerer, der Herzog von Newcastle und die Herzogin von Albans, die erste Ehrendame der Prinzessin, Gevatter stehen sollten. Newcastle hatte dies als ein Vorrecht seines Amtes für sich gefordert, denn auch 1689, bei der Taufe des Herzogs von Gloucester, war dem Grosskämmerer Grafen Dorset dieselbe Ehre zu teil geworden. Wenn dem so sei, meinte der Prinz, so möge man diese beiden Personen wenigstens nur als einfache Stellvertreter der von ihm gewünschten fürstlichen Paten funktionieren lassen. Aber der König wollte auch von diesem Ausweg nichts hören.

So hatte sich der Prinz von Wales, wie er musste, dem Befehl des Monarchen gefügt, aber er war schwer gekränkt. Wir hören auch, dass Newcastle, indem er ihm den Beschluss des Königs mitteilte, nicht den richtigen Takt bewiesen habe. Da spielte denn dem Prinzen sein hitziges Gemüt einen schlimmen Streich. Als die Zeremonie der Taufe vorüber war, der König noch anwesend, ergriff der Prinz den Herzog am Arm und raunte ihm in schlechtem Englisch drohend die Worte ins Ohr: *„Rascal, J find you out.“* Der Herzog verstand den Germanismus nicht, und glaubte, der Prinz habe ihn mit den Worten: *„J fight you“*, persönlich zum Zweikampf herausfordern wollen. Er verliess sofort das Zimmer, ging zu seinem Freunde Stanhope, mit diesem zu Sunderland, der durch das Erscheinen der beiden sehr unliebsam bei der Hochzeitsfeier seiner Tochter gestört wurde. Dann zogen sie noch Bernstorff ins Vertrauen. Aber niemand wusste einen andern Rat, als dem Könige selbst die Sache mitzuteilen. Georg I. geriet in grossen Zorn, hütete sich aber vor jedem übereilten Entschlusse. Er berief, was damals schon eine aussergewöhnliche Massregel war, die Minister zu einem Kabinettsrate. „Wenn ich in Hannover wäre“, soll er gesagt haben, „ich wüsste, was ich zu tun habe. Da ich aber hierher gekommen bin, um nach den Gesetzen dieses Landes zu regieren, so bitte ich um Ihren Rat in dieser wichtigen

Angelegenheit."[1]) Man beschloss, dass zunächst drei Mitglieder des Kabinetts sich zum Prinzen begeben sollten, um sich aus seinem eigenen Munde die Richtigkeit der Erzählung Newcastles bestätigen zu lassen. Als einer derselben, der Herzog von Roxburgh, sein Bedauern aussprach, dass Newcastle das Missfallen seiner königlichen Hoheit auf sich gezogen habe, da er doch nur dem Befehle des Königs gefolgt sei, antwortete der Prinz wiederum beleidigend, er glaube von alle dem kein Wort.

Nun empfing er von der Hand des Königs den Befehl, sein Zimmer nicht zu verlassen, bis dieser es ihm gestatte. Einige Tage lang ward der Thronfolger als Gefangener im Palaste von St. James festgehalten, mit einem Leibgardisten vor seiner Tür, der niemandem ausser der Dienerschaft den Zutritt gewährte. Während dieser Zeit richtete der Prinz einen Brief an den König im Tone der Unterwürfigkeit, aber doch wie ein Mann, der eine ihm angetane Beleidigung gebührend zurückgewiesen habe. Als der König ihn keiner Antwort würdigte, schrieb der Prinz zum zweiten Male, um zu sagen, dass er in Zukunft dem Herzog von Newcastle seinen Groll nicht mehr zeigen werde. Abermals erfolgte keine Antwort. Als aber die Haft vier Tage gedauert hatte, stellten die Minister dem Könige vor, eine Verlängerung derselben könne als Verletzung der Habeascorpus Akte aufgefasst und vom Oberhause als ein dem vornehmsten seiner Mitglieder zugefügtes Unrecht angesehen werden. Nun ward dem Prinzen der Befehl erteilt, den königlichen Palast zu verlassen. Die Prinzessin durfte gehen oder bleiben, wie es ihr beliebte; sie entschloss sich, den Gatten zu begleiten. Die Kinder aber sollten im Schlosse zurückbleiben. Dem Prinzen blieb nichts übrig, als zu gehorchen. In einem dritten Briefe an den König sprach er seine Unterwerfung unter den empfangenen Befehl aus.[2]) Wie ein durch den Zorn des Vaters aus dem Hause getriebener Sohn verliess also der Thronfolger mit seiner Gattin den königlichen Palast, nach einem ergreifenden Abschied der Prinzessin von ihren Kindern.

---

[1]) Stuart Papers, V, 274. 275.

[2]) Die drei Briefe sind im Anhang, Nr. 1, mitgeteilt.

Wir fragen nach der politischen Bedeutung des eben mitgeteilten Ereignisses. Die öffentliche Meinung nahm bei allem menschlichen Mitleid, das man den von ihren Kindern getrennten Eltern nicht versagte, doch die Partei des Königs. Denn er war es gewesen, der die Hofsitte Englands gewissenhaft beobachtete, gegen die der Prinz sich empört hatte. Und als nun den fremden Gesandten gesagt wurde, dass sie sich jedes Verkehrs mit dem prinzlichen Paare zu enthalten hätten, als ferner die Hofgesellschaft erfuhr, dass, wer mit dem Thronfolger verkehre, am Hofe des Königs nicht erscheinen dürfe, da zogen sich doch in der Tat viele seiner Anhänger von ihm zurück. „Bisher hatte der Prinz seine eigene Partei, jetzt ist er verlassen." schreibt ein Diplomat. „Der Prinz hat sich sehr getäuscht," heisst es bei einem andern, „wenn er geglaubt hat, dass in diesem Streit mit seinem Vater das Volk auf seiner Seite sein werde." Georg I. trat auch innerhalb seiner Hofgesellschaft wieder als der wahre Herrscher auf. „Er hat es satt," sagt man, „von der Partei des Königs und der Partei des Prinzen reden zu hören."[1])

Das prinzliche Paar hatte sich anfangs in das Haus des Grafen Grantham, des Kammerherrn der Prinzessin, zurückgezogen. Nach einiger Zeit, als die ersten Versuche einer Versöhnung gescheitert waren, kaufte und bezog der Thronfolger ein Haus in Leicester Square. Er schien an eine Aussöhnung kaum mehr zu denken und fand sich immer mehr in die Rolle des frondierenden Thronfolgers hinein. Allmählich belebte sich auch sein Haus, und eine neue Hofgesellschaft fand sich zusammen. Aber es waren andere Leute, als die man in St. James's ein- und ausgehen sah, denn wer jetzt noch zum Prinzen hielt, war ja ein erklärter Gegner des Königs. Nun ward in der Tat das Haus des Thronfolgers der gesellschaftliche Mittelpunkt der Opposition. Townshend und Walpole, ebenso wie die Häupter der Tories, nur nicht gerade die echten Jakobiten, betrachteten den Prinzen von Wales als ihr erklärtes Oberhaupt. Aber auch die stuartisch Gesinnten freuten sich des Zwiespalts in der Familie des hannövrischen Königs. „Sie können sich denken," heisst es

[1]) Bonet 3./14. Dezember 1717. G. St. A.

in einem Briefe,[1]) „wie hoch die Hoffnungen der Jakobiter durch dieses Missgeschick gestiegen sind, und wahrhaftig, sie haben noch nie so viel Ursache dazu gehabt."

Dem Ansehen Georg I. im Auslande hat der Familienzwist kaum geschadet. Dem diplomatischen Korps in London wurde ebenso wie den britischen Gesandten an fremden Höfen von Amtswegen eine Darstellung des Geschehenen überreicht, die, ohne etwas zu beschönigen, den Sachverhalt vollkommen richtig wiedergab und gewiss günstig gewirkt hat.[2]) Wir hören zwar, dass die Nachricht von dem Skandal am englischen Hofe in Frankreich einen viel schlimmeren Eindruck gemacht habe, als in England, wo das ruhige Steigen des Kurses der Staatspapiere keine Unterbrechung erfuhr.[3]) Aber auch in Frankreich wird man sich bald beruhigt haben. Der gute Fortgang der auswärtigen Politik ist nicht gehemmt, die Bündnisverhandlungen sind nicht gestört worden. Wir wissen ja, dass eben in den folgenden Monaten Stanhopes Werk, die Quadrupel-Allianz, glücklich zur Vollendung gebracht wurde.

In der inneren Politik aber wurde der Zwist in der königlichen Familie die Quelle immer neuer Verlegenheiten. Hier ward durch das neue Uebel die schon herrschende Verwirrung nur noch vergrössert. Die der Regierung Georgs I. feindlichen Kräfte im Lande marschierten bald offen unter der Flagge des Thronfolgers. Der Prinz von Wales war mit fliegenden Fahnen in das gegnerische Lager übergegangen und eröffnete das Gefecht gegen die Regierung seines Vaters. Um die öffentliche Meinung auf seine Seite zu ziehen, liess er die Briefe die er aus seiner Haft heraus an den König geschrieben, im Druck erscheinen. Denn die Behauptung, er habe die Veröffentlichung nicht selbst bewirkt, glauben wir ihm so wenig, wie sein Vater sie ihm geglaubt hat.[4]) Um

[1]) Stuart Papers, V, 274.

[2]) Parl Hist., 7, 510. Bei der Uebersendung schreibt Addison an Stair, 5. Dezember 1717 (R. O.): *„I heartily wish to conceal this disagreeable story, but as it must be public, it is fit your Exc. should know the truth of it both for your own information and that you may set others right, who shall happen to ask about it"*.

[3]) Bericht Pendtenriedters, London 31. Dez. 1717. W. St. A.

[4]) Hoffmann, 24. Dezember 1717. W. St. A.

als treuer Sohn der anglikanischen Kirche zu erscheinen, oder sagen wir lieber, um den Tories zu gefallen, nahm er bei passender Gelegenheit mit seiner Gattin in der Parochialkirche von St. James das Abendmahl. Da bekam er freilich den Text zu hören, 4. St. Pauli an die Galater: „Ich sage aber, solange der Erbe unmündig ist, so ist zwischen ihm und einem Knechte kein Unterschied . . . sondern er ist unter den Vormündern und Pflegern bis auf die Zeit, die der Vater bestimmt hat.“ Im Januar 1718 begann das prinzliche Paar täglich Hof zu halten; freilich kamen nach dem ergangenen Verbot aus den vornehmen Kreisen nur diejenigen, die ohnehin den Hof des Königs nicht zu besuchen pflegten.[1]) Aber weit ernster als dies alles war doch das Bündnis, das der Prinz mit den Gegnern der Regierung schloss, insbesondere mit den abtrünnigen Whigs. Dreissig der Unzufriedenen hören wir[2]), haben ihm ihre Dienste angeboten. Und es waren so gewichtige Persönlichkeiten darunter wie Robert Walpole und der Sprecher des Unterhauses Spencer Compton.

Unterdessen versuchte der König mit allen Mitteln, den Prinzen zu demütigen, wollte die lange herbeigewünschte Gelegenheit benutzen, ihn völlig von sich abhängig zu machen. Dabei handelte es sich um den Hofstaat und die Apanage des Thronfolgers. Einen Augenblick dachte Georg I. daran, das Parlament entscheiden zu lassen, ob er nicht von höchster Stelle aus über die Aemter beim Prinzen verfügen dürfe. Man stützte sich auf einen Brief Karls I., der dies zu besagen schien. Aber dann stellte sich heraus, dass eben dieses Recht jedem Prinzen von Wales schon durch sein Patent verliehen wurde und ihm nicht genommen werden konnte. Nun war man froh, dass man den beabsichtigten Schritt noch nicht getan hatte und einer grossen Blamage entgangen war. Der Prinz aber, der besser unterrichtet gewesen, triumphierte. Jetzt erhob der König seinen ältesten Enkel, den in Hannover lebenden Prinzen Friedrich zum Herzoge von Gloucester. Dem Prinzen von Wales aber sandte er eine Botschaft, der

[1]) Nach den Berichten Bonets und Hoffmanns im Dezember 1717 und im Januar 1718.

[2]) Bonet, 17./28. Januar 1718. G. St. A.

König erwarte von ihm, dass er zur Erziehung dieses Sohnes und seiner anderen Kinder auf 40 000 Pfund Sterling seines Einkommens — es betrug insgesamt 100 000 Pfund Sterling — verzichten werde. Wieder wusste der Prinz den geführten Streich geschickt abzuwenden. Er beteuerte dem Könige in einem demütigen Schreiben, dass er nichts sehnlicher wünsche, als die Erziehung seines ältesten Sohnes in England vollendet zu sehen. Sobald dieser herüberkomme, werde er alle Mittel bereitstellen, um ihn seinem Range als Herzog von Gloucester entsprechend zu halten. Er wusste genau, dass Georg I. diese Uebersiedelung niemals zulassen werde, da er an dem einen Thronfolger in britischen Landen übergenug hatte.

Auch von seinen in England lebenden Kindern blieb das Elternpaar getrennt. Zwar hat das Knäblein, das die unschuldige Ursache des berühmten Streites gewesen war, diese Welt, in der es so viel Unruhe gestiftet, bald wieder verlassen. Seine drei Schwestern aber blieben im Gewahrsam des Königs, der sie nicht aus Liebe zurückhielt, sondern um den widerspenstigen Sohn zu strafen.

Wie viele solcher Züge, die sicherlich keinem der beiden George zu besonderer Ehre gereichen, liessen sich aus den Gesandtschaftsberichten der Zeit noch aufzählen.[1]) Sie zeugen von der ganzen Herzenshärte Georgs I., wenn er z. B. den drei kleinen Prinzessinnen nicht gestatten will, die Eltern zu besuchen, ohne seine besondere Erlaubnis. Doch dazu ist man auf der andern Seite zu stolz; auch nach dem St. James-Palast zu gehen, wie sie darf, kann sich die Mutter lange nicht entschliessen. Während dreier Monate sieht sie ihre Kinder garnicht. „Wir haben einen so guten Vater und eine so gute Mutter," sagt die eine der jungen Prinzessinnen, „und doch sind wir wie Waisenkinder." Man fragt sie, ob denn der König, ihr Grossvater, sie nicht besuche. „O nein," erwidert die Kleine, „dazu hat er uns nicht lieb genug." Das wird Georg I. hinterbracht, er kommt und weilt eine volle Stunde und er wiederholt auch seine Besuche bei den

[1]) Das folgende wieder vornehmlich nach den Berichten Bonets und Hoffmanns, im Laufe des Jahres 1718.

Enkelinnen. Endlich überwindet sich auch die Mutter und kommt wieder zu ihren kleinen Prinzessinnen. Wird dann einmal plötzlich der König gemeldet, so fliehen Mutter und Töchter eiligst in ein Nebenzimmer. Wieder einige Wochen später und die Gattin des Thronfolgers sucht das Zusammentreffen mit dem Könige nicht mehr so ängstlich zu vermeiden. Sie, die schon damals, wie nachher als Königin, jenen bestimmenden Einfluss auf den Gatten ausübte, sucht nun nach einer Gelegenheit, wo sie, wenn der Herrscher einmal zum Besuch bei seinen Enkelinnen weilt, wie zufällig mit ihm zusammentreffen kann, um mit weiblicher Kunst eine Aussöhnung einzuleiten. Aber nun zieht Georg I. sich von ihr zurück. Denn er erträgt die Entfernung des Prinzen vom Hofe merkwürdig leicht und bezeugt wenig Verlangen nach einer Friedensvermittlung.

Und ist er nicht erst jetzt der wahre Beherrscher seines Hofes geworden? Zwar lebt er einsamer als vordem, da noch allabendlich Empfang gewesen war, wobei die Prinzessin sich zum Spiel niederzusetzen, der König und der Prinz von Wales aber stehend die Gäste zu unterhalten pflegten. Im Mai 1718 hält er sich in stiller Zurückgezogenheit in Kensington auf, macht ohne alle Begleitung seine Spaziergänge im Park und will auch abends nicht durch Gäste in seiner Ruhe gestört sein. Die kleinen Prinzessinnen freilich sieht er nun häufiger. Er hat einen Spruch der höchsten Richter des Landes herbeigeführt, der ihm das ausschliessliche Recht auf ihre Erziehung zuerkennt. Dem Prinzen ward es förmlich abgesprochen, nicht anders wie einst der Bischof von London dem Herzog von York erklärt hatte: „Herr, diese Kinder gehören nicht Ihnen, sondern dem Königreiche“. Prinz und Prinzessin von Wales aber schienen für den König nicht mehr zu existieren. Ihre Geburtstage werden bei Hofe nicht gefeiert. Im Juli hat der Prinz noch einmal seine Unterwerfung angeboten, ist aber durch die ihm auferlegten demütigenden Bedingungen zurückgeschreckt worden. Im November heisst es, über der Frage der Versöhnung ruhe *altum silentium*. Die völlige Trennung der beiden Hofhalte ist allen zur Gewohnheit geworden, man denkt kaum mehr daran, und man vermeidet es gern, darüber zu reden.

So waren die Gegensätze beschaffen, die nun einige Jahre lang das politische Leben Englands erfüllten. Die Tories unerbittlich in ihrer Opposition, die herrschende Partei der Whigs in sich zerklüftet, ein schwerer Konflikt im Königshause, dazu noch manche andere Reibungen und Schwierigkeiten, die der König und seine Minister Tag für Tag zu überwinden haben. Ein ermüdender, aufreibender Kampf, den sie führen, und der ihre Arbeit überall begleitet und lähmt, in kirchlichen, wie in weltlichen Fragen, in den inneren Angelegenheiten wie in den auswärtigen Geschäften, im Frieden wie im Kriege. Von dem Wirken dieser Gegensätze werden die folgenden Kapitel immer wieder zu reden haben. Indem wir nun die Geschichte dieser Jahre weiter verfolgen, richten wir unsere Blicke zuerst auf die herrschen-Anschauungen in Philosophie und Religion, um zu erfahren, wie diese, zusammen mit den historisch überlieferten Verhältnissen, auf lange Zeit hinaus die Kirchenpolitik Englands bestimmten.

Drittes Kapitel.

# Die Moralisten und der Deismus.

Auf das Geistesleben[1]) dieser Epoche hat kein anderer englischer Schriftsteller einen stärkeren Einfluss ausgeübt als Shaftesbury. Er war freilich schon 1713 gestorben, ein Jahr vor dem Erscheinen der neuen Dynastie in England, aber seine Ideen herrschten noch Jahrzehnte lang. Ein Edelmann aus vornehmstem Hause, der nur durch seine zarte Gesundheit verhindert worden war, eine grosse Rolle in der Politik zu spielen, Macht und Ruhm auf demjenigen Felde zu suchen, wo einst sein Grossvater, einer von den fünf Männern des Cabal-Ministeriums Karls II., sie gefunden hatte. An Geist war der Enkel diesem Vorfahren weit überlegen. Er ist der Begründer der Moralphilosophie.

In den Ideen Lockes war Shaftesbury erzogen. Durch Lektüre und Reisen war ihm auch die Antike in ihren literarischen Denkmälern wie ihren künstlerischen Ueberresten so vertraut geworden, wie wenigen Menschen seiner Zeit. Dennoch hat er als Denker seinen Weg frei gewählt. Locke hatte mit aller Entschiedenheit behauptet, dass es keine angeborenen Ideen gebe. Damit war auch der Begriff des sittlichen Handelns oder der Tugend bei ihm schwankend und unsicher geworden. „Die Tugend wird allgemein gebilligt, nicht weil sie angeboren, sondern weil sie

[1])Von neuerer Literatur brauche ich zunächst nur auf die allbekannten Werke von Leslie Stephen (History of English Thought in the 18th century. 2d ed. 2 vols. 1881); H. Hettner (Gesch. der engl. Literatur, 1660—1770, 7. Aufl. 1913); W. Windelband (Gesch. der neueren Philosophie. I. 2. Aufl. 1899) hinzuweisen.

nützlich ist," sagt Locke.[1]) Ihr Inhalt wird verschieden beurteilt bei verschiedenen Völkern. Wer sich in der Welt umsieht, wird finden, dass die Menschen an einem Orte eine Tat bereuen, durch die sie an einem andern sich ein Verdienst zu erwerben glauben. Tugend und Sünde bezeichnen unter verschiedenen Menschen verschiedene Dinge.[2])

So Locke. Dieser Anschauung hat nun Shaftesbury eine andere gegenübergestellt. Es sagt in seiner 1699 erschienenen „*Enquiry concerning Virtue*" fast das Gegenteil und hat in späteren Schriften das Gesagte festgehalten und ergänzt. Ihm ist die Tugend in der Tat ein dem Menschen angeborener oder, wie er sagt, natürlicher Begriff. Er sucht zu beweisen, dass jedes mit Vernunft begabte Geschöpf auch den Sinn für Recht und Unrecht besitze.[3]) Sein Glaube an die Menschheit hat etwas Erquickendes. Mit rührendem Eifer und wohltuendem Optimismus beweist er immer wieder, dass der Mensch von Natur gut sei, dass Laster und Bosheit nur entspringen können aus dem Fehlen der natürlichen Neigungen, aus einem Ueberwuchern selbstischer oder völlig unatürlicher Triebe. Worin aber besteht nun die Tugend? In nichts anderem als darin, dass der Einzelne seine Neigungen mit dem Wohl der Gesamtheit, der Gattung, in Einklang bringt. Die rechte Gesinnung zu zeigen, „nicht nur in bezug auf die eigene Person, sondern wo es sich um die Gesellschaft und das öffentliche Interesse handelt, das ist Rechtschaffenheit, Reinheit oder Tugend. Das Gegenteil ist Verderbtheit und Laster."[4]) Ja, Shaftesbury will auch nichts hören von einem Widerstreit der Interessen, der hier vorhanden sei. Wer auf das allgemeine Wohl bedacht ist, dient auch dem eigenen am besten, denn beides ist untrennbar, oder, in Shaftesburys Sprache, die Tugend bringt auch den Vorteil des Individuums mit sich, das Laster aber sein Verderben.

Aus solcher Betrachtung ergibt sich auch die frohe Erkenntnis, welche lautet: Tugend ist Glück. Wie jeder Schritt auf dem Wege zur Tugend den eigenen Vorteil fördert, so

---

[1]) Ueber den menschlichen Verstand. 1. Buch, 3. Kap., § 6.
[2]) Ebd. § 19.
[3]) Enquiry concerning Virtue (Characteristicks II. 1738) 42—44.
[4]) Ebd. § 77.

führt er auch zum höchsten und stärksten Gefühl des Glücks und zur Freude am eigenen Dasein. So hat die weise Natur gewollt, dass die Tugend nicht nur die Stütze und der Schmuck aller menschlichen Angelegenheiten sei, sodass Blüte und Gedeihen der Länder wie der Familien auf ihr ruhen möchten. Nein, mehr als das: die Tugend ist auch die notwendigste Bedingung für das Glück jedes einzelnen.[1])

Man sieht freilich auch, wie leicht diese Denkweise in einen blossen Eudämonismus ausarten, oder zu einer Anpreisung des sittlichen Handelns führen konnte, als des sichersten Mittels, zum Gefühl des persönlichen Glücks zu gelangen. Der Aufklärungsliteratur der folgenden Zeit ist dieser Vorwurf mit Recht gemacht worden, und erst Kant hat demgegenüber wieder die erhabenere Lehre verkündet, dass die Tugend um ihrer selbst willen geübt werden müsse. Shaftesbury aber ist von jener Schwäche noch völlig frei. Denn mit dem Wesen der Tugend findet er die Anpreisung ihres glückbringenden Charakters ebenso unvereinbar wie etwa den Hinweis auf Lohn und Strafe in einer künftigen Welt.[2]) Erst dann, sagt er einmal, wenn man dahin gelangt ist, das moralisch Gute um seiner selbst willen zu lieben, ist man wahrhaft gut und tugendhaft und nicht früher.

---

Aus dieser Philosophie, dieser begeisterten Anpreisung der Tugend ging nun die Kleinarbeit der Schriftsteller hervor. Shaftesburys Ideen gaben den Massstab ab, den man an die ganze menschliche Gesellschaft und ihr Treiben anzulegen begann. Niemals haben philosophische Gedanken sich so rasch zu Ratschlägen für das Leben verdichtet, wie es damals geschah. Es ist wohl kein Zufall, dass die moralischen Wochenschriften gerade in England entstanden, wo der praktische Sinn des Volkes sich bei der grauen Theorie nicht lange aufzuhalten und lieber ihre Anwendbarkeit zu prüfen pflegt.

Kein geringerer als Daniel Defoe, dessen berühmtestes Werk uns bald beschäftigen wird, ist auch der eigentliche

---

[1]) Characteristicks II. (1738) 175 ff.

[2]) Enquiry concerning Virtue (Characteristicks II. 1738) 68 ff.

Schöpfer dieser literarischen Gattung gewesen.[1]) Von 1704 bis 1713 gab er die „*Review*" heraus, eine Zeitschrift, die dazu bestimmt war, die politischen Ereignisse dem grossen Publikum durch erläuternde Artikel verständlich zu machen. Aber der geschickte Autor kannte wohl das geringe Interesse, das man den seit dem 17. Jahrhundert zahlreich erscheinenden politischen „Merkuren" entgegenzubringen pflegte. So verfiel er darauf, seinen Lesern noch anderes zu bieten, nämlich die zwanglose Erörterung aller Arten von Gegenständen, die das tägliche Leben der Gesellschaft wie des Einzelnen füllten. „Nachrichten des Skandalklubs" nannte er diese Rubrik, in der er die Tugend loben, Laster und Torheit brandmarken wollte. Religion und Moral, Wissenschaft und Dichtung und Liebessachen will er behandeln oder, wie er einmal sagt, was immer den Stadtleuten auf der Zunge liegt. Er hat diese Aufgabe mit der grossen Vielseitigkeit, die ihm eigen war, gelöst. Manche Artikel der „*Review*" sollen zum Besten gehören, was in englischer Sprache geschrieben worden ist. Und was noch merkwürdiger erscheint, diese fast 5000 Seiten Lesestoff hat Defoe ganz allein geschrieben. Er ist der einzige Mitarbeiter seiner Zeitschrift gewesen.

Man bekommt die „*Review*" heute kaum mehr zu Gesicht. Das, was sie gab, war, bei aller Vortrefflichkeit, vielleicht doch etwas zu schwere Ware, um die grosse Masse zu fesseln. Den leichten Plauderton haben erst die Nachahmer Defoes, Steele und Addison, in ihren berühmten Zeitschriften, dem „*Tatler*" und „*Spectator*", gefunden.

Der „*Tatler*" oder „*Plauderer*" erschien[2]) seit dem 12. April 1709 dreimal wöchentlich und brachte es im ganzen auf 270 Nummern. Richard Steele, der Schriftsteller und Politiker, war der Herausgeber. Aber er nannte sich anfangs nicht, sondern liess die Blätter als die „Lucubrationen", die Nachtarbeit, „von Isaac Bickerstaff" erscheinen. Das Pseudonym war durch Swift dem Lesepublikum schon geläufig. Hier tritt Bickerstaff als der etwas geschwätzige, alte Herr auf, der mit Leuten aller Gesellschaftskreise in Berührung kommt,

[1]) Vgl. W. Lee, Dan. Defoe: His Life and recently discovered Writings 1869. I. 84 ff.

[2]) Vgl. auch G. A. Aitken, The Life of Rich. Steele. 1889. I. 239 ff.

grosse und kleine Neuigkeiten erfährt und das Bedürfnis hat, sie zu Nutz und Frommen seiner Leser öffentlich mitzuteilen. Die Nutzanwendung, die Moral wird dabei zur Hauptsache. Die grossen Weltereignisse, die einer solchen Ausdeutung für den einfachen Mann kaum fähig erscheinen, treten allmählich zurück. Ueber die Schlacht bei Malplaquet lesen wir nichts[1]) als einen sichtlich erfundenen, lächerlichen Bericht des französischen Feldherrn an seinen König. Die Politik verschwindet immer mehr aus dem Gesichtskreis Bickerstaffs und seiner Leute, das Alltägliche ist es, was sie vorwiegend beschäftigt. Wichtig klingende lateinische Zitate sollen den Leser auf die Lehre, die er aus der ihm vorliegenden Nummer zu ziehen hat, würdig vorbereiten, und das *celebrare domestica facta* der Nummer 41 könnte fast als Devise für die ganze Zeitschrift genommen werden. Was behandelt wird, sind denn auch besonders die Schwächen und Laster, die Torheiten und Menschlichkeiten, von denen niemand frei ist, und die im Grunde auch allen Zeiten und Völkern gemeinsam sind. Das weibliche Geschlecht muss den meisten Stoff hergeben. Die putzsüchtige Schöne, das zänkische Weib, die der weiblichen Ehre drohenden Gefahren sind besonders häufige Themata.

Da alles in behaglich scherzendem Tone vorgetragen, niemand persönlich blossgestellt wurde, so waren die Leser weit mehr belustigt als gekränkt. Niemand bezog die Satire auf sich selbst. Gay rühmt[2]) den Tatler, weil er der erste gewesen sei, der die Modetorheiten nicht gebilligt habe, sondern gewagt habe, ihnen entgegenzutreten. Bickerstaff habe es fertig gebracht, mit geistreichen Worten das Lob des Ehestandes zu verkünden, oder es auszusprechen, dass ohne Frömmigkeit und Tugend ein edler Charakter nicht zu denken sei. Er habe den Bürgern der Stadt zu sagen gewagt, sie seien Gecken und Narren und ihre Frauen eitle Kokette. Aber es geschah in einer Weise, dass sie ihm darum nicht böse sein konnten, und dass sie sogar daran glauben mussten.

Mit seinem Sittenrichteramt ist es Steele heiliger Ernst gewesen. Der „*Tatler*“ erschien nachträglich in Buchform. In der Einleitung heisst es: „Die allgemeine Absicht dieser

[1]) „Tatler“ Nr. 77.

[2]) Aitken a. a. O. 253ff.

Blätter ist, das Falsche der menschlichen Sitten zu entdecken, Verstellung, Prahlerei und alles Unnatürliche zu beschämen, das Natürliche hingegen im Umgange, in der Kleidung und der Aufführung anzupreisen.“ Und in der Schlussnummer vom 2. Januar 1711 meint er, seine Aufgabe durchgeführt zu haben. „Der Hauptzweck des ganzen Werkes ist gewesen, die Wahrheit, Unschuld, Ehre und Tugend als die vornehmsten Zierden des Lebens erscheinen zu lassen.“ Ob aber die Wirkung des „Plauderers“ wirklich so ungeheuer war, wie Gay behauptet, ob wirklich tausend Torheiten verschwanden, ob Menschen glücklicher und besser wurden, wir können nicht recht daran glauben. Man unterhielt sich, man lachte, man besann sich ein wenig auf die besseren Seiten der eigenen Menschennatur, das ist alles.

Steele hat nicht, wie Defoe, seine Zeitschrift ganz allein verfasst. Swift hat mitgearbeitet. Noch weit wichtiger war der Anteil, den Addison am „*Tatler*“ nahm. Steele hat am Schlusse bescheiden erklärt, dass die besten Stücke nicht von ihm, sondern von seinem grossen Freunde — denn er nennt Addison nicht — herrührten. Man hat treffend gesagt,[1]) der englische Essay als Kunstform sei von Addison geschaffen worden. Hatte er beim Erscheinen des „*Tatler*“ an zweiter Stelle gestanden, so wurde die am 1. März 1711 ins Leben tretende neue Zeitschrift der „*Spectator*“ besonders von ihm geleitet. Er hat die Hälfte aller Artikel geschrieben. Seine schriftstellerische Kunst und Begabung ist niemals zu glänzenderem Ausdruck gekommen als hier. Der Dichter Addison wird heute kaum mehr gelesen. Sein Trauerspiel „Cato“ ist von der Bühne längst verschwunden. Und als Addison Staatssekretär im Kabinett geworden war, fanden die Zeitgenossen, dass man in seinen politischen Depeschen den grossen Stilkünstler nicht wiedererkenne. Die Plaudereien des „*Spectator*“ aber haben Addisons Namen lebendig erhalten bis auf den heutigen Tag.

Da Sinn und Absicht im „*Tatler*“ und im „*Spectator*“ vollkommen übereinstimmen, und da auch die beiden hauptsächlichen Mitarbeiter dieselben sind, so fragt man wohl, warum die beiden Freunde denn eigentlich den vielgekauften

[1]) Vgl. P. Hensel, Thomas Carlyle. 1901. S. 64.

„*Tatler*“ eingehen liessen und eine neue Zeitschrift gründeten. Sie taten es, weil sie sich durch die Einkleidungsform, die sie dem „*Tatler*“ gegeben hatten, beengt fühlten. Der in den Londoner Kaffeehäusern herumziehende Isaac Bickerstaff mit seinen kurzweiligen Erzählungen und seinen moralischen Erörterungen, fanden sie, hatte dem Publikum nichts mehr zu sagen. Sie suchten nach einem neuen Gewande für ihre Plaudereien. So erfanden sie den berühmten Kreis der sechs Genossen, die sich um den Spectator als den siebenten zu sammeln pflegten. Sir Roger de Coverly, William Honeycomb und der Rechtsstudent sind die bekanntesten. Jeder hat seinen Charakter, seine eigenen Erlebnisse. Alle werden sie dem Leser vertraut, die novellistische Einkleidung ist ein Stück der Zeitschrift selbst. Und als man im Dezember 1712 die Absicht hat, diese eingehen zu lassen, da lässt man zuvor die agierenden Figuren, eine nach der andern, vom Schauplatze abtreten.

Wie der „*Spectator*“ schriftstellerisch über dem „*Tatler*“ steht, so ist auch sein Inhalt noch reicher und bedeutender. Er erscheint täglich. Das Leben der Menschen, der Gesellschaft in allen seinen Erscheinungen wird behandelt, Geschäft und Häusliches, Kunst und Literatur, Musik und Theater. Da konnte man am Montag eine Abhandlung über das Wesen der Schönheit geniessen, am Dienstag vielleicht eine Satire auf die italienische Oper, um am Mittwoch durch Betrachtungen über die Unnatur der französischen Gartenkunst unterhalten zu werden. Der ästhestische Geschmack steht wohl im allgemeinen noch stark unter französischem Einfluss. Aber daneben erkennt man schon etwas von jener Sehnsucht nach nationaler Gestaltung alles künstlerischen Lebens, die sich bald stärker zu regen begann. Dabei kann man nicht einmal sagen, dass der „*Spectator*“ auf irgend einem Gebiete führend gewesen sei, dass er der Nation einen neuen Weg gewiesen habe. Er ist im Gegenteil nur der getreue Verkünder dessen, was jeder denkt, was er liebt und was er hasst. Er kann tiefsinnig argumentieren und leicht plaudern, aber immer ist er gefällig und verständlich. Niemals erregt er schweren Anstoss, da er die gefährlichen, die Nation spaltenden Fragen der Religion und der Politik sorgfältig vermeidet. Denn auch mit seinen

erbaulichen, für die Sonntagslektüre bestimmten Artikeln in den Sonnabendnummern bewegt er sich in so allgemeinen Betrachtungen über Gott und Vorsehung, hält sich so fern von aller konfessionellen Prägung, dass der Anglikaner und der Dissenter, der Orthodoxe und der Freidenker gleichermassen damit zufrieden waren. Und ebenso sicher durfte er, wo er doch einmal auf die Politik zu sprechen kam, der Zustimmung jedes Engländers gewiss sein, wenn er etwa einen kleinen Ausfall auf Ludwig XIV. unternahm, oder den Ruhm der englischen Verfassung verkündigte. Ob er mit seiner Anmut des Stils, mit seinem unterhaltenden Geplauder nun auch Grosses gewirkt, ob in der Tat, wie ein Zeitgenosse meint,[1]) eine einzige Nummer des „*Spectator*" mehr Segen gestiftet habe als alle Kanzelreden eines ganzen Jahres, wir mögen es billig bezweifeln. Denn was ihm fehlte, war jene Macht des Ausdrucks, die nur dem aus innerstem Drange redenden Sittenprediger eignet, das starke Pathos eines Hogarth, das so mächtig auf die Menschen wirkte, weil es ihre Seelen tief zu erschüttern vermochte.

Mit dem Ruhme seiner beiden Vorgänger konnte sich der „*Guardian*", die dritte der moralischen Wochenschriften, nicht messen. Wohl treten auch dieses Mal wieder Steele und Addison als Mitarbeiter auf, aber beide waren nicht mehr so wie zuvor mit ihrem Herzen bei der Sache. Addison trat erst später hinzu, Steele begann ein stärkeres Interesse an der Politik zu nehmen und brachte dasselbe auch im „*Guardian*" zum Ausdruck. Er machte ihn zu einem Kampforgan gegen das führende Toryblatt, Swifts „*Examiner*". Der „*Guardian*" überlebte diese Wandlung nicht lange. Er hat überhaupt nur ein halbes Jahr, vom März bis Oktober 1713, bestanden. Und fast ist damit auch die Geschichte der moralischen Wochenschriften in England schon zu Ende. Steele lebte fortan der Politik. Und Addison liess zwar 1714 seine alte Zeitschrift, den „*Spectator*" noch einmal aufleben. Er führte ihn mit Fernhaltung aller politischen Fragen wieder in der alten Vortrefflichkeit, und nur mit starker Einschränkung des novellistischen Beiwerks. Aber schon nach einem halben Jahr, im

[1]) Vgl. Aitken a. a. O. 314ff.

Dezember 1714, verstummte der „*Spectator*“ zum zweiten Male. Die Herrschaft der Whigs unter Georg I. führte auch Addison in das politische Fahrwasser, bald auch in ein hohes Staatsamt hinein. Als er im Dezember 1715 eine neue Zeitschrift, den „*Freeholder*“ begründete, war der Zweck ein rein politischer. Es galt, dem zur Herrschaft gelangten hannövrischen Königtum die Herzen des Volks zu gewinnen. „Ich werde alles, was in meiner Macht ist, tun,“ sagt Addison,[1]) „um eine gute Sache zu empfehlen, für die man in der Tat nichts anderes zu tun braucht, als nur ihr Wesen zu erklären.“ Kaum ein Artikel im „*Freeholder*“, der nicht rein politisch wäre.

Nur wenige Jahre hatten die moralischen Wochenschriften in England bestanden, aber ihr Ruhm verbreitete sich schnell, er drang auch hinüber auf das Festland. Der „*Tatler*“ und „*Spectator*“ wurden nicht nur in andere Sprachen übersetzt, sondern auch frei nachgeahmt. In Deutschland allein zählte man bis zum Ende des 18. Jahrhunderts über 500 Zeitschriften von ähnlichem Charakter. Aber auch die besten darunter, wie der Hamburger „Patriot“ oder die Leipziger „vernünftigen Tadlerinnen“ blieben hinter den englischen Vorbildern weit zurück. Denn die aus dem Geiste eines bestimmten Volkes hervorgegangenen Erzeugnisse lassen sich nicht verpflanzen, ohne den besten Teil ihres Wesens einzubüssen.

---

So galt denn der Preis der Tugend und der Moral schlechthin als das würdigste Thema aller literarischen Bestrebungen. Um so leichter können wir uns das Staunen der Zeitgenossen ausmalen, als ein Schriftsteller auftrat, der den Mut hatte, das Gegenteil zu verkünden. Es war Bernard de Mandeville, ein holländischer Arzt, der nach England herübergekommen und ganz im englischen Leben aufgegangen war. Sein Englisch ist, wenn ich mich nicht täusche, völlig dasjenige eines Engländers. Seine Prosa ist gewandt und ausdrucksvoll, seine launigen Knittelverse höchst geschickt, wortreich und gut gereimt. In den Geist der herrschenden Ideen war er tief eingedrungen, dabei aber als Ausländer doch nicht völlig unter ihren Bann geraten. Ihn reizte es nun, einmal das Gegenteil

[1]) „The Freeholder“ Nr. 1.

von dem zu sagen, was alle Welt sagte, und seinen Gedanken einen originellen Ausdruck zu verleihen. Mandeville ist der Verfasser der berühmten Bienenfabel.[1])

Im Jahre 1705 erschien: *„The grumbling hive or knaves turn'd honest"*, „der murrende Bienenstock oder die ehrlich gewordenen Schurken." Es ist ein Scherzgedicht, das von einem Bienenschwarm zu erzählen weiss, der in seinem Treiben ein genaues Abbild der menschlichen Gesellschaft darstellt. Der Autor macht es sich freilich leicht, indem er sich mit den wirklichen Lebensgewohnheiten dieser klugen Insekten gar nicht weiter befasst, sondern alles rein menschlich gibt und schildert. Er entschuldigt sich wohl:

„Da ihre Sprache unbekannt,
Sei es in uns'rer denn benannt."

So erfahren wir also, dass die Bienen in einem gut regierten Staate leben, in dem weder Tyrannei noch eine zügellose Demokratie herrscht. Sie haben Könige, die kein Unrecht tun können, denn ihre Macht ist durch Gesetze beschränkt. Und wenn man dann weiter von Juristen und Beamten, von Aerzten und Geistlichen hört, oder gar von Schiffahrt und Handel, so verliert man freilich das Bild des Bienenstockes völlig aus den Augen, was in künstlerischer Hinsicht gewiss ein Fehler ist. Mandeville gibt schlechthin die Schilderung einer staatlichen Gemeinschaft, wie er sie in seiner pessimistischen Weltanschauung für lebenswahr gehalten haben wird. Da gibt es Fleissige und Träge, und die Nichtstuer verstehen es nur zu gut, von der Arbeit der anderen Vorteil zu ziehen. Die Kunst der Juristen besteht darin, immer neue Rechtsfälle zu erfinden. Die Aerzte denken mehr an Ruhm und Gewinn als an die Gesundheit ihrer Patienten. Unter den Priestern gibt es zwar auch solche, die Gelehrsamkeit und echte Frömmigkeit besitzen. Aber während diese bescheidenen Leute darben, lassen ihre trägen und habgierigen Amtsgenossen es sich wohl ergehen und schwelgen in Reichtum. Ueberall herrscht Betrug. Die Könige werden durch ihre Minister hintergangen, die Justiz ist bestechlich, nur gegen die kleinen Verbrecher streng,

[1]) Von neueren Schriften über Mandeville ist vor allem das vortreffliche Buch von P. Sakmann zu nennen: Bernard de Mandeville und die Bienenfabel-Kontroverse. Eine Episode in der Geschichte der englischen Aufklärung. 1897.

den Reichen und Grossen lässt sie freies Spiel. Aber obwohl also in allen Lebenszweigen das Laster herrscht, so ist dennoch das Ganze ein Paradies. Wie kann das sein? Die Verbrechen selbst sind es, welche dem Gemeinwesen den grössten Nutzen bringen,

„Und selbst die Schlimmsten aus der Schar
Sind heilsam für den Staat sogar.“

Gut und Böse gleichen sich aus und geben wie in der Musik eine harmonische Wirkung. Geiz ruft Verschwendung hervor. Luxus gibt Arbeit und Unterhalt für eine Million Armer. Eitelkeit, Torheit, die Launen der Mode beleben das Geschäft.

Aber die törichten Bienen wissen ihr Glück nicht zu schätzen. Sie schelten bei jedem Misserfolg auf die Hüter des Staats, sie klagen über Falschheit und Betrug bei den anderen, obwohl doch jeder seine eigene Schuld kennt. Mit eherner Stirne ruft und fleht endlich der ganze Chor der Schurken: „Gute Götter, gebt uns doch ehrlichen Sinn!“ Merkur, der Gott der Diebe, lacht über die frechen Beter. Die anderen Götter staunen über so viel Unverstand. Jupiter aber in seinem Zorn gewährt die Bitte. Und siehe da, wie bald ist das Bild verwandelt, ist die Blüte dahin. Da niemand mehr ein Unrecht tut, kein Streit mehr entsteht, so hört alle Rechtsprechung auf. Die Juristen ziehen in hellen Scharen davon. Justitia selbst entschwebt auf ihrem Wagen, mit ihr das Heer von Schergen und Bütteln. Wenige Aerzte, wenige Geistliche walten nun mit Liebe und Frömmigkeit ihres Amtes. Da auch die Beamten fortan nur still ihre Pflicht tun und nicht mehr an ihre Bereicherung denken, so werden Tausende entbehrlich und müssen davonziehen. Keine Truppen im Auslande, kein Luxus mehr. Handel, Schiffahrt, Industrie hören auf. Denn mit den grossen Herren, die die prächtigen Paläste bewohnten und grosse Summen ausgaben, sind auch die kleinen gegangen, die von ihnen lebten. Das Land, die Häuser sind entwertet. Alle Zweige des Geschäftes liegen verödet. Zu ihrem Unglück werden die wenigen Zurückgebliebenen von auswärtigen Feinden angegriffen, gegen die sie sich kaum zu behaupten vermögen. Sie siegen zwar durch ihre Tapferkeit. Aber um nicht von neuem der Verweichlichung und dem Laster anheimzufallen, verlassen die letzten Bienen ihren

Stock und fliegen nach einem hohlen Baum, als ein zufriedener und redlicher kleiner Bienenschwarm. Ein Volk, das gross sein will in der Welt, so lautet die Moral am Schlusse, bedarf auch der grossen Laster. Die Tugend allein kann einem Volke keinen Glanz verleihen. Ein goldenes Zeitalter der Unschuld zurückrufen wollen, hiesse auf alle Kultur verzichten.

Man könnte nach dem ersten Eindruck der Erzählung ein einfaches Spottgedicht darin erblicken, etwa eine satirische Schilderung des englischen Lebens in der Zeit der Königin Anna.[1]) Und so ist es auch manchmal aufgefasst worden. Mit Unrecht. Die Satire ist Nebensache, die Anknüpfung an die Zustände Englands ist oberflächlich und unwesentlich. Nicht ein Satiriker will Mandeville sein, sondern ein Philosoph. Er will der Lehre Shaftesbury's von dem Wesen der Tugend seine eigene gegenüberstellen.

Mandeville hat bei einem Neudruck des *„Grumbling Hive"* im Jahre 1714 das Gedicht durch zahlreiche Beilagen zu einem Buche erweitert. Es erhielt den Titel *„The Fable of the Bees: or Private Vices, Publick Benefits"*, womit gleichsam die Thronerhebung des Lasters feierlich angekündigt war. Der Autor beginnt vielversprechend mit einer Abhandlung über den Ursprung der Tugend. Hören wir, wie er das Wesen der Tugend versteht.

Es ist von je, sagt Mandeville, das Streben der Gesetzgeber und anderer weiser Männer, der Führer der Gesellschaft, gewesen, es den Menschen als vorteilhaft erscheinen zu lassen, ihre Begierden zu überwinden und mehr an das allgemeine Interesse zu denken, als an ihr persönliches. Mandeville unterscheidet sich schon mit dieser stillschweigenden Voraussetzung eines solchen Gegensatzes von Shaftesbury, der ihn geleugnet hatte. Was können jene Regierenden aber tun, um ihren Zweck zu erreichen, da sie doch keine wirklichen Belohnungen für alle guten Handlungen der Menschen zu vergeben haben? Sie bieten ihnen statt dessen imaginären Lohn. Zunächt rechnen sie auf die Wirkung der Schmeichelei, der doch alle Menschen in irgend einer Form zugänglich sind.

[1]) Von dieser Seite ist der „Grumbling Hive" ausführlich behandelt bei P. Goldbach, Bernard de Mandevilles Bienenfabel, Diss. Halle. 1886.

Es schmeichelt schon, von der Ueberlegenheit zu hören, die der Verstand dem Menschen über alle anderen Wesen verleihe. Dann kommen sie mit den Begriffen von Ehre und Schande, als dem höchsten Gut und dem grössten Uebel. So sei es denn, fahren sie fort, für so hochbegabte Wesen wohl geziemend, Herr zu werden über jene Triebe, die sie mit dem unvernünftigen Tier gemein haben. Je stärker diese Triebe sind, um so rühmlicher ist ihre Besiegung. Das verstehen die Menschen wohl, aber nicht allen gelingt es, jener Forderung voll zu genügen. So ergeben sich zwei Klassen von Menschen, die Ehrgeizigen, die es fertig bringen, ihre eigenen Begierden zum Besten der Gesamtheit zu unterdrücken, und die anderen, die sich zwar zu dieser Höhe nicht erheben, aber dabei doch erkennen, wie nützlich die Hingabe an das Gesamtwohl auch für die Einzelnen ist. Damit ist zugleich ein allgemein anerkannter Massstab für die Bewertung menschlichen Tuns gewonnen. Wie von selbst ergeben sich die Begriffe Laster, Tugend in dem Sinne der Befriedigung oder der Unterdrückung schädlicher, d. h. mit den Interessen der Gesamtheit in Widerspruch befindlicher Begierden. Dass diese Unterscheidung zuerst durch die Religion gemacht sei, will Mandeville nicht gelten lassen, denn wie hätten z. B. die Religionen der Aegypter und Griechen solches leisten können? Es bleibt dabei, kluge Politiker sind es gewesen, die durch ihr Geschick den Menschen dahin gebracht haben, auf die Befriedigung seiner liebsten Wünsche zu verzichten. Das Mittel aber, mit dem sie solches erreichen, war die Schmeichelei mit ihrer unfehlbaren Wirkung auf den menschlichen Stolz. Denn dieser, oder man nenne es das leidenschaftliche Verlangen nach der Anerkennung der Welt, ist es, was die Menschen vorwärts treibt. O ihr Athener, sagte Alexander, als er über den Hydaspes ging, wüsstet ihr, welchen Gefahren ich trotze, um von euch gelobt zu werden. Selbst bei jenen guten Handlungen, die ihren Lohn in sich selbst zu tragen scheinen, da die Welt sie nicht erfährt, ist es nicht anders. Denn die Befriedigung über die eigene Tugend ist nur die verfeinerte Form des allgemeinen Menschenstolzes.

Mandeville verliert, indem er seine ethischen Prinzipien darlegt, den Gegensatz zu Shaftesbury niemals aus den Augen.

Die Bienenfabel ward 1729 noch durch einen zweiten Teil, sechs Dialoge enthaltend, erweitert.[1]) Die wichtigsten auftretenden Personen, Horatio und Cleomenes, sind nur Vertreter der einander entgegengesetzten philosophischen Systeme, Horatio der normale Verehrer Shaftesburys, der es nicht versteht, wie sein Freund Cleomenes eine so grosse Vorliebe für ein Buch wie die Bienenfabel hegen kann, von dem Horatio so viel Schlimmes gehört hat. Die Wiedergabe der Shaftesburyschen Gedanken im Munde Horatios ist zwar vollkommen loyal, aber natürlich bleibt doch Cleomenes der Sieger. Um so bedeutender ist aber diese ausführliche Behandlungsweise, als sie Mandeville nun Gelegenheit gibt, selbst die grossen Probleme der Gesellschaft, des Staates, der Religion umständlich und im Sinne seines Systems zu erörtern.

Mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit kämpft also Mandeville immer wieder gegen die herrschende Moralphilosophie an. Gegen Shaftesbury kann er auch persönlich werden. Dann redet er als der mitten im Leben stehende, hart arbeitende Mann, der sich auflehnt gegen den aristokratischen Philosophen mit seiner beschaulichen Lehre. Er möchte diese Lehre und ihre Weltfremdheit wohl mit dem behaglichen Leben erklären, das der hochgeborene Schriftsteller geführt hat. Wenn er von der inneren Harmonie seiner Seele so überzeugt ist, wenn er sich für soziale Tugenden und Todesverachtung so begeistern kann, warum hat er mit dieser Gesinnung nicht lieber die Waffen ergriffen, als sein Vaterland in Gefahr war, warum hat er, dem es vermöge seiner Geburt und seiner Fähigkeiten ein Leichtes gewesen wäre, dem Staate an hoher Stelle zu dienen, nicht versucht, statt über sittliche Reinheit zu schreiben, lieber seine Tugenden als Lord Treasurer zu bewähren, um den zerrütteten Staatskredit wieder herzustellen? Die beschauliche Tugend der „*Characteristicks*“ sei nur dazu gut, Drohnen zu erziehen oder Menschen, die ein gemächliches Leben führen, nicht aber ein Leben voller Arbeit und Mühe, voller Taten und Gefahren.[2])

---

[1]) The Fable of the Bees. Part. II. By the Author of the First. London 1729.

[2]) Fable of the Bees (Ausg. von 1728) 382.

So ist Mandeville der geistreiche Verneiner der geltenden Ideen von Tugend und Moral. Jeder empfand freilich, wieviel Wahrheit auch in einer Lehre noch stecke, welche erklärte, dass die Laster, oder man sage, der Egoismus des Einzelnen für die Gesamtheit nützlich sei. Und er selbst hat das Anstössige seiner These zuletzt noch hinwegzudisputieren versucht, mit der Behauptung, er habe nur sagen wollen, dass es eben die Aufgabe eines geschickten Politikers sei, die Laster der Einzelnen noch zum Wohle des Ganzen ausschlagen zu lassen. Er hätte also nur den Staatslenkern einen Wink geben wollen, wie sie mit den Schwächen der Menschen zu verfahren hätten.[1]) In der Tat war das aber nur eine matte Ausrede, auch kaum vereinbar mit dem ganzen Tenor eines Werkes, dessen leitender Gedanke doch eher ein *laisser faire* gegenüber dem gesellschaftlichen Leben ist.

Es ist eine Mephisto-Natur, die aus der Bienenfabel zu uns spricht. Dem Gefühl für das Hohe und Edle im Menschen, wie es bei Shaftesbury so schön zu Worte kommt, setzt er die kalte Teufelsfaust entgegen. Man muss es bedauern, dass Shaftesbury selbst die Angriffe der Bienenfabel auf seine Philosophie nicht mehr erlebt, dass er seine Sache nicht selbst hat führen können. Aber andere traten für ihn ein. Der Kampf gegen den Zyniker Mandeville füllt ein volles Blatt in der Geistesgeschichte der Zeit. Die sogenannte Bienenfabel-Kontroverse zieht sich durch die ganze Aufklärungsperiode hindurch, da sie ja selbst eines der wichtigsten Themata der Aufklärung zum Gegenstande hat. Sie ist erst am Ende des 18. Jahrhunderts zur Ruhe gekommen.

Wir verfolgen an dieser Stelle nicht die lange Reihe der Schriften und der Schriftsteller, die gegen Mandeville ins Feld gezogen sind. In ihrem zeitlichen Erscheinen wie mit dem Kreis ihrer Betrachtungen stehen sie meistens schon weit ausserhalb des Rahmens, in dem unsere Behandlung des Stoffes sich zu halten hat. Die literarischen Angriffe begannen 1724 und sind Jahrzehnte lang, noch weit über Mandevilles Lebenszeit hinaus, fortgesetzt worden. Grosse und

[1]) A. Search into the Nature of Society (Fable of the Bees. Ausg. 1728) 428. A. Vindication of the Book etc. (Fable of the Bees. Ausg. 1728) 476.

Kleine haben daran teilgenommen, in den ersten Jahren William Law, Hutcheson und Berkeley, später auch Hume und Adam Smith, um nur die berühmtesten Namen zu nennen. Die Bienenfabel wird bekämpft als ein Versuch, die Tugend zu entwürdigen, die Religion herabzusetzen. Von einer Kontroverse zu reden, ist im gewöhnlichen Sinne nicht einmal ganz richtig, denn der Angegriffene hat sich eigentlich mit seinen Gegnern nicht eingelassen, er hat, als der Sturm gegen ihn losbrach, nur seine eigenen Gedanken noch ausführlicher, wenn auch nicht systematischer als bisher, in dem, wie gesagt, erst 1729 erschienenen zweiten Teil der Bienenfabel, der die Dialoge enthält, dargelegt. Bundesgenossen in seinem Streit hat er aber wohl überhaupt nicht gefunden.

Dass der weit über England hinausdringende Ruhm des Buches ihm auch im Auslande nicht nur Uebersetzer, sondern auch Angreifer verschafft hat, kann nicht wundernehmen. Um nur von Deutschen zu reden, so ist bisher immer Reimarus als der namhafteste Schriftsteller, der sich mit der Bienenfabel auseinandergesetzt hat, genannt worden.[1]) Daneben mag aber noch daran erinnert werden, dass auch Moses Mendelssohn einmal Veranlassung nahm, der Bienenfabel einige Seiten zu widmen[2]) Ihm ist eine schlechte, irreleitende Uebersetzung des zweiten, die Dialoge enthaltenden, Teils in die Hände gefallen. Mendelssohn behandelt den Uebersetzer, wie er es verdient. Von der Bienenfabel aber redet er wie von einer Schrift, die weltbekannt und über die das Urteil längst gesprochen sei. Sein eigenes Urteil aber klingt nicht einmal besonders hart. Er nimmt das Buch nicht allzu tragisch. Er stellt die Uebersetzung in Gegensatz zu dem „schnurrigen Ding, das sich im Englischen so angenehm lesen lasse". Und es ist eine fast noch zu günstige Umschreibung des Bienenfabel-Gedankens, wenn Mendelssohn sie in dem Satze gibt, dass „das Laster der menschlichen Gesellschaft ebenso nützlich sei, als die Tugend".

---

[1]) Sakmann a. a. O. 212.

[2]) Moses Mendelssohns Anteil an den Briefen, die neueste Literatur betreffend. 194ster, 195ster Brief. Gesammelte Schriften 4. 2. (1844) 323 ff.

In einem Zeitalter, dem die Tugend schlechthin der Güter höchstes war, konnte auch die Religion ihren alten Platz kaum mehr behaupten. Sie verlor vielleicht nichts von ihrer Ehrwürdigkeit, aber viel von ihrer Herrschaft über die Geister. Denn über ihr räumte man der Tugend gleichsam einen höheren Rang ein. Da sie, die Tugend, etwas Gegebenes, in der Natur der Dinge Begründetes ist, von keiner Mode abhängig, nicht der Phantasie und nicht dem Willen unterworfen, so wird sie auch von dem höchsten Willen, d. h. von Gott, nicht beherrscht. Ja dieser, da er immer gut ist, wird selbst von ihr regiert, er befindet sich mit ihr in ewiger Uebereinstimmung.[1]) Es ist eine etwas platte, nüchterne Auffassung der Religion, die den Moralisten eignet. Die Religion ist eine gute Sache, weil sie dazu dienen kann, den Menschen auf den Weg der Moral zu führen. Ja, diesem Endziel verdankt sie wohl auch ihren Ursprung. „Der Zweck der Religion besteht darin, uns besser und vollkommener zu machen in allen Pflichten und Werken der Moral", sagt Shaftesbury,[2]) als handle es sich um eine einfache Wohlfahrtseinrichtung. Die Tugend wird damit zur höchsten Göttin erhoben, die Religion zu ihrer Dienerin herabgedrückt. Wenn wir hören, ein Mensch ist religiös, sagt Shaftesbury, so fragen wir doch noch, wie ist seine Moral? Und umgekehrt, wenn wir hören, er habe moralische Grundsätze, er sei von rechtlicher Gesinnung und guter Gemütsart, so scheint die andere Frage, ob er auch religiös und fromm sei, fast entbehrlich.[3]) Sind denn Tugend und Religion überhaupt so unzertrennlich, wie immer gesagt wird? Sie sind es allerdings, in dem Sinne nämlich, dass zur vollkommenen Tugend auch der Glaube an Gott gehört.[4]) Der Atheist kann nicht wahrhaft tugendhaft sein.

Hier ist nun der Punkt, in dem die Tugendlehre Shaftesburys sich mit der Religionsphilosophie der Zeit berührt. Religion und Tugend werden nun gern in dem Sinne zusammen

---

[1]) Shaftesbury, The Moralists, a Rhapsody (Characteristicks II. 1738) 267.

[2]) Enquiry concerning Virtue (Characteristicks II. 1738) 88.

[3]) Ebd. 6.

[4]) Ebd. 76. „*And thus the Perfection and Height of Virtue must be owing to the Belief of a God.*"

genannt, als sie die Handlungen der Menschen in die gleiche Richtung zu lenken geeignet sind. „Religion und Tugend bestehen in der Vollbringung guter Taten oder in der Neigung dazu", so schreibt ein Autor 1720. „Willst du die Gefühle eines Menschen gegen Gott erkennen, so blicke auf sein Tun den anderen Menschen gegenüber. Mag sein religiöser Eifer noch so geräuschvoll sein, mag er Glaubensbekenntnisse dutzendweise verschlingen. Ohne Moral ist er dennoch schlimmer als ein Ungläubiger".[1])

Aber nicht nur in ihrem Verhältnis zur Tugend ward die Religion zum Gegenstand philosophischer Betrachtung erhoben. Wir haben jetzt von einer andern geistigen Strömung zu reden, die das ganze Denken der Menschen aufs stärkste ergriff, indem sie über den Wert und das Wesen der Religion Klarheit zu verbreiten sich vornahm. Der Deismus, mit dem wir es zu tun haben,[2]) schuf nicht etwa eine neue Sekte zu den schon vorhandenen. Man hat die Deisten nicht neben Quäkern oder Presbyterianern zu nennen, sie sind nicht eine kirchliche Gemeinschaft, denn sie entfernen sich nicht von dem Boden des herrschenden Kirchentums. Es ist lediglich eine gewisse Auffassung von Gott und Welt, die ihnen eignet. Mit dieser Auffassung wollen sie Kirche und Christentum nicht entgegentreten, sondern ihnen eine neue Stütze verleihen. Sie wollen so tun, als hätten sie der Welt eine Erläuterung des Christentums mitzuteilen, als wollten sie den Christen erst das tiefere Verständnis ihrer Religion eröffnen, wollten zeigen, wie der denkende Mensch mit seinem natürlichen Verstande eigentlich zu derselben Ueberzeugung kommen müsse, wie der Christ, wenn auch dieser sie aus der Schrift, jener von der Vernunft herleite. Die in der Schrift überlieferte Offenbarung soll im Grunde keine andere sein als die in dem Buche der Natur gegebene, die ein jeder lesen und jeder erleben kann.

Die Kirche konnte aber nicht anders als eine Herabsetzung der geoffenbarten Religion darin erblicken. Sie meint, den Deismus schlechthin bekämpfen zu müssen,[3]) und es entsteht jene

[1]) The Independent Whig. (Buchausgabe). London 1721. 193. Wir kommen auf die Schrift noch zurück.

[2]) Vgl. auch Lechler, Gesch. des engl. Deismus. 1841.

[3]) So beginnt z. B. ein Abschnitt in „Des Bischoffs von London Pastoral-Schreiben an die Gemeinden seiner Diözese . . .", aus dem Englischen. Han-

deistische Kontroverse, die in dem religiösen Leben Englands in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts einen so gewaltigen Raum einnimmt.

Die Quellen der deistischen Denkweise, insofern es sich dabei um die Anpreisung der Natur und des Natürlichen handelt, und ferner die Frage, wie weit die grossen Erfolge der Naturwissenschaften im 17. Jahrhundert hierfür bestimmend gewesen sind, brauchen hier nicht erörtert zu werden. Man pflegt Herbert von Cherbury den Vater des Deismus zu nennen. Aber sein Wirken liegt weit vor der Zeit, von der wir handeln, und die deistische Kontroverse ist nicht durch ihn ins Leben gerufen worden. Auch Locke nennen wir nur, um sogleich die Grenzlinie zu ziehen, die ihn vom Deismus scheidet.[1]) Locke war ein Mann von tiefer Frömmigkeit, unerschütterlich in seinem Christentum, im Glauben an die Offenbarungen Gottes. Aber der Mensch, sagt er, hat auch das Recht, die Vernunft zu Rate zu ziehen, um ihre Wahrheit zu prüfen, oder richtiger, um die Gewissheit zu erhalten, dass es sich wirklich um eine göttliche Offenbarung handelt. „Die Vernunft muss in allen Dingen unser höchster Richter und Führer sein."[2]) So erhalten die geoffenbarten Lehren der Religion ihre Stütze durch die menschliche Vernunft. Locke hat diesen, schon in seinem Essay ausgesprochenen Gedanken 1695 noch zum Gegenstande eines besonderen Buches über die Vernunftmässigkeit des Christentums in seiner Ueberlieferung durch die Schrift gemacht. Aber er bleibt auch hier nicht stehen, auch den Glauben an das Wunder gibt er nicht auf. Zwar lässt sich dieses durch die Vernunft nicht stützen. Wohl denn, so hat es als Zeichen der persönlichen Einwirkung Gottes zu gelten, mit dem er eine Offenbarung, als von ihm selbst herrührend, beglaubigen will. So stehen bei Locke der aus der Vernunft hergeleitete Gottesglaube und die Offenbarung noch gleichberechtigt nebeneinander. Von

---

nover 1729. S. 10 mit den Worten: „Lasset euch nicht überreden die göttliche Offenbarung zu verlassen, und der natürlichen Vernunfft alleine zu folgen"

[1]) Vgl. E. Crous, Die Grundlagen der religionsphilosophischen Lehren Lockes. Diss. Halle. 1909.

[2]) Essay concerning human understandig, IV. 19, § 14.

einem Angriff auf Kirche und Religion kann hier nicht gesprochen werden.

Bei den Deisten klingt es anders. Hier soll das ganze Wesen der Religion restlos mit der Vernunft in Uebereinstimmung gebracht, dem vernünftigen Denken zugänglich gemacht werden. 1696 erschien John Tolands Schrift, „*Christianity not mysterious*", dem Titel nach wenig verschieden von dem im Vorjahre erschienenen Locke'schen Buche, aber die Wirkung war eine völlig andere. Vielfach mit Lockeschen Ideen operierend, kommt Toland doch zu ganz neuen Schlüssen. Bei Locke war noch das Streben zu erkennen, Wissen und Glauben deutlich auseinanderzuhalten. Dieses Mal las man die kühne Behauptung, dass hier ein Widerspruch garnicht vorhanden sei. Ist doch, sagt Toland mit Locke, unsere Kenntnis der Dinge überhaupt nur eine relative. Im Grunde bleibt uns vieles, was wir als natürlich anzusehen gewohnt sind, seinem tieferen Wesen nach unverständlich. Auch der Kieselstein oder der Grashalm sind uns ja in ihrem Sein ewig geheimnisvoll und wunderbar. Nicht anders ist es aber mit jenen Wundern, von denen der Christenglaube erzählt. Auch sie bieten der denkenden Vernunft keine grösseren Schwierigkeiten dar, als die Sätze der Wissenschaft, die wir doch auch nur halb begreifen.

Indem Toland hiermit alles auf vernünftige Betrachtung zurückführt und auch das Wunder, des Glaubens liebstes Kind, des ihm eigentümlichen Geheimnisses entkleidet, so nimmt er damit freilich auch der Kraft des Glaubens ihre Bedeutung, ihren Wert, ihr Verdienst. Religiös gestimmte Seelen empfanden diese Vermenschlichung der Religion als eine Herabwürdigung des Heiligsten. Kirche und Geistlichkeit aber schienen am schwersten getroffen, sie fühlten sich in ihrer Stellung bedroht, angegriffen, und sie waren es in der Tat. Von dieser Seite erhob sich der Widerstand. Tolands Buch ward von Henkershand verbrannt und vom Unterhause der Konvokation für ketzerisch erklärt, wenn auch das obere Haus den Spruch nicht bestätigte. Von den Kanzeln herab ward vor Toland und seiner Schrift allgemein gewarnt. Ein irischer Lord erklärte, nicht mehr in die Kirche gehen zu

wollen, denn wo man früher Jesus Christus gepredigt habe, da höre man jetzt nur noch den Namen John Toland.

Zwar ist der von den einen hochgefeierte, den anderen so verhasste Mann, der auch die Welt gesehen, Völker und Sprachen kennen gelernt, und die Gunst fremder Höfe genossen hatte, doch sein Leben lang nur ein armer Skribent geblieben, an dem nichts gross war als sein Ehrgeiz. Aber er hatte Worte gefunden für Ideen, die in den Kreisen der Gebildeten herrschend waren, und darin liegt seine Bedeutung. Er hat in einer merkwürdigen Schrift, dem 1720 erschienenen Pantheistikon, auch zugegeben, dass mit jener Denkweise, welche die natürliche Religion neben die überlieferte stellt, der Gegensatz zwischen einer inneren und einer äusseren, oder, wie er auch sagt, einer esoterischen und einer exoterischen Lehre geschaffen werde.[1]) Und so war es in der Tat. Die höher stehenden Geister hielten sich an die Anschauung, dass Gott und seine Werke in der Natur genügend offenbart seien. Für die Masse war das Christentum da.

Fortan finden die Gedanken des Deismus sich im gesamten Geistesleben der Zeit wieder. Von der Prüfung der überlieferten Religion an dem Massstab der Vernunft schreitet man fort zur Proklamierung einer Naturreligion, die nur auf der jedem Menschen innewohnenden Ueberzeugung von der göttlichen Leitung des Weltalls beruhen soll. Wie aber diese natürliche Religion sich zu jener andern verhalte, die auf Offenbarung und Schrifttum aufgebaut ist, mit dieser Frage sucht sich jeder abzufinden, so gut er kann. Bald ist man dahin gelangt, einen Unterschied überhaupt nicht mehr gelten zu lassen. „Ich kann es nicht leiden", schreibt Shaftesbury ungeduldig,[2]) „wenn der Name Deisten (der höchste von allen) verschrien und in einen Gegensatz zum Christentum gebracht wird. Als ob unsere Religion eine Art Zauberwerk wäre, und nicht einfach auf dem Glauben an ein einziges höchstes Wesen beruhte." So finden wir auch Shaftesbury im Lager der Deisten.

[1]) Vgl. das Pantheistikon des John Toland. Deutsch v. L. Fensch. 1897. 67. 145. Windelband, Gesch. der neueren Philosophie. 2. Aufl. II. 286—7.

[2]) Characteristicks II. (1738) 209.

Wie damit eine stillschweigende Unterordnung des Christentums unter die Naturreligion ausgesprochen war, so ist endlich die Alleinherrschaft der letzteren in schärfster Form von Matthew Tindal proklamiert worden in seiner Schrift „*Christianity as old as the Creation*“ (1730). Nur die natürliche Religion, sagt Tindal, ist vollkommen. Die Offenbarung kann ihr nichts nehmen und nichts hinzufügen. Insofern also das Christentum mit der natürlichen Religion übereinstimmt, wird man sagen dürfen, es sei so alt wie die Welt. Aber hierin liegt schon ein Zugeständnis, denn die eigentliche Meinung des Autors ist ja nur, dass die natürliche Religion so alt sei wie die Welt. Das Christentum soll, indem es jener gleichgestellt wird, seines historischen Charakters entkleidet und auf die ewig unveränderliche rationalistische Basis gestellt werden.

Damit sind wir freilich über den Zeitpunkt, da die deistische Kontroverse zum ersten Mal über das kirchliche Leben hinaus drang und in der grossen Politik eine Rolle spielte, wovon wir bald zu reden haben, schon hinaus geeilt. Aber es ist unschwer einzusehen, warum schon in seinen früheren Stadien der Gedanke des Deismus den Widerspruch von Staat und Kirche herausgefordert hat. Die Anpreisung der natürlichen Religion geschieht doch stets auf Kosten des überlieferten Glaubens. Man erklärt, sich loslösen zu wollen von den Fesseln, in die der Geist der abendländischen Völker seit Jahrhunderten geschlagen sei. Das dem Menschen innewohnende Gottesbewusstsein soll von den Schlacken gesäubert werden, die durch Kirche und Priestertum immer wieder darübergelegt worden seien. Man will Klarheit schaffen, wo bisher gedankenlos wiederholt worden ist, was die Vorfahren geglaubt haben. Und nicht genug mit der einmal gewonnenen Klarheit, man will das Recht der freien Forschung für die Zukunft sicher stellen. Gedankenfreiheit ist die grosse Forderung, die mit dem Deismus einhergeht. „*Discourse of Freethinking*“ ist der Titel einer 1713 erschienenen Schrift von Anthony Collins, die das freie Denken, wie es alle grossen Geister seit Sokrates geübt haben, als das einzige Heilmittel gegen jeglichen Aberglauben empfiehlt. Und der Name der Freidenker wird zur Bezeichnung aller derjenigen, die sich

von den hergebrachten geistigen Schranken in Zukunft nicht mehr einengen lassen wollen.

Die aus ihrem Rationalismus entspringende, naive Ueberhebung der Deisten gehört heute der Geschichte an. Sie ahnen nicht, wie unwürdig die Behandlung ist, die sie dem widerfahren lassen, was den Jahrhunderten heilig war. Sie wundern sich wohl noch darüber, wenn man ihre herablassende Anerkennung des Christentums nicht als eine gerechte Würdigung religiöser Vorstellungen gelten lassen will. In gutem Glauben verwechseln sie ihre eigene durch Vernunftsschluss gewonnene Ueberzeugung von der Existenz eines Gottes mit dem Drange der menschlichen Seele nach religiöser Befriedigung. In der mannigfachen Ausgestaltung der positiven Religionen wollen sie nicht die verschiedenen Denkarten der Zeiten und Völker erkennen, sondern nur die priesterlichen Zutaten. die erfunden sind, um die Menge soviel leichter zu lenken und zu betrügen. So versinkt alles Hohe und Edle, alle Begeisterung und alle Poesie im religiösen Leben der Völker vor der nüchternen Ueberlegung dieser Verstandesmenschen. Denn sie sind nicht wie stille Gelehrte, deren Wort die Menge nicht erreicht. Sie schreien es hinaus in die Welt und wollen jedermann verkünden, wieviel der Glaube seiner Väter in Zukunft noch zu gelten habe. Ein gefährliches Spiel, das also mit den höchsten Fragen des Daseins getrieben wird. Es erzeugt jenen religions- und kirchenfeindlichen Geist, der der gesamten Aufklärung des 18. Jahrhunderts von nun an eigentümlich geblieben ist und der noch 100 Jahre nach Toland seinen letzten Ausdruck fand in dem hässlichen Schauspiel jenes Vernunftkultus, das die Fanatiker der französischen Revolution in den Kirchen Frankreichs aufgeführt haben.

---

Mit Deismus und Freidenkertum ist von jeher auch die Gesellschaft der Freimaurer mit Vorliebe in Verbindung gebracht worden. Nicht mit Unrecht. Die neuere Forschung[1])

[1]) Vgl. W. Begemann, Vorgeschichte und Anfänge der Freimaurerei in England. 2 Bde. Berlin 1909, 1910. Daran anschliessend: Vorgeschichte und Anfänge der Freimaurerei in Irland. 1911. Vgl. Hist. Zeitschr. 109, 454. H. Boos, Gesch. der Freimaurerei, hat seine Darstellung in der zweiten Auflage nach Begemann berichtigt.

hat zwar gezeigt, dass Wesen und Zweck der Freimaurerei keineswegs richtig aufgefasst werden, wenn man sie schlechthin als eine Anstalt zur Pflege und Verbreitung der Ideen des Deismus bezeichnet. Immerhin wird man auch in Zukunft aus dem historischen Bilde, das man sich von den Freimaurern in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts zu machen hat, die Verwandtschaft mit dem Deismus nicht wegdenken können. Ja, aus ihr stammte erst die werbende Kraft, die die englische Freimaurerei in allen Ländern Europas bewährt hat.

Aus mittelalterlichem Zunft- und Gildenwesen waren auch die Verbindungen unter den Bauhandwerkern hervorgegangen, die als der Ursprung des Freimaurertums anzusehen sind. Meister, Gesellen und Lehrlinge pflegten sich zu engeren Verbänden zusammenzuschliessen. Nach den Bauhütten der Steinmetzen, für die seit dem Ende des 13. Jahrhunderts der Name „Loge" auftritt, wurden auch jene Verbindungen und insbesondere die einzelnen Versammlungen als Logen bezeichnet. Wir hören, dass in diese Verbindungen im 17. Jahrhundert auch Leute eintraten, die nicht zum Handwerk gehörten, die wohl als *Gentlemen masons*, Herren-Maurer, bezeichnet werden. In der Loge von York waren sie am Anfang des 18. Jahrhunderts weit zahlreicher als die Werkmaurer. Eben mit diesem Eindringen der nicht zünftigen Elemente hängt es auch zusammen, dass für die Verbände und ihre Angehörigen an Stelle der einfachen Bezeichnungen *masonry* und *masons*, die vornehmeren Formen *freemansonry* und *freemasons*, die sich ursprünglich auf höhere Kunstfertigkeit oder auch auf die leitenden Personen im Gewerbe bezogen, in Gebrauch kamen.

Man weiss nicht sehr viel[1]) von dem Treiben in diesen Logen. Denn vor dem 18. Jahrhundert sind aus England keine Protokolle erhalten, während allerdings die Nachrichten aus Schottland schon etwas früher einsetzen. 1717 sollen

[1]) Die Gesetzgebung scheint von den Logen oder Bruderschaften keine Notiz genommen zu haben. Die frühere Behauptung, sie seien 1425 verboten worden, scheint unhaltbar, freilich weniger aus dem von Begemann a. a. O. I. 483—84, angegebenen Grunde, als weil das Gesetz 3, Heinrich VI. c. 1, die Verbindungen der Maurer verbietet, insofern sie gegen das Arbeitergesetz verstossen.

sich die vier in London bestehenden Logen zu einer Grossloge zusammengeschlossen haben, und auf diese nicht einmal völlig feststehende Tatsache pflegt man den Ursprung der modernen Freimaurerei in England und im Auslande zurückzuführen. Von der Absicht einer allgemeinen Welt- und Menschheitsverbrüderung kann zwar bei dem Gründungsakt von 1717 noch nicht die Rede sein. In den nächsten Jahren aber tritt die neue Verbindung offenbar mit grösseren Ansprüchen hervor. Mehrere hundert, vielleicht tausend Mitglieder sollen der Londoner Loge angehört haben. Ein Grossmeister steht an ihrer Spitze. 1721 erscheint ein so vornehmer Mann wie der Herzog von Montagu in dieser Würde. Im selben Jahre behauptet eine Zeitungsnachricht, dass auch der Prinz von Wales demnächst unter die Freimaurer gehen werde, was übrigens nicht geschehen ist. Und nun erfährt man aus den Schriften der Brüder zwar auch noch nichts von einem Weltbunde, den sie schaffen wollen, aber viel von den hohen Idealen, die sie miteinander zu pflegen beschliessen. Ihre Sprache wird pomphaft und feierlich. Sie nehmen mit einer naiv unschuldigen Geschichtsfälschung die grössten Geister und die höchsten Gedanken der vergangenen Menschheitsgeschichte für sich in Anspruch. Die Widmung einer an alle Freimaurer gerichteten und offenbar aus ihrem eigenen Kreise hervorgegangenen Schrift aus dem Jahre 1722[1]) ruft sie auf als die passenden Genossen für die grössten Könige. Das berühmte Konstitutionenbuch von 1723[2]) lässt die Geschichte der Freimaurerei mit der Erschaffung der Welt beginnen. Adam und seine Söhne bilden zusammen die erste Loge. Zu so grotesker Formulierung kann der Verfasser des Buches, ein gewisser Anderson, natürlich nur gelangen, indem er zwischen Baukunst und Freimaurerei überhaupt keinen Unterschied macht, und da jene wohl so alt sein müsse, wie die Menschheit, so ist damit auch die uralte Geschichte der letzteren genugsam bewiesen. Die biblischen Erzählungen des alten Testaments werden behaglich zu einer Geschichte der Freimaurerei zurechtgestutzt. Die Israeliten, als sie Egypten verlassen haben, bilden ein Königreich von

---

[1]) Vgl. Begemann, Freimaurerei in England. II. 80 ff.

[2]) Ebd. 154 ff.

Maurern unter der Führung ihres Grossmeisters Moses. In der Wüste werden regelmässige und allgemeine Logen einberufen, und so geht es weiter.

Will man nun die Stellung dieser Leute zur Religion zu bestimmen versuchen, was keineswegs ganz leicht ist, so wird man sicherlich eine gewisse Uebereinstimmung ihrer Grundsätze mit dem Deismus behaupten dürfen. Dass sie gewöhnlich ihr Christentum betonen, spricht ja durchaus nicht dagegen, denn die Deisten machen es nicht anders. Und deutlicher in deistischem Sinne kann man wohl nicht reden, als die erwähnte Schrift von 1722 es tut, wenn sie von der Religion, zu der die Freimaurer sich bekennen, sagt: „Sie ist das Gesetz der Natur, welches das Gesetz Gottes ist, denn Gott ist die Natur."[1]) Auch die Sprache, in der das Konstitutionenbuch über die Stellung der Maurer zu Gott und Religion redet,[2]) klingt ähnlich. Sie sollen zwar keine Atheisten sein, aber sich auch nur zu derjenigen Religion bekennen, in der alle Menschen übereinstimmen.

Auf die Entstehung der Londoner Grossloge folgte langsam die Erweiterung des Bundes, seine Ausdehnung über England und die übrige Welt. Von einer Propaganda kann hier freilich nicht die Rede sein. Die Londoner Vereinigung liess die Anträge zur Konstituierung oder zum Anschlusse auswärtiger Logen ruhig an sich herankommen. Bis zum Jahre 1731 sind in England 22 Logen entstanden, allmählich folgte auch das Festland. In Frankreich, in Deutschland, in Amerika wurden Logen gegründet. Ein über Länder und Weltteile ausgebreiteter Bund entstand, der, so locker auch sein Gefüge war, den Regierungen, mehr noch der Kirche, die schwersten Sorgen bereitete.

Im Grunde ist aber in dem Erscheinen der Freimaurer vor allem das Streben nach einem freien Menschentum, nach der Beseitigung aller Vorurteile, nach der Pflege alles Idealen zu erblicken. Es ist der Geist der Aufklärung, der auch in ihnen lebendig ist, er ist es, der auch die ersten Männer der Nationen, der selbst einen Goethe und Friedrich den Grossen anzog und sie zu Mitgliedern des Bundes werden liess.

[1]) Ebd. 86.
[2]) Ebd. 198.

Gedenken wir zum Schlusse noch einmal der emsigen Arbeit der Tagesschriftsteller, die immer wieder über Gott und Moral reden, der zahlreichen, oft neu gegründeten und rasch wieder verschwindenden Zeitschriften, der auf der Strasse verkauften Pamphlete, die jeglicher Meinung Ausdruck verleihen, dem Kampfe des Tages Nahrung zutragen, aber damit auch ein gegenseitiges Verstehen, eine Art von Ausgleich herbeiführen. Wir wollen insbesondere dem grössten dieser Schriftsteller, Daniel Defoe, noch einmal unsere Aufmerksamkeit schenken. Wir lernen einen Mann von wunderbar weitem Gesichtskreis kennen. Die Stellung des Menschen zu Gott, Religion und Kirche ist wohl sein liebstes, aber nicht sein einziges Thema. Seine erstaunliche Vielseitigkeit und Fruchtbarkeit ist uns bei der Nennung der „*Review*“ schon einmal begegnet. Ueber zwei Jahrzehnte hat Defoe zu den meisten Fragen, die eben Staat und Gesellschaft bewegten, das Wort ergriffen.[1]) Bald schreibt er mit ruhiger Sachlichkeit, bald mit so überlegener Ironie, dass manche Leute nicht wussten, ob er im Ernste spreche, oder im Scherz. Als er 1702 in seiner berühmten Satire „Der kürzeste Weg mit den Dissentern“, im Tone eines *High Flyer* redend, dem Staate empfahl, den Dissentern gegenüber so zu verfahren wie der König von Frankreich es mit seinen Protestanten getan habe, nämlich sie völlig auszurotten, da gab es hochkirchlich Gesinnte, die den Rat vortrefflich fanden, und die erst, als sie den Hohn des Autors erfasst hatten, energisch seine Bestrafung forderten. Damals geschah es, dass der am Pranger Büssende vom Volke gefeiert und mit Blumen bekränzt wurde.

Als ein Verehrer Wilhelms III. war Defoe gelegentlich der schriftstellerische Helfer dieses Königs geworden. Er trat für seine grosse auswärtige Politik ein, und suchte die immer wiederholte Behauptung zu widerlegen, als ob die stehende Armee eine Gefahr für die Freiheit bedeute. Den grössten Dienst aber hat er dem Herrscher aus oranischem Geschlecht mit seiner Schrift „Der Vollblutengländer“ („*The true-born Englishman*“) erwiesen. Es war die Antwort auf

[1]) Vgl. die 254 Nummern enthaltende Liste der Schriften Defoes bei W. Lee, Daniel Defoe, His Life and recently discovered writings. I. 1869. p. XXVII ff.

ein gereimtes Pamphlet, das, eine Flut von Vorwürfen gegen den König schleudernd, sie alle in dem einen Namen des Ausländers zusammenfassen wollte. Defoe, „von Wut ergriffen", setzte Pamphlet gegen Pamphlet, und zeigte, wie es eigentlich mit der Abstammung der Engländer bestellt, wie in Wahrheit aus einer bunten Mischung der Rassen erst in historischer Zeit die Nation entstanden sei, die sich nun der Reinheit ihres Blutes rühmen wolle.[1]) Auch Defoe schrieb dieses Mal, wie sein Gegner, in plumpen, derben Reimen, ein Gedicht ohne alle Poesie, aber witzig und scharf und darum von ungeheurer Wirkung. Niemals seit der Erfindung der Buchdruckerkunst sollen von einer einzigen Schrift so viele Exemplare binnen eines Jahres verkauft worden sein. Allein von den billigen Nachdrucken, die für 1 oder 2 Pence in den Strassen feilgeboten wurden, waren 80000 Stück abgesetzt worden.[2]) Die Gönnerschaft des Königs ward Defoe auch nicht entzogen, als er 1701 die „Gründe gegen einen Krieg mit Frankreich" schrieb, eine Abhandlung, in der wiederum Ernst und Ironie vermengt waren und deren tieferer Sinn in der Angabe eines Operationsplans gegen die spanischen Kolonien in Westindien lag.

Nach dem Tode Wilhelms III., der für Defoe ein schwerer Schlag war, schloss er sich während des Krieges den Whigs an, um gleichwohl nach ihrem Sturze zum Verteidiger der Friedenspolitik des Grafen Oxford zu werden. Dem Tory-Minister blieb er nun treu zur Seite. Er unterstützte seinen Kampf gegen die Whigs, doch ohne sich auch jetzt ganz den Tories zu verschreiben. Er verfasste umfangreiche Traktate für den Utrechter Frieden, bald auch für den damit verknüpften Handelsvertrag mit Frankreich, den er selbst anfangs noch bekämpft hatte. In der letzten Lebenszeit der Königin Anna war es sodann die grosse Schicksalsfrage der Thronfolge in England, die auch Defoe beschäftigte. Er ist unzweifelhaft ein echter Anhänger der protestantischen Sukzession, ein unbedingter Gegner des Hauses Stuart gewesen. Aber in seinen Argumentationen ist wieder soviel Ironie, soviel schein-

[1]) Ueber das Fortwirken dieser irrigen Anschauung bis in unsere Tage vgl. A. Schröer, True-born Englishman. Südd. Monatshefte. 1914. Nov.

[2]) Vgl. W. Lee, a. a. O. I, 45.

bare Verteidigung des jakobitischen Standpunktes, dass es für manche nicht leicht war, die wirkliche Meinung des Autors zu erkennen. „Gründe gegen die Sukzession des Hauses Hannover" nennt er schelmisch die eine seiner Schriften, „Wie nun, wenn der Prätendent käme?", betitelt er eine andere, um ein drittes Mal „eine Antwort" zu geben „auf eine Frage, an die niemand denkt, nämlich: wenn nun aber die Königin plötzlich stürbe?" Wie weit er sich dabei noch im Einverständnis mit Oxford befand, dessen Haltung in der Thronfolgefrage doch nicht ganz klar war, wollen wir hier gar nicht einmal untersuchen.

Seine treue Anhänglichkeit bewies Defoe selbst dem gestürzten Staatsmanne noch nach dem Thronwechsel von 1714, denn die „Geschichte des weissen Stabes", eine Verteidigung Oxfords, ist sicherlich Defoes Werk.[1]) Aber dennoch gewinnt er es über sich, nun auch für die neue, die whiggistische Regierung zu schreiben. Er konnte es um so eher tun, als er ja auch vordem niemals schlechthin der Mann der Tories gewesen war. Für einen grossen Charakter muss man Defoe überhaupt nicht halten. Er kann in politischen Fragen rasch die Farbe wechseln und findet leicht eine beschönigende Formel dafür. Als er nun aber — es war wohl im November 1715 — in aller Form in den Dienst der Regierung Georgs I. trat, da sollte freilich die Welt davon nichts erfahren. Das Publikum brauchte nicht zu wissen, wer dieser literarische Helfer der Minister war, und auch ihm selbst sollte alle Freiheit der Meinungsäusserung in Zukunft unbenommen sein. Die beabsichtigte Täuschung über die Person des Autors gelang so vollkommen, dass man noch durch anderthalb Jahrhunderte an der Meinung festgehalten hat, Defoe habe nach dem Jahre 1715 keine politische Schrift mehr verfasst. Der Irrtum ist heute aufgeklärt.[2]) Man weiss z. B., dass Defoe gegen die Jakobiten und dass er für die Septennial Bill geschrieben hat.

Und doch sind es nicht jene Streitschriften, die den Namen Defoes unsterblich gemacht haben. Man muss nur den Geist, der aus ihnen spricht, ein wenig kennen, um den

[1]) Ueber die Autorschaft vgl. W. Lee, a. a. O. 1, 240; W. Michael, Das Urbild John Bulls. Histor. Zeitschr. 100, S. 254.

[2]) W. Lee, a. a. O. 1. Introd. p. VIII ff.

eigentlichen Sinn auch seines berühmtesten Buches richtig zu verstehen. Seine literarische Art ist schon in jenen Gelegenheitsschriften deutlich zu erkennen. Man möge nur beachten, wie leicht es ihm immer geworden ist, sich als einen andern zu geben, als der er ist, und sich in dem Geiste und der Sprache dieses angenommenen Charakters frei zu bewegen. Mag man etwas Proteusartiges in dieser Schriftstellerei finden, so drückt sich doch unzweifelhaft auch eine starke dichterische Begabung darin aus, reiche Phantasie und, wie ein Zeitgenosse schon von seinen politischen Aufsätzen sagte,[1]) „Anmut des Stils und die kleine Kunst, in der er Meister ist, eine Geschichte völlig frei zu erfinden und dabei noch der Welt weiszumachen, es sei volle Wahrheit".

Im Jahre 1719 war es, dass der unermüdliche Pamphletist, der unerschrockene Streiter für politische und religiöse Freiheit, einmal ein Buch herausgab, das niemandem zu Leide, aber der Menschheit zum Nutzen geschrieben war, und ihm selbst grösseren Ruhm brachte als alle seine Kampfschriften: „Das Leben und die wunderbaren Abenteuer Robinson Crusoes." Der erste und bedeutendste Teil, den Schiffbruch Robinsons und sein Leben auf der unbewohnten Insel behandelnd, erschien im April des Jahres, im August kam der zweite Teil, der die ferneren Abenteuer des Helden erzählt. Der dritte Teil, den heute nur wenige kennen, die „ernsten Betrachtungen", folgte 1720. Der Leser wird bald gewahr werden, warum wir ein Recht haben, die dem Werke gebührende Betrachtung gerade an diese Stelle zu setzen.[2])

Dass der Erzählung ein wahrer Vorgang zugrunde lag, nimmt ihr nichts von ihrem dichterischen Wert. Wenige Jahre vorher, 1711, war in London ein schottischer Matrose, Alexander Selkirk, aufgetaucht, der nach einem Streit mit seinem Kapitän freiwillig auf der Insel Juan Fernandez im Stillen Ozean zurückgeblieben war, und über vier Jahre einsam

[1]) Vgl. W. Lee, a. a. O. I, 282.

[2]) Natürlich soll hier nur eine Würdigung des Werkes von der historischen Seite versucht werden. Ueber die künstlerische und literarische Bedeutung des Robinson vgl. neuerdings z. B. W. Dibelius, Englische Romankunst, I, 1911, 31 ff.

daselbst gelebt hatte. Sein Schicksal ward viel besprochen und beschrieben. Der geschäftige Steele suchte ihn persönlich auf und gab im „*Englishman*“ seinen Lesern eine anschauliche Beschreibung von dem Leben Selkirks in der Einsamkeit der fernen Südsee-Insel. Was wir hier und von anderen Seiten erfahren, klingt freilich allen, die den Robinson kennen, merkwürdig vertraut. Wie Selkirk, mit einigen Waffen und Gerätschaften ausgerüstet, sich als tätiger Mensch sein Leben einrichtet, seine Hütten baut, seinen Unterhalt gewinnt, mit Ziegen und Katzen in vertraulicher Gemeinschaft lebt, wie er durch Gebet und Bibellesen ein besserer Christ wird, als er je zuvor gewesen: alle diese Züge hat auch Defoe verwertet, aber dennoch ein ganz neues Buch geschaffen, dessen tiefer Sinn nur seiner eigenen Ideenwelt entstammt.[1])

Er will zunächst einmal zeigen, wie ein natürlich denkender Mensch, der plötzlich sich selbst und seinen eigenen körperlichen und geistigen Kräften überlassen ist, noch mit den bescheidenen Hilfsmitteln und Kenntnissen, die er sich aus der Gemeinschaft mit seinesgleichen gerettet hat, dem Menschengeiste zu einem Triumph über die Natur zu verhelfen vermag. Künste und Fertigkeiten, die er wohl gesehen, aber nie geübt hat, lernt der sinnende und emsig arbeitende Robinson anzuwenden. Er baut sich eine Behausung, er versteht es, sie nicht nur wohnlich zu machen, sondern sie wie eine Festung auszugestalten und sie den Blicken etwaiger Feinde zu entziehen. Als aus den unter seinen Vorräten glücklich erhaltenen Getreidekörnern einige Aehren emporgeschossen sind, da lernt er das erhaltene Getreide weiter zu bauen und zu ernten. Er wendet alle nötige Umsicht und Geduld auf, denn erst nach vier Jahren sind seine Körner so zahlreich geworden, dass er einen Teil davon der Aussaat entziehen und Brot daraus backen darf. Wie er so die Kunst des Ackerbaues gleichsam neu findet, so lernt er ähnlich auch die auf der Insel vorgefundenen und zuerst als Jagdbeute von ihm erlegten Ziegen zu seinen Haustieren zu machen. Das alles, und vollends wie es ihm

[1]) Darum kommt auch nicht viel darauf an, ob Defoe die früheren das Robinson-Motiv enthaltenden Werke, ob er insbesondere unsern Simplicissmus gekannt habe, oder nicht. Vgl. auch A. Kippenberg, Robinson in Deutschland bis zur Insel Felsenburg. 1892.

gelingt, Werkzeuge und Hausgerät anzufertigen und sogar ein Boot zu bauen, auf dem er die Küsten seines Reiches erforscht, das alles klingt wie ein Hymnus auf die menschliche Kultur und ihren unfehlbaren Sieg, ihre von Gott gewollte Herrschaft über die Erde und ihre Geschöpfe.

Und doch erhält das Buch seinen eigentümlichen Reiz erst dadurch, dass nicht nur die äusseren Ereignisse in der Laufbahn des Helden ausführlich erzählt, sondern auch seine inneren Erlebnisse so anschaulich, so überzeugend wiedergegeben werden, dass der Leser, durchdrungen von der inneren Wahrheit des Erzählten, alle Angst, allen Schrecken, alle Seligkeiten des Gefühls der Rettung aus der Todesgefahr und endlich alle die grossen und kleinen Sorgen, die Robinson während seines 28jährigen Aufenthalts auf der Insel durchlebt, wie eigenes Leid und eigene Freuden mitzufühlen vermag. Auch die Eindringlichkeit, mit der die ausgesprochenen moralischen Lehren und religiösen Gedanken wirken, rührt daher, dass sie nicht als die Meinung des Autors, sondern nur als die eigenen Erfahrungen Robinsons vorgetragen werden, zu denen er ebenso wie jeder andere in derselben Lage gelangen musste. Wie einleuchtend, wenn er lernt, seine Lage nicht mehr ganz trostlos zu finden, sondern froh zu sein, dass er allein aus dem Schiffbruch gerettet ist, dass er ein ruhiges Dasein ohne Not und Gefahr führen darf, oder wenn er, durch solche Betrachtungen angeregt, immer wieder das Lob der Zufriedenheit verkündet.

Wie Defoe hier, dem Geiste der Zeit gehorchend, zum Moralisten geworden ist, so wird man auch in den Aussprüchen über Gott und Religion, die er seinem Helden in den Mund legt, zunächst manches wiederfinden, was weniger den Christen und Dissenter verrät, als es der verbreiteten deistischen Anschauung zu entsprechen scheint. Robinson findet nur allmählig den Weg zu Gott, aber er findet ihn durch sich selbst, durch seine menschliche Vernunft. Die frommen Regungen, die durch seine wunderbare Rettung, durch die vielen glücklichen Umstände, die ihm das Fortleben auf der einsamen Insel ermöglichen, durch die Schrecken des Erdbebens in seiner Seele geweckt werden, sind freilich schnell verflogen. Aber allmählich kommt es doch über ihn und bricht in seinem

Gemüte durch. Er empfindet seine Leiden als die gerechte Strafe Gottes für seine Verachtung des väterlichen Rates. Ein kurzes Gebet entringt sich seiner Seele. Den Betrachtungen der Natur, mit der er allein ist, hingegeben, kommt ihm vollends die Ueberzeugung von dem Wirken einer Kraft, die alles geschaffen habe und alles regiere. Er ist, mit anderen Worten, aus dem eigenen Gefühl heraus, nämlich durch den religiösen Sinn des natürlichen Menschen, zur Erkenntnis Gottes gelangt. Die Erzählung wirkt, als solle ein Schulbeispiel gegeben werden für den unausbleiblichen Sieg der Naturreligion in der Seele eines unschuldigen, sich selbst überlassenen Menschen.

Doch auf einem so abstrakten religiösen Standpunkt will der Dichter seinen Helden nicht beharren lassen. An die Stelle des durch innere Erfahrungen gewonnenen einfachen Gottesbegriffs tritt ein positives Christentum. Robinson betet, er liest die Bibel, er empfindet seine Sündhaftigkeit, er sehnt sich nach Erlösung, und versteht darunter schon nicht mehr, wie vordem, die Errettung aus der Einsamkeit seiner Insel, sondern die Befreiung von der Last der Sünde, die göttliche Gnade. Und als ein strenger Christ beweist er sich auch, wenn er den Tag, an dem er vor einem Jahre schiffbrüchig auf die Insel verschlagen war, zu einem Fasttag macht, den er in Busse und Gebet verbringt, indem er Gott bittet, um Jesu willen ihm Barmherzigkeit widerfahren zu lassen. Ja, in der Befriedigung über die gewonnene religiöse Gewissheit findet er seine Einsamkeit seliger als die Gemeinschaft der Menschen, empfindet er oft ein unaussprechliches Glücksgefühl.

Wir brauchen nicht zu untersuchen, inwiefern auch hier die deistische Anschauung etwa in dem Sinne noch mitgespielt hat, dass der von Toland gemachte Unterschied zwischen esoterischer und exoterischer Lehre dem Autor vorgeschwebt hätte. Robinson wäre alsdann nur einer aus der grossen Masse derer, welche für die Vernunftreligion nicht reif sind und für die darum die positive Lehre nicht zu entbehren ist. Für das richtige Verständnis der Dichtung ist der andere Umstand weit bedeutsamer, dass Defoe im Robinson eine Allegorie seines eigenen Lebens hat geben, dass er insbesondere seine Gedanken über Moral und Religion darin zu praktischem

Ausdruck hat bringen wollen.[1]) In den „Ernsten Betrachtungen", die er 1720 als dritten Teil den beiden ersten hat folgen lassen,[2]) und die den geistigen Gehalt des Buches, für sich allein genommen, noch einmal theoretisch darlegen sollen, kehren denn auch dieselben Gedanken in reiner Form wieder. Defoe stellt die beiden Leitsätze auf, dass Gott die von ihm geschaffene Welt durch seine Vorsehung regiere, und ferner, dass diese Vorsehung sich mit besonderer Sorge der Regierung und Leitung des Menschen, der am besten und zuletzt geschaffenen Kreatur auf Erden, annehme. Der erste dieser Sätze, sagt Defoe, ist durch die Naturreligion, der zweite durch die geoffenbarte Religion unwiderlich bewiesen.[3])

Auch der Gedanke der religiösen Toleranz, der den Deisten so nahe lag, gehört schlechthin zur Weltanschauung Defoes und musste ihm als Dissenter vollends natürlich sein. Im zweiten Teil des Robinson erscheint ein katholischer Priester von französischer Nationalität, der mit Feierlichkeit, alle Konfessionalität beiseite lassend, die Bewohner von Robinsons Insel eine freie christliche Gottesverehrung lehren möchte. So begeistert tritt er für die religiöse Toleranz ein, dass man in dieser Figur sogar das Ebenbild von Lessings Nathan dem Weisen hat erblicken wollen.[4]) Etwas von dieser Gesinnung ist es allerdings, was wir auch in den „Ernsten Betrachtungen" wiederfinden, wo Defoe von den verschiedenen kirchlichen Richtungen in Grossbritannien redet und die Hoffnung ausspricht, „dass wir uns dereinst, auf wie verschiedenen Wegen wir auch in den Himmel zu kommen suchen mögen, zuletzt dort alle wiederfinden".[5])

Moral und Religion bilden neben dem allgemeinen Lobe der menschlichen Kultur den tieferen Gehalt der Dichtung. Ueber Staat und Gesellschaft gibt sie wenig. Von den vielen Fragen, die die Oeffentlichkeit beschäftigten, von äusserer und innerer Politik, Parlament und Parteien, von allen jenen

---

[1]) Vgl. W. Lee, a. a. O. 1 ff., 299.

[2]) Die Serious Reflections, heute wenig mehr gelesen, sind abgedruckt bei W. Hazlitt, The Works of Daniel De Foe. II. 1841.

[3]) Serious Reflections 57.

[4]) P. Hettner, Literaturgesch. des 18. Jahrhunderts, I., 5. Aufl., S. 281.

[5]) Serious Reflections 50.

Angelegenheiten, denen Defoe so oft seine streitbare Feder geliehen hat, schweigt er dieses Mal fast ganz. Sein Robinson ist ein ganz unpolitisches Buch, er ist darin das vollkommene Gegenstück zu Gullivers Reisen, der andern weltberühmten Dichtung dieser Epoche. In dieser sind es — wir werden noch mehr davon hören — die Tagesfragen, die, geistreich verspottet, den wahren Inhalt bilden. Im Robinson sind es die allgemeinen und ewigen Angelegenheiten der Menschheit, die nie veralten und heute noch dasselbe Interesse hervorrufen wie vor 200 Jahren. Auch was Robinson im zweiten Teil über die Zustände auf seiner Insel berichtet, wo nun Menschen sehr verschiedener Art, Engländer, Spanier und Wilde nebeneinander hausen, ist nur die einfache Fortführung der Gedanken des ersten Teils. Jene bilden zwar, weil es nicht anders sein kann, eine Art Staatswesen. Und Robinson, der als Herr der Insel sich das Recht auf alles nicht verteilte Land vorbehält, steht da wie der Inhaber einer Eigentümerkolonie, für die er sich das Besitzrecht unter englischer Oberherrschaft jeden Tag verbriefen lassen könnte. Aber von einer Kritik solcher Herrschaftsformen, wie die Welt sie kannte, liest man nichts. Hier wird niemand angegriffen, niemand konnte sich getroffen fühlen.

Der buchhändlerische Erfolg des Robinson war ein ungeahnt grosser. Die Erzählung, dass Defoe mit seinem Manuskript lange umhergeirrt sei, an vielen Türen vergeblich angeklopft habe, bis endlich W. Taylor im „Schiff“ in Paternoster Row die Schrift erworben habe, scheint zwar nachträgliche Erfindung zu sein. Aber sicherlich waren Autor und Verleger gleich überrascht durch den wunderbaren Erfolg. Die erste Auflage war schnell vergriffen, ein Neudruck folgte dem andern. Wenn wir dabei vernehmen, dass W. Taylor einen weit grösseren Gewinn davontrug als Defoe, so ist das eben nur die altgewohnte, traurige Geschichte so vieler Autoren berühmter Werke. Auch die gegen das Buch geschleuderten Angriffe, die nicht ohne Grund auf einige Unwahrscheinlichkeiten in der Erzählung den Finger legten, schadeten wenig. Ja, die erste Gegenschrift selbst belehrt uns am besten über die begeisterte Aufnahme von seiten des Publikums. Da ist, sagt sie, kein altes Mütterchen, das, wenn es das Geld nur auf-

bringen kann, neben anderen ehrwürdigen Büchern nicht auch den Robinson als wertvolles Vermächtnis seinen Nachkommen hinterlassen möchte.[1]) Das Ausland teilte die allgemeine Bewunderung. Zuerst erschien eine französische, dann eine deutsche Uebersetzung, und bald war der Robinson zum Gemeingut aller Nationen geworden, wo nur immer man Bücher zu schreiben und zu lesen pflegte. Ja, das vielbewunderte Vorbild wurde fleissig nachgeahmt, die Robinsonnaden erfüllten ein paar Jahrzehnte lang die Literaturen Europas. Keine der Nachahmungen kam dem Vorbilde gleich, und auch Defoe selbst hat ein solches Buch nicht wieder geschrieben. Er hat zwar in den nächsten Jahren noch eine Reihe anderer Romane verfasst, Duncan Campbell, die Memoiren eines Kavaliers, Glück und Unglück der berühmten Moll Flanders u. a. m.; alle sind voll von merkwürdigen Szenen und Figuren, alle wurden von den Zeitgenossen eifrig gelesen. Doch den Erfolg seines Robinson hatte keines von allen. Jene Schriften sind heute nur noch wenigen bekannt, und auch die ganze Literatur der Robinsonnaden ist mit eizelnen Ausnahmen fast vergessen. Robinson aber strahlt in ewiger Jugend, die anmutige Natürlichkeit der Schilderung bezaubert noch die Jungen wie die Alten. Und kein Geringerer als Rousseau ist es gewesen, der den ewigen Wert des Buches mit seiner reinen und klaren Gedankenwelt am nachdrücklichsten hervorhob, indem er für seinen Emile forderte, dass auf lange Zeit nur ein einziges Buch die ganze Bibliothek des Knaben ausmachen solle: Robinson Crusoe.[2])

---

[1]) Vergl. W. Lee, a. a. O. p. 298.

[2]) Vgl. Paul Hensel, Rousseau 1907, S. 76.

Viertes Kapitel.

# Der Sieg des Whiggismus in der Kirchenpolitik.

Auch im kirchlichen Leben[1]) der englischen Nation übte die Verwirrung in den Parteiverhältnissen ihre Wirkungen.

Im Jahre 1717 erhob sich die sogenannte Kontroverse von Bangor, die unter Geistlichen und Laien bedeutendes Aufsehen hervorrief. Benjamin Hoadly, ein freidenkender Geistlicher, der schon vor Jahren gegen passiven Gehorsam und *Nonresistance* gepredigt und sich als Gegner der hochkirchlichen Geistlichkeit einen Namen gemacht hatte, ward von Georg I. 1715 zum Bischof von Bangor erhoben. Doch handelte es sich dabei nur um eine Gunstbezeigung des Königs. Mit dem geistlichen Amte war es nicht allzu ernst gemeint. Hoadly hat seine Diözese niemals betreten. Er blieb in London und ward dort bald der Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit.

Hoadly schrieb 1716 ein Buch gegen die *Nonjurors* d. h. alle diejenigen, die, im Besitze eines geistlichen oder weltlichen Amtes, sich weigerten, dem Prätendenten abzuschwören. Weit mehr Aufsehen erregte aber eine Predigt, die er am 31. März 1717 vor dem Könige hielt und der er den Text des Johannes-Evangeliums 18, 36 zugrunde legte. Die Predigt ward gedruckt und brachte alle kirchlich Gesinnten um so mehr in

1) Vgl. im allgemeinen: C. J. Abbey and J. H. Overton, The English Church in the eighteenth Century. New ed. 1896; John Stoughton, History of Religion in England. vol. VI. The Church in the Georgian Era. New. ed 1881; F. W. Wilson, The Importance of the reign of Queen Anne in English Church History. 1911; H. S. Skeats, History of the Free Churches of England. With a continuation to 1891, by Ch. S. Miall. 1891.

Harnisch, da es hiess, der König selbst habe die Veröffentlichung befohlen.[1]) Ein gewaltiger Federkrieg, die „*Bangorian controversy*“ entbrannte. Im Laufe eines Monats sollen über 74 Streitschriften erschienen sein, und die Zahl wuchs bald noch weiter. Das ganze öffentliche Interesse wandte sich dem Streite der Geistlichen zu. Ein paar Tage lang, heisst es, kam das Geschäft in der City zum Stillstand, auf der Börse stockten die Abschlüsse und viele Läden wurden geschlossen.[2])

Wie kam es nun, dass eine theologische Kontroverse eine so allgemeine Erregung hervorzubringen vermochte? Das Wort Jesu: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“, Hoadly ruft es den Gläubigen in's Gedächtnis, um die Erwägung daran zu knüpfen, dass keine menschliche Autorität an die Stelle derjenigen des göttlichen Religionsstifters habe treten können. So besitzt denn auch die Kirche, sagt er, keine absolute Autorität. Der Ton liegt hier freilich nur auf dem Worte „absolut“, denn Hoadlys Gegner taten ihm Unrecht, wenn sie behaupteten, er habe jegliche Autorität der Kirche leugnen wollen. Immerhin schien seine Argumentation den Zweck zu haben, die Kirche, d. h. die Priesterschaft, ebenso auf ein menschliches Niveau herunterzudrücken, wie er es in seinen Schriften gegen das *jure divino*-Königtum in Bezug auf die Monarchie getan hatte. Er spricht der Geistlichkeit jede übernatürliche Kraft ab. Sie kann nicht Sünden vergeben, nicht Gnade spenden und nicht vom Heile ausschliessen. Denn was sie tut, ist Menschenwerk, aus menschlicher Einsicht geboren. Christus und die Apostel mögen jene höhere Gewalt besessen haben, aber auf ihre Nachfolger konnten sie sie nicht übertragen. Ganz konsequent hat Hoadly später auch das Abendmahl als eine einfache, dem Gedächtnisse Jesu gewidmete Kulthandlung bezeichnet, denn wer es anders versteht, müsse dem Priester die Fähigkeit zuschreiben, Wunder zu vollbringen.

Es waren Anschauungen, die geeignet waren, den Unterschied zwischen dem englischen und deutschen Protestantismus

[1]) „*qu'il avait publié par ordre exprès de Sa Majesté.*“ Bonet, 7./18. Mai 1717. G. St. A.

[2]) Vgl. Leslie Stephen, History of English Thought in the 18th Century. 2d ed. 1881. II, 156.

zu verwischen. Man schwankte, ob man darin mehr die Ideen der Latitudinarier, einer freieren Richtung innerhalb der Hochkirche, oder gar die der Deisten erkennen sollte. Natürlich griff auch Defoe zur Feder — und welche Ueberwindung würde es ihm gekostet haben, dieses Mal zu schweigen. Er nahm launig und verschmitzt die Maske und den Ton eines Quäkers an, der Hoadlys Predigt als die Verkündung der Wahrheit begrüsste und mit unschuldiger Miene den Bischof ermahnte, nun auch die Abzeichen seines geistlichen Amts abzulegen und in die Gemeinschaft derer einzutreten, zu deren Grundsätzen er sich bekannt habe. In der Tat war es völlig unerhört, dass ein Bischof der englischen Kirche, der dazu noch die Gunst des Königs genoss, so reden durfte. Wer so dachte wie Hoadly, dem musste die ganze Gesetzgebung gegen die Dissenter, ihre Ausschliessung von den öffentlichen Aemtern völlig sinnlos erscheinen. Das war bei ihm auch wirklich der Fall. Und so ward aus dem Streit um die Auslegung eines Bibelwortes ein Kampf um die alte Stellung der englischen Kirche und um das Vorrecht ihrer Anhänger im Staate.

Nun zog die offizielle Vertretung der anglikanischen Geistlichkeit die Sache vor ihr Forum. Das untere Haus der Konvokation begann eine Untersuchung, die nur mit einer Verurteilung des Bischofs von Bangor enden konnte. Damit wäre aber zugleich der kirchliche Standpunkt Georgs I. und seiner Regierung verurteilt worden. Eine Kommission von sechs Mitgliedern wurde eingesetzt, um über die inkriminierten Schriften Hoadlys einen Bericht zu erstatten. Er fiel so aus, wie man erwartet hatte. Von den beiden Schriften wurde gesagt, dass sie geeignet seien, jegliche Autorität und Zucht in der Kirche Christi zu untergraben und Sein Reich in Anarchie und Verwirrung zu stürzen. Auch seien sie darauf berechnet, die königliche Suprematie in kirchlichen Dingen ebenso zu erschüttern, wie das Recht der Legislative, in Sachen der Religion durch weltliche Satzungen Gehorsam zu erzwingen. Das untere Haus der Konvokation erhob diesen Bericht einstimmig zum Beschlusse. Aber als die Versammlung eben darüber verhandelte, ob man ihn nunmehr an das obere Haus weitergeben und die Mitwirkung der Bischöfe

zu erlangen suchen solle, da trat die Regierung plötzlich dazwischen.[1]) Die Konvokation wurde zunächst auf ein halbes Jahr, bis zum 19. November vertagt. Damit war das Verfahren jäh unterbrochen, der Einspruch der hochkirchlichen Geistlichkeit von höchster Stelle aus zum Schweigen gebracht worden. Ein Parlamentsmitglied spottete, hier sei gewiss ein kleiner Irrtum untergelaufen, der König werde seinen Ministern wohl befohlen haben, einen Teil der Armee aufzulösen, und da haben sie aus Versehen die Konvokation aufgelöst.

Für die Kirchengeschichte Englands ist dies ein bedeutsamer Wendepunkt. Bei der Prorogierung im Jahre 1717 hatte es nicht sein Bewenden. Die Konvokation wurde von Termin zu Termin immer aufs neue vertagt. In der Wirkung kam es einer Abschaffung gleich. Sie ist durch das ganze Zeitalter der George hindurch nie wieder zusammengetreten. Erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts nahm zuerst die Konvokation von Canterbury, etwas später auch die von York, ihren Platz im Leben der Kirche von England wieder ein.

Der tiefere Grund dieser Entwicklung liegt unzweifelhaft in der gesamten Richtung der Kirchenpolitik des whiggistischen Zeitalters. Die Bangor-Kontroverse gab nur den äusseren Anlass. Die Regierung Georgs I. war entschlossen, für ihre politischen Freunde, die Dissenter, etwas zu tun. Sie wusste aber, dass sie bei jeglicher Massregel zugunsten des Nonkonformismus auf den Widerstand der hochkirchlichen Geistlichkeit, wie sie vor allem in dem unteren Hause der Konvokation vertreten war, zu rechnen haben würde. Dieser Widerstand wurde durch die Beseitigung der Konvokation ein für allemal ausgeschaltet.

Es handelte sich also, da wir Hochkirche und Torypartei bekanntlich nebeneinander stellen dürfen, auch um

[1]) Der Hergang wird verschieden dargestellt, aber die ausführliche Erzählung Bonets (Bericht vom 14./25. Mai 1717, Geh. St.-Arch.) scheint die Sache völlig aufzuklären. Er schreibt: „. . . . *toute l'assemblée approuva unanimement ce rapport, mois quand il fut question de l'envoyer aux évêques, pour avoir leur concours, il leur vint un ordre du roi qui les prorogeait au 19e du mois de Novembre prochain, par où on a coupé court à toute la procédure, ce qui fait dire au Clergé que la Cour leur ôte le moyen de purger l'Eglise des erreurs que la corruption du siècle y introduit.*

CHELSEA PUBLIC LIBRARY

eine Kampfmassregel gegen die Tories. Da tritt nun bei keiner andern Gelegenheit die Gehässigkeit der Opposition, zu der sich die „unzufriedenen“ Whigs mit den Tories verbunden haben, deutlicher als hier in die Erscheinung. Bei den Commons ward durch Sir William Wyndham der Antrag gestellt, den Doktor Snape, einen Geistlichen, der als einer der ersten mit einer Gegenschrift gegen Hoadlys Predigt hervorgetreten war, an einem bestimmten Tage in der Kirche St. Margaret's, Westminster, vor dem Unterhause predigen zu lassen. Die Debatte, die sich darüber entspann,[1]) wirkte wie eine Verlegung der Kontroverse von Bangor in die Räume des Parlaments. Und dann sieht man auch sofort, dass man es nur mit einem kleinen Racheakt der Opposition zu tun hat. Denn anders war es nicht zu verstehen, wenn man neben dem torystischen Antragsteller auch die beiden Walpole, Robert und seinen Bruder Horatio, auf der hochkirchlichen Seite streiten sieht. Der Antrag wurde wirklich zum Beschlusse erhoben und damit der Regierung eine jener Schlappen beigebracht, wie sie ihr, bei der bestehenden Gruppierung der Parteien, jetzt täglich drohten. Dr. Snape hielt seine Predigt, in der er sich doch noch einer gewissen Mässigung befleissigte. Als die Feier vorüber war, benutzte Wyndham noch die Gelegenheit einer von seiten der Regierungsanhänger schwach besuchten Unterhaussitzung, um einen Beschluss der Commons herbeizuführen, der Wyndham und Shippen beauftragte, dem Dr. Snape den Dank des Hauses auszusprechen, zugleich mit dem Wunsche, er möge seine Predigt drucken lassen.[2])

Die Lage Georgs I. war nicht leicht.[3]) Nach dem Gesetz musste er selbst der Kirche von England angehören. Sie zu schützen hatte er in seinem Krönungseide feierlich gelobt. Und als ihm Graf Nottingham, der zu den Whigs übergetretene Tory, empfohlen hatte, in seiner Kirchenpolitik zunächst noch den Standpunkt der Tories festzuhalten, da hatte der König zustimmend erklärt, so solle es sein, die Kirche dürfe

[1]) Parl. Hist. 7, 452.

[2]) Mémoires du Règne de George I. 1729. II, 393.

[3]) Eine sehr lehrreiche und ausführliche Darstellung der kirchlichen Verhältnisse gibt der Bericht Bonets vom 5./16. April 1717. G. St. A.

nichts zu fürchten haben.[1]) Das Misstrauen, mit dem die Anglikaner seine Haltung in kirchlichen Fragen beobachteten, sorgte dafür, dass er jenes Versprechen nicht vergass.

Auf der andern Seite durften die Nonkonformisten wohl auf die Dankbarkeit Georgs I. rechnen, wegen ihrer treuen Anhänglichkeit an die protestantische Sukzession. Und sie wurden nicht müde, in ihren Schriften immer wieder dem König diese Dankesschuld in Erinnerung zu bringen.[2]) Ihnen gegenüber konnte er unmöglich nur den starren Anglikaner spielen. Ja, hätte er es auch tun wollen, so liessen sich doch in der Praxis die Gesetze gegen die Dissenter schwer durchführen. Man konnte sie schlechthin von den Aemtern nicht völlig ausschliessen. Dafür war schon ihre Zahl viel zu gross. Ein zeitgenössischer Schriftsteller meint, für die Jahre 1715 und 1716 nicht weniger als 1150 freie Kirchen in England und Wales berechnen zu dürfen, aber diese Liste gilt noch als unvollständig.[3]) Ein moderner Autor schätzt sie auf 1500. Unter den mit nonkonformistischer Bevölkerung stark durchsetzten Grafschaften steht in jener Liste Middlesex mit London natürlich an erster Stelle, obwohl dabei die mehr als 50 presbyterianischen Gotteshäuser noch nicht mitgezählt sind. Auch die Quäker, die allein in Yorkshire 80 Kirchen besitzen, sind in jener Aufstellung nicht berücksichtigt. Hätte man sich streng an die Gesetze halten, die Dissenter von allen Aemtern ausschliessen wollen, so gab es Grafschaften, in denen man

---

[1]) Weisung an Bothmer. 25. Sept. 1714. Hann. Arch.

[2]) Hier ein paar derartige Stellen: *Of all those who have been try'd in our several Courts of Judicature for promoting Riots and Tumults, Demolishing Meeting-Houses, Cursing King George and his Administration, Drinking the Pretender's Health, Inlisting Men for his Service, and providing Arms for the bringing him in, can you mention one that belonged to a Dissenting Congregation?* (Lay-Nonconformity justified, in a Dialogue between a Gentlemen of the Town in Communion with the Church of England, and his Dissenting Friend in the Country. The third. Edition. London 1716. 51.) . . . *and upon the whole, your Lordship cannot fail concluding with me, that the Dissenters have highly merited of the Protestant Interest and of our Protestant King.* (The State Anatomy of Great Britain. The seventh edition. London. [erschien 1717. Verfasser ist der uns wohlbekannte John Toland]).

[3]) Vgl. Skeats, History of the Free Churches of England, With a continuation to 1891, by Ch. S. Miall. 1891. 225.

gezwungen gewesen wäre, die Stellen der Sheriffs, der Friedensrichter, der Bürgermeister, der Offiziere der Miliz und alle übrigen, von denen die Erhaltung des öffentlichen Friedens abhing, unzuverlässigen Elementen, gelegentlich gar unzweifelhaften Anhängern des Prätendenten, zu übertragen.[1])

Die Forderungen der Nonkonformisten bezogen sich übrigens kaum mehr auf ihre kirchlichen Rechte. Seit Jahrzehnten durften sie ihren Gottesdienst frei abhalten. 1714 hatte auch Georg I., als er zum ersten Mal im Privy Conncil erschien und von der gesetzlich begründeten Stellung der Kirchen von England und Schottland sprach, die er schützen wolle, sogleich auch der Toleranz Erwähnung getan, „auf die auch die protestantischen Dissenter einen gesetzlichen Anspruch besässen".[2]) Presbyterianer und Independenten, Baptisten und Quäker waren gleich unbehindert in der Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse.

Aber nun wollten sie auch im bürgerlichen Leben nicht mehr hinter den Anglikanern zurückstehen. Natürlich forderten sie grundsätzlich die Aufhebung der Testakte von 1673, die jedem Beamten das Bekenntnis der Zugehörigkeit zur Staatskirche auferlegte. Aber sie wussten wohl, dass sie mit dieser extremen Forderung nicht durchdringen würden. Die Testakte brauchten sie freilich nicht allzu tragisch zu nehmen, da sie alsbald durch die bekannte Praxis der gelegentlichen Konformität umgangen worden war. Man brauchte nur, wie das Gesetz es verlangte, einmal, nämlich vor dem Eintritt in das Amt, das Abendmahl nach anglikanischem Ritus zu empfangen, und konnte sich dann wieder ungehindert zu der ausserhalb der Staatskirche stehenden Gemeinschaft halten, der man zuvor angehört hatte. Da nun aber diese Praxis durch die 1711 beschlossene Akte gegen die gelegentliche Konformität ausdrücklich verboten worden war, so waren die Wünsche der Dissenter besonders auf die Widerrufung dieser Akte gerichtet. Und ebenso dringend forderten sie auch die Beseitigung der noch in der allerletzten Zeit der Königin Anna beschlossenen Schisma-Akte. Diese war freilich gar nicht mehr ins Leben getreten, aber schon um ihrer gehässigen

[1]) Bonet, 5./16. April 1717. G. St. A.

[2]) Parl. Hist. 7, 18.

Absicht willen wünschte man sie aufgehoben zu sehen. Sie verbot nämlich allen Nonkonformisten, Schulen zu halten und Unterricht zu erteilen, ausgenommen denjenigen im Lesen und Schreiben des Englischen. Es war das letzte Wort der Tory-Regierung gewesen, die damit die gesamte britische Jugend dem Anglikanismus zu gewinnen trachtete.

So war die Frage längst eine brennende geworden. Noch zu Lebzeiten der Königin Anna hatten die Dissenter, erschreckt durch die beiden Gesetze von 1711 und 1714, eine Deputation nach Hannover geschickt, um dem Thronfolger ihre Not zu klagen. Er sollte wissen, dass sie jetzt alles ruhig ertragen würden, wenn sie nur von ihm einst eine Besserung ihrer Lage zu erwarten hätten. Der Kurfürst versprach und der König hatte seither oft genug die Zusage wiederholt, jene harten Gesetze widerrufen zu lassen. Doch immer wieder hatte man die Dissenter auf günstigere Zeiten vertröstet.[1])

Unterdessen war unter ihnen selbst eine lebhafte Agitation entstanden, um die Aufhebung der dissenterfeindlichen Gesetzgebung, besonders der gelegentlichen Konformitäts- und der Schisma-Akte zu bewirken. 1715 erschien „*The case of the Protestant Dissenters in England fairly stated*", ein Pamphlet, welches die Beseitigung jener Akten ebenso im Interesse des Hauses Hannover wie der Dissenter selbst forderte. Eine Reihe weiterer Schriften von ähnlichem Inhalt folgte in den nächsten Jahren. [2]) 1717 ward auch die Einbringung einer Bill zur Widerrufung jener beiden Gesetze eifrig erörtert. Man wollte sich nicht länger auf zukünftige Zeiten vertrösten lassen. Am 26. März fand im Wirtshaus zur Rose bei Temple Bar eine Versammlung statt, die von mehr als 200 Mitgliedern des Unterhauses besucht war, um über eine solche Bill zu beraten. [3]) Lord Molesworth, Richard Steele und andere

[1]) Bonet, $\frac{26.\ \text{Dez. } 1718}{6.\ \text{Jan. } 1719}$ G. St. A.

[2]) Vgl. H. S. Skeats, History of the Free Churches of England. With a continuation by Ch. S. Miall. 1891. 227.

[3]) Tindal (Rapin, History of England, continued) IV, II. 1747, 524[1]).

erklärten, jene Gesetze seien gegen die Dissenter nur wegen ihres Eifers für die protestantische Sukzession erlassen worden. Darum müsse der König doch mit ihrer Abschaffung einverstanden sein. Nun war es aber gerade die Zeit, da durch die Spaltung der Whig-Partei das Ansehen der Regierung im Parlament sehr geschwächt war. Mr. Tufnel, der die Stimmung der leitenden Kreise kannte, empfahl, die Sache bis zu einem günstigeren Zeitpunkt zu verschieben. Zuletzt beschloss man, sich noch weiter zu informieren. Wir hören von einer neuen Versammlung im April 1717[1]) wir hören auch von günstigen Aeusserungen der Minister; sogar 6 oder 7 Bischöfe — sicherlich war auch Hoadly unter ihnen — erklärten, sie würden nicht gegen den Widerruf stimmen. Die Einbringung einer Bill galt schon als beschlossene Sache.

Dennoch erfolgte sie zunächst noch nicht. Gewiss liess schon die oben geschilderte „Bangor-Kontroverse", die während dieser Monate die Gemüter so sehr erhitzte, es der Regierung untunlich erscheinen, gerade jetzt eine kirchenpolitische Vorlage vor das Parlament zu bringen. Zugleich[2]) setzte nun aber auch eine Agitation der anglikanisch Gesinnten ein. Beim Erzbischof von Canterbury versammelten sich 21 Bischöfe und entsandten einen aus ihrer Mitte, den von Carlisle, zum Könige. Vor diesem musste er in ehrerbietigster Sprache die Erklärung abgeben, sie alle würden sich einmütig einer Bill widersetzen, welche die Sicherheit der anglikanischen Kirche bedrohte. Nun blieben freilich auch die Minister nicht müssig. Sie versuchten, und es gelang ihnen auch wohl, einige dieser Bischöfe auf ihre Seite zu bringen. Und ferner, als im Oktober 1717 der Kurprinz von Sachsen, dem Beispiel seines Vaters, des Polenkönigs August folgend, zur katholischen Kirche übertrat, da lag hierin ein neuer Ansporn für die Durchführung ihrer Absicht. Denn die ganze protestantische Welt war schwer beunruhigt. Der preussische Resident Bonet erschien bei den englischen Ministern, um auf die drohende Gefahr

---

[1]) Bonet. 5./16. April 1717. G. St. A.

[2]) Das folgende besonders nach Bonets Berichten. Dazu kommen diejenigen von Hoffmann; Parl. Hist. 7, 502—4; Tindal IV, II. (1747) 552; Portland Mss. V, 541; Stuart Papers V, 258.

aufmerksam zu machen. Es war wie eine neue Mahnung zur Einigkeit aller Protestanten. Nur beim englischen Volke mit seinem geringen Verständnis für kontinentale Angelegenheiten blieb dieses Argument ohne alle Wirkung.

Immerhin wagte man es, schon bei der Eröffnung der neuen Session am 21. November a. St. 1717 einen Passus in die Thronrede zu bringen, der von den heimlichen Umtrieben sprach, durch welche die Gegner des Protestantismus diesen im In- und Auslande zu untergraben und zu schwächen versuchten. In solcher Zeit müssten alle Freunde der Kirche zusammenstehen, „um das protestantische Interesse zu stärken". Die Kirche von England werde, so fügte man, die Anglikaner beruhigend, hinzu, ohnehin den grössten Gewinn von solchem einmütigen Zusammenhalten davon tragen. Die „Stärkung des protestantischen Interesses" aber blieb von nun an die stolze Formel, mit der man das dissenterfreundliche System der Regierung bezeichnete. Es klingt wie eine Erinnerung an Cromwells protestantische Politik. Um dem draussen in der Welt bedrohten Protestantismus eine Stütze bieten zu können, sollen Anglikaner und Nonkonformisten sich auf ihren gemeinsamen religiösen Standpunkt besinnen, sollen sich unter dem Zeichen des Protestantismus zusammenfinden. Aber die Zeiten des Protektors kehrten nicht wieder, und seine Politik war nicht diejenige Georgs I.

Schon der Verlauf der Adressdebatten brachte den Ministern eine Enttäuschung. Im Oberhause ging es noch glimpflich ab, indem man hier die Absicht der Regierung, das protestantische Interesse zu stärken, freundlich begrüsste und nur durch den kleinen Zusatz „so weit es eben möglich sei (*as far as may be*)" ein leises Bedenken äusserte. Bei den Commons aber sah die Regierung sich der gemeinsamen Opposition der Tories und der „unzufriedenen Whigs" gegenüber. Robert Walpole und seine Genossen vergassen ihre whiggistische Vergangenheit soweit, dass sie der Sache der Dissenter ihre Unterstützung völlig versagten. Als der Tory Shippen den Antrag stellte, die Dankadresse des Unterhauses solle zwar der Stärkung des protestantischen Interesses gedenken, aber mit dem Zusatze „soweit die in Kraft befindlichen Gesetze es gestatten", ward dieser Antrag auch von

Walpole unterstützt. In so kleinen Wendungen, über die der unkundige Leser leicht hinwegeilt, wird Sinn und Umfang der wichtigsten gesetzgeberischen Entscheidungen umstritten und festgelegt. Dieses Mal ward der verfängliche Zusatz zwar abgelehnt, er liess aber die künftigen Schwierigkeiten ahnen, die der dissenterfreundlichen Politik der Regierung drohten. Die Tories riefen ihre säumigen Parteigenossen eiligst aus dem Lande herbei. Ein schwerer Kampf schien bevorzustehen. Aengstliche Leute erklärten, die Krone des Königs hänge an einem Haar. Den Plan der Minister ausführen, schrieb der besonnene Bonet, hiesse die Fackel der Zwietracht in das Land werfen.

So liess man den Plan fallen. Abermals wurden die Dissenter auf die Zukunft vertröstet. Es war nach der pomphaften Ankündigung eine beschämende Niederlage der Regierung und ein Triumph der Opposition. Jetzt ruhte die Frage ein Jahr lang. Innerhalb dieser Zeit waren es die grossen Weltereignisse, die eine Aenderung der Lage herbeiführten. Die Quadrupel-Allianz war geschlossen, die Seeschlacht am Cap Passaro geschlagen worden. Das Ansehen der Regierung war auf einmal mächtig gestiegen, jetzt fühlte sie sich stark genug, um endlich ihr altes Versprechen einzulösen,[1]) um auch gegen Tories und „unzufriedene" Whigs die Aufhebung der Gesetze von 1771 und 1714 im Parlamente durchbringen zu können. Es ist einer der Fälle, wo der Einfluss der auswärtigen auf die innere Politik recht in die Augen springt. Vor wenigen Monaten noch hatte man die Dissenter mit entfernten Aussichten hingehalten. Da war in den Gewässern Siziliens auch die Entscheidung gefallen über das Schicksal des englischen Nonkonformismus.

---

Es war am 13. Dezember a. St. 1718, als, Vielen unerwartet, Lord Stanhope im Unterhause eine Bill einbrachte, welche die Aufhebung der gelegentlichen Konformitätsakte und der Schisma-Akte bezweckte.[2]) Der für den Entwurf gewählte Name, „eine

---

[1]) Bonet $\frac{27.\ \text{Dez. } 1718}{6.\ \text{Jan. } 1719}$ G. St. A.

[2]) Die Berichterstattung der Parl. History wird hier durch die Berichte Bonets und Hoffmanns vielfach ergänzt.

Akte zur Stärkung des protestantischen Interesses in diesem Königreiche", wiederholte nur die in der Thronrede des Vorjahres gebrauchte Formel. Das protestantische Interesse war gleichsam als ein Höheres über die Kirche von England gestellt und diese selbst dabei nicht erwähnt.

Als die Bill einmal verlesen und die zweite Lesung von Stanhope beantragt war, erhob sich sofort eine lebhafte Debatte. Der Herzog von Devonshire, von der Gruppe der „unzufriedenen Whigs", tadelte es, dass eine Bill von solcher Bedeutung ohne vorherige Benachrichtigung des Hauses eingebracht werde. Stanhope replizierte mit grosser Schlagfertigkeit, dass Devonshire selbst es mit einer noch wichtigeren Vorlage — er meinte die Septennial Bill — vor zwei Jahren nicht anders gemacht habe. Graf Nottingham, der Urheber des Gesetzes gegen die gelegentliche Konformität, spottete, die Kirche von England sei wahrhaftig die glücklichste Kirche der Welt, da sie von den grössten Widersprüchen nur Nutzen ziehe. Vor wenigen Jahren habe man ein Gesetz gemacht zur Erhaltung der protestantischen Religion und zur Sicherung der Kirche von England. Jetzt wolle man wiederum zu ihrer Sicherung dasselbe Gesetz widerrufen. Der Schotte Graf Ilay meinte, in dem Gesetzentwurf eine Verletzung der Union mit Schottland erblicken zu müssen. So wie man sich heute über die Rechte der einen Landeskirche hinwegsetzen wolle, so könne es morgen mit der andern geschehen. Die Gegner der Regierung versuchten die zweite Lesung bis zu einem späten Termin hinauszuschieben. Die Hofpartei wünschte das Gegenteil, und man einigte sich endlich dahin, die zweite Lesung am 18. Dezember a. St., also nach fünf Tagen, vorzunehmen.

Als an diesem 18. die zweite Lesung erfolgt war und man eben über einen Antrag debattierte, die Bill an einen Ausschuss des ganzen Hauses zu überweisen, machte der Earl Cholmondely den Vorschlag, man solle doch, ehe man weiter gehe, erst einmal die Meinung jener ehrwürdigen Bank hören, und dabei wies er auf die Plätze, wo die Bischöfe sassen. Der Aufforderung wurde sogleich Folge geleistet. Die hohe Geistlichkeit hatte das Wort. Einer nach dem andern erhob sich. Es muss eine eindrucksvolle Szene gewesen sein, wie man stundenlang die Meinungen der Prälaten

über die grosse Frage der Kirchenpolitik vernahm. Zuerst redeten die beiden Erzbischöfe. Beide sprachen sich in harten Worten gegen die Vorlage aus. Der von Canterbury erklärte, jene Gesetze, die hier widerrufen werden sollten, seien das stärkste Bollwerk der Kirche. Und bei aller Sympathie für die Wohlgesinnten unter den Dissentern finde er doch, dass manche von ihnen von der Toleranz, die sie genössen, einen üblen Gebrauch machten. Der Erzbischof von York war in seinen Ausdrücken noch schärfer. Er nannte die Dissenter die offenen und erklärten Feinde der Kirche. Es würde gefährlich sein, ihnen irgendwelche Macht in die Hand zu geben.

So die Erzbischöfe. Unter den Bischöfen aber waren die Meinungen geteilt. Benjamin Hoadly, der Bischof von Bangor, dessen Name seit dem Vorjahre in aller Munde war, trat mit grosser Wärme für die Bill ein. Er habe immer darnach gestrebt, die Dissenter zur Kirche herüberzuziehen, und er habe gefunden, dass man dabei mit Güte am meisten erreiche. Die beiden Akten aber, die es abzuschaffen gelte, seien Kampfgesetze. Er verurteilte die ganze Politik, die darin bestehe, die Befähigung zu bürgerlichen oder militärischen Aemtern von einer Prüfung der Rechtgläubigkeit abhängig zu machen. Das heisse, die Menschen an ihren natürlichen Rechten verkürzen. Wer hier von Selbstverteidigung in religiösen Sachen rede, der müsse auch die Christenverfolgungen in heidnischer Zeit und sogar das Walten der päpstlichen Inquisition ganz in der Ordnung finden. Es war eine so scharfe Formulierung des Toleranzgedankens, wie man sie von Hoadly nicht anders erwarten konnte. Und wir meinen einen Hauch vom Geiste der Aufklärung zu verspüren, wenn wir den Hinweis auf das natürliche Recht vernehmen. Auf der Seite der Opposition stand Francis Atterbury, der Bischof von Rochester, einer der Führer der Jakobiten, und nachmals der Held und Märtyrer eines grossen Stuartischen Komplotts. Die schottischen Peers rief er auf, dass sie doch dieser Bill, die ebenso die Kirche von Schottland wie diejenige von England bedrohe, entgegentreten möchten.

Wir besitzen Aufzeichnungen über die Reden von acht Bischöfen, von denen sich vier zugunsten der Bill, vier da-

gegen aussprachen. Wohl mag es zutreffen, dass bei den ersteren der Wunsch mitsprach, es mit der Regierung nicht zu verderben, bei manchem vielleicht auch die Hoffnung auf Beförderung oder sonstige Vorteile. Von dem Bischof von Lincoln wird erzählt,[1]) ein reicher kinderloser Oheim habe gedroht, ihn zu enterben, wenn er nicht für die Dissenter eintrete. Immerhin war das eigentliche Ergebnis dieser merkwürdigen Debatte der Eindruck, dass unter der hohen Geistlichkeit selbst eine Meinungsverschiedenheit über die schwebende Frage bestehe. Man konnte kaum mehr behaupten, dass der Kirche von einem Gesetze Gefahr drohe, wenn vier Bischöfe sich mit diesem Gesetze einverstanden erklärten.

Noch eine merkwürdige Rede soll an diesem Tage gehalten worden sein. Lord Lansdowne, einer der zwölf Tories, die durch den berühmten Pairsschub von 1711 ins Oberhaus versetzt waren, übrigens mehr Dichter als Politiker, hat eine mächtige Philippika gegen die Dissenter veröffentlicht, die zwar mit ihrer ausgefeilten Rhetorik, mit ihren scharf zugespitzten Pointen, so, wie man sie heute liest, kaum gesprochen sein wird, aber doch als feiner schriftstellerischer Ausdruck des dissenterfeindlichen Standpunktes zu gelten hat.[2]) „Ich habe immer geglaubt," heisst es, „die Toleranz sei zur Schonung zarter Gewissen da, aber nicht, um einen Freibrief abzugeben für verhärtete Gemüter." An der Akte gegen die gelegentliche Konformität will er festhalten, denn sie wendet sich lediglich gegen diejenigen Dissenter, die beim Mahl des Herrn nur erscheinen wie Judas, um ihn zu verraten. Er will nichts hören von der Lobpreisung der Dissenter, denn sie sind ihm schlechthin die Träger der Rebellion. „Wer von uns könnte nicht einen Ahnen nennen, der von ihnen beraubt oder ermordet ist? Wer hat das Haus der Lords beseitigt? Die Dissenter. Wer hat das Bistum abgeschafft? Die

[1]) Portland, Mss. VII, 247.

[2]) Sie ist als Pamphlet erschienen unter dem Titel: The genuine Speech of the Lord L—ne against Repealing the Occasional and Schism Bills, London, 1719, und ist mit dem vollen Wortlaut auch von der Parliamentary History aufgenommen. Doch glaube ich nicht, dass sie so gehalten wurde. Schon der darin enthaltene schwere Angriff gegen einen der Bischöfe scheint diese Annahme auszuschliessen.

Dissenter. Wer hat die Freiheit des Parlaments zerstört und eine Regierung durch stehende Armeen eingeführt? Die Dissenter. Wer hat seine Hände in das Blut des königlichen Märtyrers getaucht? Die Dissenter. Haben sie jemals Reue gezeigt? Nein: sie rühmen sich noch ihrer Bosheit bis auf diesen Tag.“ Mit den protestantischen Dissentern verglichen gibt er entschieden den Katholiken den Vorzug. Und sind es nicht gerade die katholischen Mächte, ja die verfolgungswütigsten unter allen Papisten, Frankreich, Savoyen, der Kaiser, die zur Zeit die Stützen der protestantischen Sukzession in Grossbritannien sind? Sagen uns nicht die Minister, dass jene tödlichen Feinde unserer Seelen in der andern Welt die einzigen Bürgen unseres Heils in dieser sind? Und sehr geistreich nennt er dann die protestantischen Holländer, die mit dem Anschluss an die Quadrupel-Allianz noch zögern, die Dissenter in der grossen Politik. Vielleicht werden sie sich eines Tages auch nur mit gelegentlicher Konformität zum Bunde der vier Mächte bekennen.

Nach diesem Tage, der den Bischöfen gehörte, war der Ausgang der Verhandlungen im Oberhause nicht mehr zweifelhaft. Immerhin haben noch heftige Redekämpfe stattgefunden, die wir freilich bei der Dürftigkeit der Ueberlieferung mehr erraten müssen, als wir sie im einzelnen schildern können. Zwischen Sunderland und Cowper, dem ehemaligen Lordkanzler, fielen beleidigende Worte. Heftig ward um eine Klausel gestritten, die den weitestgehenden Teil der Vorlage bildete. Der Zweck dieser Klausel bestand darin, den Dissentern die peinliche Zeremonie der einmaligen Kommunion nach anglikanischem Ritus, völlig zu ersparen. Die Klausel besagte, dass, wenn „der anglikanische Geistliche sich weigere, einem Dissenter das Abendmahl zu erteilen, und diese Weigerung durch zwei Zeugen beglaubigt sei, so solle damit der Pflicht des Kommunizierens genügt und der Mann zur Uebernahme des Amtes befähigt sein. Es wäre also nur darauf angekommen, in jedem einzelnen Falle den Geistlichen zu bestimmen, die Erteilung des Abendmahles zu verweigern. Die Einfügung dieser Klausel wäre fast einer Aufhebung der Testakte gleichgekommen. Cowper war es, wenn wir recht berichtet sind, der sie zu Falle brachte.

Und noch eine weitere merkwürdige Episode trug sich zu. Graf Nottingham beantragte, man solle dem Gesetze wenigstens noch die Forderung hinzufügen, dass niemand ein Amt übernehmen dürfe, der nicht zuvor das Glaubensbekenntnis niedergeschrieben und sich insbesondere zur Gottheit Christi bekannt habe. Er wollte damit dem Wachstum des Socinianismus, der viele Anhänger zählte, entgegentreten. Der Antrag schien um so zeitgemässer, da gewisse Vorgänge, die sich kürzlich in Exeter abgespielt hatten, in aller Munde waren. Dort hatte ein Prediger von der Kanzel herab die Gottheit Christi geleugnet. Dann war in einer Versammlung förmlich darüber abgestimmt worden, ob dieses Dogma beizubehalten sei oder nicht. 16 Stimmen waren gegen, 32 Stimmen für die Gottheit Christi abgegeben worden. Nottinghams Antrag ward im Oberhause sehr ernst genommen und natürlich von allen Gegnern der Bill lebhaft unterstützt. Aber auch eine Reihe anderer fanden dieses Bekenntnis zum positiven Christentum unentbehrlich, wo es sich um die Qualifikation, um ein Amt handle. Der Antrag wurde endlich mit der knappen Majorität von vier Stimmen abgelehnt. Die Bill selbst wurde bei den Lords mit 55 gegen 33 Stimmen angenommen. Viel Aufsehen machte es, dass dieses Mal der Prinz von Wales sich nicht, wie er sonst pflegte, vor der Abstimmung zurückzog, um es seinen Freunden zu überlassen, gegen die Vorlage zu stimmen, sondern persönlich gegen die Regierung seine Stimme abgab. Offenbar war es ihm ebenso darum zu tun, seinen Eifer für die Staatskirche wie seine Missbilligung der Kirchenpolitik seines Vaters vor aller Welt zu beweisen. Natürlich sah man darin auch einen Versuch, die Tories zu gewinnen.

Im Unterhause fiel die Entscheidung über die Bill am 7. Januar a. St. 1719. Eine fast neunstündige Debatte, eine dichte Schar von Rednern für und wider die Vorlage. Aber von ihren Reden wissen wir leider nicht viel. Die Dürftigkeit des überlieferten Berichts wird damit entschuldigt, dass an diesem Tage fast keine Zuhörer hereingelassen wurden. Nur der Prinz von Wales und ein paar Edelleute waren anwesend. Dass die Tories, als die Partei der Hochkirche, geschlossen gegen die Vorlage auftraten, verstand sich von selbst. Thomas Hanmer, der Sprecher des Unterhauses aus der letzten Zeit

der Königin Anna, William Shippen, der bekannte Jakobit, und andere Parteigenossen zeichneten sich besonders aus. Aber wie so oft in diesen Jahren, so geschah es auch dieses Mal, Robert Walpole, der Whig, ging viel schärfer mit der Regierung ins Gericht, als irgendeiner der Tories es zu tun wagte. Mit seiner immer siegreichen Dialektik wusste er auch über den Widerspruch, dass er, der ehedem ein Gegner der Akte gegen die gelegentliche Konformität gewesen, sich jetzt gleichwohl gegen ihre Widerrufung erklärte, glücklich hinwegzukommen. Damals, sagte er, habe er die Bill für das Vorspiel einer Gesetzgebung gehalten, die mit der ganzen Toleranz aufräumen solle. Das habe er ebensowenig zulassen wollen, wie die jetzt geplante Umgehung der Testakte. Denn darauf sei es ja doch abgesehen. Die Klausel, die solches ausdrücklich besagte, sei zwar fallen gelassen, aber die Absicht auch so noch deutlich genug. Damit werde aber eine schwere Beunruhigung der Nation herbeigeführt, sie müsse glauben, dass man wieder in jene Politik einlenke, die einst den Sturz Jakobs II. zur Folge hatte. Mit anderen Worten, Walpole scheint gleich wie ein echter Tory das drohende „Church in Danger“ der Regierung ins Gesicht schleudern, er scheint dem Parlamente warnend zurufen zu wollen: Ihr wisst wohl nicht, dass ihr auf dem besten Wege seid, die Kirche von England zu ruinieren. Dann folgten gehässige Anspielungen auf den älteren Lord Sunderland, den Vater des gegenwärtigen Ministers. Man möge sich doch erinnern, wie einst ein edler Lord im Rate jenes Königs (Jakobs II.) die Entscheidung gegeben und ihn damit zugrunde gerichtet habe, um sodann dem Nachfolger, König Wilhelm, seine Treulosigkeit noch als ein Verdienst hinzustellen und also wieder der erste Mann im Staate zu werden. Mit hämischem Spotte fügte Walpole hinzu, natürlich liege es ihm völlig fern, einen Vergleich mit den Verhältnissen und den handelnden Personen der Gegenwart ziehen zu wollen. Zum Schlusse verschonte er sogar den König so wenig wie den Minister. Zugleich war es wie eine Huldigung vor dem Prinzen von Wales, vielleicht mit einer leichten Verbeugung gegen die Loge hin gesprochen, in der der Thronfolger sass, wenn Walpole erklärte, sein einziger Trost, falls diese Bill wirklich Gesetz werden sollte, bestehe darin, dass ein Erbe der

Krone da sei, der gezeigt habe, dass der Hass gegen die anglikanische Kirche in der königlichen Familie nicht erblich sei.

Einen so masslosen Angriff hätte kein anderer gewagt, und jeder andere hätte ihn mit der Verhängung schwerer Strafen von seiten des Hauses selbst zu büssen gehabt. Er verdiente in den Tower gesandt, ja von den Commons förmlich ausgeschlossen zu werden, schreibt ein Diplomat.[1]) Aber nicht einmal die nächsten Freunde der Regierung wagten es, gegen den gefährlichen Mann solches zu beantragen. Und im Grunde diente sein Auftreten auch nur dazu, vor aller Welt die Gehässigkeit seiner Opposition darzutun. Er soll sie in späteren Jahren bereut haben.[2]) Und doch mag seine bei dieser Gelegenheit bewiesene anglikanische Gesinnung wohl dazu beigetragen haben, nachmals, in der Zeit seiner Herrschaft über England, seine Stellung zur Staatskirche zu erleichtern und die Bischöfe zu treuen Anhängern der Krone und des Ministeriums zu machen.

An dem Schicksal der Bill „zur Stärkung des protestantischen Interesses" vermochte übrigens auch Walpole nichts zu ändern. Sie ward an diesem 7. Januar a. St. 1719 mit einer Majorität von 41 Stimmen, 243 gegen 202, im Unterhause angenommen. Eine grosse Entscheidung war gefallen, die schwersten Kampfgesetze aus der Zeit der hochkirchlichen Reaktion waren weggeräumt worden. Wohl erklärten die Dissenter sich mit diesem Erfolge noch nicht zufrieden, sie begehrten die Beseitigung der Testakte, die volle politische Gleichberechtigung mit den Anglikanern.[3]) Umsonst: nur dem, der einmal das Abendmahl nach anglikanischem Ritus empfangen hatte, sollte der Zugang zu den Staatsämtern geöffnet, von einer förmlichen Aufhebung der Testakte aber nicht die Rede sein. Schon darum war es natürlich, dass auch der Streit zwischen Hochkirchlichen und Nonkonformisten zwar viel von seiner Schärfe verlor, aber keineswegs völlig verstummte. Noch im selben Jahre 1719, als die Kampfgesetze

[1]) Hoffmann, 20. Jan. 1719. W. St. A.

[2]) Belsham, Denkwürdigkeiten der Könige von Grossbritannien aus dem Hause Braunschweig-Lüneburg. Deutsch. 1795. I, 282.

[3]) Bonet, 20./31. Jan. 1719/20.

soeben gefallen waren, erschien unter dem Titel „The independent Whig“ eine Flugschrift, deren zwei Verfasser, Gordon und Trenchard, von neuem in heftigster Weise gegen Staatskirche und Priestertum loszogen, dazu auch wahllos über alle politischen Entscheidungen der letzten zwanzig Jahre, über alle Souveräne und alle Ministerien seit der Zeit Wilhelms III. die Schale ihres Zornes ausgossen.[1]) Die Schrift blieb nicht unerwidert. Ihr Erfolg war aber offenbar sehr bedeutend gewesen, denn er ermutigte die Verfasser, auf dem beschrittenen Wege fortzuwandeln und unter dem so rasch populär gewordenen Namen des unabhängigen Whig eine Wochenschrift herauszugeben, die den Kampf gegen die bischöfliche Kirche systematisch führen sollte. Neue Gedanken wird man freilich bei der Durchsicht dieser Blätter vergeblich suchen. Sie wollen die Schönheit des Christentums zur Anschauung bringen, indem sie die widerwärtigen Kniffe priesterlicher Schlauheit enthüllen, durch die von jeher alle Religion gefälscht worden sei. Sie wollen zeigen, welch' ein Babel von den Geistlichen errichtet sei auf den echten von Christus und seinen Aposteln gelegten Fundamenten.[2]) Die ordinierte Geistlichkeit, heisst es, ist zur Anleitung der Gläubigen überhaupt gänzlich ungeeignet. Ein jeder religiös denkende und mit Verstand begabte Mann ist berechtigt, auch ohne den bischöflichen Konsens ein Hirte zu sein im Sinne des Schriftworts.[3]) Liest man ferner, wie hier Glaube und Moral, Religion und Tugend nebeneinander gestellt werden, Moral und Tugend aber als die höheren, selbständigen Werte,[4]) so sieht man deutlich, wie das Dissentertum sich jetzt gewöhnt hat, seine geistigen Waffen aus der Rüstkammer der Moralisten und des Deismus zu holen. Denn manchmal scheint der unabhängige Whig ganz im Tone Shaftesburys oder auch Hoadlys zu reden.

[1]) Der Inhalt der Schrift, von der das Britische Museum kein Exemplar besitzt, lässt sich annähernd erkennen aus einer Erwiderung unter dem Titel: The Characters of two Independent Whigs, viz. T. H. . . . of the North, and Squire T. . . . of the West. London 1720.

[2]) The Independent Whig, Wednesday, Jan. 27. 1720. (Ausgabe in Buchform. London 1721. S. 9 ff.)

[3]) Ebd. Wednesday, March 23. 1720. (Buchausgabe 1721. 67 ff.)

[4]) Ebd. Wednesday, July 13. 1720. (Buchausgabe 1721. 193 ff.)

Immerhin hatte die dissenterfreundliche Gesetzgebung mit der Entscheidung von 1719 ihren vorläufigen Abschluss gefunden. Denn um es gleich hinzuzufügen: auch in der folgenden Epoche, auch unter dem Ministerium Walpole, ward dieser Standpunkt nicht aufgegeben. Sunderland wie Walpole hatten noch immer eine gewaltige Scheu vor dem Aufflammen einer religiösen Begeisterung wie in den Tagen Sacheverells. Die Testakte blieb bestehen, sie ist in aller Form erst im 19. Jahrhundert beseitigt worden.

Aber freilich war auch sie inzwischen längst ein toter Buchstabe geworden. Statt jener 1719 fallen gelassenen Klausel wurde seit der Thronbesteigung Georgs II. fast alljährlich eine Indemnitätsakte beschlossen,[1]) zugunsten derjenigen, die ohne das Bekenntnis zur anglikanischen Kirche ein Amt übernommen hatten. So war schon im Zeitalter Walpoles im Grunde alles erreicht, was man für die Dissenter nur wünschen konnte. Keine Stellung im Staate blieb ihnen fortan verschlossen, sie konnten Minister und Generale werden, sie brauchten dafür nicht einmal mehr durch die Lüge der gelegentlichen Konformität hindurch zu gehen. So hat das hannövrische Königtum den Unterschied zwischen Anglikanismus und freiem Protestantismus im bürgerlichen Leben fast verwischt, und es ist nur ein kleines Zugeständnis an den Geist einer vergangenen Epoche, wenn man sich zu dem neuen Stande der Dinge noch nicht offen bekennt, wenn man das veraltete Rüstzeug der Testakte noch nicht ganz beiseite legt.

---

Der französische Geschäftsträger Destouches in London erzählt in einer seiner Depeschen aus dem April 1719[2]) eine merkwürdige kleine Geschichte. Der Staatssekretär Craggs hat ihm die noch ungesprochene Thronrede vorgelesen, mit der man beabsichtigt, in den nächsten Tagen die Session des Parlaments durch den König in Person schliessen zu lassen. Da erhebt sich um einiger Wendungen willen, die der Verfasser — es mag wohl Craggs selbst gewesen sein — in das Schriftstück hineingesetzt hat, ein kleiner Disput. Der König pflegte bei solcher Gelegenheit, den Eifer seiner gesetzgebenden

[1]) Zuerst 1 George II, c. 23. Vgl. Hallam, Constitutional History ch. XVI.

[2]) Destouches an Dubois, 27. April 1719. Aff. étr.

Körperschaften rühmend, die Bedeutung eines von ihnen gefassten, besonders wichtigen Parlamentsbeschlusses noch einmal zu betonen. Dieses Mal sollte dem Monarchen ein kräftiges Wörtlein über die jüngst vollzogene kirchenpolitische Gesetzgebung in den Mund gelegt werden. Das war aber in Ausdrücken geschehen, die der Franzose sofort als beleidigend für die katholische Religion bezeichnete und um deren Beseitigung er dringend ersuchte. Er fand es wohl verständlich, wenn an solcher Stelle von der notwendigen Einigkeit des gesamten Protestantismus gesprochen werde. Aber deshalb brauche man nicht noch hinzufügen, dass nur auf dieser Grundlage die völlige Vernichtung des Papismus zu erhoffen sei, auf die der König und die beiden Häuser gemeinsam und unermüdlich hinarbeiten müssten. „Fühlen Sie denn nicht", so etwa will Destouches gesagt haben, „wie peinlich eine solche Invektive in einer Ansprache wirken muss, wenn im selben Atemzuge das innige Einvernehmen zwischen Frankreich und Grossbritannien hervorgehoben wird? Werden nicht Kardinal Alberoni und die Sendlinge Spaniens einen ausgezeichneten Vorwand daraus gewinnen, um Seine Königliche Hoheit (den Herzog von Orléans) anzugreifen und ihn bei allen katholischen Fürsten und Völkern zu verlästern?" Darauf gab Craggs die Richtigkeit dieser Erwägung gleichmütig zu, behauptete sogar — was wir ihm freilich nicht zu glauben brauchen — er habe eine solche Wirkung dieser Ausdrücke selbst vorausgesehen, und versprach, er werde sie ganz unterdrücken. Das ist wirklich geschehen, denn sie sind in der Thronrede nicht enthalten.

An der Wahrheit der Erzählung ist nicht zu zweifeln, schon deshalb nicht, weil sie zwei Tage, bevor die Thronrede gesprochen wurde, niedergeschrieben ist und den Inhalt derselben, soweit er hier in Frage kommt, schon vollkommen richtig wiedergibt. Der kleine Vorfall mag aber als ein Symbol dafür gelten, wie nun auch das Verhältnis des englischen Staates zum Katholizismus ein wenig verschoben wurde. Er konnte, schon aus Rücksicht auf seine katholischen Bundesgenossen, nicht umhin, nach rechts wie nach links Zugeständnisse zu machen. Indem er die grundsätzliche Bevorzugung der Kirche Elisabeths aufgab, um auch über den Bekennern

anderer protestantischer Richtungen sein Licht leuchten zu lassen, konnte er auch den Anhängern der römischen Kirche nicht mehr mit der unerbittlichen Schroffheit früherer Zeiten begegnen.

So schien es, als ob die herrschende Neigung zur religiösen Duldung auch den Katholiken Englands noch zugute kommen sollte. Die Zeiten, da der Katholizismus eine Gefahr für den Bestand der englischen Staatskirche bedeutete, waren ohnedies längst vorüber, aber die schweren Strafgesetze gegen die Anhänger der römischen Kirche bestanden fort. Gedenken wir noch einmal der Vergangenheit des Katholizismus seit der Einführung der Reformation in England,[1]) so war es ja der Staat Elisabeths gewesen, der nicht nur die nationale Kirche in ihrer vollen Ausbildung geschaffen, sondern auch den mit den Waffen geführten Versuch der katholischen Mächte des Auslandes, diese Kirche zu unterdrücken, siegreich abgewehrt hatte. Seit der Niederlage der Armada hatte Rom es mit anderen Mitteln versucht, hatte es gehofft, die englische Krone selbst zu sich herüberzuziehen und auf englischem Boden die Gegenreformation von oben zu bewirken. Auf die Kämpfe gegen Philipp II. folgt das Jahrhundert der Stuarts. Die Künste der Diplomatie beginnen ihr Spiel, das Ausland sucht dem politischen Vorteil, sucht den auf Absolutismus gerichteten Machtgelüsten der Stuarts entgegenzukommen. Sie selbst sind freilich erst, nachdem sie einmal das Brot der Verbannung gegessen haben, der Sache des Katholizismus innerlich nahe getreten; in den Söhnen Karls I. ist seit der Restauration die katholische Gefahr verkörpert. Schon auf Karl II. blickten die Katholiken voller Hoffnung. Sie hatten Gut und Blut für ihn eingesetzt und durften auf seine Dankbarkeit rechnen. Er hatte in der Deklaration von Breda das Prinzip der religiösen Freiheit, soweit der Friede des Königreiches nicht gestört werde, verkündigt, er hatte als König zweimal aus eigener Machtvollkommenheit seine Indulgenzerklärungen abgegeben, deren Sinn vor allem in der Aufhebung der Strafgesetze gegen die Katholiken lag. Ja, man

[1]) Vgl. A. O. Meyer, England und die katholische Kirche unter Elisabeth. 1911.

weiss von direkten Unterhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle, welche die Erhebung des Katholizismus zur Staatsreligion in England zum Gegenstande hatten. Ludwig XIV. von Frankreich stand schützend daneben. Der Vertrag zu Dover sollte das Bündnis zweier Könige einleiten, die, als absolute Herrscher über katholische Untertanen, gemeinsam ihre europäische Politik verfolgten.

Aber dagegen erhoben sich nun auch immer wieder Stürme der Entrüstung im Volke und im Parlament. Karls Bemühungen waren vergeblich. Die Katholikengesetze blieben in voller Kraft, seine Indulgenzerklärungen musste der Monarch selbst widerrufen. Seit 1673 erkannten die Katholiken, dass dieser König ihnen nicht helfen würde. Nun setzten sie ihre Hoffnungen auf seinen Bruder York, den katholischen Thronfolger. Ein Gewebe von Verhandlungen und Intriguen, deren Mittelpunkt seine Person war, wurde gesponnen. Die englischen Jesuiten im Auslande und daheim waren die treibende Kraft. Man versteht es wohl, wenn sie ungeduldig auf den Hintritt Karls harrten. Freilich war die Aussicht, durch den natürlichen Lauf der Dinge bald ans Ziel zu gelangen, nicht gross. Karl war nur wenig älter als sein Bruder und konnte, da er die bessere Gesundheit hatte, diesen leicht überleben. Da mögen wilde Pläne in manchen Köpfen entstanden sein. Die Frage, ob die Zukunft Englands dem protestantischen oder dem katholischen Bekenntnisse gehören werde, schien von einem einzigen Menschenleben abzuhängen. Es war die Zeit, da man auf protestantischer Seite geneigt war, den Gegnern immer das Schlimmste zuzutrauen, die Zeit, da die unsinnigen Denunziationen eines Titus Oates vielen Unschuldigen verhängnisvoll wurden, aber auch eine Zeit, die von Glaubenstreue und tapferem Sterben katholischer Märtyrer zu berichten hat.

Sodann folgen die kritischen Jahre, da man vergeblich versuchte, den katholischen Thronfolger von der Regierung auszuschliessen, und vollends da der Gefürchtete, als König Jakob II., in der Tat die Rückkehr Englands zum Katholizismus mit allen Mitteln zu betreiben schien. Ihm hat es seine Krone gekostet. Die Erhebung des protestantischen Wilhelm von Oranien und vollends die Thronfolgeakte von 1701 zeigten

Volk und Parlament in seiner Entschlossenheit, nie wieder einen Katholiken auf dem Throne zu dulden.

Von nun an war die Stellung des Katholizismus völlig verändert. Insofern es noch eine katholische Gefahr gab, drohte sie nicht mehr von seiten der Krone. Von einem Könige, der, wie Georg I., nur unter dem Zeichen der protestantischen Sukzession regierte, war eine Begünstigung des Katholizismus niemals zu befürchten. Darin hätte etwas Selbstmörderisches gelegen. Die katholische Gefahr drohte nur von jenseits des Meeres, in Gestalt des Hauses Stuart.

So war die alte Sorge geschwunden, der Zorn gegen die römische Kirche verraucht. Die englischen Katholiken waren nur noch ein ungefährliches Häuflein inmitten des grossen Volkskörpers. Denn auch ihre Zahl war gering. Eine zeitgenössische Beschreibung von England sagt,[1]) dass auf 200 Protestanten kaum ein Papist komme. Da wir nun die Bevölkerung von England und Wales um 1720 auf etwa 5½ Millionen Menschen beziffern sollen,[2]) so würde diese Rechnung etwa 25 000 Katholiken ergeben. Am zahlreichsten waren sie in den Grafschaften Lancashire, Staffordshire und Essex, und eine Reihe vornehmer Familien gehörte zu ihnen. Ihre Lage war nun aber weit unsicherer als die irgend einer andern Religionsgemeinschaft. Nicht nur die Dissenter, auch die Juden waren besser daran als die Angehörigen der römischen Kirche. Denn über diesen schwebten noch wie ein Damoklesschwert die harten Strafgesetze aus alter Zeit, die unter Wilhelm III. erheblich verschärft, unter Anna nicht gemildert worden waren. So war z. B. neuerdings die Leitung von Schulen und Unterricht den Katholiken bei Gefängnisstrafe untersagt. Sie durften ihren Kindern keinen Grundbesitz vererben und diese ihn nicht empfangen, bevor sie nicht den Supremats- und Treueid geleistet hatten. Zwar mochten sie ihren Gottesdienst in der Stille schon abhalten, die meisten katholischen Edelleute hielten sich auf ihrem Schlosse ihren

---

[1]) Guy Miege, Geist- und weltlicher Staat von Gross-Britannien und Irland. Leipzig. 1718. 578.

[2]) Cunningham, Growth of Englisch Industry and Commerce in Modern Times. 1903. 935.

Kaplan.[1]) In ruhigen Zeiten war für die Katholiken wenig zu befürchten. Sobald sie aber, schuldig oder unschuldig in den Verdacht gerieten, irgendwelche Anschläge gegen die Regierung zu unterstützen, so konnte sich ein „Verfolgungs-Wetter" gegen sie erheben, und sie waren ihres Lebens und Eigentums nicht sicher. Am meisten waren ihre Priester gefährdet, die durch ein Gesetz Wilhelms III. für die Ausübung jeglicher gottesdienstlicher Handlung schlechthin mit lebenslänglichem Gefängnis bedroht waren. Wie traurig war nur das Los des Bonaventura Giffard,[2]) eines katholischen Geistlichen, der unter Jakob II. als apostolischer Vikar und Bischof in partibus die Hoheit über einen der vier kirchlichen Bezirke erhalten hatte, in die der Papst ganz England zerlegte. Als der letzte Stuart gestürzt und vertrieben war, ward Giffard zwei Jahre lang in Gefangenschaft gehalten. Nach seiner Befreiung blieb er zwar in London, doch führte er ein Leben voller Gefahren, denn die Regierung hatte es in der Hand, ihn jeden Augenblick zu ergreifen und wieder ins Gefängnis zu werfen. 1714 musste er innerhalb fünf Monaten seine Wohnung 14 mal wechseln. Dreimal hatte er schon im Kerker gesessen. „Täglich erwarte ich die vierte Gefangenschaft, die wohl erst mit meinem Leben enden wird."

Da war es nun auch ein katholischer Priester von englischer Abstammung. Abbé Strickland, der aber im Auslande zu Rang und Ehren gekommen, Doktor der Sorbonne war, der, von Mitgefühl für seine in England lebenden Glaubensbrüder erfüllt, 1718 den Plan fasste, eine Aussöhnung zwischen den englischen Katholiken und der Regierung Georgs I. herbeizuführen.[3]) Er befand sich dabei im Einvernehmen mit den führenden Familien des englischen Katholizismus. Bisher hatten die Katholiken, im Einverständnis mit dem Papste, sich standhaft geweigert, dem Könige Georg

[1]) Hoffmann, 12. Dez. 1719. W. St. A.

[2]) Vgl. D. N. B. XXI. 291.

[3]) Das folgende nach den Akten in London und Hannover. Die Geschichte des Stricklandschen Planes ist bisher im Zusammenhange der Ereignisse nicht behandelt worden. Seine Bedeutung ist von Lord Mahon überschätzt, von Pauli (Hist. Zeitschrift 46) nicht genügend erkannt worden.

den Treueid zu leisten. Sie hatten immer noch auf einen Umsturz gehofft und sahen in jeder stuartischen Erhebung schlechthin einen Kampf für ihre eigene Sache. Nach dem Misslingen des Aufstandes von 1715—16 war ihnen aber die Lust, sich an neuen Rebellionen zu beteiligen, gründlich vergangen. Ihr Held, der Prätendent, hatte sie zu sehr enttäuscht, und zu dieser Stimmung gesellte sich der Zweifel, ob eigentlich durch seine Thronbesteigung in ihrer Lage viel gebessert würde. Da schien es ihnen klüger, sich gegenüber der Regierung Georgs I. als loyale Untertanen zu erweisen und sich damit wieder den Anspruch auf die ihnen in ruhigen Zeiten längst zuteil gewordene milde Behandlung zu erwerben. Hierfür kam nun alles auf die Haltung des Papstes an, insbesondere auf die Frage, ob er ihnen erlauben werde, dem Könige den Treueid zu leisten. Papst Clemens XI., in richtigem Verständnis ihrer Lage, war anfangs geneigt, ihnen entgegenzukommen. Hier war nun Strickland der geborene Vermittler, ein englischer Katholik und doch kein Untertan Georgs I., ein Geistlicher der römischen Kirche und doch ein ehrlicher Anhänger der in England bestehenden Regierung. Die durch ihn in Rom 1718 eingeleitete Verhandlung nahm anfangs einen günstigen Verlauf[1]). Schon war in einer Kongregation der Kardinäle der Beschluss gefasst worden, den englischen Katholiken die Eidesleistung zu gestatten und die Bekanntmachung dieser Entscheidung sollte durch den päpstlichen Internuntius zu Brüssel bewirkt werden.

Doch plötzlich änderte Papst Clemens seine Haltung. Es war die Zeit, da der Konflikt zwischen England und Spanien ernstere Gestalt annahm, da die spanische Flotte bei Sizilien vernichtet wurde und der Krieg unvermeidlich schien. Wie dazumal jeder Gegner Englands es zu tun pflegte, so schickte nun auch Spanien sich an, die Sache des Prätendenten zu seiner eigenen zu machen. Sogleich besann sich auch Clemens XI. auf den Schutz, den die Kurie dem verbannten Hause Stuart vordem geliehen hatte, und als Jakob Eduard

[1]) Das folgende nach dem von Strickland im Januar 1719 in Wien überreichten Memoire. Abschriftlich in den Papieren St. Saphorins im Staatsarchiv zu Hannover.

selbst in Rom erschien, fand er den Papst bereit, ihn in jeglicher Form, zunächst durch eine Geldsammlung, zu unterstützen. Da war dann für den Erfolg der Stricklandschen Verhandlung nicht viel zu hoffen. Die früher gemachten Zusagen schienen vergessen, die noch fehlende Instruktion an den Brüsseler Internuntius ward gar nicht mehr abgesandt. Statt dessen erhielt Kardinal Gualterio, der Geschäftsträger des Prätendenten in Rom, den pomphaften Titel eines Protektors von England. Jakob Eduard selbst aber empfing die Erlaubnis, die Bistümer in Irland nach freiem Ermessen zu besetzen.

Enttäuscht reiste Strickland ab, aber seine Sache gab er nicht verloren. Nun erst scheint er auch in engere Beziehungen zum britischen Ministerium getreten zu sein. Denn nun war es das wohlverstandene Interesse der Regierung, sich in der kommenden kritischen Zeit der Treue ihrer katholischen Untertanen zu versichern. Gern ergriff sie die Gelegenheit, einen Mann wie Dr. Strickland, in dem englisches und katholisches Interesse so glücklich vereinigt erschienen, für sich arbeiten zu lassen. Mit Freuden begrüsste sie seinen Vorschlag, die Verwendung des Wiener Hofes zu erbitten, um mit seiner Hilfe dennoch in Rom zum Ziele zu gelangen. Man erinnerte daran, dass sich der Papst vor zwei Jahren einmal zu Gunsten der englischen Katholiken beim Kaiser verwendet hatte. Wie natürlich erschien es also, auch einmal das umgekehrte Verfahren einzuschlagen und in derselben Angelegenheit die Intervention des Kaisers beim Papste zu erbitten.

So kam Strickland im Januar 1719 nach Wien. Mit einem Schreiben des Staatssekretärs Craggs[1]), der ihn als einen Mann von Stande, der auch Geist und Kenntnisse besitze, bestens empfahl, erschien er bei dem britischen Gesandten St. Saphorin. Der war freilich skeptisch und meinte, nur die Furcht werde den Papst dazu bringen, auf die Absichten des Abbé einzugehen. Die Mission Stricklands könne aber, selbst wenn sie ihren eigentlichen Zweck verfehlen sollte, wohl nützlich werden. St. Saphorin dachte an das eben damals die Welt

[1]) Es trägt das Datum des 30. Juli 1718, ist aber erst im Januar 1719 in Wien überreicht worden. H. A.

stark beschäftigende Verlöbnis des Prätendenten mit der Prinzessin Sobieski. Vielleicht würde sich in Rom die Gelegenheit bieten, dasselbe noch zum Scheitern zu bringen.

Strickland fand am Wiener Hofe die allerbeste Aufnahme. Er ward vom Kaiser empfangen, er sah die österreichischen Minister, er legte ihnen den Zweck seiner Sendung in einer Denkschrift dar und ward bei allen Schritten, die er unternahm, durch St. Saphorin redlich unterstützt. In ausführlichem Vortrage setzte auch dieser dem Prinzen Eugen und dem Grafen Sinzendorff die Lage der englischen Katholiken auseinander. Würden die Strafgesetze, sagte er, in aller Schärfe ausgeführt, so würde es in 6 Jahren keine 2000 Katholiken mehr in England geben. Des Kaisers eigenes Interesse sei es, mitzuwirken, um dem Könige Georg eine milde Handhabung jener Strafgesetze zu ermöglichen. St. Saphorin tat noch mehr. Er bat um die Verwendung des Kaiserhofes dafür, dass Strickland in Rom zum Erzbischof in partibus ernannt werde.[1])

Der Wiener Hof war zu der erbetenen Vermittlung gern bereit. Dem Grafen Gallas, seinem Vertreter bei der Kurie, ward eine Instruktion erteilt, die den Wünschen der Engländer völlig entsprach. Auch dass eben damals der Nuntius in Wien ein Breve des Papstes erhielt, das ihn verpflichtete, seinerseits wieder einmal die Verwendung des Kaisers für die irischen Katholiken zu erbitten, konnte der Sache Stricklands wohl keinen Abbruch tun. Denn nun erhielten die beiden geistlichen Herren, der Abbé und der Nuntius die beste Gelegenheit, in persönlichen Unterredungen, gleichsam unter den schützenden Augen des Kaisers, ihres hohen Vermittlers, sich über die Interessen ihrer beiderseitigen Schutzbefohlenen, der englischen und der irischen Katholiken, gründlich auszusprechen.

Wer nun aber nach dem Gesagten von der Mission Stricklands grosse Dinge zu hören erwartete, der würde freilich in jeder Hinsicht arg enttäuscht sein. Wir wissen überhaupt nur wenig über die weitere Geschichte dieser Mission, und von Erfolg ist sie sicher nicht begleitet gewesen. Am 1. März

[1]) St. Saphorin an Sinzendorff, Wien, 8. Febr. 1719; an Stanhope, 8., 18. Febr. 1719. H. A.

1719 meldet St. Saphorin, dass Strickland zufrieden von Wien abgereist sei. Am 20. Mai hat er noch nichts wieder von ihm gehört. Dagegen hat er erfahren, dass Graf Gallas sich redlich in der Sache bemüht habe, doch ohne bisher auch nur eine Antwort vom Papste erhalten zu können. Am 3. Juni weiss St. Saphorin, dass der römische Hof „*des réponses dilatoires*“ gegeben habe. Und mehr war hier offenbar nicht zu erreichen. Zum zweiten Male meinen wir Strickland zu sehen, wie er den Römern enttäuscht den Rücken kehrt. Denn schon Anfang Juli finden wir ihn wieder in London.

St. Saphorin hatte es ja, wie wir hörten, nicht anders erwartet. Nach seiner Meinung hätte man freilich auch mit viel stärkeren Mitteln, als mit der blossen Ueberredung, auf den Papst wirken sollen. Er empfahl den Appell an die Furcht. Was Strickland und Gallas nicht vermochten, würde vielleicht besser erreicht werden, wenn einmal die Kanonen der britischen Mittelmeerflotte das Wort ergriffen. Der Papst sollte wissen, dass man ihm jederzeit sein Civita vecchia zusammenschiessen konnte. Und die Regierung in London hat diesen Rat keineswegs unbedingt verworfen. Denn es klingt wohl eine ähnliche Gesinnung aus Stanhopes Worten, wenn er schreibt[1]: „Ist die Sache einmal im Zuge, so wird der König alle Mittel anwenden, die am besten geeignet erscheinen, um durch Biegen oder Brechen den Widerstand des römischen Hofes zu überwinden.“ Und noch im Juni 1719 glaubte der Sekretär Robethon die englischen Minister ganz entschlossen, sobald nur Admiral Byng die Hände frei habe, „sich ihr Recht bei Seiner Heiligkeit selbst zu holen und ihr einen Besuch in Civita Vecchia abstatten zu lassen“.[2] Dass es zu solcher Gewalttat nicht mehr gekommen ist, wird niemand bedauern. Die Welt würde, nachdem Strickland Rom verlassen hatte und auch der Fall Sobieski entschieden war, nur noch einen brutalen Racheakt darin erblickt haben.

Und doch ward der Plan Stricklands noch nicht aufgegeben. Nur hatte die Lage sich inzwischen geändert und die englische Regierung suchte das Ziel auf dem umgekehrten Wege zu er-

[1]) An St. Saphorin, 4. Febr. 1719. H. A.
[2]) Robethon an St. Saphorin, 21. Juni 1719. H. A.

reichen.[1]) Hatte die Kurie sich versagt, so wollte man nun zuvörderst mit den englischen Katholiken ins Reine kommen. Sie sollten gegen die Zusage einer noch milderen Praxis in der Anwendung der Strafgesetze — denn von völliger Aufhebung derselben ist nie die Rede gewesen — ihr Einvernehmen erklären mit jenen in Rom zu stellenden Forderungen. Konnte man diese, mit der Zusage der englischen Katholiken in der Hand, dem Papste vorlegen, so schien er überwunden.

So der Plan. Der Staatssekretär Craggs und Dr. Strickland versammelten sich im Juni und Juli a. St. 1719 in mehreren Konferenzen mit drei angesehenen Vertretern des englischen Katholizismus. Der Herzog von Norfolk, Lord Waldegrave, ein Charles Howard sollten es auf sich nehmen, im Sinne, vielleicht im Namen aller englischen Katholiken zu handeln. Ein wohl von Strickland verfasstes Schriftstück ward ihnen vorgelegt, das die Grundlage einer Verständigung enthielt.[2]) Es hiess darin, wenn die Römisch-Katholischen einen Anteil an der Gnade und dem Schutze der Regierung verdienen wollten, so müssten die angesehensten unter ihnen einen Boten an den Papst senden. Der würde ihm vier Bedingungen zu unterbreiten haben, die der Papst annehmen könne und die auch mit den Grundsätzen der römischen Kirche wohl vereinbar seien. Es sind: die Zulassung des Untertaneneides, die Annullierung des Titels Protektor von England für Kardinal Gualterio, der Widerruf des dem Prätendenten übertragenen Rechts zur Ernennung der irischen Bischöfe, das Versprechen, bei der Mission für Irland keine der Regierung Georgs I. nicht genehme Persönlichkeit zu

[1]) Das folgende nach den Akten: State Papers rel. to Great Britain and Ireland. Regencies 73. Rec. off.

[2]) Es ist mit Weglassung einiger Absätze veröffentlicht von Lord Mahon (History of England, Tauchnitz Bd. 2, 369 ff.) Doch sind die von ihm mitgeteilten Angaben über dasselbe sicherlich ungenau. Ich glaube auch nicht, dass Stanhope der Verfasser war. Er weilte zur Zeit mit dem Könige in Hannover nnd ward nur durch Craggs' Briefe (Regencies 73, R. O.) über den Verlauf der Angelegenheit unterrichtet. Damit fällt freilich auch das Verdienst fort, das Lord Mahon für seinen Ahnherrn James Stanhope in Anspruch nehmen möchte, nämlich der erste Anreger der Katholiken-Emanzipation in England gewesen zu sein — ganz abgesehen davon, dass die Strickland-Episode diesen Charakter gar nicht besitzt.

beschäftigen. Würden diese Bedingungen nicht erfüllt, so bleibe nichts übrig, als die wirksame Vollziehung der Strafgesetze. Die Regierung wird insbesondere nicht zögern, jenes Gesetz zur Ausführung zu bringen, das die Hinterlassenschaft eines katholischen Erblassers dem nächsten protestantischen Verwandten zusprach, falls der unmittelbare Erbe das Alter von 18 Jahren erreicht und nicht seine Zugehörigkeit zur Staatskirche erklärt hatte. Aber man hoffe, dass die Katholiken es einer milden Regierung möglich machen werden, gelinde und gütig mit ihnen zu verfahren. Nur müssen sie solches, ebenso wie andere Dissenter, selbst zu verdienen trachten.

Für diese Bedingungen wollte man, wenn die genannten Herren sie angenommen hätten, die Zustimmung von insgesamt acht hervorragenden Katholiken, vier Edelleuten und vier von der Gentry, gewinnen. Dann sollten, von ihnen unterzeichnet, zwei Briefe, der eine an den Kaiser, als Vermittler beim Papste, der andere an diesen selbst, ausgefertigt und den an die beiden Häupter zu entsendenden Boten mitgegeben werden.

Um diese Fragen ward in den Konferenzen eifrig gestritten. Norfolk und Waldegrave zeigten sich wiederholt entschlossen, zuzustimmen. Die Briefe an Kaiser und Papst wurden ausgefertigt und ihnen zur Unterzeichnung vorgelegt. Aber dann trat jedesmal Charles Howard, der dritte der katholischen Unterhändler, dazwischen und vereitelte das Werk. Einmal hiess es schon, man wolle sich an einem Nachmittage von neuem versammeln und die Unterschriften vollziehen. Aber dann zogen sich während der Beratungen der Herzog von Norfolk und Charles Howard wiederholt in den Hintergrund des Zimmers zurück, und als sie wieder vortraten, verweigerten sie rundweg ihre Unterschriften. Die Unterhandlung wurde abgebrochen, Norfolk drückte dem Staatssekretär noch brieflich sein Bedauern aus und schloss mit der Hoffnung, die Sache werde später einmal mit besserem Erfolge wieder aufgenommen werden. Aber solche Gelegenheiten kehren nicht wieder. Von einer Verständigung mit den Katholiken war auf lange Zeit nicht mehr die Rede.

Die Minister waren schwer enttäuscht. Doch niemand war mehr aufgebracht als Strickland, denn nun erst war sein Lieblingsgedanke völlig verloren. Auf sein eigenes Betreiben geschah es, dass die Regierung jetzt mit schärferen Mitteln gegen die Katholiken vorzugehen begann. Einige ihrer Häupter sollten ergriffen werden, auch der unglückliche Bischof Giffard wieder einmal ins Gefängnis wandern. Aber die Zwecklosigkeit solcher Massregeln erkennend, liessen sie diese Verfolgungen bald wieder fallen.

So war durch die ganze Stricklandsche Episode an der Lage der englischen Katholiken zuletzt nichts geändert. Hier stand eben der englische Staat jener Tage mit seiner Staatskirche und seiner von Gesetzes wegen protestantischen Monarchie einer ihm völlig fremdartigen Welt gegenüber, die er sich nicht zu assimilieren vermochte. Aber noch weniger hatte er ein Interesse daran, Märtyrer aus den Katholiken zu machen. Die stille Duldung, die man sich schon gewöhnt hatte, ihnen angedeihen zu lassen, ward ihnen also auch ferner reichlich gewährt. Die Strafgesetze blieben unausgeführt, und auch fortan ward einem katholischen Sohn das Erbe seines Vaters so wenig geschmälert wie bisher. Auch Walpole ist auf diesem Wege fortgewandelt. Verfolgungseifer gegen seine katholischen Landsleute lag auch seinem auf das Praktische gerichteten Sinne völlig fern.

Uebrigens muss man sich wohl hüten, die hier geschilderten Vorgänge in ihrer historischen Bedeutung zu überschätzen. Nur einen Ausfluss des der Zeit nicht fremden Toleranzgedankens, etwa in deistischem Sinne, auch in ihnen erblicken zu wollen, wäre nicht richtig, und noch viel weniger darf man hier von dem ersten Keim der Katholiken-Emanzipation reden. Denn der Regierung war es doch eigentlich nur um ihre politischen Zwecke zu tun. Wenn die Minister Grossbritanniens den Plan Stricklands zu ihrem eigenen machten, so geschah es, um ihre Stellung im Kampfe mit Spanien zu verbessern und die stuartische Gefahr zu vermindern. Und darum lag es ihnen auch nahe, sei es mit Recht oder Unrecht, den letzten Grund ihres Misserfolges da zu vermuten, wo ihnen für ihre äussere wie innere Politik damals stets die grössten Schwierigkeiten bereitet wurden. Die whiggistische Opposition, die

Partei des Prinzen von Wales sollte zuletzt an allem schuld sein. Kein Zweifel, diese waren es gewesen, die den Katholiken den nahen Sturz des Ministeriums vertraulich angekündigt und sie davor gewarnt hatten, auf sinkendem Grunde zu bauen.

---

Ebenso rechtlos wie die Stellung der Katholiken in England war und blieb auch diejenige der Juden.[1]) Niemals seit ihrer Austreibung unter Eduard I. war ihnen der Aufenthalt im Lande gesetzlich gestattet, niemals waren die über sie verhängten, schweren Strafgesetze aus dem 13. Jahrhundert förmlich aufgehoben worden. Der Jude oder die Jüdin, die vorübergehend in England weilten, sollten an einem gelben Abzeichen auf ihrem Gewande für jedermann kenntlich sein. Dem Rabbiner, der einen Christen zum Judentum bekehrte, drohte die Todesstrafe. Ein Jude darf nicht auf die Bibel vereidigt werden. Eine jüdische Witwe darf ihr Gut nicht selbst verwalten. Das Recht auf die Verwaltung ruht in der Hand des Königs. So stand es in den Statuten Eduards I. und so war es noch rechtens in England.

Gleichwohl war auch diese Gesetzgebung längst zu einem toten Buchstaben geworden. Das puritanische England des 17. Jahrhunderts hatte in seiner Verehrung für das Volk des alten Bundes der Zulassung der Juden das Wort geredet.[2]) Cromwell hatte als Lord Protektor das Werk eifrig gefördert und dabei auch den Nutzen wohl im Auge gehabt, den die Hereinziehung der wohlhabenden und handelskundigen jüdischen Kaufleute dem englischen Geschäftsleben bringen konnte. Ein holländischer Rabbi, Menasseh ben Israel, erschien in England und suchte seinen Glaubensgenossen eine neue Heimstatt unter der Herrschaft des Mannes zu bereiten, in dessen Person manche Juden schon die alte Messiasprophezeihung verwirklicht glaubten. Nun ward freilich die Absicht des Protektors nur zum Teil erfüllt. Wohl wurde die Feststellung gemacht, dass der Zulassung der Juden ein gesetzliches

[1]) Vgl. K. H. Schaible, Die Juden in England vom achten Jahrhundert bis zur Gegenwart. 1890; Jewish Encyclopedia V (1903), Art. England.

[2]) Vgl. W. Michael, Cromwell, II, 91 ff. 211.

Hindernis nicht im Wege stehe, aber alle weiteren Beschlüsse scheiterten ebensowohl an dem ängstlichen Widerspruch der Theologen wie an der Handelseifersucht der Kaufleute. Nur durch mündliches Versprechen sicherte Cromwell den Juden seinen persönlichen Schutz zu.

Immerhin erfolgte von nun an die Zulassung der Juden in England. Eine Masseneinwanderung fand zwar nicht statt, aber so ganz gering kann die Zahl der Ankömmlinge nicht gewesen sein. 1657, zwei Jahre nach dem Auftreten Menassehs, kauften sie einen Friedhof, schon 1662 hatten sie eine Synagoge in London. Denn auch nach der Restauration wurden ihnen keine neuen Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Natürlich waren sie nur die Geduldeten. Die alten Strafgesetze waren nicht abgeschafft. Auch zahlten die Juden wie andere Ausländer eine Fremdensteuer, und es bedeutete für die Regierung schon einen jährlichen Ausfall von 10 000 Pfund Sterling, als diese Steuer unter Jakob II. einmal vorübergehend aufgehoben wurde.[1])

Seit jenen Tagen des 17. Jahrhunderts hatte die Zahl der in England lebenden Juden beständig zugenommen. Waren es zuerst hauptsächlich die portugiesischen Juden gewesen, so trat nun seit der Thronbesteigung des Hauses Hannover eine starke Einwanderung aus Deutschland hinzu.[2]) Im Glauben wie im Handel und Wandel lebten die Juden ungestört dahin. Sie besitzen 1718 in London „eine überaus schöne Synagoge."[3]) 1729 sind es deren zwei.[4]) Am meisten trat aber ihre Bedeutung für das Geschäftsleben hervor. Mancherlei Beschränkungen, die ihnen wohl auferlegt wurden, hinderten doch nicht, dass in ihren Kreisen ein bedeutender Reichtum sich sammelte und ihr Einfluss in der City beständig zunahm. Eine Parlamentsakte von 1723 ermöglichte ihnen die Erwerbung von Grundbesitz. Man hört von einzelnen grossen jüdischen Finanzmännern, von den Mendes da Costa im 17., von Sampson Gideon, dem Freunde Walpoles, im 18. Jahr-

[1]) Vgl. Schaible, a. a. O. 60.
[2]) Ebd. 76.
[3]) Guy Miege, Geist- und weltlicher Staat . . . 1718. 577.
[4]) Saussure, A foreign view . . . 1902. 329.

hundert.[1]) Neben den grossen und kleinen Geldgeschäften, die sie als Makler und Händler betrieben, begannen die Juden allmählich auch in dem überseeischen Handel eine immer grössere Rolle zu spielen. Sehr lehrreich sind hierfür die Schriften der Gegner, die eine Beeinträchtigung des englischen Kaufmannsstandes in dem Aufkommen der Juden erblickten.[2]) „Sie lassen sich in den grossen Handelsplätzen und in den amerikanischen Kolonien nieder", klagt 1702 eine solche Schrift.[3]) „Damit machen sie grosse Vermögen und sind schon die wichtigsten Geldremittenten an der Börse geworden, zum Schaden unserer englischen Kaufleute." Anfangs sollen sie zwar zur Teilnahme an den grossen Aktiengesellschaften, nicht aber zu den regulierten Kompagnien zugelassen worden sein.[4]) Diese Beschränkungen sind im 18. Jahrhundert verschwunden, da wir die Juden an beiden Arten von Handelsgesellschaften lebhaft beteiligt finden. „Durch ihre Praktiken und Intriguen," sagt 1721 wieder eine judenfeindliche Schrift,[5]) „versuchen sie den grössten Teil unseres Handels an sich zu reissen." So gehe es in der Ostindischen, in der Afrikanischen, in der Hudson Bay-Kompagnie, nicht anders wie in der Hamburger Gesellschaft. Den Handel mit Portugal und den Barbaresken Staaten haben sie schon allein in der Hand; mit dem spanischen hoffen sie bald dasselbe erreicht zu haben. Auch aus dem Handel mit Barbados und Jamaica, den grossen westindischen Kolonien haben sie die englischen Kaufleute völlig verdrängt. Sie haben ihre eigenen Leute dorthin gebracht und ziehen nun alle Gewinne für sich ein.

So sehr hier die Uebertreibung in die Augen springt, so hat doch fortan das jüdische Element im englischen Geschäftsleben unstreitig eine bedeutende Rolle gespielt. Da kann es denn nicht wundernehmen, wenn die vornehmeren Familien

[1]) Vgl. W. Sombart, Die Juden und das Wirtschaftsleben. 1911. 55 ff.

[2]) Vgl. schon über eine Schrift aus dem Jahre 1661: Cunningham, Growth of English Industry and Commerce. Mod. Times. 1903. 326.

[3]) Somers Tracts, XI, 617.

[4]) Cunningham, a. a. O. 327.

[5]) A Historical and Law Treatise against the Jews and Judaism. 1721. Es ist die veränderte Neuausgabe einer Schrift von 1720. Sie ist 1753, als die bald widerrufene Emanzipation der Juden erfolgte, abermals neu gedruckt worden.

der Juden auch in die oberen Kreise der Gesellschaft Aufnahme gefunden haben. 1720 hören wir von einer jüdischen Hochzeit, zu der Adel und Gentry geladen sind. Der Prinz von Wales erscheint in Person, die Prinzessin aber lässt ihr Fernbleiben entschuldigen, da sie in gesegneten Umständen sei.[1]) Man hört von berühmten jüdischen Gelehrten.[2]) Der Arzt und Mathematiker Jakob Sarmento ward 1730 zum Fellow der Royal Society ernannt. Und vollends werden die Juden als Kunst- und Musikliebhaber viel genannt. Hat man doch sogar behaupten wollen, diesen Gönnern zuliebe sei es geschehen, wenn Händel nachmals die Stoffe seiner Oratorien so gern dem Alten Testamente entlehnte.

---

Es mag nicht ganz leicht erscheinen, nach all dem Gesagten die Stellung des Staates zu den ausserhalb der Kirche von England befindlichen Konfessionen mit einem Worte zu bezeichnen. Und dem Verständnis der Zeiten wäre vielleicht auch gar nicht damit gedient. Denn das historische Leben spottet der starren Formeln. Nehmen wir die Dinge, wie sie waren, so finden wir, dass die Staatskirche schon in den ersten Jahrzehnten des hannövrischen Königtums — und wir dürfen hier weiter ausblickend schon von dem Zeitalter Walpoles reden, denn auch seine Kirchenpolitik wird damit umschrieben — dass die Kirche von England sich zwar ihrer alten Rechte auf keinem Gebiete begeben hat, dass aber trotzdem ihre Stellung nicht mehr die gleiche überragende ist wie zuvor. Die Anschauungen haben sich gewandelt, mancher alte Eifer ist erkaltet. In den Dissentern sieht man nicht mehr die kirchenstürzenden Puritaner des 17. Jahrhunderts, im Katholizismus nicht mehr die papistische Abgötterei, die dem englischen Volke aufgezwungen werden solle. Die alten Schlagwörter haben ihre Kraft verloren.

Aeussere und innere Erlebnisse der Nation haben zusammengewirkt. Welche Gefahren konnten denn die Dissenter oder die Katholiken der Gesellschaft noch bereiten, seitdem die tiefen Gegensätze innerhalb des Protestantismus gemildert

[1]) Portland, Mss. V, 602.
[2]) Vgl. Schaible, a. a. O. 66.

waren und seitdem man eine Dynastie besass, die um ihres Protestantismus willen erhoben war und darum niemals die Wege der Stuarts wandeln konnte? Und nun übten auch die philosophischen Ideen eines aufgeklärten Zeitalters ihre Wirkungen auf die Kirchenpolitik der Regierung aus. Man nimmt die Religion nicht mehr wie früher als ein Gegebenes an, sie ist ehrwürdig, aber man prüft sie doch an dem Massstab der Vernunft, und zu religiöser Verfolgung ist man gar nicht mehr aufgelegt. Der Staat, hatte schon Locke gesagt, sollte religiöse Bekenntnisse nicht durch die Mittel der Gewalt zu verbreiten suchen. Irdische Macht, predigte Hoadly, darf nicht dazu dienen, ein Reich zu stützen, das nicht von dieser Welt ist.

Dass solche Anschauungen nicht auf dem geradesten Wege zur allgemeinen religiösen Toleranz, zur völligen Gleichstellung aller Konfessionen führten, geschah deshalb, weil die Masse doch noch zu wenig davon berührt war. Ihr durfte man mit so weitherzigen Massregeln nicht kommen. Die milde Praxis, die wir geschildert haben, war das Aeusserste, was man wagen durfte. Denn dabei konnte man immer darauf hinweisen, dass ja die Strafgesetze gegen die Katholiken noch bestanden, dass die bürgerliche Gleichstellung der Dissenter nicht ausgesprochen, und dass den Juden nicht einmal der Aufenthalt im Lande gesetzlich gestattet war.

---

Hier unterbrechen wir die Behandlung der inneren Angelegenheiten Englands, um uns zunächst den Ereignissen der auswärtigen Politik zuzuwenden. Zwar wäre es einseitig und es hiesse die Bedeutung des Parteienstreites überschätzen, wollte man auch die europäischen Fragen und Englands Anteil daran allein unter diesem Gesichtspunkte darstellen. Aber völlig ausscheiden lässt er sich auch hier nicht, und andererseits wäre ohne die Kenntnis der auswärtigen Politik dieser Jahre auch die Krisis von 1720, durch die der König zur Berufung Walpoles gezwungen wurde, nicht recht zu verstehen.

Fünftes Kapitel.

# Das Vorspiel des Krieges mit Spanien.

Englands auswärtige Politik[1]) war um diese Zeit vom Geiste Stanhopes beseelt. Und es war nicht Englands Politik allein, die er leitete. Als sein Werk war mit den grossen Mächten Frankreich und Oesterreich, unter dem irreführenden Namen der Quadrupel-Allianz, der berühmte Bund geschlossen worden, der ebenso die vom Spanischen Erbfolgekriege her noch unerledigten wie die seitdem hinzugekommenen Streitfragen auf einmal lösen sollte. Man wollte die Karte Europas neu zeichnen. Jedem der grossen Staaten — wobei freilich die Welt des Nordens und Ostens ausser Betracht geblieben war — ist der Anteil zugemessen, den er an der Macht besitzen darf. Das vielgenannte europäische Gleichgewicht, hier ist's Ereignis geworden, niedergeschrieben und gefasst in die Paragraphen eines grossen Staatsvertrages.

Rufen wir uns die wichtigsten Punkte der Quadrupel-Allianz noch einmal in Erinnerung. Der Verzicht Karls VI. auf die spanische Krone und die damit allgemein gewordene Anerkennung des Bourbonen Philipps V. sollte die Gewähr dafür abgeben, dass Spanien niemals, weder mit Frankreich, noch mit Oesterreich, zu einem einzigen Reiche verschmolzen würde. Der Kaiser sollte die Insel Sizilien erhalten. Sein aus der spanischen Erbschaft stammender italienischer Besitz würde damit ausser dem Herzogtum Mailand das ganze König-

[1]) Von neueren Werken über die politische Geschichte dieser Jahre nenne ich hier nur: Baudrillart, Philippe V. et la Cour de France Bd. 1—5. 1890—1901; Wiesener, Le Régent, l'abbé Dubois et les Anglais. Bd. 1—3. 1891—99; Bourgeois, La diplomatie secrète au XVIIIe siècle. Ses débuts. I. Le secret du Régent. II. Le secret des Farnèse. III. Le secret de Dubois. 3 Bände. s. a.

reich beider Sizilien umfassen. Dafür würde er freilich Sardinien dem König Viktor Amadeus einräumen, und, was empfindlicher war, er sollte die spanischen Bourbonen in einer zu gründenden Sonderdynastie in Italien zulassen. Dieser Anordnung würde sich auch Spanien zu unterwerfen haben, es sollte Sardinien wie Sizilien herausgeben, und auf seine neue Eroberungspolitik ganz verzichten. So lautete das durch die Quadrupelallianz der Welt verkündigte Gesetz.

Aber die Bedeutung dieser Abmachung und des Moments, der sie hervorrief, ist damit nicht erschöpft. Man muss die Rollen beachten, welche den einzelnen Mitwirkenden in dem Drama zufielen. Wir wollen die Aufmerksamkeit des Lesers einmal auf eine Episode lenken, die zwar in dem geschlossenen Vertrage kaum eine Spur zurückgelassen hat, aber auf Entstehung und Charakter desselben ein grelles Licht wirft.

Im Frühjahr 1718, als die Pläne für den werdenden Vertrag zwischen den Höfen von London, Paris und Wien noch hin und her geschoben, ergänzt und erläutert, amendiert und korrigiert wurden, als insbesondere der von England ausgegangene und in Verhandlungen mit Frankreich neu vereinbarte Entwurf dem Wiener Hof als der Vorschlag der drei verbündeten Westmächte vorgelegt wurde,[1]) (wobei nämlich der Name der an der Sache ganz unschuldigen Generalstaaten der Niederlande sehr missbräuchlich durch alle Teile der Urkunde mitgeschleppt wurde) als es nun galt, den Kaiserhof in die englisch-französische Verbindung hereinzuziehen, um alsdann die Könige von Spanien und Sizilien dem Gebot dieser Dreistaatengruppe zu unterwerfen, da ward von Seiten der österreichischen Minister, nachdem sie den materiellen Inhalt des Entwurfs grundsätzlich angenommen hatten,[2]) noch ein formelles Bedenken gegen die Einleitung desselben erhoben. In der sogenannten Präambel war nämlich mit erheblichem Wortreichtum der Gedanke entwickelt, die drei Westmächte hätten das einzige Mittel zur Herstellung eines

[1]) Projet du Traité entre Leurs Majestés Britannique et Très-Chrétienne et les Seigneurs Etats Généraux pour la paix entre l'Empereur et le Roi d'Espagne, et entre l'Empereur et le Roi de Sicile. R. O. Germany 210. Vgl. Anhang, Nr. 2.

[2]) Vergl. Band 1, 795 ff.

allgemeinen und dauernden Friedenszustandes in Europa darin erblickt, dass sie mit vollster Unparteilichkeit und Gewissenhaftigkeit ihrerseits eine Entscheidung trafen über die gegenwärtigen und vielleicht künftigen Ansprüche der streitenden Parteien und dass sie ferner die nötigen Schritte täten zur Durchführung derjenigen Massregeln, die ihnen am gerechtesten und heilsamsten erschienen seien. Sodann wird nicht gespart mit Hinweisen auf die Lauterkeit ihrer Absichten, auf die Gründlichkeit ihrer Erwägungen, auf ihr Handeln unter den Auspizien der göttlichen Weisheit, um endlich die Behauptung zu wagen, dass sie mit dieser Praxis nur ein Verfahren wiederholten, das schon bei früheren Verträgen so manches Mal geübt worden sei. Dafür werden ein paar Beispiele angeführt, unter denen jedenfalls die Tripel-Allianz von 1668, die Spanien unter ihr Gebot hatte zwingen wollen, als das berühmteste, die meiste Beachtung verdient.

Die damit ausgesprochene Theorie, die grossen Mächte entscheiden unter sich über das Schicksal der kleineren, und wer sich nicht fügt, gegen den wird Gewalt gebraucht, diese Theorie war es nun, die in Wien grundsätzlich und heftig abgelehnt wurde. Man fand schon die Zumutung beleidigend, dass Karl VI. einem so eingeleiteten Pakt beitreten sollte. „Wir können Sie natürlich nicht hindern, in ein Abkommen, das Sie mit Frankreich und den Generalstaaten schliessen, alle Ihnen passend erscheinenden Motive hineinzusetzen“, so sprach Graf Sinzendorff zu den beiden britischen Diplomaten, mit denen er die Verhandlungen führte. „Aber diese Motive dürfen nicht in einem Vertrage stehen bleiben, den der Kaiser annimmt.“ Denn erstens könne es leicht so aussehen, als träte auch er nur aus Furcht und gezwungen bei. Aber sodann verwahrte sich der Oesterreicher auch mit aller Feierlichkeit gegen das hier verkündete Prinzip. „Der Kaiser wird in einem Vertrage, den er schliesst, niemals eine Ausdrucksweise wählen, die den Eindruck erwecken könnte, als billige er die bei einigen Mächten Europas neu aufgekommene Sitte, sobald es in ihrem Interesse liegt, auch über das Schicksal der anderen entscheiden zu wollen.“ Man stritt hin und her; die Oesterreicher blieben fest. „Es ist nicht zu glauben,“ sagt der englische Bericht, „wie empfindlich sie inbezug auf diese

Präambel sind. Und keine Gelegenheit liessen sie vorübergehen, ohne uns deshalb Vorwürfe zu machen".[1])

In London ward der Fall nicht allzutragisch genommen. Da der Kaiser den Vertrag im Prinzip ja schon angenommen hatte, so wollte man über die Motivierung desselben mit ihm nicht mehr streiten. Die englischen Staatsmänner erklärten zwar ernst genug,[2]) die Erwähnung der Motive sei durchaus nicht so überflüssig, wie man in Wien glaube. Diese Motive seien nämlich — interessant für uns zu erfahren — im Entwurf besonders deshalb genannt worden, weil man sich davon eine günstige Wirkung auf die Holländer versprach, die doch nicht ewig nur nominelle Teilnehmer des Vertrages bleiben sollten. Immerhin fand man in England die Sache nicht wichtig genug, um den Oesterreichern nicht gern ihren Willen zu tun. Der Nutzen dieser Abmachungen, sagte man jetzt in London, sei so offenkundig, dass man ihn schon bei der blossen Lektüre der Artikel empfinde, und allerdings nicht erst der Darlegung der Motive in einer langen Einleitung dazu bedürfe.

Die ursprünglich geplante Präambel ist wirklich fortgelassen, die an ihre Stelle gesetzte aber so nichtssagend, dass niemand daran Anstoss nehmen konnte. Aehnliches widerfuhr noch dem dritten der geheimen Artikel, welcher von der, nötigenfalles, gewaltsamen Unterwerfung der Könige von Spanien und Sizilien handelte. Auch hier war ein ursprünglich gegebener Hinweis auf frühere Fälle (*en suivant ce qui a été pratiqué dans plusieurs antres occasions*) nach dem Wunsche der Oesterreicher gestrichen worden. So ganz gründlich ist freilich die Auffassung, dass man ein Recht habe, die anderen zu zwingen, in dem Vertrage doch nicht ausgemerzt, aber an den wenigen Stellen, wo sie stehen geblieben ist,[3]) handelt es

[1]) Relation des conférences. . . Wien, 22. Mai 1718. R. O.

[2]) Nach einem französisch abgefassten Schriftstücke, datiert: Londres $\frac{30.\ mai}{10.\ juin}$ 1718, auf der Rückseite die Bezeichnung: Remarks on the alterations made in the treaty at the Imperial Court. R. O.

[3]) So heisst es im ersten Artikel des zwischen dem Kaiser und Sizilien zu schliessenden Vertrages (Pribram, Oester. Staatsverträge. England I. 366). *hinc est quod principes, qui tractatibus Traiectensibus primam manum admovere, licere sibi etiam citra assensum eorum quorum*

sich nur um Spanien und Sizilien, und es geschieht ohne die den Oesterreichern so fatale Zitierung von Beispielen.

Damit ist die Geschichte der Präampel zu Ende. Sie war eine blosse Episode geblieben, bald völlig vergessen, ohne alle Nachwirkung in der Politik und selbst von der historischen Forschung nicht beachtet. So hat sie natürlich auch auf die fernere Entwickelung der politischen Theorien keinen Einfluss üben können. Ganz unabhängig tritt nun aber dieselbe Denkweise etwa 100 Jahre später, im Zeitalter der heiligen Allianz wieder hervor. Abermals tun sich die grossen Mächte zusammen und wollen alles allein entscheiden, wollen eine Art von hoher Polizei über die kleinen aufrichten und machen aus dem, was sie das Prinzip der Intervention nennen, ein Leitmotiv für die europäische Politik.

Was sollen wir zu solcher Uebereinstimmung sagen? So wenig wir auch geneigt sein mögen, der Forderung Buckles entsprechend, in dem Wandel der historischen Tatsachen eine Gesetzmässigkeit entdecken zu wollen, oder gar zu erklären, erst wenn das gelungen sei, könne man der Geschichte den Rang einer Wissenschaft zuerkennen, so brauchen wir darum doch vor gewissen historischen Parallelen, wo sie uns einmal entgegentreten, nicht die Augen zu verschliessen. Und eine unverkennbare Aehnlichkeit der Situation liegt hier vor. Vielleicht ist es nur eine ähnliche Wirkung derselben Ursachen. Es ist, als ob nach dem Ablauf grosser Kriegsepochen die Welt mehr als sonst geneigt wäre, die grossen Mächte als die berufenen Hüter des Friedens anzusehen und ihnen eine höhere Gewalt über die kleinen zu geben. 1822 beklagt sich Württemberg,[1]) dass Verträge abgeschlossen, Kongresse zusammenberufen würden im Interesse der europäischen Völkerfamilie, „ohne dass es den Staaten des zweiten Ranges gestattet ist, ihre Ansichten geltend zu machen, ihre besonderen Interessen zu wahren.“ Nicht anders schon 1718. Auch damals

*interest existimarint, unum illum tractatus Traiectensis articulum, qui regnum Siciliae spectat neque aliquam eius adeo praecipuam partem facit, abrogare . . .*

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte 3, 313.

gab es also „eine Einigung der Grossmächte, gegen den unruhigen Ehrgeiz der mittleren und kleinen Souveränetäten".[1])

Aber wie die Mannigfaltigkeit des historischen Lebens aller Gesetze spottet, so sind auch solche Aehnlichkeiten der Epochen immer unvollkommen. Auch dieses Mal zeigt sich ein bemerkenswerter Unterschied. Aus der Gruppe der 1718 zu gemeinsamer Politik geeinten Grossmächte ragt eine einzelne stärker hervor, als es innerhalb der heiligen Allianz der Fall war. Diese eine Macht ist England. Von ihm geht jene Präambel aus. Das Stanhope'sche England herrscht gewaltig innerhalb des Bundes, es will mit seiner Hülfe der Welt das Gesetz geben, es will von seiner gebietenden Stellung aus ein für alle Mal die Unterwerfung der schwächeren Staaten unter das Gebot der starken als ein Prinzip verkünden. Und da geschieht es, dass eine Macht wie Oesterreich, indem sie sonst der britischen Führung willig folgt, sich doch auflehnt gegen den Zynismus einer solchen Erklärung.

---

Von dem so gewonnenen Standpunkte aus haben wir nunmehr die der Unterzeichnung der Quadrupel-Allianz folgenden politischen und militärischen Ereignisse zu schildern.

Wir beginnen mit der Heimkehr Stanhopes aus Spanien. Die Reise war ergebnislos geblieben. Und seither war die Aussicht, Spanien noch auf dem Wege friedlicher Verständigung zu gewinnen, erheblich vermindert worden durch die Seeschlacht am Kap Passaro. Ohne vorhergehende Kriegserklärung hatte die englische Flotte unter Sir George Byng in den spanisch-österreichischen Streit im Mittelmeer eingegriffen und den Spaniern eine schwere Niederlage bereitet. So etwas konnte der spanische Stolz kaum verwinden. Als daher Stanhope auf der Heimreise einige Tage in Paris verweilte, bildete der künftige Feldzugsplan schon den wichtigsten Gegenstand seiner Besprechungen mit den französischen Staatsmännern. Und doch war der Engländer noch von einer andern Sorge schwer bedrückt. Durfte man sich denn nun auf die Franzosen auch unbedingt verlassen? Auf ihre Bundestreue

[1]) Was Droysen, Gesch. der preuss. Politik IV, 2,1. S. 165, noch leugnen durfte.

nach dreissigjähriger Feindschaft, und da auch jetzt noch die Mehrheit der Nation die Engländer hasste und den Krieg gegen den Enkel Ludwigs XIV. verabscheute?

Herzog Philipp von Orleans, der im Namen des minderjährigen Ludwigs XV. Frankreich regierte, war freilich durch sein Interesse ebenso an England gefesselt wie die Regierung Georgs I. an ihn. Er hatte nach den Ratschlägen seines Lehrers Dubois die Quadrupel-Allianz unterzeichnet, doch verschloss er auch den Gegnern derselben noch nicht völlig sein Ohr. Man weiss ja, dass Philipp von Orleans kein grosser Charakter war. Er schwankte zwischen den verschiedensten Einflüssen hin her. Worauf es ihm ankam, das war nicht allein der Besitz der Macht, es sollte auch jedermann den Eindruck erhalten, als ob er, der Regent, stets nach freiem Belieben seine Entschlüsse fasse. Wer Einfluss auf ihn üben wollte, musste Vorsicht anwenden.

An der Spitze der Conseils des Krieges und der auswärtigen Angelegenheiten standen noch die alten Gegner Englands, aus der Zeit des spanischen Erbfolgekrieges, die Marschälle Villars und Huxelles. Der Regent trat ihnen, wie es seine Art war, heute mit Festigkeit entgegen, um morgen ihre Ratschläge in Erwägung zu ziehen. Sie hatten zwar für die Quadrupel-Allianz votiert, taten aber jetzt ihr Möglichstes, um den Krieg zu verhindern. Sie stehen warnend vor dem Regenten, planmässig suchen sie ihn von seinen Verbündeten abzudrängen, ihn mit Spanien zu versöhnen. Man nennt sie die spanische Partei am französischen Hofe. Eines Tages, nachdem der Regent drei Stunden lang hinter verschlossenen Türen mit Stanhope und dem englischen Gesandten Lord Stair konferiert hat, erlaubt Villars sich die tadelnde Bemerkung, er habe noch nie den Fall erlebt, dass ein Fürst mit zwei Ministern desselben fremden Staates zugleich verhandle. „Es sind ja meine intimen Freunde“, sagt der Herzog. „Gewiss“, antwortet der Marschall überlegen, „aber sie sind doch in erster Linie die Freunde ihres eigenen Herrn, und zwei Männer, die, so wohl vorbereitet zur Verhandlung kommen, können Sie doch leicht weiter führen als Sie meinen“.

Längst wünschten die Regierungen von England und Oesterreich, den Regenten solchen Einflüssen zu entziehen.

Sie betrachteten schon jede Stärkung seiner Stellung wie einen eigenen Gewinn. Als kürzlich der Widerspruch des Pariser Parlaments gegen die Finanzpolitik des Regenten von diesem staatsstreichähnlich durch ein Throngericht zum Schweigen gebracht worden war, da hiess es, Georg I. habe sich über diese Nachricht mehr gefreut, als über den Sieg seiner Flotte am Kap Passaro. Aber wieviel wichtiger schien es noch, die Opposition gegen die auswärtige Politik zu brechen. Hier richteten sich nun alle Blicke auf den Abbé Dubois. Seit zwei Jahren hatte er, ohne der berufene Leiter der auswärtigen Politik Frankreichs zu sein, die Richtung derselben bestimmt. Er hatte 1716 die Verhandlung in Hannover geführt, er hatte die Tripel-Allianz vom 4. Januar 1717 zu Wege gebracht, durch die der 30 Jahre alte Gegensatz zwischen Frankreich und England ausgelöscht erschien. Er hatte in London die Quadrupel-Allianz unterzeichnet. Nun wünschte man ihn auch mit der amtlichen Leitung der Geschäfte betraut zu sehen.

Das historische Bild Dubois' tritt uns jetzt deutlich vor Augen. Nicht hoch und gebietend steht er da, nicht als ein überragender Genius, der durch wuchtiges Handeln die Widerstände niederwirft, sondern als der Mann mit dem bescheidenen Auftreten und dem ungemessenen Ehrgeiz, der mit der Gebärde der Demut die Hand ausstreckt nach den höchsten Würden in Staat und Kirche. Seine ungemeine Gewandtheit und Rührigkeit, sein Geschick, die Menschen zu nehmen, sein Spürsinn, das sind seine starken Waffen. So hatten die Engländer ihn kennen gelernt, als er mit ihnen in London die Quadrupel-Allianz verhandelte. „Er ist unglaublich rasch bei der Hand", so schildert ihn der Staatssekretär Craggs.[1]) „Sobald er eine Neuigkeit aufgefangen hat, schickt er einen Kurier damit ab. Versuche ich heute, etwas vor ihm zu verbergen, so hat er es bis morgen dennoch erfahren und ist nur von tausenderlei Argwohn erfüllt". So fanden die englischen Minister es notwendig und nützlich, „den kleinen Mann", dessen beste Stütze sie waren, zu fördern und zu erheben.

---

[1]) Graham, Annals and Correspondence of the Earls of Stair. II. 1875, 368.

Seitdem Dubois nach der Unterzeichnung der Quadrupel-Allianz von London zurückgekehrt war, wurden die weiteren Schritte zwischen ihm und dem englischen Gesandten Lord Stair genau vereinbart. Es handelte sich darum die Conseils des Kriegs und des Auswärtigen durch Staatssekretäre zu ersetzen und Dubois in das des Auswärtigen zu bringen

Vorsichtig beginnt Stair, dem Regenten von der Notwendigkeit einer solchen Aenderung zu reden. Er vermeidet es noch, Dubois zu nennen, denn „ich würde ihm damit keinen guten Dienst erwiesen haben." Der Herzog von Orleans erklärt zwar mit grossem Stolze, er wolle wie einst Richelieu das Geheimnis der auswärtigen Politik ganz allein besitzen. Stair widerspricht nicht, doch meint er, der Regent brauche auch jemanden, auf den er sich ganz verlassen könne. Bald wird der Angriff von mehreren Seiten erneuert. Am 6. September 1718 ringt Stair dem Regenten das Versprechen ab, Huxelles werde nicht mehr lange in seiner Stellung verbleiben. Am 7. wird der kaiserliche Gesandte Graf Königsegg in Audienz empfangen und erhält ähnliche Zusicherungen. Am 10. trifft Lord Stanhope, von Spanien kommend, ein. Eine Woche will er in Paris verweilen, bleibt aber länger, da ihm der Regent in Aussicht stellt, dass er bald eine willkommene Nachricht nach London mitnehmen könne. Gemeinsam arbeiten nun die beiden englischen Diplomaten an der Erhebung Dubois'. Auch Zeugnisse aus Wien und London werden vorgelegt. Der Abbé, da er seine Sache in guten Händen weiss, hält sich bescheiden zurück und sorgt nur dafür, dass auch ein schmeichelhafter Brief, den ihm der Minister Craggs aus London geschrieben, dem Regenten vor die Augen komme. Am 24. September ist das Ziel erreicht, die Conseils werden aufgehoben und durch Staatssekretariate ersetzt. Dubois wird Staatssekretär des Auswärtigen.[1])

Ein wunderliches Bild wie die Huxelles und Villars auf der einen, Stair und Stanhope auf der andern Seite, um die

[1]) Besonders nach folgenden Korrespondenzen: Stair an Craggs 20. 29. Aug., 4., 7. Sept. 1718. St. Saphorin an Stair 22. Aug. 1718. Stair und Stanhope an Craggs 14., 25. Sept. 1718. Dubois an Stair 25. Sept. 1718; sämtlich im Record Office. Vgl. auch Wiesener, Le Régent, l'abbé Dubois et les Anglais, 2. 261 ff.

Seele des Herzogs von Orleans ringen, das alte Frankreich Ludwigs XIV. gegen den Einfluss Grossbritanniens. Der Ausgang gibt zugleich einen deutlichen Masstab für die Machtverhältnisse zwischen den grossen Staaten. Frankreichs europäische Politik ist unter Orleans und Dubois auf lange Zeit von der englischen abhängig geworden. Erst in den dreissiger Jahren hat sie durch Fleurys Erfolge ihre alte Selbständigkeit zurückgewonnen.

Dubois wusste genau, wem er den Erfolg zu danken hatte. Unmittelbar, nachdem er als Staatssekretär den Eid in die Hände des Königs geleistet hatte, drückte er in einem Briefe an Stair diesem und Stanhope seinen Dank aus für alles, was sie für ihn getan hatten. „Meine erste Sorge wird sein, Ihnen zu zeigen, dass ich das Amt zum gemeinsamen Besten unserer Herren zu verwalten gedenke."

Es mag schon hier darauf hingewiesen werden, dass eben um dieselbe Zeit in Frankreich ein anderer Mann zu grosser Macht gelangte, der ebensowenig wie Dubois den alten Adelsgeschlechtern des Landes entsprossen war. Es war der Schotte John Law, der bald die Leitung der gesamten inneren Verwaltung übernahm. Wir werden von der auch für England so wichtigen Rolle, die er in Frankreich spielte, noch mehr erfahren. Niedriggeborenen Männern dieser Art die Bahn frei zu geben, entsprach nicht nur dem persönlichen Vorteil, sondern auch so recht dem Geschmacke des Regenten. In der äußeren wie in der inneren Politik gibt er mit Behagen die alten Traditionen preis. Er fühlt sich bedrückt von der Grösse der vergangenen Epoche, wie von dem Ruhme ihrer Namen. Er macht sich, da er neue Wege einschlägt, gern von ihnen los und setzt andere an ihre Stelle. Es sind Namen ohne Klang, aber Männer von Talent, von Erfindung, voll von geistreichen Einfällen, wie er selbst, aber, wie er selbst, auch ohne Tiefe und ohne Moral. Für Dubois, den Sohn des armen Apothekers, jetzt Leiter der auswärtigen Geschäfte, gab es nur ein Ziel, die Befriedigung seines brennenden Ehrgeizes. England durfte auf seine Dienste rechnen, solange er selbst hoffen konnte, mit Englands Hülfe sich zu behaupten oder vielleicht noch höher emporzusteigen.

Noch war die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht gefallen. Sie lag weder in Frankreich noch in England. Diese Mächte hatten sich, zusammen mit Oesterreich, auf die Sätze der Quadrupel-Allianz festgelegt. Wenn Spanien sich nach dem Verluste seiner Flotte zur Unterwerfung unter die Quadrupel-Allianz entschloss, so war der Krieg vermieden. So hing von den Machthabern in Madrid das Schicksal Südeuropas ab.

Wie war nun die Nachricht von der Vernichtung der spanischen Flotte am Hofe Philipps V. aufgenommen worden? Der englische Gesandte, Oberst Stanhope, hatte sich soeben, zusammen mit seinem französischen Kollegen Nancré, nach dem Escurial begeben, als sie von einem Kurier erreicht wurden, der ihnen die Botschaft von der Seeschlacht überbrachte. Noch hatte im Palaste niemand davon erfahren. Ihrerseits fanden sie es nun schicklich, nicht gerade in diesem Augenblicke vor das Antlitz des spanischen Königs zu treten. Statt dessen liessen sie den Kardinal Alberoni, den leitenden Staatsmann, von dem Geschehenen in Kenntnis setzen; sie wollten von ihm vernehmen, wie sie sich zu verhalten hätten. Der Minister liess nur Nancré — nicht auch Stanhope — auf den Abend zu sich bitten und erfuhr von ihm die weiteren Einzelheiten. Er zeigte sich dankbar für das taktvolle Benehmen der beiden Diplomaten, erklärte aber sogleich mit stolzen Worten, auch nach diesem Unglücksfalle werde sein König das sizilische Unternehmen niemals aufgeben oder auch nur einen einzigen Mann von den Truppen, die er dort habe, zurückrufen.[1])

In diesem Augenblicke dachte der Kardinal also sicherlich nicht daran, den von den Westmächten geforderten Beitritt Spaniens zur Quadrupel-Allianz zu vollziehen. Immerhin, die Geschichtschreibung hat bisher zu einem sicheren Verständnis dieses merkwürdigen Menschen nicht gelangen können. Sie sieht ihn, schlau und erfindungsreich, auf immer neue Mittel und Wege sinnen, um seinen Gegnern beikommen zu können. Rasch hatte sich der Emporkömmling aus Italien in die spanischen Verhältnisse eingelebt. Unbekümmert um die

[1]) W. Stanhope an Craggs. 12. Sept. 1718. R. O.

Utrechter Friedensschlüsse suchte er die alte Grossmachtpolitik der spanischen Habsburger neu zu beleben. Die Hohe Pforte meint er ebenso wie die Fürsten des Nordens, den Zaren Peter und den Schwedenkönig Karl XII., seiner Politik dienstbar machen zu können, er plant den Sturz des Regenten in Frankreich wie den des Hauses Hannover in England. Die Zeitgenossen haben in ihm die Verkörperung einer Politik erblickt, bei der Europa niemals zur Ruhe kommen werde, sie haben seinen Sturz gefordert, als die erste Bedingung für den Frieden. Aber dann hat er wieder zu Zeiten den Bruch zu vermeiden gewünscht, und in gewissen Momenten scheint er friedlicher als das spanische Königspaar, scheint er nur widerwillig ihre kriegerischen Absichten zur Ausführung zu bringen.

Doch folgen wir den Ereignissen, wie sie sich zunächst bis zum Ausbruch des offenen Krieges mit England und Frankreich entwickelten. Denn auch nach der Schlacht am Kap Passaro blieb man über die Haltung Spaniens noch eine Zeit lang im Ungewissen. Oberst Stanhope freilich hielt sich vom Hofe fern und Alberoni liess ihm sagen, er tue gut daran.[1]) Nun wurden auch die Effekten der englischen Kaufleute in den spanischen Häfen mit Beschlag belegt, was freilich vertragswidrig war, denn man hätte ihnen eine Frist von sechs Monaten gewähren müssen,[2]) doch kam es so wenig unerwartet, dass die Betroffenen nicht versäumt hatten, ihre wertvollsten Vermögensgegenstände in Sicherheit zu bringen.[3]) Ja, auch die Personen der Engländer wurden in ihren Häusern gefangen gehalten, mit spanischen Soldaten vor der Türe. Und was an Kriegsschiffen dem sizilischen Verderben entronnen war, wurde verwendet, um gewaltsam und oft nicht ohne Blutvergiessen die in spanischen Häfen liegenden Schiffe der Engländer, oder auch, wo man ihrer habhaft werden konnte, die auf hoher See befindlichen, zu ergreifen.[4]) Kaperbriefe wurden ausgestellt und bald ward zu beiden Seiten des

[1]) W. Stanhope an Lord Stanhope 26. Sept. 1718, mit der Beilage: Nancré an W. Stanhope 25. Sept. 1718. R. O.

[2]) Craggs an Stair 14. Okt. 1718. R. O.

[3]) W. Stanhope an Craggs 28. Aug. 1718. R. O.

[4]) W. Stanhope an Lord Stanhope 26. Sept. 1718. R. O.

Atlantischen Ozeans eine förmliche Jagd auf die britischen Kauffahrer eröffnet. Der englische Gesandte in Madrid wartete nur auf das Eintreffen seines Abberufungsschreibens, um den Boden Spaniens zu verlassen.

Dennoch konnte, solange der französische Gesandte Nancré am spanischen Hofe weilte und fortfuhr, mit Alberoni zu verhandeln, von einem völligen Bruche zwischen Spanien und den Mächten der Quadrupel-Allianz nicht die Rede sein. Der Kardinal hatte umso weniger Grund, diese Wendung zu beschleunigen, da er in seinen auf entfernte Gebiete gesetzten Hoffnungen immer neue Enttäuschungen erlebte. Seitdem die Pforte mit Oesterreich Frieden geschlossen, sollte die Rettung vom Norden kommen. Im Sommer 1718 fanden auf den Alandsinseln Verhandlungen statt, um zwischen den Hauptstreitern im nordischen Kriege, dem Zaren Peter und dem Schwedenkönige Karl XII. einen dauernden Frieden zu errichten. Alberoni glaubte schon, einen starken nordischen Bund entstehen, Russland, Schweden und Preussen an die Seite Spaniens treten zu sehen, um gemeinsam die Waffen gegen Georg I. zu richten und ihn, wo immer es sei, auf deutschem Boden, oder in England anzugreifen. In Paris erzählte man sich im September 1718, die Flotten von Russland und Schweden hätten sich bereits vereinigt, hätten viele Tories an Bord genommen und planten eine Expedition gegen König Georg. Selbst Stanhope gegenüber, als dieser in Spanien weilte, hatte Alberoni die Hoffnung nicht verbergen können, sich durch ein Eingreifen der nordischen Mächte den harten Bedingungen der Quadrupel-Allianz noch entziehen zu können.[1]) Der Bund mit dem Norden oder die Unterwerfung „*à ce vilain et détestable traité*“, das waren die beiden Möglichkeiten, in denen für ihn die Zukunft Spaniens beschlossen lag.[2])

Aber der Norden, sagte man damals,[3]) wechselt sein Antlitz gar oft. Die Konferenzen von Aland führten zu keinem Abschluss. Statt sich den Feinden Georgs I. zu verschreiben, zeigte Peter der Grosse vielmehr den Wunsch nach einer An-

---

[1]) Stanhope an Craggs. Paris 14. Sept. 1718. Mahon, History of England. (Tauchnitz) II 368.

[2]) Stair an Stanhope. 3. Nov. 1718. R. O. Aehnlich Alberonis Brief an den Herzog von Parma, zitiert bei Bourgeois, Le secret des Farnèse, 331.

[3]) Stair an Craggs, 29. Oct. 1718. R. O.

näherung an England. Sein Resident Wesselowski überreichte in London eine Note, voll von Ausdrücken der Freundschaft und mit dem Wunsche des Zaren, in ein defensives oder gar ein offensives Bündnis mit Georg I. zu treten.[1]) Die englischen Minister waren zwar nicht ganz überzeugt von der Ehrlichkeit dieser Anerbietungen, meinten aber doch der gegebenen Anregung folgen und einen diplomatischen Vertreter nach Petersburg senden zu sollen.[2]) Wir werden auf den Erfolg dieser Mission an anderer Stelle noch zurückkommen. Auf Peter den Grossen aber durfte Alberoni nicht mehr zählen. So wird sich denn, sagte Stanhope, wohl auch diese Rettungsaktion des Kardinals wie alle seine anderen Pläne als eine Fehlgeburt erweisen.

Natürlich machte die Nachricht aus dem Norden auch auf Alberoni tiefen Eindruck. Jetzt schien er plötzlich der Mann des Friedens geworden zu sein. Täglich sass er[3]) stundenlang mit Nancré und Daubenton, des Königs Beichtvater, zusammen. Man sann über die Mittel nach, um den Sinn des Königs zu beugen, über die Anerbietungen, welche die Verbündeten im Interesse des Friedens dem spanischen Staate, welche sie vor allem zu Gunsten der Königin Elisabeth machen könnten. Man wird Alberoni gewiss nicht schlechthin als den Anwalt des Friedens feiern dürfen; aber in diesem Augenblicke hat er ihn ehrlich gesucht.

Die Königin aber war es, welche zuletzt den Ausschlag gab. Sie fand, heisst es, dass die Mächte der Quadrupel-Allianz mehr auf das Wohl ihrer Kinder als auf ihr eigenes bedacht waren. Ihr Gatte schien damals schwer leidend zu sein: wenn er starb, war ihr eigenes Los ungewiss und wenig dadurch gebessert, dass ihren Kindern die Thronfolge in italienischen Gebieten in Aussicht gestellt wurde. Sie hasste einen Vertrag, der ihr selbst nichts gab. In Sizilien oder Sardinien hatte sie sich ihren künftigen Witwensitz gedacht, darum sollten die neuen Eroberungen behauptet werden. Ob

[1]) Lord Stanhope an Oberst Stanhope. Paris 12. Sept. 1718. R. O.

[2]) Stanhope an Norris. 5. Okt. 1718. Foreign Entry Books 126, R. O.; Instruktion für Sir John Norris. Hamptoncourt 14. Okt. 1718. King's Letters. Russia 57. R. O.

[3]) Vgl. E. Bourgeois, Le secret des Farnèse. 330 ff.

sie die Ungleichheit der Kräfte in einem Kampfe Spaniens gegen die Quadrupel-Allianz so völlig übersah, mag dahingestellt bleiben. Genug, sie drängte jetzt den König zu kriegerischer Entscheidung. So stand Philipp in der Mitte zwischen dem staatsmännischen Rate Alberonis und Daubentons und der weiblichen Leidenschaft seiner Königin. Im Kreise dieser wenigen Menschen erfüllte sich, wahrhaft dramatisch, das Schicksal Spaniens. Am 19. Oktober meinte Alberoni, den König für den Frieden gewonnen zu haben. Doch über Nacht ging der Erfolg wieder verloren und Philipp zeigte sich zum Kriege entschlossen. „Der Betstuhl," sagte Daubenton, „hat dieses Mal gegen den Alkoven nichts auszurichten vermocht."

Und nun war auch die Haltung Alberonis wie verwandelt. Seine Sprache wurde so stolz und hochfahrend wie je. Er ist jetzt ganz der Mann des Krieges, dessen militärischer und diplomatischer Vorbereitung er sich mit voller Seele hingibt. Seine Stellung am spanischen Hofe, seine eigene Sicherheit fordern es von ihm. Ob es die persönliche Politik Alberonis war, gegen die sie kämpfen mussten, oder die Politik der Königin, deren kühner Vollstrecker er nun wurde — den Staatsmännern der Quadrupel-Allianz konnte es gleich sein. Für sie ward der Kardinal nun vollends zum Symbol des verwegenen und im Grunde hoffnungslosen Widerstandes gegen die Quadrupel-Allianz. Mit seinen Flottenexpeditionen, seinen diplomatischen Künsten, mit seinen Verschwörungen gegen die Fürstenthrone der Westmächte ward er wirklich zu dem grossen „Brandstifter Europas", der unschädlich gemacht werden musste, damit der Friede des Weltteils gesichert erschien.

Als Nancré am 19. Oktober zur Abschiedsaudienz noch einmal vom Königspaare empfangen wurde, sah er ein Lächeln auf dem Antlitz der Königin, „ein schadenfrohes Lächeln, würde ich sagen, wenn es nicht gegen den Respekt verstiesse." Dieses Lächeln, so erklärte ihm nachher Alberoni, kündete den Triumph an, den Elisabeth Farnese in der Nacht über ihn, den Kardinal, errungen hatte.[1])

[1]) Stair an Craggs, 8. Nov. 1718. R. O. Vgl. E. Bourgeois, Le secret des Farnèse. 332.

So erfolgte der förmliche Abbruch der Beziehungen zwischen Spanien und den Westmächten. In London benutzte der spanische Gesandte Monteleone die letzten Wochen seines Aufenthaltes noch zu dem Versuche, die Stellung der englischen Regierung bei ihren eigenen Untertanen zu erschüttern. Er schrieb und veröffentlichte einen Brief an den Staatssekretär Craggs,[1]) in dem er Klage führte über das widerrechtliche Vorgehen der englischen Flotte gegen die Spanier. Craggs blieb die Antwort nicht schuldig und schrieb,[2]) Admiral Byng habe vollkommen loyal dem spanischen Flottenführer erklärt, Gewalt anwenden zu müssen, falls dieser nicht die Feindseligkeiten einstelle. Und ferner rückte er ihm die vielen Gewalttätigkeiten vor, die die Spanier sich im letzten Jahre im Mittelmeer erlaubt hätten, wo sie englische Schiffe gezwungen hatten, für ihre sardinische und sizilische Expedition Transporte zu übernehmen, und wenn die Kapitäne sich weigerten, so wurden ihnen die Ohren abgeschnitten. Uebrigens sah die englische Regierung von einer Veröffentlichung dieser Antwort ab, indem sie den Diplomaten befreundeter Mächte erklärte[3]) sie verschmähe es, das üble Beispiel eines Appells an das Volk zu befolgen. Monteleone ward bei seiner Abreise sogar noch mit Auszeichnung behandelt. Er durfte bei der Abschiedsaudienz mit dem Könige speisen, durfte sich von den drei kleinen Prinzessinnen und auch von den Freundinnen des Königs, sowie von den englischen und deutschen Ministern offiziell verabschieden, nur nicht von dem prinzlichen Paare, da ja der Thronfolger in schwerer Ungnade stand. Für die Fahrt nach dem Festlande wurde Monteleone eine königliche Yacht zur Verfügung gestellt. Seinerseits verpflichtete er sich, nach England zurückzukehren, falls dem Obersten Stanhope, der damals noch auf spanischem Boden weilte, bei seiner Abreise Schwierigkeiten bereitet werden sollten.[4])

---

[1]) Monteleone an Craggs $\frac{25. \text{ Aug.}}{5. \text{ Sept.}}$ 1718, R. O.

[2]) Craggs an Monteleone 4. Sept. 1718. R. O.

[3]) Bericht Hoffmanns vom 20. Sept. 1718. W. St. A.

[4]) Bericht Bonets vom 17./28. Oktober 1718. G. St. A. Bericht Hoffmanns vom 21. Oktober 1718. W. St. A. Craggs von W. Stanhope. 6. Okt. 1718. R. O.

Nun aber galt es, Volk und Parlament von Grossbritannien für den unvermeidlich gewordenen Krieg gegen Spanien zu gewinnen. Denn wenn auch das Recht der Kriegserklärung dem Monarchen allein zustand, so musste doch das Parlament die Mittel bewilligen. Der spanische Hof rechnete darauf, dass das niemals geschehen werde.[1]) In der Tat ist es den englischen Ministern nicht leicht geworden, das Ziel zu erreichen. Bei einem Kriege mit Spanien dachte eben jedermann in England zunächst an die unliebsame Unterbrechung des gewinnreichen Handelsverkehrs mit dem Pyrenäenreiche und seinen Kolonien. Die Regierung hatte bereits eine kleine Enttäuschung erfahren, als die Nachricht vom Seesiege noch keineswegs die kriegerische Begeisterung entflammte, wahrscheinlich weil man das Ereignis weniger in dem Sinne der Beseitigung eines aufsteigenden Rivalen zur See würdigte, denn als einen Liebesdienst, den England dem Kaiser Karl VI. erwies. Genug, die rechte Stimmung für den Krieg sollte erst geschaffen werden.

Die klugen Häupter der Regierung haben es nun vorzüglich verstanden, den parlamentarischen Feldzug vorzubereiten und durchzuführen. Zunächst wurde die Presse, soweit sie der Regierung zur Verfügung stand, in Bewegung gesetzt. Unter den persönlich noch erkennbaren Autoren, die für den Krieg gegen Spanien eintraten, bemerken wir wieder Daniel Defoe, den vielgewandten Schriftsteller. Von allen Seiten beleuchtete er die Frage des spanischen Krieges. In einer besonderen Schrift[2]) wies er, die Bundestreue der Regierung zu stärken, auf die Pflicht Englands hin, zur Verteidigung der italienischen Provinzen des Kaisers die Waffen zu ergreifen. Aber sicherlich hat er die englische Denkweise noch viel besser getroffen, in einem Artikel,[3]) den er im November 1718 in der kürzlich von ihm selbst begründeten „Whitehall Evening Post“ veröffentlichte. Hier ist frisch und unbedenklich das ganze Problem lediglich vom Standpunkt des englischen

[1]) W. Stanhope an Craggs 31. Okt. 1718. (Der spanische Hof ist) *firmly persuaded, that the Parliament of England will be never brought to support a war against Spain.* R. O.

[2]) The Case of the War in Italy stated. Vgl. Lee, Defoe 1, 277.

[3]) Abgedruckt bei Lee 2, 79 ff.

Interesses, insbesondere des Handelsinteresses, aus gesehen. Was Defoe selbst zu anderen Zeiten als wichtig zu bezeichnen pflegte, die Bekämpfung des durch Spanien verkörperten Katholizismus, oder die Ehrenpflicht, für den Utrechter Frieden einzutreten und dem Kaiser zu helfen, seinen italienischen Besitz zu verteidigen, das alles erscheint hier nebensächlich gegenüber dem rein englischen Standpunkt. Jetzt wäre es barer Unsinn, religiösen Träumereien nachzuhängen und zu sagen: Dies ist ein Kampf zwischen papistischen Mächten, die einander zerfleischen mögen, und die protestantischen Staaten sollten beschaulich zusehen, bis die Zeit gekommen sein wird, jene völlig niederzuwerfen und sie in den Ruinen der Hure Babylon zu begraben. So darf man in einem Religionskriege reden, sagt Defoe. Jetzt aber geht es um weltliche, nicht um religiöse Dinge. An die Gefahr soll man denken, die dem englischen Handel von der wachsenden Macht Spaniens droht. Und ebenso wäre es eine böswillige Entstellung zu sagen, Grossbritannien sei hier nur eine Hülfsmacht des Kaisers. Ganz im Gegenteil. Wer das Königreich Sizilien, den Hafen von Cagliari, die Strasse von Messina oder den Golf von Neapel besitzt, das sind Fragen, tausendmal wichtiger für England als für den Kaiser. Er bleibt der Kaiser und ein mächtiger Fürst, auch wenn er keinen Fussbreit Landes mehr in Italien besitzen sollte. Dagegen würde Sizilien in der Hand eines zur See starken Spaniens wie eine Kette sein, die vor den Eingang zu den levantinischen Gewässern gelegt wäre. Der Handel Englands mit den Korinthen aus Zante, mit Oel aus Gallipoli, mit Seide aus Messina und Neapel, kurz der gesamte Verkehr mit der Levante, mit Italien, ja der ganze Mittelmeerhandel wäre ruiniert. Und wie steht es in Westindien, was wird aus Jamaica und Barbadoes werden?

Ist Defoe hier, wie so oft, der echte Anwalt der grossen kaufmännischen und Handelsinteressen, oder, um mit Seeley zu reden, der Expansion Englands, so scheut er doch den Widerspruch nicht, indem er ein anderes Mal[1]) auch diejenigen aufzuklären versucht, die ihm gar zu viel aus der

[1]) Ebd. 92 ff.

militärischen Stärke Spaniens und der Gefährlichkeit des kommenden Kampfes zu machen scheinen. Freilich sind ininzwischen ein paar Monate verflossen und die Aussichten Alberonis durch den Tod Karls XII. von Schweden entschieden verschlechtert. Immerhin hat Defoe dieses Mal nur noch Spott und Hohn für den Gegner. Er vergleicht ihn und seinen Krieg gegen die Mächte der Quadrupel-Allianz mit dem Ritter Don Quixote und seinem berühmten Kampf gegen die Windmühlen. „Was ist Spanien", ruft er aus, „umgeben von den Armeen Frankreichs, der Flotte Englands und den siegreichen Truppen des Kaisers?" Jeder dieser Staaten ist ihm allein überlegen. Was es treibt, ist politischer Wahnwitz, eine Verblendung, wie die Welt sie nicht mehr erlebt hat, seit jenen Tagen, als man Jerusalem gegen die Römer halten zu können vermeinte.

Für die Politik des Parlaments war freilich die Stimmung der interessierten kaufmännischen Kreise weit wichtiger, als die Aeusserungen der Presse. Und hier kam es vorzüglich auf die Haltung der grossen Handelsgesellschaften an. Im September 1718 überreichte die Südsee-Kompagnie, mit einem Schreiben an den König, der Regierung ein umfangreiches Schriftstück,[1]) welches in fünfundzwanzig Artikeln eine Darlegung der Schwierigkeiten enthielt, welchen der Geschäftsverkehr mit den spanischen Kolonien, insbesondere der Assiento-Handel, unterlag. Die Kaufleute der Kompagnie bitten den König, bei Spanien vorstellig zu werden, um ihren Beschwerden, deren sie dem Könige zu gelegener Zeit noch weitere vorzutragen in der Lage wären, abzuhelfen. Die ganze Darlegung, auf die wir ihres interessanten Inhalts halber auch an anderer Stelle noch zurückkommen werden, war natürlich bestellte Arbeit und würde ohne die besonderen Tagesereignisse niemals das Licht der Welt erblickt haben. Die Minister wünschten auch, die Stadt London, das Zentrum des britischen Handels, möge dem Könige in einer Adresse ihren Dank ausdrücken für die Förderung, die er den Handelsinteressen des Landes angedeihen lasse. Aber in diesen

[1]) ‚A State of the Difficulties which the South Sea Company labour under, and in which they pray to be redressed.' Handschriftlich in den Akten der Südsee-Kompagnie im Brit. Mus. Add. Mss. 25 562.

Kreisen war noch nicht die richtige Stimmung vorhanden. Wir werden doch, erklärte ein Alderman, dem Könige nicht noch feierlich dafür danken, dass er unsern Handel ruiniert hat. Dafür gelang es aber, zwei andere Adressen zu erhalten, die beim Volke einen günstigen Eindruck zu wecken geeignet erschienen.[1]) Von Bedeutung war insbesondere diejenige der ostindischen Kompagnie. Sie sprach den Dank der Gesellschaft aus, weil es mit Hülfe der englischen Diplomatie in Wien gelungen sei, den Handelsverkehr zu unterdrücken, der zum Schaden der Kompagnie nach Ostindien betrieben worden sei, und zwar durch englische Kaufleute von Ostende aus und unter der Flagge des Kaisers. Niemand sah damals voraus, welche Ausdehnung dieser belgisch-ostindische Handel trotzdem noch gewinnen, welche schweren Sorgen er der europäischen Diplomatie noch bereiten sollte.

Die Regierung wünschte gleich im Anfang der Session über die Haltung des Parlaments Klarheit zu gewinnen. Notwendigerweise musste man in der Thronrede nicht nur den Abschluss der Quadrupel-Allianz, sondern auch den tatsächlich erfolgten Bruch mit Spanien erwähnen. Aber damit wünschte man zugleich ein freundliches Echo in beiden Häusern des Parlaments zu wecken und die Sicherheit zu erhalten, dass es an der Bewilligung der für den Krieg notwendigen Mittel nicht fehlen werde. Die Thronrede wurde von Stanhope entworfen, den anderen Ministern zur Prüfung vorgelegt und alsdann ins Französische übersetzt, um dem Könige gezeigt zu werden, dessen Billigung sie fand. Am Tage vor der Eröffnung ward sie noch einigen regierungsfreundlichen Mitgliedern beider Häuser zur Kenntnis gebracht, zugleich mit dem Text der Antwortadressen, wie man sie angenommen zu sehen wünschte.[2])

Diese Thronrede war ein Meisterstück politischer Darlegung. Kenner bewunderten die geschickte Art, wie hier, vollkommen sachlich und doch nicht ohne rhetorische Kraft, die Entstehung des Konfliktes mit Spanien erzählt war. In der Quadrupel-Allianz, hiess es, habe man dem Könige Philipp

[1]) Bonets Bericht vom 11./22. Nov. 1718. G. St. A.

[2]) Ebd.

bessere Bedingungen geboten, als er sie selbst in den Utrechter Friedensschlüssen erhalten habe. Gleichwohl griffen die Spanier, verführt durch die Verlegenheiten, die der Türkenkrieg (der aber inzwischen durch englische Vermittlung glücklich beendet sei) dem Kaiser bereitete, nicht nur diesen selbst an, sondern hofften gar, in Grossbritannien und Frankreich Unruhen zu erregen. Für freundschaftliche Vorstellungen unzugänglich, haben sie die Verträge gebrochen und damit die Sicherheit des englischen Handels schwer gefährdet. Die Notwendigkeit, das Vertragsrecht zu wahren und den Handel zu schützen, hat daher das Eingreifen der englischen Flottenmacht unvermeidlich gemacht. Und da nun jene überall in den Häfen Spaniens und Westindiens Befehle ausgehen lassen zur Ausrüstung von Kapern und zur Wegnahme englischer Schiffe, fährt der König fort, „so bin ich überzeugt, dass ein britisches Parlament mich in den Stand setzen wird, diese Behandlung so zurückzuweisen, wie es unserer würdig ist: und mit Befriedigung kann Ich Ihnen versichern, dass der Regent von Frankreich sich in Freundschaft bereitgefunden hat, im Zusammenwirken mit mir die schärfsten Massregeln zu ergreifen."

Die Bedeutung dieser Sätze lag darin, dass einerseits der Krieg als beschlossene Sache hingestellt und damit das königliche Vorrecht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, betont wurde, während andererseits der nationale Charakter der Angelegenheit hervorgehoben war, der die Unterstützung der Regierung durch das Parlament gebieterisch fordere.

Die fernere Mitteilung, dass die Regierung nach dem Abschluss der Quadrupel-Allianz eine erhebliche Reduktion der Landarmee vorgenommen habe, und dass sie die vorhandenen Streitkräfte zur See für genügend erachte, um den Kampf mit Spanien zu glücklichem Ausgang zu führen, konnte bei der herrschenden Abneigung gegen die stehende Armee nur eine günstige Wirkung ausüben. Der Schlussatz endlich brachte noch einen emphatischen Hinweis auf die Bedeutung des Moments. „Niemals war von Ihrer Seite einmütiges, kräftiges und rasches Handeln zur Erreichung so grosser Ziele mehr vonnöten als jetzt. Ich habe das Meinige getan. An Ihnen ist es nun, das Werk zu vollenden".

Aber auch die bestverfasste Thronrede konnte allein den Sieg der Regierung in den nun folgenden Adressdebatten[1]) nicht gewährleisten. Man hatte es ja nun einmal mit jener mächtigen Opposition zu tun, zu der sich nicht allein Tories und Jakobiten, sondern auch jener aus der Verbindung mit den Parteigenossen losgelöste Flügel der Whigs unter der Führung von Townshend und Walpole, zusammenfanden. Die Minister hatten in der Ueberzeugung, dass von dem Ausgang der Adressdebatten ihr eigenes Schicksal ebenso, wie dasjenige der Quadrupel-Allianz abhänge, sich denn auch keineswegs auf den Patriotismus der Parteien verlassen. Sie scheuten die Mühe nicht, eine Anzahl von Parlamentsmitgliedern persönlich zu bearbeiten. Sie sparten nicht mit Versprechungen, sie deuteten an, dass von allen der Mehrheit anstössigen Plänen der Regierung ferner nicht die Rede sein, dass man von einer Aenderung der Stellung des Prinzen zum Könige, von einem Verbote des Handels mit Schweden nichts mehr hören solle. Den kirchlich Gesinnten gab die Regierung auch zu verstehen, dass sie an eine Beseitigung der Akte gegen die gelegentliche Konformität vorläufig nicht denke. Ein Versprechen, dass freilich bald genug gebrochen wurde, denn, wie wir wissen, vergingen nur wenige Wochen, bis jene Akte in aller Form beseitigt war.

Ja, die Minister wendeten noch gröbere Mittel an, um zum Ziele zu gelangen. Sie haben, berichtet der preussische Resident, alle „für Eindrücke empfänglichen“ Mitglieder sondieren lassen. Die Zahl derselben ist nicht klein, denn vielen Landedelleuten wird es nicht leicht, allein vom Ertrage ihrer Güter in dem teuren London zu leben. Die Regierung gab mit vollen Händen. Whigs wie Tories waren die Empfänger. Bis in die Reihen der Jakobiten muss das Gold geflossen sein, denn gerade aus ihren Kreisen konnte man gelegentlich die neue Lehre vernehmen, der Streitfall mit Spanien betreffe das Lebensinteresse der Nation, und viele wunderten sich über den bei den Jakobiten so plötzlich auftretenden Patriotismus.

Mit anderen Worten, wir haben es hier wohl mit einem der Fälle zu tun, wo schon vor dem Eintritt Walpoles in die

[1]) Das Folgende nach der Parl. Hist. und den Berichten der Diplomaten.

Regierung die Praxis der Bestechung von Parlamentsmitgliedern offenkundig zu sein scheint, und wir wollen uns dieses Falles neben anderen erinnern, wenn es sich darum handelt, die Bedeutung der Korruption unter Walpole zu würdigen.

Das Ergebnis dieser Bemühungen bestand aber darin, dass in der Tat die Opposition der Tories weit weniger ins Gewicht fiel, als diejenige der von der Regierung abgefallenen Whigs. Mit den Mitteln der Bestechung war dieser Gruppe offenbar nicht beizukommen. Andererseits war sie ohne genügende Unterstützung durch Tories und Jakobiten nicht stark genug, um der Regierung die ihr zugedachte Niederlage bereiten zu können.

So sahen die Minister guten Mutes die Session herankommen. „Ich darf wohl sagen", erklärte Craggs[1]) zuversichtlich, „wenn der Kardinal sich auf den Beistand unseres Parlaments verlässt, so wird er statt dessen eine Adresse zu lesen bekommen, dass ihm die Augen übergehen".

Es waren immerhin heisse Redekämpfe, die sich, gleich nach der Verlesung der Thronrede, am 11./22. November 1718 in beiden Häusern um die Annahme oder Ablehnung der vorgeschlagenen Dankadressen entspannen. Anhänger wie Gegner der Regierung empfanden die Bedeutung des Moments, die europäische Tragweite der zu fassenden Entscheidung. Sie wussten es wohl: der Kaiser in Wien, der Regent in Frankreich, ebenso wie Alberoni in Madrid, sie alle horchten gleichsam mit verhaltenem Atem auf die in Westminster gehaltenen Reden. Ueber das Schicksal der Quadrupel-Allianz und die kriegerische Durchführung ihrer Ziele, wie über die Abenteurerpolitik der Königin Elisabeth Farnese fiel hier die Entscheidung.

Soweit wir den Gang der Debatte im Oberhause noch zu erkennen vermögen, verweilten hier die Gegner der Regierung vornehmlich bei der Behauptung, man könne den König unmöglich, wie es in der vorgeschlagenen Adresse stand, zu dem erfochtenen Seesiege beglückwünschen, da es sich bei dem Angriff auf die spanische Flotte um einen schweren Bruch des Völkerrechts zu handeln scheine. Lieber

[1]) An Stair. 3. Nov. 1718. R. O.

wolle er sich die Zunge ausreissen lassen, als dass er einer Politik zustimme, deren Wesen ihm unbekannt sei, die aber gleichwohl die Nation in einen Krieg mit Spanien verwickeln müsse, — so polterte der alte Graf Orford heraus, auch einer von denen, die 1717 mit Townshend und Walpole aus dem Ministerium geschieden waren und nun zur Opposition hielten. Er und die anderen von der Regierung abgefallenen Whiglords, hatten kein Empfinden dafür, dass sie heute eine Politik verurteilten, der sie gestern noch selbst ihren Arm geliehen hatten. Townshend ergriff dreimal das Wort, um die Adresse zu Falle zu bringen. Selbst der unbestechliche Cowper, der einst dem Könige bei seiner Thronbesteigung seine Denkschrift über die Parteien vorgelegt und seither stets in sympathischen Beziehungen zu Georg I. gestanden hatte, er, der noch vor sechs Monaten, als die entscheidenden Verhandlungen für die Quadrupel-Allianz gepflogen wurden, als Lordkanzler im Rate Georgs I. gesessen hatte, eiferte jetzt gegen die Adresse. So schwach entwickelt war in jenen frühen Jahrzehnten parlamentarisch-monarchischer Regierung das Gefühl für den politischen Anstand. Am verwunderlichsten aber erschien den fremden Beobachtern das Verhalten des Lord Lansdown, eines der *Gentlemen of the Bedchamber*. Den sah man zuerst an der Seite des Königs im Galawagen zur Parlamentseröffnung fahren und nach gehaltener Thronrede wieder mit dem Monarchen zurück nach St. James's. Dann aber kehrte er sofort in die Sitzung zurück und stimmte wohlgemut mit der Opposition gegen die Adresse.

Lord Stanhope war es, der gegen Tories und abgefallene Whigs den Standpunkt der Regierung siegreich verfocht. In kurzen Worten entwickelte er vor den Lords noch einmal die Geschichte des Konfliktes mit Spanien. Er erzählte von seinen eigenen Reisen nach Frankreich und über die Pyrenäen, damit man erkenne, dass die englische Regierung alles für den Frieden getan habe. Aber dann sprach wieder der ganze Stolz des meerbeherrschenden Albions aus den Worten des Ministers, als er fortfuhr: es war hohe Zeit für Grossbritannien, dem drohenden Anschwellen der spanischen Seemacht Halt zu gebieten, und den Handel der eigenen Untertanen gegen seine Bedränger zu schützen. Da von gegnerischer

Seite soeben die Vorlegung der Instruktionen des Admirals Byng verlangt worden war, so beteuerte Stanhope mit mehr Wärme als Aufrichtigkeit, Seine Majestät sei bei der Ausstellung derselben nur den Ratschlägen seines *Privy Council* gefolgt, dem auch er selber angehörte. Jeder echte Engländer, rief der Minister aus, muss diese Instruktionen billigen; „ich bin bereit mit meinem Leben dafür einzustehen."

Stanhopes Rede hatte die Zuhörer mächtig ergriffen und ihren Patriotismus entzündet. Der Erfolg war vollkommen, von dem Antrage der Gegner war nicht mehr die Rede; die Adresse wurde mit stattlicher Mehrheit zum Beschlusse erhoben.

Noch heftiger tobte gleichzeitig der Streit im Unterhause. Auch hier ging der stärkste Widerstand von der Gruppe der regierungsfeindlichen Whigs aus. Robert Walpole trat als ihr Haupt auf und die Regierung erfuhr in dieser schweren Stunde wieder einmal, was es hiess, diesen Mann zum Gegner zu haben. In der beantragten Adresse sollte das Unterhaus nicht nur seine Billigung des Geschehenen aussprechen, sondern auch im voraus sich bereit erklären, dem Könige kräftige Hilfe leisten, bei allen Schritten, die er nötig erachten würde, um den Frieden des Weltteils zu wahren und dem bedrohlichen Anwachsen der spanischen Seemacht im Interesse des englischen Handels Einhalt zu gebieten. Auf dem Tische des Hauses lag die Urkunde der Quadrupel-Allianz, welche bisher dem Parlamente noch nicht förmlich mitgeteilt worden war. Aber man hatte die Ungeschicklichkeit begangen, nur den lateinischen Text, nicht auch eine englische Uebersetzung vorzulegen, sodass sich um die Einzelheiten des Vertrages schwer streiten liess. Wie könnten sie also, warfen die Gegner ein, die getroffenen Massregeln billigen, ohne sie zu kennen? Ein solches Verlangen sei unparlamentarisch. Und dann kam Walpoles Rede. Er begann mit Worten der Ehrfurcht für die Person des Königs, aber für die Minister hatte er keine Schonung. Ihre jüngsten Massregeln in der vorgeschlagenen Form billigen, hiesse Minister decken, welche selber fühlten, dass sie Fehler begangen hätten. Den auf ihre eigene Verantwortung begonnenen Krieg wollten sie jetzt nachträglich zu einem Kriege des Parlaments stempeln. Für Stanhopes

Reisen nach Frankreich und Spanien hatte Walpole nur Worte des Spottes. Dieser Minister sei ein fahrender Ritter des Kaisers, wie einst Bolingbroke der fahrende Ritter Ludwigs XIV. gewesen. Nicht seine Billigung, sondern die vollste Missbilligung, so schloss Walpole, mit heftigen Worten, sollte das Haus aussprechen gegenüber einem Verfahren, das dem Völkerrechte zuwider und als ein Bruch feierlichster Verträge erscheine. Selbst bei den Gegnern der Regierung herrschte das Empfinden, dass der Redner seiner Leidenschaft zu sehr die Zügel habe schiessen lassen. Die Jakobiten begrüssten spöttisch den würdigen Freund und neuen Verbündeten. Walpole hatte immerhin der Regierung seine Macht erschreckend vor Augen geführt, dabei hatte aber die Gehässigkeit seiner Opposition einen Grad erreicht, den wir, zumal beim Beginn eines Krieges, heute unbedingt als vaterlandslos bezeichnen würden, und der seinem Andenken nicht zur Ehre gereicht.

Die Sache der Regierung führte mit vielem Takt und einer Redegewandtheit, die ihn dem gefürchteten Gegner ebenbürtig erscheinen liess, der Staatssekretär Craggs. Im letzten Frühjahr hatten ihn, seine Begabung wohl erkennend, Stanhope und Sunderland zum Nachfolger Addisons erhoben. Stanhope selbst war, wie wir wissen, durch seine Ernennung zum Peer aus dem Unterhause ausgeschieden. In der glänzenden Persönlichkeit des jüngeren Craggs meinten sie, wiederum einen kraftvollen Vertreter ihrer Politik unter den Commons gefunden zu haben. Der besonderen Aufgabe, Walpole die Stange zu halten, zeigte sich Craggs an diesem Tage gewachsen. Er gab einen Rückblick auf die diplomatische Geschichte der letzten Jahre seit der Allianz mit dem Kaiser vom 25. Mai 1716, und unterliess es nicht, hervorzuheben, dass auch Walpole, damals erster Lord des Schatzes, seinen Namen unter diese Urkunde gesetzt habe, die noch immer die Grundlage der britischen Politik bilde. Inzwischen sei alles geschehen, um die Möglichkeit einer friedlichen Lösung offen zu halten. Aber auch eine andere Möglichkeit erwägend, habe der König schon am Ende der letzten Session die Commons wissen lassen, dass er auf dem Schauplatz der entscheidenden Ereignisse mit seiner Seemacht, wenn es nötig sei, eingreifen werde. Und damals habe das Unterhaus dem Könige einmütig seinen Dank

ausgesprochen, mit der Zusage tatkräftiger Unterstützung. Craggs verschwieg allerdings, dass Walpole schon gegen jene Adresse den Einwand erhoben hatte, sie gleiche einer Kriegserklärung an Spanien. Seit jener Adresse, fuhr Craggs fort, könne nicht mehr von einem Kriege der Minister die Rede sein, sondern nur noch von einem Kriege des Parlaments. Alles Unrecht sei in diesem Streite auf der Seite Spaniens, das alle Vorschläge zum Frieden hochmütig verworfen und dazu noch den Handel der Engländer schwer geschädigt habe.

Noch einmal erhob sich Walpole. Er nahm von dem vorhin Gesagten nichts zurück, aber er wünschte Klarheit darüber zu schaffen, dass sein Angriff nur den Ministern, nicht dem Könige gegolten habe. Unter feierlichen Beteuerungen seiner loyalen Gesinnung erklärte er sich überzeugt, dass der König allezeit nur von der Sorge für das Wohl seines Volkes wie für die Ruhe Europas erfüllt sei. Aber man müsse eben unterscheiden zwischen Seiner Majestät und seinen Ministern. Die damit verkündigte Anschauung: auch der Auftrag des Souveräns und das Handeln in seinem Namen kann den Uebeltäter nicht vor Strafe schützen, war gewiss weitergehend als der ursprüngliche Sinn des alten Satzes *the King can do no wrong*. Es war eine noch junge Anschauung, die wohl kaum schon allgemein eingebürgert war. Hatte doch noch vor drei Jahren Graf Oxford, als zuerst die Klage gegen ihn im Oberhause erhoben wurde, sich dagegen verwahrt, dass Staatsminister, wenn sie nur den Befehl ihres Souveräns befolgt hätten, für ihr Handeln persönlich einstehen sollten.[1]) Aber freilich war auch gerade damals mit dem Beschluss der Ministeranklage das von ihm verworfene Prinzip zu förmlicher Anerkennung gelangt.

Doch wir wollen an dieser Stelle nicht verfassungsgeschichtlichen Betrachtungen nachgehen. Uns ist es mehr um die Feststellung zu tun, was Walpole mit seinen Worten eigentlich bezweckte. Wohl klang aus ihnen vernehmlich genug auch die Drohung mit einer neuen Ministeranklage heraus. Aber wichtiger scheint es ihm gewesen zu sein, sich bei Georg I., mit dem er wohl bald wieder zusammen zu

[1]) Parl. Hist. 7, 105—6. Vgl. Band 1, 483.

kommen hoffte, nicht zu schaden. Denn wir können ja nicht daran zweifeln, dass der brennende Wunsch, selbst mit seinen Leuten die Stelle der Sunderland, Stanhope, Craggs einzunehmen, der praktische Sinn seiner Opposition war.

Craggs antwortete auch auf Walpoles zweite Rede geschickt und scheinbar unbefangen. Der von Walpole gemachten Unterscheidung zwischen dem Könige und seinen Ministern stimmte er fröhlich zu. Und, fuhr er treuherzig fort, auch Minister sind nicht unfehlbar, und er selbst sei einer der Diener des Königs. Aber was in diesen grossen Tagen geschehen sei, brauche dennoch der Kritik nicht zu scheuen. Er sei bereit, wenn das Haus sie begehre, sich der peinlichsten Prüfung seines Tuns zu unterwerfen.

Es war ein hart erkämpfter Sieg, als nach diesen Reden die vorgeschlagene Adresse endlich mit einer Mehrheit von 60 oder 61 Stimmen vom Hause der Gemeinen angenommen worden war. Die Regierung war Herrin der Lage, ihrer auswärtigen Politik war der Stempel des Notwendigen aufgedrückt worden, die Opposition hatte wieder einmal verspielt. Walpole war zu diesem Zeitpunkt gewiss nicht populär, und die Freunde des Kabinetts begannen schon mit überlegener Weisheit über ihn zu spotten: „Mässigen wir unsere Leidenschaften", schreibt St. Saphorin aus Wien, „denn wenn wir uns ihnen überlassen, so verfallen wir in Thorheit und Uebertreibung."

---

Nun nahmen die Vorbereitungen zum Kriege ihren Gang. Das Unterhaus wäre bereit gewesen, mit seinen Bewilligungen über die Forderungen der Regierung noch hinauszugehen. Denn diese forderte in der Tat sehr wenig. Für das Jahr 1719 wurde die Zahl der Matrosen auf 13500 festgesetzt, die der Landtruppen auf 12435. Die dafür nötigen Bewilligungen betrugen nur etwas über zwei Millionen Pfund Sterling, und sollten durch die Grundsteuer, die Malzsteuer und eine Lotterie aufgebracht werden. Von schweren Opfern, welche der Nation um dieses Krieges willen zugemutet worden wären, konnte also wirklich nicht die Rede sein. Das schwerste Opfer war unzweifelhaft die Unterbrechung des Handels mit Spanien. Die niedrige Ziffer der Landtruppen mochte das Publikum auch

darüber beruhigen, dass nicht etwa an die Verwendung britischer Truppen zu einem Feldzuge auf spanischem Boden gedacht werde, sondern lediglich an Operationen zur See.

Die entscheidenden Redekämpfe hatten sich am 11./22. November 1718 abgespielt. Doch erst nach weiteren fünf Wochen — wir werden bald erfahren, warum so spät — am 17./28. Dezember ward in London die Kriegserklärung in der hergebrachten altertümlichen Weise dem Volke verkündigt.[1]) Ein ähnlicher Aufzug, wie man ihn zuletzt bei der Proklamierung Georgs I. gesehen, an der Spitze die Wappenherolde zu Pferde, bewegte sich durch die Strassen der Hauptstadt. An vier Stellen ward Halt gemacht und die Kriegserklärung verlesen. Es war ein langes Schriftstück, das in geschickter Form die im Parlamente schon gehörten Gründe der Regierung noch einmal entwickelte, die Friedensliebe des Königs, die er durch die Sendung seines Staatssekretärs nach Spanien bewiesen habe, die Notwendigkeit, dem Verbündeten zu helfen, was bei dem Trotze Alberonis nur durch Gewalt, nämlich durch den Kampf mit der spanischen Flotte, geschehen konnte, endlich die dem englischen Handel zugefügten Schäden. Auch ein Hinweis auf die Begünstigung des Prätendenten und seiner Anhänger durch die Regierung Philipps V. brauchte nicht zu fehlen, da Oberst Stanhope nach seiner Abreise aus Spanien noch die Nachricht erhalten hatte, dass der Herzog von Ormond täglich in Madrid erwartet werde.[2])

Die Kriegserklärung wurde vom Volke mit Begeisterung begrüsst, sagen die einen. Der Jubel in den Strassen war nicht so laut wie sonst, wenn man Frankreich den Krieg erklärte, behaupten die anderen.[3]) In der Tat, so populär wie einst die gewaltigen Machtkämpfe gegen den verhassten Ludwig XIV. ist der Krieg der Quadrupel-Allianz in England nie gewesen.

Auch gab es an dem Tage, da die Kriegserklärung dem Parlament mitgeteilt wurde, nochmals unliebsame Debatten in beiden Häusern, ehe die beantragten Dankadressen an den

[1]) Die Beschreibung bei (Limier) Mémoires du regne de George I. (Haag 1729), 3, 184.

[2]) W. Stanhope an Craggs. Bayonne, 26. Nov. 1718. R. O.

[3]) Tindal (Ausg. v. 1747). 581.

König beschlossen wurden. Bei den Lords erhob zwar nur Graf Nottingham [1]) Einspruch und erklärte, man müsse zuvor die Verträge prüfen, ob auch die Kriegserklärung mit ihnen übereinstimme. Stanhope fertigte ihn mit der treffenden Antwort ab, dass er den Lords die Verträge ja schon vor fünf Wochen mitgeteilt und sie nun doch Zeit genug zur Prüfung gehabt hätten. Noch am selben Nachmittage überreichte das Oberhaus in corpore seine Dankadresse dem Könige, der seine Mahlzeit unterbrach, um die Lords zu empfangen. Im Unterhause war der Widerspruch gegen den Adressbeschluss viel stärker. Die Behauptung, man würde bei Philipp V. wohl auch durch freundliche Mittel zum Ziele gekommen sein, wurde zwar durch den kürzlich aus Spanien zurückgekehrten Oberst Stanhope widerlegt, welcher gewichtig erklärte, dass er als Gesandter dem spanischen Hofe wenigstens fünfundzwanzig Denkschriften zu diesem Zwecke präsentiert habe, ohne etwas zu erreichen. Aber Paul Methuen, der auch einmal Gesandter in Madrid gewesen war, jetzt ein Genosse Walpoles, erwiderte sarkastisch, das wolle bei dem spanischen Hofe und seiner traditionellen Langsamkeit noch gar nichts besagen. Shippen brachte wieder seine Lieblingswendung vor, dieser Krieg scheine für einen andern Meridian berechnet. Natürlich blieb auch Walpole nicht zurück, und wieder war es Craggs, der ihm gegenüber mit Geschick und Erfolg den Standpunkt der Regierung vertrat. Im Grunde war auch eine Opposition, nachdem der Krieg zur Tatsache geworden war, nicht nur unpatriotisch — doch darüber herrschten freilich noch andere Begriffe als heute —, sondern auch sinnlos, da das Unterhaus sich ja durch seine früheren Beschlüsse bereits für die Kriegspolitik entschieden hatte. Bei der Abstimmung ward denn auch die Dankadresse an den König mit bedeutender Mehrheit beschlossen.

Noch fehlte die Kriegserklärung Frankreichs an Spanien.[2]) Die Ungeduld der englischen Minister war umso grösser, als

[1]) Die Parl. Hist. sagt nur „a noble peer". Den Namen erfahren wir aus Hoffmanns Bericht und durch Limier.

[2]) Das folgende besonders nach den Korrespondenzen im Rec. Off. Stair an Craggs 29. Nov., 5., 10., 14., 24. Dez. 1718, 3., 7., 13. Jan. 1719. Stair an Dubois 4. Dez. Dubois an Stair 5. Dez., nebst Privatbrief vom selben Tage. Craggs an Stair, 13., 27., 29. Nov., 8., 18., 25., 29. Dez. 1718., 5. Jan. (a. St.) 1719.

sie im Parlamente die unbedingte Zuverlässigkeit des Regenten gerühmt hatten, und jetzt nicht recht wussten, was sie von der langen Zögerung denken sollten. Lord Stair war mit dem Herzoge von Orleans übereingekommen, wenn England seine Kriegserklärung nicht vor dem 8./19. Dezember ausspreche, so werde Frankreich binnen acht Tagen folgen. Doch Dubois sprach von der Notwendigkeit längerer Vorbereitungen und begehrte einen Zwischenraum von 14 Tagen. Aber das schien der englischen Regierung nicht günstig und darum schob sie ihre eigene Kriegserklärung noch ein wenig hinaus. Stair begann schon an Dubois' Aufrichtigkeit zu zweifeln. Wahrscheinlich haben aber Orleans und Dubois nur die Wirkung eines überraschenden Streiches abwarten wollen, den sie gegen die sogenannte spanische Partei in Frankreich planten und nun zur Ausführung brachten.

Die Umtriebe gegen den Regenten waren mit der Erhebung Dubois' nicht zum Stillstand gekommen. Seit längerer Zeit besass die Regierung Kenntnis von einem Anschlage, der in dem Kreise der unzufriedenen Prinzen von Geblüt entstanden, erst durch die Mitwissenschaft des spanischen Hofes eine ernstere Bedeutung erhalten hatte.[1]) Eine aufgeregte, ehrgeizige Prinzessin, die Herzogin von Maine, war die Seele des Unternehmens, der spanische Gesandte Prinz Cellamare ihr Verbündeter; Gefangennahme des Herzogs von Orleans, Ausrufung Philipps V. zum Regenten, bei gleichzeitiger Einsetzung einer Vertretung oder Versammlung der Reichsstände, um diese Ziele bewegten sich die recht unreifen Pläne der Verschworenen. Alberoni ging mit demselben Eifer auf die Sache ein, mit dem er den Kaiser durch die Türken und England durch den Prätendenten unschädlich zu machen hoffte. Dabei verhehlte er sich nicht, dass an ein Gelingen ohne spanische Truppen nicht zu denken, diese aber sicherlich bis zum nächsten Jahre in Sizilien festgehalten sein würden. Es käme also nur darauf an, durch feine Verstellung die Entscheidung hinzuzögern und unterdessen die Freunde in Frankreich bei guter Laune zu erhalten.

---

[1]) Ueber die Verschwörung Cellamares vgl. Baudrillart, Philippe V. et la Cour de France II 326 ff.

In dem Stadium, bis zu welchem die sogenannte Verschwörung Callamares bisher gediehen war, glich sie zwar nur einer Palastintrigue; immerhin hatte sie es doch auf den Sturz der bestehenden Regierung und einen vollkommenen Umschwung der französischen Politik abgesehen. Aber das Geheimnis war längst verraten. Seit Monaten beobachtete Dubois, durch Stanhope aufmerksam gemacht, jeden Schritt der Gegner; er konnte, da eine augenblickliche Gefahr nicht drohte, ruhig den günstigsten Augenblick abwarten, um sie zu vernichten. Und nun schien die Sache für die Pläne der französischen Machthaber wie geschaffen. Im Begriffe, Spanien den Krieg zu erklären, durften sie jetzt die öffentliche Meinung aufrufen gegen die ruchlosen Anschläge der Feinde im Innern, gegen ihre Verbindung mit dem Gesandten eines fremden Staates. Indem Orleans seine eigene Politik zum Abschluss brachte, konnte er sich noch als den Retter des Staates feiern lassen. Mit allen nötigen Beweismitteln in ihren Händen, führte die französische Regierung im Dezember 1718 den entscheidenden Schlag. Sie verfuhr mit dem Prinzen Cellamare nach dem Beispiel, welches England 1717 durch die Behandlung des Schweden Gyllenborg gegeben hatte.

Der Gesandte wurde verhaftet, seine Papiere durchsucht, er selbst in anständiger Form über die spanische Grenze geschafft. Die diplomatische Welt war wieder in höchster Aufregung und der Fall Cellamare hat ebenso wie der Fall Gyllenborg auch in der völkerrechtlichen Literatur eine Rolle gespielt.[1]) Die Masse des französischen Volkes aber stellte sich auf die Seite des Regenten, besonders, da dieser sofort zwei Briefe des Prinzen Cellamare an Alberoni veröffentlichte[2]), in denen die Pläne der Verschworenen deutlich genug enthüllt waren. Bald hörte man auch von einem aufgefangenen Schreiben Alberonis, in dem dieser seinen Gesandten ermahnt hatte, ehe er den Boden Frankreichs verlasse, an alle Minen Feuer anzulegen. Die Stellung des Regenten war durch die Entdeckung der Verschwörung mit einem Male viel stärker geworden, aber auch der vollkommene Bruch mit Spanien

[1]) Dabei pflegt mit Unrecht ein Unterschied in der Beurteilung der beiden Fälle gemacht zu werden.

[2]) Gedruckt bei Limier III, 198 ff. und 202 ff.

nunmehr unvermeidlich. Den Häuptern der Quadrupel-Allianz kam diese Verschwörung so gelegen, dass Robert Walpole schon behauptete, die englischen Minister hätten dem Regenten diese Massregeln nur eingegeben, um ihm den Entschluss zum Kriege zu erleichtern.

Nun erkennen wir auch den Grund für das lange Hinzögern der französischen Kriegserklärung. Am 9. Januar ward sie endlich, zusammen mit einem andern Manifest[1]) bekannt gemacht. Es waren zwei umfangreiche Schriftstücke, über deren kräftige Sprache die Höfe in London und Wien höchst erfreut waren. Die Kriegserklärung schilderte die Politik Frankreichs gegenüber Spanien seit dem Utrechter Frieden, erzählte von den Bemühungen, die gemacht waren, um den Frieden zu erhalten, und schloss mit einem zornigen Hinweis auf die Verschwörung Cellamares. Was uns aber heute noch mehr darin interessiert, ist das ängstliche Streben, den Unterschied deutlich werden zu lassen, den man zwischen dem spanischen Könige und seinem Minister zu machen versuchte. Philipp V. ist der Betrogene, Kardinal Alberoni der eigentlich Schuldige. Er ist es, der den Beitritt Spaniens zur Quadrupel-Allianz vereitelt hat. Nun bedroht er auch Frankreich mit Verschwörung, Rebellion und Bürgerkrieg. Mit solchen Worten suchte man dem französischen Volke einen Waffengang gegen den Enkel Ludwigs XIV. erträglich zu machen. Aber so eng war hier Wahres und Falsches miteinander vermengt, dass selbst die Geschichtschreibung sich die längste Zeit hat täuschen lassen und heute noch Mühe hat, den historischen Charakter dieses Konflikts und der beherrschenden Figur desselben, Alberonis, zu verstehen.

Aber auch die spanische Regierung appellierte nun an die französische Oeffentlichkeit, und auch hier bediente man sich einer Fiktion. Spanien, hiess es, kämpfe nicht gegen Frankreich, sondern nur gegen den Herzog von Orleans, der als Usurpator das Amt des Regenten inne hat, das Philipp V. gebührt. Mit dieser Forderung meinte Philipp sogar die französischen Truppen, wenn sie in sein Land kommen sollten, entwaffnen und zu sich herüberziehen zu können.

[1]) Bei Limier 3, 234 ff.

Philipp setzte also Manifest gegen Manifest. Die wirksamste seiner Kundgebungen[1]) richtete sich geradezu an die drei Stände der französischen Nation. Der König von Spanien gibt sich hier völlig als Franzose, als Prinz des Hauses Bourbon. Er wird nie vergessen, was er dem Lande seiner Geburt und seiner Erziehung verdanke, noch dass die Franzosen Gut und Blut geopfert haben, um die Krone Spaniens auf seinem Haupte zu befestigen. An sie wendet er sich, um ihnen die Augen zu öffnen über den wahren Charakter ihrer Regierung, die in ihrer auswärtigen Politik von England abhängig und im Begriffe ist, dem Kaiser die Universalmonarchie zu verschaffen, während die innere Verwaltung durch die Geldgier des Regenten beherrscht ist, der nur darnach strebt, sich eines Tages selbst die Krone auf das Haupt zu setzen.

So will auch Philipp V. die Franzosen vor einer drohenden Gefahr warnen. Es liegt ein gewisser Humor darin, wie diese beiden Häupter, der Herzog von Orleans und der König von Spanien, einander die schwersten Anklagen entgegenschleudern. Das französische Volk konnte nun wählen, von welchem der beiden Fürsten es sich retten lassen wollte vor den bösen Absichten des andern.

Nachdem alle friedlichen Mittel erschöpft sind, fährt Philipp V. fort, wird er nun an der Spitze seiner Armeen gegen die Grenzen Frankreichs marschieren, aber sein königliches Wort bürgt dafür, dass er nur komme, um den eigensten Willen des französischen Volkes zu vollstrecken.

Wer nur diese täuschenden Formulierungen liest, ohne der politischen Verhältnisse zu gedenken, aus denen der Krieg hervorging, glaubt wohl das fertige Bild eines Kabinettskrieges zu erblicken. In Wahrheit handelt es sich doch nur darum, dass das erschöpfte Frankreich dem Uebergewicht Englands in Europa sich beugen musste und gezwungen war, mit ihm und Oesterreich gemeinsam die Politik des Utrechter Friedens fortzusetzen, die einst Ludwig XIV., unter demselben Drucke stehend, zum Schaden seines Enkels hatte beginnen müssen.

---

[1]) Der Inhalt ist ausführlich wiedergegeben bei Baudrillart 2, 357 ff.

Während so die Staatsoberhäupter mit Manifesten gegeneinander stritten und England auf die baldige Eröffnung der Feindseligkeiten drängte, ward von französischer Seite noch ein letzter Versuch gemacht, den Krieg mit Philipp von Spanien zu vermeiden. Der aus Spanien heimgekehrte Nancré knüpfte eine Korrespondenz mit Alberoni an, die freilich ihren Zweck völlig verfehlte.[1]) Von französischer Seite forderte man, dass Spanien die Quadrupel-Allianz annehme, von spanischer, dass Frankreich sie fallen lasse. Auf beiden Seiten die gleiche Unnachgiebigkeit. Der König von Spanien, schrieb Alberoni, werde lieber zu Grunde gehen, als sich dem harten Zwange der Feinde zu unterwerfen; er, der Minister beklage es nur, dass es ein persönlicher Krieg zwischen den beiden Fürsten werden solle. Die einzige Wirkung, welche mit dieser Unterhandlung erzielt wurde, war die dadurch hervorgerufene Verstimmung zwischen Frankreich und England. Denn von englischer Seite beklagte man sich aufs schwerste über das einseitige und heimliche Vorgehen, durch das die Frucht aller Verträge zwischen den beiden Kronen, alle gegenwärtigen und zukünftigen Hoffnungen in Frage gestellt seien. Und welchen Eindruck müsse ein solches Verfahren erst am Kaiserhofe machen?

Darauf teilte Dubois mit unschuldiger Miene die gewechselten Briefe den Engländern mit und bat nur, dass man denjenigen Alberonis mit der Wendung von der *guerre personnelle entre les deux princes* nicht veröffentlichen möge, weil es in Frankreich einen üblen Eindruck erwecken könnte.

Noch ein weiterer Grund trat hinzu, um die so mühsam festgehaltene Freundschaft der Westmächte zu gefährden. Ein Zeremonienstreit, der zwar die hohe Politik gar nicht berührte, nahm einen Augenblick so ernste Gestalt an, dass er leicht den Abbruch der diplomatischen Beziehungen herbeiführen konnte.

Längst hatte der englische Gesandte Graf Stair durch sein stolzes Auftreten am Pariser Hofe Anstoss erregt. Am meisten hatte Dubois darunter gelitten. Mit der dem Plebejer

[1]) Vgl. Wiesener. Le Régent, l'abbé Dubois et les Anglais. 3, 42 ff.

eigenen Empfindlichkeit hatte er wohl gefühlt, wie geringschätzig der hochgeborene Schotte auf ihn, den kleinen Apothekerssohn, herabblickte. Wiederholt hatte er über Stairs unerträgliche Hoffart Klage geführt. Der Lord habe ja gewiss seine Verdienste, habe auch an der Bündnispolitik der letzten Jahre seinen redlichen Anteil gehabt. Aber das alles gebe ihm kein Recht, in Frankreich, so wie er es tue, den Herrn zu spielen. Er geht in seinen Forderungen sogar über das, was seine Regierung ihm aufträgt, noch hinaus, wahrscheinlich, um in London mit seinem Eifer und seiner Tüchtigkeit zu glänzen. Solche Klagen wurden von der englischen Regierung ganz ernst genommen. Sie bot sogar Stairs Abberufung an. Aber soweit geht Dubois nicht. Er möchte nur wissen, welche Forderungen Stair eigentlich zu stellen beauftragt sei.[1]) So die längst gewohnten Klagen und Entschuldigungen.

Kaum waren diese kleinen Wölkchen am Himmel der englisch-französischen Freundschaft verpflogen, als sich ein viel schwereres Ungewitter zusammenzog. Im Februar 1719 hatte Stair, dem Befehl seiner Regierung folgend, den Charakter eines *Ambassadeur extraordinaire* angenommen. Im Zeitalter der klassischen Diplomatie pflegte ein solcher Akt mit der Entfaltung eines ungeheuren Gepränges verbunden zu sein. Stair suchte durch die Pracht seiner Wagen, seiner Pferde, seiner Livreen alles früher Gesehene noch zu überbieten.[2]) Schon bei seinem feierlichen Einzuge erlebte er die Enttäuschung, dass er in den Hof des Königs nicht achtspännig einfahren durfte, sondern gezwungen wurde, sechs seiner Pferde auszuspannen. Um so ängstlicher war er darauf bedacht, bei den Visiten, die er mit den Angehörigen des Hofes, insbesondere den Prinzen von Geblüt, austauschte, seiner Würde nichts zu vergeben. Eine kleine Schwierigkeit, die sich zwischen ihm und dem Herzoge von Chartres, dem Sohne des Regenten erhob, ward durch die rasche Intervention des letzteren noch glücklich aus der Welt geschafft. Umso

[1]) Destouches an Dubois, London 9. Jan. 1719. Dubois an Craggs, Paris 16. Jan. 1719. Aff. étr. Corr. pol. Angl. 322. Craggs' Antwort mitgeteilt bei Wiesener, Le Régent, l'abbé Dubois et les Anglais. 3, 28 ff.

[2]) Bonet 16./27. Jan. 1719 schreibt: . . . . *il a reçu trois fois l'argent destiné á cela (l'entrée publique).* G. St. A.

drohendere Formen nahm jedoch der Streit an, in den der Lord mit dem Prinzen Conti, dem nächsten, dem er seine Visite machte, verwickelt wurde[1]). Dieser hatte den ihn besuchenden englischen Botschafter im Vestibül seines Hauses begrüsst, erhob aber bei der Gegenvisite den Anspruch, dass der Vertreter des Königs von England die Aussentreppe seiner Wohnung herabsteige, um, auf der Strasse stehend, den Prinzen an seinem Wagenschlage zu empfangen. Stair erklärte entrüstet, so etwas ohne den ausdrücklichen Befehl seines Königs nimmermehr tun zu dürfen, und der Prinz fuhr, ohne den Botschafter gesehen zu haben, davon.

Alsbald geriet das ganze diplomatische Korps in die heftigste Bewegung, und der schwierige Fall ward mit aller Gründlichkeit erörtert. Der kaiserliche, der holländische, der sardinische, der portugiesische Botschafter, alle stellten sie sich auf die Seite ihres gekränkten Ranggenossen und erklärten feierlich in identischen Briefen,[2]) es sei der unumstössliche Wille ihrer Herren, dass sie, die *Ambassadeurs* nur auf völlig gleichem Fusse mit den Prinzen von Geblüt verkehrten. Stair war glänzend gerechtfertigt. Leider stand aber seinem klaren Rechte das politische Interesse des Regenten im Wege, der, so lieb ihm die Freundschaft Englands war, es doch auch mit den Prinzen von Geblüt nicht verderben durfte. Der Herzog beklagte sich beim Hofe von St. James, und sein getreuer Dubois schrieb in höchster Erregung: „Der Streich, den Mylord Stair uns gespielt hat, wird alles in Flammen aufgehen lassen, wenn nicht der König von Grossbritannien schleunigst die Heilung bewirkt". Wohl gaben Stair und Dubois, als sie die Sache einmal vertraulich besprachen, sich den Anschein, als könnten sie den Fall nicht tragisch nehmen und gingen lachend auseinander. Aber der Lösung war man damit nicht näher gekommen. Stair erklärte auch, er könne sich ja abberufen lassen. Aber da wurde ihm von französischer Seite verbindlich erwidert, ein solches Heilmittel sei schlimmer, als das Uebel selbst.

---

[1]) Das folgende besonders nach den Briefen Stairs vom 1., 4., 12., 26. 29. März, 22., 29. April 1719. Craggs an Stair 9., 16., 24., 26. März, a. St. 9., 16., 28. März a. St. 1719. R. O.

[2]) Sämtlich vom 4. März 1719. R. O.

Nun lag die Entscheidung in London. Georg I. war sehr ungehalten und mit seinem *Lord Ambassador* höchst unzufrieden. Die Minister fanden, dass man in diesem Augenblicke, da der gemeinsame Krieg gegen Spanien beginnen sollte, da England selbst von einer feindlichen Invasion bedroht war und da es auch in seiner nordischen Politik Frankreich an seiner Seite zu sehen wünschte, alle Ursache habe, es mit dem Regenten nicht zu verderben. Und nun dieser lächerliche Formenstreit. Alle Mitglieder der Regierung sind in komischer Verzweiflung. „Vorgestern haben wir einen langen Wisch von Dubois bekommen", „Sie können sich seine Erregung nicht vorstellen", „er will absolut, dass wir nachgeben", „man wird wahrhaftig deshalb einen Kabinettsrat versammeln müssen",[1]) so klingt es in ihren Briefen. Hätte Stair doch nur nicht gleich die sämtlichen Botschafter alarmiert, so hätte man ihm ja einfach anbefehlen können, sich der französischen Forderung glatt zu unterwerfen. Immerhin fand die englische Regierung auch jetzt noch das Mittel, um sich mit Anstand aus der Sache zu ziehen. Sie wandte sich höflich und vertrauensvoll an den Regenten mit der Bitte, er selbst möge der Schiedsrichter sein, da er ja am besten wisse, wieviel er der Würde des britischen Botschafters zumuten dürfe. Damit war schon der Weg zur Versöhnung beschritten. Sie ward vollends erreicht, als Lord Stair unter scheinbarer Berufung auf eine frühere Erklärung des kaiserlichen Botschafters seine Weigerung endlich fallen liess und den Prinzen Conti so ehrte, wie es gewünscht wurde. Damit hatte der ärgerliche Streit sein Ende gefunden, die Wogen der diplomatischen Erregung glätteten sich, die bedrohte Eintracht zwischen den Mächten war wiederhergestellt, die Quadrupel-Allianz gerettet. Der englische Hof hatte als der klügere Teil in einer kleinen Formfrage nachgegeben, um desto sicherer in Krieg und Politik die Führung zu behaupten.

Etwas Gebieterisches liegt schon in der Art, wie die englischen Staatsmänner dieser Tage den Franzosen gegen-

[1]) Nach den im März 1719 an St. Saphorin gerichteten Briefen von Schaub und Robethon. Han.-Arch.

übertreten. Frankreichs Politik und Kriegführung soll sich ganz nach den von London erteilten Winken richten, und so geschieht es in der Tat. Mit aller Deutlichkeit tritt dieses Verhältnis besonders in zwei Kundgebungen englischer Minister aus den letzten Märztagen (a. St.) des Jahres 1719 hervor, denen wir eine kurze Betrachtung widmen müssen. Der französische Geschäftsträger in London, Herr Destouches, wird eines Tages vom Staatssekretär Craggs empfangen, der ihm in langer Rede, lebhaft und temperamentvoll wie immer, und so geschickt argumentierend, als wäre es bei einer Debatte im Unterhause, den Standpunkt Englands darlegt.[1]) Es sei nun endlich an der Zeit für den Herzog von Orleans, so belehrt er den Franzosen, nicht länger mit dem Könige Philipp zu feilschen, sondern sobald wie möglich seine Armeen in Spanien einmarschieren zu lassen. Je länger Frankreich schwankt, um so stolzer und ungebärdiger wird der Kardinal. Man darf ihm einfach keinen Pardon gewähren. Wie Alberoni heute denkt, ist ja klar. Dass Frankreich dem von Holland begehrten Aufschub zustimmt, so sagt er sich, dass es einer Verfügung über die Expektativen zu Ungunsten Spaniens entgegentritt, ist ein sicheres Zeichen, dass es den Frieden zu erhalten wünscht, dass es nicht wagt, den Krieg zu beginnen. „So ist von dieser Seite nichts zu fürchten und ich kann in aller Ruhe meine Pläne spinnen. Gelingt nur einer von ihnen, so bin ich am Ziel. Scheitern sie alle, so ist immer noch Zeit genug, auf Grund des Londoner Vertrages Frieden zu schliessen. Mit anderen Worten: ich kann alles gewinnen und riskiere gar nichts.“ So denkt Alberoni und wird sich nicht unterwerfen, bis Frankreich vom Leder zieht. Je länger es wartet, um so länger, schwerer und ruinöser wird der Krieg werden, um so mehr muss auch das Ansehen Englands darunter leiden. Und mit dem stolzen Hinweis auf die Schlacht am Kap Passaro fährt Craggs fort: „Hätten wir diese zärtliche Schonung für Spanien gehabt, wo wären wir heute? Würde es nicht seine Pläne längst ausgeführt haben?“ Man verstehe in England sehr wohl die Schwierigkeiten, welche die „*malintentionnés*“ der französischen Regierung bereiten, aber nach diesen Leuten darf sie sich doch nicht richten. „Ist es

[1]) Destouches an Dubois, London 28. März 1819. Aff. étr.

nicht eine merkwürdige Sache um das alte Vorurteil der Franzosen gegen uns und um ihre bizarre Vorstellung, als ob wir ihre natürlichen Feinde wären? Können sie wirklich nicht begreifen, dass, so lange Frankreich den Wunsch hat, wieder stark und blühend zu werden wie ehedem, wir seine besten und nützlichsten Freunde sind?" Wie ungerecht, fährt Craggs fort, ist auch der England gemachte Vorwurf der Parteilichkeit für den Kaiser. „Dieser Fürst ist doch nun einmal unser alter Verbündeter, von dem wir uns nicht ohne Not trennen können. Aber sind wir ihm gegenüber nicht immer fest gewesen, wenn er seine Ansprüche zu weit trieb? Waren wir es nicht, die ihm die Klausel von den drei Monaten für die Holländer und den neuen Aufschub für die Vergeltung der Expektativen abgerungen haben?" Frankreich selbst habe es in der Hand, so schliesst Craggs seine Rede, England, soweit es nur wünschen könne, aus der Verbindung mit dem Kaiser zu lösen. „Es muss nur ehrlich auf das alte System[1]) verzichten und uns die Ueberzeugung beibringen, dass es innerhalb seiner Grenzen bleiben und sich stets enger an uns anschliessen will."

Soweit der Bericht Destouches'. Er habe sich wohl gehütet, fügt er noch hinzu, an der Rede des englischen Ministers das geringste zu ändern, oder seine eigenen Betrachtungen daran zu knüpfen. Das müsse er dem Regenten und Dubois überlassen. An ihre Adresse sei auch das Ganze gerichtet gewesen. „Mögen sie es so ansehen", hatte Craggs gesagt, „als hätte ich zu ihnen selbst gesprochen, und ihnen als ehrlicher Freund meine Gedanken eröffnet."

Noch stärker spricht die Abhängigkeit Frankreichs von dem Gebote Englands aus dem andern Zeugnis, von dem wir zu reden haben. Ich meine den Kriegsplan selbst, der aus London stammte, von Stanhope entworfen war und von den Franzosen zur Richtschnur für ihr Handeln einfach hingenommen wurde.

Schon während seines Pariser Aufenthaltes im September 1718 hatte Stanhope dem Regenten und seinem Minister sein

[1]) Das Wort von dem alten System wird hier im Sinne der Politik Ludwigs XIV. gebraucht. Später, in der diplomatischen Sprache der vierziger Jahre wurde es zur Bezeichnung für die Politik der durch jene hervorgerufenen und gegen Frankreich gerichteten Koalitionen. Vgl. W. Michael, die englischen Koalitionsentwürfe des Jahres 1748. (Forsch. zur brand. u. preuss. Gesch. 1, 527 ff.)

Programm entwickelt. Nun richteten sie an ihn die höfliche Bitte, er möge ihnen doch seine Gedanken über den Kampf gegen Spanien in schriftlicher Darlegung noch einmal unterbreiten. Stanhope tat es in der Form eines Briefes an Dubois vom 30. März (a. St.) 1719 und erklärte, damit auch einem Befehl seines Königs zu folgen. In hohem politischem Stil entwirft er ein Bild des kommenden Feldzuges.[1]) Er spricht als der Minister des befreundeten Staates, aber auch als ein Kenner Spaniens, wo er ja selbst einmal gestanden und gefochten hat. Seine Meinung ist, man werde den Tatendurst Alberonis nur dadurch bändigen, seine ungeheuren Pläne nur zerstören können, wenn man ihn in Spanien selbst angreife. Und ferner: man muss ihn zu stürzen suchen, indem man nicht nur die Völker Spaniens, die den Verlust ihrer Privilegien so ungeduldig ertragen, sondern auch die Grossen des Landes aufruft, die sich durch ihn der Verachtung preisgegeben sehen. Das Heil Europas fordert ein solches Eingreifen Englands und Frankreichs. Und hat nicht Alberoni selbst das Beispiel dazu gegeben? Hat er nicht die Untertanen Georgs I. und des Regenten gegen ihre eigenen Herren bewaffnen wollen?

Auch für den eigentlichen Feldzugsplan zeichnet Stanhope die Richtung vor. Er geht davon aus, dass man sich ja bereits — offenbar war es in Paris geschehen — darüber verständigt habe, dass der erste Angriff der Franzosen gegen den Hafen von Los Pasajes und gegen die benachbarten Gegenden am Golf von Viscaya zu richten sei. Wir werden bald erfahren, welches Interesse gerade die englische Regierung an dieser Expedition nahm. Ist dies vollbracht, so möge die französische Armee in zwei getrennten Kolonnen vorrücken, die eine in den baskischen Provinzen, die andere in Katalonien, nicht nur um die Streitkräfte Spaniens zu spalten, sondern vornehmlich, um allen jenen Stämmen, die längs der Pyrenäen wohnen, zu gleicher Zeit die Hoffnung zu geben, dass auch sie nicht vergessen werden sollen, wenn es an die Herstellung alter Privilegien geht.

Dieser Appell an die Provinzen des Nordens und Ostens, an die Bevölkerung in Katalonien und Aragon, in Valencia

[1]) Vgl. Anhang Nr. 3.

und Navarra und in den baskischen Provinzen, war freilich nichts anderes als eine Wiederholung der schon im spanischen Erbfolgekriege angewendeten Praxis. Allerdings mochten die damals gemachten Erfahrungen, die Art, wie man sie zuletzt der Rache Philipps V. preisgegeben hatte, für die Katalanen keine starke Verlockung zu einer neuen Waffenerhebung in sich bergen.

Neu war es aber, wenn, wie schon angedeutet, nach Stanhopes Meinung die Franzosen als Befreier von ganz Spanien auftreten sollten. In dem Augenblicke, wo die Armeen marschieren, muss der Regent erklären, Frankreich treibe keine Eroberungspolitik, es wolle keinen Fussbreit spanischen Landes behalten, sondern nur die Spanier selbst, König und Volk, von der Tyrannei Alberonis erlösen. Also nicht ein Krieg gegen Spanien, sondern nur gegen den Minister und sein System: wie auch die Verbündeten von 1814 erklärt haben, nicht gegen Frankreich, sondern nur gegen Napoleon die Waffen zu führen. Dem Volke freilich, das die fremden Truppen ins Land kommen und seine Söhne in der Schlacht fallen sieht, wird die Feinheit solcher Unterscheidung selten einleuchten.

Im übrigen, meint Lord Stanhope, wird dieser Sinn der Kriegführung den Völkern Spaniens noch lebendiger aufgehen, ihr Vertrauen um so leichter gewonnen werden, wenn sie England sichtbar an der Seite Frankreichs finden. Georg I. erbietet sich, zur französischen Armee einen Minister, mit Vollmachten versehen, zu entsenden, der auch im Namen Englands zu den unterdrückten Provinzen reden und ihnen alle Bürgschaften geben möge, die sie begehren würden. Auch die richtige Persönlichkeit ist schon gefunden. „Mein Vetter Stanhope, mit seiner Kenntnis Spaniens, wäre vielleicht geschickter dazu als irgend ein anderer.“ Der König wird ihn reisen lassen, sobald er die Absichten des Regenten vernommen hat, und von ihm möge jener auch seine Instruktion empfangen.

Ueber Plan und Charakter der Kriegführung war man also im Reinen und durfte sich auf ein gutes Zusammenwirken der drei Verbündeten wohl gefasst machen. Doch hier halten wir einen Augenblick inne, um der Erzählung der Kriegsereignisse noch eine kurze Darstellung der Haltung Hollands gegenüber dem sogenannten Vierbunde vorauszuschicken.

Die berühmte Quadrupel-Allianz von 1718 ist ewig unfertig geblieben. Der Name hat nicht nur die Zeitgenossen, sondern auch die Nachlebenden und sogar noch die Wissenschaft, getäuscht. Er spricht von vier Mitgliedern des Bundes, in dem doch nur drei Handelnde auftreten. Und die Täuschung war keine zufällige, sie hatte Sinn und Zweck. England braucht den Namen der Generalstaaten. Es soll nicht einmal der Anschein erweckt werden, als ob sie sich fern hielten, während man auf einen Krieg lossteuert, der einen der wichtigsten Zweige des britischen Handels, den mit Spanien und seinen Kolonien, lahmlegen wird, denn die Holländer sollen doch wahrlich nicht den Vorteil davon haben. Dass die Amsterdamer Handelsherren schmunzelnd den City-Kaufleuten das grosse Geschäft aus der Hand nahmen, war nicht die Absicht. Das hätten die Minister auch vor dem Parlamente nicht verantworten können. Auf die Hülfe der Holländer in dem bevorstehenden Kampfe legte man zwar nur geringen Wert. Sie sollten so gelinde, so billig wie möglich davon kommen. Es genügt, hiess es im April 1718, wenn nur ein einziges holländisches Schiff mit der englischen Flotte ins Mittelmeer fährt.[1]) Auch zu den Zahlungen für die Schweizer Truppen, die in die wichtigsten Plätze von Toskana, Parma und Piacenza gelegt werden sollten, würden die Holländer nicht herangezogen werden. Ja, Georg I. gab der Republik am 26. Juli die geheime Zusicherung, sie solle überhaupt volle Entschlussfreiheit behalten und keinerlei Unkosten zu tragen haben, wenn sie sich nur dazu verstehen würde, wenigstens dem Namen nach, sich dem Vertrage anzuschliessen.[2])

Alles umsonst. Die Furcht vor dem Kriege, die Lockungen des Handels mit Spanien, hatten bald bei diesem, bald bei jenem Gliede der Generalstaaten so stark gewirkt, dass sie den Entschluss zum Beitritt nicht fanden. Die Quadrupel-Allianz blieb also vorläufig ein Dreibund. Um so eifriger wurden die Bemühungen fortgesetzt, um den fehlenden Genossen noch nachträglich zu gewinnen. Diese Bemühungen haben ihre eigene Geschichte und wollen auch erzählt sein, denn sie verschlingen sich mit allen übrigen Fragen der

[1]) Bd. I 804.

[2]) Srbik, Oesterr. Staatsverträge. Niederlande I 584.

europäischen Politik, und auch mit den Kriegsereignissen. Dass Holland fern stand, war und blieb der wunde Punkt der Quadrupel-Allianz, bot ihren Gegnern günstige Möglichkeiten und ist im weiteren Verlaufe der Dinge besonders von den Oesterreichern unangenehm empfunden worden. Das ging so fort, fast zwei Jahre lang, d. h. bis zu einer Zeit, da der Vierbund seinen Krieg und seinen Frieden mit Spanien zu glücklichem Ende gebracht hatte und auf den Beitritt der Republik gelassen verzichten konnte.

Indem wir dem Verlaufe dieser Angelegenheit folgen, vernehmen wir zuerst, dass die Generalstaaten erklären, sie könnten der Quadrupel-Allianz erst beitreten, wenn zuvor zwischen ihnen und dem Kaiser, als dem Herrn der katholischen Niederlande, die noch ausstehende Vereinbarung über die Exekution des Barriere-Vertrages vom 15. November 1715 geschlossen wäre. Dabei handelte es sich um das folgende. Der Barrierevertrag war kaum unterzeichnet, als sich von Seiten der neuen Untertanen des Kaisers schon der Widerspruch dagegen erhob. Die Stände von Flandern und Brabant waren es,[1]) die in Wien bittere Klage führten. Der Kaiserhof vernahm dieselben nicht ungern und überzeugte sich bald von ihrer Berechtigung. Man hatte den Holländern als Barrierefestungen eine Reihe von Plätzen überlassen, deren Besitz ihnen wirklich weit mehr bot, als nur einen Grenzschutz gegen Frankreich. Sie hatten mit jenen Festungen zugleich die Herrschaft über die ganzen Wasserlinien des Landes in die Hand bekommen. Die Brabanter behaupteten auch, das abgetretene Gebiet an der holländischen Grenze sei die Kornkammer von Brabant; und die Flamländer erklärten, dass Ostende der einzige, der kaiserlichen Herrschaft verbliebene Hafen, schwer gefährdet sei. Auch werde das ohnehin durch die Scheldesperre geknebelte Antwerpen nun ganz eingekreist und jeder Handel ihm unmöglich gemacht. Endlich seien auch die dem Lande aufgebürdeten Lasten ganz unerträglich.

---

[1]) Vgl. Oesterr. Staatsverträge. Niederlande I. Bearb. v. Srbik. 532 ff; Dollot, Les origines de la neutralité de la Belgique et le systemè de la Barrière. 1902. 411; Gachard, Histoire de la Belgique au commencement du XVIIIe siècle. 1880. 471 ff.

Solche Beschwerden gaben der Wiener Regierung wohl ein Recht, trotzdem der Vertrag in aller Form unterzeichnet, auch die Ratifikationen schon ausgetauscht waren, dennoch auf eine neue Verhandlung zu dringen. So war denn neben den grossen diplomatischen Aktionen, deren letztes Ergebnis die Quadrupel-Allianz von 1718 war, noch eine langwierige Verhandlung einhergegangen, welche unter englischer Vermittelung zwischen Oesterreich und Holland geführt wurde und ein Abkommen zur Modifizierung des 1715 geschlossenen Barriere-Vertrages bezweckte.

Zum Gouverneur der österreichischen Niederlande hatte Karl VI. den Prinzen Eugen ernannt. Doch hat dieser sein Amt niemals selbst verwaltet. Sein Vertreter, Marchese Prié musste sich im Spätjahr 1716, ehe er die Geschäfte in Brüssel übernahm, nach dem Haag begeben, um daselbst die Verhandlung mit den Generalstaaten zu eröffnen. Diese erkannten bald, dass sie sich nicht an den Buchstaben des Vertrages vom 15. November 1715 klammern durften, denn ohne eine gewisse Nachgiebigkeit von ihrer Seite war Karl VI. schwerlich zu den grossen finanziellen Leistungen zu bewegen, die der Vertrag ihm auferlegte. Immerhin war es eine schwere Täuschung, als Prié nun meinte, er werde in wenigen Wochen am Ziele sein.

Mit einem Partner wie den Generalstaaten war eine rasche Einigung nicht zu erzielen. Die mit der Vermittlung betrauten Engländer bemerkten es wohl, und da ihnen ihre europäische Politik wichtiger war, als das kleinliche Feilschen um die Barriere, so sollten diese beiden Dinge nun getrennt werden. Es genügte, wenn Prié versprach,[1]) die Barriere werde gesondert behandelt und möglichst beschleunigt werden. Unterdessen arbeitete Stanhope an der Vollendung seines grossen Systems und verzichtete vorläufig auf die Teilnahme der Holländer.

In der Tat wurden die Verhandlungen über die Barriere immer schleppender und um so öder, da man bald nur noch um finanzielle Fragen stritt. Der Kaiser drängte zum Abschlusse, der englische Gesandte erhielt immer wieder den

[1]) Cadogan u. Hor. Walpole an Townshend. 9. Okt. 1716. R. O.

Befehl,[1]) die Verständigung möglichst zu fördern. Doch erst nach mehr als zweijährigen Verhandlungen am 22. Dezember 1718, als die Quadrupel-Allianz längst unterzeichnet war, wurde auch der neue Vertrag über die Barriere durch die Bevollmächtigten der drei Staaten zum Abschlusse gebracht. Von dem Inhalte brauchen wir nur soviel zu hören, dass das den Generalstaaten überlassene Grenzterritorium nun allerdings auf den fünften Teil des Umfanges reduziert wurde, den man ihm 1715 hatte geben wollen. Sonst war aber an dem Wesen des „grossen Barriere-Vertrages" nichts geändert worden.

---

Damit schien das Haupthindernis beseitigt, das dem Beitritt der Generalstaaten zur Quadrupel-Allianz noch im Wege gestanden hatte. Der Kaiser hatte das Seinige getan, aber auch Frankreich und England zeigten sich um diesen Beitritt eifrig bemüht, waren auch ihrerseits bereit, sogar Opfer dafür zu bringen. England erklärte, eine ältere von den Holländern liquidierte Schuld von 200000 £, nunmehr berichtigen zu wollen.[2]) Schon vernimmt man, dass die Stadt Amsterdam und die Provinz Holland sich so entschieden für den Anschluss ausgesprochen haben, „dass es damit so viel als eine getane Sach' ist." Man vernimmt auch, dass ein paar mit Kriegsvorrat beladene Schiffe im Hafen von Amsterdam in dem Augenblicke festgehalten werden, als sie im Begriffe sind, nach Spanien abzusegeln. So war man in London voller Hoffnung. Ja, wenn nun der Beitritt Hollands erfolgte, musste das nicht zusammen mit allen übrigen Ereignissen der jüngsten Zeit, mit der bewilligungsfreudigen Haltung des englischen Parlaments, mit der Kriegsbereitschaft in Frankreich, mit der Botschaft vom Tode Karls XII. auch in Spanien mächtig wirken? Vielleicht würde sich dieses jetzt rasch unterwerfen und der Krieg wäre zu Ende, noch ehe er begonnen hätte. Wirklich beschränkte sich die englische Re-

[1]) Instruktionen für Cadogan, Hamptoncourt 21. Aug. 1717; für denselben vom 18. April 1718. R. O.

[2]) Stanhope an St. Saphorin. 27. Jan. 1719. H. A.

gierung in ihren maritimen Rüstungen bereits auf das notwendigste Mass.[1])

Aber wiederum hatte man sich in der Entschlussfähigkeit der Holländer, vor allem aber in ihrer Bereitwilligkeit, in den Krieg gegen Spanien einzutreten, gründlich getäuscht. Im Januar 1719 gaben die Generalstaaten in London zwar die Erklärung ab, sie seien bereit, der Quadrupel-Allianz beizutreten, forderten aber zugleich eine Frist von drei Monaten, bevor sie Spanien den Krieg erklären würden. Diese Frist sollte dazu dienen, um eine neue Verhandlung mit Spanien zu beginnen, und, wenn dieselbe gelänge, den ganzen Kampf überhaupt zu vermeiden. Die englische, wie die französische Regierung wären nun wohl bereit gewesen, sich diesem Wunsche zu fügen. Auch dass die Holländer das in der Quadrupel-Allianz ihnen zudiktierte Truppenkontingent auf die Hälfte heruntersetzen wollten, ward von den Westmächten ruhig hingenommen. Denn ihnen kam es ja nur darauf an, dass Holland überhaupt teilnahm. Ganz anders lag der Fall für Oesterreich. Mit der den Holländern zum Zwecke neuer Verhandlungen zugebilligten Frist würde auch die Entscheidung über die Zukunft der italienischen Herzogtümer noch einmal hinausgeschoben, die Expektativen auf Toskana, Parma und Piacenza den Spaniern bestätigt und drei Monate offen gehalten worden sein. Damit wurden aber die Pläne des Kaiserhofes durchkreuzt. In Wien hatte man es nämlich mit Genugtuung begrüsst, dass Philipp V. die ihm ursprünglich gesetzte Frist von drei Monaten ungenutzt hatte verstreichen lassen, ohne die Quadrupel-Allianz anzunehmen. Denn nun durfte man über jene italienischen Gebiete anderweitig verfügen und brauchte die Bourbonen in Italien nicht Fuss fassen zu lassen. Man hatte sogar schon einen Plan für die neue Länderverteilung entworfen.[2]) Und nun sollten durch die Haltung der Holländer diese Aussichten wieder zu Schanden werden. Da gab es in London heftige Szenen zwischen den englischen Ministern und dem Freiherrn von Pendtenriedter, demselben österreichischen Gesandten, der vor einem halben Jahre im Namen Karls VI. die Quadrupel-Allianz unterzeichnet

[1]) Berichte Hoffmanns vom 30. Dez. 1718, 13. Jan. 1719. W. St. A.
[2]) Pribram, Oesterr. Staatsverträge. England 1, 405.

hatte[1]). Jene erklärten, den Beitritt der Generalstaaten durchaus nicht entbehren zu können. Der Oesterreicher aber weigerte sich, seinen Namen unter den Vertrag mit den Generalstaaten zu setzen, wenn sie jene Forderung der dreimonatlichen Frist nicht fallen liessen.

Man soll nicht sagen, dass hier nach alter Diplomatenart um blosse Kleinigkeiten gestritten worden sei. Es handelte sich wirklich um die grossen politischen Fragen des 18. Jahrhunderts. Oesterreich versucht noch in letzter Stunde, die Bourbonen aus Italien fernzuhalten. Dass es ihm auch dieses Mal nicht gelang, wurde die Quelle künftiger Verwicklungen und Kriege. Die Westmächte aber versagen ihm ihre Unterstützung, Frankreich aus Furcht vor einer zu grossen Machtstellung Oesterreichs, England, weil seine Handelsinteressen durch die Neutralität der Holländer in Gefahr geraten könnten. „Das will ich wohl glauben", schrieb Stanhope damals[2]) „sie möchten den Handel mit Spanien fortsetzen, möchten allein alle Vorteile geniessen, während wir derselben beraubt sind. Ja, sie möchten diesen Handel wohl so völlig in ihre Gewalt bringen, dass wir ihn auch später nicht wiedergewinnen können. So etwas dürfen aber weder wir noch Frankreich dulden und blosse Worte helfen hier nichts. Man müsste schon Gewalt anwenden, müsste ihre Schiffe und Waren wegnehmen. Das würde aber einen offenen Bruch bedeuten, d. h. das Schlimmste, was uns passieren kann." So der britische Standpunkt. In dem von allen Seiten geschmähten Holland aber erblicken wir die sinkende Grossmacht, die sich noch ein wenig sträubt, ihr Schifflein im Schlepptau des grossen englischen Seglers fahren zu lassen, und die wenigstens jeden Kampf ängstlich zu vermeiden sucht.

Da nun in diesem Falle die beiden Westmächte sich auf die Seite Hollands stellten, so musste der Kaiser wohl nachgeben. „Ich sehe nicht, wie man in der Sache voneinander kommen werde", schrieb Pendtenriedter.[3]) Er getraute sich nicht, die Frage selbst zu entscheiden und bat um neue Instruktionen, trotzdem die Engländer ihm vorstellten, dass

[1]) Pendtenriedters Berichte vom 27. Jan. 14. Febr. 1719. W. St. A.
[2]) Stanhope an St. Saphorin 4. Febr. 1719 (a. St.) H. A.
[3]) Bericht vom 14. Februar 1719. W. St. A.

alsdann aus der jetzt geforderten Frist von drei Monaten leicht fünf Monate werden konnten.

So kam die Frage vor das Forum des Kaisers. Karl VI. aber wusste nur zu gut, dass er ohne die Unterstützung der englischen Flotte niemals in den ersehnten Besitz Siziliens gelangen werde. Darum fügte er sich dem Wunsche Englands. Pendtenriedter ward also beauftragt, den Vertrag mit Holland in London zu unterzeichnen. Nur sollte er Sorge tragen, dass auch wirklich der ganze Wortlaut der Quadrupel-Allianz von den Generalstaaten angenommen werde, also auch die für die Durchführung des Hauptvertrages so wichtigen geheimen und separaten Artikel. Denn auch darin hatten die Holländer Schwierigkeiten gemacht. Was aber die vielerwähnten Expektativen betraf, so war der Kaiser hier zum Nachgeben bereit, und es war wohl nicht allzuernst gemeint, wenn er seinem Gesandten noch einmal einschärfte, er müsse alles versuchen, damit die Expektativen nicht wieder den Spaniern offen gehalten würden, er dürfe nicht nachgeben, „bis zu fürchten, dass sich sonst alles zerschlagen wollt".[1])

Mit solchen Versuchen durfte Pendtenriedter den englischen Ministern gar nicht mehr kommen. Er forderte auch nur noch eine schriftliche Erklärung der englischen Regierung, dass, wenn nach dem Ablauf der nun beginnenden drei Monate Spanien die Quadrupel-Allianz nicht angenommen hätte, alsdann eine neue Frist nicht mehr gewährt werden, vielmehr die Rechte des Hauses Bourbon auf die italienischen Herzogtümer einfach erloschen sein sollten. Auch darüber finden erst neue erregte Auseinandersetzungen statt. Die englischen Minister weigern sich, eine solche Erklärung zu geben. „Worüber man," berichtet Pendtenriedter, „mit Unwillen von einander und beiderseits zum Könige gegangen ist, welcher zwischen mir und den englischen Ministern sehr verlegen gewesen ist." Endlich gaben die Engländer nach. Sie versprachen, die gewünschte Erklärung sogleich nach der Unterzeichnung des Vertrages mit Holland — aber auch nicht früher — abgeben zu wollen. Und endlich war man übereingekommen, dass der Beitritt der Holländer innerhalb vier

[1]) Karl VI. an Pendtenriedter, 15. Febr., 7. März 1719. W. St. A.

Wochen erfolgen müsse, wenn er überhaupt noch den Ausgangspunkt einer neuen den Spaniern zu gewährenden Dreimonatsfrist bilden sollte.[1])

So weit war man im März 1719 gekommen. Flugs[2]) hatten die Holländer einen neuen Grund zum Aufschub gefunden. Sie erklärten jetzt, der Quadrupel-Allianz mit ihren geheimen Artikeln nicht eher beitreten zu können, bis die Ratifikationen des Barriere-Exekutionsvertrages ausgetauscht seien. Es war nämlich Marquis Prié zwar bevollmächtigt und bereit, diesen Austausch vorzunehmen, doch bestand er darauf, dies erst nach dem Anschlusse der Generalstaaten an die Quadrupel-Allianz, der in London erfolgen sollte, tun zu wollen. So stritt man nun über die Reihenfolge dieser beiden Transaktionen. Lord Cadogan machte den Vorschlag, beide Handlungen in London zu vollziehen, entweder gleichzeitig oder rasch hintereinander, wobei man, da die Holländer es nun einmal so haben wollten, den Austausch der Ratifikationen zuerst vornehmen möge. Der Vorschlag wurde angenommen. Prié schickte die schon in seinen Händen befindlichen Ratifikationsurkunden und den Befehl, sie auszutauschen, an Pendtenriedter weiter. Am 11. Mai (n. St.) 1719 fand denn auch zwischen Stanhope, Pendtenriedter und dem Holländer van Borssele der Austausch statt — der sich durch die begleitenden Reden der beiden ersteren zu einer sensationellen Szene gestaltete. Pendtenriedter begnügte sich noch damit, dem holländischen Gesandten einige lehrhafte und ermahnende Worte über die politische Lage zu sagen.[3]) Dem leidenschaftlichen Stanhope aber riss die Geduld. „Sie machen uns arg zu schaffen", so fuhr er den Holländer an, „aber wir können auch ohne Sie leben. Vielleicht brauchen wir Sie bald garnicht mehr. Und das sage ich Ihnen: glauben Sie nicht, dass wir Ihnen erlauben werden, sich an dem Handel mit Spanien zu bereichern, und wir sollten das Nachsehen haben". Der arme van Borssele stand zitternd vor dem Leiter der englischen Politik.[4])

[1]) Pendtenriedters Berichte vom 7. bis zum 28. März 1719. W. St. A.

[2]) Das folgende besonders nach den weiteren Berichten Pendtenriedters im W. St. A.

[3]) Pendtenriedter 11. Mai 1719 W. St. A.

[4]) Schaub an St. Saphorin. 12. Mai 1719. H. A.

Solche Zornausbrüche sind gewiss nicht zu entschuldigen. Aber so war Stanhope nun einmal, und die innere Ruhe hat er stets rasch wiedergefunden. Dieses Mal war es ihm mit seinen Drohungen auch nicht voller Ernst gewesen. Denn schon nach ein paar Tagen sehen wir ihn wieder eifrig bemüht, den Beitritt der Generalstaaten nun endlich zu erreichen.[1])

Es war die Zeit, da König Georg I., ungeachtet aller inneren und äusseren Gefahren, von denen sein Königreich umdrängt schien, sich entschloss, diesem wieder einmal den Rücken zu kehren, und einige Monate in seinem deutschen Kurfürstentum zu verbringen. Diese Königsreisen brachten nicht nur eine Verlegung des Hoflagers, sondern auch eine Auflösung des diplomatischen Korps mit sich. Einige der Herren pflegten in London zu bleiben, andere folgten dem Könige nach Hannover oder sie nahmen ihren Urlaub und reisten nach Hause. Pendtenriedter hatte einen Tag später als Georg I. die englische Hauptstadt verlassen, er folgte ihm zunächst nach dem Haag. Denn soeben war, gerade noch vor dem allgemeinen Aufbruch von London, die feste Verabredung getroffen worden, dass die lange verschobene Handlung, der berühmte Beitritt, nun wirklich, und zwar am Sitze der Generalstaaten, erfolgen sollte.[2]) Am 30. Mai hatten diese nämlich den Beschluss gefasst, nicht nur den Hauptvertrag, sondern auch alle geheimen und separaten Artikel der Quadrupel-Allianz anzunehmen. Alles atmete auf. Man glaubte am Ziele zu sein. Georg I. wartete die förmliche Erledigung des Geschäfts im Haag nicht ab. Denn wie immer, wenn er sich auf dem Wege von London nach Hannover befand, trieb die Ungeduld ihn zu mächtig vorwärts. Auch Stanhope war ihm bereits gefolgt, er hatte den Haag in der frohesten Stimmung verlassen, da er nicht anders meinte, als dass hier in den nächsten Tagen der ersehnte Beitritt Hollands erfolgen und die Quadrupel-Allianz fortan nicht mehr ein täuschender Name sein werde.[3]) Die Ver-

[1]) Stanhope an St. Saphorin 5. Mai 1719 (a. St.) H. A.
[2]) Bericht Pendtenriedters, London 22. Mai 1719. W. St. A.
[3]) Bericht Pendtenriedters, Haag, 30. Mai 1719. W. St. A.

treter der vier Staaten waren zur Stelle, die Vollmachten richtig und alles zur Unterzeichnung bereitet.

Da schreckten im letzten Augenblick die Generalstaaten noch einmal vor der Aussicht zurück, dass sie nun vielleicht nach Ablauf dreier Monate wirklich in einen Krieg mit Spanien verwickelt werden könnten. Sie erklärten plötzlich, noch auf der Hinzufügung eines weiteren Sonderartikels bestehen zu müssen. Dieser besagte, dass die Generalstaaten unter keinen Umständen zu einer höheren oder anderen Leistung als zur Stellung einer Hülfsmacht von 3000 Mann verpflichtet sein sollten.[1]) Die Gesandten der anderen Staaten erblickten darin natürlich den Entschluss der Holländer, auch nach Ablauf der drei Monate nicht ernstlich oder überhaupt nicht als kriegführende Macht gegen Spanien aufzutreten. Und so war es wirklich. Die Scheu vor dem Kriege hatte gesiegt. Man stritt wieder einmal heftig hin und her. Die Gesandten von England, Frankreich und Oesterreich wollten von der geforderten Ausdrucksweise des Artikels nichts hören. Die Holländer aber hielten fest an ihrem „*neque ad plura vel alia.*“[2]) Eine Einigung war nicht erzielt, die Verhandlung wurde abgebrochen. Pendtenriedter reiste vom Haag direkt nach Wien weiter. In seiner selbstgefälligen Art berichtet er nun ausführlich,[3]) wie zwar er selbst die Entscheidung herbeigeführt, es aber verstanden habe, den Dingen geschickt eine Wendung zu geben, dass dem Anschein nach nicht er, sondern die Vertreter von England und Frankreich die Verhandlung abgebrochen hätte.

In den politischen Kreisen der Verbündeten herrschte nur eine Stimme der Entrüstung über den Krämergeist der Holländer. „Ein paar Privatleute in den Vereinigten Provinzen haben alle unsere Mühen zunichte gemacht,“ sagte man in Paris.[4]) St. Saphorin meinte, auf die eben in Holland regierende Klasse die Schuld schieben zu müssen. Diese

---

[1]) *ne in omni eventu ultra tria millia militum in auxilium conferre teneantur neque ad plura vel alia obstringantur.* Srbik, Oester. Staatsverträge. Niederlande 1, 642.

[2]) Vgl. Srbik a. a. O. 591.

[3]) Aus dem Haag, 1. Juni 1719. W. St. A.

[4]) Stair an Stanhope, 30. Juni 1719.

Leute nennen sich zwar die wahren Republikaner, haben aber überhaupt keine Grundsätze. Unter Ludwig XIV. waren sie Franzosen, unter Strafford Engländer, heute sind sie Spanier. Das wird auch nicht anders, bis man sie dazu bringt, sich einen Statthalter zu wählen.[1]) Und in London nannte Sunderland[2]) die Haager Vorgänge das schändlichste Verfahren, das bei Verhandlungen zwischen Grossmächten jemals vorgekommen sei. Vier Wochen später wollte der holländische Gesandte den englischen Minister einmal mit unschuldiger Miene an die Zahlung der schon erwähnten Geldrückstände erinnern. Voller Ingrimm fuhr Sunderland ihn an, die Holländer glaubten wohl, nachdem sie die drei grössten Mächte Europas zum Narren gehalten hätten, würden diese ihnen noch besonderes Entgegenkommen beweisen. Aber darin täuschten sie sich ebenso, wie wenn sie hofften, man werde ihnen erlauben, den ganzen Handel mit Spanien allein an sich zu reissen.[3])

---

„Die Holländer sind nach wie vor fest entschlossen, der Quadrupel-Allianz fernzubleiben, heisst es in dem Briefe eines wohlunterrichteten Zeitgenossen vom 28. Juni 1719.[4]) „Und", so fährt er fort, „da man mit Versprechungen bei ihnen nichts ausrichtet, so versucht man es jetzt mit Drohungen. Der Kaiser will ihnen ihre Barriere rauben. Frankreich und England erklären, ihre Schiffe wegnehmen zu wollen. Sie selbst aber verstehen ihr Spiel viel zu gut, als das sie sich durch drohende Worte bewegen liessen, die Partie aufzugeben". Auch heute noch können wir die ruhige Sicherheit, mit der sie ihren Weg verfolgten, wohl verstehen. Sie wussten, dass England nach dem geltenden Völkerrecht einer neutralen Macht den Handel mit seinem Feinde nicht verbieten könne,[5])

---

[1]) St. Saphorin an Stanhope 18. Juni 1719; ders. an Schaub 18. Juni 1719. H. A.

[2]) Hoffmann, 13. Juni 1719. W. St. A.

[3]) Hoffmann, 14. Juli 1719. W. St. A.

[4]) Portland, Mss. V 587.

[5]) Ein Grundsatz, den es ernsthaft erst in dem Weltkrieg unserer Tage zum Schaden der Neutralen aufgegeben hat.

oder doch nur insoweit die Einfuhr von Kriegskonterbande in das feindliche Gebiet in Frage kam.

Ein Verbot, oder auch nur eine ernstliche Störung des Handels zwischen Holland und Spanien ist denn auch von englischer Seite nicht erfolgt. Aber es ist schon interessant zu erfahren, dass die drei Verbündeten sich ernstlich mit der Frage beschäftigt haben, wie weit man darin wohl gehen könne. Die diplomatischen Akten erzählen uns von solchen Erörterungen, wie sie insbesondere zwischen England und Oesterreich stattgefunden haben. Stanhope dachte ernstlich daran, dem Worte die Tat folgen zu lassen. „Vielleicht werden wir sie (die Holländer) bald zur Besinnung gebracht haben," schreibt er nach Wien,[1]) „wenn wir erst ihren Handel mit Spanien wirksam unterdrücken." Aber England will nicht allein vorgehen. Es wäre gut, wenn gleichzeitig eine Kaperflotte aus den Häfen der österreichischen Niederlande ausschwärmte, um auf die Schiffe der Holländer zu fahnden. Der Gedanke muss wohl in der Luft gelegen haben, denn mit dem Briefe Stanhopes kreuzte sich ein anderer von St. Saphorin,[2]) der einen ähnlichen Vorschlag enthielt. Man könnte, meint dieser, den Wiener Hof schon dahin bringen, die dafür nötigen Kaperbriefe auszustellen. Ja, in diesem Falle brauchte England selbst sich gar nicht in das Spiel zu mischen. Oesterreich allein kann es tun, denn Oesterreich hat kein Bündnis mit den Generalstaaten. Auch ist die Stimmung des Wiener Hofes gerade gereizt genug gegen die Holländer, die ihm zuerst den neuen Barriere-Vertrag, sodann die Ratifikation desselben entlockt, ja ergaunert haben, unter der falschen Vorspiegelung, der Quadrupel-Allianz beitreten zu wollen, woran sie im Ernste ja niemals gedacht haben. Die Sache liesse sich, meint St. Saphorin, auch leicht so wenden, dass nicht England den Kaiser darum angehe, sondern dieser selbst als Bittender käme, um die Erlaubnis des Königs nachzusuchen zur Ausstellung von Kaperbriefen für seine niederländischen Provinzen.

„Der Kaiser wird sich nicht lange bitten lassen", prophezeite ein anderer der britischen Diplomaten.[3]) Wirklich fanden

[1]) An St. Saphorin. Hannover, 30. Juni 1719. H. A.
[2]) St. Saphorin an Stanhope. 8. Juli 1719. H. A.
[3]) Schaub an St. Saphorin. Hannover, 7. Juli 1719. H. A.

Prinz Eugen und Graf Sinzendorff den Vorschlag vortrefflich und brachten ihn sofort vor die Konferenz der Minister. Auch diese stimmte grundsätzlich zu und erklärte nur, man müsse sich noch über die Form der Patente verständigen, die man den Kapitänen der Kaperschiffe in die Hand gäbe, damit diese in der Ausübung ihres Handwerks auch nicht weiter gingen, als man wünschen könne. Bald darauf müssen den Oesterreichern aber doch Bedenken aufgestiegen sein über die Ungeheuerlichkeit des ganzen Planes. Der Kaiser werde wohl wünschen, sagte Sinzendorff zu St. Saphorin, dass auch England und Frankreich dieselben Befehle ausgäben wie er, damit nicht er allein den Unwillen der Holländer auf sich lade. Diese beneideten ihm schon zu sehr den Besitz von Ostende und warteten nur auf eine gute Gelegenheit, um es ihm zu entreissen.[1]) Mit anderen Worten: Der Kaiser ist bereit, seine niederländischen Häfen dem Kaperkriege zu öffnen, aber nur, wenn auch die Westmächte ein gleiches tun. „So ist dieser Hof nun einmal", schreibt St. Saphorin enttäuscht, „sobald man wegen einer Sache, die er selbst eifrig begehrt, als Bittender zu ihm kommt, so lässt er sich nur mit allergrösster Vorsicht darauf ein."

An dieser etwas ängstlichen Haltung der österreichischen Regierung, oder doch an ihrer Forderung tätiger Mitwirkung seitens der Westmächte ist, wenn ich nicht irre, der ganze Plan gescheitert. England und Frankreich lehnten ein Zusammengehen mit Oesterreich in der vorgeschlagenen Form entschieden ab. Im Grunde sollte ja der Kaperkrieg auch nur ein Mittel sein, um die Holländer immer noch zum Beitritt zu bewegen. Da man mit gütlichen Reden nichts erreicht hat, so versucht man es mit der Geste des Drohenden. Aber gar so böse war es nicht gemeint. Was den Kaperkrieg betrifft, so wäre dieser, von den eigenen Verbündeten Hollands angewendet, auch ein gar zu kräftiges Mittel gewesen, das leicht eine verhängnisvolle Wirkung haben konnte. Und ferner: England und Frankreich, so ehrlich sie für den Beitritt der Generalstaaten zur Quadrupel-Allianz gearbeitet hatten, so war es ihnen doch nicht unlieb, dass durch die hinzögernde

[1]) St. Saphorin an Stanhope, 12. 15. Juli 1719. H. A.

Haltung der Holländer und die dadurch bedingte Hinausschiebung des Termins für die Unterwerfung Spaniens zugleich den Bourbonen die Tür in Italien offen gehalten wurde, die der Kaiser so gern vor ihnen verschlossen hätte. Kurz, zu dem wunderlichen Schauspiel eines englisch-französisch-österreichischen Kaperkrieges, also eines Beutezuges, den, während sie mit Spanien im Kriege lagen, drei Glieder der Quadrupel-Allianz gegen das widerspenstige vierte unternommen hätten, ist es doch nicht gekommen.

Und endlich bleibt noch ein Umstand zu erwähnen, der uns den Humor der ganzen Angelegenheit schlagend offenbart. Unter den Akten befindet sich ein vertraulicher Brief des Staatssekretärs Craggs an General Cadogan, den Gesandten im Haag.[1]) Er empfiehlt diesem, nicht allzu streng mit den Holländern ins Gericht zu gehen, und nicht etwa gar besondere Sicherheiten für die völlige Unterdrückung des Handels mit Spanien zu verlangen. „Sie müssen wissen, fügt Craggs treuherzig hinzu, das wir ja selbst Pässe austeilen an solche Schiffe, die mit unseren Manufakturen nach Spanien Handel treiben, und ferner, dass wir unseren Schiffen und Kolonien ruhig gestatten, den Spaniern so viel Gold und Silber abzunehmen, wie sie nur können. Einen solchen Handel zu unterdrücken, wäre die Sache der Spanier, nicht die unsere.“ Von den Holländern soll darum Cadogan sich allerdings versprechen lassen, dass sie den Handel mit Konterbande verhindern werden. „Geben sie nur dieses Versprechen, so werden wir nicht weiter nachforschen.“ Was den Handel mit anderen Dingen betrifft, so werden die Spanier ihn schon selbst unterdrücken, wenn sie erst einmal im Kriege mit Holland sind.

Und so ward es nun gehalten. Die Engländer fahndeten auf holländische Schiffe, wenn die Ladung verdächtig schien, und nahmen ihnen Konterbande ab, wo sie sie fanden.[2]) Von einer Unterbindung des gesamten holländischen Handels gegen Spanien aber war so wenig die Rede, wie England selbst es sich nehmen liess, diesen Handelsverkehr auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans auch während des Krieges ruhig

[1]) Datiert Cockpit, 28. Juli 1719. R. O.

[2]) Oberst W. Stanhope an Craggs. Vor San Sebastian, 17. Aug. 1719. R. O.

weiter zu betreiben. Als z. B. die am Jamaika-Handel interessierten Kaufleute sich eines Tages mit einer Petition an die Regierung wandten, da wurde ihnen die Fortsetzung des für sie so wertvollen Handels ihrer Insel mit dem spanischen Westindien feierlich gestattet.[1])

Die merkwürdige Rolle, die die Generalstaaten in der Quadrupel-Allianz gespielt haben, war freilich mit den bisher mitgeteilten Vorgängen noch nicht zu Ende, und wir werden mehr davon zu hören bekommen. Doch sind wir mit dem Erzählten schon über den Moment der beginnenden Kriegsereignisse hinausgelangt. Ihnen haben wir uns nunmehr zuzuwenden.

---

[1]) Delafoye an Stanhope, 16. Juni 1719. R. O. Regencies 76.

Sechstes Kapitel.

# Der Feldzug von 1719.

Niemals ist ein Krieg mit weniger Begeisterung begonnen worden, als der Kampf der Westmächte gegen Spanien im Jahre 1719. Dubois will ihn zeitlich und räumlich so viel wie möglich beschränken. Craggs verspricht dem französischen Geschäftsträger, der Krieg solle so kurz werden, wie man nur wünschen könne. „Es wird nur dem Namen nach ein Krieg sein," erklärt Stanhope.[1]) „Ein blosser Scheinkrieg, nur um den Frieden zu sichern," so tröstet sich das Volk.[2]) „Der letzte Akt des Dramas," sagte die Regierung,[3]) „und wenn der Vorhang fällt, so wird Spanien gezwungen sein, die Quadrupel-Allianz zu unterschreiben."

Man wird auch nicht müde, zu erklären, dass nicht Spanien der Feind sei, sondern nur der böse Kardinal Alberoni. Ja man glaubt fast selbst daran. „So lange dieser Mann an seinem Platze ist," sagt Dubois, „wird Europa keine Ruhe haben". Man sinnt nicht minder eifrig auf Mittel, um „den turbulenten Minister", „den tollen Kardinal", zu beseitigen, als man sich mit der Vorbereitung der militärischen Operationen beschäftigt. Dubois möchte ihm den Rückhalt entziehen, den seine geistlichen Würden ihm gewähren. Frankreich, England und Oesterreich sollen sich über die Schritte verständigen, durch die man den Papst bewegen könnte, Alberoni den Kardinalshut zu nehmen und ihm die Bullen für Sevilla zu versagen.[4])

---

[1]) Vgl. Bourgeois a. a. O. III 47.

[2]) *Mais on se flatte ici qu'il suffit d'une apparence de guerre pour affermir la paix ...* Bonet 14/25. Nov. 1718, G. St. A.

[3]) Bonet 6/17. Jan. 1719. G. St. A.

[4]) Dubois an Destouches 18. Jan. 1719. Aff. Etr. Angl. Corr. pol. 322.

Die Regierungen in England und Frankreich täuschten sich also nicht darüber, wie unpopulär der Krieg in ihren Ländern war. Mit ganz Spanien habe sich das halbe Frankreich gegen den Regenten erhoben, klagt Dubois.[1]) „Der Krieg, den wir beginnen, wird wie ein Bürgerkrieg sein." Und was die Gefahren für England betrifft, so weist er auf die Jakobiten hin, die in Frankreich noch zahlreicher und mächtiger seien als jenseits des Kanals. Umso fester müssten die beiden Regierungen zusammenstehen.

Zu dieser Haltung der Westmächte bildete freilich der Eifer des dritten Verbündeten, des Kaisers Karls VI., einen auffallenden Gegensatz. Er allein fordert eine energische Kriegführung. Sein Gesandter Pendtenriedter erklärt in London nachdrücklich, man dürfe die spanischen Bourbonen ausserhalb der Pyrenäenhalbinsel nicht zu mächtig werden lassen, man müsse ihre Stellung in Spanien selbst zu beschränken suchen, „auch derselben aus Indien ziehende grosse Schätze durch eine anständige Verteilung beschneiden." Am wenigsten aber dürfe man sich mit einem Scheinfrieden begnügen. Auf solche Reden erhält Pendtenriedter aber die niederschmetternde Antwort, die englische Nation habe überhaupt nur durch die Hoffnung auf einen baldigen Frieden zu diesem Kriege bewogen werden können.[2])

Die Rollenverteilung zwischen den drei Verbündeten der Quadrupel-Allianz — denn von Holland ist hier, wie wir wissen, nicht zu reden — ergab sich wie von selbst aus ihrer Stellung und der von jedem von ihnen verfolgten Absicht. Dem Kaiser kam es auf die Eroberung Siziliens an, von wo seine Truppen die Streitkräfte Spaniens verdrängen mussten. Frankreich wollte den Krieg zu Lande führen, französische Armeen sollten jenseits der Pyrenäen fechten. England, dessen Flotte unter Sir George Byng noch im Mittelmeer weilte, gedachte die Operationen nur zur See zu unterstützen. Die gelegentlich von österreichischer Seite erbetene Bereitstellung britischer Streitkräfte für den Krieg in Italien ward einstweilen rundweg abgelehnt.[3]) Und wie hätte es anders sein können angesichts

[1]) Dubois an Stanhope, 16. Jan. 1719. Ebd.
[2]) Bericht Pendtenriedters vom 26. Jan. 1719. Wiener St. Arch.
[3]) Stanhope an St. Saphorin, Whitehall, 6. Jan. 1719. Han. Arch.

der Tatsache, dass die englische Regierung, wie wir bald sehen werden, nicht einmal genug Truppen besass, um ihren eigenen Boden zu verteidigen?

Die Widerstandskraft Spaniens war nicht zu unterschätzen. Man rechnete damit, dass es in der Lage wäre, auch ohne die auf Sardinien und Sizilien gebundenen Streitkräfte noch 40 000 Mann regulärer Truppen an die Grenze zu schicken, unter dem Befehl altgedienter französischer u. wallonischer Offiziere. [1])

Den Oberbefehl auf französischer Seite übernahm Marschall Berwick, ein Engländer von Geburt, denn er war der natürliche Sohn Jakobs II. und der Arabella Churchill. Doch war er nach dem Sturze des Vaters in die Dienste Ludwigs XIV. getreten und galt als ein Feldherr von unbeflecktem Kriegsruhm. Mit der ganzen Sorgfalt des erfahrenen Generals bereitete er den Landkrieg gegen Spanien vor. Alle über die Pyrenäen führenden Pässe wurden militärisch besetzt, ehe der Vormarsch nach Spanien ausgeführt wurde. [2]) Dieser selbst erfolgte im April 1719. Eine Armee von etwa 30 000 Mann überschritt den kleinen Grenzfluss, die Bidassoa, wo eine Reihe fester — doch wohl nicht allzu fester — Plätze den Franzosen rasch in die Hände fiel. Sogleich liess man der Bevölkerung des benachbarten Städtchens Jrun, die angstvoll geflohen war, sagen, die Franzosen seien nur gekommen, um sie von der Tyrannei des Kardinals Alberoni zu befreien. Und wirklich kehrten die Leute furchtlos in ihre Wohnungen zurück. [3]) Die eigentliche Grenzfestung Fuenterrabia anzugreifen, lag zunächst nicht in der Absicht der französischen Heerführung. Das nächste Ziel derselben war vielmehr der weiter westlich gelegene kleine Hafen von Los Pasajes.

In der historischen Literatur ist seit Saint Simon viel darüber gestritten worden, [4]) ob Frankreich mit dieser Unternehmung wirklich nur seine eigenen Zwecke verfolgt, oder nicht vielmehr die Sache Englands geführt habe. Sicherlich ist das letztere der Fall. Die Expedition nach Los Pasajes

---

[1]) Bonet, 6./17. Jan. 1719. G. St. A.

[2]) Berwick, Suite abrégée des Mémoires (Michaud et Poujoulat. 3e ser. 8.) 448.

[3]) Stair an Craggs, 26. Apr. 1719. R. O.

[4]) Vgl. zuletzt Bourgeois, Le secret de Dubois 62 [4]).

war schon im Januar, sobald der Krieg beschlossen war, in Beratungen zwischen dem Grafen Stair und dem Herzoge von Orleans in Aussicht genommen worden.[1]) Man wusste, dass der kleine, aber gut gelegene Hafen von Alberoni mit Werften und Magazinen für den Bau und die Ausrüstung seiner Kriegsschiffe reichlich versehen worden war. England aber hatte das lebhafteste Interesse daran, die spanische Seemacht, der es 1718 einen vernichtenden Schlag versetzt hatte, nicht von neuem erstarken zu lassen. So stellte es denn für den Angriff auf Los Pasajes auch seine Kriegsschiffe zur Verfügung. Berwick erklärte, dieselben nicht zu benötigen. Umso besser, meinte man auf englischer Seite, aber dann sollte die Expedition auch sofort ausgeführt werden.[3]) Die Mahnung wurde oft wiederholt, die Ausführung aber immer wieder verschoben. Endlich ward die von England gestellte Aufgabe mit aller Gründlichkeit gelöst. Ein Detachement französischer Truppen unter dem Marquis de Cilly dringt in Los Pasajes ein und findet auf den Werften sechs grosse halbfertige spanische Kriegsschiffe. Da man sie nicht aufs offene Meer hinausschaffen kann, so werden sie an Ort und Stelle den Flammen übergeben. Was ferner an Schiffbaumaterialien da ist, Masten und andere Holzvorräte in so ungeheurer Menge, dass noch zwanzig Kriegsschiffe davon gebaut werden konnten, das alles wird auf Berwicks Befehl entweder vernichtet oder auf dem Wasserwege nach Bayonne abgeführt. Dabei werden noch 200 spanische Soldaten mit 20 Offizieren zu Gefangenen gemacht, und 500 Mann, die von der Garnison des nahen San Sebastian zum Entsatze anrücken, durch das Gewehrfeuer der Franzosen vertrieben.[4]) Der Erfolg war vollkommen, die ganze Anlage von Los Pasajes niedergebrannt, eine werdende spanische Flotte vernichtet. England konnte zufrieden sein. „Die Zerstörung so vieler der Schiffahrt des Feindes dienenden Materialien ist hier zu Lande mit hoher Genugtuung aufgenommen worden", schreibt ein englischer Minister.[5]) „Bitte

[1]) Stairs Berichte vom 13. Jan. 1719 und häufiger. R. O. Pendterriedters Bericht, London 13. Jan. 1719. W. St. A.

[2]) Stair an Craggs, 13. Jan. 1719. R. O.

[3]) Craggs an Stair, 17. Jan. (a. St.) 1719. R. O. France 351 A.

[4]) Berwick an Stair, Bordeaux, 26. April 1719. R. O. France 353.

[5]) Craggs an Stair, 28. April 1719. R. O.

teilen Sie uns doch alle Einzelheiten dieser Verluste der spanischen Marine mit, denn derartige Nachrichten bereiten den Leuten hier grosse Freude.“

---

Nach dem leichten Erfolge von Los Pasajes ward das Programm der französischen Kriegführung noch erweitert. Der Plan war ursprünglich dahin gegangen, durch die jenseits der Bidassoa unternommenen Truppenbewegungen, die aber nur als Scheinoperationen gedacht waren, die spanischen Streitkräfte in grösserer Menge in diese Gegend zu ziehen, während der eigentliche Feldzug gegen Ende Mai zunächst an der Mittelmeerküste, in Katalonien, geführt werden sollte. Denn hier schien durch die Leichtigkeit, mit der die Truppen auf dem Wasserwege von Frankreich her mit allem Nötigen versehen werden konnten, die Aufgabe sehr erleichtert zu sein, vollends, wenn auch die Katalanen selbst, wie man erwartete, zur Wiedergewinnung ihrer alten Freiheiten zu den Waffen greifen würden. Während sich also der eine französische Angriff gegen die festen Plätze an der Küste richten würde, sollte Berwick selbst mit der Hauptarmee von Roussillon kommend, die Pyrenäen überschreiten und im Tal des Segre nach Spanien einrücken. Sein Erscheinen würde den Katalanen das Zeichen zum Aufstande geben.

Dieser Plan ward nun insofern geändert, als man beschloss, die in Los Pasajes gewonnene Stellung noch weiter auszubauen. So schritt man nun erst zum Angriff auf Fuenterrabia, der eigentlichen Grenzfestung an der Bidassoa. Die Belagerung, von Berwick in Person geleitet, machte langsame Fortschritte. Die Mauern der Festung waren von mächtiger Dicke. Die französische Artillerie aber zeigte sich schon hier, wie während des ganzen Feldzuges von 1719, ihrer Aufgabe wenig gewachsen. In der Nacht vom 27. auf den 28. Mai hatte man mit der Aushebung der Laufgräben begonnen. Am Morgen des 9. Juni eröffneten die französischen Geschütze — 26 Kanonen und 12 Mörser — das Feuer.

Am nächsten Tage, dem 10. Juni, geschah es, dass dem französischen Marschall mitten in seiner militärischen Arbeit plötzlich das verbündete England gegenübertrat, verkörpert

durch den Obersten Wilhelm Stanhope. Von der Absicht seiner Sendung haben wir bereits gehört. Nun war er gekommen, um den Feldherrn auf seinem Kriegspfade zu begleiten, um ihn durch seine Anwesenheit zu stärken, zu beraten, vor allem aber, um ihn zu beaufsichtigen. Er soll alles tun, dass der Krieg durch die Franzosen auch ernsthaft, und nicht nur zum Scheine, geführt werde. Er ist vor allem der Anwalt der maritimen Interessen Englands. Was fortan zur Schädigung der spanischen Seemacht unternommen wurde, geschah meistens auf Grund der von ihm gegebenen Anregungen. In so deutlichen Worten wird das zwar in seiner Instruktion, die leider nicht erhalten ist, kaum gestanden haben. Soweit wir ihren Inhalt aus anderen Korrespondenzen der Zeit noch erschliessen können, befahl sie dem Obersten hauptsächlich, bei allen Verhandlungen und Verträgen mitzuwirken, die Marschall Berwick mit der Bevölkerung der spanischen Landesteile eingehen würde. Aber wenn das alles war, so wäre es ganz nebensächlich gegenüber dem eigentlichen Sinn und Zweck der Mission, durch die England die Fäden des ganzen Spieles in seine Hand zu bringen suchte.

Stanhope war für die heikle Aufgabe wie geschaffen. Ein junger Mann von 29 Jahren, der doch bereits als Soldat den Krieg und als Diplomat die hohe Politik kennen gelernt hatte, letzteres, da er ja erst kürzlich von seinem Gesandtenposten in Madrid abberufen worden war, eben an der Stelle, wo jetzt die Entscheidung fallen sollte. Klug und geschickt, begegnete er dem berühmten General, an dessen Seite sein Auftrag ihn fesselte, mit sicherem Takte. Wie seine Berichte zeigen,[1]) ist zwischen ihm und Berwick, trotz häufiger Meinungsverschiedenheiten, doch niemals ein ernstes Zerwürfnis entstanden. Niemals wird Stanhope zum lästigen Mahner. Er macht, was er an Vorstellungen anzubringen hat, in wenig Worten ab. Unter den Zeitgenossen galt er als ein berühmter Schweiger.

Von französischer Seite hütete man sich wohl, irgend welche Verstimmung über die Sendung Stanhopes zu zeigen.

---

[1]) Das folgende besonders nach Stanhopes und Stairs Berichten im Record Office.

Der Herzog von Orléans tat, als wäre er entzückt, und erklärte dazu, man hätte die Wahl der Persönlichkeit nicht besser treffen können. Berwick findet die Instruktion Stanhopes, die dieser ihm vorlegt, vortrefflich. Alle Formen guten Einvernehmens werden ängstlich gewahrt. Dem Herzoge von Orleans sagt man, Stanhope werde sich in seinem Verhalten ganz nach seinen Wünschen richten. Er möge sie ihm nur in Form schriftlicher Aufzeichnungen zu seiner Belehrung in die Hand geben. Das alles darf uns aber nicht darüber täuschen, dass hier zwei verbündete Mächte einander misstrauisch beobachteten, und dass die Anwesenheit Stanhopes dem Führer der französischen Armeen lästig und beschwerlich sein musste, dass sie durchaus an die Rolle gemahnt, die einst die niederländischen Felddeputierten im Lager des Herzogs von Marlborough gespielt hatten. So sahen es auch die verbündeten Oesterreicher an. „Es soll auch diese Abschickung dienen", schreibt Pendtenriedter,[1]) „um von der Disposition der französischen Armee besser unterrichtet zu sein und auf derselben Befehlshaber das Auge zu halten." Berwick musste wohl auf der Hut sein, denn er hatte dem Engländer gegenüber das Interesse Frankreichs zu wahren. „Sie werden", schrieb man ihm aus Paris,[2]) „Herrn Stanhope alle Hochachtung beweisen, aber ihm natürlich nur solche Dinge mitteilen, die er ohne Schaden wissen darf."

---

Die Lage der französischen Armee vor Fuenterrabia[3]) gestaltete sich in der vierten Woche der Belagerung zu einer recht kritischen. Die Kundschafter meldeten das Anrücken spanischer Streitkräfte vom Süden her. Philipp V. befand sich persönlich im Hauptquartier und erklärte, nur die Zusammenziehung seiner Truppen erwarten zu wollen, um an der Spitze seiner Armee in Frankreich einzurücken. Zunächst galt aber sein Vormarsch dem Entsatze von Fuenterrabia. Schon war er über Pamplona hinaus bis Lesaca, 15 km von Fuenterrabia entfernt, vorgedrungen. Seine Stärke ward auf 9000 Mann zu Fuss und 4000 Mann zu Pferde angegeben. In

[1]) Bericht aus London vom 28. April 1719. W. St. A.

[2]) Lemontey, Histoire de la Régence I 268[1]).

[3]) Das folgende besonders nach Stanhopes Berichten im Record Office.

einem Schreiben an den Gouverneur, das von Berwicks Leuten aufgefangen wurde, sagte ihm der König, wenn er den Platz nur bis zum 18. oder 19. Juni zu halten vermöge, so sei er gerettet.

Unterdessen hatten die Angriffe auf die Festung bereits schwere Opfer gefordert. Die Verluste der Franzosen betrugen nach vierwöchiger Belagerung mindestens 800 Tote und Verwundete, und, was noch peinlicher war, die gleiche Anzahl an Deserteuren. Um den Vormarsch der Spanier aufzuhalten, hatte Berwick ihnen einige Streitkräfte nach Navarra entgegengesandt. Er selbst war im Begriffe zu folgen und schien dem Feinde eine Feldschlacht liefern zu wollen. Da ward noch vorher, am 15. Juni, die Lünette, wohl die stärkste Verteidigungsstellung, genommen. Fuenterrabia war nicht mehr zu halten. Am 16. erfolgte die Kapitulation. Im Hinblick auf die Nähe der zum Entsatz anrückenden Spanier, deren Vortruppen sich schon in einem kaum 10 km entfernten Dorfe befanden, musste Berwick der Besatzung freien Abzug gewähren, wenn auch ohne Trommeln und Fahnen.

Nun folgten schwierige Beratungen zwischen Berwick und Stanhope über die Fortsetzung der Operationen. Des Marschalls Pläne waren auffallend massvoll und bescheiden. Gegen Pamplona zu ziehen, wo sich die keineswegs bedeutende Hauptmacht der Spanier befand, oder gar noch weiter ins Innere, bis nach Kastilien hinein, lehnte er ab. Als Grund dafür nannte er die Schwierigkeit der Verpflegung, den Mangel an Magazinen. Die Spanier unter ihrem Könige würden vor ihm herziehen und das Land in eine Einöde verwandeln. Noch weit ernster schien die Gefahr, dass Philipps Armee, wenn die Franzosen sich tiefer nach Spanien hineinwagten, mit einer Schwenkung ihnen in den Rücken kommen und selbst einen Einfall in Frankreich unternehmen würde. Statt also mit der Hauptmacht des Feindes zu kämpfen, wünschte der Marschall ihr aus dem Wege zu gehen. Er beschloss, sich nur an der Küste entlang nach Westen zu bewegen und seinen Angriff gegen die hier zunächst gelegene Festung San Sebastian zu richten. Stanhope schlug ihm noch vor, alsdann auch dem weiter westlich an der Küste gelegenen Santoña, einen Besuch abzustatten, und hier, ähnlich wie in Los Pasajes, alles zu

zerstören, was sich an Schiffen und Schiffbaumaterialien vorfinden sollte. Berwick war sofort einverstanden.

Diese Strategie, die die feindliche Hauptmacht so ängstlich vermeidet, ist freilich mit den bekannten Grundsätzen der alten Kriegskunst allein noch nicht erklärt. Hier kam noch das geringe Selbstvertrauen, der Zweifel an die Zuverlässigkeit der eigenen Truppen, hinzu, um die Tatkraft des Feldherrn zu lähmen. Würden die französischen Soldaten, die Philipp durch seine Erklärungen und Manifeste geflissentlich zu sich herüber lockte, gegen den Enkel Ludwig XIV., wenn sie ihm gegenübergestellt würden, auch wirklich fechten? Die massenhaft erfolgenden Desertionen liessen das Schlimmste befürchten.

Oberst Stanhope erinnerte den Marschall ferner daran, dass jetzt wohl der richtige Zeitpunkt gekommen sei, um, der ursprünglichen Absicht gemäss, die spanischen Provinzen zum Aufstande aufzurufen. An der richtigen Stimmung fehlte es in den in Frage kommenden Landesteilen keineswegs. Zwar verhielten die baskischen Provinzen sich noch ruhig, aber wohl nur deshalb, weil ihr König mit seiner Armee nicht fern war. Auch hatte die Regierung sich beeilt, ihnen ihre früheren Privilegien zurückzugeben, ihnen insbesondere die verhassten Aduanas zu erlassen. Aber sie wussten wohl, dass dieses Entgegenkommen nach dem Kriege wieder verschwinden würde. So wären denn auch die Basken zu einer Schilderhebung unter französischer Führung wohl zu haben gewesen. Katalonien und Aragon aber warteten ungeduldig nur auf ein Zeichen, um die Waffen zu ergreifen. Täglich kamen Botschaften und Sendlinge in Berwicks Lager an, die ihn drängten, das entscheidende Wort zu sprechen, und die gesamte Bevölkerung werde die Waffen ergreifen. Um so merkwürdiger schien es, dass jetzt die französische Regierung von einem Aufstande in Spanien nichts mehr hören wollte. Sie stellte sich auf den Standpunkt, dass der Friede, der schon durch die unhaltbare Lage der Spanier auf Sizilien nicht mehr fern sein könne, dadurch erschwert werde. Jetzt handele es sich um die einfache Forderung, dass Spanien der Quadrupel-Allianz beitrete. Lasse man sich erst mit den Katalanen ein, so müsste man noch für die Herstellung ihrer alten Privilegien eintreten. Auch ein persönlicher Grund bestimmte Berwicks

Haltung in dieser Frage. Er fürchtete das Erstaunen der Welt, wenn gerade er, derselbe Marschall von Frankreich, der vor wenigen Jahren diese Provinzen dem bourbonischen Könige von Spanien unterworfen und damit den Verlust ihrer alten Freiheiten herbeigeführt hatte, sie nunmehr aufforderte, für diese verlorenen Freiheiten die Waffen zu ergreifen.

In England dachte man anders. Wozu diese künstlichen Erwägungen? Ein baldiger Friede werde am sichersten mit denjenigen Mitteln erreicht, durch die die Widerstandskraft des Feindes am raschesten gebrochen werde. Eben dazu soll aber die Erhebung der Provinzen dienen. Wie man da dem Regenten, der jeden Tag auf eine Rebellion im eigenen Lande und dazu auf eine spanische Invasion gefasst sein muss, noch kühl den Rat geben kann, er solle die Katalanen nur ja nicht zum Aufstande treiben, „das ist", schrieb Craggs,[1]) eine Tiefe der Weisheit, die meine Fassungskraft übersteigt". Und endlich sollte man doch auch den strategischen Wert einer Erhebung der Spanier nicht übersehen. Die im Lande vordringende französische Armee hätte in ihrem Rücken nichts mehr zu fürchten, sie könnte marschieren, wohin es ihr beliebte. Alberoni soll doch nicht mehr sagen, er könne sich jeden Augenblick, wenn er auch aus Sizilien und Sardinien weichen müsste, auf dem spanischen Festlande einschliessen und über die Quadrupel-Allianz lachen.

Gleichwohl wären diese englischen Mahnungen allein wohl kaum imstande gewesen, die in Paris und im französischen Hauptquartier herrschenden Bedenken zu zerstreuen, wenn nicht die Nachricht von einem Siege der Spanier auf Sizilien die Lage plötzlich verändert hätte. „Jetzt muss Frankreich den Krieg im Ernste führen," sagte Berwick. Der Herzog von Orleans aber gab in aller Form seine Zustimmung, dass man die spanischen Provinzen zum Aufstand ermutige. So trat man denn zunächst mit der Bevölkerung der baskischen Provinzen, auf deren Boden die französischen Truppen standen, in Verhandlungen ein. Die Stände von Guipuzcoa versammelten sich in Tolosa. In ihrem Namen erschien vor

[1]) An Stair 27. Juni 1719. Aehnlich an Oberst Stanhope am 29. Juni 1719. R. O.

CHELSEA PUBLIC LIBRARY

dem französischen Marschall der Alcalde von Hernani, dem Berwick sagte, die Provinzen sollten sich der Hoheit Frankreichs unterwerfen. Nur so könnten sie ihre Privilegien behaupten. Am 3. August kamen die Stände selbst in das Lager Berwicks, der ihnen den Schutz Frankreichs zusicherte. Dann wurden sie auch vom Obersten Stanhope empfangen, der eine ähnliche Erklärung im Namen des Königs von Grossbritannien abgab. Wenige Tage später findet man die Stände von Viscaja in Bilbao versammelt, einen Trompeter aus dem französischen Lager erwartend, der auch sie zur Unterwerfung auffordern soll, doch wollen sie zuvor versichert sein, dass auch alle Wünsche der Guipuzcoaner voll erfüllt seien. Etwas mehr Bereitwilligkeit zeigte Alava, die dritte der baskischen Provinzen, die sich tatsächlich Frankreich unterwarf. Bis zu einem förmlichen Abschlusse sind aber alle diese Verhandlungen nicht gediehen, denn immer noch zögerte Dubois, bis er dem Marschall die Vollmacht zur schriftlichen Garantierung der von den Basken gestellten Forderungen übersandte. Berwick und Stanhope kamen schliesslich in die peinlichste Verlegenheit. Sie hatten mit den Vertretern von Guipuzcoa verabredet, dass diese ihre Wünsche in einer Petition zusammenfassen möchten. Die Petition wurde überreicht, aber Berwick war noch ohne Vollmacht, und allein durfte auch Stanhope nicht handeln. Um jene nicht zu beunruhigen, beschlossen die beiden, an der Form der Petition Anstoss zu nehmen und dadurch Zeit zu gewinnen. Als endlich die richtige Vollmacht eintraf und die Unterzeichnung hätte stattfinden können, hatte Berwick, und mit ihm der englische Oberst, diese Gegenden bereits verlassen. Der Krieg war auf auf einen andern Schauplatz verlegt worden.

---

Die ferneren Kriegsereignisse in den baskischen Provinzen sind bald erzählt. Wie wir gehört haben, wandte sich Berwick nach der Einnahme von Fuenterrabia gegen das feste San Sebastian. Vier Wochen lang, den ganzen Juli hindurch, lag die Armee davor. Infolge der mangelhaften Beschaffenheit der französischen Artillerie, die sich bei allen Gelegenheiten dieses Krieges immer wieder bemerkbar machte,

rückte der Angriff nur langsam von der Stelle. Am 1. August kapitulierte zwar die Stadt, aber die Besatzung zog sich in Zitadelle zurück, wo sie sich noch ein paar Wochen zu halten vermochte. Als am 17. August auch diese gefallen war, beschloss Berwick, sich mit dem bisher Erreichten, nämlich der Eroberung von Guipuzcoa zu begnügen und seine Operationen an einer andern Stelle fortzusetzen. In das Innere Spaniens vorzustossen, scheute er sich aus den bereits mitgeteilten Gründen. Dabei zeigte sich auch der Gegner keineswegs sehr tatenlustig. Lange stand Philipp mit seinen Truppen unbeweglich in Pamplona — „ich glaube er schläft", sagte Stanhope. Während dann der König, die Königin und der Kardinal sich fortbegaben, machte die Armee unter der Führung des Prinzen Pio einen Streifzug in die Pyrenäen hinein, kam bis nach Roncesvalles, überschritt aber weder die Grenze noch suchte sie einen Kampf mit dem Feinde, und zeigte ihre Tüchtigkeit lediglich darin, dass sie die von den Stellungen der Franzosen in das Innere des Landes führenden Wege nach Kräften zerstörte.

Während der Belagerung von San Sebastian war von Seiten der Verbündeten noch eine andere kriegerische Handlung ausgeführt worden, die zwar nicht so sehr um ihrer strategischen Bedeutung willen unser Interesse verdient, als vielmehr, weil es sich dabei wesentlich um ein englisches Unternehmen handelte, das von dem Obersten Stanhope angeregt und von ihm auch persönlich durchgeführt wurde. Es galt dem weiter westlich gelegenen Hafen Santoña[1]) und den dort aufgespeicherten Schiffbaumaterialien. Der Plan war auch von der Regentschaft in London — der König weilte in Hannover — feierlich gutgeheissen worden.[2]) Berwick aber, der seine Mitwirkung nicht einfach versagen konnte, lieh nur ungern einen Teil seiner Truppen dazu her und erklärte ausdrücklich, er tue es lediglich auf das Drängen Stanhopes, nur um Georg I. und seinen Ministern einen Dienst

[1]) Für das folgende W. Stanhopes Berichte, besonders vom 21. Juni, 20. Juli, 1., 4., 8., 11., 17. Aug. 1719. R. O.

[2]) Craggs an Stanhope 19. Juni (a. St.) 1719. R. O.

zu erweisen.[1]) Selbst bei der Ausführung zeigten die Franzosen wenig Eifer und würden wohl die ganze Sache zum Scheitern gebracht haben, wenn nicht Stanhopes schneidiges Auftreten sie am Zurückweichen verhindert hätte.

Auf drei englischen Kriegsschiffen, die sich seit zwei Monaten an dieser Küste befanden und schon bei der Einnahme von Fuenterrabia, dem sie die Zufuhren von der See abschnitten, gute Dienste geleistet hatten, ward am 11. August die kleine für Santoña bestimmte Expedition eingeschifft. 750 Mann aus Berwicks Armee unter dem Befehl zweier Generale und 300 britische Seesoldaten bildeten die Bemannung. Am Abend des 12. kamen sie vor Santoña an, in dem sich 800 Mann Miliz, eine kleine Anzahl Invaliden, aber keine regulären Truppen befunden haben sollen. Die Hafeneinfahrt war eng und auf beiden Seiten durch Brustwehren gedeckt, auf denen sich etwa 50 Geschütze befanden. Die Einfahrt zu erzwingen, schien daher nicht ratsam. Statt dessen versuchte man die Landung in einer nahe gelegenen Bucht. Aber auch hier befand man sich einer befestigten Stellung gegenüber, die von zwei Batterien und 600 Mann verteidigt wurde. Von den Schiffen ward das Feuer auf die Spanier sogleich eröffnet und von diesen erwidert, ohne dass viel Schaden angerichtet wurde. Nachdem der Artilleriekampf einige Zeit gewährt hatte, liess man die Mannschaften in die Boote gehen, um eine Landung zu versuchen. Dieselbe misslang, und wir haben die Wahl, ob wir, wie Stanhope es tut, die Schuld daran nur der starken Brandung des Meeres oder, wie wohl wahrscheinlicher, auch dem gefährlichen Artilleriefeuer zuschreiben sollen. Genug, man gab es auf, versuchte aber dasselbe Manöver in einer andern, ein paar Kilometer weiter westlich gelegenen Bucht, die man unverteidigt fand. Auch war die Brandung an dieser Stellung weniger heftig, aber immerhin noch so stark, dass die Franzosen die Landung für unmöglich erklärten. Erst nach Stunden liessen sie sich durch Stanhope bewegen, in die Boote zu gehen, und auch dann noch waren die beiden Generale durch den Anblick der schäumenden Wogen so er-

[1]) W. Stanhope an Craggs, vor der Zitadelle von San Sebastian, 11. Aug. 1719. R. O. Wiesener a. a. O. III 70—71 bemüht sich vergeblich, den englischen Ursprung des Unternehmens zu leugnen.

schreckt, dass sie erklärten, ihre Truppen einer solchen Gefahr nicht aussetzen zu können und die Umkehr befahlen. Da fasste Stanhope einen raschen Entschluss: er sprang ins Wasser, um watend das Ufer zu erreichen. Nun konnten auch die anderen nicht zurückbleiben, und die Landung wurde ausgeführt. Die Nacht verbrachten die Truppen noch auf einer nahen Anhöhe. Am nächsten Morgen aber traten sie den Marsch auf Santoña an. Kein Feind liess sich blicken. Statt dessen nahten sich die Vertreter der städtischen Obrigkeit, um sich den Siegern zu unterwerfen. Diese marschierten gerades Weges durch die Stadt zum Hafen. Alle Kanonen, die sie fanden, wurden zerstört oder unbrauchbar gemacht. Aber was wichtiger war: an drei im Bau befindliche grosse Kriegsschiffe wurde Feuer angelegt, dazu noch eine ungeheure Menge der besten Balken und Bretter, sowie andere Schiffbaumaterialien verbrannt. Stanhope hätte die schönen Planken — sie waren erst kürzlich aus Holland hierher geschafft worden — gern auf die englischen Schiffe gebracht. Aber die Verladung hätte Zeit erfordert, und die Franzosen erklärten eifersüchtig, sofort abfahren zu müssen. Immerhin, der Zweck war vollkommen erreicht. „Die ganze Küste entlang bis nach Cadiz", so schliesst Stanhopes triumphierender Bericht, „haben die Spanier nicht ein einziges Fahrzeug mehr im Bau, und ich hoffe, die Verbrennung so vieler Schiffe in ihren Häfen wird ihnen die Lust benehmen, in Zukunft wieder so etwas zu versuchen, jedenfalls nicht mehr während dieses Krieges."[1])

Mit dem Falle San Sebastians war, wie wir gesehen haben, die französische Offensive im Westen der Pyrenäen zum Stillstand gekommen. Die zur Verfügung stehenden Streitkräfte reichten, nach Berwicks eigener Erklärung, nicht aus, um den Angriff in das Herz Spaniens vorzutragen. Er hätte mit einem Marsche auf Pamplona, die befestigte Hauptstadt Navarras, beginnen müssen. Aber dazu fehlte es an Magazinen

[1]) W. Stanhope an Craggs, vor der Zitadelle von San Sebastian, 17. Aug. 1719. R. O.

und an Belagerungsmaterial.[1]) Philipp V. hatte an der Stelle, wo er selbst sich an der Spitze seiner Streitkräfte gezeigt hatte, den Triumph, dem anrückenden Feinde Halt geboten zu haben.

So sah man denn die französische Armee, mit ihrem Marschall an der Spitze, und mit dem englischen Diplomaten, der ihm folgte wie sein Schatten, aus den baskischen Provinzen abziehen, um sich auf einen andern Kriegsschauplatz, nach Katalonien, zu begeben. Auf französischem Boden, an den Nordabhängen der Pyrenäen entlang, ward der Marsch ausgeführt. Aus St. Jean de Luz, aus Tarbes, aus Toulouse, aus Mont Louis sind Oberst Stanhopes Berichte datiert. In Puycerdá hat man von neuem den spanischen Boden betreten. Die nächste Unternehmung gilt der kleinen Festung Urgel am Segre. Wieder schreitet die Belagerung nur langsam fort, denn auch hier vergehen Wochen, bis man die nötige Artillerie glücklich über die gefürchteten Pyrenäenpässe herübergeschafft hat. Den Fall der Zitadelle — er ist im Oktober 1719 erfolgt — wartet aber Berwick nicht ab. Wieder zieht er sich nach Frankreich zurück, um zum dritten Male mit seiner Armee, dieses Mal im äussersten Osten, hart an der Küste, auf spanischem Boden zu erscheinen und seinen Angriff gegen die Festung Rosas zu richten. Er kommt mit etwa 75 Schwadronen und 40 Bataillonen, seine Gesamtstärke wird auf 30 000 Mann, eine ansehnliche Streitmacht, beziffert. Aber an einen Feldzug grossen Stiles denkt er auch jetzt nicht. Nur Rosas will er nehmen, doch nicht um es zu behaupten, sondern um es schleifen zu lassen, dann aber mit der ganzen Armee wieder zu verschwinden und sich von neuem erst im nächsten Jahre wieder zu zeigen. Dann soll endlich der Angriff gegen Pamplona gerichtet werden, zu dessen Belagerung während des Winters alle Vorbereitungen zu treffen sind.

So sollte denn auch das Erscheinen französischer Truppen in Katalonien eine blosse Demonstration bleiben. Den nach Freiheit und Wiedererlangung alter Rechte dürstenden Kata-

[1]) W. Stanhope an Craggs. Vor S. Sebastian 20. Aug. 1719. R. O. „ . . . *but the want of provision and artillery make it impossible for him to go forward, and that, tho 'the King of Spain should detach half of his forces from hence, he, the Mareschal, could not take advantage of it nor alter his measures.*"

lanen aber wurde damit die schwerste Enttäuschung bereitet. Schon war die Begeisterung hell aufgelodert, und die Verbündeten nur von der Sorge erfüllt, dass der Aufstand zu früh beginnen und daher durch die spanischen Truppen niedergeworfen werden möchte, ehe die rettende französische Armee erschienen wäre. „Das Spiel ist in unserer Hand, wir brauchen es nur zu spielen", so frohlockte Stanhope. 3—4000 Katalanen hatten sich erhoben, in der ganzen Provinz traten bewaffnete Banden auf, die ihre Streifzüge bis an den Ebro ausdehnten, die Truppensendungen der Regierung abfingen und alle Zufuhren von und nach Barcelona unterbanden. Berwick gab Befehl, die Aufständischen mit Waffen zu versorgen und sie in Bataillone zu formieren.

Aber im Grunde war alle Ermutigung, welche Frankreich den Katalanen zuteil werden liess, nur ein frivoles Spiel. Zuletzt sollten sie doch die Betrogenen sein. Viel Vertrauen haben sie zu den französischen Befreiern auch niemals gehabt. Denn waren es nicht dieselben Franzosen, die ehedem die Urheber ihrer Sklaverei gewesen, und würden sie sie nicht auch jetzt wieder der Rache Philipps V. überlassen, sobald es ihnen nützlich erschiene? Wir kämpfen mit Stricken um den Hals, sagten die Katalanen. Auch zeigten die französischen Truppen ihnen wenig Sympathie. Von Offizieren und Soldaten bekamen sie es bei jeder Gelegenheit zu hören, dass sie ja doch nur Rebellen gegen ihren König, einen Enkel Frahkreichs, seien. Was sie trotzdem noch bei der Stange erhielt, war nur der Zuspruch, den sie durch den Vertreter Georgs I. empfingen. Auf ihn ist ihre ganze Hoffnung gerichtet. „Das blosse Erscheinen eines von Seiner Majestät gesandten Mannes", schreibt Stanhope, „hat ihnen mehr Mut gemacht als die ganze Armee von Frankreich."

Und doch, was konnte der eine Mann, was konnte England für diese Leute tun? Stanhope stellte die trübe Erwägung an, selbst wenn Rosas behauptet würde, was nicht in der Absicht der Franzosen liege, so würden sie damit auch nur ein kleines Eckchen des Landes beherrschen, das übrige aber stünde unter der Gewalt der spanischen Garnisonen in zahlreichen über das Land verstreuten festen Plätzen, in Gerona und Barcelona, in Cardona, in Lerida, in Balaguer,

in Tarragona. Der unvermeidliche Entschluss, die Katalanen preiszugeben, ist dem Obersten Stanhope wahrlich nicht leicht geworden. Denn als ein echter Whig wünschte er auch den Flecken auszulöschen, der auf die Ehre Englands gefallen war, als das Tory-Ministerium der Königin Anna die Katalanen schändlich der Sklaverei überantwortete. Aber da er ihnen keinen Schutz bieten kann, so findet er es grausam und ungerecht, sie noch ferner zur Waffenerhebung zu ermutigen. So scheint denn nach allem, was wir wissen, der katalonische Aufstand über die ersten Regungen kaum hinausgekommen zu sein. Die betriebsamste Provinz Spaniens blieb wiederum ebenso fest in der Hand der Regierung Philipps V. wie irgend ein anderer Teil seines Reiches.

Selbst das so bescheiden gesteckte Ziel der Kriegführung im Osten ward nicht erreicht. Denn nicht einmal die Belagerung von Rosas, zu der Berwick sich doch fest entschlossen gezeigt hatte, ward unternommen. Von Frankreich her sollte die nötige Artillerie auf dem Wasserwege herbeigeschafft werden, während einige englische Kriegsschiffe, die Admiral Byng von seiner Flotte detachieren musste, die Aufgabe hatten, den Belagerten alle Zufuhr zur See abzuschneiden. Nachdem nun aber die Armee schon ein paar Wochen vor der Festung gelegen und nur auf das Eintreffen der Geschütze gewartet hatte, um die Belagerung in aller Form zu eröffnen, trat ein elementares Ereignis dazwischen. Ein Sturm, wie man ihn an dieser Küste noch nicht erlebt zu haben meinte, ward in der Bucht von Rosas dem französischen Geschwader zum Verhängnis. Die Mehrzahl der Schiffe ward zerschellt, mit ihnen wurden die Kanonen an Bord ein Raub der Wellen. Was aus dem Schiffbruch noch gerettet wurde, erschien nicht ausreichend, um die Festung zu bezwingen. Auch war das Lager der Franzosen durch die von der See hereinbrechende Sturmflut schwer heimgesucht worden. Einen Augenblick schwankte Berwick noch, zumal als es sich zeigte, dass dasselbe Unwetter, welches der französischen Transportflotte so arg mitgespielt hatte, den angerichteten Schaden auch wieder gutmachen zu wollen schien. Unter dem von den Fluten fortgewaschenen Küstensand kamen vor den erstaunten Blicken der Franzosen etwa 15000 Kanonenkugeln zum Vorschein,

die hier einst — es muss wohl 1697 gewesen sein — von dem Heere des Herzogs von Vendome weggeworfen sein sollten, als er zur Belagerung von Barcelona schritt. Aber auch diese Entdeckung konnte zuletzt an der Lage nichts ändern. Der Marschall sah sich zu dem peinlichen Entschlusse gezwungen, den Angriff auf die Festung Rosas völlig aufzugeben und sich mit seiner ganzen Armee auf französisches Gebiet zurückzuziehen. So verliess er ruhmlos den Boden Spaniens, Oberst Stanhope aber kehrte nach England zurück. Berwicks spanischer Feldzug war zu Ende, bald auch der Krieg.

Die ersten Erfolge Berwicks, die Einnahme von Fuenterrabia und San Sebastian waren in England noch mit heller Freude vernommen worden. Man erinnerte sich mit Stolz daran, dass es ein Engländer war, der, mit dem französischen Marschallstabe in der Hand, solche Taten vollbrachte.[1]) Aber die Begeisterung legte sich rasch, als der weitere Verlauf des Feldzuges den Erwartungen so wenig entsprach. Eigentlich war ja das dreimalige Eindringen der Franzosen in spanisches Gebiet mit dem darauf folgenden dreimaligen Rückzuge nichts weiter als eine leere Demonstration gewesen, zumal da auch keine der genommenen Festungen behauptet, kein französischer Soldat jenseits der Pyrenäen zurückgelassen worden war. Die menschenfreundliche Absicht, mit den Spaniern fein säuberlich zu verfahren, gegen sie Krieg zu führen, ohne ihnen recht wehe zu tun, war gewissenhaft ausgeführt worden.

So hatten es aber die Engländer doch nicht gemeint. Freilich hatten sie ja auch weniger Grund als Frankreich, den bourbonischen König von Spanien zu schonen, oder bedenklich zu sein, wenn es sich darum handelte, die Basken oder die Katalanen zum Aufstande anzufeuern. England, das überhaupt in diesem Kriege, wie so oft in der Geschichte, als der Regisseur erscheint, der, meist hinter der Szene sich aufhaltend, den Mitspielenden ihre Rollen auf der Bühne zuteilt, findet bald, dass Frankreich nicht ganz bei der Sache sei.

[1]) Craggs an Oberst Stanhope, 18. Juni (a. St.) 1719. R. O. France 351 A.

Dieses aber fühlt sich unbequem gedrängt, wird immer unwilliger und entschliesst sich z. B. zur Belagerung von Rosas eingestandenermassen nur, um die englische Regierung zufriedenzustellen.[1])

Inzwischen war aber auch England selbst aus seiner völligen Zurückhaltung herausgetreten, hatte den Grundsatz fallen gelassen, in keinem Falle Truppen herzugeben. Vielmehr hatte es sich, wenn auch in sehr bescheidenen Grenzen, nun doch noch an der Kampagne in Spanien beteiligt. Mit seinen militärischen Leistungen blieb es dabei zwar noch erheblich hinter den Franzosen zurück. Und doch war es ihm bei der kleinen Unternehmung, von der wir nun zu reden haben, keineswegs allein um den moralischen Eindruck zu tun. Sie diente vielmehr dem praktischen Interesse Englands, sie diente dem Zwecke, der den Engländern bei dem ganzen Kriege überhaupt das wichtigste war, nämlich der möglichst vollständigen Vernichtung der spanischen Seemacht.

Von dem Grafen Stair, dem Pariser Botschafter, war die Anregung ausgegangen.[2]) Soeben war, wovon wir später hören werden, die Gefahr eines jakobitischen Anschlags in England völlig beseitigt und eine recht ungefährliche Erhebung in Schottland gründlich unterdrückt worden. Da schlug Stair vor, nunmehr ein kleines Expeditionskorps auszurüsten und es, zur Unterstützung der französischen Kriegführung, in Galicien, im nordwestlichen Spanien, operieren zu lassen. Georg I. weilte, als der Vorschlag gemacht wurde, in seinem deutschen Kurfürstentum. Die unterdessen in London eingesetzte Regentschaft griff die Sache mit Eifer auf und machte einen förmlichen Plan daraus.[3]) Zu den bereits in den spanischen Gewässern auf der atlantischen Seite kreuzenden britischen Kriegsschiffen, die sich teils vor Cadiz, teils an der Nordwestküste befanden, sollten mehrere weitere hinzukommen, sodass

[1]) „. . . . *the siege (of Rosas), which is talked of publicly here as connected to by France purely to gratify the Court of England.*" W. Stanhope an Craggs. Perpignan, 18. Okt. 1719. R. O.

[2]) Er bezeichnet sich selbst als den Urheber des Planes in einem Briefe: (Hardwick) Miscellaneous State Papers. II (1778) 587. Eine ähnliche Aussage enthält W. Stanhopes Brief an Craggs. Vor San Sebastian, 20. Juli 1719. R. O.

[3]) Craggs an Stanhope. 30. Juni (a. St.) 1719. R. O. Regencies 73.

der Geschwaderchef, dem man die Verwendung seiner maritimen Streitkräfte im einzelnen frei überlassen müsste, imstande wäre, die ganze atlantische Küste Spaniens zu beherrschen. Die Hauptsache aber sollte sein, dass ihm 8 bis 10 Bataillone Landungstruppen auf Transportschiffen mitgegeben würden. Mit einer solchen Streitmacht wäre er in der Lage, nicht nur die vorhandenen Schiffbaumaterialien in spanischen Häfen und die sie schützenden Befestigungen zu zerstören — Oberst Stanhope hatte damals den Angriff auf Santoña noch nicht ausgeführt —, sondern auch eine Diversion zu Lande zu unternehmen, um den Operationen der französischen Armee Luft zu machen oder auch dieselben unmittelbar zu unterstützen.

In Hannover, wo Lord Stanhope sich wieder, wie vor 3 Jahren, in der Begleitung des Monarchen befand, hatte man anfangs Bedenken. Hiess es nicht geradezu einen Aufstand auf der britischen Insel oder einen auswärtigen Angriff herausfordern, wenn man die ohnedies so kleine in England befindliche Armee durch Truppensendungen ins Ausland noch weiter schwächte?[1]) Ein höchst verständliches Argument, wenn man die ewig drohende jakobitische Gefahr berücksichtigt und dabei bedenkt, dass nach den jüngsten Parlamentsbeschlüssen die gesamte Landarmee nicht mehr als 12 000 Mann betrug und dass man schon zur Niederwerfung des recht harmlosen Aufstandes in Schottland die Mitwirkung holländischer Truppen nicht hatte entbehren können. Erst als die Regenten vorschlugen, die Holländer einstweilen in englischen Diensten zu behalten, war der König einverstanden.[2]) Das Kommando über die Landungstruppen wurde Lord Cobham übertragen, der unter Marlborough gefochten und sich 1708 bei der Belagerung von Lille hervorgetan hatte. Er galt als ein schneidiger Offizier, der vor keiner Schwierigkeit zurückschreckte.[3]) Als strammer Whig war er in den letzten Jahren der Königin aus dem Heeresdienste entlassen worden, nach der Thronbesteigung Georgs I. aber wieder zu Ehren gekommen. Wir haben ihn

[1]) Lord Stanhope an Delafaye. 1. Juli (a. St.) 1719. R. O. Regencies 41.
[2]) Lord Stanhope an Delafaye. 14. Juli (a. St.) 1719. R. O. Ebd.
[3]) „*Lord Cobham who does not hate a difficulty.*" Craggs an Newcastle. Battersea, 16. Aug. 1719. B. M. Add. Mss. 32 686.

1714 als englischen Gesandten am Wiener Hofe kennen gelernt. Als zweiter im Kommando ward ihm General George Wade (der spätere Feldmarschall) zur Seite gestellt.

Marschall Berwick hatte, als Oberst Stanhope ihm den Plan entwickelte, zunächst eifrig zugestimmt.[1]) Die englischen Soldaten, meinte er, würden zusammen mit 6 Schweizer Bataillonen, die er schon unter seinem Befehl hatte, eine viel zuverlässigere Truppe bilden als seine im Kriege gegen Spanien immer der Desertion verdächtigen Franzosen. Doch bald ändert er seine Rede. Da er im Begriff ist, die baskischen Provinzen zu verlassen, so hat die Expedition für ihn keinen Wert mehr, wenigstens nicht in diesem Jahre. Will man sie dennoch ausführen, so empfiehlt er einen Angriff auf Coruña. Einige Wochen später, im August 1719, hört der Marschall, dass die Expedition ausgerüstet werde, dass der Zweck sei, die Küste Spaniens heimzusuchen, Schiffbaumaterialien zu zerstören, ihm selbst aber „Ellbogenraum" zu verschaffen. Berwick ist von der Nachricht wenig erbaut. Nur Coruña und Cadiz, meint er, seien würdige Angriffsobjekte, aber beide würden ohne reichliche Artillerie und in der kurzen, zur Verfügung stehenden Zeit kaum zu nehmen sein. Ellbogenraum werde ihm aber diese Expedition überhaupt nicht geben können. Denn nicht in der spanischen Armee liege für ihn die Schwierigkeit, sondern nur in dem Mangel an Provision und an Artillerie. Wäre es nicht vielleicht besser, man schickte die 4000 Mann gerades Weges nach Sizilien, um sie dort mit den Deutschen gegen die Spanier kämpfen zu lassen?[2])

Kurz, von einem militärischen Zusammenwirken mit der Cobham'schen Expedition wollte Berwick nichts hören. Er durchschaute auch sehr wohl den eigentlichen Sinn des Unternehmens und erkannte, dass den Engländern die Schädigung der feindlichen Marine viel wichtiger war als alle militärischen Erfolge auf spanischem Boden, und wartete das Erscheinen des britischen Geschwaders nicht ab. Als es sich der Küste Galiciens näherte, hatte Berwick den Kriegsschauplatz westlich der Pyrenäen schon verlassen. So ging jeder

[1]) W. Stanhope an Craggs. Vor San Sebastian, 20. Juli 1719. R. O. Das Folgende nach Stanhopes weiteren Berichten.

[2]) W. Stanhope an Craggs. Vor San Sebastian, 20. Aug. 1719. R. O.

der beiden Verbündeten in seinen kriegerischen Aktionen auf der Pyrenäenhalbinsel seinen eigenen Weg, jeder verfolgte seine besonderen Interessen. Eine Verzettelung der Kräfte, die bei der Kleinheit der aufgewendeten Mittel umso verhängnisvoller wirken musste. An eine Besiegung der Spanier auf ihrem eigenen Boden war bei solcher Kriegführung nicht zu denken.

Zunächst wurde die Abfahrt des Geschwaders von Portsmouth durch das langsame Eintreffen der Vorräte arg verzögert. Als es dann durch die Ungunst der Witterung noch einmal zur Umkehr gezwungen war, wurde der Zeitverlust verhängnisvoll. 35 Tage lang hatte der vor der Nordwestküste Spaniens, zwischen Kap Ortegal und Coruña, kreuzende Kapitän Johnson auf Cobham gewartet. Dann sah er sich durch Mangel an Lebensmitteln gezwungen, den Kurs nach der Heimat einzuschlagen. So waren die beiden britischen Geschwader, statt vor der feindlichen Küste ihre Vereinigung zu vollziehen, auf dem Ozean aneinander vorbeigesegelt.

Als Cobham in den spanischen Gewässern anlangte[1]), bestand seine Streitmacht nur aus einem grösseren Schiff mit 70 Geschützen, mehreren kleineren Fregatten mit je 20 Stück und einer grösseren Anzahl sogenannter Bombenschiffe. An Bord befanden sich etwa 4500 Mann. Nachdem die Suche nach Johnson's Geschwader aufgegeben war, fuhr man in südwestlicher Richtung an der spanischen Küste entlang. An Coruña vorübersegelnd, wird der Admiral sich leicht überzeugt haben, dass der durch Schanzen und Batterien stark geschützte Eingang in den Hafen mit seiner kleinen Streitmacht nicht zu zwingen war. So setzte er die Fahrt fort, um das ferner in Aussicht genommene geringere Ziel, die Küstenfestung Vigo, zu erreichen. Sie liegt eine Strecke weit landeinwärts am Südufer des zu einer Bucht sich erweiternden gleichnamigen Flusses. Am 29. September a. St. erschien hier die englische Flotte. Am selben Abend erfolgte wenige Meilen unterhalb der Stadt die Landung der Truppen. Sie konnte ohne Schwierigkeiten bewerkstelligt werden, denn durch die Musketen der aus

[1]) Für die Geschichte dieser Expedition sind die Berichte Cobhams, des militärischen Führers (R. O. Spain 165) wichtiger als die ziemlich belanglosen Meldungen, welche der Geschwaderchef Admiral Mighell an Delafaye richtete, Byngs Berichte aus derselben Zeit. (R. O Admiralty 40.)

ziemlicher Entfernung von den Bergen herabfeuernden Bauern ward kein einziger Soldat getroffen. Weit gefährlicher als diese harmlosen Bauernflinten erwiesen sich für Cobhams Truppe die in allen Häusern der Gegend befindlichen Fässer voll von dem jungen Wein der letzten Ernte. Die nur an Biergenuss gewöhnten Soldaten fielen so gierig darüber her, dass sie sich 2 Tage lang in einem Zustande befanden, der sie gegen jeden Angriff wehrlos erscheinen liess. Mit Mühe nahmen die Vorgesetzten ihnen den Wein fort, straften die ärgsten Trunkenbolde und brachten die Truppe wieder in einen kampffähigen Zustand.[1]) Mit der Disziplin muss es überhaupt traurig genug bestellt gewesen sein. Man mag Schlüsse ziehen auf die Zucht englischer Soldaten am Anfang des 18. Jahrhunderts, wenn man ferner hört, dass alle Ortschaften, in die sie kamen, verlassen waren, die Einwohner vielfach über die nahe portugiesische Grenze geflüchtet, oder dass weithin in der Umgegend die Bauern, mit Flinten bewaffnet, in Verstecken lauerten und jeden englischen Soldaten oder auch kleinere Trupps, die in ihren Bereich kamen, erbarmungslos niederknallten. Denn Plünderung, Gewalttat und Zerstörung bezeichneten die Spur, auf der die englische Streitmacht sich bewegte. Mit den Zwecken der Expedition stand dieses Gebahren auch keineswegs in Widerspruch. Craggs selbst hatte es als eine wünschenswerte Wirkung derselben bezeichnet,[2]) einen allgemeinen Schrecken an der Küste Spaniens zu verbreiten und damit dem Lande zu zeigen, wohin es durch die Politik Alberonis gebracht werde; sehr verschieden freilich von dem Auftreten der Franzosen unter Berwick, die der Bevölkerung der baskischen Provinzen so glaubhaft als Freunde und als edelmütige Befreier von der Tyrannei des Kardinals gegenübergetreten waren.

Nun nahm die kleine englische Armee[3]) förmlich Aufstellung vor der Stadt, mit dem linken Flügel an das Meer

[1]) Bericht G. Wades, Vigo, 11. Okt. 1719. R. O. Spain 165.

[2]) W. Stanhope an Craggs. Tarbes, 3. Sept. 1719. R. O.

[3]) Ueber die Einnahme Vigos ward eine offizielle Darstellung gedruckt, datiert Whitehall, $\frac{22. \text{ Okt.}}{2. \text{ Nov.}}$ 1719. Ein Exemplar befindet sich als Beilage zu Hoffmanns Bericht vom 3. Nov. 1719 im Wiener St.-Arch.

sich anlehnend, mit dem rechten an die Berge. Zugleich wurden Abteilungen ausgeschickt, um die Stärke der feindlichen Kräfte in der Stadt und der Zitadelle zu erkunden. Diese Vorbereitungen genügten, um den Fall der Stadt herbeizuführen. Hier wurden die Lafetten verbrannt, die Kanonenrohre vernagelt, die regulären Truppen zogen sich in die Zitadelle zurück. Cobham liess die Stadt und das ebenfalls vom Feinde aufgegebene Fort San Sebastian durch 800 Mann seiner Truppen besetzen. Damit war die Möglichkeit gegeben, die noch auf den Schiffen befindlichen Belagerungsgeschütze gleichfalls ans Land zu ziehen. Während sodann die Artillerie in Stellung gebracht wurde, begann eines der Bombenschiffe, die Zitadelle zu beschiessen, ohne aber, wie die Engländer selbst melden, viel Schaden anzurichten, da die Entfernung zu gross war und die Zünder an den Geschossen versagten. Am nächsten Tage begann man, die Artillerie, aus 40 bis 50 grossen und kleinen Mörsern bestehend, gegen die Zitadelle spielen zu lassen. Als die Beschiessung 4 Tage lang, wie es heisst, mit grossem Erfolge, gewährt hatte, liess Cobham aus weiteren, teils von den Schiffen herbeigeholten, teils im Fort San Sebastian erbeuteten Geschützen eine weitere Batterie auf diesem Fort selbst formieren. Zugleich sandte er seinen Adjutanten, Oberst Ligonier (den späteren Feldmarschall) zum Gouverneur der Festung, um ihn zur Uebergabe aufzufordern und zu erklären, wenn dieselbe nicht erfolgt wäre, bevor die zweite Batterie in Stellung sei, so werde kein Pardon mehr gegeben. Der Gouverneur war am Tage vorher verwundet aus der Festung fortgeschafft worden. Der stellvertretende Offizier bat um Aufschub, damit er zum Vizekönig der Provinz, der, einige Meilen entfernt, in Tuy, weilte, schicken und Instruktionen erbitten könne. Der Aufschub ward verweigert und die Festung kapitulierte. Den regulären Truppen der Garnison wurden alle militärischen Ehren bewilligt, freier Abzug mit Waffen und Gepäck, unter Trommelwirbeln und mit fliegenden Fahnen, die Patronentaschen und Pulverhörner wohlgefüllt. Umso bereitwilliger hatte man den Spaniern das alles zugestanden, da man sonst wohl nicht so rasch ans Ziel gekommen wäre. „Hätten sie sich gehalten, wie es ihre Pflicht

war," schreibt ein Offizier[1]), „so hätten wir den Platz überhaupt nicht bekommen, denn er ist wirklich sehr stark."

Nach der Einnahme Vigos blieb für die kleine Expeditionsarmee nicht mehr viel zu tun übrig. Ein längeres Verweilen in diesem Teile Spaniens war auch nur dann möglich, wenn das Land selbst die Mittel zum Unterhalt der Mannschaften hergab. Doch das Gegenteil war der Fall. Die von Cobham nach französischem Muster abgegebenen Erklärungen, dem spanischen Landvolk solle kein Leides geschehen, fanden seit den wüsten Auftritten nach der Landung der Engländer keinen Glauben mehr. Cobham sandte Abteilungen seiner Truppen in die benachbarten Städte, um Kontributionen oder Lebensmittel zu fordern. Sie erhielten keines von beiden, denn alle angeseheneren Bürger waren über die Grenze oder in die Berge geflohen. Nun wurden die benachbarten Ortschaften von der englischen Soldateska mit Zerstörung und Plünderung heimgesucht. Das verlassene Städtchen Redondela ward gänzlich niedergebrannt. In Pontevedra ging das Arsenal und der erzbischöfliche Palast in Flammen auf. Unterdessen war mit dem Oktober die Regenzeit herangekommen. Die Truppen konnten nicht mehr in ihren Zelten kampieren. So wurden sie in der Stadt Vigo einquartiert. Da waren sie nicht nur gegen die Unbilden der Witterung geschützt. Es war auch die Gefahr beseitigt, dass sie sich im Lande zerstreuten und von bewaffneten Bauernbanden einzeln niedergemacht wurden. Aber auch die dem Unterhalt der Truppen dienenden Vorräte auf den Schiffen schmolzen zusammen. Am 11. Oktober a. St. gedachte man noch, solange in Vigo zu bleiben, bis die Entscheidung der englischen Regierung da sei, ob man den Platz gänzlich räumen oder eine Garnison hineinlegen solle. Aber bald zeigte es sich, dass man diese Entscheidung nicht abwarten konnte. Da gab Cobham den Befehl, alle Waffen und Vorräte, die man in Vigo gefunden hatte, auf die Schiffe zu bringen. Auf der Zitadelle aber liess er die Zisterne mit dem Ziehbrunnen darunter in die Luft sprengen. Dann wurde die ganze Expedition wieder eingeschifft. Am 26. Oktober a. St.

[1]) John Armstrong an Ch. Wills (Lt. Gen. of the Ordnance) Vigo, 11. Okt. (a. St.) 1719. R. O. Spain 165.

schrieb Cobham an Bord seines Schiffes den letzten Bericht, am nächsten Tage wurden die Anker gelichtet. Eine Unternehmung von recht geringer militärischer Bedeutung war abgeschlossen. Wir werden dem österreichischen Residenten in London ruhig zustimmen dürfen, der meinte[1]), da das eigentliche Ziel, Coruña, nicht erreicht wurde, so war die ganze Expedition die Kosten nicht wert.

---

Wenden wir unsere Blicke nunmehr den Ereignissen des anderen Kriegstheaters zu, dem Kampfe um die grossen Mittelmeerinseln, so schien hier ein Sieg der Spanier seit der schweren Niederlage ihrer Flotte im August 1718 fast ausgeschlossen. Zustatten kam ihnen nur das noch ungeklärte Verhältnis ihrer beiden Gegner zueinander, nämlich des jüngst zum Könige von Sizilien gekrönten Herzogs Viktor Amadeus von Savoyen und des Kaisers Karl VI. Die Quadrupel-Allianz hatte dem Kaiser, als dem Herrn des Königreichs Neapel, auch Sizilien noch zugesprochen; dafür sollte Savoyen, dem diese Insel seit dem Utrechter Frieden gehörte, durch den Besitz Sardiniens entschädigt werden. Nun hatte aber Viktor Amadeus die Quadrupel-Allianz bisher nicht angenommen und schien sich auch nicht damit beeilen zu wollen. Denn für Sizilien, das er aufgeben sollte, galt ihm Sardinien als ein ungenügender Ersatz, ganz abgesehen davon, dass diese Insel kürzlich von den Spaniern erobert worden war und ihnen erst noch durch Krieg oder Vertrag abgenommen werden musste. Andererseits konnte er sich nicht verhehlen, dass Sizilien in jedem Falle für ihn verloren war und dass ihm nur die Wahl blieb, ob er es den Spaniern oder dem Kaiser überlassen wolle. Denn auch auf Sizilien war ja eine spanische Armee gelandet und im Begriffe, die ganze Insel in Besitz zu nehmen.

Hier waren die Spanier mit etwa 23 000 Mann zu Fuss und 6000 Reitern erschienen, freudig begrüsst von der Bevölkerung des Landes. Denn Viktor Amadeus hatte erstaunlich schnell die Sympathien seiner neuen Untertanen wieder ver-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. Nov. 1719. W. St. A.

loren. Sie hatten gehofft, er werde auf ihrer Insel seine Residenz aufschlagen. Doch davon wollte er nichts hören. Mehr noch verstimmte es die Sizilianer, dass alle wichtigen Aemter lediglich mit Piemontesen besetzt wurden, und dass diese sich noch durch unnötige Strenge verhasst machten. So sehnte sich das Volk schon wieder nach der alten spanischen Herrschaft zurück und begünstigte die Operationen der Spanier. Bald sahen die piemontesischen Truppen sich auf die Ostküste beschränkt, und ohne fremde Unterstützung konnten sie sich auch hier nicht behaupten.

In dieser peinlichen Lage erwog Viktor Amadeus den Entschluss, zwar nicht der Quadrupel-Allianz beizutreten, wohl aber die Hilfe Karls VI. anzunehmen. Der Kaiser hatte sich zu solchem Angebot bereit gefunden, obwohl die politische Haltung Savoyens noch nicht geklärt war, um nur nicht inzwischen ganz Sizilien in die Hände der Spanier fallen zu lassen. Aber noch ehe die Verhandlungen über ein Zusammenwirken der kaiserlichen und der piemontesischen Truppen zum Abschlusse kamen, war das Ereignis eingetreten, welches die Lage im Mittelmeer völlig veränderte. Von den Fenstern seiner Wohnung in Syrakus aus soll der savoyische Vizekönig der Vernichtung der spanischen Flotte durch die Engländer zugeschaut haben. Die Quadrupel-Allianz beherrschte fortan die Lage. Auch Victor Amadeus hatte jetzt keine Wahl mehr. Er entschloss sich, die Zitadelle von Messina, die es gegen die Spanier zu verteidigen galt, den auf dem Festlande, bei Reggio, bereit gehaltenen deutschen Truppen zu öffnen.

Aber nun zeigte es sich, dass durch den Flottensieg am Kap Passaro zwar für die Oesterreicher die Schwierigkeiten des Truppentransports beseitigt, aber der Mut der in Sizilien kämpfenden Spanier nicht gebrochen war. Sie schienen jetzt vollends entschlossen, sich rasch zu Herren der ganzen Insel zu machen. Die Belagerung von Messina machte so reissende Fortschritte, dass den Verteidigern der Atem ausging. Auch das Eintreffen der deutschen Truppen, die an Zahl den Piemontesen sogar überlegen waren, gab diesen nicht neuen Mut. Und da der bisherige Anführer, Marchese d'Andorno, den Oberbefehl nicht aus der Hand gegeben hatte, so liess er sich auch durch den kaiserlichen General nicht daran

hindern, mit den Spaniern eine Unterhandlung zu beginnen. Am 20. September 1718 ward ihnen die Zitadelle eingeräumt; die Besatzung durfte im Besitze ihrer Waffen abziehen, mit klingendem Spiel und fliegenden Fahnen.[1]) In Wien war die Enttäuschung gross. Prinz Eugen hatte noch kürzlich Anordnungen getroffen, dass im Einvernehmen mit Admiral Byng die Truppentransporte vom Festlande beschleunigt würden. Dann sollte alles geschehen, um den von der spanischen Heimat abgeschnittenen Feind in die Enge zu treiben und zum Abzug zu bewegen. Statt dessen empfing er die Nachricht von der Kapitulation Messinas, die ihm ganz unbegreiflich erschien.[2])

Die geschilderten Vorgänge offenbaren schon den ganzen Charakter des sizilianischen Krieges. Sie zeigen das Misstrauen und die Eifersucht zwischen den kaiserlichen und den savoyischen Truppen, und als die Folge davon die mangelnde Einheitlichkeit der Operationen. Ja, diese Misshelligkeiten steigerten sich in dem Masse, dass Karl VI. schon entschlossen war, seinen eigenen Weg zu gehen, in Sizilien Fuss zu fassen, ohne noch länger auf die Piemontesen Rücksicht zu nehmen. Feldmarschall Daun, der vom Festlande aus die Operationen leitete, empfing vom Kaiser die Weisung, die Piemontesen „zwar noch als Freunde, annebst aber auch für solche anzusehen, welche deine Feinde werden und sein können".[3]) — Die Spanier aber wussten als tüchtige Krieger diesen Vorteil geschickt auszunutzen. Durch die Bevölkerung unterstützt, behaupteten sie nicht nur den grössten Teil der Insel, sondern machten noch weitere Fortschritte. Das alles, obwohl die englische Flotte das Meer beherrschte und sie von allen Verstärkungen sowie allen Zufuhren aus der Heimat fast völlig abgeschnitten waren.

Nach dem Falle Messinas entwickelten sich neue und ausgedehntere Kämpfe um den Besitz von Milazzo, eines festen Platzes an der gleichnamigen Landzunge, die sich an der Nordküste weit ins Meer hinaus erstreckt. Wieder erschienen kaiserliche Hilfsvölker zur Unterstützung der Piemontesen,

[1]) Vgl. Feldzüge des Prinzen Eugen II. 9, 93 ff.
[2]) Ebd. Milit. Corr. Nr. 23. 25.
[3]) Feldzüge II. 9, 108.

und wieder wurden sie gezwungen, sich dem Kommando des piemontesischen Generals unterzuordnen. Da beide Teile sich in starken Feldbefestigungen verschanzt hatten, so entwickelte sich hier ein langer Stellungskampf ausserhalb der Festung, der erst im Frühjahr 1719 durch den Abzug der Spanier sein Ende erreichte.

Inzwischen war freilich durch einen am 8. November 1718 in London unterzeichneten Vertrag der Anschluss Savoyens an die Quadrupel-Allianz erfolgt. Ein Abkommen über die Räumung Siziliens und die Besitznahme Sardiniens bildete die natürliche Ergänzung des Vertrages,[1]) Viktor Amadeus nannte sich fortan König von Sardinien. Aber im Augenblick war damit nicht viel gewonnen und die Lage in Sizilien wenig gebessert. Die berechtigte Forderung des Kaisers, man solle ihm nunmehr die noch von piemontesischen Truppen besetzten Plätze unverzüglich ausliefern, stiess auf heftigsten Widerstand, und Viktor Amadeus fand dabei sogar die Unterstützung Englands. Denn hier fürchtete man, wenn der Kaiser erst ganz Sizilien in Händen habe, so werde auch sein Interesse an der Quadrupel-Allianz rasch erkalten. Man wollte aber seine Hilfe bei der Eroberung Sardiniens, das man doch Viktor Amadeus verschaffen musste, nicht entbehren. So standen denn auch die weiteren Ereignisse auf Sizilien noch unter dem Zeichen des mangelnden Einvernehmens zwischen den Neuverbündeten, Karl VI. und Viktor Amadeus.

Grosse entscheidende Taten sind nicht mehr vollbracht worden. Nach ihrem Abzug von Milazzo stellten sich die Spanier zu neuem Kampfe auf dem selbstgewählten Schlachtfelde von Francavilla. Beide Teile schrieben sich den Sieg zu, die Spanier mit grösserem Rechte. Wohl machten von nun an die Truppen des Kaisers allmählich weitere Fortschritte, Messina ward nach schweren Kämpfen zurückerobert. Aber zuletzt hat nicht der Sieg der einen Partei, sondern der Friedensschluss dem Ringen ein Ende bereitet. Weder Sizilien noch Sardinien war den Spaniern völlig entrissen worden, als Philipp sich bequemte, die beiden grossen Inseln freiwillig zu räumen.

[1]) Vgl. Pribram, Oesterr. Staatsverträge. England I. 404.

Wir sind damit den Ereignissen vorangeeilt. Denn wir dürfen von diesen Kämpfen im Mittelmeer nicht scheiden, ohne noch des Anteils zu gedenken, den die englische Flotte unter Sir George Byng an ihnen genommen hat. Ihre Mitwirkung war geradezu entscheidend. Indem sie den auf den beiden grossen Inseln gelandeten spanischen Truppen den Verkehr mit der Heimat, die regelmässige Zufuhr von Verstärkungen, Proviant und Munition fast unmöglich machte, verwandelte sie diese Inseln in zwei belagerte Festungen, die, je länger der Krieg währte, umso schwerer zu behaupten waren. Es wurde also auf Sardinien und Sizilien eine ähnliche Lage geschaffen, wie sie ein anderer britischer Admiral in einer späteren Zeit dem Heere Bonapartes in Aegypten bereitet hat. Alle Tapferkeit der Verteidiger konnte das Schicksal nicht wenden, das in beiden Fällen die einfache Unterwerfung unter das Gebot des Gegners bedeutete. Dieser Gegner war in unserem Falle die deutsche Streitmacht Karls VI. Sie empfing seitens der britischen Seemacht jegliche Förderung, besass die bequeme und sichere Verbindung mit dem Festlande und konnte im Notfalle auch auf das Eingreifen der Flotte in die militärischen Operationen rechnen.

Die Instruktionen, die der Admiral nach seinem Siege am Kap Passaro erhalten hatte, — von Paris aus hatte Stanhope sie ihm zugesandt[1]) — blieben bestimmend für sein Verhalten, solange der Krieg währte. Byng sollte fortfahren, den Spaniern allen möglichen Schaden zuzufügen, bis sie sich zur Unterwerfung unter die Quadrupel-Allianz — man sprach zwar schonend nur von ihrem Beitritt — bequemen würden. Anfangs hiess es zwar, er solle den Kampf gegen feindliche Schiffe nur in den Gewässern östlich von Barcelona führen. Aber diese Einschränkung wurde fallen gelassen, seitdem Spanien sich durch die Beschlagnahme britischer Güter, durch die Ergreifung der englischen Konsuln und Kaufleute in seinen Häfen — noch vor jeder Kriegserklärung — offen als Feind Englands bekannt hatte. Die Hauptaufgabe

[1]) Datiert: Paris, 19. Sept. 1718. R. O. Dazu ein Schreiben an Byng vom gleichen Datum. Unter dem 23. September sandten Stair und Stanhope einen Auszug dieser Instruktionen auch an Admiral Cornwall, der das englische Geschwader bei Port Mahon befehligt.

Byngs bestand nun darin, die Verbindung zwischen Spanien einerseits, Sardinien und Sizilien andererseits wirksam zu unterbrechen. Dadurch allein, und mochten sich die militärischen Ereignisse wie auch immer gestalten, musste die Lage der spanischen Okkupationstruppen auf den Inseln schliesslich eine verzweifelte werden. Nun konnten sich freilich auch die Spanier über diese trübe Lage keiner Täuschung hingeben. Für sie wäre es vielleicht die günstigste Lösung gewesen, wenn es gelang, eine Kapitulation abzuschliessen, welche ihnen gestattete, die Inseln zu räumen und die dort befindlichen spanischen Streitkräfte wieder dem Mutterlande zuzuführen. Aber wenn auch Karl VI. und Viktor Amadeus für ein solches Abkommen vielleicht zu haben waren, so war das Interesse der Westmächte entschieden dagegen. Denn sicherlich würden diese Truppen, die besten, die Spanien hatte, wenn man sie in die Heimat entliess, alsbald gegen Frankreich marschieren oder auch zu einer Invasion in England verwendet werden. Etwaigen Vorschlägen der Spanier zur Räumung Siziliens darf Byng darum kein Gehör geben. So steht es in seiner Instruktion, und so wiederholen es die ferneren Weisungen. Immer wieder liest man darin die Mahnung, keinen Rücktransport der spanischen Truppen zuzulassen, ehe Philipp V. die Quadrupel-Allianz angenommen hat. „In Sizilien können sie uns nicht entwischen", schreibt Robethon aus London. „Sie sind dort wie ebenso viele Geiseln", erklären Stair und Stanhope von Paris aus, „unsere beste Sicherheit für ihr Verhalten", schreibt der Minister Craggs an Admiral Byng. Zeitweilig fürchtet man in London, die Kaiserlichen möchten, trotz englischen Einspruchs, einen solchen Räumungsvertrag mit dem spanischen General abschliessen und auf ihren eigenen Fahrzeugen die Heimschaffung der spanischen Truppen bewerkstelligen wollen. Einen solchen Versuch muss Byng aber unter allen Umständen verhindern, er darf in diesem Falle selbst die Schiffe des kaiserlichen Bundesgenossen nicht schonen. „Sie müssen, wenn Sie können, jedes einzelne derselben versenken *to the bottom of the sea.*"

Doch bis zu einem solchen Konflikt liessen es die Kaiserlichen wohlweislich nicht kommen. Für sie war die Mitwirkung der englischen Flotte überaus wertvoll, ja völlig

unentbehrlich. Nur unter ihrem Schutz konnte die sichere Verbindung der kaiserlichen Behörden in Unteritalien mit den auf Sizilien kämpfenden Truppen aufrecht erhalten werden. Wir sehen, wie die grossen und kleinen Transporte, durch englische Kriegsschiffe gedeckt, nach Sizilien geführt werden, oder wie im Mai 1719 eine kleine Expedition zur Eroberung der Liparischen Inseln von Milazzo ausfährt und ihr Ziel glücklich erreicht. Ganz unnötig war solche Deckung noch keineswegs, denn einzelne spanische Kriegsschiffe traten immer noch im Mittelmeere auf. Durch Ueberraschung, durch List, indem sie z. B. in der Nähe feindlicher Küstenplätze prompt die englische Flagge aufzogen, vermochten sie sogar hier und da ein feindliches Transportschiff aufzubringen, oder ihrer sizilischen Armee kleine Erleichterungen zu verschaffen. Aber auch nicht mehr als das. „Denn soviel wage ich zu behaupten", schreibt Craggs an Byng,[1]) „dass es den Spaniern unmöglich ist, eine Streitmacht zu sammeln, die Ihnen irgendwie unbequem werden könnte." Wir sehen ferner, wie die Belagerung Messinas besonders auf Byngs Betreiben unternommen und durch die Mitwirkung der englischen Schiffsgeschütze siegreich vollführt wird. Wir begreifen es auch vollkommen, wenn nach dem Falle der Zitadelle die Siegesfeier verschoben wird, bis Sir George Byng persönlich erschienen ist. Erst nach seinem Eintreffen wird in der Kathedrale von Messina der Dankgottesdienst vom Erzbischofe zelebriert.[2])

So wusste man in Wien den Wert der englischen Hilfe wohl zu schätzen. Im November 1718 wurde dem Admiral das mit Brillanten besetzte Bildnis des Kaisers nebst einer „*secreta gratificazione*" von 100 000 Franken überreicht, und auch seine Schiffskommandanten erhielten Geschenke, um ihren Eifer für die kaiserliche Sache nicht erkalten zu lassen[3]). Dreiviertel Jahre später, als der sizilische Krieg auch mit dem Jahre 1719 nicht enden zu wollen schien, ward der Resident Hoffmann durch eine Weisung Karls VI. beauftragt,[4]) der Regentschaft in London kundzutun, wie es wörtlich heisst,

[1]) 29. Juni 1719. R. O.
[2]) Feldzüge II, 9, 192.
[3]) Ebd. 116.
[4]) Karl VI. an Hoffmann, Wien, 27. Juli 1719. W. St. A.

„dass du vor allem aber dich zu bearbeiten und auszuwirken hast, dass eine englische *squadra* den künftigen Winter hindurch in dem *Mediterraneo* gelassen und dem Herzoge von Anjou dadurch der Weg gesperrt werde, gegen Italien und die anliegenden Inseln etwas Neuerliches zu attentieren, oder auch frische Völker und Succurs dahin abzuschicken". Der Leiter der britischen Admiralität, mit dem Hoffmann über die Sache verhandelte, erklärte zwar, Byngs Schiffe seien sehr reparaturbedürftig, doch solle er immerhin eine für die Zwecke dieses Krieges genügende Anzahl derselben bei sich behalten, brauche also die sizilischen Gewässer vorläufig nicht zu verlassen. Bald darauf kam der Kaiserhof mit neuen Wünschen. Er hatte die Nachricht erhalten, dass man in den Häfen der nord- und mittelitalienischen Staaten Anstalten traf, um den Spaniern Transporte von Mannschaften, Lebensmitteln und Munition zu senden. Durch das Gebiet von Toscana sollten 11 000 Mann gezogen sein. Der Minister Sinzendorff hatte zwar sogleich den Vertretern dieser Staaten in Wien Vorhaltungen gemacht, hatte insbesondere dem florentinischen Gesandten mit der Sperrung Livornos von der Landseite her gedroht. Aber wirksame Massregeln waren auch hier nur von der Mitwirkung der englischen Flotte zu erwarten. Byng wurde beauftragt, auf die Fürsten und Staaten Italiens ein wachsames Auge zu haben, der Kaiser aber durch England ersucht, alle entscheidenden Schritte ohne gemeinsame Beschlussfassung der Alliierten zu unterlassen.[1])

Zuletzt ward dem englischen Admiral noch die Genugtuung zuteil, dass er auch diplomatisch mitwirken durfte bei dem Schlussakt des sizilischen Dramas. Byng war es, der am 20. März 1720 dem kaiserlichen Hauptquartier persönlich die Kunde überbrachte, dass Spanien der Quadrupel-Allianz beigetreten sei. Ueber die Beendigung der Feindseligkeiten liess sich freilich eine Uebereinstimmung der beiden Heerführer nicht sofort erzielen. Graf Mercy, der kaiserliche, empfing den Auftrag, mit dem Abschluss eines Waffenstillstandes zugleich die Räumung Siziliens durch die Spanier zu

[1]) Karl VI. an Hoffmann, Wien, 16. Aug. 1719; Bericht Hoffmanns vom 15. Sept. 1719; Hoffmann an Craggs 2./13. Sept. 1719; Craggs an Hoffmann 3./14. Sept. 1719. W. St. A.

fordern. Marquis de Lede aber erklärte, zu der letzteren nicht bevollmächtigt zu sein. Byng vermittelte eine Zusammenkunft der beiden Generale, vermochte aber eine Verständigung nicht zu bewirken. Die Feindseligkeiten begannen von neuem. Erst, vier Wochen später, am 6. Mai, wurde das Ziel erreicht. Noch einmal erfolgte unter Byngs Leitung ein Zusammentreffen der Feldherren, und dieses Mal fand die Unterzeichnung des Vertrages wirklich statt. Endlich trat Karl VI. in den Besitz seines Königreiches Sizilien ein. Natürlich war es auch wieder die englische Flotte, die zunächst die Verschiffung der noch auf Sizilien befindlichen piemontesischen Truppen nach Sardinien, sodann die Rückführung der Spanier von den beiden Inseln an die Küsten der Heimat zu leiten und zu decken hatte. Und erst im August 1720, als Admiral Byng die südlichen Gewässer verliess, und nach Hannover eilte, um seinem Könige die Erfüllung seines Auftrages zu melden, war über dem Drama des Mittelmeer-Krieges der Vorhang gefallen.

Siebentes Kapitel.

# Alberonis Sturz und der Triumph der Quadrupel-Allianz.

Die grossen Abenteurer in der Politik, vom Schlage Alberonis, sind der Epoche der absoluten Monarchie eigentümlich. Nicht der Beifall des Volkes, kein Parlament hat sie emporgehoben. Sie sind allmächtig, nur solange sie von der Sonne fürstlicher Gunst umstrahlt sind. Ein Wort ihres Herrn kann sie stürzen, kann sie in das Nichts zurückschleudern, aus dem sie emporgestiegen sind. So haben denn die Staatsmänner der Quadrupel-Allianz gemeint, da die Kriegspolitik Spaniens schlechthin diejenige seines Ministers sei, so komme es auch nur darauf an, diesen zu beseitigen. Gegen ihn allein behaupten sie, die Waffen zu führen. Ist Alberoni erst abgetan, mit Philipp V. glauben sie leichtes Spiel zu haben.

Ganz richtig war das nicht einmal. Die Königin Elisabeth Farnese, an Charakter eine der stärksten unter den fürstlichen Frauen des 18. Jahrhunderts, hatte ihren recht hoch zu bemessenden Anteil an der Haltung Spaniens, wenn auch die Welt noch nicht viel davon erfuhr. In der grossen Stunde, als Krieg und Frieden auf der Wagschale lagen, war sie es ja gewesen, die ehrgeizig, kühn, leichtsinnig, und gegen den Rat des Ministers, den König in den Krieg trieb. Aber dann entschwindet sie rasch wieder den Blicken des Beobachters. Heere und Flotten hinauszusenden, ist nicht ihres Amtes. Alberoni, nun vollends unentbehrlich, wird wieder der Mann des Schicksals. Denn, ob man ihm nun die Schuld an diesem Kriege aufzubürden hat oder nicht: sobald der Krieg einmal beschlossen war, ist Alberoni unzweifelhaft die Seele des

Kampfes gewesen. Er überschlägt die Kräfte des Staates an Truppen und Schiffen. Er wirbt Bundesgenossen in aller Welt; die Pforte, Schweden, Russland, Preussen, alle möchte er gegen die Quadrupel-Allianz mobil machen. Den Staatslenkern in Frankreich und England sucht er sogar mit Hilfe ihrer eigenen Untertanen beizukommen. Die Verschwörung des Cellamare in Paris, ein Aufstand in der Bretagne sollten den Regenten in Frankreich, eine mit spanischer Hilfe durchgeführte Erhebung der Jakobiten den König in England stürzen; aber schon waren diese Pläne, wie wir noch hören werden, gescheitert. Das Spiel war verloren. Wie die Dinge lagen, musste Alberoni das erste Opfer der spanischen Niederlage werden. Denn so wollten es die Gegner. Und dann sollte Spanien sich der Quadrupel-Allianz unterwerfen.

Ehe nun aber diese Entscheidung gefallen war, wurde noch zweimal von spanischer Seite der Versuch gemacht, zu einem Frieden zu gelangen, ohne den *„exécrable traité"*, wie Alberoni sagte, annehmen zu müssen. Das für die Spanier glückliche Gefecht von Francavilla, dessen Bedeutung in Madrid freilich stark überschätzt wurde, hatte in der Welt einen so guten Eindruck gemacht, dass man ohne Verletzung des spanischen Stolzes vom Frieden reden zu dürfen glaubte. Die Anregung kam von dem verwandten Hofe von Parma. Ein Gesandter des Herzogs, Marquis Scotti, erschien in Madrid,[1]) um alsbald von hier mit einem Auftrage der spanischen Regierung nach Paris weiterzugehen. Seine Mission gehört zu den wunderlichsten Episoden der diplomatischen Geschichte des 18. Jahrhunderts. In der französischen Hauptstadt, wo er am 10. August 1719 eintraf, sprach er zu Dubois wie zum Regenten geheimnisvoll von seinem Auftrage, der einen Friedensplan zum Gegenstand habe, wie er sicherlich den Beifall der Mächte der Quadrupel-Allianz finden werde. Man fragt ihn nach den Einzelheiten seines Planes. Die will er noch nicht verraten, denn sein Auftrag laute weiter dahin, sie keinem andern mitzuteilen, bevor er sie nicht dem Marquis von Beretti Landi, dem spanischen Gesandten im Haag, unterbreitet habe. Was er von der französischen Regierung im

[1]) Ueber die Sendung Scottis vgl. Wiesener, a. a. O. 3, ch. VI.

Augenblick fordert, ist nichts anderes, als die Ausstellung eines Passes, um seine Reise nach Holland fortsetzen zu können. So unschuldig diese Forderung erschien, so ward sie dennoch nicht erfüllt. Die Pariser Staatsmänner, zusammen mit Lord Stair, ahnten wohl den tieferen Sinn der Reise Scottis. Die Absicht ging offenbar dahin, den Franzosen zunächst einmal durch Ausstellung des Passes ein Zeichen der Bereitwilligkeit zum Friedensschlusse zu entlocken, diesen selbst aber auf dem Boden des immer noch neutralen Holland zu verhandeln. Die Spanier gedachten wohl, durch ein Zusammengehen mit den Holländern nicht nur eine gegenseitige Unterstützung ihrer Interessen, sondern auch eine Verständigung über gewisse Abänderungen der Quadrupel-Allianz, wie sie beiden Staaten genehm sein würden, erreichen zu können. Ein solcher Plan konnte von England, Frankreich, Oesterreich wohl nicht einfach abgelehnt werden. Was die drei Mächte bisher vergeblich betrieben hatten, Hollands Anschluss an die Quadrupel-Allianz, das sollten sie nun aus der Hand des grossmütigen Feindes empfangen, der bescheiden für sich selbst nur allerlei politische Vorteile herausschlagen wollte. Der Plan schien fein ersonnen, war aber doch im Grunde so dilettantisch wie die ganze Politik Alberonis. Wir möchten wohl Schillers Wort anwenden: Wär der Gedank' nicht so verwünscht gescheit, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen.

Die französische Regierung machte aus ihrem Misstrauen kein Hehl. Sie erklärte, ehe sie dem Marquis den Reisepass nach Holland ausstellen lasse, müsse sie wenigstens die Meinung des Kaisers und des Königs von England gehört haben. Die beiden verbündeten Mächte lehnten eine Unterhandlung mit dem Marquis Scotti rundweg ab. In voller Einmütigkeit [1]) erklärten also die Teilnehmer der Quadrupel-Allianz einander, dass erst nach der Entlassung Alberonis von einem Friedensschlusse die Rede sein könne.[2]) In beredten Worten schrieb Stanhope aus Hannover[3]): „Sein (Alberonis) grenzenloser

[1]) Vgl. darüber auch E. Bourgeois, Le secret des Farnèse. 365.

[2]) Vgl. Stairs Briefe (Hardwicke) Misc. State Papers II 584. 585.

[3]) Bei Coxe, Kings of Spain, II (1815) 365 ff., jetzt genauer Wortlaut bei Wiesener a. a. O. 3, 122 ff.

Ehrgeiz ist die einzige Ursache dieses Krieges gewesen. Nimmt er gezwungen den Frieden an, so weicht er eben nur der Notwendigkeit und wird entschlossen sein, bei der ersten Gelegenheit Rache zu nehmen . . . . Wir werden nicht beruhigt Frieden schliessen, bis wir es mit einem spanischen Ministerium tun können, dessen System demjenigen des Kardinals genau entgegengesetzt ist.“ Nicht anders dachte man in London, in Wien, in Paris. Fort mit Alberoni, dann erst der Friede, so war die Losung. Die Mission Scottis war gescheitert. Dass sie freilich in anderem Sinne nicht ganz erfolglos war, werden wir bald erfahren.

In das Geheimnis des von Scotti so sorgsam gehüteten Friedensprójektes vermögen wir aber dennoch einzudringen. Der spanische Gesandte im Haag, Marquis Beretti Landi, hat es, noch ehe Scotti nach Paris kam, in aller Unschuld ausgeplaudert. Mit dem Inhalt der Quadrupel-Allianz stimmt dieser Plan allerdings nicht völlig überein. Nur auf Sizilien wollte Philipp V. verzichten, aber dafür sollte ihm Sardinien gelassen, sollten ihm Gibraltar und Port Mahon, die beiden Stützpunkte Englands im Mittelmeer, noch dazu abgetreten werden. Für den Turiner Hof, der also um seinen Siegespreis aus dem spanischen Erbfolgekriege gebracht worden wäre, würde sich schon, hiess es, eine anderweitige Entschädigung finden lassen. Und über diesen Punkt müssen wohl noch weitere Andeutungen gemacht worden sein, denn in England hegte man schon den Verdacht, dass Viktor Amadeus bei der ganzen Sache seine Hand im Spiele gehabt habe.[1])

Erhält man schon aus der eben geschilderten Episode nicht gerade eine hohe Meinung von der politischen Urteilskraft Alberonis, so steht es in diesem Punkte fast noch schlimmer mit der anderen diplomatischen Sendung, die er noch versucht hat. War es nicht möglich, Frankreichs Zustimmung zu einem in Holland zu schliessenden Frieden zu gewinnen, so war vielleicht England zu einem separaten Abkommen zu bewegen. Alberoni beschloss, wenigstens auch diesen Versuch noch zu machen. Auf die Mission Scottis nach Paris folgt diejenige Seissans nach London.

[1]) Hoffmann's Bericht vom 11. August 1719. W. St. A.

Nur mit Hohn und Verachtung reden die englischen Staatsmänner von der Sache. „Ew. Excellenz", schreibt Craggs an Stair[1]), „muss sich eines gewissen Oberst Seissan entsinnen, der den Dienst Frankreichs bei der Belagerung von Tournai verliess und es seither in dem des Königs von Polen bis zum Generalmajor gebracht hat. Dieser Mensch hat es sich, wahrscheinlich, weil er mit Lord Stanhope, mit mir und anderen Dienern des Königs persönlich bekannt ist, in den Kopf gesetzt, dass er die geeignete Person sei, um über nichts Geringeres als den Frieden mit uns zu verhandeln." So habe er sich denn als ein richtiger Abenteurer und Projektenmacher seiner Beziehungen und seiner Fähigkeiten vor dem Kardinal mächtig gerühmt. Der, mit seiner bekannten Vorliebe für alles Ungewöhnliche, verschreibt sich den Mann aus Polen und schickt ihn ohne viele Umstände, mit einem Passe versehen, auf einem spanischen Schiffe nach England. Ein Empfehlungsschreiben Alberonis in der Hand, erscheint Seissan eines Tages vor Stanhope und möchte als Diplomat mit ihm verhandeln.

Schon der Brief Alberonis an Stanhope, der zufällig überliefert ist[2]), berührt uns seltsam genug mit seinem naiven Hinweis auf die verbindlichen, aber doch gewiss nicht allzu ernst gemeinten Worte, mit denen die beiden Männer, als Stanhope den Boden Spaniens verliess, im Escurial von einander Abschied genommen hatten. Sie wollten, hiess es, wenn einmal die Zeit zu Friedensverhandlungen erschienen sei, einander vertrauensvoll entgegenkommen. Jetzt möchte der Kardinal den britischen Staatsmann beim Worte nehmen. Er bittet um Gehör für Seissan und für die Vorschläge, die dieser zu machen habe. Was nun die Vorschläge betrifft — wir kennen auch diese —, so sind sie zwar gemässigter als dasjenige, was Scotti gefordert haben würde, wenn es nämlich zu einer Verhandlung mit ihm gekommen wäre. Denn dass er die Quadrupel-Allianz nicht einfach ablehnen könne, hat Alberoni inzwischen wohl erkannt. Aber immerhin knüpft er ihre Annahme auch jetzt noch an vier Bedingungen[3]).

---

[1]) 14. Dec. 1719. R. O.

[2]) Gedruckt bei Graham, Annals of Stair 2, 392.

[3]) Ebd. 393—4.

Wir erwähnen davon nur soviel, dass Sardinien ebenso wie Neapel, Sizilien und Mailand an Spanien zurückfallen sollen, wenn hier oder dort der Herrscher einmal ohne Hinterlassung männlicher Erben sterben würde. Dafür soll Seissan aber sowohl für die Engländer wie für den Kaiser höchst lockende Angebote bereit gehabt haben, für jene den freien Handel nach Mexiko, für diese die Vermählung des Prinzen von Asturien mit einer Erzherzogin [1]). Aber gerade diese Lockungen wurden, als man in England davon hörte, höchst bedenklich gefunden. Ueberhaupt meinte Craggs [2]), aus den Vorschlägen, die Seissan im Auftrage Alberonis machen sollte, könne man am besten die extravagante Denkweise dieses Priesters erkennen, zugleich die Schwäche seiner Politik, da er doch offenbar durch die versuchte separate Verhandlung nur Misstrauen zwischen den Verbündeten habe säen wollen.

Das grösste Missgeschick erwuchs der Sendung des Generals Seissan freilich aus dem Umstande, dass, bevor er noch den Boden Englands betrat, die britische Regierung bereits die Nachricht vom Sturze Alberonis empfangen hatte. Denn nun hatten Seissan und die Engländer einander allerdings nicht mehr viel zu sagen. Eine Unterredung mit Lord Stanhope, der ihm noch die Ehre antat, seine Vorschläge in schriftlicher Form entgegenzunehmen und sie ebenso zu beantworten — und die Mission war zu Ende.[3]) Von einem königlich-britischen Beamten ward Seissan an die Küste geleitet und in Falmouth auf ein Schiff gesetzt. Und schwerlich wird er noch die Gelegenheit gefunden haben, dem Kardinal in Person über das Scheitern seines Auftrages zu berichten.

---

Der Sturz Alberonis [4]) war eine europäische Sensation. In den Hauptstädten der Feinde Spaniens war die finstere

---

[1]) Lemontey, Histoire de la Régence. I, 278.

[2]) An Lord Stair, 14. Dec. 1719. R. O.

[3]) Stanhope an Dubois. 18. Dec. 1719, bei Graham, Annals of Stair 2, 391.

[4]) Die ausführlichste Darstellung dieser Vorgänge, beruhend auf den Akten des Hauses Farnese im Archiv zu Neapel, gibt heute E. Bourgeois, Le secret des Farnèse. 366—391.

Intrigue gesponnen worden, die mit ihrem Netze die Person des Mächtigen immer enger umschloss. Er selbst ahnt den Streich, der gegen ihn geplant ist, vermag ihn aber nicht abzuwenden und fällt als sein wehrloses Opfer.

Nicht die Minister in London und Paris waren die auf der Bühne Agierenden in dem Drama, sie wirkten nur aus der Ferne mit. Der eigentlich Handelnde war, nach einem überraschenden Rollenwechsel, derselbe Marquis Scotti, dem wir eben noch als dem diplomatischen Unterhändler Alberonis in Paris begegnet sind. Neben ihm erscheint der Engländer Lord Peterborough. Es ist derselbe, der, einst weltberühmt als der Eroberer Barcelonas, seither eine oft gesehene Erscheinung an den Höfen Europas war, immer tatendurstig und bizarr und immer voller politischer Pläne, von der englischen Regierung freilich stets nur mit Vorsicht verwendet und gern verleugnet. Den alten Don Quichote hat man ihn genannt, oder den letzten fahrenden Ritter. Aber dieses Mal war er offenbar der rechte Mann am rechten Platz, wie er so in London, in Paris, in Parma schlau seine Pläne spinnt und ein grosses Ziel verfolgt. Und endlich arbeitet derselbe Herzog von Parma, als dessen Gesandter Alberoni einst nach Spanien hinausgezogen war, nun mit an seinem Sturz, nämlich seitdem er es schriftlich bekommen hat, dass kein Friede werden soll, solange Alberoni am Ruder ist.

In stillem Einverständnis mit Abbé Dubois war Marquis Scotti von Paris nach Madrid zurückgekehrt. Alberoni misstraut ihm und sucht ihn von dem Königspaare fernzuhalten. Aber Scotti verfolgt seinen Plan mit vollendeter Falschheit. Die Verschwörung wird zur Palastintrigue, in der auch die weibliche Figur nicht fehlt. Es ist die Azafeta, die erste Kammerfrau der Königin, die dieser einen Brief zusteckt und heimliche Unterredungen ermöglicht. Elisabeth Farnese und ihr Gemahl überzeugen sich, dass die Ehre des Königtums gut dabei fahre, wenn die ganze Schuld an dem Missgeschick Spaniens allein auf den Minister gewälzt werde. Als auch der Beichtvater sich gegen Alberoni erklärt hat, wird sein Untergang beschlossen. Am 5. Dezember 1719, während der König und die Königin auf der Jagd weilen, empfängt Alberoni den Befehl, sofort das Ministerium zu verlassen und aus

Madrid binnen acht Tagen, vom Boden Spaniens innerhalb dreier Wochen sich zu entfernen. Vor der Majestät darf er sich nicht mehr blicken lassen und das Schreiben, das er an den König richtet, wirft dieser ins Feuer.

So war der Mächtige gefallen. In gewaltigem Zorn sieht man ihn von dannen ziehen. Ueber Südfrankreich will er in sein Heimatland Italien zurückkehren. Noch in den Abenteuern dieser Reise malt sich die Sorge der Mächte, dass der gestürzte Minister ihnen noch einmal gefährlich werden könnte. Frankreich, England und der Kaiser haben ihm für seine Fahrt durch ihre Lande oder durch die von ihren Truppen besetzten Gebiete bereitwillig die geforderten Pässe ausgestellt. „Ich habe immer gehört," sagt Dubois[1]), „man soll dem fliehenden Feinde goldene Brücken bauen." Das spanische Königspaar fürchtete besonders, durch die Enthüllungen des Kardinals blossgestellt zu werden. Kaum von Madrid abgereist, ward er schon wieder verfolgt, bei Lerida eingeholt und aller seiner Papiere beraubt. Darunter soll sich das Testament Philipps V. befunden haben, in dem er für den Fall seines Todes die Königin zur Regentin und Alberoni zum Oberhaupt der Regierung ernannte.[2]) Ein zweiter Ueberfall auf spanischem Boden scheint von einer wirklichen Räuberbande ausgeführt worden zu sein. Der Kardinal sprang auf ein Pferd und erzwang mit dem Degen in der Faust den freien Durchzug. Als er glücklich die Grenze Frankreichs überschritten hat, ruft er aus: „dem Himmel sei Dank, ich bin in einem christlichen Staate". Der immer wieder neugierig hinzudrängenden Volksmenge gegenüber erleichtert er sein gekränktes Herz durch schmähende Reden auf das spanische Herrscherpaar. Philipp V. ist ein Mann, der zu seinem Glücke nichts braucht als einen Betstuhl und die Schenkel einer Frau. Die Königin aber hat den Teufel im Leibe. Sie sollte nur einen Mann von Geist finden, der auch ein tüchtiger Soldat wäre und sie würde noch Frankreich und Europa in Bewegung bringen.

In Italien beginnen seine Leiden von neuem, Parma lässt ihn verfolgen, an der Kurie wird ein Prozess gegen ihn eröffnet.

---

[1]) Dubois an Stair, 19. Dec. 1719. R. O.

[2]) Also nicht das Testament Karls II., wie Saint Simon behauptet. Vgl. Lemontey, Histoire de la Régence I, 279—81.

Von allen Seiten bedrängt, wandert er ein Jahr lang in den kaiserlichen Landen Oberitaliens von Ort zu Ort, um nur seine Freiheit zu behalten. Erst im März 1721, beim Tode des Papstes Klemens XI. wendet sich sein Geschick wieder zum Guten. Als Kardinal der römischen Kirche muss man ihn zur Papstwahl nach Rom laden, muss ihm auch trotz des schwebenden Prozesses freies Geleit gewähren. Der neue Papst aber war ihm gnädig gesinnt, er erlaubte ihm, in Rom seinen dauernden Wohnsitz zu nehmen.

Die ferneren Schicksale des gestürzten Ministers weiter zu verfolgen, ist nicht unseres Amtes. Als Kardinal, als Beamter des Kirchenstaates hat er nach einem Menschenalter abermals eine bedeutende Stellung innegehabt. Für die Geschichte Europas aber war seine Rolle ausgespielt in dem Augenblick, da er die Herrschaft über das spanische Königspaar verloren hatte. Ein grösseres Interesse vermögen uns nur noch seine theoretischen Arbeiten abzunötigen. Man kennt heute zwei Schriften,[1]) in denen er seine Gedanken für die Lösung der grossen europäischen Streitfragen niedergelegt hat. Die Einheit Italiens und der Friede der Welt liegen ihm am Herzen. Das eine Mal denkt er sich die Fürstentümer Italiens zu einem Staatenbunde zusammengeschlossen, ähnlich dem deutschen Reiche, und mit einer Art von Regensburger Reichstag an der Spitze. Das andere Mal will er die Karte Europas, nachdem sich die christlichen Nationen zu einem gemeinsamen Türkenkrieg zusammengefunden haben, neu zeichnen. Der gesamte Länderbesitz der Hohen Pforte wird fröhlich verteilt, kein Staat geht leer aus, wie denn z. B. Preussen ausgerechnet die Insel Euböa erhalten soll. Und fortan werden die Völker des Abendlandes überhaupt keine Kriege mehr führen. Ein dauernder, wahrhaftig in Regensburg, und wieder nach dem Muster des deutschen Reichstages, tagender Kongress wird alle ihre Streitfragen friedlich schlichten. Solche Gedanken: der gemeinsame Kampf aller gegen den Halbmond, sodann das Bild der friedlich beieinander wohnenden christlichen Nationen, sind auch bei anderen Schriftstellern des 17. und 18. Jahrhunderts zu finden.

---

[1]) Vgl. Vesnitch, Le Cardinal Alberoni pacifiste. Revue d'hist. dipl. 1912.

Alberoni hat ihnen nur seine eigene Prägung und die Form eines praktischen Vorschlages gegeben. Und dann klingen sie in seinem Munde fast so, als habe er die abenteuernde Politik seiner spanischen Jahre hier auf dem Papier noch weiter zu spinnen versucht, nur mit dem menschlich schönen, aber in der Tat sehr fernen Endziel des dauernden Völkerfriedens. Die alte Streitfrage aber, ob der Staatsmann Alberoni der „Mordbrenner Europas", der „wilde Kardinal" gewesen sei, oder aber ein grundsätzlich friedliebender Minister, bleibt immer noch offen. Denn sicher wäre es verfehlt, den Schlüssel zu dem Geheimnis der Politik des spanischen Ministers von 1714—19 in den Theorien des Friedensapostels der dreissiger Jahre suchen zu wollen.

Sein Jahrhundert aber hat an die dämonische Grösse Alberonis fest geglaubt. „Hätte man ihm", sagt Friedrich der Grosse, „zwei Welten wie die unsere überlassen, um sie zu zerschmettern, er würde nach einer dritten verlangt haben." Ein solches Urteil kann nicht Wunder nehmen. Denn er war eine mächtige Figur in der Staatenwelt Europas, geistreich und voller Ideen, erfindungsreich und unerschöpflich in seinen Hilfsmitteln, gross und eindrucksvoll auch noch in seinem Falle. Seine Kraft allein war es gewesen, die noch einmal im 18. Jahrhundert der Welt einen neuen Aufschwung Spaniens vorzutäuschen vermochte.

---

Mit wahrem Entzücken war die Nachricht vom Sturze Alberonis in den Hauptstädten der Westmächte begrüsst worden. Die Diplomaten beglückwünschten einander in aller Form. „Sie eröffnet eine neue Szene", sagte der Staatssekretär Craggs[1]). Dubois wollte es sich nicht nehmen lassen, sie seinem Freunde Stanhope in einem eigenen Schreiben mitzuteilen. Mit diesem musste Destouches, der Gesandtschaftssekretär in London, sich sofort zum Minister begeben, musste ihn aufsuchen, wo er ihn fände, beim Könige, oder im Parlamente. Stanhope und Sunderland weilten gerade im Oberhause. Sie umarmten Destouches, der sie herausrufen liess,

[1]) An Stair, 18. Dec. 1719. Bei Graham, Annals of Stair II, 124.

voller Freude, kehrten mit ihm in die Sitzung zurück und Stanhope verlas in Gegenwart des Franzosen den Brief Dubois'. Er knüpfte seinerseits die Bemerkung daran, dass nun wohl auch der Friede nicht fern sei. Das Haus war in freudiger Erregung. Auch bei den Commons, wo Craggs das Schreiben Dubois' mitteilte, herrschte allgemeiner Jubel. Nur Robert Walpole[1]) konnte es sich nicht versagen, auch bei dieser Gelegenheit der Regierung ein boshaftes Wort entgegenzuschleudern. Der König von England, meint er, sollte jetzt nur das Beispiel Philipps V. befolgen und, wie dieser es getan, den ihn übel beratenden Ministern den Laufpass geben. Aber ein Freund des Kabinetts gab ihm die Beleidigung zurück, indem er, auf Walpoles Verabschiedung anspielend, erklärte, das habe Georg I. ja schon vor zwei Jahren getan. Uebrigens ward selbst durch solche gehässigen Reden die freudige Stimmung des Hauses nicht getrübt. Auch war die frohe Botschaft gerader zu guter Stunde gekommen, denn nun wurde durch sie auch der üble Eindruck einigermassen verwischt, den wenige Tage zuvor eine schwere parlamentarische Niederlage der Regierung beim Volke gemacht hatte.

Die Erwartung des nahen Friedensschlusses hob die Geister. Denn welchen andern Sinn konnte die plötzliche Ungnade Alberonis wohl haben, als dass Spanien bereit war, sich dem Gebot der Quadrupel-Allianz zu unterwerfen? Aber so einfach lag die Sache doch noch nicht. Bei aller guten Absicht der Regierungen war das Werk noch schwierig genug. Von dem Aufhören der Feindseligkeiten bis zur Herstellung des allgemeinen Friedenszustandes war noch ein weiter Weg.

Die Quadrupel-Allianz war ein Programm für die künftige Staatenordnung Europas. Jetzt, nach dem errungenen Siege, musste es erst seine Brauchbarkeit erweisen. Noch fehlte Holland im Vierbunde. Und Spanien war keineswegs so schwer gedemütigt, dass seine bedingungslose Unterwerfung ernsthaft gefordert oder erwartet werden konnte. Ohnedies glaubte, mit Ausnahme einiger unverbesserlicher Optimisten an der Wiener Hofburg, wohl niemand mehr an den völlig

[1]) Das folgende nach dem Berichte Hoffmanns vom 22. Dez. 1719. W. St. A. Die Parl. Hist. schweigt über den Vorfall im Unterhause.

unumstösslichen Charakter der Quadrupel-Allianz. Ihr Inhalt musste also den Gegenstand neuer Verhandlungen bilden. Der Anschluss Hollands und der Anschluss Spaniens waren die beiden grossen Probleme, die zu lösen waren.

Von Zeit zu Zeit tritt in den Jahrzehnten nach dem Tode Ludwigs XIV. die Unnatur des englisch-französischen Bündnisses grell hervor. Die Regierungen schreiten zwar um des lieben Friedens willen zu immer neuen Allianzverträgen. Die Völker aber stehen solcher Politik verständnislos gegenüber, sie empfinden nur die Verschiedenheit der Art und der Interessen, sie hören nicht auf die Sprache der Kabinette und fahren fort, einander zu hassen und zu verachten. Das wirkt nun auch insofern auf die Regierenden zurück, als sie trotz aller Bündnisse einander niemals volles Vertrauen schenken, sondern immer an die Möglichkeit eines plötzlichen Bruches glauben und sich beständig auf diesen Fall vorbereiten. Und wenn die diplomatischen Akten von dem klaffenden Gegensatz zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Völker und der offiziellen Politik der Regierungen auch nur selten reden, so schlummert dieser Gegensatz doch niemals, und in gewissen Momenten leuchtet er blitzartig auf.

So geschah es im Jahre 1719, als man im Begriffe war, den Friedensverhandlungen mit Spanien näher zu treten. Schon seit einigen Monaten hatten unerquickliche Auseinandersetzungen zwischen den Westmächten stattgefunden, deren Gegenstand wieder einmal die Hafenanlagen von Dünkirchen bildeten. Im 9. Artikel des Utrechter Friedensvertrages hatte Ludwig XIV. sich verpflichtet, auf seine Kosten die Befestigungen Dünkirchens dem Erdboden gleichmachen, die Hafenbassins ausfüllen, die Dämme zerstören zu lassen. Der Wortlaut ist ganz unzweideutig. Da gab es kein Ausweichen, kein Umgehen. Wurde diese Verpflichtung eingehalten, so war es mit der Rolle, die Dünkirchen als französischer Kriegshafen, als Ausfallstor gegen England gespielt hatte, für immer vorbei.[1]) Aber obwohl die Engländer die Ausführung sorgfältig überwachten, und, wie es ihnen vertragsmässig zustand, ein paar Ingenieure daselbst residieren liessen, so gab es doch

[1]) Vgl. Bd. 1, 493—4.

ewige Klagen. Die Zuschüttung der Hafenbassins ist nie ganz zur Ausführung gekommen und wurde, als eine allzu kostspielige Sache, von englischer Seite zuletzt nicht mehr streng gefordert. Inzwischen hatte die Angelegenheit ihren Charakter insofern verändert, als Frankreich, zwar nicht gegen den Buchstaben, aber doch gegen den Sinn des Utrechter Friedens handelte, als es in dem benachbarten Mardyck Hafenanlagen von ähnlicher, für England gefahrdrohender, Natur wie vordem in Dünkirchen schuf. Aber auch das war ja längst erledigt.[1]) Die dadurch hervorgerufenen Klagen und Verhandlungen hatten in der Tripelallianz vom 4. Jan. 1717 zur vollen Befriedigung Englands mit einer Verschmälerung des Kanals, die ihn als Hafen unbrauchbar machte, geendigt. Seither war das Bündnis noch fester geknüpft, aus der Tripel-Allianz war die Quadrupel-Allianz geworden. Ob nun wohl eben deshalb die Franzosen meinten, sich schon etwas freier bewegen zu können, ohne sogleich den Argwohn Englands zu wecken — genug, sie schienen sich an Artikel 9 des Utrechter Friedens nicht mehr gebunden zu halten.

Im Sommer 1719 reden die diplomatischen Akten nach längerem Schweigen wieder einmal von Dünkirchen. Die Engländer sind beunruhigt durch die Errichtung neuer Hafenanlagen.[2]) Sie wollen an den harmlosen Charakter derselben nicht glauben. Der Zweck dieser Arbeiten war offenbar die Wiederherstellung einer Wasserstrasse, die, in mässiger Breite landeinwärts führend, die Bassins von Dünkirchen mit dem Kanal von Bergues, wenige Kilometer weiter südlich, in Verbindung setzen sollte. „Eine unschuldige Entwässerungsanlage“ nannten es die Franzosen. „Ich kann nur lächeln über ihre kleine *rigole*“, schreibt Oberst Lascelles, der englische Sachverständige, aus Dünkirchen[3]). „Die Wahrheit ist: die *rigole*, (wenn man es denn so nennen soll), hat die ganze Weite des Kanals an der Stelle, wo die Schleuse war und

[1]) Vgl. Bd. 1, 760.

[2]) Das folgende nach den Akten im R. O. Vgl. auch Wiesener, a. a. O. 3, 158 ff.

[3]) Die Bemerkung in dem Artikel im D. N. B. XXXII 157, Lascelles sei bis 1716, dann erst wieder 1720—25 in Dünkirchen beschäftigt worden, ist demnach nicht ganz zutreffend.

ist beinahe 40 Fuss breit. Es wird noch unaufhörlich daran gearbeitet, selbst an Sonn- und Feiertagen. Wenn hier nicht die Absicht vorliegt, Schiffe bis zu der Grösse, wie sie die Schleuse passieren können, hineinzubringen, wozu brauchten sie dann auch noch zwei kostspielige Drehbrücken zu bauen?“ [1])

Die englische Regierung — Georg I. weilte eben auf dem Festlande, die Gesamtheit des Kabinetts hatte unter dem Namen von *Lords Justices* die Regentschaft übernommen — war lebhaft beunruhigt. Lord Stair muss die Sache beim Regenten zur Sprache bringen. Orleans stellt sich unwissend und verspricht, die Arbeiten sofort abbrechen zu lassen. Dennoch werden dieselben ruhig fortgesetzt. Jetzt überreicht der englische Gesandte dem Minister Dubois eine diplomatische Note, die schon ernsthaft genug klingt. „Sie wissen besser als irgend jemand, wie empfindlich England in diesem Punkte ist. Es ist in der Tat der einzige, bei dem jede Nachgiebigkeit aufhört.“ Eine Wendung, die nun häufig wiederkehrt. Keinerlei „*Complaisance*“! [2]), so wird es Stair wiederholt eingeschärft. Das Recht war ja auf Englands Seite, denn was Frankreich tat, war eine Verletzung des Utrechter Friedens, und um so schwerwiegender, als man solches dem nächsten Verbündeten zu bieten wagte. „Es ist doch eine sehr melancholische Erwägung“, schreibt ein englischer Minister, „dass wir in der Zeit engster Freundschaft nicht einmal die ehrliche Erfüllung eines Vertrages erlangen können, dessen Wortlaut ganz unzweideutig ist.“

Stairs Bemühungen führten nicht sogleich zum Ziel. Der, wie man glauben soll, wiederholt erteilte Befehl des Regenten, die von England beanstandeten Hafenarbeiten abzubrechen, ward nicht befolgt. Der Gesandte erneuerte seine Vorstellungen mündlich und schriftlich, er erhielt als Antwort endlich ein Schreiben Dubois' vom 9. September. Es besagt: Des Regenten Befehl, der unbegreiflicherweise bisher nicht ausgeführt sei, solle wiederholt werden. Der Wasserlauf wird

[1]) Lascelles an Armstrong, Dünkirchen, 20. Aug. 1719. R. O.

[2]) So heisst es in einem Briefe von Craggs an Stair vom 31. Aug. 1719 (R. O.): *that affair (Dunkirk) admits of no Complaisance and the Regent knows the nature of it and the humours of people here too well not to see, that the union of both nations will be shocked by such a proceeding.*

auf eine einfache *rigole* reduziert werden, ihre Breite wird so gering sein wie möglich. Nicht eine Schaluppe wird in Zukunft darin Platz finden. Stair war geneigt, diese Antwort befriedigend zu finden, nicht so die *Lords Justices* in London. Diese wollten überhaupt von einer *rigole* nichts mehr hören. Stair ward beauftragt, die gänzliche Beseitigung derselben zu fordern und nicht nachzugeben, bis sein Begehren erfüllt sei. Vor einer so ernsten Sprache seines Bundesgenossen wich Frankreich zurück. Offenbar ward dieses Mal eine befriedigende Lösung gefunden. Denn nun verschwindet der Name Dünkirchen auf einige Jahre fast völlig aus den diplomatischen Akten. Nur gelegentlich wird man einmal daran erinnert[1]), dass ein residierender englischer Ingenieur darüber wachte, dass nicht von französischer Seite der Versuch gemacht werde, die zerstörten Festungswerke oder den Hafen neu erstehen zu lassen. Was mit dieser Ueberwachung erreicht wurde, war freilich nicht allzuviel. Die Franzosen wagten es zwar nicht, ihr Dünkirchen unter den Augen des englischen Aufpassers zu einem mächtigen Kriegshafen auszubauen. Immerhin taten sie soviel, dass man in London auf eine Bedrohung von diesem Punkte aus immer gefasst blieb und trotz aller Verträge die Sorge um Dünkirchen nicht los wurde. Sie hat auch Walpoles Regierung noch einmal ernstlich beschäftigt.

---

Den 1719 um Dünkirchen entbrannten Streit könnten wir als ein Symbol jenes Misstrauens bezeichnen, das zwischen den verbündeten Westmächten niemals völlig verschwand. Kaum war die eine Schwierigkeit überwunden, so stellten schon andere sich ein. Da hört man, dass mit einem Kapital von 50 Millionen eine Gesellschaft gegründet sei, die an den Küsten von Neu-Schottland, wie an den Sandbänken von Nord-Amerika, den Fischfang betreiben will[2]), was als ein Eingriff in englische Rechte angesehen wird. Es fanden ferner über die Grenzen der beiderseitigen Kolonien auf dem amerikanischen Festlande langwierige und unfruchtbare Verhandlungen

[1]) Vgl. den Brief von Craggs an Sutton, 7. Juli 1720. R. O.
[2]) Stair an Stanhope, 7. Nov. 1719. Private. R. O.

statt. In dieselbe Zeit fällt die Festsetzung der Franzosen auf der Insel Santa Lucia, die dem englischen Barbadoes benachbart war und auf die England selbst ältere Rechte geltend machte. Die Frage wurde in Paris zwischen Dubois und Stair vielfältig erörtert; doch kam man zu keinem Ergebnis. Näher liegende Sorgen kamen hinzu. Von englischer Seite ward Klage darüber geführt, dass englische „Rebellen", d. h. Jakobiten, nicht nur unbehelligt durch Frankreich reisten, sondern daselbst auch ihren Wohnsitz nehmen durften.

Immerhin hätte man mit etwas gutem Willen dieser Schwierigkeiten wohl Herr werden können, wenn sie nicht ihren tieferen Grund gehabt hätten in einer gewissen englandfeindlichen Richtung innerhalb der französischen Regierung. Lord Stair hat sicher das Richtige getroffen, wenn er diese Erscheinung mit der aufkommenden Grösse des berühmten Schotten John Law in Verbindung brachte. Dieser Mann konnte, mit seinen ungeheuren, alle Zweige des Wirtschaftslebens umfassenden Plänen, sein Glück in Frankreich nur machen, wenn es ihm gelang, das konkurrierende England auf allen Gebieten aus dem Felde zu schlagen. Law rühmte sich schon im voraus, wie gründlich ihm dies gelingen werde. In dem Masse also, wie dieser Löwe des Tages den französischen Hof regierte, war die Freundschaft mit England bedroht und die ganze Politik der Quadrupel-Allianz gefährdet.

So begannen die in der Epoche der Orleans'schen Regentschaft immer lebendigen Intriguen des französischen Hofes wieder einmal ihre Wirkung in den europäischen Fragen zu üben, und diese sogar einer Art von Krisis entgegenzutreiben. Vor allem war die Stellung Dubois' in Gefahr. Voller Misstrauen beobachtete er die steigende Grösse des Schotten und suchte ihm die Wage zu halten. Ein sachlicher Gegensatz trat kaum hervor, umso stärker war der persönliche. Mit aller Anstrengung sucht der Abbé seine eigene Stellung so hoch zu heben, dass nicht irgend ein zufälliges Missgeschick oder eine Laune des Regenten ihn stürzen kann. Da vergleicht er wohl seine Lage mit derjenigen seiner grossen Vorgänger Richelieu und Mazarin. Wie diese, so war ja auch er geistlichen Standes; ihrem Vorbilde folgend, strebt auch er nach dem Purpur. Wie es bei jenen der Fall gewesen,

so wird auch er, wenn er erst Kardinal der römischen Kirche ist, in seiner politischen Macht unerschütterlich sein, und kein Law wird ihn stürzen können. Dieser Gedanke liess ihn nicht mehr los. „Der Kardinalshut hat unserem armen Freunde, dem Abbé, völlig den Kopf verdreht", schrieb Stair schon im Dezember 1718. Im nächsten Jahre, als er die Stellung Laws am Hofe beständig wachsen sah, wird seine Sehnsucht nach dem Purpur immer stärker. So geradehin von dem Regenten die Förderung seines Wunsches zu begehren, wagt er nun freilich nicht. Für sich selbst zu bitten, ist überhaupt nicht Dubois' Art. Er gibt sich so bescheiden und selbstlos, dass immer andere für ihn eintreten müssen. Sie taten es auch dieses Mal redlich und voller Verständnis. Um der Bundestreue Frankreichs sicher zu sein, bemühten sich London und Wien um den Kardinalshut für den französischen Minister. Das Thema spielt 1719 eine Rolle in den Korrespondenzen Stairs und St. Saphorins. Auch Stanhope tat sein bestes. Von Hannover aus sandte er ein merkwürdiges Schreiben an Stair [1]), dem er mit grossem Ernste die überraschende Mitteilung macht, ihm, Stanhope, sei die Idee gekommen, dass Dubois Kardinal werden sollte. Der Wiener Hof habe sich zur Mitwirkung geneigt erwiesen. So möge denn auch der Regent das seinige tun. Eben seien ja die Verbündeten im Begriffe, den einen Kardinal, nämlich Alberoni, zu stürzen und seiner Würde zu berauben. Wäre es nicht ein natürlicher Ausgleich, wenn sie einen andern dafür zu erheben versuchten? Aber eines möge Stair wohl beachten: Dubois selbst darf nichts von der Sache erfahren, denn sein Zartgefühl würde es nicht ertragen, dass man sogar das Haus Oesterreich für sein Interesse arbeiten lasse. Der Brief wirkt wie ein kleiner Scherz, den Stanhope sich erlaubt. Es war in der Tat eine Komödie, zu der er sich hergab. Er schrieb nämlich noch einen zweiten Brief [2]), in dem er schmunzelnd zugibt, der erste sei nur verfasst, um dem Regenten gezeigt zu werden, falls Lord Stair es ratsam finden sollte, und, wohlverstanden, „auch nur, wenn der Herr Abbé es so wünscht". Stair war nun freilich der

[1]) Stanhope an Stair, Hannover, 16. Juni 1719. R. O.

[2]) Stanhope an Stair, Hannover, 17. Juni 1719. R. O.

Meinung[1]), der Plan werde niemals die Zustimmung des Regenten finden, denn dieser glaube, dass Dubois, mit dem Kardinalshute auf dem Haupte, zu unabhängig werden, und eine gar zu grosse Figur machen würde.

So blieb es dieses Mal bei der guten Absicht. Dubois war sicherlich enttäuscht und, nach der Art kleiner Geister, allzu geneigt, an dem Eifer seiner Freunde zu zweifeln. Stair beschreibt ihn,[2]) wie seine Stimmung wechselt zwischen Siedehitze und eisiger Kälte. Bald schwebt er in den höchsten Regionen, bald kriecht er im Staube; heute redet er ehrlich und offen, morgen dunkel und geheimnisvoll. „Manchmal glaubt er, ich sei zu mächtig beim Regenten und sucht meine Audienzen bei ihm zu verhindern; dann wieder findet er, ich sollte mehr Einfluss besitzen. Der Regent sollte mich empfangen, mich anhören."

Im Grunde konnte aber Dubois, wie er sich auch stellte, von den Wegen Englands nicht allzuweit abweichen, denn er stand und fiel mit jener englandfreundlichen Politik, deren Schöpfer er gewesen war. Umso schlimmer für ihn, wenn die alte französische Politik, das System Ludwigs XIV. gegen ihn ausgespielt wurde, d. h. eine Politik, die, trotz aller Bündnisse mit England und Oesterreich, diese Mächte doch stets in respektvoller Entfernung halten und ihnen niemals unbedingt vertrauen wollte. Als der Hauptvertreter dieser Richtung erschien gegen Ende des Jahres 1719 wieder der Minister Torcy, ein Mann von vornehmerer Herkunft und stärkerem Charakter als Dubois. Den Engländern ist er immer unheimlich gewesen. Wenn nun gar Torcy und Law sich verbanden, so konnte leicht das ganze politische System des Regenten und damit auch das Interesse Englands am französischen Hofe ins Wanken geraten.

Gegen eine solche Gefahr sehen wir nun Lord Stair ankämpfen. Wenn er dem Regenten in einer intimen Angelegenheit seine Meinung, seinen Rat aufdrängt, so wundert uns das schon nicht mehr. So geschieht es denn zu wiederholten

---

[1]) An Craggs, Paris, 8. Juli 1719. (Hardwicke) State Papers II 580.

[2]) Ebd.

Malen,[1]) dass der englische Gesandte dem Regenten von Frankreich den guten Rat erteilt, er möge doch den Herrn von Torcy nicht so ganz in die auswärtigen Geschäfte einweihen. Er möge nur bedenken, wie vorteilhaft es für ihn wäre, das volle Geheimnis für sich allein zu besitzen. Rücke dann die Zeit der Grossjährigkeit des jungen Königs heran, so würde der Regent sich in der günstigen Lage Richelieus befinden, den Ludwig XIII., obwohl er ihn nicht liebte, doch als seinen ersten Minister ertragen musste, da nur Richelieu in den auswärtigen Fragen gründlich bewandert war. Der Herzog von Orleans hörte diesen Reden aufmerksam zu und antwortete als höflicher Mann, er wolle sich die Sache reiflich überlegen.

Aber viel war damit nicht erreicht. Stair fühlte sich der Aufgabe, in so schwierigen Zeiten Englands Interesse am französischen Hofe zu vertreten, bald nicht mehr gewachsen und bat um seine Abberufung. Der Ernst der Lage ward auch in England nicht verkannt. Eben sollte, nach der Entlassung Alberonis, der Friede mit Spanien geschlossen werden, als alarmierende Nachrichten aus Paris nach London gelangten. Stair schrieb[2]): „Unser Freund Dubois hat sich Law ganz unterworfen, er hat sich mit Torcy ausgesöhnt und diese drei besitzen das Vertrauen des Herzogs von Orleans. Jeder Zweifel ist ausgeschlossen. Denn ich erfahre dasselbe auch von anderer Seite, aus ganz zuverlässiger Quelle und mit dem Zusatz, dass der Friede mit Spanien in allernächster Zeit geschlossen werden soll, aber in einer Form, die weder dem Könige von England noch dem Kaiser gefallen dürfte."

Natürlich erregten diese Nachrichten am englischen Hofe die grösste Bestürzung. Die Minister zeigten sich verwirrt und waren unfähig, über irgendwelche politische Fragen Auskunft zu erteilen[3]). Sie fühlten das dringende Bedürfnis, zunächst einmal über die Haltung Frankreichs und die etwa von dieser Seite drohenden Gefahren Klarheit zu gewinnen, denn die ganze politische Arbeit der letzten Jahre stand auf dem Spiel.

[1]) So im September 1719. (Hardwicke) Misc. State Papers II 595. Ferner Stair an Stanhope. 20. Okt 1719. Privatbrief. R. O.

[2]) Stair an Stanhope. 27. Dec. 1719. R. O.

[3]) Hoffmann, 2. Januar 1720. W. St. A.

Man vernahm schon Gerüchte, dass Frankreich und Spanien nicht nur einen raschen Frieden schliessen, sondern, wenn dies geschehen wäre, ihre Kräfte gemeinsam gegen England und den Kaiser wenden würden.[1])

Unter diesen Umständen entschloss sich Stanhope wieder einmal zu einer eiligen Reise nach Paris. Es traf sich günstig, dass eben die Weihnachtsferien des Parlaments seine Anwesenheit in London entbehrlich machten. Sein Vertrauen zu Stair war stark erschüttert. Sicherlich war dieser nicht der Mann, der das gute Verständnis zwischen den Westmächten in einem kritischen Augenblicke wieder herstellen konnte. Seine Abberufung wurde ins Auge gefasst, aber so rasch war er nicht zu ersetzen. Darum wünschte Stanhope sich zunächst mit Stairs Hilfe an Ort und Stelle einen Einblick in die Haltung der französischen Regierung zu den schwebenden Fragen zu verschaffen. „Graf Stanhope wird morgen früh nach Paris reisen, genau instruiert über alle Fragen, die in Ihren Depeschen behandelt sind", so kündigte Craggs dem englischen Gesandten in Paris die Ankunft des Ministers an.[2]) Er fügte schonend hinzu, Stanhope solle sich während der 8 oder 10 Tage, die er in Frankreich zu verweilen gedenke, ganz nach dem Rate und den Instruktionen richten, die Stair ihm erteilen werde. Es handle sich darum, genau die Bedingungen festzustellen, unter denen man mit Spanien Frieden schliessen könne. So würde das beste Einvernehmen zwischen Stanhope und Stair gewahrt werden. „Er wird direkt nach Ihrem Hause fahren, wo er ein Bett zu finden hofft", schreibt Craggs in einem andern Briefe.[3])

Am 3. Januar n. St. 1720 machte sich Stanhope auf den Weg nach Frankreich. Wir hören von einer bösen Ueberfahrt, bei der das Schiff die Masten verlor. Aber er selbst erreichte unversehrt die französische Küste und kam nach Paris, in ernster Stunde, als der Mann des Schicksals.

---

[1]) Stair an Craggs, 6. Jan. 1720 n. St. R. O.
[2]) Graham, Annals of Stair, II 125—7.
[3]) Graham, Annals of Stair II 127.

„Soviel nur in aller Kürze, das Weitere bald mündlich", mit dieser für den Historiker immer enttäuschenden Wendung schliesst Stanhopes Hauptbericht über seinen Pariser Aufenthalt. Er gibt mehr Andeutungen als eine wirkliche Erzählung der von ihm geführten Verhandlungen.[1]) Aber man erfährt auch so alles Wesentliche. Und was er verschweigt, das ergänzen in willkommener Weise die sehr ruhigen und besonnenen Berichte des österreichischen Botschafters Pendtenriedter, der ja mit derselben atemlosen Spannung wie die Engländer den Verlauf dieser Krisis beobachtete. Denn es waren Tage, in denen der Bestand der Quadrupel-Allianz, das herrschende politische System Europas, also auch die Zukunft der Habsburger-Monarchie, auf dem Spiele standen.

Und neben dieser Entscheidung und sie beeinflussend steht das Schicksal der Personen, mit ihren Leidenschaften ihren Intriguen, ihrem Ehrgeiz. An der Spitze des französischen Staates als Regent Herzog Philipp von Orleans, der gegenüber den Kräften und Bestrebungen, die ihn umdrängen, seine geistige und politische Selbständigkeit mühsam zu behaupten sucht. Von allen Figuren an seinem Hofe ist es jetzt John Law, der am meisten Aufsehen erregt, als der kühne Finanzkünstler, der dem Staate, wenn man nur seinem Rate folgen wolle, die höchste Allgewalt und goldene Berge verspricht, der aber zugleich mit seinen herausfordernden Reden gegen das verbündete England alle Welt beunruhigt. Man sieht seine Macht beständig wachsen, man nennt ihn schon, doch ohne dass er es ist, den Premierminister. Und wenigstens zum Generalkontrolleur, wie einst der grosse Colbert es gewesen, hat der Regent ihn erheben müssen, und zwar in denselben Tagen, als er erklärte, diesem Manne hätten seine Eitelkeit und sein massloser Ehrgeiz gänzlich den Kopf

---

[1]) Das Folgende besonders nach den Berichten Stanhopes (R. O.) und Pendtenriedters (W. St. A.). Dazu kommen die gedruckten Korrespondenzen in den (Hardwicke) State Papers II 602 ff., Graham, Annals of Stair II 125 ff., 411 ff. Die Darstellung bei Wiesener a. a. O. III 258—270, die so ausführlich das Verhältnis zwischen Stair und Law behandelt, gibt über den eigentlichen Inhalt der Mission Stanhopes an dieser Stelle fast nichts. Eine knappe Erwähnung der Tatsachen findet sich S. 225, 226. Vgl. auch Weber, Quadrupel-Allianz 101—2, Bourgeois, Secret de Dubois 119—120.

verdreht[1]). Wie anders Abbé Dubois, der durch die Gunst seines Herrn rasch emporgekommene Plebejer, der zwar durch eine grosse Dankesschuld an England gefesselt schien, aber auch ein Mann war, der rasch die Farbe wechseln konnte, wenn sein Vorteil es heischte. Endlich noch der Marquis Torcy, der am liebsten dem Verbündeten sofort die Freundschaft kündigen und das alte Wort „*il n'y a plus de Pyrénées*" zur Wahrheit machen würde. Auf dem Treiben dieser Leute ruhten die sorgenden Blicke der fremden Diplomaten, des aufgeregten und stolzen Lord Stair, ebenso wie des besonnenen, würdevollen Freiherrn von Pendtenriedter. Der letztere teilte freilich die schweren Befürchtungen Stairs nicht so ganz. Dass Frankreich den Krieg wolle, glaubte er schon um deswillen nicht, weil das neue Finanzsystem einen solchen nicht ertragen werde „und bei dem geringsten widrigen Zufall samt dem Königreich über einen Haufen gehen könnte". Immerhin hielt auch Pendtenriedter sich vorsichtig zurück und hütete sich wohl, gegen Law etwas zu unternehmen, „weil doch gegen ihn dermalen nicht aufzukommen".[2])

In diesen Kreis trat nun als ein allen überlegener Geist der englische Minister Lord Stanhope. Er wollte sehen, ob wirklich *Hannibal ante portas* sei, hat man später gesagt. Da war er nun selbst überrascht, wie glücklich und leicht sich durch sein blosses Erscheinen alle Fragen und Schwierigkeiten zu lösen begannen. Das dunkle Gewölk, das sich am politischen Himmel zusammengeballt hatte, es war auf einmal zerstreut. Die ersten Gespräche mit dem Regenten, mit Dubois, mit Law genügten, um Stanhope vollkommen zu beruhigen. „Man kann garnicht besser reden, als sie es tun", so schreibt er, sichtlich erleichtert, nach London. Er hat sich in Paris rasch davon überzeugt: an einen Bruch mit England, an einen Separatfrieden mit Spanien denkt hier niemand. Er erkennt auch, dass der Regent noch vollkommen Herr der Situation ist, zumal in den auswärtigen Fragen. Von Torcy ist garnicht die Rede, und Dubois hat sich wieder eilig unter die schützenden Fittiche des mächtigen englischen Freundes

[1] (Hardwicke) Misc. State Papers II 602.

[2]) Bericht Pendtenriedters, Paris, 8. Jan. 1720. W. St. A.

begeben. John Law aber wurde durch die liebenswürdige und schmeichelhafte Behandlung, die Lord Stanhope ihm erwies, überwältigt und entwaffnet.

Im Mittelpunkte aller Erörterungen stand natürlich der kommende Friedensschluss mit Spanien. Der Regent beteuerte, — wir zitieren Pendtenriedters Bericht — „dass er von seinen Verbindlichkeiten mit den Alliierten nicht abweichen und sich mit Spanien weder in besondere Handlung einlassen, noch viel weniger aber etwas Widriges mit selbigem Hof gegen die Alliierten schliessen, sondern mit denselben auf dem Vollzug der Londoner Bedingungen fest bestehen wolle: dieses sind die eigentlichen Worte, so der Lord Stanhope mir hinterbracht und nebst Wiederholung alles ihm darüber Vorgestellten beigefügt hat, dass, wo man den Worten zutrauen kann, dieselben unmöglich besser sein könnten.“ Stanhope hat übrigens dem Regenten keineswegs blind vertraut. Er hat ihm alle Gründe des englischen Misstrauens erbarmungslos vorgerückt und keinen Umstand dabei verschwiegen. Er sprach von den französisch-spanischen Verhandlungen, über die man in England nichts erfahren solle, über die zahlreichen, in Paris sich aufhaltenden Jakobiten, über Santa Lucia, das Frankreich nie herausgeben zu wollen erklärt habe, endlich ausführlich über die Hemmungen, die es der nordischen Politik Georgs I. entgegengestellt habe. Jede einzelne dieser Tatsachen genüge, um zehn Misstrauensgründe abzugeben. Der König erwarte, sie alle widerlegt zu sehen, denn nur so könne er wirklich an die Freundschaft des Regenten glauben. Der Herzog von Orleans antwortete mit treuherzigen Versicherungen, dass er von nun an keinen von Spanien gemachten Vorschlag, der mit der Quadrupel-Allianz in Widerspruch stände, anhören, überhaupt nach dieser Seite keinen Schritt anders als in vollem Einvernehmen mit Seiner Britannischen Majestät unternehmen wolle. Die Jakobiten sollen sofort entfernt werden. Wegen Santa Lucia wird England zufrieden gestellt werden, und auch in den Fragen des Nordens und Ostens wird Frankreich es nicht an sich fehlen lassen.

Stanhope war aber nicht der Mann, der sich mit der blossen Beteuerung guter Absichten zu beruhigen pflegte. In bezug auf Spanien wenigstens bestand er auf einer Sicher-

heit. Er wartete zunächst die Ankunft zweier Kuriere ab, die Nachrichten von jenseits der Pyrenäen bringen sollten. Den Inhalt ihrer Papiere, d. h. die von Spanien gemachten Vorschläge fand er einfach extravagant und bewirkte nun die Unterzeichnung einer gemeinsamen Deklaration[1]) seitens aller Mitglieder der Quadrupel-Allianz. Sie trägt, neben den Unterschriften von Dubois, von Pendtenriedter, von Stair und Stanhope, auch diejenige Vernons, des savoyischen Gesandten, da ja auch Viktor Amadeus der Quadrupel-Allianz beigetreten war. Die Deklaration sprach von der Unabänderlichkeit des Londoner Vertrages und erklärte wieder einmal, wenn Spanien die ihm gesetzte Frist verfallen lasse, ohne seinen Beitritt anzumelden, so würden sofort die anderweitigen Benennungen für die Expektativen in den italienischen Fürstentümern erfolgen.

Der Regent, in seinem Eifer, Stanhope zu gefallen, erklärte es auch für nötig, sofort einen Abgesandten nach Spanien zu schicken, um den dortigen Hof von der festen Haltung der Verbündeten zu unterrichten. Stanhope stutzte und schien Bedenken gegen die Entsendung eines Franzosen zu haben. Da schlug Orleans vor, so möge denn kein anderer als Lukas Schaub, der in diplomatischen Verhandlungen so bewanderte Privatsekretär Stanhopes dieser Abgesandte sein. Natürlich waren hiermit alle einverstanden. Am meisten erfreut war Stanhope. Wäre dies der einzige Erfolg seiner Pariser Reise, sagte er zu Pendtenriedter, so wäre er belohnt genug. So machte sich Lukas Schaub mit der Deklaration in der Hand auf den Weg nach Madrid. Stanhope aber kehrte befriedigt nach London zurück. Er hatte alles erreicht, was er wünschen konnte. Er hatte sich der Bundestreue Frankreichs versichert, und zwar, wie er meinte, nicht nur für den Augenblick. Denn gelegentlich hatte er doch auch die Warnung einfliessen lassen, dass es der Krone Englands ein Leichtes sein würde, den Franzosen beim Madrider Hof zuvorzukommen und dort Vereinbarungen gegen den französischen Handel und gegen John Laws berühmte Mississippi-Kompagnie zu treffen.

---

[1]) Beilage zu Pendtenriedters Bericht vom 22. Jan. 1720. W. St. A.

Wir können aber von der Pariser Mission Stanhopes nicht scheiden, ohne noch ein letztes Wort über den Streit zwischen Law und Stair zu sagen. Der Gesandte empfand alle jenem Manne erwiesenen Artigkeiten wie persönliche Kränkungen. Ueberhaupt war Stair der Leidtragende bei der ganzen Pariser Versöhnungsszene. Er hatte die Dinge zu schwarz gemalt, war nahe daran gewesen, durch sein zorniges Misstrauen Frankreich wirklich zu entfremden, und war nun durch einen Höheren auf den richtigen Weg gewiesen worden. Seine Stellung am französischen Hofe war damit vollends unhaltbar geworden. Stanhope hatte wenig Schonung für ihn bewiesen, er versöhnte die erzürnten Geister Frankreichs mit der offenen Ankündigung der demnächstigen Abberufung des englischen Gesandten.

Selbst Law hatte er nicht ernster genommen, als dieser Mann es verdiente. Stanhope legte zwar im Gespräche mit Pendtenriedter das treuherzige Bekenntnis ab, „dass er in dem hiesigen Finanzsystem nichts begreife, noch viel weniger in den wunderlichen Wirkungen absehen könne, worauf solche gegründet und ob selbe langen Bestand werden haben können". Er meinte auch, dass falls der Erfolg von Dauer wäre, „die Macht dieser Nation allen anderen überlegen und fürchterlich sein würde." Aber im Augenblick war er zufrieden mit der angenehmen Gewissheit, dass in der auswärtigen Politik Frankreichs nicht Law der entscheidende Mann war, sondern der England treue Herzog von Orleans.

---

Die Sendung Schaubs an den Hof von Madrid schien von einem vollen Erfolge gekrönt zu sein. Wenn es seine Aufgabe war, den formellen Anschluss Spaniens an die Quadrupel-Allianz zu bewirken, so wurde dieses Ziel überraschend schnell erreicht. Soeben haben wir noch von den „extravaganten" Forderungen gehört, die Spanien selbst nach Alberonis Entlassung noch gestellt hatte. Wir brauchen sie nur einmal zu nennen,[1]) um sofort zu empfinden, dass die Gegner über solche Dinge gar nicht verhandeln konnten. Die Franzosen,

[1]) Pendtenriedter 22. Jan. 1720. W. St. A. Vgl. Weber, Quadrupel-Allianz S. 101.

hiess es da, sollen die auf spanischem Boden noch besetzten Plätze räumen, die auf Sizilien stehenden spanischen Truppen sollen in die Heimat überführt werden, für die Kriegsschäden, insbesondere für die in der Schlacht am Kap Passaro zerstörten Schiffe wird Ersatz geleistet. Sardinien, Gibraltar und Port Mahon wird Spanien erhalten. Toskana und Parma kommen an den Sohn Elisabeths, Don Carlos, aber nicht als Reichslehen, sondern als unabhängige Herrschaften. Auch soll der Königssohn nicht erst später, sondern sofort nach Italien ziehen, um dort im Kreise seiner zukünftigen Untertanen aufzuwachsen. Ja nicht einmal auf Sizilien wird Spanien völlig Verzicht leisten; denn der künftige Heimfall nach dem Aussterben des Hauses Savoyen bleibt vorbehalten. Es waren Bedingungen, wie sie wohl ein siegreich aus dem Kriege hervorgehendes Spanien hätte aufstellen dürfen. Aber nach Unterwerfung sah das nicht aus, und die so oft gehörte Behauptung, die Mächte hätten nur gegen Alberoni Krieg geführt, schien gründlich widerlegt.

Doch gar bald, kaum eine Woche nach der Ankunft Schaubs in Madrid, ist das Bild völlig verändert. Am 26. Januar 1720 legt Philipp V. in einer von ihm selbst und dem Minister Grimaldo unterzeichneten Erklärung seinen Entschluss nieder, der Quadrupel-Allianz beizutreten. Das war wenigstens der Sinn der Urkunde. In der Form gab sie sich etwas anders. Nicht dem Londoner Vertrage vom 2. August 1718, sondern dem vorangegangenen Pariser Abkommen, das England und Frankreich am 18. Juli 1718 unterzeichnet hatten,[1]) wollte Philipp V. sich anschliessen. Er vermied es nämlich noch, in einen Bund einzutreten, dessen Mitglied Karl VI. war. Zwischen Philipp und Karl war die prinzipielle Auseinandersetzung über die spanische Erbschaft noch nicht erfolgt. Karl führte noch immer den Titel eines Königs von Spanien, ward aber von Philipp nur als der Erzherzog bezeichnet und gönnte ihm dafür seinerseits keinen andern Titel als den eines Herzogs von Anjou. Die Erklärung spricht denn auch in einer merkwürdig unbestimmten und an solcher Stelle ganz ungebräuchlichen Wendung lediglich von einem Frieden „zwischen den Höfen

[1]) Vgl. Bd. 1, S. 802–3.

von Madrid und Wien und den zur Zeit daselbst regierenden Herrschern" (*inter utramque Aulam Madritensem et Viennensem, et inter principes utriusque Dominationis modo Regnantes*).

In Gemässheit dieser Erklärung Philipps ward ferner angeordnet, dass der förmliche Beitritt Spaniens zur Quadrupel-Allianz im Haag — auf neutralem Boden, denn die Generalstaaten waren ja immer noch ausserhalb des Bundes — erfolgen solle. Das ist denn auch geschehen. Die Erklärung vom 26. Januar wurde in dem neuen Instrumente dahin erläutert, dass sie ebenso auf den Londoner Vertrag, (d. h. die sogenannte Quadrupel-Allianz) wie auf die erwähnte Pariser Konvention Anwendung finden könne. Und so vollzog denn Spanien in dem neuen Vertrage vom 17. Februar 1720 in aller Form seinen Anschluss an den Bund der drei Mächte England, Frankreich und Oesterreich. Ganz bedingungslos, „rein und voll und ohne irgend einen Vorbehalt" (*pure et plene nullaque adhibita reservatione*) tritt es dem grossen Bunde bei. Wer nur die Urkunde liest, muss den Eindruck erhalten, als sei der grosse europäische Streit nunmehr, nach 20 Jahren, endgültig begraben.

Wie ist nun aber der geschilderte Umschwung in der Haltung Spaniens, der plötzliche Uebergang von seinen „extravaganten" Forderungen zur bedingungslosen Annahme der Quadrupel-Allianz zu erklären? Gewiss nicht allein mit dem diplomatischen Geschick Lukas Schaubs und auch nicht mit jener entschlossenen Deklaration, die er von Paris mitgebracht hatte. Dieser Umschwung ist auch keineswegs auf die Drohungen der Mächte zurückzuführen, an deren Ernst Spanien gewiss nicht glaubte, sondern im Gegenteil auf die Anzeichen einer gefälligeren Haltung, die es an ihnen wahrnahm. Kurz nach Schaubs Eintreffen in Madrid kehrte auch der oben erwähnte General Seissan von seiner missglückten Sendung zurück. Wir besitzen den Brief, mit dem ihn Stanhope verabschiedete.[1]) Er enthielt zwar die runde Ablehnung aller von Seissan gemachten Vorschläge, die schon durch die Entlassung Alberonis gegenstandslos ge-

[1]) Stanhope an Seissan, 17./28. Dezember 1719. (Beilage zu Hoffmanns Bericht vom 2. Januar 1719.) W. St. A.

worden seien. Aber er gab zugleich einen Wink, wie die Politik Spaniens sich verhalten müsse, wenn es einen ehrenvollen Frieden wünsche. Seissan, hiess es hier, möge seinem Könige vorstellen, dass die verbündeten Mächte keine Vorschläge anhören könnten, ehe er nicht die Quadrupel-Allianz angenommen habe. Wenn aber dies einmal geschehen ist und der katholische König alsdann Wünsche äussern wird, die den Verpflichtungen Englands nicht zuwiderlaufen, so wird England sich gern bemühen, ihm im Laufe weiterer Verhandlungen alles mögliche Entgegenkommen zu beweisen.

In dieser vielsagenden Erklärung sind die politischen Ereignisse der folgenden Jahre schon angedeutet. Spanien war ja nicht so tief gedemütigt, dass es einen Frieden um jeden Preis hätte erbitten müssen. Der Krieg hatte ihm Enttäuschungen gebracht, nicht aber entscheidende Niederlagen. Es konnte zwar auf der Durchführung aller seiner Pläne nicht mehr bestehen. Aber auch seinen Gegnern war bei ihrem Siege nicht ganz frei ums Herz. Auch sie wollten nicht auf allen Punkten ihres Programms bestehen, sie waren zufrieden, wenn dasselbe nur grundsätzlich angenommen wurde. Dann aber wollten sie mit sich reden lassen. Spanien liess es sich gesagt sein. Schon nach seiner Annahme-Erklärung vom 26. Januar 1720 übergab der Minister Grimaldo den Mächten eine Note, in denen er eine Anzahl von Bedingungen vortrug, doch mit dem Hinzufügen, dass dieselben nicht als *conditiones sine quibus non* angesehen werden möchten. England machte seine Bemerkungen dazu, doch entschieden wurde nichts. Nun folgte der Abschluss im Haag, der ebensowenig wie die Madrider Erklärung als eine endgültige Lösung aller Fragen angesehen wurde. Vielmehr sollten dieselben nunmehr vor das Forum eines europäischen Kongresses gebracht werden. So wollten es alle Beteiligten und nur über den Ort, wo er abzuhalten sei, fehlte noch die Verständigung. Der Versuch, die grossen, seit dem spanischen Erbfolgekriege ungelösten Fragen durch die Waffen der Quadrupel-Allianz entscheiden zu lassen, ist nur halb gelungen. So sollen die Federn der Diplomaten das übrige tun. Während die Verbündeten vor der Welt als die Sieger erscheinen, werden sie den Bogen nicht überspannen, sind sie bereit, dem Gegner Vorteile zu

bieten. Er möge nur seine Forderungen anmelden. Auf die Epoche der Quadrupel-Allianz folgt das Zeitalter der Kongresse.

---

Noch ein letztes Wort haben wir an dieser Stelle über die vielerörterte Frage des Beitritts der Generalstaaten zur Quadrupel-Allianz zu sagen. Mit der Unterwerfung Spaniens schien der letzte Grund geschwunden, der die friedensseligen Holländer so lange von jenem Beitritt zurückgehalten hatte. In der Geschichtschreibung ist denn auch bis vor kurzem kühn behauptet worden, auf den Beitritt Spaniens sei derjenige Hollands unmittelbar gefolgt. Und doch entspricht es nicht den Tatsachen.

Seit jenen Junitagen 1719, wo die Generalstaaten den im Haag versammelten, des Abschlusses gewärtigen, Diplomaten der Quadrupel-Allianz die grosse Enttäuschung bereitet hatten, waren die drei Mächte zwar unausgesetzt bemüht gewesen, die vierte noch hinzuzugewinnen. Eine grundsätzliche Ablehnung war von holländischer Seite auch niemals erfolgt, aber es wurden immer andere Fragen mit der zur Verhandlung stehenden in Verbindung gebracht. Besonders spielt hier die den Spaniern zu gewährende Frist der drei Monate eine verhängnisvolle Rolle. Das Bild ist immer das gleiche: Holland darauf dringend, dass den Bourbonen die Thronfolge in Toscana und Parma offen gehalten werde, England und Frankreich, in schlecht verhüllter Missgunst gegen ihren Verbündeten, demselben Ziele zustrebend, Karl VI. in fruchtlosen Bemühungen begriffen, die unvermeidliche Entwicklung aufzuhalten. Da er die Hilfe der englischen Flotte im Mittelmeer nicht missen will und kann, so muss er es geschehen lassen, dass die Frist immer wieder verlängert wird, dass sein brennender Wunsch, über die italienischen Gebiete anderweitig verfügen zu dürfen, der Verwirklichung niemals näher kommt. Im September 1719 war die den Spaniern gesetzte Frist bereits vierfach verstrichen, und trotzdem musste der Kaiser auch einer neuen Verlängerung wieder zustimmen. So war es allen Bemühungen des Wiener Hofes doch nicht gelungen, die ihm so ärgerliche Verquickung der „Accession" der Generalstaaten mit dem Termin für die Benennung der Nachfolger in den italienischen Fürstentümern aus der Welt zu schaffen.

Die Generalstaaten verstanden es, die ihnen wenig dringliche Angelegenheit hinauszuschieben und dem Kriege fernzubleiben. Die von ihnen im Falle ihrer Teilnahme am Kampfe geforderten Leistungen waren freilich klein genug, sie sollten nur 3000 Mann betragen. Das Opfer, das sie zu bringen hatten, lag vielmehr in der Unterbrechung ihres Handels mit Spanien. Dubois machte einmal den gutgemeinten Vorschlag man solle ihnen das letztere erlassen, wenn sie nur in den Kampf eintreten wollten. Das ward von englischer Seite höhnisch abgewiesen mit der Bemerkung: ihre Kriegserklärung hat für uns nicht den geringsten Wert, wenn sie nicht das Verbot des Handels einschliesst.[1])

Die Haltung der Holländer ward erst entgegenkommender, als Alberoni gestürzt war und der Krieg seinem Ende entgegenging. *À la veille de la paix*, sagte man,[2]) fügen sich die Generalstaaten den Wünschen der Mächte. Und dennoch entschlüpften sie auch jetzt wieder, und zum letzten Male, allen Versuchen sie für die Quadrupel-Allianz zu gewinnen. Schon begann das Interesse der drei Mächte an der Sache zu schwinden. Karl VI. wünschte den Beitritt der Generalstaaten wesentlich nur noch aus dem Grunde, um ihnen nicht als Vermittler auf dem kommenden Kongresse begegnen zu müssen. Bei der letzten, im Frühjahr 1720 geführten, Verhandlung ward durch eine Minorität in den Generalstaaten der Beschluss des Beitritts endgültig vereitelt. Und da Spanien inzwischen die Quadrupel-Allianz angenommen hatte, diese selbst aber den Ausgangspunkt für neue Verhandlungen bilden sollte, so konnte man leichten Herzens darauf verzichten, die Holländer noch zu einem Schritte zu drängen, dem man nach dem Gange der Ereignisse kaum mehr eine praktische Bedeutung beimass. Es ist aber leicht zu verstehen, dass dieser Verlauf der Angelegenheit die Beziehungen der Generalstaaten zu den Mächten ungünstig beeinflusste. Zwischen Oesterreich und Holland bestand schon nach den vielen Streitigkeiten über die Barriere kein freundliches Verhältnis mehr. Nun ward es durch die Weigerung der Beitrittserklärung noch weiter verschärft, um dann durch den Streit um die Kompagnie von

[1]) Schaub an St. Saphorin. Hannover 24. Juli 1719. H. A.
[2]) Vgl. Srbik, Oesterr. Staatsverträge. Niederlande I, 594.

Ostende, der bald die politische und die Handelswelt in Aufregung versetzte, vollends verbittert zu werden. Noch bemerkenswerter erscheint es, dass auch bei den Regierungen von England und Frankreich der Groll über die ihnen von Holland bereitete Enttäuschung noch lange fortlebte. Noch nach vier Jahren meinten englische Diplomaten[1]) zu bemerken, dass bei Frankreich die Misstimmung gegen die Generalstaaten nicht geschwunden sei, weil diese seiner Zeit trotz allem Drängen von England und Frankreich sich geweigert hätten, in die Quadrupel-Allianz einzutreten.

Es kann kein Zweifel mehr darüber sein: die Republik der Vereinigten Niederlande, deren Name durch die ganze Urkunde der Quadrupel-Allianz, von ihren Eingangsworten bis zu den geheimen und separaten Artikeln, als derjenige eines der vertragschliessenden Teile mitgeführt worden war, sie hat an diesem Vertrage überhaupt niemals teilgenommen.[2]) Auf diesen in der Geschichte der Quadrupel-Allianz fast 200 Jahre lang fortgeführten Irrtum mag darum an dieser Stelle noch ausdrücklich hingewiesen werden. Umso wunderlicher erscheint aber der Irrtum, als man zwar an den irgend einmal erfolgten Beitritt der Generalstaaten fest geglaubt hat, während doch niemand zu sagen wusste, wann eigentlich dieser Beitritt erfolgt sei.[3])

[1]) Polwarth und Whitworth an Newcastle, Cambrai, 11. Mai 1724. R. O. *But besides this particular view there seems to us to be some remains of discontent against the States General for their refusing to come into the Quadrupel-Alliance, when they were so earnestliy sollicited by His Majesty and the Court of France.*

[2]) Der wahre Tatbestand ergibt sich schon mit aller wünschenswerten Deutlichkeit aus der Darlegung von H. v. Srbik, Oesterr. Staatsverträge. Niederlande I (1912) 574 ff. So wollen denn die obigen Ausführungen, zum Teil auf denen Srbiks fussend, zugleich als Bestätigung und Ergänzung derselben verstanden werden. Vgl. jetzt auch die Bemerkung bei Goslinga, Slingelandt's Efforts towards European Peace. 1915. 41'.

[3]) Die älteren, den Ereignissen am nächsten stehenden Schriftsteller, gleiten gewöhnlich über die Frage hinweg mit der einfachen Bemerkung, dass der Vertrag mit der Erwartung des späteren Beitritts der Generalstaaten geschlossen und als Quadrupel-Allianz bezeichnet worden sei. So z. B. die Mémoires du Regne de George I. 3 (1729), 89. Bei Wagenaar 18 (1782), 212 liest man von Verhandlungen im Jahre 1719, bei denen die Annahme des Vertrages durch die Holländer schliesslich verschoben wird. Dass aber diese Annahme niemals erfolgt ist, sagt der Autor nicht. Die unrichtige Behauptung von der

Hier halten wir inne, da wir an einem Wendepunkt der diplomatischen Geschichte angelangt sind. Nur eine einzelne Frage, um die sogleich, und vor jeglicher Kongressverhandlung, heftig gestritten wurde, darf uns zuvor noch etwas ausführlicher beschäftigen: die Frage des englischen Verzichts auf Gibraltar.

---

Man darf sich die Gründung des britischen Weltreiches bei aller Grösse der historischen Erscheinung doch nicht wie eine systematisch und mit Vorbedacht unternommene Handlung vorstellen. Von Stufe zu Stufe sind gewöhnlich nur praktische Entschlüsse mit naheliegenden Zielen gefasst worden. Dann hat eines sich an das andere gereiht, bis man eines Tages die grosse Gesamtwirkung entdeckte und sah, dass die aufeinander geschichteten Steinchen sich zu einem Gebäude von geschlossener Einheitlichkeit zusammengefügt hatten. Die grossen Erfolge sind also nicht immer das Ergebnis weitausschauender Pläne gewesen, oft haben sie sich ungesucht, überraschend eingestellt. In einem Anfall von Geistesabwesenheit, sagt Seeley halb scherzend, hat England sein Weltreich gegründet.

So geht es auch mit Gibraltar. Wir können es heute kaum mehr fassen, dass ein grosser Staatsmann wie Stanhope, ja dass ein paar Generationen englischer Politiker immer wieder bereit gewesen wären, diese unvergleichliche strategische Position aufzugeben und sie etwa für irgend ein Aequivalent

erfolgten Annahme ist gleichwohl schon älter. Denn sie tritt schon vor der Mitte des 18. Jahrhunderts auf. Als Quelle derselben wird man vielleicht die Darstellung bei Tindal Continuation V (1747), 565 N. ansehen dürfen, wo mit voller Bestimmtheit der 22. Dezember 1718 als der Tag des Beitritts genannt wird. An diesem Tage schlossen die Generalstaaten allerdings mit dem Kaiser und England einen Vertrag, aber dieser betraf, wie wir wissen, nur die Exekution des Barriere-Vertrages. Die an ihn geknüpfte Erwartung, dass die Annahme der Quadrupel-Allianz folgen werde, blieb unerfüllt. Diese beiden Dinge sind hier und fortan häufiger verwechselt worden. Die Historiker lassen seitdem ziemlich regelmässig die Generalstaaten der Quadrupel-Allianz wirklich beitreten, sei es, dass sie (z. B. Leadam, History of England 1702—1760 [1909], 280) das Ereignis ausdrücklich in den Dezember 1718 verlegen, sei es, dass sie einen späteren Termin dafür zu nennen wissen.

in fernen Zonen oder für blosse Handelsvorteile den Spaniern zu überlassen.

Die Gibraltar-Frage ist freilich nur ein Ausschnitt aus dem grösseren Thema der englischen Mittelmeer-Politik. Von einer solchen kann aber erst seit der Mitte des 17. Jahrhunderts die Rede sein, d. h. seitdem Admiral Blake auf der Verfolgung der royalistischen Flotte unter Prinz Rupert die Strasse von Gibraltar durchfahren hatte. Cromwell hatte die damit gewonnene Stellung im Mittelmeere fest behauptet. Er hat auch daran gedacht, sie durch die Erwerbung eines wichtigen Stützpunktes dauernd zu sichern. Denn der Protektor ist unter allen englischen Staatsmännern der erste, der auch die Erwerbung Gibraltars ins Auge gefasst hat. Doch seine Flottenführer hielten den Plan für undurchführbar und so ward er vorläufig aufgegeben.[1]) Die Folge solcher Entsagung bestand aber darin, dass die ins Mittelmeer gesandten englischen Flotten, jedes Stützpunktes daselbst entbehrend, sich vor Beginn des Winters nach Lissabon, der Hauptstadt des befreundeten Königreichs Portugal, zurückzuziehen pflegten.

Das wurde anders, als Tanger englisch ward. An der Südküste der Meerenge gelegen, wie ein letzter trümmerhafter Rest des früher ansehnlichen Besitzes, den die Portugiesen in Nordafrika gehabt, drohte auch dieser strategisch wichtige Platz ihren schwachen Händen zu entgleiten. Statt es aber den Mauren zu überlassen, entschlossen sich die Portugiesen, Tanger und das ferne Bombay, zusammen mit der Hand ihrer Infantin, dem englischen Könige Karl II. anzutragen. Mit solcher Morgengabe eröffnete diese portugiesische Heirat die glänzendsten Aussichten für die ganze kommerzielle Zukunft Englands. Tanger konnte den englischen Seefahrern ein ebenso vortrefflicher Stützpunkt für die Umschiffung Afrikas werden, wie ein fester Halt für den Levantehandel und die Kriegsflotten im Mittelmeer. Und so wollte der König es auch verstanden wissen. Ein künftiges britisches Reich in Nordafrika, ein anderes in Indien und dazu die Herrschaft im Mittelmeer, so klang es in den offiziellen Schriftstücken. „Es

[1]) Vgl. Michael, Cromwell 2, 137 ff.; Corbett, England in the Mediterranean 1603—1713. 1, 323 ff., 333.

gehörte schon ein gutes Teil Verwegenheit dazu", sagt Bischof Burnet, „wenn jemand es gewagt hätte, das alles nicht völlig ernst zu nehmen." [1])

Aber man kennt ja Karl II. Er war nicht wie Cromwell, der selbst eine von ihm nur mässig geschätzte Erwerbung, wie Jamaika, da er sie einmal besass, nicht mehr fahren liess. Der Stuartkönig wich immer zurück, sobald die Schwierigkeiten sich hoch auftürmten. Tanger wurde über zwanzig Jahre lang gehalten und viel Geld aufgewendet für die Herstellung des Hafendammes, der Reede und der Befestigungen auf der Landseite. Dennoch war der Platz gegen die immer wiederholten Angriffe der Mauren schwer zu halten. Die Notwendigkeit, mit neuen grossen Forderungen für Tanger an das Parlament heranzutreten, stellte sich gerade um die Zeit ein, als man heftig und geräuschvoll um das Thronfolgerecht des Herzogs von York stritt und von so fernliegenden Dingen nichts hören wollte. So ward 1684 die Räumung Tangers beschlossen, und es erschien noch als eine halbwegs glückliche Lösung, dass diese wichtige Position nicht, wie ehedem Dünkirchen, den Franzosen ausgeliefert, sondern nur den Mauren überlassen wurde.

Erst mit dem Streit um die spanische Erbschaft wird die Frage der Herrschaft über das Mittelmeer brennend. Wilhelm III. fasst nicht so sehr die Erwerbung Gibraltars, auf die man ihn hinwies, in's Auge als vielmehr diejenige Minorkas als einer für die Engländer wertvollen Position.[2]) Der Erfolg des Krieges gab ihnen beides. 1704 ward zunächst Gibraltar genommen und behauptet. Damit war für den Handel ein Stützpunkt gewonnen, der so wertvoll wie das preisgegebene Tanger werden konnte. Die Kaufleute frohlockten, aber die Strategen waren nicht zufrieden. Ein Platz, an dem nur ein Kreuzer-Geschwader Schutz finden konnte, schien ihnen nicht genügend. Man brauche einen geräumigen Hafen, in dem eine Flotte auch über Winter bleiben könne. So richteten sich die Blicke auf Port Mahon, den Hafen Minorkas. Marlborough selbst drängte auf die Eroberung, James Stanhope hat sie 1708 vollführt. Er hat den damit gewonnenen Ruhm

[1]) Vgl. Corbett, a. a. O. 2, 17.
[2]) Corbett a. a. O. 2, 190—1.

so hoch geschätzt, dass noch bei seiner Erhebung zum Peer im Jahre 1717 auch der Name *Mahon,* den seine Nachkommen noch heute führen, in seinem neuen Adelstitel nicht fehlen durfte. Marlborough begrüsste das Ereignis als die endlich gefundene Lösung der Frage des Winter-Geschwaders im Mittelmeer. Stanhope selbst aber liess sogleich keinen Zweifel darüber, dass er diese Eroberung nicht für den verbündeten Habsburger, sondern für sein eigenes Vaterland gemacht haben wollte. „Niemals," erklärte er,[1]) „darf England diese Insel aufgeben, deren Besitz ihm die Herrschaft über das Mittelmeer in Krieg und Frieden verleiht." Und sogleich liess er die unter seinem Befehl stehenden spanischen und portugiesischen Truppen nach Barcelona zurückkehren und behielt nur die englischen zurück.

Es mag kühn erscheinen, heute noch die entscheidenden strategischen und politischen Gesichtspunkte einer weit zurückliegenden Kriegskunst gegeneinander abwägen zu wollen. Aber wenn ich nicht irre, lag die Sache so. Minorka ward höher geschätzt als Gibraltar, weil in dem sicheren Port Mahon die englische Macht gleichsam vor einem der Hauptportale des staatlichen Gebäudes von Frankreich aufgepflanzt war, jeden Augenblick bereit, den von Toulon ausfahrenden französischen Geschwadern in die Flanke zu fallen, und nicht nur die Verbindung über See mit Italien, sondern den ganzen, ungeheuer wertvollen französischen Levantehandel zu bedrohen. Mit Gibraltar allein war es also nicht getan. Gibraltar beherrschte wohl die Einfahrt in das Mittelmeerbecken, aber darin lag für Frankreich, den Hauptfeind Englands, noch keine Bedrohung, denn Frankreich lag selbst am Mittelmeer und brauchte nicht die Durchfahrt durch die Säulen des Herkules, um dahin zu gelangen. Das war aber Englands Fall. Dass ihm keine andere Macht die Einfahrt versperre, dazu konnte Gibraltar ihm dienen. In diesem defensiven, vorbeugenden Charakter lag der Wert seines Besitzes, und und er war doppelt wichtig in einer Zeit, da die Gefahr einer Vereinigung oder doch einer engen Verbindung der Kronen von Frankreich und Spanien die ganze übrige europäische

[1]) Vgl. D. N. B Art. Stanhope p. 15.

Welt in Schrecken setzte. Spanien allein würde ja so wenig wie früher ein Interesse daran haben, die nordischen Seefahrer vom Mittelmeer auszuschliessen. Aber Frankreich! War es nicht mit seinem Levantehandel der schärfste Konkurrent des durch die Strasse von Gibraltar einströmenden englischen und holländischen Handels? Diese dringende Gefahr wäre freilich auch in dem Augenblick vorüber gewesen, wo die Pyrenäen wieder wie vordem zwei völlig getrennte Staaten voneinander schieden. So muss es gekommen sein, dass in England manche Leute, wie z. B. Wilhelm III., geneigt waren, dem Besitze Gibraltars nur eine temporäre, dem Minorkas aber eine bleibende Bedeutung zuzuerkennen, und darum das letztere mit seiner starken offensiven Position auch so viel begehrenswerter zu finden.

Am besten natürlich, wenn man beide Plätze behielt, und das war die Meinung der englischen Politiker, die den Utrechter Frieden zu schliessen hatten. Den Franzosen war sehr unheimlich dabei zu Mute. „Herr Prior", sagte der Minister Torcy 1711 zum englischen Gesandten,[1]) „Sie fordern nicht weniger als die Herrschaft über das Mittelmeer und über Spanien". Prior antwortete kühl, ohne Gibraltar und Port Mahon wäre der britische Handel im Mittelmeer nicht genügend gesichert. England müsse diese Plätze ebenso dringend für sich fordern, wie Spanien für König Philipp gefordert werde. Und da dieser Anspruch gegen Frankreich durchzusetzen war, so wurde auch das Begehren der Holländer, gemeinsam mit England die Besatzungstruppen für Gibraltar und Port Mahon zu liefern, kühl abgelehnt. Der englische Gesandte beantwortete diese Forderung der Holländer mit der ironischen Gegenfrage, ob sie etwa bereit wären, auch die belgischen Barrierefestungen mit solchen gemischten Garnisonen besetzen zu lassen.[2]) So gab der Utrechter Friede den Engländern jene starke Mittelmeerstellung, deren Eckpfeiler Gibraltar und Port Mahon waren. Und nun traf es sich, dass die Spanier gerade den Verlust desjenigen Platzes am schmerzlichsten empfanden, an dem den Engländern am wenigsten gelegen schien. Von Minorka war vor der Hand

[1]) Portland Mss. 5, 35. 37.

[2]) Ebd. 48.

nicht mehr viel die Rede. Doch Gibraltar in englischen Händen, so pflegte Philipp V. zu sagen, sei wie ein Dorn in der Seite Spaniens.

---

Die französischen Memoirenwerke aus dieser Zeit, Saint-Simon und, ihm folgend, auch Duclos und Marmontel,[1]) sind es, die für die Absicht Englands, auf Gibraltar zu verzichten, den frühesten Termin, nämlich das Jahr 1716, mitzuteilen wissen. Sie bringen die Sache mit der stark vom Geheimnis umhüllten Sendung eines Marquis Louville nach Spanien in Verbindung. Dieser Mann, sagen sie, der ehedem als Vertrauter Philipps V. von grossem Einfluss in Madrid gewesen war, wurde vom Regenten neuerlich dahin entsandt. Es geschah im Einvernehmen mit Georg I. Von Louvilles Auftrage darf aber niemand, nicht der englische, nicht der französische Gesandte in Madrid, und am wenigsten die Königin Elisabeth oder Alberoni, ein Sterbenswörtlein erfahren. Nur dem Könige in Person soll Louville den Zweck seiner Sendung vertraulich eröffnen. Und dieser ist kein anderer, als die Ueberlassung Gibraltars an Spanien. Heimlich muss es betrieben werden, die Welt, und das heisst in diesem Falle wohl besonders die Welt des englischen Parlaments und seiner Parteien, soll erst die vollzogene Tatsache erfahren. Dem Gouverneur von Gibraltar wird eines Tages ein schriftlicher Befehl seines Königs zugestellt werden, dass er die Festung augenblicklich dem Könige von Spanien zu überliefern, sich selbst aber mit seiner Garnison nach Tanger zurückzuziehen habe. Warum freilich nach Tanger, der von England längst aufgegebenen Besitzung an der afrikanischen Küste, und nicht lieber nach dem britischen Minorka, ist nicht recht einzusehen, oder soll man an eine Wiederbesetzung Tangers durch England denken? Genug, die Sache würde im Handumdrehen geschehen sein, die Felsenfestung wäre, ehe jemand etwas davon ahnte, für Spanien zurückgewonnen.

Aber, so fahren unsere Memoirenschreiber fort, die Absicht ward nicht erreicht. Alberoni setzte es durch, dass

[1]) Ueber die Abhängigkeit dieser beiden von Saint-Simon vgl. Lemontey, Histoire de la Régence I, 9—11.

Louville von König Philipp überhaupt nicht empfangen, dass er vielmehr gezwungen wurde, den Boden Spaniens zu verlassen, ohne seinen Auftrag angebracht zu haben. Die wunderbare, ja, die einzige Gelegenheit ward versäumt. Das Misstrauen Alberonis kostete Spanien Gibraltar.

Die ganze Erzählung ist von der Geschichtschreibung des 19. Jahrhunderts in das Reich der Fabel verwiesen worden. Nicht als ob die Sendung Louvilles erfunden wäre. Er war in der Tat in Madrid, und wir sind heute über die Vorgänge auch aktenmässig unterrichtet.[1]) Wir wissen jetzt, dass es sich um eine der vielen Intrigen zur Beseitigung des italienischen Einflusses am spanischen Hofe gehandelt hat, und vergessen dabei nicht, dass Elisabeth Farnese und Alberoni das gleiche Interesse hatten, derartige Versuche zu vereiteln. Wenn nun also der Hauptzweck der Sendung Louvilles offenbar ein anderer war, als der in den Memoiren genannte, und wenn auch in den Akten über seine Gesandtschaft, ebenso wie in den Briefen Alberonis, der Name Gibraltar nicht ein einziges Mal erwähnt sein sollte, so glaube ich doch nicht, dass die mitgeteilten Dinge völlig aus der Luft gegriffen sind. Die Erzählungen Saint-Simons bedürfen zwar immer der Kritik. Aber eine lange Geschichte frei zu erfinden, ist doch nicht seine Art. In diesem Falle will er auch selbst sowohl mit dem Regenten, wie mit Louville über die Sache geredet haben. Wir hören ferner, dass die offiziellen Berichte Louvilles von dem eigentlichen Zweck seiner Mission nicht reden sollten, dass dieser vielmehr nur in geheimen Depeschen zu behandeln war, die durch einen unbedeutenden Mittelsmann an den Regenten gelangen sollten. So ist denn aus dem Schweigen der Akten über die Gibraltar Frage eine zwingende Folgerung nicht zu ziehen. Da wir gleich erfahren werden, dass die englische Regierung kurze Zeit nachher sich wirklich mit der Absicht getragen hat, Gibraltar abzutreten, so mag auch in den Erzählungen, die eine solche Absicht schon in das Jahr 1716 verlegen, wohl ein echter Kern stecken.[2])

---

[1]) Besonders durch die Werke von Baudrillart, Philippe V. et la Cour de France II 228 ff., Bourgeois, Le secret des Farnèse 216 ff.

[2]) Coxe, Kings of Spain II (1815) 329 nennt die Erzählung schon aus dem Grunde bedenklich, weil zur Zeit der Mission Louvilles die starke An-

Und dafür haben wir noch einen besonderen Grund. Wir besitzen gerade aus diesem Jahre ein ganz unverfängliches Zeugnis dafür, dass solche Ideen in politischen Kreisen Englands schon erörtert wurden. Merkwürdig ist die Anschauung, die dabei zu Tage tritt. Der Besitz von Minorka und Gibraltar, heisst es in einem Berichte des preussischen Residenten,[1]) werde als sehr lästig empfunden. Die Kosten der Garnisonen belaufen sich auf mehr als 89000 £, wobei die Ausgaben für die alljährlich dahin zu entsendenden Schiffe noch nicht einmal mitberechnet sind. Im Interesse des Handels lässt man sich diese Ausgabe gefallen. Sollte man aber eines Tages von der Furcht vor einer Union zwischen Frankreich und Spanien befreit sein, die zur Schliessung der Strasse von Gibraltar und zur Vernichtung des englischen Mittelmeerhandels führen könnte, so wird man diese Plätze gern den Spaniern überlassen, wenn auch nur für entsprechende Handelsvorteile. Das würde eine sehr populäre Sache sein und auch der Krone grossen Gewinn bringen.

Hier finden wir die Bewertung Gibraltars auf eine für die heutige Generation höchst überraschende Formel gebracht. Es ist die schon mitgeteilte Auffassung, die wir nunmehr an der Hand dieses preussischen Aktenstückes noch einmal, wie folgt, umschreiben: Man hat die Festung genommen zu einer Zeit, als mit der Möglichkeit einer Union von Frankreich und Spanien gerechnet werden musste. Damit war aber auch die Gefahr einer Sperrung der Strasse von Gibraltar, d. h. der Vernichtung des englischen Mittelmeerhandels verbunden.

---

näherung zwischen England und Frankreich noch gar nicht bestanden habe. Aus den Akten ergibt sich jetzt aber, dass die Bündnisverhandlungen längst im Gange waren. Vgl. den Brief Stanhopes an Stair vom 16. April 1716. R. O. (teilweise abgedruckt bei Graham Annals of Stair I 397). In seiner Antwort vom 2. Mai 1716 (R. O. France 349) berichtet Stair, dass Pendtenriedter über die englisch-französischen Verhandlungen schon in grosser Aufregung sei. (Vgl. auch Bd. 1 S. 451 ff.). Der Regent, um seine Stellung zu verbessern, suchte damals auf der einen Seite die Freundschaft Englands, auf der andern (Mission Louvilles), diejenige Spaniens. Nicht unmöglich also und welch ein günstiger Umstand für seine Absichten, wenn er nun mit dem Angebot der Abtretung Gibraltars vor Philipp V. treten konnte.

[1]) Bonet $\frac{29.\ \text{September}}{9.\ \text{Oktober}}$ 1716. G. St. A. Der Wortlaut ist im Anhang Nr. 4 mitgeteilt.

Frankreich mit seinen wertvollen Levantehandel wäre dann in der Lage gewesen, die Konkurrenz Englands ganz auszuschliessen. Spanien hingegen hat ein derartiges Interesse nicht. Ist also erst die Gefahr einer solchen Union einmal vorüber — man hält sie offenbar auch nach dem Utrechter Frieden noch nicht für völlig beseitigt — so braucht England auch die kostspielige Besetzung Gibraltars nicht mehr aufrecht zu erhalten. Denn diese Besetzung hatte einen mehr defensiven als offensiven Charakter. Sie war mehr dazu bestimmt, die Sperrung der Meerenge durch eine andere Macht zu hindern, als sich selbst die Möglichkeit einer solchen Sperrung zu verschaffen. Gegenüber dem bedeutendsten Konkurrenten im Mittelmeer hätte das ohnehin keinen Zweck gehabt, denn Frankreich hatte seine südfranzösischen Häfen und brauchte nicht die Durchfahrt durch die Strasse von Gibraltar.

Genug, die Neigung gewisser Regierungskreise, Gibraltar abzutreten, ist im Jahre 1716 unzweifelhaft vorhanden gewesen, und ich möchte darum die Ueberlieferung, welche auch die Mission Louvilles damit in Verbindung bringt, nicht einfach verwerfen. Allmählich verdichtet sich nun aber der Gedanke zu einem ernsthaften Vorschlage. Irre ich nicht, so ist Stanhope selbst der eigentliche Urheber desselben gewesen. Es heisst zwar, so oft davon die Rede ist, immer nur, Georg I. habe die Anregung gegeben, ganz persönlich, *„de son pur mouvement“*.[1]) Aber wir wissen, dass der König in solchen Dingen die Meinung Stanhopes, des Leiters seiner auswärtigen Politik, zu seiner eigenen zu machen pflegte. Und bei Stanhope ist wohl eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber Gibraltar zu bemerken. Man ist versucht, sie mit der Tatsache zu erklären, dass Stanhope, der Eroberer der Insel Minorka, nicht ohne persönlichen Stolz auf diesen englischen Besitz blickte und ihn als Stützpunkt im Mittelmeer höher einschätzte, als das auf dem Festlande gelegene Gibraltar. Als er daher im Laufe seiner zur Quadrupel-Allianz führenden Verhandlung so sehr bemüht war, auch Spanien für seinen Plan zu gewinnen, da war er bald bereit, wenn nur der Zweck damit erreicht würde, Gibraltar zu opfern. So geschah es denn in

[1]) Graham, Annals of Stair II 415.

den letzten Monaten des Jahres 1717, als Dubois nach London kam, dass Stanhope ihm inbezug auf Gibraltar erklärte, er riskiere zwar seinen Kopf, wenn er die Abtretung mache. Sollte aber die ganze Verhandlung damit zum erwünschten Abschluss gelangen, so würde er es dennoch versuchen und er zweifle nicht am Erfolge. Diese Aeusserung war freilich streng vertraulich und Dubois sollte sie niemandem, auch nicht einmal dem Regenten mitteilen (was er übrigens sofort tat), aber man behielt nun in Frankreich wie in England den Plan im Auge. Im Stil eines offenen Geheimnisses wird die Sache auch ferner betrieben. Als einmal der französische Gesandte in Madrid um eine Instruktion bittet, die ihn endlich ermächtige, die Abtretung Gibraltars formell anzubieten, macht ihm Dubois klar, dass von der Ausstellung eines solchen Aktenstückes, dem doch irgend eine offizielle Erklärung von englischer Seite vorangegangen sein müsste, gar keine Rede sein könne.[1]) Und so geht es fort. Man flüstert es sich zu, England ist bereit, Gibraltar abzutreten, wenn Spanien auf Stanhopes Pläne eingeht, aber man redet nicht offiziell darüber. Die Regierungen von Grossbritannien, Frankreich und Spanien wissen genau um die Sache, aber man macht sie nie zum Gegenstande förmlicher Verhandlungen, und die Akten sind in diesem Falle merkwürdig schweigsam.

Unterdessen geht Stanhopes grosses Werk, die Quadrupel-Allianz, seiner Vollendung entgegen. Eine wichtige Entscheidung folgt der andern. Am 2. August (n. St.) 1718 war in London die berühmte Urkunde unterzeichnet, am 11. die spanische Flotte am Kap Passaro geschlagen worden, womit aber, wie wir uns erinnern, der erklärte Kriegszustand noch nicht einmal eingetreten war. Noch hofften die Verbündeten, durch friedliche Verhandlungen auch Spanien für ihren Plan zu gewinnen. In eigener Person begab sich Stanhope nach Madrid; es war jene Reise, bei der Georg I. und die Minister in London für sein Leben zitterten und wünschten, es möchten ihm an der spanischen Grenze die Pässe zur Weiterreise ver-

[1]) Vgl. die bei Lemontey, Histoire de la Régence II 395 mitgeteilten Briefe.

weigert werden. Stanhope erschien am spanischen Hofe, das letzte ward versucht, aber seine Ueberredungskunst war bei Alberoni und Philipp V. umsonst aufgewendet. Alle diese Dinge sind dem Leser bekannt und wir bringen sie auch nur in Erinnerung, um nun zu hören, ob denn wohl damals auch die Gibraltar-Frage erörtert worden, ob der spanischen Regierung die Abtretung nun wohl allen Ernstes angeboten worden sei.

Was wir erfahren, ist das folgende. Der Staatssekretär Craggs sandte dem auf der Reise nach Spanien befindlichen Minister ein Schreiben nach,[1]) mit der freundlich kollegialen Mahnung, wenn er sich von der wahren Gesinnung des spanischen Hofes und insbesondere von der „jenes wilden, verwegenen Menschen" überzeugt haben werde und falls er alsdann nicht auf eine rasche Verständigung hoffen könne, so möge er doch schleunigst zurückkehren, denn das sei er der Ehre des Königs und seiner eigenen Würde schuldig. Am Schlusse ist aber noch von einem Briefe die Rede, den Stanhope aus Paris an Sunderland gerichtet hat. Der König, sagt Craggs, billige den darin ausgesprochenen Vorschlag Stanhopes inbezug auf Gibraltar. „Wenn Ew. Exzellenz finden sollte, dass dieser alles zu glücklichem Ende und Abschluss bringe, so sind Sie hierdurch ermächtigt, das Anerbieten zu machen, sobald es Ihnen richtig erscheint."[2]) Hat Stanhope nun von dieser Erlaubnis Gebrauch gemacht? In seinen Briefen, die so ausführlich von stundenlangen Unterredungen mit Alberoni, von seinen Empfängen beim Königspaar erzählen, steht zwar von Gibraltar kein Wort, und auch der angedeutete Fall, dass Stanhope hoffen konnte, mit diesem Angebot alles gewonnen zu haben, ist gewiss nicht eingetreten. Aber er scheint es dennoch gemacht zu haben. In der nach einigen Monaten erfolgenden Kriegserklärung Frankreichs an Spanien, die in der Form eines umfangreichen Manifestes alle Vorteile aufzählte, die Spanien geboten worden seien, heisst es im 8. Artikel ausdrücklich, Frankreich habe sich auch verpflichtet, dem Könige von Spanien die Restitution

[1]) Craggs an Stanhope 17. Juli (n. St.) 1718. R. O.

[2]) Nur diese Stelle des Schreibens ist abgedruckt bei Mahon (Tauchnitz) II 361.

Gibraltars zu verschaffen.[1]) Das durfte in so feierlicher Sprache doch nicht gesagt werden, wenn nicht ein von England gemachtes Angebot vorangegangen war, zu dessen Erfüllung sich hier Frankreich verpflichtete. Ich glaube, dass Stanhope in der Tat den Spaniern Gibraltar geboten hat. Aber Spanien lehnte ab, und dann kam der Krieg.

Schon der Gedanke einer solchen Abtretung musste aber, wenn er in die Oeffentlichkeit drang, alarmierend wirken. Ob es weise gehandelt war oder nicht, spielte dabei eine geringere Rolle als der Umstand, dass die Entscheidung allein in der Hand des Königs lag. Denn dass eine Gebietsabtretung schlechthin zum Recht der Prärogative gehörte, war im 18. Jahrhundert niemandem zweifelhaft. Erregte ein solcher durch den Souverän selbst dem Staate auferlegter Verlust den Zorn des Volkes, so konnte das zwar einem Minister das Leben kosten. Aber an der Rechtmässigkeit des Geschehenen hätte das nichts geändert.[2]) Der nervöse Eifer, den man in dieser Sache beim englischen Publikum und beim Parlamente wahrnimmt, entsprang wohl zumeist dem Gefühl des Unbehagens darüber, dass der König, und noch dazu ein aus der Fremde gekommener König, in der Lage sei, eine so wichtige Entscheidung allein zu treffen und dass, wenn es ihm so gefiele, alsdann auch das sonst überall mitredende Parlament ohnmächtig daneben stehen müsste.

Natürlich war schon jener Artikel des französischen Kriegsmanifestes, in dem der Herzog von Orleans so grossmütig über fremdes Gut verfügt, im englischen Publikum nicht unbemerkt geblieben, und Craggs hatte dem französischen Geschäftsträger sofort erklärt, das werde eine unangenehme Szene im Unterhause zur Folge haben. So geschah es wirklich. Denn wie hätte die jede Blösse der Regierung erspähende Opposition sich dergleichen entgehen lassen? Zwar brachte nicht Walpole selbst die Sache zur Sprache, denn er vermied es gern, dem Könige persönlich zu nahe zu treten. Aber einer aus seiner Gefolgschaft, Fuller mit Namen, war es, der

---

[1]) *Enfin, le Roi s'est engagé d'obtenir pour le Roi d'Espagne la restitution de Gibraltar*, bei Dumont VIII. II. 6.

[2]) Ueber den Wandel der Anschauung vgl. Anson, Law and Custom of the Constitution II. II. 3d ed. 103 f.

eines Tages ankündigte, er werde dem Hause ein Libell vorlegen, genannt: das Manifest über die Ursachen des Bruches zwischen Frankreich und Spanien, worin ein fremder Privatmann über das Eigentum der Krone von England verfüge, indem er sich anheischig mache, dem Könige von Spanien Gibraltar zu verschaffen. Aber der Redner fand kein Echo, die Kammer blieb stumm, „in tiefem Schweigen", wie man in solchen Fällen zu sagen pflegte. Von den zehn oder zwölf Genossen, auf deren Unterstützung Fuller gezählt hatte, tat keiner den Mund auf. Robert Walpole aber, der eigentliche Anstifter, hatte sein *enfant perdu* ganz im Stiche gelassen, denn er war in der Sitzung überhaupt nicht erschienen. So ging das Haus über den Vorfall zur Tagesordnung über.[1])

Der Zeitpunkt war schlecht gewählt. Eine Erörterung über die mögliche Abtretung Gibraltars hätte damals nur akademischer Art sein können, denn praktisch konnte die Frage erst wieder werden, wenn die Entscheidung im Kriege gefallen war. Als aber die militärischen Ereignisse ihren für die Verbündeten günstigen Verlauf genommen hatten, als Alberoni gestürzt war und Spaniens Anschluss an die Quadrupel-Allianz bevorstand, da tauchte auch die Gibraltar-Frage plötzlich wieder auf. Es war der Moment, als England und Frankreich um die Wette bemüht erschienen, durch eine Sonderverhandlung Spanien auf ihre Seite zu ziehen. Stair erklärte, wenn Frankreich so etwas beabsichtigen würde, so könne England ihm jederzeit zuvorkommen, denn es brauche den Spaniern nur Gibraltar anzubieten.[2]) Dann erfolgte im Januar 1720 Lord Stanhopes Reise nach Paris, wo die Eintracht zwischen den Verbündeten glücklich wiederhergestellt wurde. Auch von Gibraltar ist dabei die Rede gewesen, aber eine klare Aussprache hat nicht stattgefunden. Denn bald nachher, als die Frage akut wurde, stritt man darüber, ob der Lord in Paris die Abtretung eigentlich versprochen habe oder nicht. Der Herzog von Orleans und Dubois, Stair und Pendtenriedter, alle hatten seine Worte vernommen, aber jeder hatte es anders gehört. Stanhope selbst leugnete entschieden und sagte,

[1]) Der Vorfall ist noch unbekannt. Ich kenne ihn aus einem Briefe von Destouches an Dubois, London, 1. Februar 1719. Aff. étr. Vgl. Anhang Nr. 5.

[2]) Bericht Pendtenriedters, Paris, 8. Jan. 1720. W. St. A.

es habe sich überhaupt nicht um Gibraltar gehandelt.[1]) Pendtenriedter schrieb, er wisse zwar nicht, was Stanhope dem Regenten gesagt, ihm selbst aber habe der Lord seine grossen Zweifel über die Sache ausgedrückt.[2]) Der Herzog von Orleans und Dubois hingegen blieben dabei, Stanhope habe sich in einer Weise geäussert, dass sie annehmen durften, der König werde keine Schwierigkeiten machen, Gibraltar aufzugeben.

Aus dieser Meinungsverschiedenheit ergab sich ein so vollkommener Gegensatz in der Handlungsweise der verbündeten Westmächte, dass die Katastrophe unvermeidlich erschien. Die französische Regierung hatte sich leichtsinnig dafür verbürgt, der spanischen, sobald sie der Quadrupel-Allianz beigetreten wäre, Gibraltar verschaffen zu wollen. Am englischen Hofe aber griff jetzt die entgegengesetzte Auffassung Platz, dass von einer Abtretung der Festung gar nicht die Rede sein könne.

Was hatte nun aber diesen Umschwung in der Haltung Englands herbeigeführt? War es wirklich nur die Erwägung, dass man gegenüber einem besiegten Spanien das frühere Angebot nicht mehr aufrechtzuerhalten brauche? Oder gab es noch andere Gründe dafür, dass man plötzlich entschlossen war, die Felsenfestung, deren Wert man ja gar nicht so hoch anschlug, um keinen Preis herauszugeben?

Die Gibraltar-Frage — denn von einer solchen werden wir nun reden dürfen — hatte in dem Augenblicke ihren Charakter verändert, als sie aus dem stillen Bereich des diplomatischen Austausches herausgerissen und vor die grosse Oeffentlichkeit des englischen Volks und des Parlaments gezogen wurde. Wir können nicht einmal genau sagen, wie dies zuerst geschah. Der am 26. Januar 1717 gefasste Entschluss Spaniens, der Quadrupel-Allianz beizutreten, kann in England noch gar nicht bekannt gewesen sein, als wir plötzlich in einer Nachricht vom 2. Februar (a. St.)[4]) vernehmen, es sei jetzt die Absicht der englischen Regierung kundbar

[1]) Bericht Hoffmanns vom 2. März 1720. W. St. A. Craggs an Stair 18. Febr. 1720. Graham, Annals of Stair II 416.

[2]) Bericht Hoffmanns vom 6. März 1720. W. St. A.

[3]) Stair an Craggs, 22. Febr. 1720. (Hardwicke) State Papers II 607.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 2. Febr. 1720. W. St. A.

geworden, um Spanien zum Frieden zu bewegen, ihm Gibraltar zu überlassen. Aber schon werde heftig dagegen geeifert. Spanien, sagt man, das ohnehin den Ehrgeiz habe, seine Seemacht neu zu begründen, würde, im Besitze Gibraltars, die Meerenge sperren. Dann aber könne jeglicher englische Handel im Mittelmeer nur noch unter dem Schutze einer starken Kriegsflotte geführt werden — womit wohl gesagt sein soll, dass damit noch viel grössere Kosten verbunden sein würden, als mit der Behauptung Gibraltars. Ohne dieses, erklärt man, sei auch das wertvolle Port Mahon nicht zu halten. Darum sollte man, statt Gibraltar aufzugeben, lieber zur Stärkung der Mittelmeerposition, noch die Insel Majorka hinzuerwerben.

Indem also die Frage in die grosse Oeffentlichkeit drang, war die Möglichkeit, sie noch einseitig zu lösen, den Händen des Kabinetts schon entglitten. Vom Rechte der Prärogative war bald nicht mehr die Rede. Das Parlament soll entscheiden, so erklärte Stanhope unserm Berichterstatter.

Schon bereitete man im Unterhause eine Adresse vor, die den König ersuchen sollte, Gibraltar unter allen Umständen zu behaupten. Einen solchen Schritt konnte aber die Regierung nicht wünschen, da er wie ein Tadelsvotum gewirkt hätte. Die Minister suchten ihn auf jede Weise zu verhindern, und es gelang ihnen wenigstens, die Sache zu verschieben, indem sie herumgingen und den Mitgliedern Mann für Mann versicherten, dass die Abtretung nicht beabsichtigt sei.[1]) Am 5. Februar (n. St.) erklärte Craggs in einer kurzen Rede, er habe dem Hause eine Mitteilung über Gibraltar und Port Mahon zu machen, wolle aber eine Gelegenheit abwarten, wenn die Mitglieder vollzähliger versammelt seien.[2]) „Soviel musste ich unbedingt sagen", schrieb er später an Lord Stair,[3]) „denn ohne ein rasches[4]) Dazwischentreten hätten wir sicher binnen einer halben Stunde den Vorschlag einer Adresse an den König zur Erhaltung Gibraltars bekommen, was unter allen Umständen verhindert werden musste".

[1]) Tho. Brodrick an Lord Chancellor Middleton. Jan. 24. (a. St.). Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 183.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 6. Febr. 1720. W. St. A.

[3]) Brief vom 18. Febr. 1720. R. O. Der Druck bei Graham, Annals of Stair 2, 144—5, ist flüchtig.

[4]) Statt *reasonable* bei Graham a. a. O. ist *seasonable* zu lesen.

Nun unternahm die Regierung auch ihrerseits einen Schritt im Parlament. Stanhope hat in einem späteren Briefe[1]) von einem Antrage erzählt, den er selbst — ich denke, es war bei den Commons — veranlasst habe, um die Stimmung der Versammlung in der Gibraltar-Frage zu erforschen. Der Antrag ging dahin, dass eine Bill eingebracht werde, welche den König in den Stand setzte, über Gibraltar so zu verfügen, wie es ihm für das Wohl seines Reiches am besten erscheine. Aber schon diese Anregung war von erschreckender Wirkung. Wir geben Stanhopes eigene Worte[1]): „Sie können sich die Aufregung gar nicht vorstellen, die dieser Versuch im Publikum gemacht hat. Mit Entrüstung hat es sich insgesamt erhoben bei dem blossen Verdacht, dass man nach allen glücklichen Erfolgen eines Krieges, den der Kardinal Alberoni ungerechterweise gegen uns begonnen hat, daran denken könnte, uns beim Friedensschlusse dieses Platzes zu berauben. Und die Geister wurden noch mehr erhitzt durch ein von unseren Widersachern verbreitetes Gerücht, der König habe bereits eine formelle Verpflichtung zur Räumung des Platzes übernommen. Sie dachten schon eine Handhabe zu einem Angriff auf das Ministerium zu haben. Eine Unmenge von Flugschriften wurde veröffentlicht,[2]) um die Leidenschaften des Publikums zu erregen und es zu dem Entschlusse zu bringen, lieber noch ein paar Feldzüge auf sich zu nehmen als Gibraltar abzutreten. Da war es unmöglich, gegen den Strom zu schwimmen. Der weiseste Entschluss, den man fassen konnte, war der, den Antrag zurückzuziehen. Hätte man ihn weiter verfolgt, so wäre unzweifelhaft das genaue Gegenteil von dem geschehen, was wir bezweckten. Wir

---

[1]) Stanhope an Schaub, Paris, 28. März 1720. Der Wortlaut des französisch geschriebenen Briefes ist bisher nur in Coxes englischer Uebersetzung und in einer darnach von Baudrillart, 2, 411, verfertigten französischen Rückübersetzung bekannt gewesen. Infolge einer von Coxe (Kings of Spain 3 [1815], 12 ff.) vorgenommenen Zusammenziehung mehrerer Sätze ist hier der Tatbestand undeutlich geworden und auch von Wiesener (3, 297) nicht ganz richtig erkannt. Wir teilen den echten Wortlaut nach dem französischen Original im Record Office (France 361) im Anhang Nr. 6 mit.

[2]) Von denen leider keine (wenigstens nicht im Britischen Museum) erhalten zu sein scheint.

wären Gefahr gelaufen, eine Bill angenommen zu sehen, die dem Könige für immer die Hände gebunden hätte."

Damit war die der Regierung aufgezwungene parlamentarische Aktion zu Ende. Sie hat zwar den eben am Ruder befindlichen Persönlichkeiten den Gedanken nicht völlig genommen, in irgend einer Zukunft doch noch einmal Gibraltar aufzugeben, wenigstens hat Lord Stanhope die Entscheidung nicht für endgültig gehalten. Aber im Augenblick musste man jede derartige Zumutung, mochte sie nun von spanischer oder von französischer Seite kommen, mit unerbittlicher Schroffheit zurückweisen. Das mussten zuerst die Spanier erfahren, als ihre Erklärung, der Quadrupel-Allianz beitreten zu wollen, dem Hofe von St. James bekannt wurde, und als nun die in der Note Grimaldos enthaltene Forderung Gibraltars mit aller Entschiedenheit abgelehnt wurde. Wie sehr auch der König, so besagte die englische Antwort, ehedem um des Friedens willen, einem solchen Verzicht geneigt sein mochte, jetzt, nach dem Kriege, kann nicht mehr davon die Rede sein[1]).

Gegenüber Spanien konnte diese Ablehnung immerhin nicht viel Schaden stiften, denn mit Spanien stand man erst am Anfang der Verhandlung, die zum Frieden führen sollte, und die Note Grimaldos hatte ja ausdrücklich erklärt, die spanischen Forderungen wollten mehr als Wünsche denn als Bedingungen, von denen man nicht lassen könne, verstanden sein. Umso schlimmer war die Wirkung in Frankreich. Hier empfand man die Weigerung fast wie einen Verrat von der Seite des eigenen Bundesgenossen. Man meint, die Seelenangst, in die Dubois geriet, noch in seinen Briefen lesen zu können, in dem ersten,[2]) dem an Lord Stanhope, welchem er stets so gern sein Herz öffnete, gerichteten, wie in dem zweiten, eine Woche später dem Londoner Gesandtschaftssekretär Destouches gesandten, von dessen Inhalt aber auch dieser

---

[1]) *Quant à Gibraltar, quelque porté qu'eût été le roi de la Grande Bretagne, pour prévenir la guerre, à complaire au roi d'Espagne, en cédant cette place contre un équivalent, les événements de la guerre et les dépenses et pertes qu'elle a causées aux sujets de Sa Majesté Britannique ont tellement changé l'état des choses, qu'il ne saurait être question à présent d'une pareille cession.* Rec. Off.

[2]) Vom 17. Febr. 1720. Sevelinges, Mémoires secrets du Card. Dubois 1, 309.

niemandem als dem grossmütigen englischen Freunde ein Sterbenswörtlein verraten durfte. „Lassen sie sich von allem, was ich Ihnen schreibe, keinem andern gegenüber etwas merken, als nur Mylord Stanhope“. Dubois hatte sich mit der am Vormittage des 17. Februar erhaltenen Nachricht von der abschlägigen Antwort Englands, Gibraltar betreffend, unverzüglich zu seinem Herrn, dem Regenten, begeben, der dadurch in eine gewaltige Aufregung versetzt ward. Er erklärte, seine eigene Ehre, sowohl Spanien wie Frankreich gegenüber, sei aufs schwerste betroffen, er sei beschimpft vor ganz Europa. Man habe ihn in dem Glauben gelassen, England werde Gibraltar abtreten, man habe ihm gestattet, es den Spaniern zu versprechen. Und nun soll er als Wortbrüchiger dastehen, als ein Mann, der das Vertrauen des spanischen Königs schnöde missbraucht hat. Zunächst goss er die Schale seines Zornes über den im Grunde ganz unschuldigen Abbé Dubois aus. Der Herzog von Orleans besass wohl die ganze Selbstherrlichkeit eines Ludwigs XIV., aber nichts von der hoheitvollen Grazie des Sonnenkönigs. Er machte Dubois den kleinlichen Vorwurf, dass er sich nicht noch einmal der Bereitwilligkeit Englands zur Abtretung Gibraltars versichert habe, bevor er den Gesandten Englands und Oesterreichs die Annahmeerklärung des Königs von Spanien gezeigt habe.[1]) Keinem andern würde er diesen Fehler jemals verzeihen. „Hätten Sie nicht diese kolossale Dummheit gemacht, so wäre heute die Abtretung Gibraltars eine sichere Tatsache.“ Sofort erhoben auch die Feinde Englands am französischen Hofe von neuem ihr Haupt. Law sprach schon von dem kommenden Kriege gegen England und wie man dann erst den Wert seines Systems erkennen werde.[2]) Dubois sah seine Politik, seine Stellung auf's schwerste gefährdet, wenn nicht England selbst ihm zu Hülfe komme.

Nun folgten peinliche Auseinandersetzungen zwischen den verbündeten Westmächten, denn keine von beiden konnte ihren Standpunkt verlassen. Ohne einen Auftrag von London abzuwarten, begab sich auf Dubois' Wunsch Lord Stair zum

[1]) Stair an Craggs, 22. Febr. 1720. R. O.

[2]) (Hardwicke) State Papers II 608.

Herzoge von Orleans. Er hatte kaum das Zimmer betreten, als der Regent ihn heftig anfuhr: „König Georg hat mir sein Wort gegeben, er wird es hoffentlich nicht brechen wollen". „Das war vor dem Kriege," sagte Stair. Orleans antwortete, er habe Grund zu glauben, dass der König zur Stunde in seinem Innersten noch ebenso denke wie zuvor. Bald darauf erhielt Stair zur Richtschnur für sein Verhalten zwei Briefe von Craggs. Der eine war französisch geschrieben, der andere englisch.[1]) Den ersten sollte der Gesandte im Wortlaut dem Regenten vorlegen. Der englische Begleitbrief, für Stair allein bestimmt, gab unverhüllt die Auffassung der englischen Regierung wieder. In dem ersten war der entscheidende Punkt, die Rücksicht auf die öffentliche Meinung, auf Volk und Parlament, nur leise angedeutet. Seine Königliche Hoheit, hiess es, möge doch auch die Stimmung der Völker des Königs wohl beachten, ihren Widerwillen gegen eine solche Abtretung nach einem Kriege, der ihnen ohnedies keinen andern Gewinn bringen solle als den Frieden. Hören wir nun aber die deutlichere Sprache in dem englischen Schreiben. „Nicht nur die Diener Seiner Majestät, sondern alle Interessen- und Gesellschaftskreise von England stimmen darin überein, dass die Abtretung dieses Platzes nicht nur ein Hohn auf unsere Erfolge im Kriege wäre, sondern dass seine Behauptung eine starke Sicherheit für unseren Handel im Mittelmeer bedeutet. Mag daher Seine Majestät noch so sehr geneigt sein, ihn aufzugeben, so ist es doch höchst zweifelhaft, ob er überhaupt noch in der Lage ist, es tun zu können."

Aber nun wollte auch der Regent den Versuch machen, ob es ihm nicht gelinge, indem er die Verhandlung nach der englischen Hauptstadt verlegte, den britischen Trotz zu beugen und die Abtretung Gibraltars endlich doch noch zu erreichen. Zu solcher Verhandlung waren freilich die beiden in London wirkenden französischen Gesandtschaftssekretäre Chammorel und Destouches, schon wegen ihrer bescheidenen Stellung, wenig geeignet. Man brauchte einen vornehmeren Vertreter. So ward nun die längst gehegte Absicht, die seit Ibervilles Abgang verwaiste Londoner Botschaft neu zu besetzen, rasch

[1]) Beide vom 18. Febr. (a. St.) 1720. R. O. Graham, Annals of Stair 2, 144 ff. (Statt *successors* ist *successes* zu lesen.) 413 ff.

zur Ausführung gebracht, denn die Wahl war längst getroffen. Anfangs soll ein Marquis d'Allegre für den Posten bestimmt gewesen sein. Doch hatte man von ihm abgesehen, denn seine Gattin galt als eine Freundin und erklärte Anhängerin des Prätendenten.[1]) Statt seiner war schon vor einem Jahre Graf Senneterre zum *Ambassadeur* beim Londoner Hofe ernannt, doch seine Entsendung aus Gründen, die wir nicht mehr kennen, bisher verzögert worden. Er kam mit allem nötigen Material ausgerüstet nach London. Man weiss zwar, wie wohlvorbereitet das königliche Frankreich des achtzehnten Jahrhunderts seine Diplomaten an die fremden Höfe zu entsenden pflegte. Denn man kennt ja heute seine, von der Regierung der dritten Republik so zahlreich veröffentlichten, Gesandten-Instruktionen. Dieselben pflegten ausführlich genug von politischen wie von Personenfragen zu reden. Aber so ein Schriftstück, wie es für den Grafen Senneterre angefertigt wurde, hat doch wohl nicht seines Gleichen gehabt. Es enthält die mit verblüffender Treue und Kenntnis gemalte Schilderung aller wichtigen Persönlichkeiten des englischen Hofes, von Georg I. und seinem Sohne angefangen, bis herab auf den türkischen Kammerdiener des Königs. Es enthält auch für uns noch die wertvollsten Bemerkungen über die englischen und die deutschen Ratgeber Georgs I., vor allem über das Verhältnis dieser beiden Ministerien zu einander. Kein anderer als Dubois, der in allen Intriguen des eigenen wie der fremden Höfe so wohlbewanderte Staatsmann, der intime Freund von Stanhope und Craggs, wäre imstande gewesen, ein solches Gemälde zu entwerfen, und er ist in der Tat der kundige Verfasser des interessanten Schriftstücks.[2])

Die Entsendung Senneterres wirkte, in dem Augenblicke, da sie erfolgte, wie eine herausfordernde Handlung und trug offenbar einen englandfeindlichen Charakter. Er war der Ueberbringer eines in sehr starken Ausdrücken abgefassten Schreibens des Regenten an Georg I.[3]) In der Begleitung

[1]) Stair an Craggs, 22. Jan. 1719. R. O.

[2]) Es befindet sich noch ungedruckt in den Arch. du min. des aff. étr. (Corr. pol. Angleterre. Supplément 6.) Wir kommen auf dasselbe noch einmal zurück und teilen Stücke daraus im Anhang Nr. 7 mit.

[3]) Wiesener 3, 292.

des neuen Botschafters befand sich ein Herr von Plénoeuf, ein Vertrauter John Laws, dem er nachmals seine Berichte aus London über die grosse Südsee-Angelegenheit sandte. Als geistreich und intriguant bezeichnet ihn St. Simon. Er ist „ein alter Pedant", sagt ein Mitglied des diplomatischen Korps in London.[1]) Merkwürdig, wie nun die Gegensätze innerhalb der Pariser Regierung bei der französischen Gesandtschaft in London wiederkehren. Senneterre und Plénoeuf gehören zur Partei des „alten Hofes" von Versailles — Destouches dagegen, der regelmässige Korrespondent Dubois', ist auch sein politischer Gefolgsmann. Er klagt besonders über Plénoeuf, der von der Politik so wenig verstehe wie von den Finanzen, für die Law ihn in London hält. Er will nur Material gegen die auswärtige Politik Dubois' sammeln, er will *„renverser notre système"*.[2])

Mit berechtigtem Misstrauen erwartete die englische Regierung die Ankunft Senneterres und seiner Begleiter. Eilig ward noch, bevor er kam, jener französisch verfasste und in Wahrheit für den Regenten bestimmte Brief an Lord Stair gesandt. Man nahm sich vor, Senneterre nicht anzuhören, ehe die Antwort des Regenten auf diese Kundgebung eingelaufen wäre. „Und", sagte Craggs, „will der neue Botschafter grosse Worte machen, so werden wir ihm auch nicht gerade mit Ausdrücken der Devotion dienen." Sollte aber Frankreich auf seiner Forderung beharren, so wird man das Parlament darüber entscheiden lassen, wem Gibraltar in Zukunft gehören soll.

So erwarteten die Minister in drohender Abwehrstellung das Erscheinen des französischen Gesandten.[3]) Senneterre kam, aber sein Auftreten war viel bescheidener, seine Worte viel gelinder, als man befürchtet hatte. Seine Audienz beim Könige brachte keinerlei Ueberraschung. Der Gesandte bewegte sich in massvollen Ausdrücken, Georg I. aber ging, wie immer, jeder ernsthaften geschäftlichen Aussprache mit

---

[1]) Wallenrodt $\frac{27. \text{ Mai}}{7. \text{ Juni}}$ 1720. G. St. A.

[2]) Destouches an Dubois, 13. Mai 1720. Aff. étr.

[3]) Das folgende besonders nach den Berichten Hoffmanns im Wiener St.-Arch.

dem fremden Diplomaten aus dem Wege. Auch in den Konferenzen, die Senneterre mit den englischen Ministern hatte, vermied er jedes heftige Wort. Dem österreichischen Residenten, dessen Erzählung wir wiedergeben, sagte Stanhope nachher, dass, wenn eine „vivacität“ mit untergelaufen, so sei sie eher auf seiner Seite gewesen, „welches leicht zu glauben“, fügt Hoffmann hinzu, „denn er sich gegen das auf ihn fallende Versprechen von der Abtretung Gibraltars mit seiner gewöhnlichen Heftigkeit verteidigt haben wird“. Und als Senneterre darauf hinwies, dass der Regent durch eine den Spaniern gegebene Zusage gebunden sei, erhielt er von Craggs die kühle Antwort, darin liege eben der Fehler, dass der Regent etwas versprochen habe, was gar nicht von ihm abhänge. Und um für ihre ablehnende Haltung auch jederzeit eine Stütze am Parlament zu finden, liess die Regierung es gern geschehen, dass im Unterhause, mit Unterstützung aller Parteien, auch der Opposition, jener schon erwähnte Antrag angenommen wurde, die abwesenden Mitglieder durch ein Rundschreiben eilig herbeizurufen, um nötigenfalls die Abtretung Gibraltars zu verhindern. Als dann Hoffmann sich noch einmal bei Stanhope nach der endgültigen Stellungnahme der Regierung erkundigte, erhielt er die Antwort, wenn Frankreich jetzt noch auf seiner Forderung beharren sollte, so werde man ihm in dürren Worten erklären: „*De quoi-vous mêlez-vous?*“

Die Teilnahme, welche der österreichische Resident der Gibraltar-Frage bewies, entsprang übrigens nicht blosser Neugierde gegenüber einem diplomatischen Streit von sensationellem Charakter, auch nicht allein dem Wunsche, zwischen den beiden Mitverbündeten Karls VI. jeden unheildrohenden Konflikt abzuwenden. Ihm schien vielmehr das eigene Interesse Oesterreichs gegen die Abtretung Gibraltars zu sprechen. Es zeugt wohl für Hoffmanns politischen Weitblick, wenn er dabei die künftige enge Verbindung zwischen Frankreich und Spanien voraussah und die daraus entspringende Gefahr für die Stellung seines Herrn in Italien. Dann werde, meint Hoffmann, die englische Flotte des Kaisers einzige Stütze sein. Dafür wäre aber die Beherrschung der Meerenge, wie auch die Behauptung Minorkas, durch England ungemein wichtig.

Die Geschichte der folgenden Jahrzehnte hat die Richtigkeit dieser Meinung nur bestätigt. Allerdings griff dieses Mal weder Hoffmann noch überhaupt die österreichische Politik ein. Der alte Diplomat, der in diesem Falle auch wohl ohne Auftrag war, getraute sich doch nicht, in der heiklen Angelegenheit persönlich zu intervenieren. Er wusste auch nicht recht, ob eigentlich den englischen Ministern mehr damit gedient sei, wenn er die Abtretung empfehle oder wenn er sie widerrate. So schwieg er fein still, suchte durch harmlose Fragen den Stand der Dinge zu erforschen und begnügte sich damit, seine Gedanken und Beobachtungen in den nach Wien gesandten Berichten getreulich niederzulegen.

Der unfreundliche Empfang, mit dem Senneterre in London begrüsst worden, sollte freilich nur besagen, dass man sich in der Gibraltar-Frage jeden von französischer Seite ausgeübten Druck energisch verbitten müsse. Aber als unvermeidliche Folge dieser Haltung Englands trat nun eine weitere Verschärfung der Beziehungen beider Länder ein. Die englische Regierung begann zu fürchten, dass Gibraltar für Frankreich nur der Vorwand für eine beabsichtigte Systemänderung sei.[1]) Torcy und seine Freunde, besonders John Law, forderten offen den Krieg gegen England. Die der englischen Botschaft getreulich hinterbrachten Reden des Schotten wurden immer herausfordernder. „Hat der von England angekommene Kurier die Abtretung Gibraltars gleich mitgebracht?“ fragte Law im Februar 1720.[2]) Und eine Woche später: „Um Gibraltar dürfen die Herren Engländer nicht feilschen. Man erweist ihnen schon zuviel Gnade, wenn man ihnen nur Port Mahon lässt.“ Und als man ihn fragte, ob er wirklich auf einen Krieg lossteuere, war seine Antwort: „Ich wünsche zwar den Krieg nicht, aber ich fürchte ihn auch nicht.“[3]) Da wurde denn die Lage Dubois', der ja mit dem englischen Bündnisse stand und fiel, mit jedem Tage peinlicher. Für ihn gab es nur einen Retter in der Not, denselben, der schon so oft, so warm und so nachsichtig für ihn eingetreten war, Lord Stanhope. Er möge doch, liess Dubois ihm sagen,

[1]) Stanhope an Schaub. Paris, 28. März 1720. R. O.
[2]) Bericht Pulteneys. Paris, 10. Febr. 1720. R. O. France 355.
[3]) (Hardwicke) State Papers II 609.

sobald er von London fort könne, nach Frankreich kommen. Die Hilferufe wurden dringender. Stanhope entschloss sich zur Reise. „Der Herr Abbé Dubois", so schrieb er von Paris aus, „hat geglaubt, dass er verloren sei, er schrie um Hilfe, und so bin ich hier." [1])

Auch von den Erfolgen dieser neuen Fahrt [2]) nach der französischen Hauptstadt hätte Stanhope wie von den früheren sagen dürfen: ich kam, sah und siegte. Noch vor wenigen Tagen hatte der Regent zu Pendtenrieder in sehr stolzem Tone über die Gibraltar-Frage gesprochen. Jetzt erschien er plötzlich so völlig verwandelt, dass Stanhope meinte, zwischen Frankreich und Spanien müsse wohl eine Misshelligkeit entstanden sein, die ihm das Spiel erleichterte. Wir glauben es kaum, wir glauben eher an den unmittelbaren Eindruck der Persönlichkeit Stanhopes. Denn die schwankende Gemütsart des Herzogs von Orleans zeigte sich bei dieser Gelegenheit nicht anders wie sonst. Starke Geister haben ihn leicht mitgerissen, und es war auch nicht das erste Mal, dass der in seiner Bundestreue Schwankende durch die überlegene Art des englischen Staatsmannes, wie ein Verirrter auf den rechten Pfad der englisch-französischen Freundschaft zurückgeführt wurde. Aus solchem Munde konnte er auch eine strenge Rede ertragen und auf sich wirken lassen. „Er hat", schreibt Stanhope selbst, „mit Geduld und mit vieler Güte manches harte Wort angehört, das ich ihm über seine eigene Lage gesagt habe, auch über diejenige Frankreichs, über einige seiner Minister und besonders über die meines Erachtens für ihn dringende Notwendigkeit, die Freundschaft seiner Verbündeten zu pflegen, wenn er sich nicht dem sicheren Verderben aussetzen will."

Stanhope begann mit einer Klage über die *vivacité*, die Orleans und Dubois in der Gibraltar-Frage an den Tag gelegt

---

[1]) *„M. l'abbé du Bois s'est cru perdu, a crié au secours et m'a fait venir ici."* Stanhope an St. Saphorin, Paris, 1. April 1720. R. O.

[2]) Das Folgende nach Stanhopes Briefen aus Paris im Record Office; Chaumorel an Dubois, London 1. April 1720 (n. St.) Aff. étr. Angleterre 331; Hoffmann 2. April 1720 (n. St.) W. St. A.; Wallenrodts Berichte aus London vom $\frac{\text{22. März}}{\text{2. April}}$, $\frac{\text{25. März}}{\text{5. April}}$, 1./12. April 1720 G. St. A.

hätten. Das sehe aus wie das Vorspiel eines völligen Systemwechsels. Fährt aber Frankreich fort, unaufhörlich zwischen Madrid und Paris Kuriere hin- und hergehen zu lassen, ohne seine Verbündeten über den Inhalt ihrer Depeschen zu unterrichten, so wird auch der König von England sich gezwungen sehen, auf eigene Faust mit Spanien zu unterhandeln und dem Kaiser zu empfehlen, dasselbe zu tun. Als Antwort auf diese offene Drohung beteuerten jene beiden mit grosser Emphase, dass sie mit Spanien keinerlei Abkommen getroffen hätten. Stanhope fuhr fort, er wisse aus guter Quelle, dass dem Regenten einige seiner Minister zu einem Systemwechsel, ja zum Kriege mit seinen besten Verbündeten geraten hätten. Jetzt leugnete der Herzog die Tatsache nicht mehr und erklärte nur unter grossen Lobreden auf Dubois, es gebe an seinem Hofe nur einen einzigen Minister, der sich in die auswärtige Politik mischen dürfe. Auf die anderen komme es nicht an, denn jeder habe sein Ressort, er selbst aber sei der Herr über alle.

Nachdem man einander also gründlich die Wahrheit gesagt hatte, der Regent auch wieder in den Bannkreis Englands gezogen worden war, kam man ohne grosse Schwierigkeiten zur Verständigung über die gemeinsam zu befolgende Politik. Beide Staaten wollten sogleich je einen Gesandten nach Spanien schicken. Lord Stanhope bestimmte dafür natürlich wieder seinen Vetter, den Obersten Stanhope, den wir zuletzt seine dornenvolle Aufgabe an der Seite des Marschalls Berwick so geschickt und taktvoll lösen sahen. Bis zu seinem Eintreffen in Madrid sollte Lukas Schaub daselbst bleiben und es zu erreichen suchen, dass Spanien sich noch vor der Eröffnung des Kongresses zur Räumung von Sizilien und Sardinien bequeme. Von Gibraltar aber dürfe bis zum Kongresse zwischen Schaub und den Spaniern nicht ferner die Rede sein. Ein Gleiches auch seinem eigenen Gesandten zur Pflicht zu machen, wollte Orleans zwar nicht rundweg erklären, aber er versprach doch, unter der Hand in demselben Sinne wirken zu wollen. Indem man einander noch feierlich das Versprechen abgab, dass keiner ohne den andern endgültig Frieden schliessen werde, war das verlorene Vertrauen zwischen den Verbündeten wiederhergestellt. In

ruhigerer Tonart konnte man nun auch über die anderen grossen Fragen der Zeit reden, über die Lage des Nordens, über den Wert des berühmten *„systeme“* von John Law, über die Wahl des Ortes für den kommenden Kongress, ja mit dem nötigen Ernst auch wieder einmal über die Frage der Erhebung des braven Dubois zum Kardinal. Soeben erst hatte er in seiner geistlichen Laufbahn mit aller Geschwindigkeit die sämtlichen Stadien vom einfachen Abbé bis zum Erzbischof von Cambrai durchgemacht. Das höhnische Erstaunen des Prinzen Conti hatte er mit dem bescheidenen Hinweis auf die gleich rasche Beförderung erwidert, die einst dem heiligen Ambrosius zu Teil geworden. So fehlte ihm jetzt, um sich als Minister von Frankreich seinen grossen Vorbildern Richelieu und Mazarin vollkommen an die Seite stellen zu können, nur noch der Purpur. Ihm auch diesen zu verschaffen, mochte die Hilfe seiner mächtigen Freunde dienen. Und warum nicht auch der Einfluss seines grossen protestantischen Gönners? Lord Stanhope schrieb auch sogleich an den englischen Gesandten in Wien, wenn er zu dem genannten Ziele beizutragen vermöge, so werde er dem Könige *„un service très-réel“* leisten.

Zufrieden kehrte Stanhope nach London zurück. Bewundernde Lobpreisungen empfingen ihn auf allen Seiten. Die Mitglieder der Regierung waren herzlich froh, aller Verpflichtung ledig zu sein, ohne eine Abtretung machen zu müssen oder den inneren Feinden eine Handhabe zu bieten. „Sie haben“, so schrieb ihm Craggs in ehrlicher Bewunderung,[1]) „eine Lage geschaffen, welche Seiner Majestät hohe Genugtuung bereitet und die angenehme Aussicht eröffnet, unser grosses Werk mit derselben Einmütigkeit vollendet zu sehen, mit der es begonnen wurde.“

Für das englische Volk galt hiermit die Gibraltar-Frage ein für alle Mal als abgetan. Die Minister, und Stanhope an ihrer Spitze, hatten dem Volkswillen zum Siege verholfen.

Denn dass nun etwa der kommende Kongress die Abtretung dennoch beschliessen werde, glaubte in England wohl niemand mehr. Doch wie? War nicht Stanhope selbst eigentlich der Urheber des Gedankens gewesen, den er nun

[1]) Craggs an Stanhope 24. März 1720 (n. St.). R. O.

in so leidenschaftlichem Kampfe mit der Pariser Regierung verworfen hatte? Wir meinen wohl einen Blick in Stanhopes Seele tun zu können. Den inneren Widerspruch, in dem er sich bewegte, hat er wohl selbst empfunden. Doch hat er vor sich selbst nur die *reservatio mentalis* gemacht, dass er im Augenblick zwar als heftiger Gegner eines Verzichts auf Gibraltar auftreten müsse, wenn man auch zu anderer Zeit wohl anders darüber denken werde. Es klingt wie ein vertraulicher Wink und zugleich wie ein kleiner Trost, den er den Spaniern in dem Augenblick, da von Gibraltar nicht mehr die Rede sein soll, zu geben wünscht, was er an Schaub schrieb: „Sie müssen dem Hofe von Madrid zu verstehen geben, dass, falls er den Wunsch hat, jemals wieder über die Abtretung Gibraltars zu verhandeln, er sich einen Erfolg nur versprechen darf, wenn er in diesem Augenblick die Sache ganz fallen lässt."

Mit der festen Stellungnahme Englands in der Gibraltar-Frage schliesst für uns die Geschichte der Quadrupel-Allianz. Was wir zunächst folgen lassen, den mit ihr parallel laufenden Kampf der Regierung gegen die stuartische Gefahr, wäre zwar ohne den geschilderten Konflikt mit Spanien nicht zu verstehen, hebt sich aber doch selbständig von diesem ab und hängt wiederum so eng mit den Gegensätzen innerhalb der englischen Gesellschaft zusammen, dass hier eine gesonderte Behandlung geboten erscheint.

Achtes Kapitel.

# Der Prätendent und seine Leute.

Von der Vertreibung der Stuarts bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts hat kein Gegner Englands sich die Hülfe entgehen lassen, die seiner Sache aus einem Bündnis mit der verbannten Dynastie erwachsen konnte. Frankreich, Schweden, Spanien und wieder Frankreich treten nacheinander als die Alliierten der Stuarts auf. Denn sobald der Schlachtruf für das legitime Königshaus erklang, durften sie sicher sein, dass Teile der britischen Bevölkerung auf ihre Seite treten und zu Feinden ihrer eigenen Regierung werden würden. Einer oberflächlichen Betrachtungsweise könnte diese Tatsache so erscheinen, als sei vom englischen Standpunkte aus dieser zwei Generationen erfüllende dynastische Streit zwischen Stuart und Hannover für das Wesentliche in jenen grossen Kämpfen anzusehen. Man würde alsdann in ähnlichem Sinne von britischen Thronfolgekriegen zu reden haben, wie die Geschichte desselben Jahrhunderts vom spanischen, vom polnischen, vom österreichischen Erb- und Thronfolgekriege zu reden pflegt.

Und doch würde man auf diesem Wege zu einer falschen Vorstellung gelangen. In den eben genannten europäischen Konflikten lag jedesmal in dem Ausgang des fürstlichen Familienstreits auch die Entscheidung über die grössten Fragen des Jahrhunderts beschlossen. Hätte Ludwig XIV. im spanischen Erbfolgekriege gesiegt und wäre es ihm gelungen, Spanien und alle Nebenländer an sein französisches Reich zu ketten, so wäre damit sein Lebenswerk gekrönt worden, sein Staat hätte sich hoch über den des deutschen Hauses Habsburg emporgehoben, und zugleich wären die Handelsinteressen und die Zukunft Englands schwer geschädigt worden. Der österreichische Erbfolgekrieg aber erscheint als der letzte Sturmlauf der bourbonischen Mächte gegen das Haus Habsburg. Indem Maria Theresia zum Schwerte griff, um ihr persönliches Herrscherrecht zu schützen, ward sie auch zur

Verteidigerin der von den Vätern überkommenen Macht und Einheit ihrer Staaten.

Nicht so die Stuarts. Mit ihrem Anspruch verband sich kein Lebensinteresse des britischen Volkes, so wenig in der auswärtigen Politik wie in der inneren. Keine der grossen Fragen, von deren Lösung die Entwicklung Englands in diesem Zeitalter abhing, wurde durch den dynastischen Streit ernsthaft berührt, nicht die Entscheidung zwischen monarchischer und parlamentarischer Regierungsform, nicht das Interesse des Handels, nicht Gewerbe und Landwirtschaft und nicht die Kolonien. Es handelt sich auch nicht um eine religiöse Frage, also nicht etwa um Protestantismus oder Katholizismus, denn der letztere hätte auch unter stuartischer Herrschaft gar keine Aussichten gehabt; es gab ja ein katholisches Interesse in England so gut wie gar nicht, und höchstens in Irland, aber Irland hatte nicht mitzureden und regierte nicht sich selbst. Auch der Gegensatz zwischen Staatskirche und Nonkonformismus kommt hier nicht in Betracht und, was ja vor allem gesagt werden muss, auch nicht der zwischen Whigs und Tories. Die Proklamationen des Prätendenten kommen denn auch über nichtige Redensarten von dem Usurpator und dem rechtmässigen Könige nicht weit hinaus, sie enthalten wenig Positives und geben niemals etwas wie ein Programm. Sie knüpfen gewöhnlich an die augenblickliche Lage Grossbritanniens an und versprechen die Beseitigung der jeweils hervortretenden Schäden, für die sie, um was es sich immer handeln möge, stets kurzer Hand das hannövrische Königtum als solches verantwortlich machen. Selbst das Verhältnis der beiden britischen Reiche zueinander wird nur noch gelegentlich herbeigezogen. Denn das Versprechen, die englisch-schottische Union auflösen zu wollen, konnte zwar manche schottischen Herzen entzücken, musste aber die Engländer erschrecken und ihnen den Gedanken an eine stuartische Restauration gründlich verleiden.

Welch' einen Gegensatz zu solcher Geistesarmut bildet nun das englische politische Leben dieser Zeit. Hier sieht man weitblickende Staatsmänner, wie Stanhope und Craggs und bald Robert Walpole, die einen Stein nach dem andern zu dem hohen Bau des modernen britischen Reiches herbei-

tragen, dort unkluge Schwärmer, die den Lauf der Geschichte aufhalten wollen und doch ihren Volksgenossen nichts anderes zu bieten haben als einen verblassenden dynastischen Gedanken, der dazu noch durch eine herzlich unbedeutende Persönlichkeit vertreten ist. Eine Welt der Taten und eine Welt des Scheines, die einander gegenüberstehen. Auf der einen Seite ein kräftig pulsierendes Leben, politische Macht, steigender Reichtum, Ideen und Initiative, auf der andern ein armseliges Prunken mit Namen und Titeln, die keinen Inhalt mehr besitzen.

Die Jahre 1708, 1715, 1719 und 1745 sind als die Zeitpunkte bekannt, wo die Stuarts Versuche in grossem Stil zur Gewinnung des verlorenen Thrones gemacht haben. Eine Bedrohung Englands war aber auch zu anderen Zeiten vorhanden, und wir werden erfahren, wie stark noch Walpoles politisches System durch die Rücksicht auf eine solche Gefahr beeinflusst wurde. Dieses Mal haben wir es mit dem Unternehmen von 1719 zu tun. Es bietet uns eine umso bessere Gelegenheit, der gesamten Welt des Jakobitismus näher zu treten, als die wertvolle Veröffentlichung der *Stuart Papers* fast bis an diesen Zeitpunkt heranreicht und besonders die Geschichte der vorhergehenden Jahre, mit allem, was darin von Jakobiten erlebt und erstrebt wurde, so deutlich wie in keiner andern Epoche widerspiegelt.[1]) Wir lernen eine Gesellschaft kennen, die mit ihrem einseitigen Interessenkreis eine Gemeinschaft, fast könnte man sagen einen Staat für sich bildet, aber einen Staat von Verschwörern. Engländer, Schotten und Iren, die sich von der herrschenden Ordnung grollend abgewendet haben oder von ihr ausgestossen sind. Von den Genossen in den britischen Reichen hört man am wenigstens, denn sie werden am schärfsten beobachtet, sie sind die vorsichtigsten. Die Zeitgenossen mögen sie besser gekannt, oder leichter geahnt und erraten haben, wer sie seien. Wir aber erfahren von ihnen nicht viel und vernehmen nur etwa, dass vorkommenden Falles auf den Westen und Norden von England die meisten Hoffnungen gesetzt werden, aber noch mehr auf Schottland. Viel freier bewegen sich

[1]) Historical Manuscript Commission. Calendar of the Stuarts Papers belonging to His Majesty the King, preserved at Windsor Castle. vol I—V. 1902—1912.

die zu der Gemeinschaft Zählenden im Auslande, sie suchen und finden oft Gehör bei den fremden Regierungen, auch wenn diese solches den englischen Diplomaten gegenüber standhaft leugnen. An der Hand dieser Stuartakten kann man das Treiben der Jakobiten durch alle Lande und von Tag zu Tage verfolgen, kann ihre Briefe lesen, da man heute die veränderten Namen, die dunkle Ausdrucksweise leicht durchschaut, die Geheimschriften entziffert hat. Zu solcher Vorsicht aber waren sie gezwungen durch die Diplomaten und Agenten der englischen Regierung, die ihnen immer auf der Spur sind, eine Art Geheimpolizei über sie ausüben. Sogar die fremden Regierungen, wenn sie auch in der Stille die Jakobiten gewähren lassen, sie vielleicht auch anhören, sie zeigen sich andererseits wieder beflissen, dem englischen Staate behülflich zu sein in seinem ewigen Kampfe gegen den Jakobitismus, wie denn z. B. eine jakobitische Chiffre einmal durch keinen geringeren als den Abbé Dubois an die englische Regierung verraten wurde.[1])

So gilt denn die Leitung, die Organisation, die Kampfmittel der Jakobiten, alles was bei ihnen Einheit des Handelns ist, dem einen Zwecke: Der echte Erbe der Krone soll sein Recht erhalten, die legitime Dynastie soll herrschen. Das Wort Legitimität hat für uns heute etwas Erkältendes, in seiner Unerbittlichkeit etwas Abstossendes. Wir sträuben uns dagegen, es als unentbehrliches Merkmal des monarchischen Empfindens gelten zu lassen. Und niemals hat man in so starrer Form an dem Namen festgehalten wie im Kreise der Jakobiten. Sie haben dafür gelebt, haben ihr Vermögen geopfert und sind dafür in den Tod gegangen.

---

Doch nicht mit diesen allgemeinen Betrachtungen dürfen wir uns begnügen. Der Jakobitismus des 18. Jahrhunderts ist eine englisch-europäische Erscheinung und erfordert eine eingehendere Schilderung. Wir wählen dafür, wie schon gesagt ist, die Zeit vom Erlöschen des schottischen Aufstandes bis zur Teilnahme der Jakobiten am Kriege Alberonis, d. h. die Jahre 1716 bis 1719, und wir beginnen mit der Person des fürstlichen Oberhauptes.

[1]) Stair an Craggs, 30. Jan. 1719. R. O. France 353.

Prinz Jakob Eduard,[1]) der Prätendent, der von seinen Getreuen als Jakob III. mit allen Attributen der Majestät verehrt wurde, gab sich vor der Welt mit dem harmloseren Namen eines Chevalier de St. Georges. In seiner äusseren Erscheinung war er ein richtiger Stuart. Der Maler Kneller pflegte zu sagen, dass er besser als ein anderer die Echtheit des 1688 geborenen Prinzen bezeugen könne, denn niemand habe die Züge der Stuarts so studiert, sie so oft gemalt, wie er. Was Kneller an dem Neugeborenen sah, ist an dem heranwachsenden Jüngling und Manne haften geblieben. Die Aehnlichkeit seiner Bildnisse mit denjenigen seines Vaters Jakob II. ist wirklich auffallend. Die lange, hagere Figur, das schmale, ovale Antlitz, das in der Umrahmung durch die mächtige Perrücke noch länger wird, ist beiden gemeinsam. Auch das tiefe nach unten gezogene Kinn, der breite Mund, die auffallend grosse Nase, die auf den Bildern des Sohnes bald gerade, bald gebogen erscheint — das alles sind gemeinsame Züge. Freilich bemerkt man bei aller Aehnlichkeit auch starke Verschiedenheiten. Jakob II. ist ein Mann von nicht sehr sympathischen Zügen; etwas Feindliches, Weltverachtendes blickt uns aus ihnen entgegen, aber sie zeugen auch von Festigkeit, von Unbeugsamkeit des Sinnes. Die Züge des Sohnes sind weich und schlaff, man sieht, dass hinter dieser Stirne nur ein zarter Geist und eine schwache Energie gewohnt haben. Ein starker Führer der Seinigen, der, mit weitem Blicke begabt, dem grossen Zwecke nachsinnt und ihn überall tatkräftig zu fördern sucht, ist dieser Mann nie gewesen. Er lässt den Dingen ihren Lauf, er wartet die Gelegenheiten ab, er lässt seine Diener für sich arbeiten und bleibt selber bequem und vornehm im Hintergrunde. Er gibt sich zeitlebens mit grosser Würde als den ewig Duldenden, den Gekränkten, als den durch feindliche Schicksale aus seinen Reichen verbannten Fürsten, aber auch als den hochgeborenen Herrscher, dem niemand sein göttliches Recht rauben kann. Er betrachtet sich als rechten Engländer, und er ist es wohl auch, denn er spricht und schreibt das Englische wie seine Muttersprache, und er hat keine andere. Französisch und Italienisch sind

[1]) Von neueren Werken seien nur genannt: C. S. Terry, The Chevalier de St. George, 1901; M. Haile, James Francis Edward, the old Chevalier, 1907.

erlernt, obwohl er auch diese Sprachen vortrefflich beherrscht. Elisabeth Farnese hat ihm einmal ein artiges Kompliment über sein Italienisch gemacht.[1]) Ueberhaupt findet die weltmännische Vornehmheit der Stuarts auch in ihm wieder einen echten Vertreter, und da er niemals in die Lage gekommen ist, ein wirklicher König sein zu müssen, so hat er wenigstens die Rolle des gespielten Königs bis an sein Ende mit vollendeter Haltung durchgeführt.

Hätte ihn nun aber ein freundliches Geschick dennoch auf den Thron seiner Väter berufen, so hatte er sich wenigstens über eine Seite seiner künftigen Regierung im voraus eine bestimmte Vorstellung gebildet. Seine kirchenpolitische Haltung schien ihm klar vorgezeichnet. Da er als ein im Katholizismus erzogener und seinem Glauben treu ergebener Fürst über ein protestantisches Volk herrschen sollte, so meinte er seine Pflichten gegen diese Untertanen gut zu kennen. Er wollte sie redlich erfüllen, ohne alle Nebenabsichten, denn das Bild seines Vaters stand warnend vor seinen Augen. Das bedeutete praktisch so viel, dass er entschlossen war, jede Versuchung, die Katholiken und den Katholizismus zu erhöhen, von sich zu weisen. Er hat sich mit wehmutvoller Entsagung zur Erkenntnis dieser Notwendigkeit durchgerungen. „Wer könnte an meinem Wunsche zweifeln, die Katholiken zu begünstigen, aber wer weiss nicht auch, dass, wenn man darin zu weit geht, man ihnen für die Zukunft mehr schaden würde, als man ihnen im Augenblick nützen kann?“ Seinen Schutz wird er allen Religionen angedeihen lassen, „denn“, sagt er, „ich bin zwar Katholik, aber ich bin auch König.“ Er wird auch niemanden zu bekehren versuchen, es sei denn durch sein Beispiel. Denn selbst der Papst hat ihm einmal gesagt: „Sie sind zwar König, aber Sie sind kein Apostel“.[2]) So wünscht er sich auch der Zudringlichkeiten seiner Glaubensgenossen zu erwehren, die, sagt er, leider Gottes nicht lauter Heilige sind, nur zu oft mehr von weltlichem Ehrgeiz erfüllt als von wahrem Eifer, und die seine Thronerhebung lieber gar nicht wünschen, wenn sie ihm nicht zur Rechten wie zur Linken sitzen dürfen. Und

[1]) Dickson. The Jacobite Attempt of 1719 (Scott. Hist. Soc. 19) App. Nr. 35.
[2]) Stuart Papers V 513 ff.

es ist nun einmal nicht anders: an der Herrschaft kann er ihnen nicht viel Anteil einräumen, denn unter Protestanten wird er leben und ihnen muss er bei der Verteilung von Aemtern und Ehren den Vorzug geben. Die Jesuiten hat er schon aus seiner Umgebung entfernt, denn er weiss ja, wie man in England über die Mitglieder dieses Ordens denkt. So redet er im Ton der Klage über das Verhältnis der Konfessionen, das er in England finden und das er nicht wird ändern können. Und ebenso lag es seiner katholischen Denkweise auch nahe, das alle Rechte und alle Macht entbehrende Häuflein englischer Katholiken mit den Christen der ersten Jahrhunderte zu vergleichen.

Aber diese seine redliche Gesinnung wünscht er nun auch von protestantischer Seite dankbar anerkannt und mit Vertrauen gelohnt zu sehen. Dass er als römischer Katholik im Zeitalter der glorreichen Revolution und der *Act of Settlement* für den englischen Thron nicht passte, hat er nun einmal nicht einsehen wollen. Auch wollte er sich nicht anders geben, als er war. Während seiner kurzen Königsherrlichkeit im Jahre 1716 hatte man es ihm sehr verargt, als er sich weigerte, in Perth einem *Te Deum* beizuwohnen, das im Anschlusse an den täglichen Gottesdienst der Kirche von England zelebriert wurde. Er hat in einer ausführlichen Erklärung seinen Standpunkt verteidigt. Will man, so sagt er etwa, dem Volke die Meinung beibringen, als sei ich entweder schon ein Protestant oder doch auf dem besten Wege, es zu werden, so kann ich mich, von allen Gewissensbedenken abgesehen, zu solcher Heuchelei nicht hergeben. Ich habe genug Beweise geliefert, welches Glück meine protestantischen Untertanen unter meiner Herrschaft geniessen werden. Darum müssen sie mich als Katholiken nehmen oder gar nicht. Ich kämpfe nicht aus Ehrgeiz, sondern nur für ihre Ehre und Freiheit. Versagen sie ihre Mitwirkung, so wird es mehr zu ihrem eigenen Unglück beitragen als zu dem meinigen. So stand dieser Stuart den kirchlichen Forderungen des englischen Volkes, über das er herrschen wollte, im Grunde ebenso fremd und verständnislos gegenüber wie einst sein Vater, dem es die Krone gekostet hatte.

Scharte sich um den Prätendenten, wo immer er weilte, eine zahlreiche Gefolgschaft von Anhängern, unter denen die

schottischen Adligen die namhaftesten waren, so sammelte sich ein anderer Kreis um die Königin Mutter Maria zu St. Germain. Die bedeutenden Jahrgelder, die Ludwig XIV. ihr seit dem Tode des Gatten gezahlt, wurden ihr auch von dem Regenten gelassen, der freilich dadurch ein Mittel in der Hand hatte, um dem Hause Stuart seinen Willen aufzuzwingen. Maria von Modenas Leben war geteilt zwischen frommen Uebungen und der Arbeit für die Sache ihres Sohnes. Allzuviel ist es nicht, was sie für ihn zu tun vermag. Sie kann sich eifrig an der allgemeinen, jakobitischen Korrespondenz beteiligen, sie kann den Herzog von Orleans, der ihr stets höflich begegnet, gelegentlich in Geldfragen angehen, sie kann die in dem ganzen Kreise so vielerörterten Heiratspläne des Sohnes zu fördern suchen, und sie tut es als echte Mutter in dem Sinne, dass sie bei der Wahl der Schwiegertochter auch die Herzen mitreden lassen möchte. Soll man ihr glauben, so würde sie sich aber von aller politischen Betätigung am liebsten völlig fernhalten, um für das Recht ihres Sohnes nur mit ihrem Gebete zu streiten. Aber die Nähe des Pariser Hofes, die Achtung, die sie dort geniesst, machen ihre Mitwirkung unentbehrlich. Ihr Einfluss auf die Handlungen des Prätendenten ist bis an ihr Lebensende von so grosser Bedeutung, dass die Eifersucht seines Staatssekretärs Mar geweckt wird und durch Jakob Eduard beschwichtigt werden muss. Irren wir nicht, so sind es auch noch die alten Gegensätze, die hier um die Seele Jakob Eduards ringen, auf der einen Seite die streng katholische Richtung, in der die Mutter den Sohn festzuhalten strebt, auf der andern das Interesse des britischen Protestantismus, jetzt durch Mar, wie ehedem durch Bolingbroke, dem katholischen Stuart gegenüber vertreten. Er selbst meint aber frei seinen Weg zu wandeln und der Mutter nur soviel Einfluss über sich zu verstatten, wie die Sohnespflicht gebeut. „Sind wir nicht die beiden unglücklichsten Menschenkinder auf der Welt?“ ruft er einmal aus. „Meiner Pflicht würde es wiederstreiten, wollte ich bei dem gemeinsamen Ringen für unsere Sache ihr nur alle Sorgen aufbürden und ihr jeglichen Trost versagen.“ [1])

[1]) Stuart Papers IV 395.

Warum eigentlich die englische Regierung die vom festländischen Jakobitismus drohende Gefahr so ernst nahm, versteht man aber erst, wenn man erfährt, dass es sich hier um eine weitverzweigte Organisation handelt. Die nach Hunderten oder auch nach Tausenden zählenden Jakobiten, die in Frankreich und den Niederlanden sich aufhielten, hätten wohl wenig vermocht, wenn nicht über allen eine Leitung bestanden hätte, die für den gemeinsamen Zweck arbeitete. Sie alle folgten den Winken, die ihnen aus dem jakobitischen Hauptquartier erteilt wurden. Das Hauptquartier aber war dort, wo der Staatssekretär, d. h. der erste Minister Jakob Eduards weilte. Es war derselbe Graf Mar, der 1715 als Führer der schottischen Streitmacht auf dem Sheriff-Moor geschlagen worden war. Wie damals mit dem Schwerte, so diente er jetzt dem Stuart mit der Feder, nicht ein hoher Geist wie Bolingbroke, dessen Nachfolger er war, nicht ein Mann von grossen Plänen und kühner Initiative, aber ein fleissiger Arbeiter, der mit aller Welt, soweit sie nur jakobitisch war, korrespondierte und, wie seine Briefe ihn zeigen, ganz in der Sache seines Königs aufzugehen schien. Seine innerste Herzensneigung war das freilich nicht. Denn ungeachtet dieser Stellung hat er insgeheim stets nach einer Gelegenheit gesucht, die Gnade Georgs I. zu erringen und den Stuart seinem Schicksal zu überlassen. Unter ihm stehend waren viele politische Agenten an den Höfen Europas tätig und verhandelten offen oder heimlich mit den Regierungen oder ihren Organen. Dem Herzoge von Ormond, dem bedeutendsten von allen, werden wir noch begegnen. Arthur Dillon, ein irischer Jakobit, der als General in französischen Diensten Kriegsruhm gewonnen hatte, handelte lange Jahre als Agent des Prinzen Jakob am Pariser Hofe. Ein anderer, Sir Patrick Lawless spielt eine ähnliche Rolle in Madrid. Wieder einen andern, John Walkingshaw of Burrowfield, sehen wir, und wir folgen ihm einen Augenblick, wie er 1717 in einer Art von diplomatischer Mission an den Wiener Hof gesandt wird. Er soll, so heisst es in seinen Instruktionen[1]), die Minister des Kaisers zu bewegen suchen, für das Interesse Jakob Eduards einzutreten, wenn auch nicht öffentlich, so doch im Geheimen. Er muss ihnen klar machen,

[1]) Stuart Papers III 192.

dass dies in dem eigensten Interesse des Hauses Oesterreich liege, zumal im gegenwärtigen Augenblicke, da das Bündnis der Westmächte nur gegen den Kaiser gerichtet sein kann. Natürlich fehlt es auch nicht an dem Hinweis auf die günstige Stimmung der Bevölkerung von Grossbritannien und Irland. „Der Kurfürst" ist verhasst und bringt durch seine Grausamkeiten und Gesetzwidrigkeiten das Volk noch täglich mehr gegen sein Regiment auf. Was zunächst zu erbitten war, bezog sich auf den künftigen Aufenthalt des Prätendenten, der demnächst Arignon zu verlassen hatte und am liebsten in Flandern seinen Aufenthalt nehmen würde, um durch seine bedrohliche Nähe die Stellung der Regierung in England vollends zu erschüttern.

Aber bei aller wirklich vorhandenen Verstimmung des Wiener Hofes gegen Georg I., war der Erfolg der Sendung Walkingshaws sehr gering. Die Minister empfingen ihn nicht und sein Beglaubigungsschreiben durfte wegen eines angeblichen Formfehlers dem Kaiser nicht vorgelegt werden. Als er nach monatelangem Warten endlich eine Audienz beim Prinzen Eugen erhält, bedeutet ihn dieser, dass sein Aufenthalt in Wien dem Kaiser Verlegenheiten bereiten könnte und dass er besser täte, abzureisen. Kaum, dass ihm noch gestattet wurde, wie ein richtiger Diplomat so lange zu verweilen, bis das Abberufungsschreiben seines Souveräns zur Stelle wäre.[1]) Unterdessen hatte aber auch die englische Regierung von seiner Mission schon Kenntnis erhalten. In London kannte man sogar den richtigen Namen des Mannes — denn er war unter dem Pseudonym eines Mr. Obrian in Wien aufgetreten — und der englische Gesandte wusste auch genau, unter welcher Adresse die für Walkingshaw bestimmten Briefe einzulaufen pflegten. Nach dem, was geschehen war, durfte Eugen dem englischen Gesandten gegenüber auf die stets loyale Haltung des Kaisershofes hinweisen. Weniger aufrichtig war es aber, wenn die österreichischen Minister nichts von einem Auftrage wissen wollten, den dieser Mann vom Prätendenten besitze[2]).

---

[1]) Stuart Papers IV 89.

[2]) Stanyan an Stanhope. 20. März, 10., 21. April 1717. Stanhope an Stanyan. 12. März (a. St.) 1717. R. O.

Was sich aber hinter diesem Treiben abspielte, das war die emsige Wühlarbeit der über Westeuropa zerstreuten Tausende von Jakobiten, deren verzweifelte Lage sie der englischen Regierung so gefährlich machte, dass sie sie niemals, nicht eine Woche lang, aus den Augen liess. Der Prätendent ist nur der Träger der dynastischen Idee, für die sie alles aufgegeben haben und alles einzusetzen bereit sind. Es ist ein eigenes Kapitel englischer Geschichte, das sich in dem Treiben dieser Leute abspielt. Es sind Menschen, die vor dem Gange der Geschichte die Augen verschlossen haben, die alles, was sich seit den Tagen der glorreichen Revolution in britischen Landen vollzogen hat, ungeschehen machen möchten und deren ganze Staatsweisheit sich in dem Gedanken der Wiederherstellung der Stuarts erschöpft. Neben der kleinen Schar von Ehrgeizigen, die, wie Oxford und Bolingbroke, wie Mar und Ormond, die Sache des Prätendenten nur deshalb zu ihrer eigenen gemacht haben, weil es ihnen nicht gelungen ist, sich mit der Regierung des hannövrischen Königs in England zu stellen, steht die grosse Menge jener, die aus ehrlicher Ueberzeugung dem um sein Erbrecht betrogenen Königssohn die Treue hielten, die Schotten, die dem Stuart, die Katholiken, die dem rechtgläubigen Monarchen anhingen, überhaupt die Vielen, die lieber ein Leben in der Verbannung, ihrer Güter beraubt, führen, als in dem „Kurfürsten", dem „Usurpator" ihren rechtmässigen König erkennen wollten. Aufmerksam beobachten sie alle Vorgänge des politischen Lebens. An jeden wirklichen oder vermeintlichen Misserfolg der englischen Regierung knüpfen sie ihre sanguinischen Hoffnungen. Sie sind immer geneigt, die Zahl ihrer eigenen Anhänger in England zu überschätzen und in jedem Tory, in jedem Gegner der Regierung einen Jakobiten zu erblicken. Sie glauben auch stets an die Geneigtheit der fremden Mächte, für ihre Sache einzutreten. Mag nur irgendwo in Europa, sei es in Frankreich oder Spanien, bei den Mächten des Nordens, oder am Kaiserhofe zu Wien einmal gegenüber England eine unfreundliche oder gereizte Stimmung herrschen, gleich erscheinen die Sendboten Jakob Eduards, um von hier aus einen europäischen Krieg zum Sturze Georgs I. zu entzünden.

Nach der Niederwerfung des schottischen Aufstandes und dem darauf folgenden Strafgericht hatten Scharen britischer Jakobiten die Heimat verlassen, um erst zurückzukehren, wenn der stuartischen Sache der Sieg winkte. Zu Hunderten hatten sie sich in Avignon eingefunden, wo Jakob Eduard seinen Wohnsitz genommen und wo seither ein zweiter Stuart-Hof, neben dem der Königin-Mutter in St. Germain, entstanden war. Da war es ein harter Schlag für den gesamten Jakobitismus, als infolge der englisch-französisch-holländischen Tripel-Allianz vom 4. Januar 1717 dem Prätendenten der Aufenthalt nördlich der Alpen unmöglich gemacht wurde. England erklärte, den Vertrag nicht ratifizieren zu wollen, bis die Nachricht eingetroffen wäre, dass der Prätendent sich jenseits der Alpen befinde. Zuerst hatte damals die Erkrankung Jakob Eduards, die einen chirurgischen Eingriff notwendig machte, seine Abreise verzögert. Sodann hatte er Miene gemacht, nur der Gewalt nachzugeben und nicht weichen zu wollen, bis französische Soldaten erschienen, um ihn aus dem päpstlichen Gebiete zu vertreiben. Aber ehe das geschehe, werde wohl vom Vatikan her der heilige Vater donnern, und der Regent es nicht wagen, unter Anwendung so brutaler Mittel seiner Vertragspflicht nachzukommen.

Doch zu so dramatischen Vorgängen war es nicht gekommen. Nicht vor der Gewalt der französischen Bajonette ist Jakob Eduard gewichen. Der Regent hatte ein anderes Mittel bereit, um ihn zu zwingen. Die Königin-Mutter Maria unterhielt ihren bescheidenen Hof in St. Germain von den Jahrgeldern, die die französische Regierung ihr zahlte. Jakob Eduard selbst konnte die finanzielle Hilfe Frankreichs nicht entbehren. Die Armut der Stuarts bot dem Herzog von Orleans die Handhabe, um seinen Zweck zu erreichen. Die Pension der Mutter wurde so lange nicht ausbezahlt, bis der Sohn sich bereit erklärt hatte, seinen Wohnsitz in Avignon aufzugeben. Daneben ward freilich auch eine Unterhandlung zwischen einem Agenten Jakob Eduards und der Pariser Regierung geführt, deren Zweck darin bestand, den Prinzen, wohin er seine Schritte auch wende, finanziell sicher zu stellen. Ja, die Freunde des Prätendenten fanden, dass dieser

sich durch das freiwillige Verlassen seines Aufenthalts einen Anspruch auf die Dankbarkeit Frankreichs erwerbe, dass der Regent ihm goldene Brücken bauen müsse, wenn er gehe. Auch der Papst, meinten sie, werde es dankbar erkennen, wenn die Anwendung der Waffengewalt gegen sein südfranzösisches Territorium vermieden werde, er werde wohl geneigt sein, die Pension, die er dem Stuart bisher gezahlt habe, zu erhöhen, mindestens auf den Betrag, der einst der schwedischen Königin Christine gezahlt worden war. So hatte denn die Geldfrage das Schicksal des Prätendenten entschieden. Er fügte sich dem Gebot der Mächte, aber auch seine eigenen Forderungen waren erfüllt. Sogar seine persönlichen, in Avignon gemachten Schulden wurden noch von der französischen Regierung bezahlt.[1])

Wohin aber sollte er nunmehr seine Schritte wenden? Die Frage seines künftigen Aufenthalts ward viel erörtert. Das dem Schwedenkönige gehörige Zweibrücken wurde genannt. Und da Karl VI. sich der Politik der Westmächte bisher nicht angeschlossen hatte, so war auch von einem Aufenthalt in kaiserlichen Landen die Rede. Jakob Eduard wäre am liebsten nach Flandern, d. h. in die österreichischen Niederlande, gegangen. Hier wäre er seinen Freunden in England nahe gewesen und schnell zur Hand, wenn glückliche Umstände ihn dahin riefen. „Flandern ist besser als Zweibrücken", meinte auch die Königin Maria.[2]) Ja, in seinen, von der Wirklichkeit stets so weit entfernten politischen Phantasien, hoffte Jakob Eduard schon, dem Kaiser begreiflich machen zu können, wie vorteilhaft sein Verweilen in den Niederlanden für ihn werden müsse. Karl VI. werde viel nachdrücklicher mit England verhandeln können; denn bei solcher Nähe des rechtmässigen Königs werde es mit der Sache des „Kurfürsten" bald so übel stehen, dass von seiner Regierung dem Kaiser keine Schwierigkeiten mehr erwachsen würden.[3]) Der Herzog von Lothringen aber, der Freund der stuartischen Sache und ein besserer Kenner der europäischen Politik erklärte das für

[1]) Stair an Robethon. 28. Jan. 1717. Stowe Coll 388. IX. Fol. 9. Brit. Mus.

[2]) Stuart Papers III 147.

[3]) ibid. III 193.

unmöglich. Wolle der Kaiser dem Chevalier eine Zuflucht gewähren, so werde er sie ihm noch noch eher in den Erblanden bieten als in Flandern.[1]) Tatsächlich bot er sie ihm weder hier noch dort.

Ein eigener Abgesandter, Carnegy, ward mit Instruktionen und Beglaubigungsschreiben Jakobs III. auch in die Schweiz gesandt,[2]) um zu hören, ob Luzern oder ein anderer Kanton ihn aufnehmen wolle. Der Gedanke war nicht neu. Schon zu Lebzeiten der Königin Anna hiess es, der Prätendent werde, wenn er aus Lothringen verbannt würde, in die Schweiz gehen. Inzwischen hatten freilich alle Kantone, die katholischen wie die protestantischen, Georg I. anerkannt.[3]) Dennoch fehlte es auch jetzt nicht an Entgegenkommen. Die Luzerner freilich wollten ihn nicht haben, aus Furcht vor den nahen protestantischen Kantonen Bern und Zürich, die in guten Beziehungen zu England standen. Und noch vor einigen Monaten hatte der Gesandte Georgs I. alle Kantone aufgefordert, dem Prätendenten sowohl die Durchreise wie den Aufenthalt in ihren Gebieten zu untersagen. Die katholischen Kantone hatten geantwortet, den Durchzug zu verbieten, wäre gegen das Völkerrecht, aber seinen Wohnort in der Schweiz aufzuschlagen, daran denke der Chevalier wohl selbst nicht. So empfahl man zuerst Bellinzona, dann Altdorf in Uri. Schon hatte Carnegy die Zustimmung der Kantonsbehörden gewonnen, da schrieb ihm Mar, der Herzog von Orleans habe sich England gegenüber nicht nur verpflichtet, den Chevalier aus Avignon und Frankreich zu entfernen, sondern ihn auch nicht mehr diesseits der Alpen zu dulden.

So musste denn Italien das Ziel des Verbannten sein. Der heilige Vater war bereit, ihn in seinen Landen aufzunehmen. Eine grosse Reisegesellschaft mit Wagen und Pferden, mit Sänften und Maultieren, bewegte sich im Februar 1717 durch Südfrankreich. Am 15. schreibt Jakob Eduard an den Bischof von Rochester aus Montmelian[4]) und erzählt, wie er durch Schnee und Frost seine Reise vollführe. Und weiter

[1]) Stuart Papers III 578.
[2]) ibid. III 270.
[3]) Hoffmann 21.Dezember 1714. W. St. A.
[4]) Stuart Papers III 525.

über St. Jean Maurien ging es an den Mont Cenis. Die Art wie uns die Ueberschreitung des Bergpasses geschildert wird,[1]) erinnert ein wenig an den Alpenübergang Heinrichs IV. auf seinem Wege nach Kanossa. Wir lesen, wie die Wagen zerlegt wurden, wie der Prinz, der Herzog von Ormond und einige andere sich in Sänften die steilen Pfade hinauftragen liessen, die Mehrzahl der Begleiter aber auf Maultieren ritten. Dann stiegen sie von der Höhe des Passes hinunter nach Nouvellaise in das Gebiet des Königs von Sizilien, und weiter auf Susa zu, und die Beamten des Landesherrn erwiesen den Reisenden alle Höflichkeit. In England konnte man zufrieden sein. Endlich war durch die politische Verbindung der Westmächte. die in Jakob Eduard verkörperte Gefahr weit genug von den Küsten Englands abgerückt. Hinter der Schneemauer der Alpen sah man den Prätendenten gern.

---

Als Jakob Eduard also gezwungen war, Avignon zu verlassen, und über die Alpen zu ziehen, zerstreute sich auch seine Hofgesellschaft. Trübselige Briefe sind es, die er seinen Getreuen durch seinen Staatssekretär schreiben liess.[2]) Ihm in sein italienisches Exil zu folgen, will er ausser seinem persönlichen Gefolge nur einer kleinen Zahl von Edelleuten und Gentlemen zumuten, den anderen, die sich fragend an ihn wenden, muss er es frei stellen, wohin sie ihre Schritte lenken sollen. Er empfiehlt ihnen besonders Holland und Flandern, denn es heisst, dass man in diesen Gebieten ihnen wenig anhaben werde, wenn sie nicht gerade in grossen Haufen kämen, nicht zu zahlreich und auffällig an einem Platze sich zeigten, und für die Männer von Rang würde es sich empfehlen, unter fremden Namen aufzutreten. Allein der Arm der englischen Regierung und die ihr durch den Vertrag verliehenen Rechte reichten weit genug. Auch die zahlreich in Paris und St. Germain sich aufhaltenden Freunde müssen auseinander gehen, aber den meisten von diesen wird es doch möglich sein, wenigstens in Frankreich zu bleiben. Selbst den Vornehmsten, deren Ausweisung die englische Regierung nach dem Wortlaut des Vertrages fordern könnte, wird sie

[1]) ibid. 539 ff.

[2]) z. B. Stuart Papers III, 490, 495, 502, 504, 506.

kaum nachforschen, vorausgesetzt, dass sie sich nicht in grosser Ansammlung irgendwo einfinden und nicht viel Geräusch verursachen. In Toulouse, wo viele weilen, müssen sie sich in der Umgegend zerstreuen, in Bordeaux sollen sie die Küstengegend meiden und das Land hinauf und hinunter ziehen, immer nur wenige beisammen und unauffällig, „damit nicht der englische Gesandte ihre Ausweisung fordern möge, auf Grund des Vertrages". Es wäre gut, wenn sie bleiben könnten, wo sie sind, denn von da können sie sich am leichtesten nach der Heimat einschiffen, wenn einmal die rechte Stunde gekommen ist.

So geschah es denn, dass die auswärts lebenden Jakobiten, seit der Prätendent fort war, am zahlreichsten in den England nächstgelegenen Teilen des Festlandes zu finden waren, aber weit zerstreut, in Holland, in den österreichischen Niederlanden, in Frankreich. Und sogleich setzten auch die Bemühungen der englischen Regierung ein, sie aus so gefährlicher Nähe in entferntere Länder zu treiben. Nicht überall fand sie das gleiche Entgegenkommen. Die Generalstaaten der Niederlande freilich, als eine befreundete und vielfach von der englischen abhängige Regierung, fügten sich gern. Von hier aus drohte dem Throne Georgs I. in den nächsten Jahren keine Beunruhigung mehr. Ein Agent des Prätendenten erklärte zwar dem Prinzen Eugen[1]): „Es fehlt uns auch in Holland nicht an Freunden," aber viele mögen es nicht gewesen sein, und von grösserer Regsamkeit derselben zu Gunsten Jakobs III. hört man nicht viel.

Weit ernster lag die Frage in Flandern, dem alten Wetterwinkel der englischen Thronumwälzungen aus der Zeit der Rosenkriege. Hier traten die Jakobiten — wir erfahren allerdings keine genauen Zahlen — doch in viel grösserer Menge auf. Ihre Anwesenheit bildet in den Jahren 1716 und 1717 ein häufiges Thema für diplomatische Verhandlungen zwischen England und Oesterreich. Der englische Resident in Brüssel, Leathes, erhielt immer wieder den Auftrag, sie genau zu beobachten, ihre Briefe, wo es ihm möglich ist, abzufangen, über ihr Treiben zu berichten, Namen und Listen

[1]) Stuart Papers V 533.

nach London zu senden.[1]) Im Mai 1717 wandte sich Abraham Stanyan, der englische Gesandte in Wien, an den Prinzen Eugen mit der Klage über die grosse Zahl der „Rebellen", die sich in den österreichischen Niederlanden aufhielten, die offenbar bereit sein wollten, wenn etwa die erwartete schwedische Invasion erfolgte, in hellen Haufen nach England hinüber zu schwärmen. Stanyan bat, man möge dem stellvertretenden Gouverneur, Marquis Prié, den Befehl erteilen, die Leute zu vertreiben.[2]) Die Sache wird dem Kaiser vorgetragen und Stanyan erhält vorläufig den günstigen und höchst einfachen Bescheid, man werde Prié befehlen, alle diejenigen Untertanen des Königs von England auszuweisen, die der englische Resident namhaft machen werde.[3]) So hätte Leathes nur seine Proskriptionslisten überreichen dürfen und die Vertreibung aller England missliebigen Elemente aus den Niederlanden hätte begonnen. Das schien aber wohl dem Marquis Prié zu weit zu gehen. Denn nun ward plötzlich die Verhandlung am Kaiserhofe von neuem, aber in ganz anderem Tone, wieder aufgenommen. In der dem englischen Gesandten überreichten Denkschrift[4]) hiess es, die von Leathes abgegebenen Erklärungen gingen von der falschen Voraussetzung aus, als ob sich in den Niederlanden in grosser Menge Engländer aufhielten, die als notorische Teilnehmer am schottischen Ausstande zu betrachten seien. Die Tatsache wurde also geleugnet. Immerhin habe man dem Marquis Prié den Befehl gegeben, Personen von hohem Rang, die der englischen Regierung verdächtig seien, nicht im Lande zu dulden, den anderen aber mitzuteilen, sie müssten sich jeder feindlichen Handlung oder Korrespondenz zum Schaden Englands ent-

[1]) Townshend an Leathes, 21. Febr. 1716; ders. an dens. 5. Okt. 1716; Sunderland an Leathes, 10., 17., 31. Mai, 17. Juni, 19. Juli 1717. R. O. Flanders 149.

[2]) Stanyan an Sunderland, Wien, 8. Mai 1717. R. O. Von den Jakobiten in Flandern handeln auch einige Stücke in den Stuart Papers IV.

[3]) Marquis Rialp an Stanyan, 22. Mai 1717. (Beilage zu Stanyans Bericht vom selben Tage). R. O.

[4]) „Réponse donnée par M. le Marquis de Rialp, le 7. juillet 1717." R. O. *La troisième demande se fonde sur l'avis faux, que dans les Pays-Bas il y ait quantité d'Anglais supposés complices dans la conspiration d'Ecosse.*

halten, sonst würden sie nach den Gesetzen des Landes bestraft werden. Weiter können wir nicht gehen, hiess es in der Denkschrift, denn das hiesse, Flüchtlingen, die im Lande Schutz suchen, das Gastrecht verweigern. Das tun auch die Holländer nicht, und das wird auch England nicht verlangen, denn es hiesse der Souveränität des Kaisers zu nahe treten. Meint aber Leathes, einem oder dem anderen der „*refugiés*" misstrauen zu müssen, so möge er Prié seine Bedenken mitteilen.

Mit anderen Worten: nur die Häupter der Rebellion wollte man aus den Niederlanden entfernen. Wegen der übrigen mochte Leathes in jedem Falle Vorstellungen erheben, über deren Berechtigung Prié zu entscheiden hätte. Eine so glatte Ablehnung seiner Forderungen liess aber England sich von Oesterreich nicht bieten, zumal in einer Zeit, da dieses der englischen Flotte zum Schutze seiner Mittelmeerstellung nicht entraten konnte. Als Stanyan 8 Tage später eine neue Note überreichte, ward diese von den österreichischen Ministern mit einem Gefühl der Erleichterung entgegengenommen, denn inzwischen waren ihnen selbst schon Bedenken aufgestiegen wegen des rauhen Tones, den sie angeschlagen hatten. Stanyan, dieses bemerkend, erklärte rasch, wenn auch nicht wahrheitsgetreu, er habe die österreichische Denkschrift gar nicht nach London gesandt. In seiner neuen Note[1]) aber behauptete er, es handle sich keineswegs nur um „unzufriedene Vasallen Seiner Britannischen Majestät, die in die Niederlande geflüchtet seien", (wie es in der Wiener Denkschrift hiess), sondern um überführte Hochverräter, um Leute, die gegen ihren König die Waffen getragen hatten, die ihr Vaterland vernichten wollten, und die, von diesem Geiste der Rebellion erfüllt, die Niederlande nur als den bequemsten Ort betrachteten, um für ihre Pläne zu arbeiten. „Und bedenken sie doch", so fährt Stanyans Note emphatisch fort, „welch ein schmerzlicher Anblick es dem Könige sein muss, während seine anderen Nachbarn ihm jedes gewünschte Entgegenkommen in der Behandlung der Rebellen beweisen und ihnen jeden Unterschlupf

[1]) Sie ist vom 13. Juli 1717 datiert. (Beilage zu Stanyans Brief an Sunderland, 14. Juli 1717) R. O.

CHELSEA PUBLIC LIBRARY

verweigern, dass diese eine sichere Zuflucht finden sollten allein in den Landen des Kaisers."

Oesterreich gab nach. Nach etlichen Wochen, die wir uns abermals durch einen Gedankenaustausch zwischen Wien und Brüssel ausgefüllt denken müssen, erhielt Stanyan die Mitteilung,[1]) man werde Prié alle Befehle so schicken, wie England sie nur wünschen könne. Gewiss waren es nicht Stanyans Argumente allein, die diesen Umschwung bewirkt hatten. Die Spanier hatten in diesem Sommer ihren Angriff auf Sardinien siegreich ausgeführt. Ein Kampf im Mittelmeergebiet stand bevor und Oesterreich hatte mehr Grund als je, die Freundschaft Englands zu pflegen. So hatte England es seiner Seemacht zu danken, wenn es fortan wegen Flanderns beruhigt sein durfte.

Am schwierigsten war die Lösung der „Rebellen"-Frage gegenüber der Regierung Frankreichs, und in der Tat ist sie hier auch nicht gefunden worden. Der Hof von St. Germain als der natürliche Sammelpunkt aller jakobitischen Bestrebungen im ganzen Frankreich, konnte nicht ausgemerzt, höchstens in seinem Treiben niedergehalten, niedergedämpft werden. Und was sich, mit St. Germain in fortwährender Berührung, in dem grossen Paris bewegte, war schwer zu kontrollieren. Hier war tatsächlich ein niemals erlöschender Herd des Jakobitismus, der auch der Regierung des Herzogs von Orleans oft sehr unbequem wurde. Rund herum endlich das weite Frankreich, das auch nicht jahraus, jahrein nach stuartisch Gesinnten abgesucht werden konnte. Während der ganzen Zeitspanne von 1716—1718, die wir gerade im Auge haben, ist andauernd zwischen England und Frankreich über die Jakobiten verhandelt worden. Das Thema verschwindet niemals völlig aus den Berichten des Grafen Stair, deren Inhalt im übrigen durch die grosse, Europa umfassende Bündnispolitik der beiden Mächte bestimmt war. Graf Stair unterhielt offenbar einen ausgedehnten, vorzüglich arbeitenden Kundschafterdienst. Er braucht nicht erst von den fran-

[1]) Stanyans Bericht vom 4. September 1717. R. O. Die bei Haile a. a. O. 249—50 mitgeteilte Angelegenheit gehört, streng genommen, nicht in diesen Zusammenhang.

zösischen Behörden zu erfahren, wo der Herzog von Ormond oder Graf Mar sich eben aufhalten, denn er weiss es besser als sie. Er begibt sich selbst zum Regenten, er nennt ihm den Ort und das Haus und fordert die Ausweisung.[1]) Oder er beklagt sich darüber, dass Dillon, der Generalleutnant im Dienste Frankreichs, zugleich offen als Minister des Prätendenten auftreten dürfe. Mit solchen Klagen kommt Stair nicht nur ein einzelnes Mal, sondern oft.[2]) Der Regent ist vielleicht auch nicht schlecht unterrichtet, aber er tut jedesmal sehr erstaunt, ja entrüstet, dass man so mit seiner Autorität spiele, dass jene Häupter, denen schon so oft mitgeteilt worden ist, sie müssten den Boden Frankreichs verlassen, es dennoch nicht getan haben. Geschieht es jetzt wieder nicht, so wird man sie ergreifen, ja, die sämtlichen Jakobiten werden gewisslich des Landes verwiesen werden. Gleichwohl bleibt stets alles beim alten. Immer wieder kommt Stair als lästiger Mahner, manchmal von seiner Regierung angefeuert,[3]) häufiger aus eigenem Antriebe und mit den sorgfältig aufgezeichneten Ergebnissen seiner Nachforschungen in der Hand. Der Regent, mit dem ihm eigenen Talent, unangenehme Dinge ruhig anzuhören und freundlich darauf zu erwidern, wird nicht müde, immer dasselbe zu versprechen. Aber eigentlich ist die nie versagende Geduld des Gesandten noch mehr zu bewundern, bis endlich, im August 1718, sein Bericht doch einmal in die melancholische Betrachtung ausklingt: „Mit der Entfernung der Rebellen steht

---

[1]) z. B. Stairs Berichte vom 2. Juni, 7. Juli, 18. Aug.. 21. Sept. 1717. Sämtlich im Rec. Off.

[2]) z. B. Stairs Berichte vom 21. Sept., 24. Nov. 1717, 16. April, 4. Mai 1718. R. O.

[3]) Besonders eindringlich Craggs an Stair 17. April 1718, wo es heisst: . . . . *you should immediately and in form wait upon the Regent, to represent to His Royal Highness, how very strange it appears here, that while the King is entering into the strictest bond of friendship with him personally, designs to dethrone and murder him should not only be openly carried on in France where he governs, but even by officers in his service, that it should not only be an azylum to protect His Majesty's rebel subjects, but that shey should there provide men, arms, ships and money to disturb his government; Your Excellency is to do this in the most pathetic but friendly expostulations with His Royal Highness.*

es immer noch auf dem alten Fleck. Jede Woche sagt mir der Regent, sie sollen fortgeschickt werden und immer sind sie noch da.“ Es war nicht anders: Die Person des fürstlichen Stuart, dessen Bild allen Jakobiten voranleuchtete, hatte man bis nach Italien treiben können; der Jakobitismus aber war drohend, diesseits der Alpen geblieben; er trieb versteckt in England und Schottland, mit weit mehr Geräusch aber in Frankreich sein Wesen.

---

Nach der Erwähnung der auf dem Festlande zerstreuten Anhänger des Prätendenten mögen hier auch einige Bemerkungen über seine finanzielle Lage am Platze sein. Jakob III. war nicht nur ein König ohne Land, er war auch ein Fürst ohne Vermögen und ohne eigenes Einkommen. Seine Finanzen beruhten im wesentlichen[1]) auf einer Pension von monatlich 50 000 Livres französischen Geldes, die nicht ihm, sondern seiner Mutter zur Unterhaltung ihres kleinen Hofes von der französischen Regierung gezahlt wurden. Er selbst erhielt vierteljährlich 5000 römische Kronen vom Papste. Da diese beiden Quellen gewissermassen zusammenflossen, so ergab sich nach Reduzierung des Ganzen auf eine jährliche Summe in einer und derselben Münze ein Jahreseinkommen von 683000 französischen Livres als Grundlage der gesamten stuartischen Finanzwirtschaft. Von dieser für jene Zeit gewiss nicht gering erscheinenden Summe wurden aber nicht nur die Kosten zweier Hofhaltungen, sondern noch eine Menge anderer Ausgaben bestritten, darunter auch erhebliche Jahrgelder an die auf dem Festlande lebenden, oft in grosser Bedrängnis befindlichen Anhänger des Hauses Stuart. Ein gewisser William Dicconson war viele Jahre lang der Schatzmeister oder, mit einiger Uebertreibung gesprochen, der Finanzminister des Hauses Stuart, der von St. Germain aus die gesamten Einnahmen und Ausgaben verwaltete. Wir kennen einiges von den Ziffern seiner Rechnungsablegung.[2]) Für das Jahr 1718 wurden an bedürftige auf dem Festlande

[1]) Vgl. Stuart Papers V p. XX ff.

[2]) Stuart Papers IV, 26 ff., V 425 ff., 593 ff.

lebende Jakobiten Pensionen in der Gesamthöhe von etwa 46 000 Livres gezahlt. Einzelne Namen werden dabei nicht genannt. Aber die Stellen, an denen die Beträge zur Auszahlung gelangen — es sind 12 270 Livres in Paris, 11 905 in Bordeaux, 2405 in Holland, 5072 in Brüssel, 535 in Lüttich, 4403 in St. Omer, 9373 in St. Germain — diese geographischen Angaben fallen offenbar zusammen mit den jakobitischen Zentren auf dem Festlande. Und wenn man ferner annimmt, dass die durchschnittliche Höhe der den einzelnen Jakobiten gezahlten Pensionen überall ungefähr dieselbe gewesen sein mag, so könnte man aus den obigen Zahlen auch noch die Verteilung der Jakobiten auf die einzelnen Länder ablesen. Es würde sich ergeben, dass etwa vier Fünftel aller mit Pensionen Bedachten in Frankreich lebten, der zehnte Teil in den österreichischen Niederlanden und etwa ein Zwanzigstel in Holland — Zahlen, die auch wiederum gut zu demjenigen stimmen, was wir aus den Verhandlungen der Diplomaten über dieses Thema bereits erfahren haben.

Obwohl nun diese Pensionen noch lange nicht den zehnten Teil der Jahreseinkünfte verschlangen, so kam es doch vor, dass der gewissenhafte Verwalter der stuartischen Finanzen erklärte, die Pensionen könnten bei der Knappheit der Mittel nicht weiter gezahlt werden, bis dann Jakob Eduard persönlich entschied, die Zahlungen sollten dennoch fortgesetzt werden.[1]) Weit grössere Summen wurden durch die laufenden ordentlichen und ausserordentlichen Ausgaben, die Kosten der Hofhaltungen, die Reisen der politischen Agenten, durch den Geldaufwand für alle möglichen Zwecke in den verschiedensten Ländern, verbraucht. Um so mehr wundert man sich, zu hören, dass der Prätendent sich gelegentlich noch zur Zahlung hoher Geldunterstützungen an befreundete Fürsten erbietet. Im August 1717 erwartet man den Beginn der Friedensverhandlungen zwischen Peter dem Grossen und Karl XII. Dann, nach erfolgtem Friedensschlusse, werden Russland und Schweden gemeinsam für das Haus Stuart eintreten, doch nur, wenn ihnen eine hohe Geldunterstützung zugesagt werden kann. Man nennt die Summe von 100 000 £. Aber woher diese

[1]) Stuart Papers VI 398, 462.

nehmen? Unter den englischen Jakobiten soll eine Kollekte veranstaltet werden, zwar nicht unter allen, denn das würde zu leicht entdeckt werden. Doch mögen zwanzig der angesehensten je 5000 £ vorschiessen, die sie nach erfolgter Restauration mit Zinsen zurückerhalten werden.[1]) Zur Veranstaltung einer solchen Sammlung ist es zwar nicht gekommen. Aber schon dass man diese Lösung ins Auge fasst, zeigt, dass es unter den englischen Jakobiten an Finanzkraft und Opferwilligkeit nicht fehlte.

---

In langsamer Fahrt durch Italien hatte Prinz Jakob Eduard sich seinem Ziel, den päpstlichen Landen, genähert. Er berührte Turin und hatte eine Zusammenkunft mit dem Könige von Sizilien. Da dieser zur Zeit den Utrechter Frieden noch nicht angenommen hatte, so hoffte der Stuart, in ihm einen Freund zu finden. Der kluge Viktor Amadeus aber hütete sich wohl, sich mit einer so wenig Erfolg versprechenden Sache zu verbinden. So beschränkte sich der Verkehr der beiden fürstlichen Personen auf blosse Höflichkeiten, und als der Prinz es wagte, den Beistand des Königs offen anzurufen, da erhielt er eine schroffe Ablehnung.[2]) Der Prätendent schrieb seiner Mutter einen kurzen, verstimmten Bericht über diese Verhandlung und setzte enttäuscht seine Reise fort. Immerhin hatte er mit seiner verbindlichen, weltmännischen Art einen guten Eindruck am Turiner Hofe hinterlassen, wenn wir nämlich die Worte ernst nehmen dürfen, welche die Herzogin-Witwe von Savoyen der Königin Maria über ihren Sohn schrieb: „Ich habe ihn gut aussehend gefunden, voller Geist und mit der Sitte und dem Anstande, wie es seinem Range entspricht.“[3]) Die Reise ging über Bologna und Imola nach Pesaro, seinem nächsten Ziel. Von hier aus unternahm er eine Fahrt nach Rom, doch nur zu vorübergehendem Aufenthalt. Denn seinen dauernden Wohnsitz in der Residenz des heiligen Vaters zu nehmen, widerrieten seine Freunde ihm dringend. „Ich wünschte sehr“, schreibt einer von ihnen, es

---

[1]) Stuart Papers IV 520 ff.
[2]) Stuart Papers IV 119.
[3]) Stuart Papers IV 143.

sprächen nicht Gründe dagegen, dass er, statt einen entlegenen Erdenwinkel wie Pesaro oder Urbino zur Stätte seines Exils zu machen, nicht lieber an dem Punkte der Welt wohnen sollte, wo er mit allen Mächten der Christenheit leicht verkehren kann, solange nämlich, bis es ihm vergönnt sein wird, dahin zu gehen, wo er von Rechts wegen sein sollte.[1])

Dass Rom, der Sitz des Papstes, seines hohen Beschützers, die ewige Stätte der Heiligtümer und der Erinnerungen, den Stuart mächtig anzog, bedarf keiner Erklärung. Er hat auch wie jeder andere Reisende die Sehenswürdigkeiten der Stadt gewissenhaft in Augenschein genommen. Er sah Antike und Renaissance, er empfand die „Grösse der alten Römer und die Kleinheit der modernen", er bewunderte die Schönheit der Peterskirche und der Statuen auf dem Kapitol und fand nach 14tägigem Aufenthalte, dass er eigentlich noch einen Monat brauchen würde, um alles so recht mit Musse geniessen zu können. Aber das war natürlich nicht der einzige Zweck dieses Besuches. Er empfing die Kardinäle sowie die sämtlichen fremden Minister am päpstlichen Hofe mit Ausnahme des kaiserlichen Gesandten. Und die Bedeutung dieser Audienzen war auch um deswillen gewiss nicht geringer, weil sie keinerlei offiziellen Charakter trugen, „ich bin", sagt er, „sehr streng in meinem Inkognito." Und dann trat er vor das Antlitz des Heiligen Vaters selbst. Er beschreibt Klemens XI. als einen hochgewachsenen, für sein Alter sehr gut aussehenden Mann. Es mag Klügere geben, aber er habe offenbar seinen gesunden Menschenverstand. Seine Art gegen den jungen Stuart war reizend und liebenswürdig. Das Gespräch kam natürlich auf die Religion. Jakob Eduard fand in dem, was der Papst sagte, seine eigene Auffassung vollkommen wieder. „Es würde Sie ebenso sympathisch berührt haben wie mich", schreibt er dem Grafen Mar, seinem Staatssekretär.[2])

Aber dieses Mal war Mar ganz anderer Meinung. Er machte seinem Könige ernste Vorhaltungen, dass er überhaupt nach Rom gegangen war. Kardinal Gualterio, der stuartische Sachwalter in Rom, und auch die Königin Maria, beide hatten es ausgeplaudert, der Prinz sei nach Rom gegangen

[1]) Stuart Papers IV 285.
[2]) Stuart Papers IV 282, 288.

aus blosser Verehrung für die katholische Religion; sein sehnlicher Wunsch sei es gewesen, an der Fronleichnamsprozession an heiliger Stätte teilzunehmen. Wenn erst das kaum beschwichtigte Misstrauen der protestantischen Freunde in England von neuem rege wird, schreibt Mar, „dann fahrt wohl ihr Hoffnungen, jener Dämon wird wiederkehren, siebenmal schlimmer als je zuvor.“ [1]) Und auch Ormond meinte,[2]) die Whigs werden natürlich sagen: Rom zu sehen, war nur ein Vorwand. Es galt einen Vertrag mit dem Papste zu schliessen zum Schaden des gesamten englischen Protestantismus. Solchen Vorwürfen gegenüber suchte der Prinz sich zu rechtfertigen, so gut er konnte. Was er getan, dass er die Fronleichnamsprozession an sich vorüberziehen liess (denn mehr sei es nicht gewesen), dass er am Tage St. Petri den Papst die Messe lesen hörte, ist nichts anderes als was auch jeder Protestant in der Welt zu tun pflegt, wenn die Gelegenheit sich ihm bietet. Keinerlei besondere Andachtsübungen hat er ausgeführt. Seine Neugierde zu befriedigen und der Wunsch, Geldmittel zu bekommen, das waren seine Absichten. „Die Religion, ich kann es Ihnen versichern, hat keinen Anteil an dieser Reise gehabt. Dies nur zu Ihrer Orientierung.“ [3]) So eng begrenzt war die Freiheit der Bewegung, die der katholische Anwärter auf die englische Krone sich gestatten durfte. Es liegt etwas von der Tragik im Leben Jakob Eduards in solcher Anklage und Verteidigung.

Noch ward ein kleiner Abstecher nach Castel Gandolfo, dem anmutigen Landsitze des Papstes am Albaner See unternommen, wo die Engländer sich darüber wunderten, dass man hier zu Lande nur Geld für Statuen, Bilder und Musik ausgebe, aber für die Gartenkunst so wenig übrig habe.[4]) Dann, am 11. Juli 1717, traf der Prätendent zu dauerndem Aufenthalte in Urbino ein. In dem geräumigen päpstlichen Palaste hat er den Winter 1717 auf 1718 verbracht. Vor 200 Jahren, in den Tagen Raffaels, war Urbino „der Ort, wo alles zusammenkam, was in Italien auf Rang und Bildung

[1]) Stuart Papers IV 349 ff.
[2]) Stuart Papers IV 370.
[3]) Stuart Papers IV 394.
[4]) Stuart Papers IV 371.

Anspruch machen konnte, die anerkannte Schule der feinen Sitte."[1]) Jetzt war es ein verlorenes Nest, das in den Vorbergen der Apenninen versteckt lag. Da hauste nun der verbannte Stuart mit seinem kleinen Hofhalt — *the Court of Urbino* nennen ihn sehr wichtig die jakobitischen Korrespondenzen.

Die zahlreiche Gesellschaft, die sich in Avignon um ihn versammelt hatte, war in alle Winde zerstreut. Immerhin ward, als im November 1717 auch der Staatssekretär Lord Mar erschien, gleichsam das Hauptquartier des Jakobitismus nach Urbino verlegt, obwohl es nicht leicht war, von diesem entfernten Erdenwinkel aus Politik zu treiben. „Sie sind in dem Lande der Lebenden", schreibt Jakob Eduard an einen Freund in Lothringen,[2]) „ich bin in einer Einöde zwischen schneebedeckten Bergen. Von dem was draussen bei Ihnen geschieht, erfahren wir erst, wenn die Welt sich längst wieder verändert hat." Mar hatte nicht nur die Geschäfte, sondern auch ein Stück Geselligkeit mit an den Hof von Urbino gebracht. Der kunst- und musikliebende Mann hatte sich zuvor in Venedig und Bologna ganz dem Genusse italienischer Musik hingegeben. Hier in Urbino veranstaltete er in den von ihm bewohnten Räumen des Palastes dreimal wöchentlich seine kleinen Hauskonzerte. „Wir haben ein paar gute Stimmen und gute Instrumente", schreibt er.[3]) Und jeder gab sein Bestes. Ein Lord Panmure spielte die Bassgeige, Graf Marishall die Flöte. Zuweilen gesellte sich auch „der König" zu diesem Kreise, und auch er begann an der italienischen Musik Gefallen zu finden. Zu anderen Zeiten aber trieb es ihn hinaus aus der schweren, musikalischen Atmosphäre des Hauses. Dann wandelte er als einsamer Spaziergänger über die schneeigen Bergpfade der Apenninen.

So schien dieses Urbino recht ein Plätzchen und eine Umgebung, um das Getriebe der grossen Welt völlig zu vergessen. Trotzdem ruhte die politische Arbeit an keinem Tage. Mit jeder Post flogen die Briefe hinaus nach England, nach Frankreich, nach den Niederlanden, und ebenso regelmässig

[1]) Wölfflin, Die klassische Kunst, 1899, 198.
[2]) Stuart Papers V, 454.
[3]) Stuart Papers V, 231.

liefen die Nachrichten ein über die Ereignisse aus aller Herren Länder. Beschlüsse wurden gefasst, Weisungen erteilt und neue Anknüpfungen versucht. Der kleine Königshof von Urbino schien sich der Aufgabe, englische Geschichte zu machen, mit nicht geringerem Eifer zu widmen als nur der Hof von St. James dieses vermochte.

---

So hatte der Prätendant seinen dauernden Aufenthalt in päpstlichen Landen gefunden und England hätte wohl nicht so bald wieder einen Grund gehabt, sich mit seiner Person zu beschäftigen, wenn nicht einige Wochen nach seiner Ankunft in Urbino ein aufsehenerregender Vorfall sich zugetragen hätte, in dem Jakob Eduard, der Papst, die englische Regierung und sogar der Kaiser eine Rolle spielten.

Graf Peterborough, der einst vielgefeierte Eroberer Barcelonas, der seither freilich noch mehr durch seine bizarren politischen Pläne und seine kostspieligen Reisen in aller Herren Länder zu einer europäischen Berühmtheit geworden war, begab sich 1717 wieder einmal mit grossem Gefolge auf die Reise nach der Apenninenhalbinsel. Er ward bei seiner Ankunft auf französischem Boden mit militärischen Ehren begrüsst, er verweilte in Paris und setzte dann mit merkwürdiger Eile seine Reise fort.[1]) Sicherlich würde aber niemand einen andern Zweck dieser Reise vermutet haben, als dass sie etwa aus Gesundheitsrücksichten oder zur Befriedigung der Schaulust unternommen sei, wenn sich nicht, noch ehe der Lord sein Vaterland verlassen hatte, das unsinnige Gerücht an seine Fersen geheftet hätte, er gehe nach Italien, um den Prätendenten zu ermorden. Der Pariser Kreis, Dillon und die Königin Maria, die es von London empfingen, schüttelten den Kopf, meinten es aber doch weitergeben zu sollen, damit Jakob Eduard auf seiner Hut sein könne. Ebenso verhielt sich Graf Mar. Auch noch von anderer Seite ward der Prinz gewarnt. Kardinal Origo, päpstlicher Legat in Bologna, teilte ihm den Inhalt eines von unbekannter Hand geschriebenen Briefes mit, der die Behauptung enthielt, Peterborough und

[1]) Stuart Papers IV 510, 525.

ein verkleideter Mönch seien zur Ausführung eines solchen Anschlages miteinander auf die Reise gegangen.[1]) Nach diesen Zeugnissen hielt Jakob Eduard sein Leben wirklich für bedroht. Als er hörte, Peterborough sei auf dem Boden des Kirchenstaates, in Bologna, eingetroffen, sandte er, der Entscheidung des Papstes vorgreifend, Origo den Befehl, den englischen Lord mit seiner gesamten Dienerschaft und seinen Papieren sofort ergreifen zu lassen. Der Papst war mit allem einverstanden, was Jakob Eduard tat. Denn der als König Anerkannte sollte in päpstlichen Landen schalten dürfen, als sässe er auf seinem Throne in London und wollte einen schweren Verbrecher zur Strafe ziehen.[2])

So ward der vornehme Reisende, der wohl durch sein exzentrisches Wesen auffiel, aber wahrhaftig niemandem gefährlich war, am 11. September 1717 in Bologna verhaftet und als Gefangener der päpstlichen Regierung nach dem nahegelegenen Fort Urbano gebracht, um daselbst einem strengen Verhör unterworfen zu werden. Keine Spur eines Beweises hat sich gefunden, die Durchsuchung der Papiere blieb völlig ergebnislos. Peterborough leugnete nicht nur jede Schuld, sondern gab sich sogar flink als einen im Herzen jakobitisch gesinnten Mann. Die angeblich belastenden Tatsachen, dass er vor der Abreise von Georg I. empfangen worden, dass er sogar mit ihm und seinen Damen gespeist habe,[3]) dass er vielleicht grössere Geldmittel und Kreditbriefe als nötig mit sich führte, waren in Wahrheit ganz belanglos. Doch wurde er nicht sofort entlassen, sondern ihm auferlegt, noch fernere Zeugnisse seiner Unschuld herbeizuschaffen. Auch über die Art und den Ort seines Gefängnisses fanden umständliche Erörterungen statt. Am 15. Oktober ward er aus der Haft von Fort Urbano befreit,[4]) ward mit allen seinem Stande gebührenden Ehren nach Bologna zurückgeführt, musste aber sein Ehrenwort geben, sich von dort nicht zu entfernen, bis

[1]) Head, The fallen Stuarts, 1901, 202.

[2]) Ebd. 203.

[3]) Hierüber wie über die Entstehung des ganzen Gerüchts unterrichtet am besten ein Brief von Menzies, Stuart Papers V 166 ff.

[4]) Die mit vielen Einzelheiten ausgeschmückte Erzählung bei (Limier) Memoires du règne de George I (1729) 3, 25 ff. wird jetzt durch die zahlreichen in den Stuart Papers IV und V mitgeteilten Akten im ganzen bestätigt.

er sich von allem Verdacht gereinigt hätte. Aber noch ehe dieses geschah, hatte die ärgerliche Angelegenheit so viel Lärm gemacht, hatte dem Papste so viel Sorge bereitet, dass der Chevalier sich auf seine Fürbitte am 14. November entschloss, den Lord völlig in Freiheit zu setzen.

In England wirkte die Kunde von dem Missgeschick, das den exzentrischen Grafen betroffen hatte, anfangs fast erheiternd. Die Minister lachten schadenfroh und erklärten höhnisch: wer wird wohl nach dem fragen oder ihn zurückfordern?[1]) Aber bald schlug die Stimmung um. Die öffentliche Meinung besann sich auf die dem englischen Parlament in einem Mitgliede des Oberhauses angetane Schmach und forderte Rache. Wenn sich jetzt die Regierung nicht entschlossen zeigte, so musste sie erwarten, durch eine Adresse aus dem Parlamente zu weiteren Schritten gezwungen zu werden.[2]) Bald sprach man von englischen Kriegsschiffen, die an die päpstliche Küste fahren und das feste Civitavecchia bombardieren sollten.[3]) Das klang wie eine leere Drohung, war aber doch wohl ernst gemeint. Der Minister Sunderland erklärte nämlich dem österreichischen Residenten Hoffmann, es sei nun an der Zeit, einmal mit dem Papste abzurechnen. Die von ihm allen Feinden Englands geleisteten Geldhülfen, die Anordnung von Bettagen für das Gelingen der Unternehmungen des Prätendenten, die Verhaftung Peterboroughs, das alles habe nun die englische Regierung bewogen, einige Schiffe auszurüsten, um der päpstlichen Küste „eine Visite zu geben". Und auch die in England sich aufhaltenden Generalvikare sollten die Hand der Regierung zu fühlen bekommen.

Vielleicht wünschte aber der Minister in diesem Augenblicke nur, dem so Angeredeten die Gelegenheit zu geben, ein Wort für den Papst einzulegen. Denn der Vertreter des Kaisers war am Hofe von St. James der natürliche Anwalt der päpstlichen Interessen. Hoffmann erwiderte denn auch, wie könne man nur wegen des herumvagierenden, zu jeder Torheit fähigen Lord Peterborough so viel Aufhebens machen? Darum die armen Geistlichen verfolgen, oder gar die Küsten

[1]) Stuart Papers V 133.
[2]) Hoffmann, 22. Okt. 1717. W. St. A.
[3]) Stuart Papers V 167.

des Kirchenstaates verheeren? Da sollte doch wenigstens vorher eine Genugtuung gefordert worden sein. Auf die damit gegebene Anregung ging der Minister sofort ein und fragte, ob vielleicht Graf Gallas, der kaiserliche Botschafter am römischen Hofe, mit einer solchen Forderung beauftragt werden könnte. Hoffmann meinte, dies im Namen des Kaisers wohl zusagen zu dürfen. Drei Tage später empfing er die Abschrift einer Weisung, die von dem englischen Staatssekretär Addison ausgestellt und an Graf Gallas gerichtet war, nicht anders als ob dieser ein in englischen Diensten stehender Diplomat wäre.[1]) Fünf Forderungen sollte Gallas stellen: die sofortige Freilassung des Gefangenen, die Erklärung, dass die Verhaftung nicht im Auftrage des Papstes erfolgt sei, die Bestrafung des Kardinal-Legaten von Bologna, das Versprechen des Papstes, sich nie wieder in englische Angelegenheiten zu mischen und in keiner Weise die Sache des Prätendenten zu unterstützen, und endlich die Zusicherung, dass er fortan die Belästigung englischer Untertanen in seinem Gebiete nicht wieder zulassen werde, am wenigsten mit Rücksicht auf die Wünsche des Prätendenten. Diesen fünf Forderungen war die Drohung hinzugefügt, im Falle der Weigerung werde ein Geschwader von englischen Kriegsschiffen an die päpstlichen Küsten segeln, „*où elle trouvera occasion de donner des marques du juste ressentiment de Sa Majesté.*“

Der Kaiser konnte sich der ihm also zugeschobenen Rolle des Vermittlers kaum entziehen. Indem er nur gegen die äussere Form, die von englischer Seite gewählt war, leisen Tadel erhob, erklärte er, die dem Grafen Gallas „an sich ganz irregulär immediate aufgetragene Commission“ doch als ein Zeichen des Vertrauens betrachten zu wollen. Er gab auch seinerseits den gewünschten Befehl an Gallas, liess aber zugleich als loyaler Vermittler auch der englischen Regierung zur Versöhnlichkeit raten. Im Grunde, so mussten Hoffmann und der inzwischen in London eingetroffene Freiherr v. Pendtenriedter den englischen Ministern sagen,[2]) sei doch Peterboroughs

[1]) Addison an Gallas, 25. Okt. 1717; Beilage zu Hoffmanns Bericht vom 25. Okt. 1717. W. St. A.

[2]) Weisung an Pendtenriedter und Hoffmann, Wien, 20. Nov. 1717. W. St. A.

„bekannter unruhiger Genius“ an der ganzen Sache schuld. Wäre es darum angemessen, gegen den Papst, der doch von allen katholischen Mächten als das sichtbare Haupt der Kirche verehrt werde, eine so schwere Exekution zu verhängen? Mit solchen Erklärungen wünschte Karl VI. vor allem Zeit zu gewinnen, damit die Erregung in England sich beruhige. Dieser Zweck ward erreicht. Die Hitze der Minister „ist abgekühlt“, meldete Pendtenriedter am 24. Dezember, und wenn Gallas' Bericht nur einigermassen zufriedenstellend ausfalle, so werde man in England die Sache bald fallen lassen.

So ward der Streitfall zur allgemeinen Befriedigung rasch beigelegt. Von römischer Seite wurde bereitwilligst erklärt, dass der Auftrag zur Verhaftung Peterboroughs nicht vom Papste ausgegangen sei, dass vielmehr der Kardinal-Legat, ohne Wissen Seiner Heiligkeit und auf einen ungegründeten Verdacht hin, den Befehl gegeben habe. Nach solchen Erklärungen bestand auch die englische Regierung nicht mehr auf der Anerkennung ihrer fünf Forderungen. Von der angedrohten Strafexpedition war vollends nicht mehr die Rede.[1])

Die erzählte Begebenheit stellt den seltenen Fall (der sich nun freilich bald wiederholen sollte) eines Konflikts zwischen Grossbritannien und dem römischen Stuhle dar, d. h. zwischen zwei Regierungen, welche, was in dieser Zeit schon ungewöhnlich, eine gegenseitige diplomatische Vertretung nicht besassen. In allen anderen italienischen Mittelstaaten, in Venedig und Genua, im Königreiche Sizilien und in Toskana hatte England seine Gesandten — nur nicht im Kirchenstaate. Hier stand die Religion, die offizielle Feindschaft des protestantischen Englands gegen alles katholische Wesen, hindernd im Wege. Aber eben darum betrachtete sich auch die Kurie als die geborene Beschützerin des katholischen Hauses Stuart. Entstand hieraus ein Konflikt, so musste er bei dem Fehlen der üblichen Organe des Staatenverkehrs, die sonst überall ausgleichend wirkten, gefährliche Formen annehmen, falls nicht, wie es dieses Mal geschah, eine befreundete Diplomatie sich ins Mittel legte.

---

[1]) Vgl. auch die Darstellungen bei Limier 25 ff. und Tindal (1747) 550.

Wenden wir nunmehr unsere Blicke nach England, so ist freilich die Aufgabe, den Jakobitismus in britischen Landen schildern zu sollen, schwierig genug. Die Teilnehmer eines Aufstandes oder die im Auslande den günstigen Moment für eine neue Unternehmung Erwartenden kann man beschreiben, aber wie soll man die einzelnen oder die Gesellschaftsklassen erkennen, die als ruhige Bürger in der Heimat leben und doch vielleicht bereit wären, für das Haus Stuart zum Schwerte zu greifen? Dass es alle Tories gewesen seien, ist sicherlich falsch, wenn auch die echten Jakobiten meistens zu den Tories hielten. Denn die von den Jakobiten so nachdrücklich gepredigte Lehre vom göttlichen Rechte der Könige und vom passiven Gehorsam war ja nun einmal altes geistiges Gut der Tories. Aber von den politisch Hervortretenden innerhalb dieser Partei war es sicherlich nur ein kleiner Teil, sagen wir der äusserste rechte Flügel, der die Sache des Prätendenten zu der seinigen machte. Im Parlament wären Männer wie Shippen und Wyndham zu dieser Gruppe zu zählen, abgesehen von den anerkannten Häuptern, wie Graf Oxford und Bischof Atterbury. An diese schliesst sich vielleicht eine dünne Schicht von Leuten an, die Vermögen und Einfluss besitzen und auf deren Mitwirkung man rechnen darf, vor allem auf ihre finanzielle Mitwirkung, denn sie bringen für jakobitische Zwecke manchmal bedeutende Summen auf.

Von den Führern war der ebengenannte Graf Oxford, ehedem Minister der Königin Anna, unstreitig der angesehenste. Im September 1716, als die Gyllenborgsche Verschwörung im Gange war und die schwedische Invasion den Erfolg der geplanten jakobitischen Erhebung sichern sollte, fragte Mar bei Oxford um Rat, wie man den Kaiser, wie man Holland behandeln müsse, damit von dieser Seite keine Gefahr drohe, vor allem, wie man es in Schottland halten solle. „Ich hoffe auf Ihren Rat und Ihre Weisung in allem, was ich zu tun habe. Denn ich bin seit langem gewöhnt, in Ihnen den Vater und Leiter all unseres Tuns zu erblicken.“ [1])

Seinen Rat hat Oxford ihm nicht vorenthalten. Und mit seinem Rate hat er ihm auch etwas von seinem eigenen

[1]) Stuart Papers II 465.

grimmigen Hass gegen Georg I. einzuimpfen gesucht. Man erkennt diese Stimmung in dem furchtbaren, und doch ganz ernst gemeinten Ratschlag, den er Mar einmal durch mündliche Bestellung zukommen liess.[1]) Man solle doch, wenn es eines Tages zur Feldschlacht kommen würde, 2 oder 300 Mann Kavallerie bereit halten, auserlesene Mannschaften, kühn und entschlossen, am besten solche, die einmal Verwandte auf dem Schaffot haben enden sehen. „Diese Leute müssen da und dort auf den Flügeln halten, um im rechten Augenblicke mit aller Wut vorzustossen eben dahin, wo Georg steht. Ihr Befehl aber muss lauten, keinem grossen Manne, keinem berühmten, Pardon zu gewähren. Siegt dann „der König", so bleibt es ihm erspart, Staatsprozesse zu führen, die bei aller Gerechtigkeit seiner Sache doch stets böses Blut machen." Man wird an den finsteren Geist der Rosenkriege erinnert, in denen die schreckliche Losung ausgegeben wurde: „Schonet das Volk und tötet die Herren."

Nun sass aber Graf Oxford bis zur Mitte des Jahres 1717 als Staatsgefangener im Tower, und wenn er auch in der Lage war, manche Verbindungen zu unterhalten, so konnte er doch unmöglich von dieser Stelle aus auf das Volk wirken. Und er wäre auch sonst nicht der Mann dazu gewesen. Ebensowenig war er, selbst nach der Meinung der Jakobiten, dazu geeignet, sei es vom Gefängnis aus, wie einst Maria Stuart, sei es in Freiheit, die Fäden einer über Europa ausgespannten Verschwörung allein in seiner Hand zu halten.

Früher, wohl in der Zeit des beginnenden schottischen Aufstandes von 1715, soll er selbst es gewesen sein, der den Bischof von Rochester, Franz Atterbury, zum Führer der englischen Jakobiten empfahl. Aus der Universität Oxford hervorgegangen, hochkirchlich, ein Mann von starker Begabung und grosser Leidenschaft, von dem göttlichen Recht der Stuarts durchdrungen, so war auch Atterbury seitdem eine der Säulen des englischen Jakobitismus geworden. Trotzdem er nun von Graf Oxford empfohlen war, so fehlte es doch zwischen den beiden verschieden gearteten Männern stets an dem rechten Vertrauen. Atterbury war schneidig

[1]) Stuart Papers V, 539.

und rücksichtslos und völlig bei der Sache. Oxford war so schlau und vorsichtig, dass die Freunde Atterburys meinten, es komme ihm nur darauf an, mit den Jakobiten gut zu stehen und sich alles Verdienst an der stuartischen Sache zuzuschreiben, doch wolle er nichts riskieren.[1]) So herrschte Misstrauen im eigenen Lager. Eifersucht und üble Nachrede walteten zwischen den beiden Gruppen englischer Jakobiten, denen um Oxford und denen um Atterbury. Jeder beschäftigte seine besonderen Leute. Oxfords Vertraute waren John Menzies, der eifrige und immer vortrefflich informierte Londoner Berichterstatter des Prätendenten, und das Ehepaar Kapitän Ogilvie; Atterburys Mann war der Schotte James Murray. Die Häupter suchten, der eine des andern politische Freunde anzuschwärzen und zu verdächtigen. Im Juni 1717 kommt Atterbury zu Oxford und ersucht ihn rundweg, er möge Menzies und Ogilvie aus seinen Diensten entlassen, was Oxford entschieden ablehnt.[2]) Natürlich leidet unter diesem kleinlichen Gezänke nur die Sache des Prätendenten. Jakob Eduard und Mar suchen immer wieder zu vermitteln. Es sei doch hart, meinte der Staatssekretär, dass „der König" gehindert werde, die ihm geeignet erscheinenden Organe in aller Freiheit für seine Zwecke und Ziele zu verwenden. „Das ist wieder der alte St. Germain-Stil."[3])

Vielleicht lag aber diesem ewigen Hader unter Leuten, die scheinbar dasselbe wollten, doch ein tieferer Gegensatz zugrunde. Eine völlige Meinungsverschiedenheit bemerkt man z. B. hinsichtlich der Frage, ob es gegenüber der Spaltung der Whigs in Regierungstreue und Oppositionelle für die Tories nicht geraten sei, sich mit einer dieser beiden Gruppen fest zu verbinden. Wer dafür war, wie Oxford und Menzies, dem war es wohl in erster Linie um die Zukunft der Tories, Oxfords alter Partei, zu tun, und wäre es auch ein Tory-Regiment unter Georg I geworden, die anderen aber, Atterbury und Murray, arbeiteten schlechthin an dem Sturze des Hauses Hannover. Es war doch wohl etwas Wahres daran, dass Oxford noch immer derselbe sei, der er als Minister

[1]) Stuart Papers V, 416.
[2]) Stuart Papers V, 555.
[3]) Ebd. 443.

der Königin Anna gewesen, überschlau und zurückhaltend, keiner Sache und keinem Herrn jemals völlig ergeben und auch jetzt wieder bereit, den Prätendenten zu verraten, wenn ihm nur Georg I. einen Anteil an der Macht hätten gönnen wollen.

Die eben Genannten sind uns als die Führer des englischen Jakobitismus noch deutlich erkennbar. Forschen wir aber weiter, so treten uns kaum noch bedeutendere Figuren entgegen, die wir mit Bestimmtheit hier nennen dürften. Wir wissen es zwar heute so gut, wie es die Minister Georgs I. gewusst haben: es hat in allen Klassen der Gesellschaft Männer gegeben, die gewöhnlich stille schwiegen, aber doch bereit, in das stuartische Horn zu stossen, wenn es ohne Gefahr geschehen konnte. Man möchte sie die Gelegenheits-Jakobiten nennen, und so war auch der Charakter des ganzen englischen Jakobitismus überhaupt. Warum soll man in ruhigen Zeiten die Lebensstellung, das Einkommen, die Familie in Gefahr bringen? Im richtigen Augenblick wird man schon zeigen, wie man denkt. Träger solcher Anschauungen gab es in allen Schichten des Volks, von bekannten torystischen und von der öffentlichen Meinung schlechthin als Jakobiten bezeichneten Mitgliedern beider Häuser des Parlaments bis herab auf jene kleinen Leute, die sich in den Kaffeehäusern und Schenken von Fleet-Street zusammenzufinden pflegten und die schon etwas für die gute Sache getan zu haben meinten, wenn sie einander verständnisvoll zutranken auf die Gesundheit des rechtmässigen Königs.

---

Immerhin gab es eine Klasse von Menschen, über deren Bekenntnis zur jakobitischen Doktrin ein Zweifel nicht möglich war; es war eine Gruppe von Geistlichen, die Nonjurors.[1]) Als gegen die Meinung Wilhelms III. im Jahre 1689 allen Geistlichen der Treueid für Wilhelm und Maria auferlegt wurde, da hatten 8 Bischöfe und mehr als 400 von der übrigen Geistlichheit sich geweigert, den Eid zu leisten. Sie zogen sich, gezwungen, ins Privatleben zurück und waren fortan

[1]) Vgl. Th. Lathbury, A History of the Nonjurors, 1845.

als die „*Nonjurors*“, die Eidweigernden, zwar nicht aus der kirchlichen Gemeinschaft ausgestossen, doch unfähig, ein kirchliches Amt zu bekleiden. Bei dem, was sie vertraten und was sie weigerten, handelte es sich nicht allein darum, dass sie sich von dem Jakob II. geleisteten Eide nicht lösen lassen wollten. Wäre es nur das gewesen, so hätte das Nonjurertum nach dem natürlichen Laufe der Dinge allmählich verschwinden, es hätte mit den Personen der 1689 Entsetzten aussterben müssen. Aber der Gegensatz ging tiefer, und neue Elemente traten hinzu. Was sie von der Masse der englischen Geistlichkeit trennte, war die unerbittliche Strenge ihrer Auffassung von dem nach biblischer Satzung schuldigen Gehorsam gegen die Obrigkeit, also ihrer Begriffe von *passive obedience, nonresistance* und von dem *divine right of kings*. Dem rechtmässigen Herrscher, sagten diese Geistlichen, muss gehorcht werden, und nicht weniger in dem Falle, wenn er so unglücklich war, seinen Thron zu verlieren. Sonst verdiente ja der Abfall jenes Simei hohes Lob, der einst dem König David fluchte, als er vor Absalom hatte fliehen müssen, nicht aber die edle Gesinnung Barsillais, der ihm die Treue bewahrte.[1]) So schlossen sich die *Nonjurors* enge an Jakob II. und sein Haus an. Als die ihrer Stellen Entsetzten wurden sie zu Märtyrern ihrer jakobitischen Gesinnung. Der anfangs als ihr Haupt erscheinende Sancroft, vordem Erzbischof von Canterbury, vermochte, als er aus dem Palaste von Lambeth hatte weichen müssen, auf seinem väterlichen Gute Fressingfield in Suffolk doch noch das beschauliche Leben eines wohlhabenden Landedelmannes zu führen. Die Mehrzahl der ihm gleichgesinnten Priester aber war auf die Mildtätigkeit ihrer Freunde angewiesen. Auch der an Geist und Charakter höchststehende unter den betroffenen Prälaten, Thomas Ken, der Bischof von Bath und Wells, hätte die Bitterkeit der Armut kosten müssen, hätte ihm nicht Lord Weymouth auf seinem Schlosse Longleat House in Somersetshire ein neues Heim bereitet. Da sass er nun inmitten seiner Bücher und, wie sein zeitgenössischer Biograph es ausdrückt, „da schrieb er seine Hymnen, sang sie

[1]) Man vergleiche die ausgezeichnete Darlegung der für und wider die Eidesleistung vorgebrachten Argumente bei Macaulay, History (Tauchnitz) 5, 107 ff.

zum Spiel der Geige, betete und starb."[1]) Ein grösserer Kreis eidweigernder Priester fand gastliche Aufnahme in dem prächtigen Hause von Shottesbrook Park bei Maidenhead, in dessen geräumiger Halle 70 Betten aufgestellt waren. Dort lebte auch Charles Leslie, der in allen theologischen und konstitutionellen Fragen so bewanderte Schriftsteller.

Zu einem wirklichen Schisma innerhalb der Kirche von England, das auch sofort als solches erkannt und bezeichnet wurde, führte aber die Lostrennung der Nonjurors erst seit dem Jahre 1694. Hatten die eidweigernden Geistlichen schon zuvor stolz erklärt, dass ihre Gemeinschaft allein als die wahre alte Kirche von England zu betrachten sei, so wurde nun ein kühner Schritt getan, um den Fortbestand dieser Kirche über die Lebensdauer ihrer gegenwärtigen Bekenner hinaus und für alle Zeiten zu sichern. Unter Beobachtung vorgeschriebener Formen, unter Einhaltung der dem Könige, d. h. Jakob II., bei der Besetzung der Bistümer zustehenden Rechte, begannen sie mit der Wahl und der Weihe neuer Bischöfe, zur Ausfüllung der in ihren eigenen Reihen entstandenen Lücken. Zwar nannten sich die beiden zuerst Erwählten mit bescheideneren Titeln nur Suffragane von Thetford und Ipswich. Dennoch war der Grund gelegt für eine neue schismatische Hierarchie, und auch nachdem 1711 Thomas Ken als der letzte Ueberlebende aus der Zahl der ersten eidweigernden Bischöfe gestorben war,[2]) war die Fortdauer von Bistum und Weihe innerhalb dieser kirchlichen Gemeinschaft gesichert.

Inzwischen waren freilich mehrere der Höchststehenden unter den Nonjurors und viele andere aus ihren Reihen durch die nachträgliche Ableistung des Eides in die Gemeinschaft der Kirche von England zurückgekehrt. Mit ihrer Zahl schwand ihr Ansehen allmählich dahin, und umsomehr, als auch noch unter ihnen selbst zwei in ihren theologischen und liturgischen Grundsätzen verschiedene Richtungen einander feindlich gegenüberstanden. Der König aber, für dessen göttliches Recht sie litten, war nicht mehr Jakob II., sondern sein Sohn, der

[1]) Zitiert bei Stoughton, History of Religion in England, 5, 273.

[2]) Ueber seinen Tod und eine charakteristische Stelle aus seinem Testamente vgl. Lathbury, History of the Nonjurors, 225.

wenig begeisternde Chevalier von St. George. Und natürlich schadete auch ihnen der Katholizismus des Hauses Stuart und seine enge Verbindung mit dem römischen Stuhle. Hatte doch Jakob II., als ihn Sancroft um seine Zustimmung zur Wahl der neuen Bischöfe bat, zuerst den Papst um seine Meinung befragt. Die Masse des englischen Volkes liess es sich ja ohnedies nicht ausreden, dass hinter dem Jakobitismus die Papisterei lauere; in den Nonjurors aber sah sie abtrünnige Priester der Kirche von England, die, in ihren Mitteln wie in ihren Zielen den Jesuiten vergleichbar, nur bemüht seien, in der Stille die Geschäfte Roms zu besorgen.

In Wahrheit war ihre Macht gering. Die Regierung nahm von ihrem Treiben nicht viel Notiz und liess sie meistens ruhig gewähren, wenn sie in London mit den Gleichgesinnten in kleinen Konventikeln zum Gottesdienst zusammentraten und wenn sie statt Georgs I. den Namen Jakobs III. in ihrem Kirchengebet erwähnten. Etwas härter verfuhr man mit ihnen erst nach der Rebellion von 1715. Freilich waren nur wenige Nonjurors wirklich an dem Aufstande beteiligt, selbst das berühmteste Opfer des folgenden Strafgerichts, das ihrem Kreise anzugehören schien, ein Geistlicher namens William Paul, hatte nie zuvor den Eid geweigert und war auch in seiner geistlichen Laufbahn gut vorwärts gekommen. Erst als er sich den Rebellen angeschlossen und ergriffen worden war, und als all seine Bitten um Gnade umsonst waren, da erst nahm er auf dem Schaffot die Sprache des Eidweigernden an. Er bekannte sich als Sohn der Kirche von England, „aber nicht als ein Glied der schismatischen Kirche, deren Bischöfe sich gegen jene orthodoxen Väter erhoben haben, die wider das Gesetz durch den Prinzen von Oranien ihrer Aemter beraubt wurden . . . Ich sterbe als ein Glied der *Nonjuring Church*, die sich von Rebellion und Schisma völlig frei gehalten hat.“ [1]) Im ganzen waren aber die Nonjurors während des Aufstandes vollkommen ruhig geblieben, und doch versteht man das Misstrauen der Regierung gegen Leute, deren Sympathien sich logischer Weise auf der Seite des Hauses Stuart befinden mussten. Grundsätzlich wurde allen Verdächtigen

[1]) Lathbury, History of the Nonjurors, 250.

der Eid auferlegt, und wer ihn offen weigerte, sollte ins Gefängnis wandern. Immerhin scheint es mit der Durchführung der Massregel auch dieses Mal nicht allzu streng genommen worden zu sein. Sodann wurde die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Nonjurors erst wieder gelenkt, als die erwähnten inneren Kämpfe mit mehr Geräusch als zuvor geführt wurden. Als stürmische Angriffe auf die Versammlungshäuser erfolgten, drohten 1716 Konvokation und Parlament mit ihrem Einschreiten. Da wurde denn durch die Einsicht der Streitenden wie durch das Bemühen der jakobitischen Häupter der innere Friede glücklich wieder hergestellt. Nach aussen hin aber ward nun die Aufmerksamkeit des englischen Publikums durch eine heftige Kontroverse erregt, die zwischen den Nonjurors und den Anhängern der Staatskirche über die beide Teile trennende Frage entbrannte, ein literarischer Kampf, an dem sich auch kein Geringerer als Benjamin Hoadly mit seiner streitbaren Feder beteiligte. So hielten die Nonjurors an ihren nun schon fast ein Menschenalter verfochtenen Grundsätzen auch ferner noch zähe fest. Was sie wollten, so erklärten sie 1717 den Agenten Jakob Eduards, sei doch lediglich der Kampf gegen die Usurpation in Staat und Kirche, die Behauptung der christlichen Lehre vom Verbot des Widerstandes gegen die oberste Gewalt, wenn es nämlich die rechtmässige ist.[1])

Aber der Stand der Nonjurors sank von der sittlichen Höhe seiner ersten Vertreter allmählich herab. Ihrem Opfermut fehlte es an Bewunderern, ihre theologischen Streitigkeiten wurden im Volke mit Gleichgültigkeit, ja mit Verachtung aufgenommen. Die Zahl ihrer Anhänger schwand dahin, sie waren Hirten ohne Herde. Ausgestossen aus der ordinierenden Geistlichkeit, arm und beschäftigungslos, mussten sie ihren Unterhalt suchen, wo und wie sie ihn fanden. Ihre besten Helfer waren die jakobitischen Familien, in denen so manche von ihnen als Hausgeistliche oder Erzieher leidliche Unterkunft fanden, nicht anders wie die römischen Priester in den Häusern der katholischen Edelleute. Und wie der Katholizismus, so galt nun auch das Nonjurortum der Mehrheit des Volkes als der natürliche Feind von Staat und Kirche.

---

[1]) Stuart Papers III 236; V 529.

Das Tema des Nonjurors, der sich in einer vornehmen Familie eingenistet hat und nahe daran ist, sie ins Verderben zu bringen, ist um diese Zeit auch einmal literarisch behandelt worden. Der Schauspieler und Dichter Colley Cibber schrieb 1717 ein Drama, *‚The Nonjuror‘*, das sogleich mit grossem Erfolge auf die Bühne gebracht wurde. Es ist dem Molièreschen Tartüffe nachgebildet. Der heuchlerische Wicht aber, der im Mittelpunkte der Handlung steht, ist ein Eidweigernder, der einen braven Landedelmann in sein Netz gezogen hat und seine Freundschaft weidlich für die jakobitische Sache wie für seinen eigenen Vorteil auszunutzen versteht. Er führt ihn ein in alle Geheimnisse der Nonjuror-Theorie, die hier — ein wahrer Greuel für englische Gemüter jener Tage — als nächstverwandt dem römischen Katholizismus, und nur äusserlich von ihm verschieden, dargestellt wird. „Es geht gegen den alten Satan und den Papst,“ sagt der Prolog. „Ha, ha!“ so lacht unser Tartüffe mit zynischem Behagen nach einer Unterhaltung mit seinem Beschützer, „ist es nicht lustig, dass man einem sonst ganz vernünftigen Manne die Ueberzeugung beibringen kann, eine protestantische Kirche werde nicht früher in Sicherheit sein, bis sie einen papistischen Fürsten zum Verteidiger bekommen hat?“ Da gibt es auch ein jakobitisches Gespräch von echtester Farbe und köstlichem Humor. „Was gibt es neues aus Avignon?“ — das Stück spielt also noch vor der Vertreibung Jakob Eduards über die Alpen — so fragt der Hausherr, und sein getreuer Berater weiss ihm mit den allerbesten Nachrichten aufzuwarten. „Der Staatsrat hat unsern Plan gebilligt und spornt unsere englischen Freunde zu möglichster Eile an.“ Er selbst, der bescheidene Nonjuror, unwürdig so hoher Ehre, wie er sich fühlt, ist auf den vakanten Sitz von Thetford befördert worden und lässt sich von seinem Herrn fortan in vertrautem Gespräch „*My Lord*“ titulieren. Vom Hofe zu Avignon aber weiss er noch zu melden, dass die Getreuen zusammenströmen, zahlreicher als je, alle erfüllt von frohen Hoffnungen und beseelt von kriegerischem Mute. Natürlich wird der Elende am Schlusse entlarvt. Was ihn aber vollends vernichtet, ist die grauenhafte Entdeckung, dass er ein leibhaftiger katholischer Priester ist — man hat ihn in Antwerpen gesehen, wie er die Messe zelebrierte — und selbst

ein Sendling von Rom. Damit ist er verloren und der Strafe des Hochverrats verfallen.

Der Erfolg des Stückes, in dem Cibber selbst die Hauptrolle spielte, war gross. Die loyale Gesinnung des Autors fand bei Georg I., der einer Aufführung beiwohnte, höchste Anerkennung. Ein Ehrensold von 200 £ und die allerdings erst nach Jahren erfolgende Ernennung zum *poeta laureatus* galten als der Lohn für die bewiesene Treue. Die in London so zahlreichen Jakobiten mussten wohl fein stillschweigen. Auch William Shippen, in dem manche das Urbild des betörten Edelmannes erblicken wollten, nahm den Geisselhieb ruhig hin. Die jakobitische Sache aber war einmal der Lächerlichkeit preisgegeben. Freudig stimmte das Publikum den Schlussversen des Prologs zu, die allen stuartisch Gesinnten höhnisch empfahlen, sich zu ihrem Herrn jenseits der Alpen zu begeben und einen verwaisten, abgedankten Hof mit Leben zu erfüllen.

„Macht Euer Hab und Gut nur rasch zu Gelde
Und macht Euch selber schleunigst aus dem Felde.
Zieht dorthin, wo man herrscht *jure divino*,
Und holt Euch Land und Titel in Urbino.“

---

Mit diesen Bemerkungen über die Verbreitung des Jakobitismus im englischen Volke möge der Leser sich zufrieden geben. Denn wenn man auf die Massen blickt, so fehlt eben jede Möglichkeit, zu sagen, wer hier jakobitisch war, ob das Land oder die Stadt, der Norden oder der Süden von England. Ob man 1719 mit Recht das westliche England, nämlich die Gegend um Bristol für einen geeigneten Boden hielt, um hier die Fahne Jakobs III. zu entfalten, muss dahingestellt bleiben. Wollte man auf London oder die grösseren Städte verweisen, so hätte man als Anhalt dafür nur die gelegentlichen Tumulte, die *riots*, wie man sie nannte. Aber die dabei auftretenden Pöbelhaufen wären bei richtiger Behandlung ebenso leicht für das Haus Hannover wie für den Prätendenten zu entflammen gewesen. Und in Schottland? Da herrschte im Hochlande die Clanverfassung, die Häupter geboten über die Haltung ihrer Vasallen. Der Name Stuart klang hier noch

nach altem schottischen Sonderleben und konnte jederzeit zum Weckruf eines Aufstandes werden, aber doch nur, insofern die Clanhäuptlinge an der Bewegung teilnahmen.

In den Regungen des Jakobitismus in England kann man ein gelegentliches Anschwellen und Abflauen wahrnehmen, in engster Verbindung mit den politischen Ereignissen. In der Zeit des Aufstandes von 1715—16 hatten die Behörden gegen zahlreiche jakobitische Kundgebungen einschreiten müssen. Im Juni 1715 melden die Gesandten einmal,[1]) dass in der Nähe von London ein reicher Fleischer ausgepeitscht worden sei, weil er behauptete, der König habe kein Recht auf die Krone, und der preussische Resident fügt hinzu, derartige Strafen würden jetzt häufiger vollzogen, wobei das Volk meistens für die Schuldigen Partei ergriff. Auch noch eine gute Weile im Jahre 1716 hielt diese Stimmung an. Damals kannte man als eine Art whiggistischer Klubhäuser die sogenannten *Mug-houses*, deren es etliche in London gab.[2]) Gegen diese richtete sich im Sommer 1716 die Wut des Pöbels. Mit dem Rufe „*High-Church and Ormond*“ pflegten die Haufen anzurücken und, wenn es ihnen gelang, in die Häuser einzudringen, wo sie ihr Zerstörungswerk etwa damit krönten, dass sie die Flaschen aus den Kellern holten, um sie auf das Wohl Jakobs III. zu leeren.[3]) Manchmal arteten diese *mug-house-riots* zu förmlichen Strassenschlachten aus, denn die Insassen pflegten sich tapfer zu wehren. Auch Soldaten von der Garde griffen einmal ein. Mehrere der Tumultuanten wurden niedergeschossen, die anderen davongejagt und der Wahn zerstört, dass die Garden den Befehl hätten, unter keinen Umständen auf das Volk zu feuern.[4])

Schon mögen in den folgenden Monaten die Geister sich beruhigt haben, als eine neue Erregung hervorgerufen ward durch die Gerüchte von einer bevorstehenden schwedischen

---

[1]) Berichte von Bonet und Hoffmann.

[2]) Ueber die *Mug-houses* vgl. W. Besant, London in the eighteenth century (1902) 320.

[3]) Tindal, Continuation IV, II (1747) 502[1].

[4]) Hoffmann, 4. Aug. 1716. W. St. A. Ueber andere jakobitische Kundgebungen aus derselben Zeit vgl. (Limier) Mémoires du règne de George I. Bd. 2 (1729), 297.

Invasion. Auch mit der Entdeckung des Planes und der aufsehenerregenden Verhaftung des schwedischen Gesandten waren die jakobitischen Hoffnungen nicht vernichtet. Immer noch hiess es, dass ein Eingreifen der nordischen Staaten zu Gunsten des Prätendenten bevorstehe. Und dann trat der Konflikt mit Spanien als ein Neues hinzu. So mehrten sich denn auch wieder jene kleinen Vorfälle, deren Erwähnung sich nicht lohnen würde, hätten sie nicht als Symptome der Volksstimmung ihre Bedeutung gehabt. Einmal, im Januar 1718, verdichtete sich der jakobitische Hass gegen das Herrscherhaus in der Seele eines achtzehnjährigen Jünglings bis zum Plane der Ermordung Georgs I. Er eröffnete sich aber zuvor einem eidweigernden Priester, der ihn entsetzt der Behörde überlieferte. Vom *Privy Council* vernommen, gab er sogleich alles zu und erklärte treuherzig, dass er vom Könige Georg, den er gar nicht kenne, nur Gutes gehört habe. Dennoch müsse er als Usurpator aus dem Wege geräumt werden. Man fragte, wer ihn angestiftet habe. „Die guten Bücher", sagte er, „die schönen Predigten über passiven Gehorsam, sie allein sind meine Mitschuldigen." In demselben Geiste war auch die vor seiner Hinrichtung im Gefängnisse, aber, wie man meinte, kaum von ihm selbst verfasste, letzte Ansprache gehalten, welche mit dem Bedauern über das Misslingen des Mordplanes der Hoffnung Ausdruck gab, dass ein anderer seinem Beispiel folgen und glücklicher sein werde. Und die Regierung hielt es für geraten, selbst gegen das Herkommen diese „*dying speech*" nicht in die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen. Freilich hatte sie mit dieser Geheimhaltung kein Glück. Durch jakobitische Mache gelang es dennoch, das im Auslande gedruckte Blatt hereinzuschmuggeln und im Publikum zu verbreiten.[1])

Ueberhaupt suchte, trotz Verfolgung und Unterdrückung, der Jakobitismus doch immer wieder durch Wort und Schrift auf die Massen zu wirken. Die Universität Oxford, die Hochburg der Tories und in vielen ihrer Mitglieder stuartisch gesinnt, wird dabei wiederholt genannt. Ihre Bedeutung für

[1]) Tindal, Continuation IV. II. (1747), 555 ff. Hoffmann, 11. Febr. 18. März 1718. W. St. A. Bonet, 31. Jan./11. Febr. 1718. G. St. A.

die Politik ist grösser als für die Wissenschaft, sagte man 1715.[1]) Am 30. Januar (a. St.) 1718, dem Todestage Karls I., wagte ein geistliches Mitglied der Universität in seiner Predigt das kecke Wort, das Blut des königlichen Märtyrers sei nicht gesühnt, solange noch ein Sprosse der erlauchten Familie das Brot der Verbannung zu essen gezwungen sei.[2]) Und wieder ein Jahr später, als Georg I. auf dem Festlande weilte, findet man die an seiner Stelle waltende Regentschaft entschlossen, gegen einen andern Oxforder Prediger, der den König einen Ursupator genannt hat, energisch einzuschreiten, wenn nicht der Vizekanzler der Universität die Bestrafung übernehme.[3])

Noch peinlicher mag es den Männern dieser Regentschaft gewesen sein, als während ihrer Amtszeit ein jakobitisches Pamphlet erschien, das unter dem in der englischen Flugschriftenliteratur nicht ganz neuen[4]) Titel „*Vox populi vox Dei*“ das Volk aufrief, sich insgesamt für den Prätendenten zu erheben. Die Schrift[5]) muss schon um deswillen Aufsehen erregt und die Regenten zur Verfolgung des Urhebers veranlasst haben, weil der Autor sich nicht als Tory gab, sondern seine jakobitische Gesinnung aus whiggistischen Prinzipien herleiten wollte. Das sollte auch die an der Spitze erscheinende Devise *Ex ore tuo te judico* besagen. Auf dem Boden der glorreichen Revolution stehend, bekennt er sich zu der Doktrin: Die Quelle aller Macht ist das Volk. Da nun die Mehrheit des Volkes, so behauptet er, jakobitisch gesinnt sei, so müsse auch jeder Whig Jakobit sein, denn dem Willen der Mehrheit zur Herrschaft zu verhelfen, sei von je whiggistischer Grundsatz gewesen: *Vox populi vox Dei,* sagen die Whigs. Am Schlusse stellt er die drei Thesen auf: jeder Anhänger des Erbrechts

[1]) Bonet, 7./18. Okt. 1715. G. St. A.

[2]) Bonet, 4./15. März 1718. G. St. A.

[3]) Schreiben Delafayes vom 26. Juni 1719. R. O. Regencies 76.

[4]) So trägt z. B. eine Schrift aus dem Jahre 1689 denselben Titel.

[5]) Im Britischen Museum ist sie nicht vorhanden und bei Halkett and Laing ist sie nicht genannt. Doch befindet sich ein gedrucktes Exemplar bei den Akten Regencies 76, zusammen mit einigen darauf bezüglichen handschriftlichen Stücken, z. B. einer „Minute“, d. h. einem Sitzungsprotokoll der Regentschaft, vom 18. Juni 1719, das Verfahren gegen den Drucker betreffend. (R. O.). Vgl. ferner Hoffmanns Berichte vom 14. u. 21. Nov. 1719. W. St. A.

muss Jakobit sein; jeder Whig desgleichen; und ebenso auch jeder Anhänger der beschränkten Monarchie, da der Chevalier mit allen fürstlichen Tugenden ausgestattet sei.

Wie es in solchen Fällen häufig geschah, war der Autor nicht zu ermitteln. Der Drucker aber wurde gefasst, des Hochverrats schuldig befunden und in den Tod gesandt, dem er mutig entgegenging.

Auch gegen den Prinzen von Wales richteten sich mit Vorliebe die giftigen Schmähungen der Jakobiten. Mit Shakespearescher Wendung wird er von einem ihrer Pamphlete apostrophiert als „ein Ding, der Prinz von Wales genannt“.[1]) Alles was dem Verfasser an übler Nachrede gegen den Thronfolger, an gehässigen Verleumdungen der königlichen Familie zu Ohren gekommen ist, hat er fleissig zusammengetragen und es noch mit eigenen Zutaten ausgeschmückt. Jedem Mitgliede des Königshauses werden die ärgsten fleischlichen Verbrechen vorgeworfen. Im Lande sind Zeichen und Wunder geschehen, die den Zorn des Himmels über diese unwürdige Regierung erkennen lassen und die neben der grossen Geistesschwäche des Prinzen ein Beweis sind, dass die Hand des Herrn gegen ihn und sein Haus sei und nicht ein einziges Glied desselben verschont bleiben werde, wenn er das Land nicht verlasse.

So fehlt es nicht an Anzeichen dafür, dass die Anhänger des Prätendenten zahlreich genug im Lande waren, am zahlreichsten wohl in den niederen Volksschichten, wo man sich eben von jeder Veränderung Vorteile versprach. Zerstreute Nachrichten aus den Jahren 1718 und 1719, wie die von einem Sänftenträger, der an das Fenster der Prinzessin von Wales schlägt und ihr zuruft, sie sei in diesem Lande keine Prinzessin und man werde erst glücklich sein, wenn der wahre König Jakob III. die Krone trage[2]), oder die Erzählung von einem irischen Soldaten, der in seiner Uniform durch die

[1]) „To a thing they call Prince of Wales.“ Ein gedrucktes Exemplar ist im Archiv zu Hannover, eine Abschrift im Record Office (State Papers, Domestic. G. I). In den (noch handschriftlichen) Calendars dazu wird das Jahr 1716? angegeben.

[2]) Bonet, $\frac{31.\ \text{März}}{11.\ \text{April}}$ 1719. G. St. A.

Strassen Londons läuft und auf eigene Faust den Prätendenten proklamiert[1]), solche Nachrichten deuten schon auf eine gewisse Verbreitung des Jakobitismus, wie auch auf eine für ihn betriebene Agitation. Sie lassen selbst die damals entstandene Erklärung nicht grundlos erscheinen, dass der rührigste Feind Englands, Kardinal Alberoni, der schier überall seine Hand im Spiele hatte, auch dieser Bewegung nicht fern gestanden habe.

Genug, die Geister waren wohl vorbereitet, wenn es gelungen wäre, ein bewaffnetes Unternehmen für das Haus Stuart mit starker Hand durchzuführen. Aus eben der Zeit, da etwas derartiges, wie wir bald hören werden, mit wenig Glück versucht wurde, aus dem Sommer 1719, sind uns auch einige Verse überliefert,[2]) die das kommende Ereignis der Thronbesteigung Jakob Eduards im voraus preisen und etwa mit den Worten schliessen:

Selig, wenn wir es erleben,
Wir, die soviel Leid erfahren,
Ihn auf unsern Thron zu heben,
Künftiges Unheil zu ersparen.

---

Auf die Stimmung in England kam alles an. Die Nachrichten aus London bildeten die Grundlage für die Beschlüsse und Taten des jakobitischen Hauptquartiers. Sie sollten dem „Könige" die Lage schildern, damit er seine Pläne schmieden, seine Befehle austeilen könnte. Es ist ein Austausch von Informationen und Weisungen, in dem Hoffen und Wünschen, Ungeduld und Enttäuschung zu lebendigem Ausdruck gelangen.

Was nun in den Berichten der englischen Korrespondenten geboten wird, sowohl in den die täglichen Vorfälle behandelnden Depeschen, wie in den ausführlicheren Denkschriften, wo sie gelegentlich Umschau halten über die allgemeine Lage, über Whigs und Tories, über die Regierung Englands, über Georg I. und den Prinzen von Wales, über die Bedeutung einzelner,

---

[1]) Hoffmann, 12. Juli 1718. W. St. A.

[2]) Handschriftlich als Beilage zu Bonets Berichten aus dem Juli 1719. G. St. A.

hervorstechender Ereignisse — das alles ist wertvoll und interessant und, selbst vom Jakobitismus abgesehen, auch als historische Quelle für diese Verhältnisse durchaus nicht zu verachten. Leute wie James Murray und Menzies wissen vieles zu erzählen, was unsere Kenntnis bereichert. Man meint sie noch beobachten zu können, wie sie das für sie Wissenswerte aus allen Kreisen der Gesellschaft zu erhaschen suchen, wie sie spähen und lauschen und eilig aufzeichnen, was etwa der König im Kabinett gesagt haben soll, oder gar das Wort eines Ministers, der gegenüber einem der führenden Tories sein Herz erleichtert hat über die ganz hoffnungslose Lage der Regierung. Sie horchen auf das Gespräch der Leute auf der Strasse, sie haben immer das Neueste aus dem Parlamente, vielleicht gar aus dem Kabinette des Königs erfahren und selbst in die diplomatischen Akten wissen sie sich manchmal einen Einblick zu verschaffen.[1]) Aber dabei darf man die strikte Einseitigkeit nicht verkennen, mit der alles aufgenommen und wiedergegeben wird. Mit der ewigen Frage: was nützt es der stuartischen Sache, ist der Berichterstatter an die Dinge herangetreten, nur in diesem Lichte vermag er sie zu sehen. Es ist im Grunde doch immer eine falsche Beleuchtung, in die sie hier gerückt erscheinen. Der Konflikt zwischen Georg I. und dem Prinzen von Wales wird natürlich jubelnd begrüsst, doch wird er, ebenso wie die Spaltung der Whig-Partei, in seiner Bedeutung gewaltig übertrieben. Die Gefahr für die Dynastie, die aus diesen Ereignissen erwuchs, war niemals so gross, wie die Jakobiten glaubten. Merkwürdig wenig bringen ihre Berichte über die ewigen Reibungen zwischen den englischen und den deutschen Ministern am Hofe von St. James, die Quelle so vieler Verlegenheiten. Ganz müssig erscheinen ihre Spekulationen darüber, inwieweit Georg I. an einen Verzicht auf seinen britischen Thron denke, besser begründet ihre Erwägungen, wie lange das Ministerium wohl mit diesem Parlamente regieren könne. Was aber über die auswärtige Politik der englischen Regierung gesagt wird, ist fast immer falsch.

---

[1]) . . . *and by the accounts I have seen from Sutton and others, there does not appear to be any likelihood of a Peace.* Stuart Papers V, 331.

Alle diese Berichte und Denkschriften fanden sodann ein getreues Echo in den Antworten und Weisungen, die aus dem jakobitischen Hauptquartier in England einliefen. Leicht durchzuführen war dieser schriftliche Verkehr aber keineswegs. Man schreibt einander in einem merkwürdigen dunklen Stil, in denen man die Namen durch eine Chiffre zu ersetzen und alle politischen Bemerkungen hinter unschuldigen, ganz persönlich klingenden Mitteilungen zu verstecken pflegt. Man schreibt von Friedrichs Neigung zu seiner geliebten Patricia, und der Adressat weiss, dass er die unverbrüchliche Treue des Grafen Mar zum Prinzen Jakob Eduard darunter zu verstehen hat. Aber was hilft alle Vorsicht gegen den Spürsinn der englischen Beamten? Auf der Post wird ja alles geöffnet und geprüft. „Ihre Kunst ist ohnegleichen in der Welt," klagt Menzies einmal.[1]) Sie sparen keine Kosten. Da hat man geschickte Leute für jeden Zweig der Arbeit, einen Mann mit 500 £ Gehalt, offenbar einen Virtuosen im Lesen und Dechiffrieren der Briefe. Sie lassen die Briefe auch ruhig an den Adressaten weitergehen und warten, was er antworten wird. Immer wieder bitten darum die englischen Jakobiten, man möge ihnen wichtige Dinge doch nicht durch die Post schreiben.[2]) So werden alle belangreichen Meldungen durch Kuriere überbracht, und der moderne Leser der *Stuart Papers* darf sich nach der schweren Kost der meisten anderen Briefe auch einmal an der Lektüre eines fliessenden klaren Englisch erfrischen, in dem jedes Wort seinen natürlichen Sinn bewahrt hat. Aber selbst diese Beförderungsart war noch mit Gefahren verbunden, und mancher Brief ward von dem Ueberbringer selbst ins Meer geworfen, um ihn nicht den englischen Zollwächtern in die Hände fallen zu lassen.[3]) Da blieb denn als die allersicherste Art der Uebermittlung allein die mündliche Botschaft übrig. Die Gattin des Kapitäns Ogilvie pflegte zwischen England und Frankreich hin- und herzureisen, nur um zwischen Oxford und Mar, den jakobitischen Häuptern zu beiden Seiten des Kanals eine Art mündlicher Verständigung zu ermöglichen. Sie prägt das Gehörte ihrem Gedächtnis ein

[1]) Stuart Papers IV, 335.
[2]) Stuart Papers V, 548.
[3]) Stuart Papers IV, 388. 402.

und bringt es, an sicherem Orte schriftlich fixiert, so wortgetreu, wie sie vermag, an die richtige Stelle.[1]) Als Abgesandte Jakob Eduards und seines Kreises kamen freilich häufig auch andere Leute herüber, die mit grosser Wichtigkeit in mündlicher Rede dasjenige wiedergaben, was sie aus hohem Munde selbst vernommen haben wollten. So mancher darunter, der in einem hingeworfenen Worte seines königlichen Herrn schon den Auftrag zu einer höchst vertraulichen Mission erblickt und nun als Bestinformierter nach England kommt, um mit prunkender Geheimtuerei seine Weisheit an den Mann zu bringen. Graf Oxford hat sich die Sendung dieser übergeschäftigen Leute mit ihren widersprechenden Aussagen, die mehr Verwirrung als Aufklärung bringen, einmal ernstlich verbeten.

In dieser Korrespondenz kommt nun neben allen Angelegenheiten der Jakobiten auch dasjenige zum Ausdruck, was man ihre innerenglische Politik nennen könnte, ich meine ihr Verhalten gegenüber den englischen Parteien. Zwei Gruppen der Whigs, eine regierende und eine opponierende, dazu die grundsätzliche Opposition der Tories — was forderte da das Interesse des Hauses Stuart? Wären die Tories sämtlich stuartisch gesinnt gewesen, so hätten die Jakobiten auf einen Zusammenschluss dieser Partei mit den „unzufriedenen" Whigs hinarbeiten müssen, um auf diesem Wege das Ministerium und den Thron Georgs I. zugleich zu stürzen und Raum zu gewinnen für die Erhebung Jakobs III. War aber jene Voraussetzung nicht zutreffend — und sie war es sicher nicht — so wäre das Ergebnis einer solchen Koalition wahrscheinlich nur ein Minister- und Parteiwechsel unter dem herrschenden Souverän gewesen, und die Jakobiten hatten das Nachsehen. Noch weniger hatten sie aber von einem Bündnis der Tories mit den regierungstreuen Whigs zu hoffen. So ist denn ihr Bestreben auch ganz richtig dahin gegangen, sowohl die Wiedervereinigung der gesamten Whigpartei wie auch jede Verbrüderung der Tories mit einer der beiden whiggistischen Flügel zu verhindern und vielmehr die drei vorhandenen

[1]) Stuart Papers V, 556. „*To the best of my memory, what's above is exactly every word as I received them from Lord Oxford.*"

[2]) Stuart Papers V, 538.

Parteigruppen möglichst auseinanderzuhalten. Das Ergebnis dieser Politik musste darin bestehen, dass das Ministerium in seiner gegenwärtigen Schwäche erhalten, und auch die Opposition, da sie aus zwei von einander getrennten Gruppen bestand, nicht so gekräftigt wurde, um den Ministern das Heft aus der Hand nehmen zu können. Damit wurde das Aufkommen einer aktionsfähigen Regierung verhindert und der Zustand der Schwäche solange erhalten, bis die äussere und innere Lage reif erschien für ein Unternehmen zugunsten des Prätendenten.

So etwa wird von den Jakobiten selbst das Wesen und Ziel ihres Verhaltens im Parlament umschrieben. Es sei ihnen auch, heisst es im Juli 1717, bisher vortrefflich gelungen. Das Hauptverdienst daran aber wird Mr. Shippen zugeschrieben. „Was Shippen in dieser Richtung geleistet hat, kann garnicht genug anerkannt werden.“ [1])

Auf manche Episode der Parlamentsgeschichte dieser Jahre, die uns ja keineswegs in aller wünschenswerten Deutlichkeit überliefert ist, fällt damit ein neues Licht. Hier seien nur zwei solcher Fälle erwähnt, in denen der Jakobitismus eine den Zeitgenossen augenfällige Bedeutung gewonnen hat. Das eine Mal geschieht es bei dem Prozesse des Grafen Oxford, dessen für die Regierung beschämenden Verlauf wir kennen. Oxford selbst erklärte sich dafür dem Prätendenten zu ewigem Danke verpflichtet.[2]) In dem andern Falle, 1718, rühmte sich Jakob Eduard, dass er seinen Anhängern im Parlament empfohlen habe, nach Möglichkeit gegen die Entsendung eines englischen Geschwaders ins Mittelmeer zu arbeiten, und er rechnet dafür auf die Dankbarkeit Spaniens.[3]) Was aber den eben genannten Mr. Shippen betrifft, so spricht aus seinen Reden nicht nur die scharfe Opposition des Tory, der die Regierung bekämpft, sondern auch das Bestreben des Jakobiten, der den König Georg und seine Familie in den Augen des englischen Volkes herabzusetzen wünscht, damit es erkenne, dass

[1]) Stuart Papers V, 558.

[2]) *My Lord Oxford avait fait assurer le Prétendant qu'il aurait une resonnaissance éternelle du service que le Prétendant lui avait rendu dans l'affaire de son procès.* Stair an Craggs, 11. März 1719. R. O.

[3]) Stuart Papers V, 617—18.

das verbannte Haus Stuart ein viel besserer Hort der nationalen Interessen sein würde. Ueber die Politik des Königs spottet er mit seiner Lieblingswendung, sie scheine für einen andern Meridian, für den Meridian Deutschlands, besser zu passen als für den Grossbritanniens.[1]) Er nennt es das Unglück dieser Regierung, dass der König mit parlamentarischen Institutionen mit der ganzen englischen Verfassung, ja mit der Sprache des Landes unbekannt sei.[2]) Und da Shippen bei keiner Heeresdebatte in der Rednerliste zu fehlen und gewohnheitsmässig gegen die stehende Armee zu eifern pflegt, so gibt er gern auch diesem Thema eine persönliche Spitze gegen den König. Der muss freilich, sagt Shippen, in seinen deutschen Besitzungen, wegen ihrer geographischen Lage und ihrer Verfassung, auch in Friedenszeiten eine Armee unterhalten. Und da er sein ganzes früheres Leben dort zugebracht hat, so denkt er natürlich, für das reiche England sei es eine Kleinigkeit, 16 oder 32000 Mann zu bewaffnen. Umso dringender wäre für seine Minister die Pflicht, ihm klar zu machen, dass in England die Dinge ganz anders liegen.[3])

---

Der Gegensatz des durch königliche Ungnade, durch Flucht und Exil gezeichneten Jakobiten zum loyalen Engländer erscheint absolut und unüberbrückbar. Gleichwohl brachte die Reue über ihr unkluges Tun und die Not des Lebens viele der Verbannten dahin, sich doch noch um die Verzeihung Georgs I. zu bemühen. Und dann verschloss die Regierung sich nicht grundsätzlich solcher Bitte. In den ersten Jahren nach dem schottischen Aufstande wurden viele Reuige in Gnaden aufgenommen und durften in die Heimat zurückkehren. Aber die Erfahrungen, die man mit diesen Leuten machte, waren nicht günstig. Die Regierung fand, dass sie nur unzuverlässige Elemente ins Land hereingelassen habe. Im Dezember 1718 war daher das Kabinett zu dem Standpunkte gelangt, alle Gnadengesuche ausländischer Jakobiten

[1]) Parl. Hist. 7, 508, 582.
[2]) Parl. Hist. 7, 435, 508.
[3]) Parl. Hist. 7, 508.

grundsätzlich abzulehnen, da man in den Tausenden früherer Fälle doch niemals Dankbarkeit und Reue seitens der Begnadigten gesehen habe.[1])

Ein anderes war es, wenn sich die Möglichkeit bot, einen der jakobitischen Grossen durch lockende Anerbietungen herüberzuziehen und damit den Prätendenten seiner besten Kräfte zu berauben. Welch ein Triumph, wenn sich z. B. Graf Mar oder der Herzog von Ormond als reumütige Sünder um die Gnade Georgs I. bewarben und der König sie ihnen grossmütig gewähren würde. Solche Anerbietungen sind den beiden Häuptern wirklich gemacht worden. Von Ormond hören wir dabei nicht viel. Dagegen war Mar solchen Lockungen mehr als zugänglich. Denn wenn er auch gelegentlich den ihm gewordenen Antrag loyal seinem Könige unterbreitete,[2]) so sieht man ihn zu anderen Zeiten selbst eifrig bemüht, seinen Frieden mit dem „Usurpator" zu machen. Verweilen wir einen Augenblick bei dem Bilde dieses Staatssekretärs, der bei allem Eifer, den er der jakobitischen Sache widmet, ihr doch niemals mit ganzer Seele angehört, und in Zeiten der Hoffnungslosigkeit nach der Gegenseite hinüberschielt, ob er nicht auch dort auf einen gnädigen Empfang rechnen dürfe. So manchen Ausdruck des Misstrauens der anderen gegen ihn findet man in den jakobitischen Korrespondenzen.[3]) Der Prätendent freilich gibt sich den Anschein, als glaube er fest an seine Treue, und vielleicht tut er es wirklich.[4]) Durch grosse Menschenkenntnis war er ja niemals ausgezeichnet.

Schon 1717, als es mit der stuartischen Sache schlecht stand, als der Prätendent vom französischen Boden verbannt war, Frankreich sein Bündnis mit England gemacht hatte, klopfte Mar leise an das Pförtlein, das ihm den Weg zur Gnade Georgs I. eröffnen sollte. Bevor er nach Italien ging, stellte er sich bei dem englischen Gesandten in Paris, dem

---

[1]) . . . *the Cabinet Council have been of opinion, His Majesty ought to shew no further clemency. For I think there has not been one instance of any return of gratitude or repentance, tho' there have been thousands of His Majesty's pardon and indulgence.* Craggs an Stair, 29. Dez. 1718. R. O

[2]) Stuart Papers IV, 515.

[3]) Vgl. Lockhart Papers 2, 16 ff.

[4]) Stuart Papers 5, 371.

schottischen Grafen Stair, ein. Er sprach zu ihm als Schotte und als alter Freund, machte kein Hehl daraus, dass er die Sache des Prätendenten für hoffnungslos halte und schien geneigt, für seine Person in eine Unterhandlung mit der englischen Regierung einzutreten. Stair wollte keine falschen Hoffnungen wecken, ging auf die Anregung nicht ein und suchte nur die sich bietende Gelegenheit auszunutzen, um allerlei aus dem Interessenkreise der Jakobiten zu erfahren.[1])

Im Jahre 1719, als mit dem Scheitern des Ormondschen Planes, den wir bald kennen lernen werden, der Jakobitismus wieder einmal verspielt hatte, meldete Mar sich von neuem. Er war im Begriffe, von Italien, wo ihm das Klima nicht zusagte, nach Frankreich zu reisen, um die Heilquellen von Bourbon aufzusuchen, die, wie man ihm gesagt, denjenigen von Bath in England am ähnlichsten sein sollten. Auf der Reise erfährt er, dass er ohne einen Pass die französische Grenze nicht überschreiten dürfe. Von Genf aus wendet er sich an Stair, damit dieser ihm den Pass ausstelle oder verschaffe, und offenbar ist mit dieser Bitte wiederum der Wunsch nach einer Anknüpfung vorhanden. Dass er selbst um diese Zeit nichts mehr gegen Georg I. im Schilde führte, durfte er glaubhaft beteuern. Um jeden Zweifel auszuschliessen, wies er noch darauf hin, dass von Ormonds Expedition nichts mehr zu fürchten, er selbst aber nicht mehr im Dienste des Chevaliers sei. Stair berichtete nach London und nach Hannover, wo der König eben weilte. Stanhope war bereit, in eine Verhandlung einzutreten, doch müsse es mit grösster Vorsicht geschehen. Er fürchtete zwar nicht die Gefahr, die von der Persönlichkeit Mars drohen, wohl aber den üblen Eindruck, den seine Begnadigung in England machen könnte. Er scheint, soweit wir es erkennen können, vor jeglicher Unterhandlung die bedingungslose Unterwerfung Mars gefordert zu haben. Hier suchte sich nun Stair ins Mittel zu legen, denn er hätte seinem schottischen Standesgenossen doch gar zu gern wieder zur Gnade des Königs und zur Rückerstattung seiner konfiszierten Güter verholfen. Was Stair empfahl, wäre auch politisch wohl das klügste Ver-

[1]) Für das Folgende: (Hardwicke) State Papers 2, 561—599.

fahren gewesen, das man einschlagen konnte. Inzwischen hatte nämlich der Magistrat von Genf, wo Mar der Entscheidung harrte, ihm nicht nur die Weiterreise verboten, sondern ihn auch, bis man die Absichten der englischen Regierung vernommen hätte, als Gefangenen festgehalten. Man sollte, war nun Stairs Rat, Lord Mar doch ruhig nach Bourbon ziehen lassen und ihn damit gänzlich dem Prätendenten entfremden. Mit der Herausgabe der Güter möge es ja seine Schwierigkeit haben, denn nur das Parlament kann dieselbe beschliessen. Aber bis zu dieser Entscheidung könne ihm ja der König eine Pension bewilligen, durch die sein Unterhalt gesichert werde. „So riskieren Sie nichts," schreibt Stair an Stanhope. „Sie sind Herr über sein Tun und Lassen. Er wird unvermerkt vom Prätendenten abrücken und wird auch diesem und seinem Anhang verdächtig werden. Sie können unterdessen gerade dasjenige von ihm erreichen, wozu er sich niemals bereit finden würde, wenn man eine förmliche Kapitulation von ihm forderte." Zur Zahlung der Pension scheint nun die Regierung zwar bereit gewesen zu sein, aber trotzdem wurde ein klares Abkommen nicht erzielt. Die Verhandlung zog sich in die Länge. Mar ward misstrauisch und Stair warnte, man werde ihn wieder dem Prätendenten in die Arme treiben. Der Befehl zur Freilassung ward von der Regierung Georgs I. nicht gegeben, nicht einmal eine Erklärung, dass sie nichts dawider habe, wenn die Stadt Genf von sich aus handle. Aber nun hatte diese genug von der Komödie und schenkte ihrem Gefangenen die Freiheit. Wutschäumend kehrte Lord Mar nach Italien zurück und ward wieder der Ratgeber des Prätendenten. Die englischen Minister, sagte er, mögen fähige Leute sein, aber sie verstehen es ebensowenig, Proselyten zu machen wie sich die Treue ihrer Freunde zu sichern. „Ich kann ihm nicht so ganz Unrecht geben," war auch die Meinung Lord Stairs.

Das Streben, der Gegenpartei wichtige Persönlichkeiten abspenstig machen und sie auf die eigene Seite herüberzuziehen, war übrigens bei den Jakobiten noch stärker. Sie verfielen dem Irrtum, jeden politisch hervorragenden Mann, der in eine oppositionelle Stellung zum englischen Ministerium geraten war, schon zu den Ihren zu rechnen, oder ihn doch reif zu erachten

für die jakobitische Umwerbung, die ihn vollends der guten Sache gewinnen müsse. Mar und sein Kreis hatten es vorzüglich auf die Häupter des schottischen Adels abgesehen. Ein interessantes Beispiel hierfür ist das folgende. Kaum war im Frühjahr 1717 die Nachricht eingetroffen, dass der Herzog von Argyle mit seiner Sippe beim Hofe von St. James in Ungnade gefallen sei, als die Bemühungen einsetzten, um diese in Schottland mächtige und reichbegüterte Gruppe für die stuartische Sache zu gewinnen. Und merkwürdig genug, auch bei dem Sieger vom Sheriffmoor sass die Treue zu Georg I. nicht so tief, dass er dem Lockruf derer, die er auf dem Schlachtfelde bekämpft hatte, sein Ohr verschlossen hätte. Verhandlungen wurden wirklich begonnen. Ein langes Schreiben des Grafen Mar an Argyles Bruder, den Grafen Ilay, zeigt so recht, wie die Welt in jakobitischen Köpfen sich malte. Wer diese Darlegungen liest und die wahre Geschichte der Zeit einen Augenblick vergessen würde, dem musste es unbegreiflich erscheinen, warum eigentlich nicht im Jahre 1717 die zweite Restauration der Stuarts erfolgt sei. Denn alle Vorbedingungen sind erfüllt. Zwar ist bei dem Fortbestande der englischen Armee jede Erhebung ohne auswärtige Hilfe unmöglich, aber es kann an dieser nicht fehlen. Russland und Schweden sind im Begriffe, Frieden zu machen und sich mit dem Stuart zu verbinden. Der durch Gyllenborgs Verhaftung im Augenblick vereitelte Plan wird alsdann wieder aufgenommen werden, „und mit viel grösserer Wahrscheinlichkeit, ja fast mit voller Gewissheit des Gelingens". Frankreich wird kaum dagegen sein und Preussen ist zu gewinnen. Preussen wird auch Holland in Schach halten. Vom Kaiser droht keine Gefahr und die Fürsten des Reiches blicken freundlich, viele sogar mit herzlicher Teilnahme, auf die stuartische Sache. Und so geht es weiter bis zu Spanien und Sizilien, die nur durch die weite Entfernung an tätigem Eingreifen gehindert sind. Kurz, man erhält das Bild des gleichgestimmten, ungeduldig harrenden Weltteils, dessen einzelne Glieder entweder als starke Helfer mitwirken oder als wohlwollende Zuschauer daneben stehen werden, wenn die Stunde gekommen ist, in der Jakob III. den Thron seiner Väter besteigt, die Stunde, die von England und Schottland in ihrem

bedauernswerten Zustande so sehnlich herbeigewünscht wird. Endlich wird diesen hochgeborenen Schotten für den Fall ihres Uebertritts ein hoher Rang innerhalb der grossen jakobitischen Gemeinde in Aussicht gestellt. Dem Herzoge von Argyle, der es in seinen englischen Würden erst bis zum Grafen gebracht hatte, meinte Mar die Herzogswürde auch in England, dem Bruder aber den Earlstitel versprechen zu können.

Die beiden Umworbenen liessen sich diese Bemühungen ruhig gefallen, hüteten sich jedoch vor jedem Schritte, der sie blosstellen konnte. Nur in mündlichen Gesprächen verkehrten sie mit den Sendlingen Mars, nicht ein einziges Schreiben der beiden Brüder hat sich unter den *Stuart Papers* gefunden. Sie erklärten zwar, nach der ihnen widerfahrenen Kränkung nie wieder dem Könige Georg oder dem Prinzen dienen zu wollen, aber gegen die Gesetze des Landes wollten sie nicht verstossen.[1]) Nur im Parlamente gedachten sie, den Kampf gegen die Regierung zu führen, und das haben sie redlich getan, wie denn ihr Eifer für die Freisprechung des Grafen Oxford allgemein auffiel.[2]) Aber das war erlaubte Opposition. Den Entschluss, sich offen zur Sache des Prätendenten zu bekennen, würden sie nur dann gefunden haben, wenn seine Aussichten wirklich einmal so günstig gewesen wären, wie ein Graf Mar sie darzustellen liebte.

Wie es in dem Falle dieser beiden Schotten geschah, so scheint überhaupt die Zahl derer nicht gering gewesen zu sein, die sich auf Verhandlungen mit den Führern der Jakobiten einliessen, ohne sich ihrer Sache völlig anzuschliessen. Zu diesen gehörte auch derselbe Herzog von Shrewsbury, der 1714, in der Schicksalsstunde des Thronwechsels, so entschlossen und erfolgreich für die protestantische Sukzession eingetreten war.[3]) „Er ist treu und echt und er ist Ihr wahrer Freund“ schreibt Menzies an Mar. Was aber in seiner Zusammenkunft mit dem Herzoge besprochen worden war, sollen wir leider nicht erfahren, denn dem durch die Post beförderten Briefe wagt er es nicht anzuvertrauen.[4]) Auch auf die Häupter der

[1]) Stuart Papers V, 327.
[2]) Ebd. IV, 456, 498.
[3]) Bd. 1, 364 ff.
[4]) Stuart Papers V, 177.

englischen Katholiken mögen die Jakobiten schlechthin gezählt haben; vom Herzog von Norfolk reden sie wie von einem der Ihren.

Gelegentlich steigern sich diese Hoffnungen zu noch viel kühnerer Höhe. James Murray hat auf Anregung des Bischofs Atterbury im Juli 1717 eine Denkschrift nach Urbino gesandt, in der er mit dem Hinweis auf die vielen Schwierigkeiten der englischen Regierung — Konflikt im Königshause, Spaltung der Whigpartei, Angriff der unzufriedenen Whigs auf Cadogan, die Bangor-Kontroverse, die Vertagung der Konvokation — die Behauptung wagte, die Minister hätten nicht besser für den Stuart arbeiten können, wenn sie direkt in seinem Dienste gestanden hätten. Sie können, meint er, sich nicht mehr länger als ein Jahr halten. Nun sind sie aber „Männer von gewaltigem Ehrgeiz und ohne Grundsätze". Sollte man da nicht den Versuch machen, sie für die Sache des wahren Königs zu gewinnen? Der Verfasser meint offenbar, man könnte mit einigem Geschick das ganze englische Kabinett auf die Seite des Prätendenten herüberziehen. Als Mar diese Denkschrift erhielt, verfiel er[1]) denn doch in ein tiefes Staunen. Das ganze Kabinett in Bausch und Bogen dem hannövrischen Königtum abspenstig machen zu wollen, schien ihm gewiss recht abenteuerlich. Aber mit dem einen oder andern seiner Mitglieder anzuknüpfen, könnte wohl nicht schaden. Wer mögen aber wohl diejenigen sein, die der Verfasser der Denkschrift für einen solchen Versuch empfehlen will? Denkt er an Marlborough? Unmöglich. Mit dem wird man sich nicht noch einmal einlassen, nachdem man dreissig Jahre lang immer wieder von ihm getäuscht wurde. Oder Lord Sunderland? Der ist zwar vertrauenswürdiger, hat aber, obwohl der erste im Rate der Minister, nicht das nötige Gewicht, um für alle reden und handeln zu können. Ueberhaupt wird wohl keiner der drei führenden Männer, nämlich Cadogan, Stanhope und Sunderland für dergleichen Pläne zu haben sein.

Einige Wochen später, im September 1717, trat Mar dennoch in aller Form als Versucher an Lord Cadogan heran. Es war ein kluger und höchst massvoll gehaltener Brief, den er ihm schrieb.[2]) Er vermeidet durchaus die übliche jakobitische

[1]) Stuart Papers IV, 497. V, 564 ff.

[2]) Ebd. V, 50.

Phraseologie. Hier liest man nichts von dem Ursupator und nichts von dem rechtmässigen Könige. Statt dessen spricht Mar einfach von „meinem Herrn“ und „Ihrem Herrn“. Er gibt sich so, als möchte er Cadogan für eine höchst einfache Lösung des Thronstreits gewinnen, nämlich die, dass Georg I. auf seine neuen Besitzungen, d. h. seine britischen Reiche, verzichte, „die nach göttlichem und menschlichem Rechte“ einem andern gehören. Doch soll dieser Verzicht nicht ganz ohne Gegenleistung bleiben, denn „mein Herr“ wird „Ihren Herrn“ unterstützen, um seinen festländischen Besitz auf einen grösseren Umfang als den seiner Nachbarn zu bringen und sogar einen neuen Königstitel damit zu verbinden. Wahrlich ein eigentümlicher Zusammenhang, in dem hier, wenn ich nicht irre, zum erstenmal in der Geschichte, der Gedanke an ein Königreich Hannover zum Ausdruck gebracht wird.

Und der Erfolg des Briefes? Cadogan hat ihn keiner Antwort gewürdigt.

Um mit der Geschichte dieser Bestrebungen zu Ende zu kommen, so mag nur noch erwähnt sein, dass man im jakobitischen Lager auch daran gedacht hat, den bedeutendsten Mann der Opposition im Parlamente, nämlich Robert Walpole, zuerst zum Tory, und dann zum Jakobiten zu machen. Aussicht auf Erfolg hat dieses Bemühen niemals gehabt. Wir erfahren,[1]) dass ihm jemand eines Tages den Uebertritt zu den Tories ernstlich empfahl und es schon für einen guten Anfang nahm, als Walpole ihn ruhig anhörte. Sie wissen ja, sagt der Bericht, *femme qui écoute etc.* Sogar mit Geld dachte man ihn zu gewinnen, und der Prätendent stimmte eifrig zu.[2]) Wir wissen heute, dass, wenn Walpole selbst zu den Tories gegangen wäre, er doch mit den Jakobiten nichts gemein hatte; wir wissen, wie fern es ihm lag, seine Opposition gegen die Minister Georgs I. in einen Kampf gegen das Haus Hannover ausarten zu lassen. Tatsächlich war aber für ihn bei seiner Vergangenheit schon der Weg zu den Tories kaum mehr gangbar, und diese hätten sich ihm niemals untergeordnet. „Er aber will an der Spitze stehen“, sagt wiederum unser Bericht.

---

[1]) Stuart Papers IV, 332.

[2]) Stuart Papers IV, 396.

Die Häupter der Jakobiten waren während dieser Jahre noch mit einer andern Angelegenheit beschäftigt, die zwar nur die Person des Prinzen anging, aber doch auch mit seiner Sache im engsten Zusammenhange stand. Es handelte sich um die Absicht, Jakob Eduard zu verheiraten. Seine Mutter, seine Ratgeber, seine Freunde zu beiden Seiten des Kanals, alle waren sie von der Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugt und nach Kräften bemüht, ihm dabei behilflich zu sein. Sie möchten ihn, so schnell wie möglich, von einer Kinderschar umgeben sehen, damit nicht auf seinen zwei Augen allein das Recht der Stuarts ruhe.[1]) Ihm selbst wird es zur Sicherheit gereichen, schreibt Graf Oxford 1717, seinen Freunden zur Genugtuung, unter seinen Feinden wird Verwirrung herrschen, sein Leben aber wird glücklich sein.[2]) Auch Fernerstehende, denen nur das allgemeine katholische Interesse in Europa am Herzen lag, sagten dasselbe. Papst Clemens XI. redete eifrig zu. Und als ein Abgesandter Jakob Eduards 1716 in Luzern weilte, wo eine Versammlung der katholischen Kantone stattfand, fragte man ihn gleich: „warum heiratet denn der König nicht?“ Denn die auswärtigen Prinzen, die als seine nächsten Verwandten sonst in Betracht kämen, würden doch für Britannien niemals dasselbe Interesse besitzen, wie seine leibliche Nachkommenschaft. „Ich muss gestehen,“ schreibt dieser Abgesandte an Mar, den stuartischen Staatssekretär, „ich bin ganz derselben Meinung. Darum erwiderte ich nur, der König sei ja noch jung und werde gewiss bald heiraten. Ach, wenn es doch Wahrheit würde!“ [3])

Aber jene Fernerstehenden ahnten wohl wenig von den Schwierigkeiten, die sich dem prinzlichen Bewerber entgegenstellten. Die Herrscher auf den Thronen Europas trugen schwere Bedenken, eine der Töchter ihres Hauses an die ungewisse Zukunft eines länderlosen Prätendenten zu fesseln

[1]) „*You know it is children we want, the sooner they come the better, and their not coming at all would be ruin to us,*“ so schreibt Mar am 24. Dez. 1717. Stuart Papers V, 311.

[2]) Stuart Papers IV, 545.

[3]) Stuart Papers III, 357. Die Behauptung, dass auch die Regierung Georgs I. die Vermählung des Prätendenten gewünscht habe, kann nach dem, was weiter geschah, unmöglich ernst genommen werden. Die bei Haile, James Francis Edward, 241 [1]) mitgeteilten Aeusserungen Stanhopes waren wohl nur im Scherze gesprochen.

und sich dazu noch die Feindschaft des mächtigen Hauses Hannover zuzuziehen. Freilich war der Prinz nicht allzu wählerisch; dass die Braut schön sein müsse, fordert er nicht unbedingt. Doch seine Freunde waren manchmal anderer Meinung, denn sie kannten das heisse Blut der Stuarts. Wenn sie nicht jung und schön ist, meinte Graf Oxford,[1]) kann es leicht wieder so schlimme Folgen haben wie bei Karl II.

Viel wichtiger war jedoch das religiöse Bekenntnis der Braut. Nun war zwar durch seine Erziehung und die Wünsche seiner Mutter dem Prinzen die Wahl einer Katholikin nahegelegt. Aber die Rücksicht auf England hätte unzweifelhaft eine protestantische Heirat als das vorteilhaftere erscheinen lassen. Wäre eine passende Protestantin zu finden, sagt James Murray im Dezember 1717,[2]) so würden wir den König lieber heute als morgen vermählt sehen, denn das müsste nach menschlichem Ermessen die „unzufriedenen" Whigs ganz auf seine Seite ziehen. Auch der Prätendent hat solche Erwägungen nicht von sich gewiesen. So war 1717 viel von einer Vermählung mit der Tochter des Landgrafen von Hessen-Kassel die Rede, die von den englischen Jakobiten sehr gewünscht wurde. Die nächsten Ratgeber, Ormond, Mar, Dillon, fanden sogar, dass Jakob Eduard um die Prinzessin anhalten solle, selbst wenn er sicher wäre, eine ablehnende Antwort zu erhalten, nur um des günstigen Eindrucks willen, den schon die Werbung bei den Freunden in England machen musste.[3]) Auch über die Verbindung mit einer Tochter Peters des Grossen, also einem Kinde der orthodoxen Kirche, ist verhandelt worden. Der Zar selbst hatte den Vorschlag im Jahre 1717 gemacht. Und obwohl diese Tochter erst 13 Jahre alt war, wurde die Sache auch im jakobitischen Lager ernsthaft erörtert.[4]) Genug, die Religion spielte in der Ehepolitik Jakob Eduards keine entscheidende Rolle. Auch die Ebenbürtigkeit scheint nicht unbedingt gefordert worden zu sein, wenn es sich auch wohl bei der Mehrzahl der Bewerbungen

[1]) Stuart Papers V, 537.
[2]) Ebd. 328.
[3]) Ebd. IV, 323.
[4]) Stuart Papers V, an vielen Stellen.

um Prinzessinnen aus fürstlichen Häusern handelte. „Nur nicht länger warten", schreibt Mar einmal, „lieber möchte ihn mit einer einfachen Edeldame von guter Geburt, so tief sie auch unter ihm steht, vermählt sehen." [1])

Der Prinz sah die Angelegenheit jedesmal sehr praktisch an und ging meistens mit mehr Sachlichkeit als Zartgefühl zu Werke. Sobald eine Verhandlung gescheitert ist, wird die nächste angeknüpft, und gelegentlich laufen mehrere nebeneinander her. Nicht ganz mit Recht tut er sich etwas darauf zugute, dass er niemals eine neue Werbung beginne, ehe die letzte erledigt ist.[2]) Natürlich ist dieser Jüngling, den wir also reichliche 5 Jahre lang beständig auf der Brautschau erblicken, auch bald nicht mehr allzu schmerzlich berührt, wenn er eine Absage erhält. In Liebesgram sich zu verzehren, war nicht seine Art.

Was sollen wir umständlich alle gescheiterten Hoffnungen des unermüdlichen Freiers aufzählen? Sie haben ein dauerndes Interesse doch höchstens dann, wenn sie auf Verbindungen gerichtet waren, die der Sache der Stuarts nützlich werden konnten. Manchmal hören wir auch von Projekten, ohne die Persönlichkeit nennen zu können, um die es sich handelt. Ein Brief der Königin Maria aus dem Jahre 1715 erzählt uns von einer solchen Angelegenheit. Die Mutter ist zärtlich besorgt um das Glück des Sohnes, er selbst, nüchtern und kühl, will sich jede Entscheidung vorbehalten, denn er ist soeben noch mit einer anderen Werbung beschäftigt.

Recht lehrreich ist aber die Geschichte seiner Bemühung um die Tochter des Herzogs von Modena, seines Oheims. Er hat sie während eines kurzen Besuches in Modena gesehen und dem Grafen Mar eine so entzückte Schilderung ihrer Person gegeben, dass dieser an eine tiefere Neigung glaubt, und schon deshalb diese Verbindung herbeiwünscht. Der Oheim aber erbittet sich Bedenkzeit und dringt auf äusserste Geheimhaltung. Die Gründe lassen sich unschwer erraten. Sie lagen in der für den Herzog notwendigen Rücksichtnahme auf den Kaiser, seinen mächtigen Nachbarn in Italien. Der Beginn der Heiratsaffäre im Frühjahr 1717 fiel noch in die

[1]) Stuart Papers III, 256.
[2]) Stuart Papers IV, 433.

Zeit, da Karl VI. dem Bunde der Westmächte misstrauisch gegenüberstand[1]). Warum sollte er jetzt so viel dagegen einwenden, dass der Herzog von Modena seine Tochter dem Stuart-Prinzen vermählte? Papst Clemens XI., der sich lebhaft für die Wünsche des Prätendenten interessierte, war bereit, sich um die Zustimmung Karls VI. zu bemühen[1]). Aber bald änderte sich die politische Lage Europas völlig durch den Angriff Spaniens auf Sardinien im Sommer 1717. Der Kaiser näherte sich den Westmächten; im Herbst begannen jene Verhandlungen, deren endliches Ergebnis die Quadrupel-Allianz war. Jetzt hätte die Verlobung der modenesischen Prinzessin mit dem Prätendenten dem Kaiser in London schaden können und musste verhindert werden. So erfolgte denn im September 1717, als eine Nachwirkung der grossen Weltereignisse, die endgültige Absage des Herzogs an Jakob Eduard. Nach seiner Gewohnheit versagte der Prätendent es sich nicht, seinem Unmut in beleidigenden Worten gegen den Herzog Luft zu machen,[2]) statt die Notlage, in der der Oheim handelte, unbefangen zu würdigen.

Zu Zeiten schwangen sich seine Hoffnungen noch höher empor. Eine Erzherzogin möchte er gewinnen. Aber hier hing vollends alles von dem Laufe der grossen Politik ab. Nach dem Utrechter Frieden ist ernstlich von der Sache gesprochen worden. Man interessiert sich auch in Frankreich dafür.[3]) Ludwig XIV. selbst, sein Minister Torcy, Marschall Berwick, der Halbbruder des Prätendenten, alle sind derselben Meinung. Bald empfiehlt man eine der Töchter Josephs I., wobei die ältere, als die mit dem reicheren Heiratsgut, bevorzugt wird, bald eine der Schwestern Karls VI. Für diesen ist es eine so rein politische Frage wie irgend eine andere. In der Zeit der Spannung zwischen Wien und London ist viel davon die Rede, am meisten dann, als die Erbitterung des Kaiserhofes über die Tripelallianz der Westmächte vom 4. Januar 1717 den höchsten Grad erreicht hat.[4]) Marquis Prié

[1]) Stuart Papers IV, 284.

[2]) Stuart Papers IV, 547—8.

[3]) Darüber zahlreiche Korrespondenzen: Stuart Papers I.

[4]) „*The Jacobites continue to give out both here and at Avignon, that the Pretender is assured of the Emperor's protection, that he is to marry one*

in Brüssel, die kaiserlichen Gesandten in Holland empfehlen dem Chevalier geradezu, er möge doch einen Beauftragten nach Wien senden. Das geschieht, und es ist jener uns bekannte Walkingshaw, der sich gewiss auch um die Ehe mit der Erzherzogin bemüht, aber in diesem Punkte so wenig Erfolg gehabt hat wie mit den übrigen Zwecken seiner Mission.

Eine besondere historische Bedeutung gewinnen übrigens des Prätendenten Absichten auf eine Erzherzogin noch durch ihre Verbindung mit der weltberühmten Erbfolgefrage in österreichischen Landen. Seitdem Maria Theresia geboren und seitdem die Prinzen von Sachsen und Bayern um die Töchter Josephs warben, war Karl VI. nicht frei von der Sorge, dass aus diesen Heiraten einmal Gefahren für das Recht seiner eigenen Tochter, wie er es durch die pragmatische Sanktion geschaffen hatte, hervorgehen könnten. Da mochte er denn geneigt sein, andere Verbindungen für seine Nichten vorzuziehen und auch die mit dem Stuart mag in seinen Erwägungen eine Rolle gespielt haben. Einmal heisst es, die Kaiserin Amalia, die Witwe Josephs I., habe selbst den Vorschlag der Vermählung einer ihrer Töchter mit dem Stuart-Prinzen freundlich aufgenommen und werde auch den Kaiser dafür gewinnen.[1]) Ein anderes Mal soll jemand aus der Umgebung Karls VI. sich geradezu erboten haben, dem Chevalier eine der Nichten des Kaisers zu verschaffen.[2])

Aber wieviel Wahres nun auch an diesen Behauptungen gewesen sein mag: das Unglück des Prätendenten wollte es, dass Oesterreich und England sich in dem Bunde der Quadrupel-Allianz zusammenfanden und dass Karl VI. alsbald die Hülfe Englands in seinem Kriege gegen Spanien für unentbehrlich erachtete. Da war denn freilich Jakob Eduards Traum von der Vermählung mit einer Erzherzogin in nichts zerflossen.

---

Nun aber haben wir ein wenig ausführlicher noch eines andern Vermählungsplanes zu gedenken, nämlich desjenigen,

---

*of the Emperor's nieces and to be received at Bruxelles.*" Stair an Methuen. Paris, 18. Dez. 1716. R. O.

[1]) Stuart Papers V, 81.

[2]) Ibid. V, 92.

der sein Ziel wirklich erreichte.[1]) Die Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden waren, der Kampf, den die grossen Mächte selbst gegen die Schliessung des Ehebundes führten, die der Braut widerfahrene Unbill und endlich die glückliche Vereinigung der Verlobten, alle diese Umstände haben in der Zeit ihres Geschehens das Staunen der Welt erregt, haben die Heirat des Prätendenten mit einem Schimmer von Romantik umkleidet, zu dem die nüchterne Persönlichkeit des Bräutigams und seine geschäftsmässige Behandlung delikater Fragen es sonst niemals gebracht haben würden.

Die Werbung war dieses Mal — gewiss ein günstiger Umstand — von der Familie der Braut ausgegangen. Diese Familie gehörte durch Abstammung und Verwandtschaft zu den vornehmsten Europas. Der Vater, Prinz Jakob Sobieski, war der Sohn des gefeierten Befreiers von Wien und hatte sich auch selbst einmal, obwohl vergeblich, um den Thron Polens, den sein Vater innegehabt, bemüht. Jetzt lebte er als wohlhabender Privatmann in kaiserlichen Landen, zu Ohlau in Schlesien. Seine Gattin aber war als Tochter des Kurfürsten Philipp Wilhelm von der Pfalz, eine Schwester[2]) der Kaiserin Eleonore, der Witwe Leopolds I. Prinz Jakob Sobieski hatte nun die jüngste seiner drei Töchter, die Prinzessin Clementine, ausersehen, um mit ihrer Hand den Erben des Hauses Stuart zu beglücken. Er hatte schon 1716 die Anregung einer solchen Heirat an Jakob Eduard wie an die Königin Maria gelangen lassen, nicht ohne als praktischer Mann zugleich die Summe zu nennen, welche die Mitgift der Tochter bilden würde, abgesehen von ihrem dereinstigen Erbe. Er

[1]) Er ist behandelt in dem 1881 erschienenen Aufsatze von Pauli, Stuart und Sobieski. H. Z. 46, und zwar nach der Korrespondenz St. Saphorin's im Staatsarchiv zu Hannover. F. W. Head, The fallen Stuarts 1901 stellt die Sache besonders nach den Gualterio Papers im Brit. Museum dar. Ferner sind mehrere wichtige zeitgenössische und spätere Erzählungen veröffentlicht bei J. T. Gilbert, Narratives of the Detention, Liberation and Marriage of Maria Clementina Stuart. Dublin 1894. Für unsere Darstellung sind ausserdem noch die diplomatischen Korrespondenzen sowie einige weitere Stücke aus den Gualterio Papers in London, besonders aber die St. Saphorin-Akten in Hannover, verwertet.

[2]) Sie war wirklich die Schwester, nicht die Nichte der Kaiserin. Die vermeintliche Richtigstellung bei Pauli, H. Z. 46, 264 geht fehl.

beteuerte, er werde den Stuart trotz seiner bedrängten Lage weit lieber zum Eidam nehmen als irgend einen andern Prinzen in Europa.[1]) Clementine war aber zur Zeit noch nicht fünfzehn Jahre alt, ein Fräulein von kleiner Statur, wenn auch nicht ohne Anmut und von aufgewecktem Sinn. Wir hören nun freilich nichts davon, dass auf stuartischer Seite Mutter und Sohn freudig auf die Sache eingegangen wären, dürfen aber annehmen, dass Jakob Eduard neben allen anderen Plänen auch die Werbung um die polnische Prinzessin nicht ganz aus den Augen verlor.

Im November 1717 ward wieder einmal ein Vertrauensmann der Stuarts in einer besonderen Mission entsandt. Es war Charles Wogan, ein katholischer Irländer, der im Vorjahre durch die Flucht aus dem Gefängnisse von Newgate dem Strafgericht, das ihm als Teilnehmer am Aufstande drohte, glücklich entgangen war. Wogan sollte unter angenommenem Namen eine Rundreise durch Deutschland machen, als ein Mann von Stande, der zum Vergnügen oder aus Wissbegier alle deutschen Höfe kennen zu lernen suche. Wohin er kommt, soll er nach heiratsfähigen Prinzessinnen forschen. Zwei werden ihm besonders genannt, die eine von Baden-Baden, die andere von Sachsen. Aber nicht genug damit, wo auch immer sein Weg ihn vorüberführe, überall soll er Ausschau halten, „denn es gibt viele Höfe in diesem Lande, und in manchem vielleicht Prinzessinnen von gleicher Schönheit wie die beiden genannten.“ [2]) Nur in einer Nachschrift wird dieses Mal der Prinz Sobieski erwähnt, der irgendwo in Deutschland lebe und mehrere Töchter habe. Wogan möge doch auch nach ihnen forschen und, wenn sie von seiner Reiseroute nicht gar zu entfernt wohnen, soll er sie zu sehen versuchen.

Der mit solchen Aufträgen Bedachte, ein junger Mann von guter Lebensart, hat gewiss in allem sein Bestes getan. Er ist an manchem deutschen Hof gewesen, hat so lange nach fürstlichen jungen Damen ausgeschaut und gewissenhaft über ihre Augen, ihre Gestalt, ihren Charakter und ihre Mitgift

---

[1]) Stuart Papers II, 467, IV, 74.

[2]) Stuart Papers V, 235.

berichtet, bis er eines Tages, im Februar 1718, getrost behaupten durfte, nun könne er keine weiteren Prinzessinnen, weder katholische noch andersgläubige, mehr ausfindig machen, obwohl ja in deutschen Landen wirklich kein Mangel daran sei. Doch nach Ohlau, zum Prinzen Sobieski, will er, (gerade ehe seine bisher bekannt gewordenen Berichte verstummen), sich noch begeben, obwohl es ihm an Empfehlungen mangelt und das Reisen in Deutschland zweimal so viel kostet wie in Frankreich.[1]) Kein Zweifel, er ist wirklich in Ohlau gewesen und hat hier seine Aufgabe redlich erfüllt. Schon im April 1718 konnte Kardinal Gualterio den Stuartprinzen zu der bevorstehenden Verbindung mit der Prinzessin Clementine beglückwünschen.[2])

Jakobitische Berichte dieser Zeit[3]) haben es so darstellen wollen, als hätten allein die Tugenden der jungen Prinzessin, zusammen mit dem politischen Vorteil, den er von einer Verbindung mit ihr erwartete, den Chevalier bestimmt, seitdem er einmal zur Heirat entschlossen gewesen, nur sie und keine andere zu wählen. Daran ist natürlich kein wahres Wort. Zwar der Eifer, mit dem Jakob Eduard diese Verbindung betrieb, war echt. Doch entsprang er nur den traurigen Erfahrungen des unermüdlichen, aber immer wieder enttäuschten Freiers, der nun endlich die ersehnte Braut, so wie sie seinen Wünschen entsprach, katholisch, von vornehmer fürstlicher Abstammung und Verwandtschaft, gefunden zu haben meinte, und wohlgemerkt, eine Braut, die auch ihn nicht verschmähte.

Zunächst nahm die Sache ihren völlig normalen Verlauf. Wogan hatte in Ohlau den Ehevertrag wohl selbst schon entworfen. Er kehrte zurück nach Italien und traf seinen Herrn in Urbino. Jakob Eduard war sogleich entschlossen, je eher je lieber zur Heirat zu schreiten. Zwar, selbst nach Ohlau zu gehen und die Braut im Hause ihrer Eltern sich antrauen zu lassen, schien zu gefährlich.[4]) Denn Ohlau lag in kaiserlichen Landen und Karl VI. war der

[1]) Stuart Papers V, 473.
[2]) Vgl. Head, The Fallen Stuarts. 1901. 205—6.
[3]) Vgl. Narratives . . . . ed. Gilbert, 1, 161.
[4]) Vgl. F. W. Head, The Fallen Stuarts. 1901. 206.

Alliierte Georgs I. So ward denn ein zweiter Bote entsendet, um den Vertrag zu unterzeichnen, ein Dritter, um die Prinzessinnen, Mutter und Tochter, nach Italien zu dem harrenden Bräutigam zu geleiten. Dass die Braut, wie es bei fürstlichen Heiraten üblich war, einem Stellvertreter des Bräutigams durch Prokuration angetraut wurde, schien dieses Mal nicht unbedenklich. Denn wie, wenn der Kaiser die Reise der Braut verhindern, sie vielleicht der Freiheit berauben würde, um so die Heirat zu hintertreiben? Dann konnte Jakob Eduard in die Lage kommen, sich durch ein Eheband gefesselt zu sehen, ohne die Gattin zu besitzen. So ward nur ein Verlöbnis ohne geistlichen Beistand geschlossen; der künftige Gatte sollte nur in dem Falle gebunden sein, wenn die Prinzessin in Freiheit die Seine wurde.

Bald genug zeigte es sich, wie wohlangebracht die Vorsicht war. Das Geheimnis blieb nicht gewahrt, der Londoner Hof erhielt Kunde von der bevorstehenden Vermählung des Prätendenten. Sofort ergingen dringende Weisungen an St. Saphorin, den britischen Gesandten in Wien, er solle den Kaiser veranlassen, die Heirat zu verhindern. Da die Verhandlung in kaiserlichen Landen angesponnen und die Mutter der Braut eine nahe Verwandte des Kaiserhauses war, so wollte man es sich in London auch nicht ausreden lassen, dass der Wiener Hof längst um die Sache gewusst haben müsse. Von solchem Verdacht sich zu reinigen, musste man in Wien schon etwas guten Willen zeigen. Und dieser Pflicht konnte man sich umso weniger entziehen, da soeben die Nachricht von dem Siege der englischen Flotte am Kap Passaro eingetroffen war, wie ein sprechender Beweis für die Tatsache, dass Karl VI. ohne die Hülfe Englands seinen süditalienischen Besitz niemals zu behaupten vermochte. Der Minister Graf Sinzendorff versprach, der Kaiser werde sogleich einen sehr strengen Brief an den Prinzen Sobieski richten. Aber dann kam — es war im September 1718 — die erschreckende Nachricht von der angeblich durch Prokuration bereits erfolgten Eheschliessung, ja man erfuhr, dass die Prinzessinnen bereits auf dem Wege nach Italien seien, Sinzendorff selbst war kürzlich an ihnen vorbeigereist.[1])

[1]) Vgl. Pauli H. Z. 46, 266.

Jetzt war schnelles Handeln geboten, wenn überhaupt noch etwas geschehen sollte. St. Saphorin wurde dringender. Man sollte die beiden Damen, forderte er, einfach verhaften. Mit welchem Rechte? fragte Sinzendorff. St. Saphorin wies auf den von Sobieski begangenen Vertrauensbruch hin, zugleich auch mit ernster Mahnung auf die ungünstigen Folgen, die diese Heirat vermutlich für das englisch-österreichische Bündnis haben werde. Der Kaiser und Prinz Eugen wurden befragt, und das Ergebnis der aufgeregten Verhandlungen war wirklich die Entsendung von Eilboten mit Befehlen an die Statthalter in Tirol, in Mantua und in Steiermark, um die Reisenden, wo immer sie betroffen würden, anzuhalten.

Aber im Grunde war selbst dieser grimme Beschluss nicht so gefährlich, wie er aussah. Es gab in Wien auch Freunde des Prätendenten, insbesondere aber der Familie Sobieski. Die alte Kaiserin Eleonore war in höchster Aufregung über die ihrer Schwester und ihrer Nichte drohende Unbill. Sie intriguierte im Geheimen mit dem nach Innsbruck abgehenden Kurier. Dieser verlangsamte seine Reise so sehr, dass man annahm, die Prinzessinnen würden längst das kaiserliche Gebiet hinter sich gelassen haben, ehe sie von dem Haftbefehl erreicht wurden. Auch die Minister selbst erwarteten diesen Ausgang. Da ist es denn die Prinzessin Mutter selbst gewesen, die durch ihren Leichtsinn das Verderben herbeizog. Sie liess es sich nicht nehmen, 7 bis 8 Tage bei ihrem Bruder, dem Bischof von Augsburg, zu verweilen.[1]) Als die Damen nach diesem Aufenthalt ihre Reise fortsetzten und nach Innsbruck gelangten, war freilich der Bote mit dem Haftbefehl schon einen Tag früher zur Stelle gewesen. Die kaiserliche Ordre musste vollstreckt werden. Die Prinzessinnen sahen sich als Gefangene festgehalten.

Natürlich erregte dieser Vorfall ungeheures Aufsehen in allen Ländern Europas. Der englische Hof atmete erleichtert auf und die Whigs frohlockten.[2]) Der österreichischen Regierung war freilich bei dem ihr von England gespendeten

---

[1]) Nach der Erzählung Wogan's. Narratives . . . ed. Gilbert 41.

[2]) Hoffmann's Bericht aus London vom 4. Nov. 1718. W. St. A.

Lobe nicht ganz wohl zu Mute. Gegenüber dem Toben der Jesuiten und dem Zorn der alten Kaiserin gestanden die Minister, dass sie ja selbst die Verhaftung der Prinzessinnen nicht gewünscht, vielmehr gehofft hätten, dass der Kurier sie in Innsbruck nicht mehr erreichen werde.[1]) In höchster Aufregung befanden sich die Jakobiten aller Lande. „Es ist die barbarischste Tat, die seit Menschenaltern begangen ist," sagt Ormond.[2]) Der Prätendent sah sich, so nahe dem Ziele seiner Wünsche, abermals grausam enttäuscht. Noch kürzlich hatte er in einem Briefe aus Urbino dem Kardinal Aquaviva tausend Grüsse an Alberoni aufgetragen, dem er persönlich schreiben werde, sobald er mit der Gattin vereint sei. „Jeden Augenblick erwarte ich die Nachricht, dass die Prinzessin Sobieski unterwegs ist." [3]) Von Urbino ging er nach Bologna, hier wollte er sie erwarten. Aber statt der Braut kam die Nachricht von ihrer Gefangennahme. Man versteht vollkommen seine Entrüstung. Er ist „bestürzt und niedergeschlagen, erstaunt und überrascht" über diese unerhörte Tat des Kaisers. Anfangs hat er es für eine Grimasse gehalten, aber Wochen vergehen und die Braut wird in ihrer Gefangenschaft festgehalten. Er richtet flammende Proteste an seinen Beschützer, den Papst in Rom.[4]) Er braucht ihn nicht um Hilfe zu bitten, denn es hiesse auf Religion und Ehre verzichten, wollte er gegen ein so ungeheures und barbarisches Verfahren nicht einschreiten. Er möge handeln, wie es dem Stellvertreter Jesu Christi geziemt. Wenn freilich der Kaiser fortfahre, Ehre und Menschlichkeit mit Füssen zu treten, so wird wohl auch das Drängen des heiligen Vaters nicht mehr bei ihm vermögen, als die Bitten früherer Päpste bei den Tyrannen der Vorzeit. Weniger tragisch scheint der Prinz Sobieski die Sache genommen zu haben. Der gemütvolle Vater soll seinem künftigen Schwiegersohn den Vorschlag gemacht haben, da aus der Ehe mit Clementine nun einmal

---

[1]) Vgl. Pauli, H. Z. 46, 270.

[2]) Dickson The Jacobite Attempt of 1719, 2.

[3]) Aus den Gualterio Papers, Add. Mss. 20 292. Brit. Mus.

[4]) An Albani, Bologna, 19./20. Okt. An den Papst, 19. Okt. 1718. Gualterio Pap. Add. Mss. 20 292. Brit. Mus.

nichts geworden sei, so möge er doch eine ihrer beiden älteren Schwestern zur Gattin nehmen.[1])

---

So war denn auf Englands Betreiben die Vermählung einstweilen vereitelt. Aber aus der Verlegenheit war man noch nicht heraus, denn nun wusste niemand, was weiter zu geschehen habe. Man konnte die junge Prinzessin doch nicht in ewiger Gefangenschaft halten. Liess man sie aber frei, so ward sie natürlich sofort die Gattin Jakob Eduards. Ueber die ferner zu ergreifenden Schritte gingen die Meinungen in London, und mehr noch Wien, weit auseinander. Man hört[2]) von heftigen Auftritten zwischen dem behutsamen Grafen Sinzendorff und dem übereifrigen St. Saphorin. Dieser schlägt den verblüffend einfachen Ausweg vor, man solle doch Clementine schleunigst einem andern vermählen. Auch den passenden Bräutigam weiss er schon zu nennen. Es ist ein Prinz von Parma. Aber hier ergeben sich Schwierigkeiten. Nun, dann ein anderer, vielleicht ein Prinz von Baden. „Ich werde nicht ruhig sein", erklärte St. Saphorin,[3]) „bis ich sie mit irgend einem andern Prinzen verheiratet weiss." Die englische Regierung war mit allem einverstanden. Der König wird mit jeder ehelichen Verbindung, die sich für Clementine findet, zufrieden sein, schrieb Stanhope,[4]) wenn sie nur nicht die Gattin des Prätendenten wird.

Vom Wiener Hofe sind aber solche Pläne niemals ernst genommen worden. Hier standen zwei Parteien einander gegenüber, auf der einen Seite die Kaiserin Mutter Eleonore und die Geistlichkeit, die dem Kaiser vorstellten, dass er durch Ehre und Religion verpflichtet sei, die Gefangene freizugeben, auf der andern Sinzendorff, der Staatsmann, der an die Vorteile des englischen Bündnisses, der an die englische Flotte und an Sizilien dachte. Zwar lässt auch er den König von England wiederholt bitten, er möge doch der Befreiung

[1]) Nach Wogan's Erzählung. Narratives . . . ed. Gilbert. 38.

[2]) Das Folgende besonders nach der Korrespondenz St. Saphorins im Staatsarchiv zu Hannover.

[3]) An Robethon, 28. Jan. 1719. H. A.

[4]) An St. Saphorin. Whitehall, 6. Jan. 1719. H. A.

Clementinens zustimmen. Aber in Wahrheit ist es ihm nur darum zu tun, mit der ablehnenden Entscheidung Georgs I. vor die alte Kaiserin hintreten und ihr sagen zu können, dass es nicht an ihm liege, wenn die Prinzessin noch in der Gefangenschaft schmachte.

Da kommt die Nachricht, dass der Prätendent nach Spanien gegangen ist und an die Heirat nicht mehr zu denken scheine. Nun findet man in Wien, dass kein Grund mehr vorhanden sei, die beiden Prinzessinnen länger festzuhalten, dass man sie vielmehr ohne alle Gefahr, und auch ohne England zu kränken, nach Ohlau zum Prinzen Jakob Sobieski, ihrem Gemahl und Vater, heimsenden dürfe.[1]) Aber St. Saphorin ist anderer Meinung. Wie leicht könnte Clementine von Ohlau aus über Polen entweichen und trotz allem noch die Gattin des Prätendenten werden. Innsbruck sei allerdings kein sicherer Aufenthalt, eine Festung wäre besser. Darum schlug er vor, sie nach Olmütz zu bringen, wo sie auch dem Vater näher wäre. Und da auch die Kosten der Unterhaltung — die Prinzessinnen waren mit grossem Gefolge gereist — der Wiener Regierung Bedenken machten, so sollte England diese Kosten tragen. Ein förmliches Abkommen darüber fand Sinzendorff zwar für den Kaiser beschämend, aber er hatte nichts dagegen, dass St. Saphorin sich bereit erklärte, die nötigen Gelder allmonatlich zur Verfügung zu stellen, wenn nur die Welt glaubte, sie kämen aus der Schatulle Karl VI.[2])

So bildete das Schicksal Clementines fortgesetzt den Gegenstand der in Wien und London geführten Verhandlungen. Georg I. selbst fand es mit seiner Würde vereinbar, wenn er dem Freiherrn von Pendtenriedter, demselben, der seinerzeit die Quadrupel-Allianz in London unterzeichnet hatte und nun wiederum als des Kaisers Gesandter am britischen Hofe weilte, in dieser Sache als Bittender gegenübertrat. Pendtenriedter berichtet,[3]) wie der zurückhaltende König ihm vorgestellt habe, welch einen üblen Eindruck es in England machen müsste, „wenn gedachte Prinzessin anjetzo nach

[1]) Karl VI an Pendtenriedter, Laxenburg, 10. Mai 1719. W. St. A.
[2]) St. Saphorin an Stanhope, 7. Mai 1719. H. A.
[3]) London, 21. April 1719. W. St. A.

Spanien käme, da der Prätendent hiesiges Königreich von da anfallen wollte". Durch Pendtenriedters Berichte unterstützt, erreichte St. Saphorin alles, was er wollte, und das umso leichter, da er nichts dagegen hatte, wenn das ganze Odium in der hässlichen Angelegenheit der englischen Regierung zugeschoben wurde, der Kaiser aber nur unter dem Zwange der Verhältnisse zu handeln schien. Es wurde nämlich der Prinzessin Clementine zwar eröffnet, der Kaiser wolle ihr gestatten, sich zu ihrem Vater nach Ohlau zu begeben, doch dürfe sie dabei nicht den nächsten Weg über Bayern wählen, dürfe also auch nicht mit dem Oheim in Augsburg zusammentreffen. Den Boden der kaiserlichen Erblande solle sie nicht verlassen. Der Sinn dieser Verfügung aber war kein anderer, als dass sie, auch in scheinbarer Freiheit sich bewegend, doch immer in der Gewalt des Kaisers blieb. Und es war ferner Vorsorge getroffen, dass noch ehe sie bis nach Mähren gelangt wäre, der Wiener Hof im Besitze einer Antwort Georgs I auf seine letzten Vorschläge sein würde. Darauf gestützt, wollte man dann die Prinzessin plötzlich an der Weiterreise verhindern, wollte sie in die Festung Olmütz verbringen und erklären, dass man nicht anders könne, weil der hohe Verbündete in London es so fordere. Die Haft in Olmütz, von wo ein Entweichen nicht zu befürchten war, sollte aber so lange währen, bis der Vater der Braut das Verlöbnis in aller Form für aufgelöst erklären würde. Den Entschluss ihm zu erleichtern, sollte der Papst in Rom seine Hilfe leihen. Schon soll dieser sich bereit erklärt haben, einen Brief an Jakob Sobieski zu richten, um seine Gewissensbedenken gegen einen solchen Wortbruch zu zerstreuen. Das päpstliche Schreiben wurde in Wien täglich erwartet.[1])

Wie wohltuend berührt es nun den Erzähler und ich denke auch den Leser dieser berühmten Episode, dass alle diese widerwärtigen Intriguen ihren Zweck dennoch verfehlten. Die kleine Geschichte endet wie ein echter Liebesroman. Die gefangene Schöne wird erlöst. Der Bräutigam eilt herbei, um sich mit ihr zu vereinigen. Der Bund der Häuser Stuart und Sobieski wird geschlossen. Und siehe da: Nun erweisen sich auch alle an diesen Ausgang geknüpften Befürchtungen

[1]) St. Saphorin an Stanhope, 7. Mai 1719. H. A.

als völlig grundlos. Der Thron Georgs I. steht so fest wie zuvor.

Wir besitzen eine Reihe von Erzählungen[1]) der romantischen und abenteuerreichen Flucht Clementines. Eine ganze Gesellschaft von Verschwörern hat an der Sache Teil. Verehrung für den Prätendenten, Mitleid für die edle Gefangene sind die Motive ihrer Handlungen. Reichlich ausgestreutes Gold öffnet ihnen alle Pforten. Der Irländer Charles Wogan, der die Ausführung leitet, ist derselbe, der vordem die Werbung im Auftrage Jakob Eduards unternommen hat. Dieses Mal handelt er als der Vertraute und Bevollmächtigte des Vaters der Braut. Der Plan wurde ebenso sorgfältig und listig ersonnen wie geschickt und umsichtig durchgeführt. Ein junges Weib, an Grösse und Gestalt der Prinzessin nicht unähnlich, wird in ihre Wohnung gebracht. Clementine vertauscht ihre vornehme Kleidung mit dem ärmlichen Gewande der anderen und schlüpft hinaus in's Dunkel der Nacht. Durch Schnee und Regen gelangt sie glücklich bis an den Ort, wo der Reisewagen ihrer harrt. Die Fahrt — in Begleitung weniger Personen — wird Tag und Nacht fortgesetzt. Sie ist nicht ohne Gefahren; aber die Prinzessin überwindet diese Gefahren mit dem Frohsinn der Jugend und dem Gefühl der Würde ihres Standes. Sie offenbarte den Heldensinn ihres Ahnherrn Johann Sobieski, sagt Wogan. Die rasche Fahrt geht über den Brenner und das Etschtal hinab gen Italien, und die Eile wird auch nicht ermässigt, bis die kleine Reisegesellschaft die Grenze des Heiligen Römischen Reiches hinter sich gelassen und sich damit der Verfolgung durch die Diener des Kaisers glücklich entzogen hat. Dann aber, als sie das gelobte Land, den Boden Veneziens, berührt haben — es war wenige Stunden nach Mitternacht, am 30. April 1719 — da wird Clementine von ihren Begleitern aus ihrem Schlummer geweckt, und mit fester Stimme singen sie alle ein Te Deum in die Nacht hinaus. Dann erst wird in gemächlichem Tempo die Fahrt fortgesetzt.

---

) Sie bilden den Inhalt des stattlichen Bandes von J. T. Gilbert, Narratives of the Detention, Liberation and Marriage of Maria Clementina Stuart. Dublin 1894.

Die Nachricht von der gelungenen Flucht aus Innsbruck durchlief rasch das ganze Abendland. In jakobitisch gesinnten Kreisen ward sie mit hellem Jubel begrüsst, von den Politikern der Quadrupel-Allianz mit dumpfem Entsetzen hingenommen. „Mein Herz ist von Trauer erfüllt, während ich Ew. Exzellenz diesen Brief schreibe", so beginnt St. Saphorin seinen Bericht an die englische Regierung.[1]) Er sieht schlimme Folgen des Ereignisses voraus. Aber eines glaubt er sagen zu dürfen: Der Kaiser und seine Minister haben an dieser Tat keinen Anteil. Wirklich ist dem so gewesen. Denn wir wissen ja genau, was sie mit der Prinzessin vorhatten. Der Staatsrat in Innsbruck sandte einen umständlichen Bericht,[2]) von neun edlen Herren unterzeichnet, nach Wien, aus dem man erfuhr, wie eines Tages die junge Prinzessin sich weder bei der Messe noch bei der Tafel gezeigt habe, wie wegen einer Unpässlichkeit niemand zu ihr gelassen, dem täglich aufwartenden Arzte aber bedeutet wurde, dass er nicht zu kommen brauche; wie man sodann, als dringend Aufklärung gefordert wurde, die Mutter in Tränen fand, mit einigen Zeilen der Tochter in der Hand, deren Vorhaben sie selbst nicht gekannt haben wollte. Zwar sei die Verfolgung sogleich aufgenommen worden, aber ihren Zweck werde sie kaum erreichen, denn man wisse ja nicht einmal, wohin die Flucht gegangen sei.

Der Bericht traf Sinzendorff und St. Saphorin beisammen in Laxemburg, dem Sommeraufenthalt des Kaisers, wo am Abend desselben Tages ein Beschluss über das Schicksal Clementines gefasst werden sollte. Statt dessen war nun das gefürchtete Unglück geschehen. St. Saphorin vermutete sofort, dass Jakob Sobieski der Urheber des Planes sei und forderte in seinem Zorn, der Kaiser solle augenblicklich den Befehl geben, diesen Mann in Ohlau verhaften zu lassen und ihn solange gefangen zu halten, bis er die entflohene Tochter zur Stelle geschafft habe.[3]) Karl VI. gab sich eben in einem benachbarten Dorfe dem Vergnügen des Scheibenschiessens

[1]) St. Saphorin an Stanhope, 7. Mai 1719; ähnlich an Georg I. vom selben Datum. Han. Arch.

[2]) Beilage zu St. Saphorins Brief an Stanhope vom 7. Mai 1719. H. A.

[3]) Wiederholt in einem Schreiben St. Saphorins an Sinzendorff vom 4. Mai 1719. H. A.

hin. Die beiden Staatsmänner eilen zu ihm, Sinzendorff unterbreitet ihm die ingrimmige Forderung des britischen Gesandten. Der Kaiser aber will zunächst den Prinzen Eugen benachrichtigen, damit dieser einen Beschluss der Konferenz herbeiführe. So geschieht es, die Konferenz aber empfiehlt nur die Ausweisung Jakob Sobieskis aus den kaiserlichen Landen, nicht die Verhaftung. St. Saphorin erklärt zwar, damit werde sein König kaum zufrieden sein, aber er dringt mit seiner Forderung nicht durch. Das Spiel war verloren, das entflohene Vöglein nicht wieder einzufangen. Als nach einigen Wochen die englischen Minister vernahmen, der Papst in Rom habe der entflohenen Prinzessin Schutz und Hilfe geboten, da sollen sie zwar in ihrer Wut daran gedacht haben, nunmehr mit jener Drohung Ernst zu machen, mit der sie schon vor zwei Jahren, bei der Verhaftung Peterboroughs, die römische Kurie erschreckt hatten. Die englische Flotte unter Sir George Byng, hiess es abermals, werde an den Küsten des Kirchenstaates erscheinen und das päpstliche Civita Vecchia in Schutt und Asche legen. Aber zuletzt blieb auch dieser finstere Racheplan unausgeführt. Der stuartische Ehebund wurde geschlossen, ohne dass der Donner britischer Schiffsgeschütze der Welt seine Bedeutung verkündigt hätte.

Neuntes Kapitel.

# Die stuartische Gefahr im Jahre 1719.

Die Politik der Jakobiten während dieser Jahre schildern, heisst, dem Leser die bekannten Ereignisse von neuem zeigen, aber gleichsam in dem verzerrten Bilde eines Spiegels mit gekrümmter Oberfläche. Dennoch soll es geschehen, wir müssen erfahren, wie der Jakobitismus überall im Hintergrunde lauert, wie er nach günstigen Gelegenheiten ausspäht, und mit seinen diplomatischen Fühlern fortwährend die feindliche Front abtastet.

Nach der Niederwerfung des schottischen Aufstandes im Jahre 1716 waren die Hoffnungen wohl tief genug gesunken. Doch nicht auf allzu lange Zeit. Das Dunkel begann sich zu lichten, als noch im selben Jahre Karl XII. von Schweden die Sache des stuartischen Prätendenten zu der seinigen machte. Seine Feindschaft gegen Georg I. ist vollkommen verständlich. Sie galt dem Kurfürsten, der am Kriege gegen Schweden teilnahm, wie dem Könige, der die britische Flotte Jahr für Jahr in die Ostsee fahren liess, damit dieselbe zwar auch den englischen Handel schützen, daneben aber durch ihre blosse Anwesenheit die Operationen der Feinde Schwedens unterstützen möge. Schwedens Antwort war jene an den Namen des Grafen Gyllenborg, des Gesandten in London geknüpfte Verschwörung,[1]) deren Zweck es war, durch einen Aufstand in England, verbunden mit einem gleichzeitigen Einfall schwedischer Truppen, den Thron Georgs I. zu stürzen. Der Plan war vorzeitig entdeckt, Gyllenborg verhaftet worden. Doch die neue Enttäuschung der Jakobiten währt nicht lange. Im Frühjahr 1717 vernimmt man, dass die schwedische In-

[1]) Vgl. Band 1, 737 ff.

vasion nicht aufgegeben ist. Die Entdeckung war nicht vollständig gewesen. „Es ist wie ein Wunder", meint Oxford,[1]) „dass unsere Feinde nicht mehr erfahren haben". Jetzt soll die Invasion als Teil eines grösseren Unternehmens ausgeführt werden. Nicht nur auf Schweden, auch auf Russland wird gerechnet, Peter der Grosse gilt ebenso wie Karl XII. als Freund der stuartischen Sache. Ein Hindernis bildet zwar der zwischen beiden noch andauernde Krieg. Darum soll hier zunächst der Friede hergestellt werden. Der Zar reiste soeben in Westeuropa, ging von Holland über Brüssel nach Paris. Er hat damals, wie wir aus den diplomatischen Akten erfahren, dem englischen Botschafter Grafen Stair Eröffnungen machen lassen über einen zu schliessenden englisch-russischen Bündnis- und Handelsvertrag. Die englische Regierung, die Gelegenheit ergreifend, sandte den Admiral Sir John Norris in besonderer Mission in die Niederlande,[2]) wo er mit dem aus Frankreich zurückkehrenden Zaren zusammentraf und verhandelte. Peters Beziehungen zum Hofe von St. James waren also korrekt und so freundlich, wie es auch der Tatsache entsprach, dass er gemeinsam mit Georg I. — als Kurfürsten — den Krieg gegen Schweden führte.

Trotzdem lehnte Peter, der in seinen diplomatischen Gepflogenheiten weniger streng und etwas formloser war, als die Fürsten Westeuropas, es nicht grundsätzlich ab, auch mit den Jakobiten in Verhandlungen einzutreten. In Paris würde er Ormond und Mar, die eben hier weilten, persönlich empfangen haben, hätte ihn nicht der Herzog von Orleans gebeten, davon abzusehen.[3]) Immerhin stattete er der Königin Maria zu St. Germain einen Besuch ab, und den Verkehr mit den jakobitischen Häuptern vermittelte sein Leibarzt Dr. Erskine, ein Verwandter des Grafen Mar. Dieser liess dem Zaren ein Miniaturbildnis des Chevalier von St. George überreichen, das gnädig angenommen wurde. Ueberhaupt meinten die Jakobiten, Peter schon ganz gewonnen zu haben. Der Zar liess Mar den Vorschlag machen, Ormond möge sich an

[1]) Stuart Papers V, 538.

[2]) Norris' Instruktion ist datiert vom 2. Juli 1717. R. O. Kings' Letters. Russia 57.

[3]) Stuart Papers IV, 249.

den Hof Karls XII. begeben, er werde dort ebenso das Interesse Jakobs III. wie dasjenige Russlands zu vertreten haben. Das genügte den Jakobiten nicht, sie wünschten, Ormond solle mit einem förmlichen Auftrage Peters bei dem Schwedenkönige erscheinen. Ehe er sich dazu entschliesse, erklärte der Zar, müsse er zuvor die Haltung Frankreichs kennen, von dem er hoffte, es werde ihm ebenso wie dem Kurfürsten von Hannover den dauernden Besitz seiner den Schweden entrissenen Lande garantieren. Man sieht, es war Peter nur um die Behauptung seiner Eroberungen zu tun. Und was war ihm der Prätendent?

Diese Verhandlungen führten nicht zum Ziel. Da Karl XII. sich gänzlich abgeneigt zeigte, auf die ihm bereits mitgeteilten Forderungen Peters einzugehen, so fehlten die Voraussetzungen für eine durch Ormond zu führende russisch-schwedische Vermittlung. Ormond möge dennoch gehen, war Peters Rat. Aber nun fürchteten die Jakobiten den ungünstigen Eindruck, den es machen würde, wenn ein Mann von dem Ruhme des Herzogs von Ormond in Schweden einen üblen Empfang finden, oder, was noch schlimmer, wenn er garnicht empfangen würde. Und noch ein weiterer Grund: in England stand man im Begriff, eine Reduktion der Armee um 10000 Mann vorzunehmen. Auf die Nachricht, Ormond sei nach Schweden gegangen, würde diese Truppenverminderung gewiss unterbleiben. Denn in der Tat beobachtete ja die englische Regierung mit grösster Aufmerksamkeit das Gebahren der Jakobiten; die Entlassung von 10000 Mann konnte aber bei der Kleinheit der englischen Streitmacht schon zum Verhängnis werden. Genug, man beschloss, zunächst einen weniger berühmten Mann, es war ein gewisser George Jerningham, nach Schweden zu senden; Ormond würde folgen. Immerhin versuchte Mar, auch jenen noch zum Ueberbringer grosser Aufträge zu machen. Nicht nur den Frieden zwischen Karl XII. und dem Zaren Peter sollte er im Namen Jakob Eduards zu verhandeln haben, sondern auch ein festes Bündnis der drei Fürsten. „Wie ruhmreich wäre es für den Zaren", so lässt Mar diesem entbieten,[1]) an der Spitze einer solchen Verbindung nicht nur für sich selbst einen grossen Teil seiner

[1]) Stuart Papers IV, 295.

Eroberungen zu sichern, sondern durch die Thronerhebung eines in seinem Rechte gekränkten Prinzen zugleich ganz Europa die Ruhe wiedergeben zu können. In jenem Prinzen würde er einen ebenso mächtigen wie zuverlässigen Freund erhalten. Beide vereint aber, und mit ihnen alle diejenigen Fürsten, die sich bewogen fühlen würden, ihre Freundschaft zu suchen, würden dem Weltteil ihren Willen diktieren."

Und doch, wie wenig entsprach das alles der wahren Lage der Dinge. Zwar wurden Instruktionen für Jerningham[1]) entworfen, die ihm auftrugen, die Ankunft Ormonds in Schweden anzukündigen und unterdessen bereits nach Kräften für den durch stuartische Vermittlung zu schliessenden Frieden zwischen Schweden und Russland und ebenso für das Bündnis zu Dreien, oder, wenn Karl es verschmähen sollte, Peters Bundesgenosse zu werden, für das zu zweien zu arbeiten. Aber derjenige, der solches bewirken sollte, der Herzog von Ormond, wagte die Reise nach Schweden garnicht anzutreten. Peter der Grosse aber, der zu dieser Reise geraten hatte, war äusserst zurückhaltend, empfing Ormond nicht mehr in Person und wollte, als er aus Westeuropa heimkehrte, nicht einmal gestatten, dass er russisches Gebiet betrete. So verbrachte dieser den Winter 1717 bis 1718 in übler Stimmung in Mitau, der Hauptstadt Kurlands, von wo er, nachdem alle Mühe umsonst gewesen, im Juni 1718 enttäuscht nach Paris abreiste.[2])

Natürlich war auch der stets wohlinformierte Londoner Hof nicht ohne Kenntnis dieser Pläne. Dazu fehlte es niemals an alarmierenden Berichten, in denen die jakobitische Gefahr noch grösser erschien, als sie war. Aus Dresden kam im Frühjahr 1718 die Nachricht, der Prätendent in Person sei mit 6 Begleitern in Libau in Kurland eingetroffen und daselbst im Auftrage des Zaren mit allen Ehren empfangen worden.[3]) Und als einige Monate später, im August 1718, Franz Palmes als Gesandter an den Hof Augusts des Starken geschickt wurde, da erhielt er den Auftrag,[4]) wohl darauf zu achten,

[1]) Stuart Papers V, 546.

[2]) Vgl. Dickson, The Jacobite Attempt of 1719. (Scottish History Soc. 19, 1895) p. XXIII.

[3]) R. Vernon, Dresden, 13. April 1718. R. O. Poland 30.

[4]) Additional Instructions' für F. Palmes vom 9. Aug. 1718. R. O. Poland 30.

ob etwa die Höfe von Schweden und Russland auch den von Polen zur Teilnahme an ihren etwaigen Plänen zu Gunsten des Prätendenten zu gewinnen trachteten.

---

In die Zeit, als diese nordischen Pläne gesponnen wurden, fällt auch die Entstehung eines merkwürdigen Schriftstücks. Die Jakobiten wollten keine Zeit versäumen. Sobald Karl XII. den Fuss auf englischen Boden gesetzt hätte, sollte auch Jakob III. seinem Volke als der von Gott gesandte Herrscher gegenübertreten. In Person würde er nun zwar schwerlich gleich zur Stelle sein, denn der Weg war weit von seinem italienischen Exil bis zu den Küsten Britanniens. Dafür sollte er nun in einer schriftlichen Kundgebung zu seinen Untertanen reden. Ein Manifest wurde aufgesetzt, ähnlich jenen Manifesten, welche 1715 entworfen waren, um die Thronbesteigung Jakobs III. der Welt zu verkünden. Dieses Mal war es unter den Augen Lord Mars verfasst, denn einen Entwurf aus England kommen zu lassen, schien zu zeitraubend. Und für so nahe bevorstehend hielt der Pariser Kreis die Landung Karls XII., dass man sich dahin einigte, im Notfalle nicht einmal den Befehl Jakob Eduards abzuwarten, sondern schon die Zustimmung der Königin Maria, an der es nicht fehlte,[1]) für genügend zu erachten, um mit der Erklärung vor die Oeffentlichkeit zu treten. Unnötige Vorsicht, da ja die Landungspläne des Schwedenkönigs nicht verwirklicht wurden. Immerhin ist auch das nie veröffentlichte Manifest, das wir besitzen,[2]) nicht minder interessant. Es enthält in programmatischer Gestalt dasjenige, was die massgebenden jakobitischen Persönlichkeiten sich als die künftige Politik ihres auf den britischen Thron gelangten Herrn dachten. Und auch seine eigene Auffassung ist darin zu erkennen, denn er hat das Schriftstück gebilligt, und ein paar bedeutsame Aenderungen wohl auch selbst darin vorgenommen.

Das Manifest, datiert aus Pesaro vom 21. März 1717, musste vor allem eine Rechtfertigung dafür enthalten, dass

[1]) Stuart Papers IV, 172, 196 ff.
[2]) Stuart Papers IV, 128 ff.

die Restauration dieses Mal mit fremder, nämlich mit schwedischer Hilfe unternommen wurde. So fing es an mit der Beteuerung Jakobs III., dass nichts in der Welt ihm so grosse Befriedigung bereiten würde, als wenn er lediglich seinen getreuen Untertanen seine und ihre eigene Restauration zu verdanken hätte. „Und wahrlich", fuhr er fort, „werden treue britische Herzen, entflammt von Liebe zu ihrem rechtmässigen Souverän und ihrer alten Verfassung, den Schergen des Thronraubes weit überlegen sein, auch wenn diese die Finanzen und die stehende Armee des Landes zu ihrer Verfügung hätten. Nun aber hat der Usurpator sich durch einen Vertrag die Unterstützung des Auslandes gesichert, und just die Hilfe derjenigen Macht, deren Interessen mit denen Grossbritanniens stets als unvereinbar galten und in deren Schosse erzogen zu sein Uns von je zu einem Verbrechen gemacht worden ist. Auf Grund desselben Vertrages hat man Uns von Ort zu Ort gejagt und Uns endlich über die Alpen getrieben, weil nur, wenn wir in so weiter Entfernung weilten, der Usurpator an die Unmöglichkeit unserer Restauration zu glauben vermochte."

In solcher Lage habe König Jakob nunmehr die Hilfe des mächtigen Königs von Schweden angenommen, um seinen Thron zu erobern.

Was sodann über die künftige Haltung des Königs nach seiner Thronbesteigung gesagt war, entsprach durchaus der allgemeinen Lage. Er sagte Verzeihung und Straflosigkeit zu, er stellte die baldige Berufung eines freien Parlaments in Aussicht. Alle bürgerlichen und militärischen Angestellten, zu Wasser und zu Lande, müssen sich sofort für den neuen König erklären oder ihre Stellen niederlegen. Tun sie das erste, so werden sie im Amte gehalten und belohnt. Doch auch wenn sie den zweiten Weg wählen, so wird ihnen königliche Verzeihung zugesichert. Dem Parlamente sollen Massregeln empfohlen werden, um die drückende Last der Staatsschuld zu erleichtern. Am wichtigsten war der Passus, in dem Jakob III. den Anhängern der Kirche von England und Irland in unzweideutigen Worten alle ihre Rechte, Freiheiten und Privilegien gewährleistete. Hier hatte Mar wohl darauf Bedacht genommen,[1]) bei niemandem Anstoss zu erregen.

[1]) Stuart Papers IV, 172.

1715 hatte Bolingbroke als Staatssekretär des Prätendenten sich geweigert,[1]) ein ähnliches Manifest mit seiner Gegenzeichnung zu versehen, weil keinerlei Versprechen für die Kirche von Irland darin enthalten und auch das über die Kirche von England Gesagte nicht deutlich genug erschien. Mit der jetzt gewählten Fassung wäre wohl auch Bolingbroke zufrieden gewesen. Die beiden Kirchen werden, wo sie erwähnt sind, als *„the Church of England and Ireland"* schlechthin nebeneinander gestellt. Freie Ausübung der Religion wird ihnen ebenso zugesichert wie „der volle und ungestörte Besitz all ihrer Gotteshäuser, Universitäten, Kollegien und Schulen, ganz so wie sie dieselben unter irgend einem unserer Vorgänger protestantischen Bekenntnisses genossen haben". Und um den Glauben an die Ehrlichkeit eines solchen Versprechens zu stärken, wird hier geschickt die Bemerkung eingeflochten, dass die mit der Hilfe eines protestantischen Fürsten erfolgte Thronbesteigung auch den am stärksten voreingenommenen Protestanten jegliches Misstrauen benehmen müsse.

Doch nicht nur die Staatskirche wollte der künftige Herrscher unter seinen Schutz nehmen. Auch die Dissenter wurden nicht vergessen. „Da niemand," heisst es, „unter Unserer Regierung um blosser Gewissensfragen willen verfolgt werden soll, so werden wir Unserem ersten Parlamente nahelegen, die ihm geeignet erscheinende Indulgenz für zarte Gewissen zu gewähren." Ein Satz, der uns einen Augenblick zu denken gibt. Da das Manifest 1717 niedergeschrieben ist, so nimmt es hier in der Tat die Gedanken der kirchenpolitischen Beschlüsse von 1719 zur Erleichterung der Dissenter vorweg. Es gibt sich in diesem Punkte also toleranter als die damals noch zögernde whiggistische Regierung Georgs I. Aber noch ein anderer Umstand ist dabei merkwürdig. Von den Abweichungen, welche die verschiedenen Versionen, in denen das Schriftstück überliefert ist, aufweisen sollen, kennen wir eine höchst bedeutsame. Sie betrifft eben die Stellung der Dissenter. Während in der heute veröffentlichten Fassung, die wir wohl als die vom Prätendenten gebilligte anzusehen haben,[2])

[1]) Mahon (Tauchnitz) I, 415 ff.

[2]) Stuart Papers IV, 128 ff. Ueber den Charakter der verschiedenen Versionen und ihr Verhältnis zueinander scheint auch der Herausgeber (Introd. p. XIX, p. 131) nicht zu voller Klarheit gelangt zu sein.

schlechthin von *Dissenters from the aforesaid Church* die Rede ist, fügen ein paar andere Fassungen vor *Dissenters* noch das Wort *Protestant* hinzu. Ward aber eine solche Unterscheidung für notwendig erachtet, so kann es doch nur in dem Sinne geschehen sein, dass bei der absichtlichen Ausmerzung des Wortes *Protestant* das über die Dissenter Gesagte auch nicht allein auf die ausserhalb der Staatskirche stehenden Protestanten, sondern überhaupt auf die Andersgläubigen bezogen werden konnte.[1]) Es war also damit die Möglichkeit gegeben, die in Aussicht gestellte Toleranz-Gesetzgebung auch den Katholiken zugute kommen zu lassen. Ich wage nicht, die Behauptung daran zu knüpfen, hier habe man den untrüglichen Beweis in Händen, dass ein Jakob III. dieselben kirchenpolitischen Wege gewandelt und, wie man hinzufügen müsste, auch in dieselben Konflikte mit seinen, alles katholische Wesen hassenden, Untertanen geraten wäre, wie sein Vater Jakob II. Aber dass ihm dieser von den Dissentern handelnde Passus eines Tages als eine Handhabe zur Begünstigung des Katholizismus hätte dienen können, wird kaum zu bestreiten sein.

So war jenes klug verfasste Manifest beschaffen, das zu seiner Zeit der Welt ganz unbekannt blieb, als historisches Dokument aber hohe Bedeutung besitzt. Der Inhalt ist so fasslich und greifbar, wie es bei dem schemenhaften jakobitischen Programm nur möglich war. Der Stil ist nicht hinreissend, aber sachlich und klar. „Schönheit der Sprache",

---

[1]) In der offiziellen Sprache (wie sie ja auch in diesem Schriftstücke angewendet wird) werden die protestantischen Nonkonformisten meistens als *Protestant Dissenters*, nicht aber schlechthin als *Dissenters* bezeichnet. Vgl. das Statut 10. Anne. c. 2, handelnd von *Toleration granted to Protestant Dissenters*, mit Bezugnahme auf eine frühere Akte mit der volleren Bezeichnung: *Protestant Subjecto dissenting from the Church of England.* Vgl. auch 5, George I, c. 4. Bei solcher Ausdrucksweise sind natürlich die Katholiken ausgeschlossen. Dass aber auch sie manchmal ausdrücklich als *Dissenters* bezeichnet werden, dafür möge eine in deutscher Uebersetzung bereits mitgeteilte Stelle (vgl. oben S. 127) aus den Akten der Strickland'schen Verhandlung als Beweis dienen, wo es nämlich heisst: *But 'tis hoped that the Roman Catholics . . . will make it practicable for a mild Government to treat 'em with moderation and lenity, if they endeavour to deserve it as well as other Dissenters.* Beilage zu dem Briefe Craggs an Stanhope, Whitehall, 30. Juni 1719, *private.* R. O. Regencies 73. (In dem Abdruck bei Mahon 2, 369, nach einer Abschrift in den Hardwicke Papers fehlt gerade dieser Passus.)

sagte Lord Mar stolz bescheiden,[1]) „muss man nicht darin suchen. Doch hoffe ich, dass wir uns im Ton nicht ganz vergriffen haben."

Während aber dieses Schriftstück in England unbekannt blieb, gelangte noch im selben Jahre, nämlich im November 1717, eine andere Kundgebung des Prätendenten zur Kenntnis vieler Kreise. Obwohl dieselbe nicht durch die auswärtige Politik angeregt war, so mag sie doch an dieser Stelle erwähnt werden, weil sie das über die Kirchenpolitik Jakob Eduards soeben Mitgeteilte in interessanter Weise ergänzt. Er ergriff das Wort zu der durch die Bangor-Kontroverse veranlassten Vertagung der Konvokation.[2]) Man wusste noch nicht einmal, dass diese Vertagung durch wiederholte Erneuerung auf eine Abschaffung der Konvokation hinauslaufen werde, als ein Brief des Prätendenten[3]) bekannt wurde, in dem er mit fast komisch wirkenden Worten der Entrüstung auf die der Kirche von England drohende Gefahr hinwies und sich selbst als Retter empfahl. Er habe sich darüber belehren lassen, dass die innere geistliche Macht der Kirche, oder die Schlüsselgewalt, wie sie von den Aposteln und der ursprünglichen Kirche der ersten drei Jahrhunderte ausgeübt wurde, auch von je als ein wesentliches Recht der Kirche von England gegolten habe. Diese müsse darum auch ferner die Möglichkeit besitzen, die von ihren eigenen Mitgliedern vorgetragenen Lehren zu prüfen und kirchliche Strafen zu verhängen. Durch dieses neue, vom „Kurfürsten" begangene Unrecht scheine aber die Vorsehung selbst zeigen zu wollen, wie unsicher alle Rechte der Kirche und des Volkes von England unter der gegenwärtigen Regierung seien. Und ganz folgerichtig heisst es am Schlusse: „Einzig und allein die Erfüllung meines Rechtsanspruchs bietet auch die sichere Gewähr dafür, dass Friede und Glück in Kirche und Staat dauernd erhalten bleiben."

Eine absurde Formulierung, die gleichwohl in Jakobitenkreisen mit bewundernder Zustimmung begrüsst wurde.[4])

---

[1]) Stuart Papers IV, 168.
[2]) Vgl. oben S. 100.
[3]) Stuart Papers V, 244.
[4]) Vgl. Stuart Papers V, p. XXI.

Noch dilettantischer als ihre nordische Politik waren die Bemühungen der Jakobiten, Frankreich, mit seinem Herzog von Orleans an der Spitze, für sich zu gewinnen. Hier standen sie vor der harten Tatsache des englisch-französischen Bündnisses, wie es mit der Tripelallianz vom 4. Januar 1717 ins Leben getreten war. Sie täuschten sich zwar nicht über die Beweggründe, die den Regenten an die Seite Englands geführt hatten. Sie erkannten, dass jede englische Regierung, sei sie stuartisch oder hannövrisch, zum Herzoge von Orleans stehen musste. Er, wie Philipp von Spanien, beide haben den Wunsch, falls der junge Ludwig XV. sterben sollte, sein Nachfolger zu werden. In diesem Streite muss jede englische Regierung auf der Seite Orleans' stehen, denn die Thronbesteigung Philipps V. würde die für England unerträgliche Vereinigung von Frankreich und Spanien zur Folge haben. Als künftiger König von England muss darum auch der Prätendent den Herzog von Orleans unterstützen. Es kommt also nur darauf an, diesen der gegenwärtigen Regierung Englands zu entfremden und ihn zum Freunde der kommenden zu machen. Im Grunde weist aber sein eigenes Interesse ihn auf diesen Weg. Denn ein stuartisches Regiment, durch ihn erhoben, wird, wenn der Erbfall in Frankreich eintreten sollte, mit weit grösserem Eifer seinen Anspruch unterstützen als das gegenwärtige England. Aber es wird auch ein wertvollerer Bundesgenosse sein, denn alsdann sind natürlich alle jene inneren Konflikte verschwunden, die es heute vor den Menschen verächtlich und vor dem Auslande ohnmächtig erscheinen lassen. Gewiss braucht man dem Regenten diese Erwägungen nur vorzutragen und er wird sich von ihrer Richtigkeit überzeugen, wenn er anders der Mann von Geist ist, als den die Welt ihn kennt.[1])

Diese Gedanken sind im Dezember 1717 ausgesprochen worden. Wir brauchen dagegen, um die Lockerheit dieser Gründe darzutun, nur an die Tatsache zu erinnern, dass Englands auswärtige Politik durch die inneren Schwierigkeiten keineswegs lahmgelegt wurde, dass sie vielmehr gerade damals

[1]) So etwa ist der Gedankengang in einem Briefe Murrays an Mar. Stuart Papers V, 326.

in ihrem Aufstieg zur Quadrupel-Allianz eine gebietende Stellung in Europa einnahm.

Aber auch auf anderem Wege, meint man, könnte das Ziel erreicht werden. In Paris ward vom General Dillon ein artiger Plan ersonnen,[1]) um die englisch-französische Freundschaft zu sprengen. Dillon will glaubwürdig vernommen haben, dass der zur Zeit in London weilende Abbé Dubois sich habe verleiten lassen, im Namen des Regenten die Zurückberufung der französischen Protestanten in Aussicht zu stellen (wobei wir wohl an die Aufhebung des Edikts von Nantes zu denken haben). Das muss die Handhabe abgeben, um einen Keil in das Bündnis der Westmächte zu treiben, nämlich so: man beantragt und beschliesst in der nächsten Session des Parlaments eine Adresse an Georg I., in der er aufgefordert wird, auf der Erfüllung dieses Versprechens gegenüber dem Regenten zu bestehen. Nun sind zwei Möglichkeiten gegeben: entweder der König lehnt ab — dann muss seine Weigerung, für den Protestantismus einzutreten, im eigenen Lande recht gründlich zu seinem Schaden ausgenutzt werden; oder er stimmt zu — dann bringt er den Regenten in die Lage, sein Versprechen nicht erfüllen zu können. Nun wird, da die Sache vom englischen Parlament ausgeht, die französische Oeffentlichkeit sich eifrig damit befassen, wird aus ihrer Entrüstung kein Hehl machen und nicht ruhen, bis der ganze Vertrag mit England zerrissen ist. „Ein Meisterstück", ruft Mar aus, als er den Plan vernimmt.[2]) Man ist schon im Begriff, ihn zur Ausführung zu bringen. Shippen ist der rechte Mann dazu, er soll es tun. Aber ein Unstern waltet auch über dieser Angelegenheit.[3]) Shippen wird wegen seiner taktlosen Aeusserung[4]) gegen den König in den Tower gesandt, und von Dillons feinem Plan ist nicht mehr die Rede.

Wie diese von Land zu Land schleichenden Bemühungen des Jakobitismus auch nach Oesterreich kamen, wie sie auch hier kläglich scheiterten, ist dem Leser bereits an anderer Stelle erzählt worden. Von der Türkei, die, im Kriege mit

[1]) Stuart Papers V, 150, 195.
[2]) Stuart Papers V, 323.
[3]) Ebd. 325.
[4]) Vgl. Bd. 1, 745—6.

Oesterreich begriffen, aus der stuartischen Rechnung keineswegs ausfiel, dürfen wir hier gleichwohl absehen, da von türkisch-jakobitischen Verhandlungen nichts bekannt ist. So fehlte in dem Kreise der europäischen Mächte nur noch Spanien. Was Jakob Eduard bewog, an diesen Staat als Bittender heranzutreten, war seine finanzielle Not. Er hatte sich, vielleicht etwas leichtsinnig, verpflichtet, den beiden Fürsten des Nordens, wenn sie nach geschlossenem Frieden seine Thronerhebung versuchen würden, die für ihre Rüstungen notwendige Summe von 100 000 £ zur Verfügung zu stellen. Aus eigenen Mitteln das Geld aufzubringen, war unmöglich. Er hatte aber das Versprechen im Vertrauen auf eine ihm gewordenen Zusage der Kurie gegeben, doch inzwischen war ihm bedeutet worden, dass er von dieser Seite auf finanzielle Unterstützung nicht zu rechnen habe. Dafür hatte General Dillon den Rat gegeben, unter den Jakobiten in England eine Kollekte zu veranstalten, wie denn auch vor der Gyllenborg-Verschwörung eine bedeutende Summe auf diesem Wege aufgebracht worden war. Um das Geheimnis zu wahren, sollte nicht die ganze Masse der Jakobiten beisteuern; es würde genügen, wenn zwanzig der angesehensten je 5000 £ vorschiessen würden, um sie nach erfolgter Restauration mit Zinsen zurückzuerhalten.[1]) Doch war der Vorschlag in Urbino nicht gebilligt worden, weil eine solche Sammlung zu viel Geräusch verursachen und damit leicht dem ganzen Plane zum Verhängnis werden könnte.

So wandte sich der Prätendent in seiner Not an Spanien. Eine geschickt verfasste Denkschrift, datiert vom 27. Januar 1718,[2]) die er selbst entworfen haben will,[3]) ward den Machthabern in Madrid vor die Augen gebracht. Mit gefährlicher Offenherzigkeit wurden die Lage und die Aussichten des Prätendenten darin enthüllt. Was in dem Bilde verzeichnet erscheint, war darum nicht weniger ehrlich gemeint und entsprang nur jener Selbsttäuschung, die nun einmal zum Wesen des Jakobitismus gehörte. Alle Mächte Europas, heisst es hier, sind von der Rechtswidrigkeit und Unbeständigkeit der gegen-

[1]) Stuart Papers IV, 521.
[2]) Stuart Papers V, 616 ff.
[3]) Ebd. 408.

wärtigen englischen Regierung überzeugt, aber die Furcht hält sie in Schranken und lässt sie die Erschöpfung und die inneren Zerwürfnisse Englands nicht erkennen. Umso mehr verdient die gute Gesinnung der Herrscher von Schweden und Russland, ihr Widerwille gegen den „Kurfürsten", ihre Entschlossenheit, für „Seine Britannische Majestät" einzutreten, in ein helles Licht gesetzt zu werden. Doch nur an einem fehlt es an ihnen, am Gelde. Will der König von Spanien hier helfen, so würde schon eine schriftliche Erklärung genügen, dass er die erforderliche Summe, jene 100000 £, bereit halte und sie, sobald es gewünscht werde, den beiden Fürsten des Nordens zur Verfügung stelle.

Nachdrücklich wird auch die Gemeinsamkeit der Interessen Spaniens und des Prätendenten hervorgehoben. Jakob Eduard weiss dieses Mal auch etwas mehr zu sagen als das in jakobitischen Schriftstücken immer wiederkehrende Sprüchlein: Hilf mir, so bin ich dir durch die Pflicht der Dankbarkeit dauernd verbunden. Er weist ganz richtig auf die von seiten der Westmächte auch den Spaniern drohenden Gefahren hin, und meint, daran anknüpfend, dem Könige Philipp auch eine kleine Gegenleistung bieten zu können. „Seine Majestät", heisst es sehr wichtig, „hat, in voller Würdigung der Gerechtigkeit und weisen Vorsicht Seiner Katholischen Majestät, sich bewogen gefühlt, Seinen loyalen Untertanen in England zu empfehlen, ihr Bestes zu tun, um die Sendung eines englischen Geschwaders ins Mittelmeer zu verhindern". Und auch die boshafte kleine Drohung fehlt nicht, dass Spanien auf solche Liebesdienste — die Flotte unter Byng war ja um diese Zeit wirklich noch nicht ausgefahren — in Zukunft nur dann zu rechnen habe, wenn „Seine Britannische Majestät" in der Lage wäre, seinen Getreuen die Aussicht auf spanische Hilfe eröffnen zu können.

Der Gedanke liegt nahe, dass in einem Schriftstück, welches den Bund des künftigen Königs von England mit der Krone Spanien vorbereiten sollte, auch eine Erwähnung Gibraltars nicht fehlen durfte. Wirklich hatte einer der englischen Korrespondenten des Grafen Mar noch kürzlich, im Dezember 1717, empfohlen,[1]) wenn Spanien bereit sei,

[1]) Stuart Papers V, 332.

6 oder 8000 Mann zu geben, ihm dafür Gibraltar und Port Mahon zu überlassen. Er steht dabei ganz auf dem Boden der uns gerade aus dieser Zeit schon bekannten Anschauung,[1]) dass diese Plätze für den englischen Handel ohnehin keinen Wert besässen. Gleichwohl steht in unserer Denkschrift kein Wort davon. Der Prätendent, so hören wir von ihm selbst,[2]) hat es nicht für richtig gehalten, Gibraltar zu nennen, da ein solches Anerbieten nicht in seiner Macht liege und in England böses Blut machen könnte. Es ist fast belustigend zu sehen, wie er, in diesem Punkte also gewissenhafter als Georg I., einen solchen Schritt nicht ohne den Willen des englischen Volkes tun möchte. Freilich meint er, mit einer am Schlusse seines Schriftstücks gebrauchten Wendung, wenn Spanien sie nur verstehen wolle, auch über diesen Punkt genug gesagt zu haben. Hier spricht er nämlich etwas geheimnisvoll davon, dass eine Nation, die von grausamer Sklaverei befreit worden, ihrem Könige nichts abschlagen könne, wenn es sich darum handeln sollte, einem gemeinsamen Wohltäter gefällig zu sein.

Die Denkschrift hat auf Alberoni, für den sie ja bestimmt war, gewiss einen günstigen Eindruck gemacht. Der phantasiereiche Staatsmann, der zur Erreichung seiner hohen Ziele kein Mittel verschmähte, hat natürlich schon bei Zeiten an die Begünstigung des Prätendenten gedacht, und gewiss nicht nur deshalb, weil er diesem zu seinem Rechte zu verhelfen wünschte, sondern um eine Gefahr für England damit heraufzubeschwören. Die mit der Denkschrift gegebene Anregung fiel nun aber in eine Zeit, wo er von einem Bruche mit England noch weit entfernt war. Zwar hatten die Spanier Sardinien genommen und einige Monate später folgte die sizilische Expedition. Aber noch war die Quadrupel-Allianz nicht geschlossen, die Seeschlacht am Kap Passaro nicht geschlagen. So nützlich die Verbindung mit dem Prätendenten einmal werden konnte, so schien es doch zur Zeit nicht geraten, sich allzuweit mit ihm einzulassen. Der Bescheid Alberonis war in wenigen Worten enthalten, die enttäuschend und vielsagend zugleich klangen. Geheimnisvoll lässt er dem Urheber der Denkschrift entbieten: „Noch ist die Zeit nicht

[1]) Vgl. oben S. 263.

[2]) Stuart Papers V, 408

gekommen. Ein wenig Geduld und man wird sehen, dass die geeigneten Schritte erfolgen, um ihm zu dienen.“ Jakob Eduard war entzückt. „Die Antwort ist kurz und süss,“ so waren seine Worte, „sie geht auf den Vorschlag nicht ein, aber statt dessen eröffnet sie die Hoffnung auf viel grössere Dinge.“ [1])

Die jakobitische Geduld ward nicht auf eine allzu lange Probe gestellt. Den Andeutungen Alberonis folgten die Ereignisse, welche zum Kriege zwischen England und Spanien führen mussten. Schon im März 1718 wurden der spanischen Regierung die Bestimmungen der noch nicht einmal unterzeichneten Quadrupel-Allianz mitgeteilt. Dieser Vertrag sowie die bekannt gewordene Absicht der Entsendung einer britischen Flotte ins Mittelmeer galten der spanischen Regierung als schwere Bedrohung.[2]) Alberoni ergeht sich in zornigen Reden gegenüber den Gesandten der Westmächte, er kündigt einen Kampf bis aufs äusserste an. „England oder Spanien muss zu Grunde gehen.“ Und dann scheut er sich auch nicht, den Gesandten Georgs I. die Drohung mit dem Prätendenten ins Gesicht zu schleudern.[3])

Nichts brachte die englischen Minister so sehr in Harnisch wie die Berührung dieser Angelegenheit durch den spanischen Staatsmann. „Das ist ein Thema,“ so sollte Oberst Stanhope dem Kardinal bei passender Gelegenheit erklären, „das er aus mancherlei guten Gründen besser nicht erwähnen würde. Kommt er uns so, so soll er doch bitte bedenken, dass der Kaiser ein mindestens ebenso gefährlicher Prätendent auf die Krone Spaniens ist.“ [4]) Alberoni scheint die gleiche Taktlosigkeit wirklich nicht zum zweiten Male begangen zu haben. Aber statt der Worte folgten die Taten. Spanien ward zum Anwalt einer neuen Restauration des Hauses Stuart. Es ist eine eigene, von den übrigen Ereignissen getrennt verlaufende

---

[1]) Stuart Papers V, 620.

[2]) Vgl. Bd. 1, 805—6.

[3]) . . . *gave intimations relating to the Pretender.* W. Stanhope an Craggs, 6. Juni 1718. R. O.

[4]) Craggs an W. Stanhope, 23. Juni 1718. R. O.

Episode des Krieges von 1719, der wir hier nähertreten. Erst damit bieten wir dem Leser die notwendige Ergänzung des früher Erzählten.

Wir vermögen uns leicht vorzustellen,[1]) mit welch' freudiger Erwartung der zu kriegerischer Lösung drängende Konflikt zwischen England und Spanien von den Jakobiten begrüsst wurde. Es war wie ein Frühlingshauch, der den Winter des jakobitischen Missvergnügens verscheuchen wollte. Sie erlebten auch den Triumph, dass ihr ganzes politisches System zu einem Teil der Politik Spaniens erhoben wurde. Alberoni ging mit umso grösserem Eifer an die Sache heran, als er so manche seiner anderen Hoffnungen in nichts zerrinnen sah. Der Türkenkrieg, der die Kräfte Karls VI. binden sollte, war durch den Frieden von Passarowitz beendet, der Abschluss der Quadrupel-Allianz nicht verhindert, die spanische Flotte aber war durch das im Mittelmeer auftretende englische Geschwader in der Seeschlacht geschlagen worden. Dafür wurden nun die ganzen nordischen Pläne der Jakobiten von Spanien übernommen und gemeinsam weiterentwickelt. In der Hauptsache sollte es sich zunächst darum handeln, den soeben in Norwegen siegreich vordringenden Schwedenkönig von hier aus eine Landung in Schottland vollführen zu lassen.

Ein Bevollmächtigter Karls XII. kam — es muss in den ersten Novembertagen des Jahres 1718 gewesen sein — nach Paris, um sich mit dem spanischen Gesandten und mit Ormond zu beraten. Er brachte eine Denkschrift seines Königs mit, worin dieser den Wunsch nach einem festen Bündnisse zwischen Schweden und Spanien ausdrückte. Gegen England sollte es gerichtet und die Entthronung Georgs I. das Ziel sein. Von Drontheim aus, so hört man von anderer Seite,[2]) wollte Karl XII. auf die See hinausfahren, nicht mit einer grossen Kriegsflotte, denn die stand ihm hier nicht zur Verfügung, sondern mit soviel Transportfahrzeugen, wie man sie ohne grossen Zeitverlust an den Küsten Norwegens zu sammeln vermochte. Mit geringer Truppenzahl wollte er auf schottischem Boden landen und das Volk zur Erhebung für Jakob III. aufrufen. Und wie geschickt war es, wenn Karl das Misstrauen

[1]) Leider verlässt uns hier die Veröffentlichung der Stuart Papers.

[2]) Stair an Craggs, Paris, 21. Jan. 1719. R. O.

der Schotten wie der Engländer gegen den Katholizismus des Stuartprinzen dadurch zu entkräften gedachte, dass er, der den Thron Gustav Adolfs inne hatte, in eigener Person zwar als Freund des Prätendenten, aber auch als Beschützer des Protestantismus in britischen Landen auftreten wollte. Auch das Bündnis mit Spanien brauchte dabei kein Hindernis zu sein. Philipp V. würde das Unternehmen nur finanziell unterstützt haben, und der bekannte Jakobit Sir Patrick Lawless war schon unterwegs, um das Geldgeschäft, etwa im Sinne der früher erwähnten Denkschrift Jakob Eduards, in Ordnung zu bringen.

Aber nicht nur von der Seite Skandinaviens sollte Grossbritannien angegriffen werden. Jakobitische Erhebungen im westlichen England und in Schottland würden Hand in Hand damit gehen. Diese Pläne gewannen nun Klarheit und feste Gestalt.

Ormond werde stündlich in Madrid erwartet, so lautete die erste Nachricht, die William Stanhope, seitdem er den Boden Spaniens verlassen hatte, nach London sandte.[1]) In der Tat war Ormond im November 1718 von Paris aufgebrochen. Von der französischen Regierung scharf beobachtet, gelang es ihm, als Kammerdiener eines vornehmen Reisenden verkleidet, über die spanische Grenze zu kommen.[2]) Am 1. Dezember meldete er dem Kardinal seine Ankunft in Alcala. Wenige Tage später finden wir ihn in Madrid, der Gedankenaustausch begann.

Wir können uns von den hier geführten Verhandlungen noch eine ziemlich deutliche Vorstellung machen.[3]) Wir sehen die beiden Männer, welche die eigentümliche Verkettung europäischer Fragen zusammengeführt hat, den berühmten Minister Spaniens und den militärischen Sachwalter des stuartischen Prätendenten, wie sie die gesamten Verhältnisse des Weltteils immer wieder unter die kritische Sonde nehmen. Die Lage im Mittelmeer, der Krieg in Sizilien, der drohende Einbruch zweier französischer Armeen in Spanien, aber auch

[1]) W. Stanhope an Craggs. Bayonne, 26. Nov. 1718. R. O.

[2]) Dubois an Stanhope, 15. März 1719. Aff. étr.

[3]) Dickson, The Jacobite Attempt of 1719 (Scottish History Society 19). Letter XIII.

alles, was gegen die Mächte der Quadrupel-Allianz noch versucht werden kann, die Verschwörung gegen den Herzog von Orleans, die Hilfe Karls XII. gegen Georg I., vor allem die Mobilmachung des Jakobitismus in England, dem freilich wieder erst durch auswärtige Unterstützung die Möglichkeit und die Zuversicht auf das Gelingen seines hochverräterischen Streiches in britischen Landen gegeben werden muss, über alle diese Fragen schweifen die Erörterungen hin. Die Pläne waren zu mannigfaltig, gar zu viele Umstände mussten zusammenwirken, als dass ein Gelingen wahrscheinlich sein sollte. Auch lagen jedem der zur Mitwirkung Berufenen doch vornehmlich nur seine eigenen Zwecke am Herzen. Karl XII. hatte erklärt, dem Plan einer Landung in England erst näher treten zu wollen, nachdem er Norwegen unterworfen habe. Ormond ist enttäuscht, er findet, dass damit die beste Zeit verloren gehe. Sein Trost ist nur, dass Lawless bereits von Alberoni beauftragt ist, den Schwedenkönig umzustimmen. Aber freilich, allzuviel durfte man sich von solchen Bemühungen gegenüber dem weltberühmten Eigensinn eines Karls XII. wohl nicht versprechen. Sodann fragt Alberoni, mit welchen Mitteln Ormond sich denn wohl getraue, die Thronerhebung Jakobs III. durchzuführen. Mit 7 bis 8000 Mann Truppen und Waffen und Munition für 15 000, lautet die Antwort. Und Spanien muss sie liefern. Ganz unmöglich, erklärt Alberoni, Waffen und Munition kann er geben, und dazu noch die Geldhilfe für Schweden, aber die Truppen Spaniens sind teils in Sizilien, teils müssen sie das eigene Land gegen die Franzosen verteidigen. Doch das ist nicht sein letztes Wort. Man hat neue Unterredungen. Alberoni hat sich eines Besseren besonnen und sagt, Spanien wolle für die Expedition gegen England 5000 Mann zur Verfügung stellen, nämlich 4000 zu Fuss und 1000 Reiter mit 300 Pferden, auch zehn Feldgeschütze mit Munition, und Waffen für 15 000 Mann Infanterie. Das wird von Ormond freudig angenommen, aber er kommt noch mit einer weiteren Forderung. Man müsse auch noch eine Diversion in Schottland machen und wenn nicht Mannschaften, so doch Waffen dahin entsenden. Alberoni fragt, ehe er eine Zusage gibt, ob denn ein geeigneter Mann da sei, den man an die Spitze stellen könne. Ormond nennt den jungen Grafen

Marischal, der schon 1715 für die Sache der Stuarts gefochten und in der Schlacht auf dem Sheriff-Moor zwei Reiterschwadronen kommandiert hatte. Nach dem Scheitern des Aufstandes war er glücklich entkommen, aber als Abwesender verurteilt und durch Konfiskation seiner Güter gestraft worden. Seitdem hatte er wie so mancher andere schottische Edelmann in der Verbannung gelebt. Er weilte zur Zeit in Paris. So sollte denn Ormond ihm schreiben, er möge in aller Eile und in tiefster Heimlichkeit nach Spanien kommen. Zum König von Schweden sollte nun, da durch die Absicht der Entsendung spanischer Truppen die Lage verändert war, ein neuer Abgesandter Alberonis sich begeben. Er sollte die Dringlichkeit der schwedischen Landung vorstellen und zugleich erklären, dieselbe werde nur dann, wenn sie rechtzeitig erfolge, durch spanische Gelder unterstützt werden.

Welche Rolle der Chevalier selbst bei der Ausführung aller dieser Pläne spielen würde, scheint noch ungewiss. In Italien freilich darf er nicht bleiben. Die Nähe kaiserlicher Truppen bringt Gefahr. Alberoni lässt ihn wiederholt ersuchen, nach Spanien zu kommen. Trifft er rechtzeitig ein, so mag er mit den Truppen nach England fahren, wenn nicht, so soll er ihnen folgen, denn die Expedition leidet keinen Verzug.

In der Tat, nur wenn alle diese Pläne mit grösster Schnelligkeit und in tiefster Heimlichkeit zur Ausführung gelangten, war an ein Gelingen zu denken. Man stelle sich einmal den günstigsten Fall vor. Karl XII. landet in Schottland zur selben Zeit, da Graf Marischal erscheint, um den für ihren angestammten König sich erhebenden Hochschotten die Waffen in die Hände zu drücken. Gleichzeitig vernimmt man, dass der Herzog von Ormond mit einer Armee im westlichen England erschienen ist, dass die jakobitisch gesinnte Bevölkerung dieser Landesteile zu Tausenden sich erhebt und unter Ormonds Führung gegen London marschiert. Der Hof von St. James, überrascht und bestürzt, will sich hilfesuchend an die verbündete Regierung des Regenten von Frankreich wenden, doch er vernimmt, dass der Herzog von Orleans gestürzt und Philipp V. von Spanien an seine Stelle getreten ist. So etwa könnte man sich die Umstände vorstellen, unter

denen 1719 an eine Restauration der Stuarts zu denken gewesen wäre.

Aber schon, indem man einen solchen Verlauf der Dinge sich auszumalen versucht, wird man gewahr, wie überaus künstlich doch der ganze Plan ersonnen war, so künstlich, dass schon kleine Versäumnisse, natürliche Verzögerungen der ganzen Sache verhängnisvoll werden konnten, auch wenn es gelang, bis zur entscheidenden Stunde das Geheimnis zu wahren, und endlich, wenn nicht der Unstern der Stuarts, wie schon so oft, ihrem Hause und ihrer Sache Verderben brachte.

Aber so geschah es nun. Der beste Teil der Berechnungen Alberonis ward zu Schanden. Die Verschwörung gegen den Herzog von Orleans ward entdeckt und vereitelt. Karl XII. aber fiel im Dezember 1718 vor Frederikshall. Sein Tod brachte in Schweden einen völligen Umschwung hervor. Der Kriegswille der Schweden war mit ihrem Könige ins Grab gesunken. Der Regierung seiner Nachfolgerin Ulrike lagen alle Invasionspläne völlig fern, und der Baron Görtz, der Hauptförderer jener Pläne, ward nach einigen Monaten hingerichtet. In England weckte die Nachricht vom Tode Karls XII. ein Gefühl der Erleichterung. „Unsere Sache muss wohl die gerechte sein," schrieb Craggs,[1]) „da Gott sie so sichtbarlich zu der seinigen gemacht hat."

Und etwas wie ein Gottesgericht mochte man auch in dem Verlauf des andern, von Alberoni und Ormond geschmiedeten, Invasionsplanes erkennen. Er ward auch jetzt nicht aufgegeben, trotzdem er bald vollends den Charakter eines sinnlosen Abenteuers erhielt.

Was der Tod Karls XII. für ihre Pläne bedeutete, haben freilich Alberoni und Ormond, diese unverbesserlichen Optimisten, nicht sogleich erkannt. „Ein grosser Verlust", meint Ormond, „aber unser Unternehmen dürfen wir deshalb nicht fallen lassen." Wenn der Prinz von Hessen auf den Thron kommt, kann es wohl nicht schwer fallen, ihn zu einem vernünftigen Entschlusse zu bringen. Mit Ueberredung und Bestechung muss man es versuchen. Man muss neue Bot-

[1]) Dickson, 224.

schaften nach Schweden senden. „Ich hoffe, ihre Reise wird nicht nutzlos sein.“ Der Kardinal aber hat vielleicht einen Augenblick geschwankt, bis er denn doch den Fortgang der Sache in Szene setzte.[1]) In Cadiz wurde emsig die Ausrüstung der Flotte betrieben, die mit Truppen und Waffen nach Westengland segeln sollte. Das Ziel der Fahrt suchte Alberoni sorgfältig zu verheimlichen. In Cadiz sprach man von einer Expedition nach Sizilien. Ormond selbst durfte sich garnicht in der Gegend von Cadiz blicken lassen, er sollte sich nach Coruña begeben, um daselbst von der vorüberfahrenden Flotte an Bord genommen zu werden.

Nun verzögerte sich aber die Abfahrt des Geschwaders. Als die Ausrüstung längst beendet war, ward es noch wochenlang durch Wind und Wetter im Hafen festgehalten. Vor dem 10. Februar, hatte Alberoni erklärt, werde die Flotte segelfertig sein. Statt dessen verliess sie Cadiz erst am 7. März 1719. Unterdessen wartete Ormond in der Nachbarschaft von Coruña in höchster Ungeduld auf ihre Ankunft. Er täuschte sich nicht darüber, dass nur, wenn man die englische Regierung überrasche, ein Erfolg denkbar sei. Und nun hört er, dass das Geheimnis entdeckt sei. Kein Zweifel, England wird auch seinerseits Schiffe auf die hohe See hinausschicken, um der Invasion zuvorzukommen. Von Tag zu Tag werden die Aussichten ungünstiger, und die Flotte, auch als ihm längst ihre Ausfahrt von Cadiz gemeldet worden ist, erscheint nicht. Sein Schiff, mit dem er zu den übrigen stossen will, liegt in Coruña bereit; ein kleineres Boot wird auf die Höhe des Kap Finisterre gesandt, um sogleich Nachricht zu geben, wenn die Flotte gesichtet sei. Aber dann findet er es doch vorsichtiger, den Admiral Don Balthasar de Guevarra, der sie befehligt, bitten zu lassen, mit seinem Schiffe Coruña anzulaufen, damit sie, die beiden Leiter des Unternehmens, zuvor auf dem Lande sich beraten könnten, welchen Kurs sie wählen sollten. Denn jetzt, da von Heimlichkeit und Ueberraschung nicht mehr die Rede sein kann, da die Regierungen von Frankreich und England wohl unterrichtet

[1]) Vgl besonders die Briefe XXXVI, XXXVIII—XLII, XLVIII, XLIX bei Dickson a. a. O. Auch für das Folgende sind die bei Dickson gedruckten Korrespondenzen die wichtigste Quelle.

sind und volle Zeit gehabt haben, sich zur Abwehr zu rüsten, da vermag Ormond, der erfahrene Kriegsmann, sich doch über den Wahnwitz dieses Abenteuers nicht länger zu täuschen. Er weiss es wohl, jetzt noch die Landung in England zu versuchen, hiesse geradeswegs dem britischen Geschwader in die Arme laufen, das sicherlich am Eingang des Kanals auf sie wartet. Da kommt ihm ein neuer Gedanke in den Sinn. Er möchte lieber, die englischen Geschwader vermeidend, um den Westen Irlands herum, nach Schottland fahren. Er sucht Alberoni und Jakob Eduard, der inzwischen — wir werden gleich von ihm hören — selbst auf spanischem Boden erschienen ist, für den neuen Plan zu gewinnen. „Was vor einem Monat gut und richtig war, ist es heute nicht mehr.“ [1]) In Schottland bieten sich der Möglichkeiten genug. Man kann sich z. B. in den Hochlanden halten. Die Freunde in Nordengland werden Gelegenheit haben, sich mit der in Schottland für Jakob III. streitenden Macht zu vereinigen. Günstige Umstände können eintreten. Wer weiss, ob nicht vielleicht die englischen Truppen selbst sich mit den jakobitischen vereinigen werden?

---

Wir fragen nach den Häuptern des Hauses Stuart, dessen Schicksale wieder einmal mit den Entscheidungen innerhalb der Staatenwelt Europas aufs engste verknüpft waren.

Der Hof von St. Germain war seit einigen Monaten verwaist. Maria von Modena hat die Enttäuschung, die das Jahr 1719 den Jakobiten bringen sollte, nicht mehr erlebt. Am 7. Mai 1718 ist sie zu St. Germain verschieden. Sie starb, sagt Saint Simon, so gottergeben, wie sie gelebt hatte. Ohne königliches Gepränge ward sie begraben; und als der Regent den englischen Gesandten fragte, ob sein Hof Trauer anlegen werde, kam von London statt jeder Antwort nur der vielsagende Bescheid, man lasse ihn bitten, von einer förmlichen Notifizierung vorläufig absehen zu wollen.[2])

Mit dem Tode erst endete die lange Reihe der Enttäuschungen, welche ihr Los gewesen waren, seit sie als die Gemahlin des Herzogs von York 1673 nach England gekommen

[1]) Dickson, Letter LXXXVI.

[2]) Stair an Craggs, 7. Mai 1718.

war. Sie selbst hatte nach irdischer Grösse nicht verlangt. Ein stilles Leben im Kloster zu führen, mit frommen Uebungen ihre Tage zu verbringen, war einst das Sinnen der 16jährigen Prinzessin von Modena gewesen. Ungern war sie das Werkzeug der Pläne geworden, welche die Grossen der Welt für sie schmiedeten. Ludwig XIV. liess ihr sagen, wieviel wichtigere Dienste sie der Religion als Herzogin von York zu leisten imstande sein würde, als in den Mauern eines Klosters. Der Papst in Person bestimmte ihren Entschluss.

So war sie in das fremde protestantische Land gezogen, wo das Parlament vor ihrer Ankunft die Vollziehung der Ehe noch zu verhindern trachtete, wo einer der Minister des Königs der Prinzessin nahelegte, lieber in ihre italienische Heimat zurückzukehren und wo der Pöbel auf den Strassen ein Spottbild des Papstes verbrannte, um sein Missfallen über die katholische Heirat des Thronfolgers zu bezeugen.[1])

An der Seite Jakobs II. war sie die lebendige Verkörperung seiner katholischen Tendenzen gewesen, und als sie ihm den Thronfolger geschenkt, hatte sie seinen Sturz herbeigeführt. Seitdem hatte sie 30 Jahre lang in der Verbannung gelebt, hatte nach dem Tode des Gatten ihre Hoffnungen und ihre Arbeit dem Sohne gewidmet. Für ihn betet sie, für ihn verhandelt sie mit aller Welt, ihm sendet sie ihre Briefe über die Alpen. Und wie froh ist sie, als sie dem nach Italien ziehenden Grafen Mar ihre mündliche Botschaft für Jakob Eduard mit auf den Weg geben kann. „Denn so ein lebendiger Brief ist mehr wert als hundert geschriebene.“[2]) Bis zum Ende ist sie mit voller Seele für ihn bemüht gewesen. Fast das letzte, was wir von ihr hören, ist, dass sie John Law, den kommenden Mann am Hofe von Frankreich, für die stuartische Sache zu gewinnen trachtete.[3])

So war die Stimme, die sonst, ermutigend oder warnend, zu Jakob Eduard herübergeklungen, verstummt. Er aber folgte dem Gebot der Stunde. Wie man ihm geraten, hatte er sich im Februar 1719 zur Reise nach Spanien entschlossen.

---

[1]) Vgl. Lemoine et Lichtenberger, Le second mariage du duc d'York (Revue de Paris, 15. Nov. 1907).

[2]) Stuart Papers V, 132.

[3]) Stuart Papers V, 404.

Eile und Heimlichkeit taten dringend not, denn die englische Regierung hatte alles aufgeboten, um eine Verhaftung des Prätendenten, den sie dieses Mal wie einen mit ihr im Kriege befindlichen Gegner betrachten durfte, zu bewirken, sei es in den kaiserlichen Gebieten Oberitaliens, sei es auf französischem Boden. Solcher Gefahr zu entgehen und die Helfer Englands in die Irre zu leiten, vollführten die Organe Jakob Eduards, Meister in allen Künsten der Täuschung, wie sie waren, einen listigen Streich, der in Europa Aufsehen erregte. Zunächst schlug der Prätendent, als er Rom verlassen, eine Richtung ein, als wolle er seiner über die Alpen kommenden Verlobten entgegenreisen. So konnte er sich rasch und unbehelligt davonmachen. Nicht genug damit. Die Vornehmsten aus seinem Gefolge, die Herzöge von Mar und Perth — beide waren sie Herzöge von der Mache Jakob Eduards — wählten in der Begleitung eines Dritten einen andern Weg. Sie reisten mit grossem Aufwand und mit zahlreicher Dienerschaft, aber unter falschen Namen. Es war ihr Bestreben, die Aufmerksamkeit der englischen Späher auf sich zu lenken und sie glauben zu machen, dass der Prätendent sich unter ihnen befinde. Das gelang. „Der Köder verfing", sagt Mar. Als die Reisenden die kaiserlichen Lande in Ober-Italien betraten, wurden sie in dem Städtchen Voghera festgehalten und nach Mailand verbracht. Der kaiserliche General Braun, der sie aufsuchte, erklärte entschuldigend, man müsse vorsichtig sein, der König von England (denn so nannte er ihn) sei heimlich aus Rom fortgegangen und niemand, ausser dem Papste, wisse, wohin. „Wie, mein Herr", sagte Mar mit schlauer Miene, „Sie halten doch nicht etwa einen von uns für den Prätendenten?" „Gott bewahre", erwiderte jener und ging davon. Die Welt aber ward durch die grosse Neuigkeit überrascht, der Prätendent sei im Mailändischen verhaftet worden. Frohlockend meldete Stair das Ereignis nach London. Doch der Irrtum konnte nicht lange verborgen bleiben. Die Genugtuung des Hofes von St. James verwandelte sich in Enttäuschung, der Kaiser geriet in hellen Zorn und auf seinen persönlichen Befehl erhielten die verhafteten Reisenden ihre Freiheit bald zurück.[1])

[1]) Dickson a. a. O. 206 ff. Stair an Craggs, 4. März 1719. R. O.

Unterdessen vollführte der Prätendent seine Reise zur See. Aber auch da hatte er Abenteuer über Abenteuer zu bestehen,[1]) denn von zwei englischen Schiffen ward er verfolgt. In dem kleinen päpstlichen Hafen Nettuno hat er sich eingeschifft, dann liegt er drei Tage lang fieberkrank in Marseille, er flüchtet nach Villefranche, begibt sich zur Erholung auf die Hyerischen Inseln, wo er in eine elende Schenke gerät, mit niederem Volk zusammentrifft und gezwungen wird, da man eben den Karneval feiert, die Wirtin selbst zum Tanze zu führen. Endlich erreicht er glücklich die Küste Spaniens. In Rosas steigt er an's Land. Und von nun an steht er unter dem Schutze einer befreundeten Regierung. König Philipp und Königin Elisabeth senden ihm artige Briefe[2]) entgegen und begrüssen ihn als Mitkämpfer gegen die gemeinsamen Feinde. In Madrid wird er mit königlichen Ehren empfangen, im Palaste Buen Retiro einquartiert und erhält eine Ehrenwache königlich spanischer Garden.

Hier trat nun an ihn der neue Vorschlag Ormonds heran, der, wie wir vernahmen, nicht mehr England, sondern Schottland zum Ziel seiner Fahrt zu machen gedachte. Alberoni hatte bereits zugestimmt.[3]) Jakob Eduard aber, eigensinnig und unbelehrbar, wie er war, wollte nichts davon hören. Durch den Unverstand seines Herrn sah Ormond sich zur Ausführung eines Planes gezwungen, der unter den obwaltenden Umständen zum Verderben führen musste. Aber er unterwirft sich, ohne mit der Wimper zu zucken. Er habe Schottland, schreibt er entschuldigend, nur als letzten Ausweg vorgeschlagen. „Ich will den Befehlen des Königs gehorchen. Ich will nicht mehr an Schottland denken, und es wird nicht mein Fehler sein, wenn wir nicht in England landen, denn wir werden alles, was Menschen möglich ist, tun, um die Landung zu bewerkstelligen".[4]) Es ist der entschlossene Sinn eines Mannes, der sich selber aufzuopfern bereit ist, um der Pflicht zu genügen. „Meine Ehre ist engagiert und sie steht mir höher als alles andere auf Erden". Und

[1]) Dickson, App. Nr. 17.
[2]) Dickson, App. Nr. 15, 16.
[3]) Dickson, Letter XCIII.
[4]) Dickson, Letter XCIV.

indem Ormond so redet, will er zwar selbst dem Schicksal Trotz bieten, die Person seines Königs aber soll der Gefahr nicht ausgesetzt werden, er darf nicht mit an Bord gehen, was immer auch die Menge sagen mag, die ja über die Handlungen der Fürsten mit derselben Gehässigkeit urteilt, wie über die der Niedriggeborenen.[1]) Mit anderen Worten, die Schiffe, die Mannschaften und ihr Führer mögen zu Grunde gehen, wenn nur das Leben des Königs erhalten bleibt. Ein Beispiel, wie auch der Jakobitismus sich zu einem Heldentum von tragischer Grösse zu erheben vermochte, das umso mehr Erstaunen wecken muss, wenn man auf den Mann und die Sache blickt, der es galt.

---

Die Ueberraschung wäre beinahe gelungen. Das englische Ministerium hat erst in letzter Stunde die Nachricht von dem beabsichtigten Ueberfall erhalten. Die von ihren Kundschaftern vortrefflich bediente Regierung des Herzogs von Orleans war es, die das Geheimnis herausbrachte. Ein ungetreuer Jakobit, im Begriffe, zum Herzoge von Ormond nach Spanien zu reisen, wurde in Frankreich zum Reden gebracht. Er plauderte alles aus, was man zu wissen wünschte. Man erfuhr den wahren Zweck der seit Monaten in Cadiz betriebenen Rüstungen, die Anzahl der Schiffe, der Mannschaften, der Waffen, die mitgenommen wurden und die man sich noch ferner zu verschaffen gedachte. Man erfuhr, dass die Landung in der Gegend von Bristol erfolgen sollte, dass Ormond das Unternehmen führen, der Prätendent ihm folgen würde, aber auch, dass der letztere bereits Italien verlassen hatte und in Spanien an's Land gestiegen war. Jener Mann aber, das kostbare Gefäss aller dieser Meldungen, wurde von Dubois reichlich mit Golde belohnt und sodann voller List nach Spanien zu Ormond entlassen, damit er auch ferner die französische Regierung so gut bedienen möge.

Durch Dubois und den sofort in's Vertrauen gezogenen Grafen Stair wurden diese Neuigkeiten nach England

[1]) Dickson, Letter XCVI.

weitergegeben.[1]) Alle waren der Meinung, dass die Gefahr sehr gering sei, aber an der nötigen Vorsicht dürfe man es darum doch nicht fehlen lassen. „Mein lieber Craggs", so lautet ein dringendes Billet Stairs,[2]) „beeilt die Ausrüstung eurer Schiffe, hebt Truppen aus, so viele, wie ihr könnt, schickt zu den Holländern, sie sollen die ihrigen bereit halten. Vor dem 7. oder 8. können die Spanier nicht segeln. Ich hoffe, unser Geschwader wird auf dem Platze sein." Einen Augenblick dürfen wir noch bei den sehr treffenden Bemerkungen verweilen, mit denen Lord Stair seine Mitteilungen über den Invasionsplan begleitet. Dieser soll von dem Führer des englischen Jakobitismus aus ersonnen sein. „Er ist ganz im Stile Lord Oxfords."[3]) Und er habe ihn nicht einmal dem Bischof Atterbury mitgeteilt, denn dieser Kirchenfürst pflege nur solchen Plänen zuzustimmen, die seinem eigenen Kopfe entsprungen sind. Oxford, so hat Stair vernommen, soll eine Truppenzahl von 6000 Mann für eine Landung im westlichen England, etwa in der Gegend von Bristol, als genügend bezeichnet haben. Auf englischem Boden würden diese 6000 durch den Anschluss der im Vorjahre entlassenen englischen Truppen und vieler Leute aus dem Landadel bald auf 26000 Mann angeschwollen sein. Und diese Streitmacht sollte stracks auf London marschieren, um den geplanten Streich zu führen. Uns mag es heute komisch klingen, dass man mit 6000 Mann den Thron Georgs I. umstürzen wollte, und wir werden dem Urteile Stairs beipflichten, der das ganze Projekt als eine Chimäre bezeichnete. Aber Stair ging der Sache tiefer auf den Grund. Er schalt in harten Worten auf die Unzulänglichkeit der englischen Armee und empfahl dringend eine Truppenverstärkung. „Denn es ist doch eine Lächerlichkeit, dass wir uns immer in so wehrlosem Zustand befinden sollen, um jedem fremden Fürsten ausgeliefert zu sein, der 4 bis 5000 Mann für eine Landung in England erübrigen

[1]) Dubois an Craggs 8. März 1719. (Dickson, App. Nr. 21). Stairs Berichte u. Privatbriefe an Craggs aus dem März 1719, im Rec. Off. Am ausführlichsten ist ein Brief von Dubois an Stanhope vom 15. März 1719. Aff. étr.

[2]) Dickson, App. Nr. 26.

[3]) An Craggs 11. März 1719. R. O.

kann.“ [1]) Hier liegt in der Tat das Geheimnis der Situation. Das Verhängnis ruhte in der englischen Heeresverfassung jener Tage. Der Freiheitsbegriff der Engländer sträubte sich gegen das Vorhandensein einer starken Landarmee. Selbst die wenigen Truppen, welche die Regierung in ihrem Solde hatte, durften nur durch eine rechtliche Fiktion, eine Scheingesetzgebung unterhalten werden. Das Ereignis von 1719 lehrt deutlich, dass aus diesem Abscheu der öffentlichen Meinung vor dem stehenden Heere leicht eine schwere Gefahr für die Sicherheit des Staates entstehen konnte. Sie lag in der Ermutigung, welche ebensowohl die Gegner des Thrones im eigenen Lande, wie die auswärtigen Feinde Grossbritanniens aus dieser Lage der Dinge schöpfen mussten. Vor zwei Jahren hatte der Schwede Gyllenborg sich gerühmt, mit 10 000 Soldaten Georg I. stürzen zu können. Jetzt meinte ein so gewiegter Kenner englischer Verhältnisse wie Lord Oxford, der selbst einmal an der Spitze der Regierung gestanden hatte, zur Erreichung dieses Zweckes sogar mit der winzigen Zahl von 6000 Mann auskommen zu können.

---

In England war man mehr erstaunt, als besorgt. Dass die Spanier ein so keckes Unternehmen planen könnten, hatten die Minister nicht für möglich gehalten. Dabei hatte es an Warnungen nicht gefehlt. Mehrere Admirale hatten empfohlen, man solle vor Cadiz, angesichts der dortigen Rüstungen, einige Kriegsschiffe kreuzen lassen. Hätte man diesen Rat befolgt, sagten jetzt die Tadler, so wäre die Gefahr verhindert worden.[2]) Aber auch so nahm man die Sache nicht sehr ernst. Und eines war gewiss: sobald einmal die nie schlummernden jakobitischen Umtriebe sich eine Invasion der britischen Küsten zum Ziel genommen hatten, durfte die Regierung jeglicher Unterstützung durch Volk und Parlament sicher sein. Man wartete nur, bis die Zeichnungen auf eine eben aufgelegte Lotterie abgeschlossen waren: dann begab sich Georg I. persönlich ins Parlament und liess eine

[1]) Stair an Craggs, 12. März 1719. Private. R. O.
[2]) Hoffmann, 17. März 1719. W. St. A.

Thronrede verlesen, in der er von den Absichten Spaniens zu Gunsten des Prätendenten sprach und der Hoffnung Ausdruck gab, man werde ihn in den Stand setzen, alle notwendigen Gegenmassregeln zu treffen. Die Mitglieder beider Häuser strömten über von Loyalität. Der Vorschlag einer Adresse, die dem Könige jegliche finanzielle Hülfe zusagte, fand bei den Commons keinen Widerspruch. Selbst Robert Walpole, der als einziger Redner im Namen der Opposition das Wort ergriff, sprach nicht eigentlich dagegen, sondern nahm nur die Gelegenheit wahr, den Ministern einige unangenehme Dinge zu sagen und zugleich die *Peerage Bill*, die übrigens zu dieser Zeit dem Unterhause noch garnicht vorlag, in die Debatte zu ziehen. Er wurde von dem Staatssekretär Craggs mit dem Hinweis auf das Unparlamentarische seines Verhaltens treffend abgefertigt. Die Adresse aber ward einstimmig angenommen.[1])

In aller Ruhe traf man nun die Vorbereitungen zur Abwehr. Admiral Norris segelte mit einem Geschwader von sieben Schiffen aus dem Hafen von Portsmouth aus, um zwischen den Scilly-Inseln und Lizard Point zu kreuzen, und die Minister meinten, dass schon diese kleine Streitmacht es nötigenfalls mit einem Dutzend spanischer Fahrzeuge werde aufnehmen können.[2]) Nicht genug damit, der Chef der Admiralität Lord Berkeley, der sich den Oberbefehl vorbehalten hatte,[3]) folgte ihm am 29. März a. St. mit 7 Kriegsschiffen. Die beiden Geschwader waren angewiesen, bald vereint, bald getrennt kreuzend, die Einfahrt in den Kanal zu bewachen. Wenn sie von der Ankunft der Spanier hören, so sollen sie, wie die Instruktion besagt, „sie zu treffen und ihre Schiffe zu ergreifen oder zu vernichten suchen, um ihre Landung in irgend einem Teile dieser unserer Königreiche zu verhindern.“ [4]) Aber damit schien auch die Gefahr beseitigt. „Ich kann nicht sagen“, schrieb Craggs, „dass Seine Majestät wegen der gegen uns geplanten Invasion sonderlich beunruhigt

---

[1]) Parl. Hist. 7, 595—599.

[2]) W. K. Dickson, The Jacobite Attempt of 1719. (Publ. of the Scottich History Society 19). Edinbg. 1895. p. 235.

[3]) Hoffmann, 21. März 1719. W. St. A.

[4]) Instruktionen für Admiral Berkeley, 23. März 1719. R. O. State Papers. Admiralty 37.

wäre.“ [1]) Sehr glaubhaft klingt in dieser Beziehung die Nachricht, des Königs einzige Sorge sei gewesen, dass durch die Invasionsgefahr nur seine für den Sommer geplante Reise nach Hannover nicht verhindert werde.[2]) Als der Herzog von Orleans sich erbot, falls es gewünscht würde, für die Bemannung der englischen Schiffe 1500 Matrosen bereit zu halten, und noch ferner 20 Bataillone Infanterie an der Nordküste Frankreichs aufzustellen, ward unter dem Vorsitz des Königs im Privy Council der Beschluss gefasst, nur die Hülfe von 5 bis 600 französischen Seeleuten anzunehmen, und auch dieses nur, um zu zeigen, dass man dem Bundesgenossen volles Vertrauen schenke. Zur Verwendung sind die Mannschaften garnicht gekommen. Denn, wie Craggs sagte, der englische „Flottenstolz“ hätte es schwer ertragen, den Dienst zur See durch fremde Matrosen auf britischen Schiffen besorgt zu sehen. So wurden sie zwar aus den Häfen von Havre, Calais und Dünkirchen durch englische Kriegsschiffe abgeholt und an die gegenüber liegende Küste überführt. Dann aber sandte man sie alsbald und sogar noch ehe die Nachrichten über das Schicksal der Expedition Ormonds eingetroffen waren, wieder nach Hause, mit einem guten Monatslohn in der Tasche, der als ein Ehrengeschenk für ihre Bereitwilligkeit zu gelten hatte.[3])

---

Am 7. März 1719 verliess die spanische Flotte den Hafen von Cadiz.[4]) Es waren insgesamt etwa 30 Fahrzeuge, aber nur 5 eigentliche Kriegsschiffe. Das grösste, auf dem sich der Admiral Guevarra befand, hatte 64, nach einer andern

[1]) Dickson, a. a. O. 234.

[2]) Hoffmann, 17. März 1719. W. St. A.

[3]) Stair an Craggs 15. März 1719. Craggs an Stair 9., 12. März, 2., 9. April a. St. 1719. R. O. Die Sache ist als eine sehr seltene Massregel nicht ohne Interesse für die Geschichte der britischen Flotte. Wenn nämlich die im Krimkriege 1854 erfolgende Einschiffung der französischen Infanterie auf englischen Schiffen als ein Fall bezeichnet zu werden pflegt, der „ohne Beispiel in der Geschichte“ sei, so liegt doch, nach dem oben Erzählten, ganz derselbe Fall schon im Jahre 1719 vor.

[4]) Ueber die Expedition Ormonds unterrichten die Meldungen Stairs im R. O., Hoffmanns Berichte im W. St. A. und die bei Dickson mitgeteilten Korrespondenzen. Ueber ihr Scheitern besonders die Berichte des englischen Gesandten in Lissabon, Henry Worsley, im R. O.

Angabe sogar 66 Kanonen. Zwei andere hatten je 50. Dazu kamen noch 2 kleinere mit nur 20 oder weniger Geschützen. Alle übrigen waren Transportfahrzeuge, die mit Mannschaften — im Ganzen wohl 5000 Soldaten — und Pferden beladen waren. Es war eine Kriegsmacht, die so, wie sie uns beschrieben wird, für den beabsichtigten Zweck in jeder Hinsicht ungenügend erschien. Die 5 Kriegsschiffe konnten niemals den Kampf mit einem englischen Geschwader aufnehmen. Und wir wissen, dass ein solches bereit war, sie zu empfangen. Neben den übrigen maritimen Aufwendungen dieses Jahres, d. h. insbesondere neben der im Mittelmeer unter Sir George Byng stationierten und einer für die Ostsee bestimmten Flotte hatte die britische Admiralität mit Leichtigkeit auch noch jenes Geschwader von 15 Schiffen zum Schutze der heimischen Küsten gegen Ormonds Angriff aufzubringen vermocht.

Wäre es aber der Expedition auch gelungen, die englischen Admirale zu täuschen und irgendwo auf britischem Boden, sei es selbst in einer jener westlichen Grafschaften, die mit Recht oder Unrecht als Hochburgen des Jakobitismus galten, zu landen, so war es immer noch wenig aussichtsreich, mit jener Kerntruppe der 5000 hispanischen Soldaten den Kampf gegen die englische Regierung aufnehmen zu wollen. Denn es gehörte doch auch eine gelinde Unkenntnis des englischen Volkscharakters dazu, anzunehmen, dass gerade das Erscheinen dieser fremden Soldateska wie der in das Pulverfass fliegende Funke wirken und das Auflodern einer jakobitischen Rebellion hervorrufen werde.

Und ferner: die maritime Ausrüstung war so schwach wie die militärische. Die lange Verzögerung der Abfahrt hatte zum Teil darin ihren Grund. Die Bemannung der Schiffe war der Grösse der Aufgabe nicht gewachsen. Wir hören von Kapitänen, die für diesen Dienst gewaltsam gepresst waren, wir hören von einem englischen Steuermann, der, zufällig in Cadiz anwesend, am Tage vor der Abfahrt der Flotte gefangen genommen und auf eines der Schiffe gebracht wurde, um erst 24 Stunden nach dem Verlassen des Hafens seiner Fesseln entledigt und mit der Führung des Schiffes betraut zu werden. Die Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln war auf 30 Tage berechnet. Das hätte genügt, wenn man

sogleich in der Richtung auf die britischen Küsten losgesegelt wäre. Statt dessen schlug die von Cadiz auslaufende Flotte einen Kurs nach West-Südwest ein, wie es heisst, um ein nach Westindien bestimmtes Kauffahrteischiff und ein kleines mit ihm fahrendes Postboot eine Strecke weit auf ihrem Wege zu geleiten. Erst auf der Höhe der kanarischen Inseln ward die Richtung geändert und ein Kurs nach Nord-Nordost eingeschlagen. Nun aber fehlte es an einem günstigen Winde, und man mag selbst hier von einer Versäumnis der Spanier reden. Graf Stair schrieb am 12. März aus Paris,[1]) ohne von der Abfahrt der Spanier unterrichtet zu sein, von dem um diese Jahreszeit gewöhnlich aus Osten wehenden Winde, der wohl gute Dienste gegen die Invasionsflotte leisten würde.[2]) Man beobachtete in der Tat bis in den April hinein mit Genugtuung, dass der Wind nach wie vor aus Nordost wehte, sodass die Schiffe der Spanier, statt nach England zu gelangen, wohl eher in die Gegend der Azoren verschlagen werden dürften.[2]) Sie müssen in der Tat fortgesetzt ungünstigen Wind gehabt haben, denn erst am 28. März, drei Wochen nach ihrer Abfahrt hatten sie die Höhe des Kap Finisterre erreicht. Mit ihren Vorräten würden sie auch bei gutem Wetter kaum bis zum Ende der Fahrt gereicht haben, und ein neuerliches Anlaufen der spanischen Küsten erschien unvermeidlich. Man hätte in Coruña nicht nur den Führer aufnehmen, sondern auch die ganze Flotte neu verproviantieren müssen.

Da aber erhob sich am 28. März am Morgen um 1 Uhr, als die Flotte sich auf dem 43. Grade n. Br. und etwa 50 Seemeilen westlich vom Kap Finisterre befand, ein so gewaltiger Orkan, wie erfahrene Seeleute ihn seit 20 Jahren nicht mehr erlebt zu haben meinten. Die Schiffe wurden ohne Kurs 3 Tage lang auf dem Meere herumgeworfen und verloren einander vollkommen aus dem Gesicht. Kanonen, Pferde, Waffen und Vorräte wurden vielfach über Bord geworfen, um die Fahrzeuge zu erleichtern. Als die Wut des Sturmes

[1]) An Craggs. R. O. Hoffmann, 4. April 1719. W. St. A.

[2]) Hoffmann schreibt schon am 4. April, so werde wahrscheinlich „dieses feindliche Vorhaben durch den Wind allein ohne anderwärtiges Hindernis vernichtet werden“.

nachzulassen begann, versuchte jeder Kapitän mit seinem Schiffe den nächsten Hafen zu erreichen. So kam denn die über den Ozean weithin verstreute Flotte etwa seit dem 5. April wieder zum Vorschein. In den Häfen, entlang der Westküste der Pyrenäenhalbinsel, in Coruña und Muros, in Pontevedra und Vigo, in Lissabon, in Faro und in Cadiz sah man sie einzeln einlaufen, meist schwer beschädigt, oft ohne Masten und Takelwerk, ohne Kanonen und Waffen, die Mannschaften krank und erschöpft und halb verhungert. Der hergebrachte Vergleich mit der Armada Philipps II. gibt zwar der Expedition von 1719 eine Bedeutung, die ihr entfernt nicht zukommt. Aber er mag gelten, wenn man nur das klägliche Scheitern der beiden Pläne, insbesondere das durch Wind und Wellen herbeigeführte Verderben der Spanier dadurch veranschaulichen will.

---

Verlorene Gelegenheiten kehren in der Weltgeschichte nicht wieder. Auch Philipp II., wenn wir den Vergleich mit seiner Armada noch einmal heranziehen dürfen, hatte wohl daran gedacht, den gescheiterten Angriff auf das Reich der Königin Elisabeth mit einer noch stärkeren Ausrüstung baldigst zu wiederholen, aber die gewaltige Initiative war dahin, und mit ihr die Teilnahme der katholischen Welt. Unter dem bourbonischen Philipp von Spanien war es nicht anders. Der enttäuschte Stuart drängte zwar auf die Ausrüstung einer neuen Flotte. Die Frage wurde am spanischen Hofe einer gründlichen Erörterung unterzogen. Dabei standen einander zwei Meinungen, vertreten durch zwei spanische Admirale, einander gegenüber. George Cammock, ein wegen schwerer Verfehlungen aus englischen Diensten entlassener, und seither in die spanische Marine übergetretener Seeoffizier, der noch kürzlich die schwierige Reise mit dem Prätendenten über das Mittelmeer gemacht hatte, und nun wegen seiner genauen Bekanntschaft mit den britischen Küsten plötzlich ein überaus wichtiges Mitglied der spanischen Marine geworden war, erklärte leichtsinnig, innerhalb 8 Tagen könne alles zur Fahrt der Flotte Notwendige wieder beisammen sein. Der Spanier Patiño hingegen, der die Expeditionen nach Sardinien und

Sizilien geleitet hatte, bestand darauf, dass die Flotte nicht früher als in einem Vierteljahr, also nicht vor Anfang August in einen segelfertigen Zustand gebracht werden könnte. Gewiss die richtigere Meinung; Alberoni pflichtete ihr bei, um den Schluss daraus zu ziehen, dass es alsdann für eine Wiederholung überhaupt zu spät sein würde. Noch liess sich zwar der spanische Hof, in der Verhandlung mit einem Beauftragten des Prätendenten, das Versprechen abringen, alles tun zu wollen, um den Plan dennoch durchzuführen. Alberoni und das Königspaar selbst schrieben Briefe an Jakob Eduard voller Beteuerungen ihres Eifers für seine Sache. Sie verhehlten ihm zwar die vorhandenen Schwierigkeiten nicht. Man muss die Schiffe mit neuen Mastbäumen versehen, man muss wiederum Transportschiffe in genügender Menge sammeln; zur Beschaffung der nötigen Vorräte an Schiffszwieback sind allein zwei Monate Zeit erforderlich. Zwar fehlt es nicht an Geld, aber die Waffen kann man nur in Holland kaufen, und das wird jetzt schwer durchzuführen sein. Und endlich muss sodann die Flotte wieder an einem Punkte zur Ausfahrt versammelt werden. Aber man will ja alles tun, um es möglich zu machen. „Sie können versichert sein," schreibt Philipp V. an seinen Vetter von England, „dass man arbeitet und arbeiten wird, um alles mit grösster Beschleunigung für die Expedition vorzubereiten."

Und doch zeigt nicht nur der Lauf der Ereignisse, sondern auch die enthaltenen Korrespondenzen, dass dies nur leere Versprechungen waren. Von ernsthaften Anordnungen zur Ausrüstung einer neuen Expedition hört man nichts mehr. Vollends seit dem Einmarsch der französischen Heere in Spanien war die Regierung durch zu viele näherliegende Sorgen in Anspruch genommen, als dass sie sich mit Angriffsplänen auf die britischen Küsten hätte beschäftigen können. Der Prätendent weilte noch mehrere Monate auf spanischem Boden, er empfing noch weitere höfliche Briefe von dem spanischen Königspaar. Aber für seine Sache hatte er hier nichts mehr zu erwarten. Die Befreiung der Prinzessin Clementine aus ihrer Innsbrucker Haft gab ihm den willkommenen Vorwand, den Boden Spaniens zu verlassen und sich in Italien mit der Braut zu vereinigen. Seine Hoffnung auf den englischen Thron

war wieder auf Jahr und Tag begraben, und das kurze Eheglück, an der Seite seiner polnischen Gemahlin, von der er im Herzen entzückt war, mag ihm über den Schmerz hinweggeholfen haben. Seine Beziehungen zum spanischen Hofe aber nahmen fortan die für England ungefährlichste Form an, indem sie sich auf Geldunterstützungen beschränkten, die dem länderlosen Fürsten von seinen Gönnern in Madrid dargereicht wurden.

---

Unterdessen war auch die zweite, die nach Schottland bestimmte, Expedition[1]) ihrem Schicksal entgegengegangen. Auf den Ruf Ormonds war der zum Führer ausersehene Lord Marischal mit seinem jüngeren Bruder James Keith nach Spanien geeilt. Die beiden Reisenden gelangten nicht ohne Schwierigkeit in das Innere des Landes. Marischal traf mit Ormond zusammen, er liess sich durch Alberoni selbst alle Anweisungen für das geplante Unternehmen erteilen. Der Kardinal stellte auch für diese Expedition zuletzt noch grössere Hilfsmittel zur Verfügung als er anfangs beabsichtigte. Unweit der französischen Grenze, in der Bucht von Los-Pasajes, wo die Verbündeten später das von uns geschilderte Zerstörungswerk an Balken und Schiffsplanken vollführten, geschah die Ausrüstung eines kleinen Geschwaders, das am 8. März, einen Tag später als die Expedition von Cadiz, unter Segel ging. Es bestand aus 2 Fregatten, auf denen sich etwa 300 Mann spanische Soldaten und reichliche Vorräte befanden. Die Spanier sollten als reguläre Truppen den Kern einer Kriegsmacht abgeben, welche in Schottland für die Sache Jakobs III. kämpfen würde. Denn die Bewohner der Hochlande, meinte man, würden sich auf das gegebene Zeichen rasch sammeln zum allgemeinen Aufstande gegen das Haus Hannover. Marischals Expedition sollte nur den Funken in das Pulverfass werfen, nur die Anregung geben zur Erhebung Schottlands, während Ormond in England ein Gleiches tat. Er trug Briefe Ormonds an eine Reihe von Clanhäuptlingen

---

[1]) Für das Folgende wieder zahlreiche bei Dickson veröffentlichte Korrespondenzen.

bei sich, um sie zum Anschluss zu bewegen. Auch „der König", hiess es, werde zur rechten Zeit erscheinen. Nicht minder wichtig war es aber, die Mitwirkung aller jener schottischen Adligen zu gewinnen, die, nach dem letzten Aufstand von Haus und Hof vertrieben, als landflüchtige Leute auf dem Festlande, zumal in Frankreich, lebten, und deren ganze Hoffnung auf dem Glücke des Prätendenten beruhte. Der jüngere Keith wurde darum noch einmal nach Frankreich gesandt, um die dort befindlichen jakobitischen Häupter zu sammeln und nach Schottland zu führen. Er sah sich in Frankreich, als in einem feindlichen Lande, von zahlreichen Gefahren umgeben. Wir besitzen seine eigene Schilderung,[1]) wie er die Reise antrat, mit einigen Tausend Kronen in der Tasche und einem Blatte, das von Ormond unterzeichnet war und nichts als die vielsagenden Worte enthielt: „ich bitte, dem Ueberbringer volles Vertrauen zu schenken". Wir vernehmen, wie er in Bordeaux die Freunde aufsucht, wie er als Diener verkleidet nach Orleans reist, wie in Paris eine Art von jakobitischem Kriegsrat stattfindet, nicht ohne, dass schon hier die Eifersucht zwischen den Häuptern der Schotten, die einander die Führung missgönnten, hässlich hervortrat. Immerhin, wer fähig war, zu reisen, schloss sich an. Auf einem kleinen Schiffe verliessen sie am 19. März die Mündung der Seine, gelangten in der Gegend des Kap Lands End mitten durch ein englisches Geschwader glücklich hindurch und konnten, westlich um Irland herumfahrend, die Insel Lewis erreichen, um hier mit der Expedition Marischals zusammenzutreffen.

Schon hatten dem englischen Gesandten am französischen Hofe seine Spione gemeldet, dass alle jene Engländer und Schotten in Paris und in Frankreich, die sie sonst nie aus dem Auge verloren, plötzlich verschwunden seien, dass sie sich nach Schottland eingeschifft hätten, bald auch, dass das Fahrzeug, das sie hinüber geführt, wieder nach Honfleur zurückgekehrt sei.[2]) Die englische Regierung empfing diese Nachrichten mit Ingrimm und beklagte sich bitter bei dem verbündeten

[1]) A Fragment of a Memoir of Field-Marshal James Keith, written by himself. (Publ. of the Spalding Club 5). Edinb. 1843.

[2]) Stairs Berichte vom März und April 1719. R. O.

Frankreich, das es ihren Feinden gestatte, scharenweise unbehelligt ihre Sammelplätze aufzusuchen und sich offen in französischen Häfen einzuschiffen, um sich über die Länder der britischen Krone zu ergiessen, statt dass man diese Leute ergriffen und sie hinter Schloss und Riegel gesetzt hätte.[1]) Aber diese Klagen konnten doch an der Tatsache nichts mehr ändern, dass eine kleine jakobitische Invasion im Inselgebiet des westlichen Schottland nun wirklich erfolgt war.

Wäre wenigstens jetzt Ormond gleichzeitig mit Schiffen und Mannschaften an der englischen Küste aufgetreten, so hätte diese Nachricht, zusammen mit dem Erscheinen der verbannten Edelleute und ihrer kleinen Streitmacht, ganz gewiss eine gewaltige Aufregung in Schottland hervorgerufen. Die gesamten Hochlande würden sich vielleicht für die Sache der Stuarts erhoben haben, und es hätte einen Feldzug gekostet, wie den von 1715, um die Ruhe wieder herzustellen. Aber dieses Mal schlug alles fehl. Schon als die beiden Brüder Keith einander auf der Hebrideninsel glücklich gefunden hatten, und als die Häupter des verbannten schottischen Adels hier einen Kriegsrat abhielten, war man sehr verschiedener Meinung. Graf Marischal, der mit den spanischen Truppen gekommen war, gedachte sofort zum Festlande hinüber zu fahren, um mit seinen Soldaten und so vielen Hochschotten wie sich anschliessen würden, quer durch das Land auf Inverness zu marschieren, wo sich eine englische Besatzung von kaum 300 Mann befand. Sie sollte rasch überwältigt werden, und hätte man diesen Platz einmal in Besitz, so konnte man mit aller Ruhe der weiteren Entfaltung des Aufstandes in den Hochlanden zusehen, konnte in aller Sicherheit Berittene und Fussvolk in solcher Menge heranziehen, dass man in der Lage war, angriffsweise gegen Süden vorzugehen. So war es mit Alberoni verabredet, und so allein schien auch das beabsichtigte Zusammenwirken mit der Streitmacht Ormonds und mit den englischen Jakobiten einige Aussicht auf Erfolg zu besitzen.

Da aber zog im versammelten Kriegsrat ein anderer, der Marquis von Tullibardine, ein Schriftstück aus der Tasche, das ihn zum Höchstkommandierenden aller Streitkräfte

[1]) Craggs an Stair. 16. März 1719. R. O.

Jakobs III. in Schottland ernannte. Der Auftrag bezog sich zwar noch auf die 1717 geplante schwedische Invasion, stammte aber unzweifelhaft vom Prätendenten her. Und wessen Beauftragte diese schottischen Häuptlinge nun eigentlich seien, ob die des Stuartprinzen, dessen Erhebung sie bezweckten, oder des Königs von Spanien, der ihnen die Mittel zu ihrem Unternehmen dargereicht hatte, diese Frage ist, wenn sie unter ihnen aufgeworfen wurde, sicherlich in ersterem Sinne entschieden worden. Marischal trat sofort hinter Tullibardine zurück und behielt sich nur den Befehl über die Schiffe vor.

Aber zu einheitlicher Kriegführung ist man dennoch nicht gelangt. Neben der frischen Entschlossenheit Marischals stand das bedenkliche Zögern Tullibardines. Gegen seine Meinung fuhr man zwar auf das Festland hinüber, aber der Marsch auf Inverness kam nicht zur Ausführung. Ja, man versuchte nicht einmal, die Massen des schottischen Volkes in Bewegung zu bringen. Der vorsichtige Tullibardine wollte alle herausfordernden Schritte vermeiden, wollte den Aufstand gleichsam unter der Asche fortglimmen lassen, bis die ersehnte Nachricht von Ormonds Landung in England eintraf. Und als die Tage verflossen, ohne die ersehnte Post zu bringen, erklärte Tullibardine schon, an allem verzweifelnd, es würde wohl das Beste sein, sich einfach wieder auf die Schiffe zu begeben und nach Spanien zurückzufahren. Davon liess er sich freilich noch abbringen, worauf Marischal, um einer Erneuerung dieses kleinmütigen Beschlusses zuvorzukommen, seine beiden Fregatten eiligst nach Spanien entsandte. Da gab es freilich kein Zurück mehr, und das schottische Abenteuer musste durchgekämpft werden, so gut oder so schlecht es ging.

Ihre Waffen und Vorräte hatten die Führer auf ein festes Schloss, auf einem Eiland nahe der Küste gelegen, verbringen lassen und sie dem Schutze einer Besatzung von 45 Spaniern übergeben. Nun erschienen, wenige Tage, nachdem die Fregatten die hohe See gewonnen hatten, mehrere englische Kriegsschiffe. Der massive Steinbau des alten Kastells konnte doch dem Feuer der Schiffsgeschütze nicht lange widerstehen und musste kapitulieren. Mannschaften und Vorräte fielen in die Hände der Engländer und die alte Feste ward in die Luft gesprengt.

Die kleine Streitmacht, die von diesem entfernten Winkel Schottlands aus den Kampf für das Haus Stuart eröffnen wollte, befand sich nunmehr vollends in verzweifelter Lage. Die Küste entlang kreuzten englische Kriegsschiffe, an ein Entkommen zur See war nicht zu denken. Die Vorräte waren verloren und die rauhe Natur des Landes bot wenig zum Unterhalt der Truppen. Um das Unglück voll zu machen, traf nun auch noch die Nachricht ein, dass Ormonds Flotte in alle Winde zerstreut sei. Und wenn es auch hiess, dass man in Spanien eifrig am Werk sei, sie wieder segelfertig zu machen, so war doch auf ihre Hilfe vorläufig nicht zu rechnen. Und doch haben die schottischen Edelleute den Kampf mit dem Schicksal mannhaft aufgenommen. Jetzt musste Tullibardine sich dennoch entschliessen, die Schotten selbst zur Schilderhebung für das Haus Stuart aufzurufen. Aber es gehörte schon die ganze Begeisterung und die Kampflust der Hochländer dazu, wenn sich in der Tat noch ein Häuflein aus den Nachbarlandschaften einfand zum Kampfe für eine so verzweifelte Sache. Etwa 1000 Mann erschienen, um das Schicksal der kleinen Expedition zu teilen.

Wer mit den militärischen Verhältnissen Grossbritanniens in dieser Epoche nicht vertraut wäre, der müsste nunmehr eine Schilderung erwarten, wie die winzige Streitmacht von etwa anderthalbtausend Mann, von der Aussenwelt gänzlich abgeschlossen, und wie ein verlorener Posten in ihrer schottischen Einsamkeit, des ihrer harrenden Schicksals gewärtig, alsbald von überlegenen Truppenmassen erdrückt und zermalmt wurde. Aber davon kann gar nicht die Rede sein. Nur langsam rafft sich die Staatsgewalt zur Niederwerfung der Rebellion auf. Als es zum Kampfe kommt, hat sie nur mühsam gerade soviel Truppen aufgebracht — an Zahl dem Gegner nicht einmal gewachsen — dass der Sieg einigermassen sicher erschien. Von Inverness aus trat General Wightman, der schon 1715 auf dem Sheriff-Moor mitgefochten hatte, den Marsch nach dem Westen an, zur Unterdrückung der Rebellion.[1])

[1]) Für die Darstellung des Kampfes bei Glenshiel sind benutzt die Berichte Wightmans und anderer im Rec. Off. Regencies 75 und 76. Dazu ein in Hoffmanns Bericht vom 30. Juni 1719 wiedergegebenes Schreiben Wightmans an Carpenter vom 11./22. Juni 1719. (W. St. A.) Mars „Distinct Abridgement"

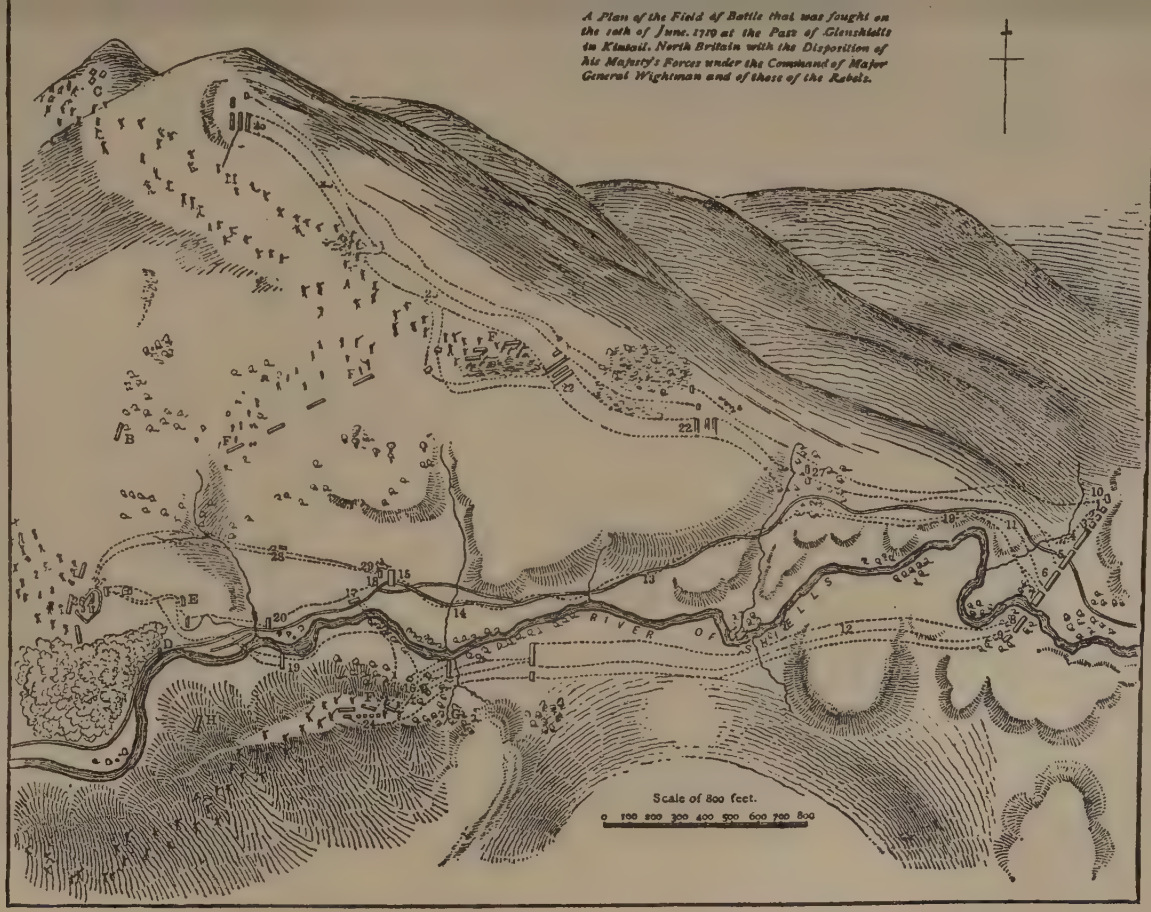
Plan der Schlacht von Glenshiel
umstehend.

## REFERENCES TO THE PLAN

2. A Sergt. and 12 Grenadiers.
2. An Officer and 24 do.
3. Main Body of Grenadiers, 120 in Num.
4. Col. Montagu's Regmt.
5. Col. Harrison's Detacht Battalion.
6. Huffel's Regmt. and 4 Companies of Amerongen's.
7. Dragoons.
8. Col. Clayton's Regiment.
9. The Monro's Highlanders.
10. The Sutherland's Right.
11. The first march by y^e Right.
12. Clayton's march by the Left.
13. The Dragoons march to the Plain.
14. The Dragoons Halt.
15. The Dragoons advance to the middle of the Plain.
16. Clayton's four Plottoons and the Monro's making y^e First Attack on y^e Rebels Right.
17. Cohorn Mortars throwing Granades at the Rebels where y^e First Attack was Ordered.
18. Cohorn Mortars throwing Granades at y^e Spaniards in their Entrenchments.
19. Part of Clayton's attacks the Barricade of the Pass.
20. 35 Dragoons on Foot attack the Spaniards Breast Works.
21. The Dragoons mount the Hill.
22. Our March in line of Battle to the Rock where the Attack began under y^e command of Col. Clayton.
23. Our Right pursue the Rebells.
24. The Plottoons and the Monro's halt upon the Hill, having putt the Ennemy to the Flight.
25. Our Right halts upon y^e Mountain.
26. Part of Clayton's takes possession of y^e Hill that commanded the Pass.
27. Guard for the Baggage and place for the Hospitall.
28. The Bagage advanced with the wounded men for their security
29. Majr.-Genl. Whightman giving his directions during the Action.

## REFERENCES TO THE ENNEMY

A. A Spanish Reeiment posted on the Hill that commanded the Plain and the Pass.
B. Spaniards march to y^e Mount and Halt.
C. The Spaniards retire to the Top of the mountain.
D. The Barricade that defended the Pass on the River Side.
E. The Breastworks on the Side of the Hill.
F. The Highlanders drawn up before the attack.
G. A straggling number of Highlanders fire upon the Plottoons of Clayton's and the Monro's behind them in the time of the attack.
H. A Body of Highlanders going to sustain their Right.
M. The Flight of the Rebels. The Mount called Skuruan the highest in Scotland except Benevis.




LIEUT. BASTIDE'S PLAN OF THE BATTLE OF GLENSHIEL

Er hatte, da Mannschaften und Pferde nur langsam eintrafen, seinen Abmarsch immer wieder hinausschieben müssen. „Hätten die Herren von der Zivilverwaltung", schreibt er am 4. Juni, „nur einigermassen mit meinen Anstrengungen Schritt gehalten, so müsste ich mich schämen, diesen Brief noch aus Inverness zu datieren." Am 5. brach er auf. Seine kleine Armee bestand aus 850 Mann Infanterie, 120 Dragonern und etwa 130 Hochschotten, denn auch die Regierung suchte die Söhne des Landes für ihre Sache in den Kampf zu führen. Und um die oft hervorgehobene militärische Schwäche der Regierung in ein noch helleres Licht zu setzen, so mag darauf hingewiesen werden, dass die, insgesamt auf 1106 Mann sich belaufende, Armee Wightmans, nicht einmal aus lauter britischen Kämpfern bestand. Denn es waren noch ein Regiment und vier Kompagnien holländischer Soldaten darunter. Das Schauspiel, das man also erhält, ist merkwürdig genug und wirkt wie ein Bild aus der Zeit des dreissigjährigen Krieges: man erblickt spanische und holländische Truppen, die in einem entlegenen Winkel Schottlands gegeneinander marschieren, um in dem Streit der Häuser Stuart und Hannover die Entscheidung herbeizuführen.

---

Die Jakobiten hatten die tief eingeschnittene Felsenschlucht von Glenshiel, unweit Kintail, dazu ausersehen, um hier den Angriff der Gegner zu erwarten. Die Schlucht erstreckt sich vom Westen nach Osten und ist von einem Flüsschen, dem Shiel durchströmt, neben dessen nördlichem Ufer, meist in geringer Entfernung, ein Pfad, der Pass von Glenshiel, sich hinzog. Zu beiden Seiten Felsen und Berge, die sich auf der nördlichen Uferseite in dem Scour Ouran bis zu einer Höhe von annähernd 1200 Metern erheben. Tullibardine erwartete, dass die Gegner den Passweg durch das Tal heranmarschieren und ihren Hauptangriff auf die

ist gedruckt bei C. S. Terry, the Chevalier de St. George (1901) 474 f., zwei andere Berichte Portland Mss. V, 584—87. Vgl. die vortreffliche Darstellung Terrys in der Scottish Historical Review, July, 1905, woselbst auch zwei zeitgenossische Schlachtpläne reproduziert sind. Den einen derselben geben wir nach Terry an dieser Stelle wieder.

hier befindlichen Stellungen richten würden. So hatte er denn seine besten Truppen, die Spanier auf einer kleinen Erhöhung, unmittelbar über dem Passweg, und diesen beherrschend, postiert, und ihre Stellung nach Osten hin, von wo der Feind zu erwarten war, durch Gräben und Brustwehren ausgiebig befestigt. Davor war in kurzer Entfernung zwischen dem Passweg und dem Flusse noch eine Barrikade angelegt, um den Anmarsch der Feinde aufzuhalten. Auf dem südlichen Ufer war, in etwas bedeutenderer Höhe und noch weiter gegen den Feind vorgeschoben, eine Abteilung von 150 Hochländern unter Lord George Murray, dem Bruder Tullibardines, aufgestellt, denen sich andere auf einer entfernteren Höhe stehende 80 Mann hinzugesellen sollten, die aber im entscheidenden Augenblick nicht zur Stelle waren und an dem Kampfe gar nicht teilgenommen haben. Ueberhaupt war es wohl mit der Kampffreudigkeit der Schotten ebensowenig glänzend bestellt wie mit ihrer Disziplin. Sie waren dem Gebote ihrer Clanherren, besonders des Lord Seaforth folgend, erschienen, sind aber doch nur mit halbem Herzen bei der Sache gewesen und ungeduldig den Moment erwartend, wo sie wieder über die Berge hinweg zu ihren heimatlichen Hütten zurückkehren durften. Den linken Flügel der jakobitischen Schlachtordnung bildeten wieder einige Hundert Hochländer, die auf den Bergen, vielfach hinter Felsen versteckt, aufgestellt waren. Hier befand sich Lord Marischal und andere, mit Seaforth selbst, der 200 seiner besten Leute um sich versammelt hatte. Die Hauptmasse der Hochländer aber, 500 Mann oder mehr, das Zentrum bildend, standen zwischen der befestigten Stellung der Spanier und den links auf der Höhe stehenden Leuten unter Seaforth.

General Wightman hatte den mühseligen Marsch durch die Hochlande nach Möglichkeit beschleunigt. Er war von Inverness am Loch Ness entlang gezogen, hatte am Ende desselben noch einen Tag lang Halt gemacht und Umschau gehalten, ob er etwa noch weitere Pferde aus der Nachbarschaft als Lasttiere erhalten könnte, sah sich aber enttäuscht und konnte daher kaum mehr Vorräte mitführen, als die Mannschaften selbst zu tragen vermochten. Nun kam erst der schwierigste Teil des Weges über die Berge, der aber in

tadelloser Haltung zurückgelegt wurde. Wightman war stolz darauf und rühmte es als das besondere Verdienst des Majors Robinson von den grauen Dragonern, dass auch nicht ein einziges Pferd zurückblieb. Am 10. Juni a. St. nachmittags 4 Uhr wurden die Königlichen der Rebellen ansichtig, die bereits in der beschriebenen Schlachtordnung aufgestellt waren. Wightman hatte den lebhaften Wunsch, sie noch an diesem Tage anzugreifen, denn es war der Geburtstag des Prätendenten. Das Schwergewicht seiner eigenen Schlachtordnung lag bei den 120 Dragonern, welche er zu beiden Seiten des Passes Stellung nehmen liess, gedeckt durch vier vor ihnen aufgepflanzte Feldgeschütze.

Eine oberflächliche Betrachtung der beiderseitigen Aufstellungen hätte nun einen Verlauf der Schlacht erwarten lassen, bei dem Dragoner und Artillerie die Passtrasse entlang vorgerückt, auf die Zentralstellung der Jakobiten, d. h. auf die befestigte Position der Spanier getroffen wären und diese genommen hätten. Aber Wightman fürchtete vielleicht, dass bei einer so systematischen Einleitung des Kampfes, die numerische Uebermacht der Gegner stark ins Gewicht fallen könnte und dass seinen durch die Schlacht im Anmarsch befindlichen Truppen alsdann die Hochländer von ihren erhöhten Stellungen rechts und links in die Flanke fallen und sie in Verwirrung bringen würden. Zur Rechten schloss sich an die Dragoner die Hauptmasse der Infanterie an, nämlich zunächst ein Regiment und vier Kompagnien Holländer, sodann die Regimenter Harrison und Montague, und weiter die Grenadiere, an 150 Mann unter Major Milburn. Den Dragonern zur Linken stand, schon auf dem südlichen Ufer des Flusses, das Regiment Clayton. Und endlich wurden zur Rechten wie zur Linken der königlichen Aufstellung die äussersten Flügel durch Abteilungen von Hochschotten gebildet, rechts einige Fünfzig von den Leuten des Lord Strathnaver, links 100 Mann der Monroes.

Wightman eröffnete den Kampf, indem er die gegnerische Front von diesen äussersten Flügeln aus aufzurollen versuchte. Offenbar war er der Meinung, wenn erst die Masse der feindlichen Hochländer von den seitlichen Höhen vertrieben wäre, so würde sich auch die Kerntruppe der Spanier vor seiner

anrückenden Kavallerie und Infanterie nicht lange halten können. Der erste Angriff galt der auf dem rechten Flügel der Feinde vorgeschobenen Position unter Lord George Murray, gegen den das auf dem südlichen Flussufer stehende Grenadierregiment Clayton, zusammen mit den Monroe-Leuten, das Feuer eröffnete. Einige Zeit hindurch — ein jakobitischer Bericht sagt: zwei Stunden lang — hielten die Hochländer in ihren gedeckten Stellungen aus. Man feuerte auf beiden Seiten, ohne einander viel Schaden anzutun. Die Entscheidung brachte erst die Artillerie, d. h. die erwähnten 4 Geschütze, welche Hügel und Wald so erfolgreich bestrichen, dass die Feinde nicht länger standhielten. Umsonst, dass Lord George und zwei andere Führer die Schwerter zogen und ihren Leuten befahlen, ihnen zu folgen und mit blanker Waffe vorzugehen. Bald war kein Halten mehr, bis sich Mannschaften und Führer hinweg über einen kleinen Bach, der sich hier in den Shiel ergoss, auf das jenseitige steil ansteigende Ufer desselben zurückgezogen hatten, wohin ihnen die siegreichen Truppen zunächst nicht zu folgen vermochten.

Unterdessen hatte Wightman auch auf der andern Seite des Tales seine Mannschaften zum Angriff übergehen lassen. Verstehen wir seine Absicht recht, so wollte er die Hauptmasse der Feinde, das Gros der Holländer, das er vor sich sah, von rechts her fassen und zurückwerfen, um sodann die Stellung der Spanier mit stürmender Hand zu nehmen. Dabei scheint aber die auf dem äussersten linken Flügel der Jakobiten stehende Abteilung der Schotten unter Seaforth in ihren gedeckten Stellungen seiner Aufmerksamkeit völlig entgangen zu sein. Erst als die Königlichen einen vor ihnen befindlichen Hügel erstiegen, um sich von hier auf die feindliche Linke zu stürzen, wurden sie gewahr, dass noch einige hundert Schotten hoch zu ihrer Rechten, auf einer steilen Felsenhöhe, kampfbereit standen. Oberst Clayton, der den rechten Flügel der Königlichen kommandierte, musste nach dieser Entdeckung seinen Plan ändern. Mit einer Rechtsschwenkung liess er den grösseren Teil — ich glaube nicht die ganze Masse — seiner Truppen die Höhe erklimmen, auf der Seaforth sich befand. Von dem Widerstande, den dieser mit seinen eigenen Leuten und den Mackenzies gegen die Uebermacht der Truppen

CHELSEA PUBLIC LIBRARY

leistete, können die jakobitischen Berichte nicht genug Rühmens machen. Einige Stunden haben sie wohl Stand gehalten, und hinter Felsen und Büschen immer von neuem gefeuert. Zu wiederholten Malen sandte Seaforth Boten ab, um vom Zentrum her Verstärkungen herbeizurufen. Aber diese fielen ganz ungenügend aus, da man auf jakobitischer Seite fürchtete, durch eine Schwächung des Zentrums den Hauptangriff der Feinde hierher zu locken. Endlich begannen Seaforths Leute zu weichen. Er selbst wurde verwundet vom Platze getragen. Die noch anrückenden Hilfsmannschaften wurden kaum mehr mit den Feinden handgemein. Die Macgregors, die Mackinnons, die Camerons, alle zogen sich zurück, statt zu kämpfen. Da liessen sich denn auch die Spanier allein nicht mehr ins Gefecht schicken. Sie folgten dem allgemeinen Rückzuge der Schotten und suchten gleich ihnen, so lange der Tag noch währte, die Höhe der Berge zu gewinnen. Wightmans Plan, die feindliche Ordnung von den Flügelstellungen aus aufzurollen, war vollkommen gelungen.

So endete der Tag von Glenshiel zwar nicht mit völliger Vernichtung der jakobitischen Streitmacht, aber doch mit der Zerbrechung ihrer Schlachtordnung und damit ihrer Widerstandskraft. Nur der Einbruch der Nacht verhinderte die Verfolgung. Als die Führer der Jakobiten sich am nächsten Morgen noch einmal zu einem Kriegsrat zusammenfanden, konnten sie sich über die Trostlosigkeit ihrer Lage kaum einer Täuschung hingeben. Wohl empfahl der spanische Befehlshaber eine Wiederholung des Angriffs, und Tullibardine sprach wenigstens von einem gemeinsamen Marsch durch die Hochlande, wo man sich halten sollte, bis die Gelegenheit zur Erneuerung des Kampfes gekommen sei. Aber beides war unmöglich. So ward der beschämende Beschluss gefasst, dass die Schotten sich in den Bergen zerstreuen, die Spanier aber kapitulieren sollten.

Und nun begann jenes Laufen und Klettern, das bald in einem Scherzgedicht[1]) lustig verspottet ward. Es feiert die Taten der Tapferen, wie sie hüpfen und springen über Felsen und Berge, so flink und behende wie die wilden

[1]) An answer to the Hymn to the victory in Scotland. By an Officer in H. M.s fleet. London (s. a.) Brit. Mus. 1872 a. 1.

Ziegen. Nichts von Uebergabe sagen sie, denn sie denken noch schaudernd an das letzte Strafgericht, sie schrecken vor Kenmures Los zurück und jeder möchte seinen Kopf gern behalten. Und so beweisen sie ihr Heldentum: der grimme Marischal als einer der Tüchtigsten im Laufen; der kriegerische Seaforth macht sich eiligst aus dem Staube, und auch der arge Kämpe Tullibardine, dessen Ehre zwar keinen Pfifferling wert ist, lässt sich doch nicht gern ergreifen.

So rennt er wohl über Stock und Stein,
Zu retten sein armes Fleisch und Bein.

---

Das Ende der Schlacht von Glenshiel ward auch das Ende des Feldzuges. General Wightman hielt es zwar noch für seine Aufgabe, einen kurzen Streifzug durch das Nachbargebiet der Hochlande zu unternehmen, um die Häuser der Schuldigen niederzubrennen und Schrecken zu verbreiten vor der Macht der Regierung. Aber schon am 22. Juni a. St., 12 Tage nach der Schlacht, war er wieder in Inverness und konnte melden, dass die Rebellen vollständig zerstreut seien.

Von einer wirklichen Bestrafung war freilich kaum die Rede. Den Häuptern des Aufstandes gelang es leicht, sich so lange verborgen zu halten, bis sie die Gelegenheit fanden, die Küsten Schottlands zu verlassen. Der Regierung blieb damit die traurige Pflicht erspart, wieder wie vor 3 Jahren an einigen hochgeborenen Rebellen ein blutiges Exempel statuieren zu müssen. Auch die Mannschaften der Clans, die bei Glenshiel gefochten, die Gefolgschaft des Lord Seaforth, die Macgregors, die Mackinnons, blieben dem Racheschwert des Staates unerreichbar. Sie hatten sich gleich nach dem Kampfe im Gebirge zerstreut und weilten längst wieder bei ihren Hütten und Herden, ehe der Feind ihnen nahe kommen konnte. Wenn er dann erschien, so sah er sie unschuldig ihrer ländlichen Beschäftigung hingegeben, oder sie hatten sich, wenn sie sich erkannt glaubten, bereits in Sicherheit gebracht. „Mit regulären Truppen kann man rebellische Hochländer nicht fangen“, sagte Lord Carpenter, „die sind mit ihrem Vieh längst über alle Berge, ehe die Soldaten kommen.“ [1]) Und wie sollte man auch die Namen der Schuldigen

[1]) Dickson, App. Nr. 68.

erfahren? Gefangene, die man hätte ausfragen können, waren kaum gemacht worden. Und auch die königstreuen Hochschotten, die es wohl gewusst hätten, waren mit den Rebellen zu mannigfach verwandt und versippt, als dass sie sich zu Zeugen hergegeben hätten. So war eine genaue Liste der Schuldigen, wie die Regierung sie einforderte,[1]) schlechterdings nicht zu haben. Wightman konnte wohl die Häuser der wenigen, ihm bekannten Führer einäschern lassen,[2]) aber die Menge ging ohne Strafe aus.

Eine gewisse Verlegenheit erwuchs der Regierung noch aus der erfolgten Gefangennahme der spanischen Soldaten. Wightman brachte sie zunächst nach Inverness. Aber was weiter mit ihnen beginnen?[3]) Bei der militärischen Schwäche der Regierung machte schon ihre Bewachung Schwierigkeiten, und doch waren es nur 274 Mann. Eiligst liess man noch 2 Regimenter zu den in Schottland befindlichen Truppen stossen, was freilich nur einige hundert Mann besagen wollte. Einen Augenblick dachte man daran, die Spanier durch Schottland und England hindurch nach London marschieren und sie schliesslich in Plymouth einschiffen zu lassen, besonders um ungläubigen oder böswilligen Leuten, die behaupten wollten, die ganze Invasionsgefahr sei von den Ministern nur erfunden, um parlamentarische Bewilligungen zu erhalten, durch den Anblick der Feinde den Mund zu stopfen.[4]) Dann sah man doch von dieser kleinen Komödie im Stile eines altrömischen Triumphzuges ab, und die Londoner kamen um ihr Spektakel. Die Spanier wurden nur bis nach Edinburgh gebracht und dort in milder Gefangenschaft gehalten, nur dass die Regierung in der Darreichung der Mittel zu ihrem Unterhalt allzu sparsam verfuhr.[5]) Die Bevölkerung aber fand Gefallen an den einfachen Leuten, die so gar nichts von spanischer Grandezza an sich hatten. Am 27. Oktober a. St. wurden sie in Leith

[1]) Dickson, App. Nr. 66.

[2]) Hoffmann. 14. Juli 1719 (a. St.). W. St. A. Wightman an Carpenter, 22. Juni 1719 (a. St.). R. O.

[3]) „*Would His Majesty have these Spaniards detained here or sent back to Spain?*" Craggs an Stanhope (in Hannover) 3. Juli 1719 (a. St.). R. O.

[4]) Hoffmann, 7. Juli 1719 (a. St.). W. St. A. Dickson, App. Nr. 66.

[5]) Vgl. The Lockhart Papers II 23—24. Dickson, App. Nr. 74.

eingeschifft, um nach ihrem Heimatlande gebracht zu werden, obwohl der Friede zur Zeit noch nicht geschlossen war.

So waren denn auch die schottischen Pläne Alberonis, wie alle übrigen, die er geschmiedet, kläglich gescheitert. Wieder einmal war die jakobitische Welle an dem Felsen der gesetzlich festgelegten, englischen Thronfolgeordnung zerronnen. Und sehr viel ernster wäre die Gefahr auch in dem Falle kaum gewesen, wenn die Frühjahrsstürme des Biscayischen Meerbusens weniger grausam mit der Flotte Ormonds gespielt hätten. Auf Schottland beschränkt, blieb der Angriff vollends ohne alle Bedeutung. Mit einer Handvoll Truppen hatte die Regierung der Sache ein Ende gemacht und das Häuflein widerspenstiger Hochschotten gezwungen, nachdem sie ihre Gewehre abgefeuert, ihr Heil in der Flucht zu suchen. Unterdessen hatte Georg I., den Ausgang des Kampfes nicht abwartend, längst die Reise nach seinem vielgeliebten Hannover angetreten, wo er nur von fernher das Getriebe seiner britischen Untertanen beobachten und in gemächlicher Ruhe die angenehme Nachricht von dem Siege der königlichen Truppen in Schottland empfangen durfte.

Vom Jakobitismus wird es in der grossen Politik nun stiller als seit Langem. Mehr als zwei Jahrzehnte vergingen, bis wieder ein Stuart, ermutigt durch den Waffenlärm eines europäischen Krieges, den Versuch machte, den Thron seiner Vorväter zu gewinnen. Was wir bis dahin von den Umtrieben der Jakobiten noch zu berichten haben, ist aus dem Stadium im Keim erstickter Verschwörungen nicht herausgekommen. Auch die Führer des Jahres 1719 entschwinden als landflüchtige Leute den Blicken der grossen Welt. Der eine von ihnen, Lord Seaforth, machte nach einigen Jahren seinen Frieden mit der englischen Regierung und durfte in die Heimat zurückkehren. Von den beiden Brüderpaaren, die wir bei Glensbiel fechten sahen, haben die Murrays, Tullibardine und Lord George, 1745 wiederum an dem Sturmlauf gegen das Haus Hannover teilgenommen, um zum dritten Male zu scheitern. Den Brüdern Keith aber war es vorbehalten, unter einem andern Monarchen, der weder Stuart noch Hannover war,

zu europäischer Berühmtheit zu gelangen. Sie traten in die Dienste Friedrichs des Grossen. Als preussischer Feldmarschall ward Jakob Keith bei Hochkirch 1758 von einer österreichischen Kugel zu Tode getroffen. Der ältere, Georg Lord Marischal, hat ihn noch lange Jahre überlebt. Auch er hatte, als preussischer Gesandter in Frankreich und Spanien, und als Statthalter von Neuenburg, das bessere Teil erwählt, indem er einem aufsteigenden Staate und einem genialen Fürsten seine Kraft widmete, statt wie ehedem der verlorenen Sache eines entthronten Geschlechts und seines wenig begeisternden Hauptes. In späten Jahren mit der englischen Regierung ausgesöhnt, hat er, wie so mancher andere Anhänger Jakob Eduards, den Irrtum seiner jakobitischen Vergangenheit freudig zugestanden. Mit jener weltentrückten Heiterkeit, die dem hohen Greisenalter so wohl ansteht, liess 1778 der Neunzigjährige den englischen Gesandten in Berlin an sein letztes Krankenlager bitten. Er begrüsste ihn mit den Worten: „Ich habe Sie rufen lassen, weil der Gedanke mich erfreut, dass ein Minister des Königs Georg den letzten Seufzer eines alten Jakobiten vernehme.“ [1])

---

Auch der Held des Dramas, über dem nun der Vorhang gefallen war, ward wieder ein stiller Privatmann, dessen Leben die grosse Welt nicht mehr beschäftigte. Nach Italien zurückgekehrt, war der Stuart mit Clementine in Montefiascone zusammengetroffen und mit ihr getraut worden. Doch statt nach dem stillen Urbino zurückzukehren, zog er mit seiner jungen Gattin nach Rom. Die alten Bedenken gegen sein Verweilen an dieser Stätte fielen jetzt weg; denn wie hätte dieser Aufenthalt seiner Sache, die doch vor der Hand als eine verlorene galt, noch viel schaden können? Politisch hatte er ausgespielt. Dafür folgten im Leben des Prinzen, über dem so selten ein freundlicher Stern leuchtete, nun doch einige glückliche Jahre. Wir finden ihn wieder, in einem stattlichen Palaste wohnend, eine liebenswürdige, zart empfindende

[1]) A Fragment of a Memoir of Field-Marschal James Keith. Publ. of the Spalding Club. 5 p. XIV.

Frau an seiner Seite, und zwei blühende Knaben, die der Verbindung entsprossen sind. Er führt ein beschauliches, edler Geselligkeit und der Kunst gewidmetes Leben. Rom und der Papst ehren ihn wie einen fremden Souverän und nennen ihn König und Majestät. Zu jener Tatenlosigkeit gezwungen, die seiner weichen Natur ohnehin am besten entsprach, erschien er vor der Welt als der edle Märtyrer, der sein Schicksal mit Fassung zu tragen weiss, der jedermann mit Takt und Liebenswürdigkeit begegnet und dabei die Hoheit seines Wesens niemals verleugnet. Wir besitzen in einer seltenen Druckschrift aus dem Jahre 1721 [1]) die anmutige Schilderung eines vornehmen Engländers, der, frei von jeder jakobitischen Regung, während eines römischen Aufenthaltes mit dem Prätendenten in Berührung gekommen ist. Die Schrift gibt sich als die schlichte Erzählung eines Erlebnisses, liest sich aber wie eine Apologie des Stuartprinzen oder, wenn man will, des gesamten Jakobitismus, der ihn auf den Schild erhebt. Hören wir, was dieser Reisende zu erzählen hat.

Im Park der Villa Ludovisi ist er dem Prinzen zuerst begegnet. Er hätte ihn schon am Stern und Hosenbande erkennen können, aber weit auffallender erschien ihm die natürliche Hoheit, die Majestät, die ihn über seine Umgebung erhob, und die den Reisenden erzittern machte. Er wird von jedermann gegrüsst und erwidert mit einem Lächeln, das seinen Zügen Grazie verleiht. Man redet miteinander. Englische Herren, sagt der Prinz, seien in seinem Hause stets willkommen. Und nun fügt auch die Prinzessin in tadellosem Englisch hinzu, wenn die Herren musikliebend seien, so möchten sie doch am Abend bei ihrem Konzert erscheinen. Im Hause des Prätendenten findet man bei solcher Veranstaltung den römischen Adel versammelt, man hört die schönste Musik und

[1]) A letter from an English traveller at Rome to his father of the 6th May 1721. O. S. Ein Exemplar befindet sich im Record Office unter den Akten: State Papers. Domestic. George I. Bundle 26. Die hier mitgeteilte Art mancher Aeusserungen des Prätendenten, die mit dem, was wir heute in den Stuart Papers lesen, vollkommen übereinstimmen, lässt keinen Zweifel daran aufkommen, dass es sich um wirklich Erlebtes handelt. — Eine entgegengesetzte Tendenz verfolgt die schon 1718, also vor dem spanischen Kriege, vom Abbé Strickland verfasste Schrift: A Letter from a gentleman at R[ome] to a friend at L[ondon]. Vgl. D. N. B. Art. Strickland p. 53.

erhält die beste Bewirtung. Aber mehr als durch dies alles wird man erquickt durch die freie, verbindliche Art, wie es geboten, wie man eingeladen wird, solange man in Rom weilt, in diesem Palast wie in seinem eigenen zu verkehren. Eine Dankesvisite muss folgen. Der hohe Wirt zeigt sich über die Familie seines Gastes wohl unterrichtet. Er weiss, dass der Grossvater ein treuer Anhänger Karls I. und II. gewesen ist. Er beweist überhaupt eine erstaunliche Kenntnis der englischen Familien von Stande, ihrer Vergangenheit, ihrer Verwandtschaft. Es sei, sagt er unschuldig, von Kindheit auf sein Bemühen gewesen, mit den Gesetzen, den Sitten, den Familien seines Vaterlandes wohlvertraut zu werden, damit man ihn nicht wie einen Fremden betrachte, wenn es dem Allmächtigen gefallen sollte, ihn dorthin zu berufen. — Wer erkennt nicht, dass hier mit jedem Worte ein Tadel gegen den derweil in England regierenden König hannövrischen Stammes ausgesprochen wird? — Unter solchen Gesprächen wird das Mittagsmahl gemeldet. Unser Reisender will die sofort erfolgende neuerliche Einladung aus Bescheidenheit und auch aus Grundsatz ablehnen. Doch es gelingt ihm nicht. „Unsere Grossväter", sagt der Prätendent gemütlich, „die doch würdige Leute waren, haben so oft zusammen gespeist. Kann es da ein so grosses Verbrechen sein, wenn wir das Gleiche tun?"

Als Vollengländer zu erscheinen, ist offenbar das höchste Streben des Prinzen. Bei der Mahlzeit wird das Beste aufgetragen, was englische und französische Kochkunst zu leisten vermögen. Er aber hält sich an Roastbeef und Devonshire Pye und sein Lieblingsgetränk ist englisches Märzbier. Nicht anders ist es mit seinen allgemeinen Interessen. Innerhalb seiner Sphäre lebt man ganz in den englischen Ereignissen. Am Posttage strömen die in Rom weilenden Engländer in seinem Hause zusammen, um das Neueste aus der Heimat zu hören. Zur Zeit, da unser Reisender schreibt, ist es noch die Südsee-Affäre (die uns erst ausführlich beschäftigen soll), die das ganze öffentliche Interesse in Anspruch nimmt. Der Prätendent klagt, wie jedermann es tut, über das geschehene Unheil und erklärt, mit der Verfolgung der Urheber werde wenig gebessert sein. Wie ein richtiger Tory betrachtet er die grosse Staatsschuld als den Urgrund des Uebels, und echt

torystisch ist auch die Auffassung, dass England die schweren Lasten zum Schutze fremder Interessen auf sich genommen habe. Der alte Adel ist beiseite geschoben worden und das Wohl der Nation einer Rotte von Emporkömmlingen ausgeliefert, die das Land aussaugen, um sich zu bereichern. Man möge nur nicht glauben, erklärt der Chevalier, dass er sich über diese schlimmen Dinge persönlich freue, weil sie vielleicht seiner Sache nützen könnten. „So unwürdige Gedanken weise ich von mir. Die Liebe zum Vaterlande erfüllt mein Denken mehr als alles andere und mein Herz blutet, wenn ich ein so tapferes und treues Volk im Unglück und verführt sehe durch eine handvoll Schurken, die ihm schier unheilbare Wunden schlagen.“ Hochaufgerichtet und mit flammenden Blicken hat er diese Worte gesprochen.

Auch über die Religion will ihn unser Reisender zum Reden gebracht haben. Jakob Eduard wiederholt, was er auch sonst zu diesem Thema zu sagen pflegt. Hohe Prälaten der römischen Kirche haben ihm immer erklärt, seine Aufgabe sei es nicht, ein Apostel zu werden, sondern ein guter König für sein ganzes Volk, ohne Unterschied. In seinen öffentlichen Erklärungen hat er dafür alle Sicherheiten versprochen, in diesem Punkte ist seine Ehre verpfändet und die Ehre steht ihm höher als Krone und Leben. Aber, wendet der Reisende noch ein, man wirft der römisch-katholischen Geistlichkeit, den Jesuiten und den Mönchen nun einmal vor, sie pflegten, um ihre Zwecke zu erreichen, gern Zwietracht zu stiften, und seien überhaupt von gefährlicher und anmassender Gemütsart. Das leugnet der Prinz keineswegs und erklärt nur treuherzig, nicht umsonst habe er ja das warnende Beispiel seines Vaters vor Augen, der durch gewissenlose Ratgeber ins Verderben gebracht worden sei. Zudem sei er der Meinung, dass alle Geistlichen, die nicht der vom Staate anerkannten Kirche angehörten, sich streng auf die Pflichten ihres Amtes zu beschränken hätten. Versuchten sie es, sich in öffentliche Angelegenheiten zu mischen oder gar die notwendige Einigkeit zwischen dem Könige und seinen Untertanen zu stören, so müsste ihnen jede Möglichkeit, zu schaden, gründlich genommen werden. Mit Nachdruck erklärte er, von diesem Grundsatze werde er sich immer leiten lassen.

So schien der fürstliche Verbannte völlig in dem Gedanken an sein künftiges Königtum aufzugehen. Wäre es jemals zur Wirklichkeit erhoben worden, es würde ihn dennoch unvorbereitet und seiner Aufgabe geistig nicht gewachsen gefunden haben. Aber demjenigen, der ihm so in seinem Exil begegnete, fiel wohl weniger die Armut seiner politischen Ideen in die Augen, als die Würde, mit der er sein Schicksal ertrug. „Wäre er nicht der Prätendent", sagt unser Reisender, „der Mann könnte mir wohl gefallen."

---

Hier verlassen wir den Stuartprinzen und sein Schicksal. Eine Schrift, wie die eben mitgeteilte, mag auch der grosse Staatsmann, der inzwischen in England ans Ruder gekommen war, mit Behagen gelesen haben. Die englische Regierung war zufrieden, dass sie die Gefahr beseitigt, den Verbannten wieder in sicherer Entfernung wusste. Sie war beruhigt, aber sie blieb wachsam.

Wir aber kehren noch einmal zur auswärtigen Politik des Jahres 1719 zurück. Die Geschichte des Jakobitismus hat uns bereits auf die Beschäftigung mit den Staaten des Nordens geführt. Auch in diesem Teile Europas waren der noch von Stanhope geleiteten Politik Englands grosse Erfolge beschieden.

Zehntes Kapitel.

# England und die Mächte des Nordens.

Wer in europäischer Geschichte der letzten Jahrzehnte zu denken gewohnt ist, dem geben die politischen Bewegungen der älteren Zeiten so manches Rätsel zu lösen auf. Nehmen wir das frühe 18. Jahrhundert. Wir sehen zwei grosse Gruppen staatlicher Gebilde, von denen jede nur für sich zu existieren scheint. Und zwischen ihnen klafft eine Lücke. Auf der einen Seite steht jener Kreis von Völkern, die uns als die Erben und Fortbildner der antiken und christlichen Kultur gelten und deren Zusammengehörigkeit uns durch Rankes Hinweis auf die romanischen und germanischen Völker geläufig geworden ist. Sie erfüllen die Mitte, den Westen und Süden Europas. Dagegen sind im Norden und Osten Nationen zur Bedeutung gelangt, von denen man vorher nicht sehr viel gehört hat. Die skandinavischen Staaten sind längst erstarkt und auch die slavische Welt ist politisch wichtig geworden. Nun war freilich der Slavenstaat Polen schon im Mittelalter der abendländischen Kultur stärker angenähert. Das jüngst auf dem Schauplatz erschienene, allgemein aufsehenerregende Russland aber ist ein vollkommener Neuling.

Dabei ist die Welt des Nordens und Ostens in sich voller Gegensätze. Die Glieder dieses Staatensystems drängen und stossen gegen einander. Ein Ringen der Völker entsteht, das sich mit der übrigen Geschichte Europas nur halb berührt. Dies ist das Schauspiel, das der grosse nordische Krieg uns bietet. Die Kämpfe, die hier ausgefochten werden, sind eine Begebenheit für sich, sie berühren sich kaum ein einziges Mal mit den gleichzeitigen Ereignissen des spanischen Erbfolgekrieges, und sie dauern fort, als man auf dem andern Kampfplatz die Waffen schon niedergelegt hat. Inzwischen haben

sie ihren Charakter geändert. Das grosse Ringen hatte begonnen als die Offensive, mit der der junge Schwedenkönig, knabenhaft und kühn, den verderblichen Plänen seiner Gegner zuvorkam. Am Schlusse sieht man den Angreifer in die Defensive zurückgeworfen. Von Eroberungen nicht zu reden, vermag er nicht einmal den alten Besitz Schwedens festzuhalten. Und ferner sind an diesem letzten Akt des Dramas nicht nur die alten Gegner Schwedens beteiligt. Auch andere Staaten, Preussen und Hannover, sind in den Kampf eingetreten und hoffen, ihren Anteil an der schwedischen Beute zu gewinnen.

Eines aber ist bei allem Wandel der Ereignisse unverändert geblieben, die Isolierung des Schauplatzes. Spanischer Erbfolgekrieg und nordischer Krieg bleiben getrennt. Hier hören wir von Karl XII. und Peter dem Grossen, dort vom Prinzen Eugen, von Marlborough, von Ludwig XIV. und seinen Marschällen, und dann von Stanhope und Dubois und von der Quadrupel-Allianz.

Wie kommt es aber, dass die beiden Sphären einander so fern bleiben? Es fehlt das verbindende Glied: Deutschland. Die Mitte Europas ist nicht eine geschlossene Macht, deren Druck nach rechts und nach links empfunden wird. Hier brechen sich nicht, wie an einem festen Damm, die von Osten und Westen kommenden Wellen. Sie fluten darüber hin oder sie zerrinnen im Sande. Es ist wie eine neutrale Zone, auf der Raum ist zur Betätigung aller, ein Ländergebiet, das nur leidend, nicht handelnd an allem teilnimmt. Die stärkeren Kräfte darin, die jungen Staaten, die auf diesem Boden wachsen, umfassen nicht das Ganze, und sie verfolgen nur ihre lokalen Interessen. Man stelle sich ein mächtiges Deutschland vor inmitten der starken Staaten ringsum, und das Gleichgewichtssystem Europas wäre ein anderes gewesen. So aber war es ein Zustand, der von den deutschen Zeitgenossen als beschämend empfunden wurde. „Deutschlands Macht ist gewaltig," sagt Friedrich der Grosse sarkastisch, „wenn man nur auf die Zahl der Könige, der Kurfürsten, der Fürsten blickt, die dazu gehören: sie ist schwach, wenn man an den Widerstreit der Interessen denkt, von dem es zerrissen wird." Oder, wie Goethe spottet: „Das liebe, heil'ge Röm'sche Reich, Wie hält's nur noch zusammen?"

Trotz der geschilderten Isolierung der nordischen Kämpfe nahm freilich auch das übrige Europa lebhaften Anteil an den dort fallenden Entscheidungen, besonders an dem kommenden Friedensschlusse. Um nur von den beiden Grossmächten des Westens zu reden, so gingen diese von durchaus verschiedenen Gesichtspunkten aus. Für Frankreich war einst, in den Tagen Richelieus, die tief in Deutschland eindringende Schwedenmacht eine wertvolle Hilfe gegen das Haus Habsburg geworden. Das Bündnis hatte seither fortbestanden, die Beherrschung deutschen Gebietes durch Schweden galt den Franzosen immer noch als eine politische Notwendigkeit. Nun war aber durch den Gang des nordischen Krieges Schwedens Macht herabgedrückt worden. Frankreich war versucht, sich nach einem Ersatz umzusehen. Peter der Grosse, die Lage erkennend, hat nicht verfehlt, sich in dem Sinne zur Verfügung zu stellen, dass er bereit sei, für Frankreich das zu werden, was ihm Schweden bisher gewesen. Ging Frankreich darauf ein, so ergab sich ihm aus der Logik der Dinge ein Programm, das etwa die folgende Lösung der nordischen Frage vorsah. Russland behält seine Eroberungen an der Ostsee, Schweden verzichtet auf dieselben, um wenigstens seinen deutschen Besitz zurückzuerhalten. So würden beide Staaten, Russland wie Schweden, Frankreich zu Dank verpflichtet und seinen Zwecken dienstbar sein. Wie man hier zugleich sieht, war also das Interesse Frankreichs an der nordischen Frage ein rein politisches.

Ganz anders England.[1]) Ihm war der Machtstreit im Norden eine handelspolitische Angelegenheit. Schweden hatte bisher das berühmte *Dominium maris Baltici* besessen. Dagegen war vom englischen Standpunkte aus wenig einzuwenden. Denn Schweden nutzte diese Herrschaft nur politisch und finanziell aus. Eine grosse seefahrende und handeltreibende Nation war es nicht geworden. Unter ihm durften die Seefahrer des Westens, Holländer und Engländer mit ihren Schiffen ungestört in die Ostsee kommen und den Austausch der Waren bewerkstelligen. Gegen diesen Handelsbetrieb pflegte man

[1]) Für die folgenden Abschnitte möge hier ein für allemal auch auf das Werk von J. F. Chance, George I, and the Northern War. 1909. als das wertvollste Hilfsmittel hingewiesen sein.

in England zwar den merkantilistisch gedachten Einwand zu erheben, dass der aus den baltischen Häfen kommende Import den dahingehenden Export an Wert und Umfang gewaltig übersteige. Strenge Theoretiker hätten deshalb am liebsten ein Verbot über den ganzen Ostseehandel verhängt. Aber er war nun einmal trotz aller Versuche, ihn durch andere kommerzielle Beziehungen zu ersetzen, schlechthin unentbehrlich. Denn alle notwendigen Materialien für den Schiffbau kamen von dort.

Mit dem Sturze der schwedischen Grossmacht schien sich aber die handelspolitische Situation gründlich verändern zu sollen. Wenn Peter der Grosse, der Schüler der holländischen Schiffbauer, der Verbreiter westeuropäischen Handels und Gewerbfleisses in Russland, wenn dieser Zar im Besitze der Häfen von Riga und Reval blieb, so hätte er den besten Teil des baltischen Handels den Seemächten wohl bald aus der Hand genommen. So bildete sich im Kreise der englischen Regierung allmählich die Ueberzeugung aus, dass das Interesse Englands es erfordere, Russland wieder von der Ostsee zu verdrängen, also einen Friedensschluss herbeizuführen, der Peter dem Grossen einen Verzicht auf seine Eroberungen auferlegte. Wurde aber Schweden in den eigentlichen Ostseeprovinzen wiederhergestellt, so durfte man ihm dafür schon den Verzicht auf seine deutschen Besitzungen zumuten. Ein Teil davon, die wertvollen Lande Bremen und Verden, war bereits in den Besitz Hannovers übergegangen, und unmöglich konnte die englische Regierung gesinnt sein, ihrem Könige einen Verzicht auf dasjenige zuzumuten, was er soeben als Kurfürst gewonnen hatte. Und auch inbezug auf die übrigen deutsch-schwedischen Gebiete folgte England dem Standpunkte Hannovers, das in redlicher reichspatriotischer Gesinnung die Schweden vom deutschen Boden ganz verdrängt sehen wollte.

So die in den Motiven wie in den Zielen sehr verschiedenen Standpunkte der verbündeten Westmächte. Kamen sie überhaupt in die Lage, auf den Friedensschluss im Norden Einfluss zu üben, so musste ein starker Gegensatz sich zeigen. Davon haben wir jetzt zu reden. Unserer Aufgabe entsprechend, stellen wir England in den Vordergrund, müssen hier aber etwas weiter ausholen. Wir beginnen also, ohne

früher Erzähltes wiederholen zu wollen, mit einem Bericht über Englands Beziehungen zu Schweden, zu Russland und zu Preussen vor dem entscheidungsreichen Jahre 1719.

---

Englands Politik gegenüber Schweden[1]) war während des nordischen Krieges besonders durch den Wunsch bestimmt, den gefährlichen Brand zu lokalisieren, ihn nicht nach Deutschland, d. h. in die Mitte Europas, übergreifen zu lassen. Natürlich geschah dies nicht aus deutschen Sympathien, sondern um des eigenen englischen Interesses willen. Von dem gewaltigen Kampfe gegen Ludwig XIV ganz in Anspruch genommen, fürchtete England, dass seine Verbündeten, nämlich Oesterreich, Holland und die zur grossen Allianz haltenden deutschen Fürsten, von der gemeinsamen Sache abgelenkt werden und einen Teil ihrer Kräfte nach dem Norden werfen könnten. Solches zu verhindern, erschien 1707 der führende Mann Englands, Marlborough, im Lager Karls XII, als dieser sich auf deutschem Boden, zu Altranstädt, befand. Es gelang wirklich, den Schwedenkönig zum Abzug zu bewegen. Statt seine Waffen gegen die Staaten des Kaisers zu richten, nahm er von neuem — es war sein Verderben — den Kampf gegen Peter den Grossen auf. Als aber sein Heer bei Pultawa vernichtet, er selbst auf türkischen Boden geflohen war, schien es vollends nicht schwer, den Frieden in Deutschland zu erhalten. Im Haag wurde 1710 ein Vertrag geschlossen, der die Neutralität der deutschen Lande sicherstellen sollte. Zwar war dieser Vertrag von Preussen, dem Nachbarn Schwedens in Pommern, angeregt worden.[2]) Doch fanden die führenden Mächte der grossen Allianz es geziemender, wenn sie selbst, Kaiser Karl VI, Königin Anna von Grossbritannien, die Generalstaaten der Vereinigten Niederlande, miteinander das Abkommen schlossen und die übrigen interessierten Staaten nur zum Beitritt aufforderten. Selbst das Reich, dessen Frieden es zu schützen galt, sollte erst nachträglich herangezogen

[1]) Einen lehrreichen Ueberblick über die englisch-schwedischen Beziehungen 1711—1719 bietet ein im Record Office, Sweden 26 fol 114 befindliches Aktenstück (ohne Ueberschrift)

[2]) Vgl. Droysen, Preuss. Politik. IV 1, 342 ff. Chance, 12 ff.

werden, d. h. es sollte den Schutz seines Gebietes als ein Geschenk aus den Händen der Mächte empfangen. Aber obwohl alle Beteiligten beitraten und auch der schwedische Senat sich anschloss, so blieb dennoch dieser Neutralitätsvertrag ein toter Buchstabe. Karl XII lehnte ihn ab, ja er nahm die Sache noch zum Anlass, um dem schwedischen Senat überhaupt die Entscheidung in auswärtigen Fragen zu entziehen.

Nun versuchte man es in England mit einer diplomatischen Mission und steckte ihr die weitesten Ziele. James Jefferyes, ein dem Schwedenkönige wohlbekannter Mann, der ihn auf seinem letzten Feldzuge in Russland begleitet hatte und auch bei Pultawa gefangen worden war, wurde nicht nur im Auftrage Englands, sondern auch Hollands, als Gesandter nach Bender geschickt. Drei Ziele sind es vornehmlich, von denen seine Instruktion sprach. Er sollte sich zunächst noch einmal um Karls XII. Zustimmung zur Neutralitätsakte bemühen. Aber davon erwartete man wohl nicht viel Erfolg. Ernster war der zweite, Jefferyes erteilte Auftrag gemeint, sich Gewissheit darüber zu verschaffen, ob wohl der schwedische Herrscher geneigt sein werde, unter Vermittlung Englands den Frieden mit dem Zaren zu schliessen und unter welchen Bedingungen. Der letzte und wichtigste Punkt aber betraf den Ostseehandel. Das auf alten Verträgen beruhende Recht Englands, seine Kauffahrer in alle Häfen des baltischen Meeres zu senden, ist verletzt. Englische Schiffe, die nach den zur Zeit in der Hand Russlands befindlichen Küsten und Häfen fuhren, sind von den Schweden angehalten und beraubt worden. Das muss aufhören, und der König möge der Regentschaft in Stockholm die erforderlichen Anweisungen geben.

Jefferyes gab sich redliche Mühe, sein Ziel zu erreichen, aber schon die erste Unterredung, die er nach seiner Ankunft in Bender mit dem schwedischen Kanzler von Müllern hatte, belehrte ihn über die Aussichtslosigkeit seiner Mission. Er erfuhr sofort, dass der schwedische König weder geneigt war, der Neutralitätsakte beizutreten, noch sich die englische Vermittlung zum Friedensschlusse mit Russland gefallen zu lassen. Nun begann das Spiel der diplomatischen Noten, doch mit nicht besserem Erfolge. Auf seine noch in freundlichen Ausdrücken gehaltene erste Denkschrift empfing Jefferyes

eine schroff ablehnende Antwort.[1]) Dem Feinde gegenüber sei die Anwendung der Gewalt besser am Platze als schöne Reden und gute Dienste. Was die Neutralitätsakte betrifft, so will zwar König Karl gern glauben, dass man ihn nicht damit kränken wollte. Doch werde er es sich nicht nehmen lassen, seine Waffen überall dahin zu tragen, wo es ihm notwendig erscheine. Fordere man endlich den freien Handel nach den vom Zaren besetzten Häfen, so kann das Recht dieser Forderung durch keinen Handelsvertrag und keinen Satz des Völkerrechts bewiesen werden, vollends nicht mehr, seitdem der König von Schweden den Befehl zur Blockierung jener Häfen gegeben habe.

An dem Starrsinn Karls XII., der das Unglück Schwedens war, musste jeder Versuch der Verständigung abprallen. Im Kreise der englischen Regierung aber ward dieser Verlauf der nordischen Ereignisse im Vergleich zu den Siegen des spanischen Erbfolgekrieges wie eine Niederlage empfunden. „Die Macht Englands ist der Verachtung preisgegeben", schrieb ingrimmig St. John, der Leiter der auswärtigen Politik.[2]) „Wir, die für die Erhaltung des Gleichgewichts Sorge tragen und das Recht diktieren sollten, sind zum Spotte derer geworden, die wir bezahlen.[3]) Aber die Königin wird ihre Untertanen schon zu schützen wissen, *coûte qu'il coûte.*" Nun werden dringendere Weisungen an Jefferyes gesandt, er überreicht eine neue Note[4]) und beschwert sich in ernstem Tone über die Kaperschiffe Karls XII., die von Tag zu Tage neue Prisen machen gegen die Untertanen Englands und Hollands. Von Müllern widersprach nicht, gab Jefferyes aber den wohlgemeinten Rat, er möge nicht auf einer schriftlichen Beantwortung seiner Note bestehen, denn seine Königin würde von der Antwort wohl wenig befriedigt sein. Der Engländer fordert sie dennoch und erhält eine glatte Ablehnung aller seiner Forderungen.

---

[1]) Sie ist gedruckt bei Lamberty, Mémoires, 6, 453. Die Ueberschrift nennt das Datum des 28. April (ebenso der oben zitierte Ueberblick R. O. Sweden 26 fol. 114ff.) das Aktenstück selbst ist aber vom 2. Mai 1711 datiert.

[2]) 12. Juli 1711. Bolingbroke, Letters, ed. Parke 1, 271.

[3]) Ebd. 291.

[4]) Gedruckt bei Lamberty 6, 465 und nochmals 7, 612.

Jefferyes blieb auch ferner noch der lästige Mahner, er kam immer wieder mit seinen Beschwerden bis zu jenem Februartage 1713, an dem Karl nach wildem Kampfe als Gefangener der Türken aus Bender weggeführt wurde. Und als er ein Jahr später, nach dem tollen Ritt durch halb Europa, plötzlich wieder auf eigenem Grunde in Stralsund erschienen war, stand auch Jefferyes bald wieder vor ihm. Er war gekommen, um ihm die Thronbesteigung Georgs I. zu notifizieren. Karl zeigte sich in den Audienzen lebhaft und voller Interessen, er stellte tausend Fragen über Whigs und Tories.[1]) Aber das Verhandeln mit ihm war nicht leichter geworden.

Bald darauf, mit dem Jahre 1715, begannen jene baltischen Expeditionen, deren Geschichte wir, bis zum Jahre 1718, früher erzählt haben. Die Sendung dieser kostspieligen Geschwader wurde vor dem Parlamente mit den Interessen des Ostseehandels gerechtfertigt, diente aber noch mehr dem Vorteil Hannovers, nämlich der Erwerbung von Bremen und Verden. Wie nun die Feindschaft Schwedens offen hervortrat, „eine Feindschaft, von der man nicht erwarten konnte, dass sie einen Unterschied machen werde zwischen dem Kurfürsten von Hannover und dem Könige von England,“[2]) wie die Gyllenborgische Verschwörung von 1717 die Antwort gab auf die englischen Ostsee-Expeditionen, wie Karl XII. mit seinem Feinde Peter dem Grossen in Verhandlungen eintrat, England dadurch wegen der steigenden Macht Russlands in noch grössere Sorge geriet als wegen der schwedischen Gefahr, wie der Prätendant, die Jakobiten und das sie schützende Spanien ihre Hoffnungen auf den Norden setzten, das alles ist dem Leser genugsam bekannt.

Der letzte Eindruck, den die Geschichte dieser Jahre hinterlässt, ist also der, dass Schweden schon zu Lebzeiten Karls XII. so weit herabgedrückt ist, dass man in England von einer schwedischen Gefahr nicht mehr viel Worte macht. Nimmt es doch noch einmal die Geste der Grossmacht an,

[1]) Jefferyes' Berichte aus Stralsund vom 4., 11. Dez. a. St. 1714. Brit. Mus. Stowe Coll. 388 VI; vom 8. Jan. a. St. 1715. Stowe Coll. 388 VII.

[2]) Ich zitiere die Worte von Chance 96, die sich völlig decken mit der von mir früher in Band 1 vertretenen Anschauung.

die in europäischen Fragen ein Wort mitzureden habe, so trifft man in aller Ruhe die nötigen Anordnungen, man trägt insbesondere dafür Sorge, dass es auch nicht etwa im Bunde mit dem Jakobitismus gefährlich werden könne. Die letzten Pläne Karls XII. aber, der zuerst Norwegen zu überrennen, dann eine Invasion in Schottland zu unternehmen gedachte, hätten der englischen Regierung auch dann kaum ernste Sorge bereitet, wenn sie ihr nicht erst nach seinem Tode bekannt geworden wären. Nein, Schwedens grosse Zeit war vorüber, der Kreis der von ihm längs der Ostsee beherrschten Gebiete zerrissen, kaum schwache Trümmer in seiner Hand geblieben. Wo Schweden das *dominium maris Baltici* geübt, da war eine Lücke geblieben, von der man nicht wusste, wer sie einmal ausfüllen würde.

---

Mit ganz anderen Empfindungen blickte das englische Volk auf die jüngste, an der Ostsee erschienene Macht, auf das Reich Peters des Grossen. Wie dieser Staat sich seinen Platz an den baltischen Gestaden erkämpft hatte, wie er gesonnen schien, ihn sich nicht mehr rauben zu lassen, wie die zügellose Tatkraft seines Monarchen auf die europäische Welt losstürmte, das war ein völlig neues Phänomen. Das Drängen Russlands nach Westen, unheilverkündend wie es war, ward von den Londoner Staatsmännern, den englischen wie den hannövrischen, als eine schwere Gefahr angesehen.

Die Beziehungen Englands zu Russland[1]) spielten sich noch lange in den Formen ab, in denen europäische Fürsten mit asiatischen Despoten zu verkehren pflegten. Russland, das ferne Binnenland des Ostens, war für die Engländer im 16. Jahrhundert entdeckt, seine Märkte dem englischen Handel plötzlich erschlossen worden. Es war im Mai 1553 gewesen, als den Londoner Hafen drei Schiffe verliessen, die eine nördliche Richtung einschlugen. Sie wollten die nordöstliche Durchfahrt nach China und Indien gewinnen. Zwei der

[1]) Ueber die englisch-russischen Beziehungen bis auf Peter den Grossen orientiert die von F. de Martens gegebene Einleitung im Recueil des traités et conventions conclus par la Russie avec les puissances étrangères. Traités avec l'Angleterre. 1. (1892) p. I—CVII. (Zuerst in der Revue d'hist. dipl. 5.)

Schiffe gingen im Eismeer verloren, das dritte ward zu seinem Glücke vom Sturmwinde ergriffen und in die Mündung der Dwina verschlagen. Der Kapitän, zum Ueberwintern gezwungen, erfuhr, dass er sich an der Küste des Moskowitischen Reiches befinde und erwirkte sich die Erlaubnis zur Reise an den Hof des Zaren. Hier ward er gütig empfangen und im Frühjahr mit einem Briefe entlassen, in dem Iwan Wassiljewitsch dem Könige Eduard VI. feierlich erklärte, von nun an dürften englische Schiffe seine Küsten anlaufen, englische Kaufleute sein Land frei bereisen, Waren aller Art bringen und Märkte errichten, wo es ihnen beliebe.

Die so hergestellte Verbindung ist seitdem nicht mehr aufgegeben, sie ist von den Engländern klug benutzt worden, um sich eine überragende Stellung im russischen Handel zu sichern. Dort, an der Dwinamündung, wo sie zuerst gelandet waren und wo nun während der eisfreien Monate ihre Schiffe alljährlich erschienen, erhob sich der Hafen von Archangel zu einer gewissen Blüte. Die an jener ersten Unternehmung beteiligten Kaufleute schlossen 1555 eine engere Verbindung in der Form einer Aktiengesellschaft, der ersten, die, wohl nach italienischem Muster, in England entstand.[1]) Keiner der Teilnehmer durfte auf eigene Rechnung das Geschäft betreiben, die Gesellschaft allein sollte das Recht besitzen, mit Russland oder mit anderen durch sie erst zu erschliessenden Ländern Handelsbeziehungen zu unterhalten. Diese *Russia* oder *Muscovia Company*, wie sie nachmals genannt wurde, hatte den doppelten Erfolg, kraft ihres Monopols die aus Russland eingeführten Waren in England zu den höchsten Preisen absetzen zu können, und von dem Zaren immer wieder exklusive Rechte und Begünstigungen im moskowitischen Reiche zu erhalten. Die Mündung der Dwina wurde allen anderen Nationen durch Iwan den Schrecklichen verschlossen, den Engländern aber der zollfreie Handel gestattet. Sie durften sich, wie in Archangel, so auch in den wichtigsten Städten des Innern, in Moskau, in Kasan, in Astrachan niederlassen. Sie durften durch Russland hindurch nach Persien,

[1]) Ueber die Gründung der *Russia Company* vgl. jetzt W. R. Scott, The Constitution and Finance of English, Scottish and Irish Joint Stock Companies to 1720. I (1912) 18 ff.

nach Indien, nach China reisen, ein um so wertvolleres Recht, da ihnen der Seeweg nach dem Osten zurzeit noch durch die übermächtigen Flotten der Portugiesen und der Spanier verschlossen blieb. Die Regierung Elisabeths stand hier wie überall schützend hinter den kaufmännischen Interessen. Sie verstand es ebensogut, durch ihre Gesandten mit den Launen russischer Despoten fertig zu werden und den Handel ihrer Untertanen zu sichern, wie die oft gestellte Zumutung einer engeren politischen Verbindung mit dem Zarenreiche jedesmal vorsichtig abzulehnen. Als das 16. Jahrhundert zu Ende ging, hatten die Engländer ihren Zweck, die regelmässige handelspolitische Ausbeutung des moskowitischen Reiches zu gewinnen, vollkommen erreicht.

In den folgenden Zeiten mehrten sich freilich die Schwierigkeiten, und als in England Revolution und Bürgerkrieg ausbrachen, führten diese Ereignisse zum Zusammenbruch der englischen Rechte in Russland. Die Moskauer Kaufmannschaft benutzte die englandfeindliche Stimmung und unterbreitete dem Zaren eine Klageschrift über die Beherrschung der russischen Märkte durch die Fremden. Die Nachricht von der Hinrichtung Karls I. tat das Uebrige. So geschah es, dass der Zar Alexis Michailowitsch durch einen Ukas vom 1. Juni 1649 die Ausweisung sämtlicher Engländer aus allen Städten seines Reiches verfügte. Selbst in Archangel, wo sie zwar landen und mit den moskowitischen Kaufleuten in Handelsverkehr treten durften, ward ihnen der dauernde Aufenthalt untersagt. Jahrzehnte vergingen, ohne dass die Engländer ihre alten Freiheiten in russischen Landen zurückerhielten. Auch die Restauration des Stuarts blieb ohne Einfluss auf die kommerziellen Verhältnisse. Die Gesandten Karls II. vermochten ebensowenig auszurichten wie vor ihnen diejenigen Cromwells. Solange Alexis Michailowitsch lebte, blieb sein englandfeindlicher Ukas in Kraft.

So behielten die englisch-russischen Beziehungen ihren unerquicklichen Charakter bis auf die Zeiten Peters des Grossen. Auch dieser schien als junger Zar wenig geneigt, die Wünsche der englischen Kaufleute zu befriedigen. Immerhin war das Interesse, das England ihm einflösste, stark genug. Er hätte nicht der für Schiffbau und alle maritimen Dinge so leiden-

schaftlich entbrannte Fürst sein müssen, wenn nicht England und vornehmlich London mit seinen Werften und Hafenanlagen seine Neugierde gereizt hätten. Drei Monate lang weilte er 1698 in der englischen Hauptstadt, wo ihm der Aufenthalt zu Deptford, nahe der königlichen Schiffswerft, bald lieber war als die Wohnung in einem bequemen Londoner Hause. Die Massen der Neugierigen sich fernhaltend, fuhr er am liebsten auf einer Yacht den Fluss hinauf und hinab, oder er studierte in seinem Zimmer die Modelle aller Schiffstypen. So weilte er als Lernender am Themsestrande nicht anders als er es vorher zu Amsterdam und Zaandam getrieben hatte. Und statt sich dem politischen Geschäft hinzugeben, war er weit mehr darauf bedacht, englische Handwerker und Techniker zu Hunderten in seinen Dienst zu ziehen. Peters nächster Freund wurde Lord Carmarthen, ein Adliger, der seine seemännische Laufbahn — es war eine nicht sehr glückliche gewesen — schon hinter sich hatte und der nun die Freundschaft des russischen Herrschers weidlich auszunutzen verstand. Carmarthen liess sich das alleinige Recht, in russischen Landen Tabak einzuführen und zu verkaufen, auf sieben Jahre vom Zaren erteilen. Wilhelm III. aber nahm den hohen russischen Gast von der richtigen Seite, indem er ihm eine alte Fregatte zum Geschenk machte.

Auch nachdem der für die englische Regierung etwas unbequeme Besuch vorüber und Peter mit seinem riesigen Gefolge von russischen Adligen und englischen Handwerkern abgezogen und in sein Reich zurückgekehrt war, wurde in den Beziehungen der beiden Staaten wenig geändert.[1]) Nach wie vor begehrt England die Erneuerung der alten Handelsvorteile, verschliesst sich aber den russischen Wünschen nach politischer Unterstützung. Nun stieg aber der Stern Peters des Grossen hellleuchtend empor. Von Karl XII. bei Narwa mit den Waffen überwunden, vermochte er sein Ziel, die Festsetzung an der Ostseeküste, dennoch zu erreichen. Er wagte es, auf schwedischem Boden den Grund zu seiner neuen Hauptstadt zu legen. Mit Sorge beobachtete man in London, wie

[1]) Vgl. auch Collyer, Diplomatic relations between England and Russia in the first half of the eighteenth century. Transactions of the Roy. Hist. Soc. N. S. XIV 1900.

der dem englischen Handelsinteresse so wenig geneigte Fürst an den baltischen Gestaden Fuss fasste, wo er die alten Verbindungen der Engländer in Riga und Reval jederzeit stören oder vernichten konnte. Die Neigung, dieses Russland politisch zu unterstützen, wurde immer geringer. 1704 ward Charles Whitworth, ein begabter junger Diplomat, der sich als Englands Vertreter am Regensburger Reichstag seine Sporen verdient hatte, an den Hof des Zaren entsandt, wo er fortan eine Reihe von Jahren hindurch tatkräftig und schlau die Geschäfte Englands führte und bald hinauswuchs über die geistigen Schranken, in denen seine Instruktionen sich bewegten. Ihm war besonders der Schutz und die Förderung des englischen Handels an's Herz gelegt worden. Whitworth erkannte besser als seine Auftraggeber, dass man damit allein in Russland nicht weiterkomme. „Wenn wir immer nur von Handelsinteressen reden," schrieb er sarkastisch, „so werden sie eines Tages dahinter kommen, wie notwendig wir ihre Waren brauchen und wie gleichgültig ihre Macht und ihre Freundschaft uns sind." Immerhin ist er trotz dieser kritischen Stimmung der getreue Vollstrecker der ihm erteilten Befehle gewesen. Als man eines Tages ihm auftrug, die jüngst in Russland zur Begründung einer eigenen Tabakmanufaktur gesammelten Materialien, Maschinen und Werkzeuge heimlich zu zerstören, da hat er selbst diesen hässlichen Befehl genau befolgt. Wie ein Dieb ist er mit seinen Leuten im Dunkel der Nacht in die Fabrikanlagen eingedrungen und hat alles, was er fand, persönlich vernichtet. Das Tollste bei dieser Episode war es aber, dass er nunmehr, auch wieder auftraggemäss, dem Zaren noch zu erklären wagte, er habe das alles nur im russischen Interesse getan.

Peter machte aus der Sache keinen Streitfall. Er fuhr sogar fort, freundliche Beziehungen zur englischen Regierung zu unterhalten, insbesondere weil er durch ihre Vermittlung den Abschluss eines Friedens mit Schweden erhoffte, der ihm den Besitz seiner Eroberungen an der Ostsee sichern sollte. Doch Withworth war skeptisch und schrieb nach London, dass es mit einem solchen Frieden wohl seine Schwierigkeiten haben werde. Karl XII. denkt ja nicht daran, auf die Ostseeprovinzen zu verzichten. Und wenn es selbst der Fall

wäre, ist es denn für England vorteilhaft, dem Zaren das Tor zu öffnen zum eigenen freien Handelsverkehr mit Europa? Er verspricht freilich, niemals eine Kriegsflotte auf der Ostsee bauen zu wollen. Aber wird er es auch halten? Und wäre es nicht sicherer, die Russen an den Ostseegestaden gar nicht erst Fuss fassen zu lassen? Der hier vielleicht zum erstenmal an so wichtiger Stelle, nämlich im diplomatischen Briefwechsel, ausgesprochene Gedanke, dass man Russland an der Ostsee nicht dulden dürfe, ist nun über ein Jahrzehnt, bis zum Ende des nordischen Krieges, Leitsatz aller englischer Politiker geblieben.[1])

Peter der Grosse hoffte das Misstrauen Englands überwinden und ihm die Rolle des Friedensvermittlers zwischen Russland und Schweden dennoch aufdrängen zu können. Mit solchem Auftrage musste Matwejew, sein im Haag beglaubigter Gesandter, nach London gehen, da sollte er erklären, wenn Russland die Ostseehäfen behalte, so werde es den Engländern den freien Verkehr darin gestatten. Wieviel bequemer, wieviel vorteilhafter wäre es für sie, die russischen Waren in den Ostseehäfen in Empfang zu nehmen als auf dem gefährlichen Wege über Archangel. Peter verstand sich auf den englischen Kaufmannsgeist nicht schlecht. Er erteilte Matwejew die Vollmacht zum Abschluss eines Handelsvertrages. Auch mit Bestechung hoher englischer Persönlichkeiten meinte der Zar etwas erreichen zu können. Wäre nur der Herzog von Marlborough nicht so unermesslich reich. „Immerhin", so schrieb Peter eigenhändig an den Rand der Instruktion, „kann man ihm ein Paarmalhunderttausend und mehr versprechen".[2]) Die letztere Berechnung täuschte nicht ganz. Der geizige Herzog war nicht unzugänglich, doch stellte er gewaltige Forderungen. Er soll ein Fürstentum in Russland verlangt, der Zar ihm die Fürstentümer Kiew, Wladimir und Sibirien mit einem garantierten Einkommen von 50 000 Dukaten zur Auswahl gestellt und ihm dazu den Andreasorden und einen Rubin von unerhörter Grösse angeboten haben. Aber

[1]) Schon die Schlacht bei Narwa hatte in England und Holland Freude erregt, weil durch sie Russlands baltische Pläne vereitelt zu sein schienen. Vgl. Brückner, Peter d. G. 383.

[2]) Brückner, Peter der Grosse. 391, nach Ssolowjew.

trotz so märchenhaft orientalisch klingender Einzelheiten blieb alles Verhandeln umsonst. Matwejews Londoner Mission scheiterte vollständig, ja sie fand noch einen weit über England hinaus Lärm und aufsehenerregenden Abschluss, da der Gesandte vor seiner Abreise auf offener Strasse überfallen und verhaftet wurde. Die Beziehungen wurden nur noch schlechter als zuvor. Peter forderte kurz und gut die Hinrichtung aller Schuldigen, gab sich aber zufrieden, als der gewandte Whitworth, dem seine Regierung aus diesem Behufe den Rang eines *ambassadeur extraordinaire* verliehen hatte, vor dem Zaren erschien, um das Bedauern der Königin Anna auszudrücken über das dem russischen Gesandten in London widerfahrene Missgeschick.

---

So sind wir bei der Epoche Georg I. angelangt. Dieser hatte schon als Kurfürst wichtige Beziehungen mit dem Zaren Peter unterhalten, denn er war an seine Seite getreten zum gemeinsamen Kampfe gegen Karl XII. von Schweden. 1710 war zwischen Russland und Hannover ein Vertrag geschlossen worden, 1715 das Greifswalder Bündnis, welches jedem der beiden Staaten seinen Anteil an schwedischem Besitz zuwies: Ingermanland, Karelien, Esthland und Reval für den Zaren, die Lande Bremen und Verden für Georg I. Und in der Einleitung des Vertrages war schlechthin die Absicht ausgesprochen, dem unruhigen Schweden seinen ganzen deutschen Besitz zu nehmen, um denselben „in friedlichere Hände zu legen.[1]) Das Jahr dieses Vertragsschlusses war dasselbe, in dem eine englische und eine russische Kriegsflotte einander in der Ostsee kameradschaftlich begrüssten und der Zar auf dem britischen Admiralschiffe artig und ehrerbietig empfangen wurde.

Der auf den englischen Thron gelangte Kurfürst von Hannover hatte seine freundlichen Beziehungen zu Russland mit über den Kanal genommen, hatte seiner englischer Regierung eine ähnliche Gesinnung eingeflösst. Aber so konnte es nicht bleiben, denn England und Hannover waren gar zu verschieden in Zielen und Interessen.

[1]) Vgl. den Wortlaut bei F. Stoerk, Das Greifswalder Bündnis zwischen Peter d. Gr. und Georg I. vom 28./17. Oktober 1715. (Pomm. Jahrb. II) S. 53.

Einige Monate nach dem Abschluss des Greifswalder Bündnisses, im März 1716, erschien der russische Unterzeichner desselben, Fürst Kurakin, in London. Er war der Schwager des Zaren, ein früher Vertreter jenes Typus hochadliger russischer Diplomaten, wie die Höfe Europas sie seitdem so oft gesehen haben.[1]) Er war zuvor schon einmal in London, in Hannover, zuletzt im Haag, beglaubigt gewesen. Dieses Mal kam er[2]), um das zu Greifswald begonnene Werk zu vollenden, d. h. wie vordem Hannover, so nun auch England dem grossen Bunde gegen Karl XII. von Schweden anzugliedern. Darin lag eine Verkennung der Umstände. Auf den von ihm eingeleiteten Verhandlungen ruhte das alte Verhängnis. Von englischer Seite rückte man sofort mit der Erklärung heraus, dass jeglicher politischer Verbindung der Abschluss eines Handelsvertrages vorausgehen müsse. Ueber beides ward verhandelt, über beides gingen die Absichten so weit auseinander, dass eine Verständigung unmöglich war. Mit einem von Bernstorff und Bothmer ihm überreichten Vertragsentwurf verliess Kurakin im April 1716 die englische Hauptstadt. Die Verhandlungen wurden zwar noch fortgesetzt, die englischen Vorschläge mit russischen Gegenprojekten beantwortet, aber in dem einen derselben, das politische Bündnis betreffend, kam allzu deutlich die Absicht zum Vorschein, England in den Krieg mit Schweden zu treiben. Das lief den englischen Wünschen straks zuwider. Und ebenso ungenügend erschien dasjenige, was Russland dafür bot. Der russische Entwurf

[1]) Vgl. Waliszewski, Pierre le Grand. 5e ed. 1897. 234.

[2]) Der Charakter der Verhandlung Kurakins geht deutlich aus einer späteren Denkschrift hervor, datiert Whitehall 11./22. Februar 1720, die von der englischen Regierung dem russischen Residenten Weselowski übergeben und auch den anderen Diplomaten sowie der Oeffentlichkeit mitgeteilt wurde. (Eine Abschrift befindet sich als Beilage zu Hoffmanns Bericht vom 23. Februar 1720 im Wiener Staatsarchiv. Vgl Anhang Nr. 8). Ueber die Einzelheiten der Verhandlung vgl. Chance 102 ff, nach Hartman. Die von Chance vermisste Bezugnahme auf Kurakins Londoner Aufenthalt findet sich doch wohl gelegentlich in den britischen Akten, z. B. in der eben erwähnten Denkschrift, ferner: Norris und Whitworh an Sunderland. 31. August 1717. R. O. Holland 381. Hoffmann meldet unter dem 7. April 1716 (W. St. A.), dass der moskowitische Minister Kurakin in London eingetroffen sei, um einen „Handelstractat" mit England zu schliessen und sich über den Bau von 5 für Russland bestellten Kriegschiffen zu unterrichten.

eines Handelsvertrages gab den Engländern nicht einmal das längst besessene Recht zurück, in Kasan und Astrachan Handel zu treiben.

So war die Mission Kurakins gescheitert, die erhoffte Annäherung zwischen Russland und England nicht erreicht. Auch das Verhältnis des Zaren zu Hannover ward bald getrübt. Peter erschien 1716 auf deutschem Boden. Seine Galeerenflotte schiffte 10 000 Mann russischer Truppen in Danzig aus, und auf dem Landwege, durch Polen, kamen noch grössere Streitkräfte hinzu. Sie alle sollten bei der Belagerung Wismars mitwirken, und sodann, wenn dieses letzte schwedische Bollwerk auf deutschem Boden gefallen wäre, an einer Invasion Schonens teilnehmen. Zu dieser Landung auf schwedischem Boden ist es aber infolge vielfältiger Missheiligkeiten unter den Verbündeten nicht gekommen. Die schon nach Seeland überführten russischen Kriegsvölker wurden nach Mecklenburg zurückgeschafft. Sie verblieben im Reiche und ihre Anwesenheit ward eine Quelle allgemeiner Beunruhigung. Noch 1717 standen die Russen, wohl 40 000 Mann stark in Mecklenburg. Fast schien es, als ob Peter der Grosse, der so bemüht war, die für Schweden verlorene Vormachtstellung im Norden zu gewinnen, nun daran denke, nach dem Vorbilde Gustav Adolphs auch auf deutschem Boden einen festen Halt zu gewinnen. Für Deutschland ein angstvoller Moment. Ein Brief, in dem Kaiser Karl VI., energisch die Entfernung der russischen Soldaten aus dem Reiche forderte, blieb ohne Erfolg. Georg I. glaubte seine deutschen Lande durch die Nachbarschaft der Russen unmittelbar bedroht, um so mehr, als inzwischen Friedrich Wilhelm I. von Preussen in gute Beziehungen zum Zaren getreten war. Hannover begann zu rüsten, Dänemark sollte helfen, die gefährlichen Gäste aus dem Reiche zu entfernen, und man sprach von einem starken Aufgebot, das nötigenfalles gegen die Truppen des Zaren mobil gemacht werden sollte.

Peter der Grosse reiste soeben in Westeuropa. Dem französischen Gesandten im Haag machte er Andeutungen über eine enge politische Verbindung zwischen Russland und Frankreich. Dann begab er sich, im Mai 1717, auf einige Wochen nach Paris. Ein Besuch, dessen Gedächtnis in jenen

Schilderungen Saint Simons festgehalten ist, aus denen man heute noch das Staunen der hohen französischen Gesellschaft herausliest über den ungewöhnlichen Gast, über sein majestätisches und doch mit einer guten Dosis Barbarei gemischtes Auftreten, über seine Wissbegierde, über seinen scharfen, praktischen Verstand. Hier in der französischen Hauptstadt löste sich die Spannung, die durch das Verweilen der 40 000 Russen in Mecklenburg entstanden war. Es mögen wohl eine Reihe von Gründen gewesen sein, die den Herrscher des Moskowiterreiches bewogen, den Befehl zum Abmarsch seiner Truppen zu erteilen. Die Mahnungen des Kaisers, die Bedrohung durch einen kombinierten Angriff, der Rat Preussens[1]) und die Vermittlung Frankreichs, das alles wirkte zusammen. In einer dem Grafen Stair gewährten Unterredung, liess der Zar sich endlich zu der gewünschten Erklärung herbei.[2]) Der Befehl zum Abmarsch der moskowitischen Truppen aus Mecklenburg ward erteilt. Deutschland atmete auf. Die russische Gefahr war glücklich abgewendet. Die drohende Aussicht, dass, wie vordem die schwedische Militärmacht, nun auch noch der halbbarbarische Staat des Ostens sich auf dem Boden des alten Reiches niederlassen werde, war geschwunden.

In diesem Falle hatte England die Politik Hannovers ehrlich unterstützt, zwar nicht aus deutschen und auch nicht einmal aus hannövrischen Sympathien, sondern weil es selbst anfing, in der Machtentfaltung Russlands eine Bedrohung seiner eigenen Interessen zu erblicken, vor allem in der Ostsee.

Und noch in einem anderen Punkte schien der Zar bereit, den Wünschen Englands entgegenzukommen. Er liess dem Grafen Stair Eröffnungen machen über seine Bereitwillig-

[1]) Dass die Haltung Preussens entscheidend gewesen sei, behauptet Droysen, Die Wiener Allianz vom 5. Januar 1719 i. d. Ztschr. f. preuss. Gesch. u. Landeskunde 5, 639—40.

[2]) In der Reihe der Berichte Stairs im Record Office, die überhaupt grosse Lücken aufweisen, fehlt leider gerade der vom 14. Juni, der die Mitteilung von Peters Aeusserungen enthielt. Auch Wiesener, Le Régent l'abbé Dubois et les Anglais (2.20), der die Stair Papers in Oxenvoord Castle benutzt hat, scheint dasselbst weder ein Konzept noch eine Abschrift gefunden zu haben. Der Inhalt des Berichtes wird aber mehrfach in den Akten erwähnt, z. B. Addison an Stair 9. Juni 1717 (a. St.). R. O., Instruktion für Sir John Norris vom 2. Juli 1717. R. O. Kings Letters. Russia 57.

keit zum Abschluss eines englisch-russischen Handelsvertrages. Damit wäre ja, wie wir wissen, ein alter Wunsch der britischen Regierung und, wie man glauben durfte, auch der russischen, seiner Erfüllung nahegebracht worden.

Genug, die kurzen Pariser Erörterungen hatten der Londoner Regierung eine neuerliche Anknüpfung mit dem Zaren nahegelegt. Sie liess höflich anfragen, wo ihr Bevollmächtigter ihm begegnen dürfe.[1]) Peter reiste eben von Paris nach Amsterdam. Dahin ward Sir John Norris, der Admiral der baltischen Expedition, derselbe, der noch im Vorjahre auf seinem Schiffe dem Zaren gehuldigt hatte, in diplomatischer Mission entsandt. Er sollte, so beginnt seine Instruktion,[2]) neben den allgemeinen Freundschaftsversicherungen dem moskowitischen Herrscher noch einmal feierlich Dank sagen für seine Bereitwilligkeit zur Räumung Mecklenburgs. Man meint noch das Gefühl der Erleichterung nachzuempfinden, das Georg I. über diese Wendung der Dinge empfand. Und ähnlich sollte Norris auch dahin wirken, dass die abziehenden russischen Horden sich nicht noch in Mecklenburg oder anderen Teilen des Reiches Ausschreitungen zuschulden kommen liessen. Sodann der Krieg gegen Schweden. England nimmt an ihm nicht teil, feuert aber doch den Zaren zu kräftiger Führung desselben an. Welche Angriffsabsichten er für dieses und das nächste Jahr habe, soll Norris erfragen. Und ferner erbietet sich Georg I. zu freundschaftlicher Vermittlung zwischen Russland und dem Kaiser. Das könne für den Zaren wichtig werden, wenn er etwa dasjenige wiederzugewinnen hoffe, was er im Frieden am Pruth habe aufgeben müssen. Kein Zweifel, England möchte das unbequeme Russland am liebsten durch einen neuen Türkenkrieg beschäftigen, vielleicht unschädlich machen. Der wichtigste Teil der Instruktion aber beschäftigt sich mit dem Handelsvertrage. England wünscht ihn sehr. Es möchte die Verhandlungen da wieder aufnehmen, wo sie das letzte Mal abgebrochen wurden. „Noch warten wir auf die Antwort Seiner Zarischen Majestät auf das dem Fürsten Kurakin von unserem Minister überreichte Gegenprojekt."

[1]) Addison an Stair. 9. Juni 1717. R. O.

[2]) Sie ist datiert St. James', vom 2. Juli 1717, R. O.

Solange der Aufenthalt des Zaren in Amsterdam währte, von der zweiten Hälfte des Juli bis in den September 1717, blieb auch Norris in seiner Umgebung. Unterstützt von Charles Whitworth, dem wir hier als englischem Gesandten bei den Generalstaaten begegnen, bemühte er sich um die Erreichung der ihm gesteckten Ziele. Und doch zeigte es sich fast am ersten Tage, dass alle Mühe umsonst war. Peter empfing zwar den Admiral wie einen alten Bekannten, aber dieser täuschte sich nicht über die Unvereinbarkeit seiner Instruktionen mit den Absichten der Russen.

Die in Amsterdam gepflogenen Erörterungen[1]) — als wirkliche Verhandlungen kann man sie kaum bezeichnen — bewegten sich nur in leichtem Hingleiten über die politischen, militärischen, wirtschaftlichen Fragen. Als Norris und Whitworth den in Paris gegenüber Lord Stair gemachten Andeutungen von einem zu schliessenden Handelsvertrage vorsichtig auf den Grund gehen wollten, erhielten sie von ihren russischen Partnern, dem Grosskanzler Grafen Golowkin und dem Vizekanzler Baron Schaffirow, die niederschmetternde Antwort, der Zar habe niemals die Absicht gehabt, einen Handelsvertrag als ein Werk für sich abzuschliessen. Derselbe sei nur in Verbindung und als eine Folge eines Defensivbündnisses und gegenseitigen Garantievertrages gedacht gewesen. Russland sollte die von ihm gemachten Eroberungen, England seine Thronfolge garantiert erhalten. Zum Abschluss eines Handelsvertrages wäre jetzt auch die Zeit zu kurz, denn zuvor müssten die eigenen Kaufleute in Russland gehört werden. Auch von der die Türkei betreffenden Anregung wollten die Russen nichts wissen, da der Zar keine Schritte unternehmen dürfe, die ihn in einen neuen Krieg verwickeln könnten, bevor der Friede mit Schweden hergestellt sei. Dann fragten die russischen Minister ihrerseits, ob denn die Engländer nicht bestimmte Vorschläge machen, ob sie ein Abkommen treffen könnten für die militärischen Operationen. Nun traten Norris und Whitworth den Rückzug an und erklärten einsilbig, sie hätten nur von der Bereitschaft ihres

[1]) Das folgende besonders nach den Berichten von Norris und Whitworth. R. O. Holland 381. Vgl. Chance 225 ff.

Königs zu reden, sich mit dem Zaren zu beraten und seine Pläne zu vernehmen.[1])

So kam man einander nicht näher. Die Absicht des Zaren war es offenbar, England in einen offenen Krieg mit Schweden zu treiben. Diese Wirkung wäre wahrscheinlich schon durch den erwähnten Garantievertrag erreicht worden. Wäre ihm also von englischer Seite der Besitz seiner Eroberungen gewährleistet worden, so war er allenfalls bereit, auch den Handelsvertrag zu schliessen. War es aber nichts mit dem Garantievertrage, so sollte ihm wenigstens die englische Flotte bis zum Kriegsende in der Ostsee ihre Dienste leisten. Auch so wäre ein englisch-schwedischer Krieg unvermeidlich gewesen. Er, der Zar, konnte, gestützt auf solche Hilfe, gegen Schweden operieren, wie es ihm gefiel, und daneben seine Eroberungen ausbauen und befestigen. Gerade das wollte England vermeiden, denn es war durchaus nicht gewillt, dem Zaren seine grosse Stellung an der Ostsee zu lassen.

Die Unfruchtbarkeit ihrer Bemühungen wurde aber von den englischen Unterhändlern noch peinlicher empfunden, ihr Misstrauen gegen Russland noch verstärkt, als gerade hier in Amsterdam, unter ihren Augen und wie ein Spott auf ihr eigenes Tun, ein russisch-französisch-preussisches Bündnis geschlossen wurde, bei dem jeder der drei Staaten seinen Vorteil hatte.[2]) Preussen, geographisch wie politisch in der Mitte zwischen der neuen Grossmacht im östlichen und der alten im westlichen Europa, erhielt durch eine Deklaration des französischen Unterhändlers von neuem den Besitz Stettins verbürgt, den Frankreich ihm schon 1716 garantiert hatte. Peter der Grosse, der sich schon in Paris der französischen Regierung angelegentlich in dem Sinne empfohlen hatte, dass Russland von nun an als Hilfsmacht Frankreichs an die Stelle Schwedens treten möge — Peter erreichte wenigstens soviel,

[1]) Norris und Whitworth an Sunderland, Amsterdam, 6. Aug. 1717. R. O.

[2]) Ueber sein Zustandekommen vgl. Löwe, Preussens Staatsverträge aus der Regierungszeit König Friedrich Wilhelms I. 169. Merkwürdig ungenau ist Droysen, 208. Er spricht von einem „Freundschafts- und Kommerztraktat“ (das letztere unrichtig) zwischen Frankreich und Russland und scheint gar nicht zu wissen, dass Preussen der Dritte im Bunde war.

dass Frankreich sich verpflichtete, die bisherigen jährlichen Subsidien von 600 000 Kronen nicht mehr an Schweden zu zahlen, noch ihm eine andere Hilfe zu leisten. Dafür wurde Frankreich von den beiden anderen Kontrahenten förmlich als Vermittler des künftigen Friedens, d. h. als Schiedsrichter im Norden anerkannt.

Die Heimlichkeit, mit der dieses Vertragsgeschäft betrieben wurde, regte die Gemüter der beiden britischen Diplomaten gewaltig auf. Was sie aber am schwersten bedrückte, war nicht so sehr dieser ohne Englands Zutun geschlossene Vertrag selbst, als die im dritten Artikel desselben ausgesprochene Absicht, die hier getroffene politische Abmachung noch durch einen Handels- und Schiffahrtsvertrag zu ergänzen. Binnen 8 Monaten sollte die Verhandlung beginnen und das Prinzip der Meistbegünstigung würde die Grundlage für dieselbe bilden. Auch die Holländer fühlten sich durch diese Aussicht beunruhigt. Wenn es Ernst damit wurde, so sah man wohl bald einen unmittelbaren Handelsverkehr zwischen Frankreich und jenen baltischen Ländern, die jetzt im Besitze des Zaren waren, ins Leben treten. Da die Franzosen bisher alle Waren, die sie von dort zu beziehen pflegten, in Holland gekauft hatten, so stand eine schwere Schädigung des holländischen Ostseehandels zu erwarten. Wir hören von ernsten Unterredungen,[1]) die der regierende Bürgermeister von Amsterdam und andere hochstehende Holländer mit Norris hatten. Sie wiesen darauf hin, dass der baltische Handel bisher allein den Seemächten gehört habe. Darum müssten England und Holland zusammenhalten. Für ihre Zwecke wäre es am besten, wenn man den König von Schweden zum Frieden bewegen könnte; es müsste freilich ein Friede sein, der ihm das auf der Seite von Livland Verlorene wiedergäbe, während er den Verlust seiner deutschen Gebiete weit eher verschmerzen könnte. Nur dadurch, so lässt unsere Quelle einen holländischen Politiker sagen, könnten Russland und Preussen in den notwendigen Grenzen gehalten werden. Man muss es sich nur etwas kosten lassen. Mit dem Grundsatz des *negligere pecuniam* sei alles zu erreichen.

[1]) Norris an Sunderland 17. 20. August 1717. Beilage zu dem letzten Schreiben, bezeichnet „Secrète". R. O.

Der gefürchtete französisch-russisch-preussische Handelsvertrag ist niemals geschlossen worden, und damit verloren die eben mitgeteilten Erörterungen rasch ihre praktische Bedeutung. Dennoch verdienen sie unsere Aufmerksamkeit. Sie zeigen das eifersüchtige Festhalten der Seemächte an ihrem Monopol im Ostseehandel. Sie werfen ein Licht auf das politische Gebahren der sinkenden holländischen Grossmacht, die ihre Ziele am liebsten mit blossen Geldmitteln verfolgt. Sie enthalten endlich schon dasjenige, was wir als das englisch-holländische Friedensprogramm für den Norden bezeichnen dürfen, an dem diese Mächte nun jahrelang festgehalten haben. Die baltischen Provinzen soll Schweden wieder haben, die deutschen soll es verlieren. Mit Schweden liess sich's immer leben, mit ihm wird man auch in Zukunft das glänzende Geschäft, den Handel mit Schiffbaumaterialien wieder aufnehmen können. Was dagegen Russland aus den Ländern an der Ostsee machen würde, weiss niemand, und für die Seemächte könnten sich die Verhältnisse unter russischer Herrschaft nur verschlechtern.

Die Mission des Admirals Norris galt ihm selbst schon als gescheitert, noch ehe er weitere Befehle aus London erhielt. Lord Sunderland schrieb, wenn die Russen sich vor der Abreise des Zaren aus Holland nicht deutlicher aussprechen, so habe es keinen Zweck, dass Norris ihm noch weiter folge.[1]) Tatsächlich wurden die Auseinandersetzungen immer kühler und gereizter. Jeder Teil warf dem andern vor, dass er nicht mit der Sprache herausrücke, dass er keine positiven Vorschläge mache. „Ihr gebt uns schöne Worte, aber ihr bietet uns nichts Reelles", sagten die Russen. Sie forderten schriftliche Vorschläge für die militärischen Operationen. Die Engländer lehnten dies ab, weil England nicht Krieg führe. „So werden wir selbst schriftliche Vorschläge machen", sagten die Russen. „Dann werden wir euch auch schriftlich Bescheid geben, wenn auch nur in allgemeinster Form", antworteten die Engländer. „Ich sehe wohl", so schloss der russische Vizekanzler die Unterhaltung, „es wird keinen Frieden geben, ehe nicht auch England in den Krieg eingetreten ist".[2])

[1]) Weisungen vom 2., 7. und 9. August (a. St.) 1717. R. O.

[2]) Norris und Whitworth an Sunderland. 31. August 1717. R. O.

Und dann übergab man einander wirklich zwei beschriebene Blätter,[1]) in deren einander widersprechendem Inhalt die wunderlichste aller Verhandlungen ihren charakteristischen Abschluss fand. Die russische Erklärung forderte, der König von England solle für den Feldzug des nächsten Jahres ein Geschwader von nicht weniger als 15 Linienschiffen, darunter einige vom grössten Typ, senden. Dieses britische Geschwader müsse mit der russischen Flotte vereinigt und unter den Befehl des Zaren gestellt werden. Dann werde dieser eine Landung in Schweden ausführen. Und ferner solle die britische Flotte Jahr für Jahr wiederkommen, solange bis Schweden bezwungen sei. Dafür werde der Zar dem Könige in dem zu schliessenden Handelsvertrage soweit entgegenkommen, wie er nur vermöge. Aus dem britischen Schriftstück aber erklang nur die alte Melodie: erst der Handelsvertrag, dann Prüfung aller russischen Vorschläge durch den König.

Damit hatten beide Teile ihre Weisheit erschöpft und hatten einander nichts mehr zu sagen. Bei der Abschiedsaudienz sprach weder Peter noch seine Minister mit einem Worte über die vorangegangenen Verhandlungen. Norris und Whitworth aber wurden von ihrer Regierung gelobt, weil sie so geschickt die Falle vermieden hätten, die die Russen ihnen gestellt. Es sei wohl nur darauf angelegt gewesen, Dinge aus ihnen herauszulocken, die der Sache Englands bei den anderen Fürsten des Nordens hätten schaden können.

---

So war der Annäherungsversuch gescheitert und die alte Eifersucht griff wieder Platz. Mit wie feindseligen Gefühlen man von englisch-hannövrischer Seite auf Peter den Grossen blickte, musste auch Preussen erfahren, dessen König als Freund des Zaren verdächtig erschien. Die jahrelange Arbeit des Residenten Bonet, um ein gutes Einvernehmen zwischen seiner Regierung und der englischen herzustellen, schien umsonst gewesen zu sein. Die englisch-hannövrische Politik war nun schlechthin gegen Russland gerichtet. Zunächst suchte man zum Frieden zwischen Hannover und Schweden zu kommen

[1]) Inhaltlich wiedergegeben bei Chance 228—9.

und begann in Stockholm zu verhandeln. Da aber Peter der Grosse gleichzeitig verhandelte, so geschah das Merkwürdige, wie Hoffmann aus London berichtet,[1] „dass sowohl hiesiger als zarischerseits mit allem Eifer getrachtet wird, einander mit Schliessung eines einseitigen Friedens vorzukommen". Doch in diesem Wettrennen konnte keiner von beiden das Ziel erreichen, solange Karl XII. lebte. Nun versuchte England, die Türkei gegen Russland mobil zu machen. Im Sommer 1718, als unter englisch-holländischer Vermittlung der Friede zwischen Oesterreich und der Pforte hergestellt wurde,[2] gaben sich die englischen Diplomaten in Passarowitz alle Mühe, statt des einen Türkenkrieges, den sie beendigten, sogleich wieder einen neuen ins Leben zu rufen. Oesterreich wurde vom Türkenkriege erlöst; dafür sollten die Waffen des Halbmondes sich sofort gegen Russland kehren. Den Grund dafür mochte der Umstand abgeben, dass Peter der Grosse, dem Frieden vom Pruth zuwider, seine Truppen in Polen hatte stehen lassen. Dem mit Ehren und Gewinn aus der Friedensverhandlung hervorgehenden Sir Robert Sutton schrieb St. Saphorin aus Wien, er werde seinem Verdienste erst die Krone aufsetzen, wenn es ihm nun auch noch gelinge, die Türkei in einen Krieg mit dem Moskowiterreich zu verwickeln. Sutton tat das Seinige, er schrieb an den Grosswesir, er warnte ihn vor der von Russland drohenden Gefahr. Umsonst, die durch die Waffen des Prinzen Eugen schwer geschlagene türkische Macht konnte sich nicht so bald aufraffen zu einer neuen Schilderhebung.

So suchte England dem Zaren, dem es seine neugewonnene Stellung an der Ostsee durchaus nicht lassen wollte, in aller Welt Schwierigkeiten und Feinde erwecken. Doch auch Peter der Grosse, dessen Diplomatie es an Verschlagenheit mit der jeder alten europäischen Macht aufnehmen konnte, sah sich nach neuen Stützen für seine Pläne um. Dem Beispiel folgend, das die Regierung Georgs I. selbst ihm gab, trat auch er nun mit ihren Feinden in Beziehung. Er knüpft mit Spanien an und er begünstigt die Sache des Prätendenten. Dass diese Parteinahme zwar weder hier noch dort, weder im Krieg der

[1]) Hoffmann, 25. März 1718. W. St. A.

[2]) Vgl. Bd. 1, S. 813 ff.

Quadrupel-Allianz noch in den Schicksalen des Jakobitismus ausschlaggebend wirkte, haben wir vernommen. Immerhin, Alberoni, Peter der Grosse und Jakob Eduard hatten einander gefunden, der Sohn des Fürsten Kurakin ging nach Madrid und jakobitische Häupter, deren Namen der Londoner Regierung wohlbekannt waren, fanden am Zarenhofe freundliche Aufnahme[1]). Da nun gleichzeitig auch Karl XII. sich Spanien und dem Prätendenten genähert hatte, so fehlte, um den Ring der Feinde Englands zu schliessen, nur die russisch-schwedische Versöhnung. Aber die hier noch klaffende Lücke schloss sich nicht, der Streit um die baltischen Provinzen hielt Russland und Schweden einander fern und die Konferenzen auf den Alandsinseln blieben erfolglos.

Unter diesen Umständen wünschte Peter der Grosse mit der englischen Regierung lieber den Schein freundlicher Beziehungen zu unterhalten, als ihr offene Feindschaft anzusagen. Im Sommer 1718 ward sein Londoner Resident instruiert, den Hof von St. James zur Anknüpfung neuer Bündnis-Verhandlungen aufzufordern. Die Anregung fiel auf fruchtbaren Boden. Lord Stanhope war eben auf der Heimreise aus Spanien, wo er sich von der Unvermeidlichkeit des Krieges überzeugt und aus Alberonis eigenem Munde vernommen hatte, wie stark dieser für das Gelingen seiner Pläne mit der Hilfe der nordischen Staaten rechnete. Da empfing er durch Kurier in Paris die Nachricht, der russische Resident habe dem Könige Georg schriftlich und in aller Form mitgeteilt, die Alander Konferenzen seien abgebrochen, der Zar wünsche die Mitwirkung Englands, um den König von Schweden zu einem allgemeinen Frieden zu zwingen. Hocherfreut schrieb Stanhope: „So wird sich denn auch diese grosse Hilfsquelle des Kardinals, seine nordischen Pläne, wohl ebenso wie alle seine anderen Berechnungen, als eine traurige Fehlgeburt erweisen.[2])

Mochten nun diese neuen russischen Anbiederungsversuche ehrlich gemeint sein oder nicht — die Engländer hatten sofort

[1]) *Sa Majesté ne peut qu'être fort sensible au bon accueil qu'on a fait à divers Jacobites à la Cour de Sa Majesté Czarienne.* Aus einem Schriftstück betitelt „Memorial relating to the Court of Muscovy". R. O. Foreign Entry Books 126.

[2]) Stanhope an Oberst Stanhope. Paris 12. September 1718.

ihre starken Zweifel und haben nachträglich behauptet, die Unaufrichtigkeit der Russen sofort durchschaut zu haben[1]) — so ging doch die englische Regierung darauf ein. Eine neue diplomatische Mission, eine neue Verhandlung wurde unternommen, aber auch die neue Enttäuschung blieb nicht aus. Derselbe Admiral Norris, der den Zaren 1717 in Amsterdam begrüsst hatte, wurde wieder an ihn gesandt. Sie kennen zwar die russischen Verhältnisse zu gut, schrieb ihm Stanhope[2]), um nicht die Zweifel zu würdigen, die Seine Majestät in die Versicherungen des russischen Residenten setzt, aber man möchte Gewissheit haben und entweder ein Einvernehmen erzielen oder „aller Welt offenbaren, dass es nicht an uns liegt, wenn es wiederum misslingen sollte".

Sir John Norris weilte, als ihm dieser Auftrag zuteil wurde, nicht in England, sondern, als Führer der gewohnten Flottenexpedition, in der Ostsee. Statt seiner wurde zunächst James Jefferyes hinausgesandt, um Norris alles notwendige Material zu überbringen und ihn dann selbst nach Petersburg zu begleiten. Der Admiral sollte nach 3 oder 4 Wochen zurückkehren, der andere am Zarenhofe verbleiben. Auch Jefferyes war ein Kenner des Nordens. Wir wissen, dass er vier Jahre lang, 1711—1715, als Vertreter Englands bei Karl XII. gewesen war, zuerst in London und später in Stralsund. Wenn er jetzt zum residierenden Minister in Petersburg ernannt wurde, so hatte das noch eine besondere grundsätzliche wie politische Bedeutung. Während der Verkehr der grossen Mächte sich bereits in den Formen der ständigen diplomatischen Vertretungen abspielte, nahm das neu hinzugekommene Russland an diesem Verkehr noch nicht teil. In den letzten Jahren hatte der in Europa reisende Zar wohl gelegentlich englische Diplomaten an seinem wandernden Hofe gesehen, aber einen Bevollmächtigten in Petersburg hatte England seit Jahren nicht mehr gehabt.[3]) Statt dessen pflegte damals ein hannövrischer Resident, namens Weber, auch die

[1]) In der oben erwähnten Denkschrift, datiert Whitehall 11./22. Februar 1720. Anhang Nr. 8.

[2]) Stanhope an Norris. 5. Oktober 1718. R. O. For. Entry Books 126.

[3]) Vgl. Notes on the diplomatic relations of England with the North of Europe, ed Firth. Denmark, Sweden and Russia 1689—1762, contr. J. F. Chance 1913

Geschäfte Grossbritanniens zu besorgen. Diplomatische Amphibien nannten die Zeitgenossen diese Art von Bevollmächtigten, die heute im Namen des Kurfürsten von Hannover, morgen für den König von England sprachen, und doch ihre Befehle allein aus der deutschen Kanzlei Georgs I. empfingen. Peter dem Grossen soll diese Geschäftsführung sehr zuwider und der Resident Weber auch als Kreatur Bernstorffs verhasst gewesen sein. So war denn in der Entsendung zweier Männer, die lediglich die Sprache der Regierung Grossbritanniens redeten, auch eine Rücksicht auf die persönlichen Wünsche des Zaren zu erblicken.[1])

Die Verhandlungen auf den Alandsinseln und der von den Engländern so lebhaft begehrte Handelsvertrag mit Russland bilden den wichtigsten Teil der Instruktionen[2]) und Befehle für Norris und Jefferyes. Bei ihrer Ankunft am Zarenhofe, heisst es, wird der russisch-schwedische Friede wohl entweder schon geschlossen, oder dicht vor dem Abschlusse befindlich sein. An den Abbruch dieser Verhandlungen glaubte man in London also nicht, trotz der Erklärungen Weselowskys. Ist nun der Friede noch nicht geschlossen, so möge Norris alles daran setzen, ihn zu verzögern oder ganz zu vereiteln. „Denn Sie wissen, einen grösseren Dienst können Sie Ihrem Könige und Ihrem Vaterlande gar nicht leisten.“ Ich glaube wirklich, dass die Störung der Friedensverhandlungen der Hauptzweck der Sendung war. Sollte aber der Friede schon geschlossen sein, so darf Norris nicht glauben, dass damit die Freundschaft zwischen England und Russland unmöglich geworden sei. Von gemeinsamen militärischen Operationen wird dann freilich nicht mehr die Rede sein, aber der Pflege guter Handelsbeziehungen steht nichts im Wege.[3]) Damit trat der weitere Zweck der Mission in den Vordergrund. Nun haben zwar die englischen Minister wohl selbst nicht erwartet, dass einer ihrer Gesandten schon bald mit dem

[1]) Bonet 17./28. Okt. 1718. G. St. A. Hoffmann 28. Okt. 1718. W. St. A.

[2]) Im Sbornik 61 sind die offiziellen Instruktionen gedruckt. Wichtiger sind zwei im R. O., Foreign Entry Books 126, befindliche Schriftstücke, ein Brief von Stanhope an Norris vom 5. Okt. 1718, und eine für diesen bestimmte Denkschrift: Memorial relating to the Court of Muscovy.

[3]) Memorial etc. R. O.

fertigen Handelsvertrage in der Tasche heimkehren werde. Immerhin durfte auch diese jeder englischen Regierung am Herzen liegende Angelegenheit nicht vernachlässigt werden. Der dem Fürsten Kurakin 1717 im Haag überreichte Entwurf wurde also noch einmal in die Aktenmappe gelegt, mit der Jefferyes sich auf den Weg machte, um Norris in Kopenhagen zu treffen. Sollte dieser in der kurzen Zeit seines Aufenthaltes am Zarenhofe nicht mehr in der Lage sein den Handelsvertrag zu schliessen, so sollte Jefferyes mit nicht geringerem Eifer sich der Sache annehmen und die Interessen britischer Kaufleute in Russland verfolgen.[1])

Endlich wurden die beiden Abgesandten noch ausführlich belehrt über die Sprache, die sie den Russen gegenüber führen, die Beleuchtung, in der sie ihnen die englische Politik der letzten Jahre zeigen sollten. Sie mussten Klage führen über das feindselige Verhalten, das der russische Hof bei jeder Gelegenheit beobachte, z. B. über die den Jakobiten zuteil gewordene Förderung.[2]) Rede man ihnen dagegen von feindlichen Absichten, die England gegen Russland habe, so müssen sie dieselben ernsthaft verleugnen. Die Wahrhaftigkeit solcher Beteuerungen lässt sich am besten an den Worten messen, die über das heikle Thema der baltischen Expeditionen gesagt werden. Auch diese, heisst es, dienten keinem anderen Zwecke als dem Schutze des Handels. Nun hatte aber noch kürzlich, unter dem 19. August a. St. 1718, der in der Ostsee kommandierende Admiral Norris eine Ergänzung seiner Instruktionen in dem Sinne erhalten, er solle die Vereinigung der russischen mit der schwedischen Flotte, wenn möglich, verhindern und „damit die gefährlichen Anschläge zunichte machen, die nach unserer festen Ueberzeugung gegen Uns und Unsere Reiche geplant sind.“ Freilich durfte Norris diese seine Operationen zur See betreffenden Instruktionen niemandem zeigen, und falls die Gelegenheit, sich ihrer zu bedienen, überhaupt nicht erschiene, so müssten sie „in Schweigen begraben sein“, als seien sie nie gegeben.[3]) Wie leicht hätte es aber geschehen können, dass der Admiral gerade einen

[1]) Aus der Instruktion für Jefferyes. Sbornik 61, 453.
[2]) Memorial relating to the Court of Muscovy. R. O.
[3]) Vgl. Band 1. S. 744. Chance 271.

Schlag gegen die russische Flotte führte, in dem Augenblicke, wo ihn der Auftrag erreichte, sich als Gesandter an den Zarenhof zu begeben, um diesen von dem friedlichen Charakter der englischen Politik zu überzeugen.

Sir John Norris sah dem Befehl, sich noch einmal in diplomatischer Mission zum Zaren zu begeben, mit Unbehagen entgegen. Er gedachte der Enttäuschung, die er in Holland erlebt, und erwartete auch diesmal keinen besseren Erfolg. Vielleicht beeilte er sogar, um dem unangenehmen Auftrage zu entgehen, die Heimkehr der Flotte mehr als nötig. Genug, als Jefferyes in Kopenhagen eintraf, wo er den Admiral zu finden hoffte, war dieser schon auf und davon. Jener wartete auf einen neuerlichen Befehl aus London. Dann erst setzte er die Reise an den Hof Peters des Grossen fort.[1])

Was Jefferyes hier in Petersburg erlebte, war wie eine genaue Wiederholung des diplomatischen Spiels von 1717. Abermals verlief die Empfangsaudienz beim Zaren[2]) in der Form, dass nur höfliche Worte gewechselt, doch die schwebenden politischen Fragen nicht berührt wurden. Jefferyes hielt eine deutsche Ansprache, Peter antwortete russisch, und der Gesandte war enttäuscht über die formelle Kühle des Herrschers.[3]) Als dann die Verhandlungen mit den russischen Ministern eröffnet wurden, erkannte Jefferyes sofort die Aussichtslosigkeit derselben. Ganz so wie es in Amsterdam gewesen, so wollte jeder von den beiden Teilen zuerst die Vorschläge des andern hören. Baron Schaffirow fragte, ob Jefferyes ein Abkommen für die Operationen des nächsten Feldzuges mitgebracht habe oder über dergleichen verhandeln könne. Der Gesandte verneinte das mit dem Ausdruck der Verwunderung, da ja Russland und Schweden in Friedensverhandlungen ständen. Sollte aber, fuhr er listig fort, der Zar die Verhandlungen entweder ganz abbrechen oder den König von England in das Geheimnis derselben einweihen wollen, so werde dieser wohl bereit sein, gemeinsame Massregeln mit den gegen Schweden verbündeten Staaten zu treffen, um dieses zum Frieden zu zwingen. Schaffirow erwiderte, die Verhandlungen

[1]) Sbornik 61, 459 ff.
[2]) Sbornik 61, 459 ff.
[3]) Sbornik 40, 6.

würden von schwedischer Seite offenbar nur noch zum Schein geführt und brach die Unterhaltung ab. Eine Woche später beschied er Jefferyes und dazu den hannövrischen Residenten Weber zu sich, und übergab ihnen mit feierlichen Worten ein Schriftstück, das er als die Entschliessung des Zaren bezeichnete. Es war aber ein alter Vertragsentwurf, der schon 1716 der englischen Regierung vorgelegt war, auf die gegenwärtige Lage nicht mehr passte und von Jefferyes mit einigen spöttischen Bemerkungen nach London weitergegeben wurde.

Unterdessen hatte Jefferyes nicht versäumt, auch das Thema des Handelsvertrages pflichtgemäss zur Sprache zu bringen und dabei den 1717 dem Fürsten Kurakin überreichten Entwurf vorzuweisen. Aber davon wollten die Russen nichts wissen. Schaffirow wurde unhöflich und erklärte, dieser Entwurf sei dumm und beleidigend für die moskowitische Nation. Als Jefferyes später noch einmal davon sprach, kam der Russe mit der alten Formel: Erst der Bündnisvertrag oder wenigstens ein Operationsplan für den nächsten Feldzug, dann der Handelsvertrag. Und dieser dürfe nicht dem englischen Vorschlage entsprechend sein, sondern so, wie er für beide Teile am vorteilhaftesten wäre.[1])

So hatten schon die ersten Konferenzen gezeigt, dass eine Verständigung nicht zu erzielen und alles weitere Verhandeln überflüssig war. Die englische Regierung hatte es wohl nicht anders erwartet. Sie hatte ja Jefferyes, vielleicht nur zu dem Zwecke nach Russland gesandt, um die Alander Friedenskonferenzen zu stören. Auch ihm war es mit dieser Aufgabe voller Ernst. Doch blieb ihm auch hier der Erfolg versagt. Der sofort gemachte Versuch, in das Geheimnis der Verhandlungen einzudringen und der englischen Regierung die Entscheidung in die Hand zu spielen, war misslungen. Zwar schien die Lage bald völlig verändert, als rasch hintereinander die Nachrichten eintrafen, dass Karl XII. im Kriege gegen Norwegen gefallen und sein mächtiger Minister und Unterhändler auf Aland, Görtz, gestürzt und hingerichtet worden sei. Aber ein neuer schwedischer Bevollmächtigter, Baron Lillienstedt, erschien auf den Alands-Inseln und die Verhand-

[1]) Nach Jefferyes Berichten aus dem Januar 1719. Sbornik 61.

lungen gingen weiter. Da verfiel Jefferyes in seiner ohnmächtigen Wut über diesen Gang der Dinge auf eine kleine Teufelei, mit der er den Alander Konferenzen ein rasches Ende bereiten wollte. Sein im März 1719 der englischen Regierung erteilter Rat war dieser[1]): Man schicke ein oder zwei Fregatten an den Ort des Kongresses und lasse den schwedischen Gesandten mit Gewalt entführen. Dieses Werk zu vollbringen, genügen 600 entschlossene Männer. Am besten, wenn es Dänen sind, denn Dänemark ist mit Schweden im Kriege. Das Schiff soll ein englisches sein, doch möge es unter moskowitischer Flagge segeln. Will man ganze Arbeit tun, so nehme man auch gleich den russischen Bevollmächtigten mit hinweg, um ihn nachher in Danzig, in Königsberg, in Riga oder wo immer es sei, wieder an Land zu setzen. Eine nachträgliche Entschuldigung ist bald gefunden. Der Erfolg dieses Streiches aber wird sein, dass der Sommer vergeht, bis ein neuer, sichererer Kongressort gefunden, neue Bevollmächtigte ernannt sind. Bis dahin kann zwischen Hannover und Schweden der Friede geschlossen sein, und Peter ist der Betrogene.

Die Staatsmänner von St. James' sind freilich diesem verwegenen Gedankenfluge nicht gefolgt, wenigstens hört man nichts weiter von der Sache. Auch würde die hier vorgeschlagene krasse Verletzung des herrschenden Gesandtschaftsrechts nicht nur im Augenblick die Welt in Staunen versetzt, sondern gewiss auch die völkerrechtliche Literatur reichlich beschäftigt haben. Jefferyes aber, dessen Mission ihren Zweck nun erst völlig verfehlt hatte, blieb noch über den Sommer und Herbst des Jahres 1719 am russischen Hofe. Politische Verhandlungen hatte er nicht mehr zu führen, wohl aber in allerlei untergeordneten Fragen britische Rechte und Interessen zu vertreten. Vor allem blieb er an Ort und Stelle als ein dem Zarenhofe höchst unbequemer Beobachter, der seine Berichte über russische Verhältnisse in kritischen Zeitläuften nach London sandte.

---

Auch den Beziehungen zur preussischen Monarchie musste England fortan grössere Aufmerksamkeit widmen als

[1]) Bericht vom 16. März 1719. Sbornik 506 ff.

bisher. Wir erinnern nur an Preussens Teilnahme an den Kämpfen des Nordens, an sein inneres und äusseres Wachstum, an die nahe Verwandtschaft der Hohenzollern mit den englisch-hannövrischen Welfen.

Es ist das Preussen Friedrich Wilhelms I., mit dem wir es zu tun haben. Schon sein Ahnherr, der grosse Kurfürst, hatte mit seinem Staate in den Kämpfen des Nordens kräftig Partei ergriffen. Zwischen den mächtigen Nachbarstaaten Schweden und Polen hatte der Sieger von Fehrbellin in stolzer Unabhängigkeit seinen Platz eingenommen. Unter seinem Sohne, dem ersten Könige, hatte die Verbindung mit den Interessen des Norden zwar noch fortbestanden. Doch hat er in den nordischen Krieg nicht selbst eingegriffen. Statt dessen hat er seine Kräfte dem Kampfe um die spanische Erbfolge gewidmet, doch auch hier ohne Grosses zu wirken. Im Westen Krieg ohne Politik, im Osten Politik ohne Krieg, so hat man die Haltung Preussens unter seinem ersten Könige treffend gekennzeichnet. Anders sein Nachfolger Friedrich Wilhelm I. Er hat, nachdem er aus den Kämpfen im Westen mit Gewinn hervorgegangen war, sich dem Osten zugewendet, hat Bündnisse geschlossen und militärische Aktionen unternommen, um Pommern zu erhalten und zu behaupten und stand nun mitten inne zwischen den beutelustigen Gegnern Schwedens.

Die Figur Friedrich Wilhelms I. braucht hier nicht geschildert zu werden, sie ist dem deutschen Geschichtsleser genugsam bekannt. Aus den Akten der Archive ist uns das Bild des Soldatenkönigs deutlicher und wahrscheinlicher entgegengetreten, als aus den gefärbten Schilderungen der Pöllnitz und Wilhelmine. Die Akten mit ihrem geschäftlichen Inhalt und ihrer Amtssprache zeugen am besten von der hingebenden landesväterlichen Fürsorge dieses Fürsten. Und wie oft kommt auch hier noch das Persönliche zum Vorschein, am meisten in jenen eigenhändigen Randbemerkungen des Königs, die, so fürchterlich im Ausdruck und in der Orthographie sie sind, doch immer den Geist des Herrschers widerspiegeln, von dem berühmten Marginal, in dem er die Souveränität in preussischen Landen stabilieren zu wollen erklärt wie einem *rocher* von *bronce*, bis herab zu der schroffen Ablehnung, die das in aller

Ergebenheit verfasste Gutachten eines Beamten erfährt, das der König mit der Randnote „Possen, Possen“ unbarmherzig verwirft. Genug, man kennt ihn gut, den kernhaften, deutschen Fürsten, der in seiner eigenen Person den sittlichen Ernst, die Pflichttreue, die Hingabe an den Staat seinen Preussen vorgelebt hat. Er ist in allen Stücken verschieden von seinem Vater. Der wollte den Glanz der neuen Königskrone hell erstrahlen lassen und glaubte das — sehr zum Schaden der preussischen Finanzen — durch höfischen Prunk bewirken zu können. Friedrich Wilhelm bereitet dem ein rasches Ende. Er ist der Feind alles Unwahren, der Gegner aller Verfeinerung, der Verächter aller Blüten edlerer Kultur. Er ist auf Mühe und Arbeit bedacht, er ist der grosse Erzieher seines Volkes, der Schöpfer und das Vorbild des preussischen Beamtentums, der Vater der Armee und ihr Zuchtmeister. Mit allen seinen Härten möchte man ihn nicht missen in der Reihe der hohenzollerschen Herrscher, und das Aufsteigen des modernen Preussen wäre ohne ihn gar nicht zu denken.

Aber seine Grösse lag nicht in der auswärtigen Politik. Diese hat etwas Unsicheres, Tastendes. Bei den Zeitgenossen steht er im Rufe eines schwankenden Politikers, auf dessen Wort zu bauen, sehr leichtsinnig sein würde. Gefühlsmomente sprechen mit und können ihn bald hierhin, bald dorthin drängen. Verwandtschaftliche Rücksichten ziehen ihn zu seinem Schwiegervater Georg I., reichstreue Gesinnung und Verehrung für den Prinzen Eugen, unter dem er gefochten, fesseln ihn an das Haus Österreich, auch protestantischer Eifer kann sein Handeln bestimmen. Aber von einem klaren System der auswärtigen Politik ist niemals bei ihm die Rede, auch nicht etwa von einem ihm durch Schicksale aufgezwungenen System, wie es bei seinem grossen Sohne der Fall war.

Was konnten nun England und Preussen damals einander sein? Das britische Reich mit seinen steigenden materiellen Interessen ist zwar dem Kriege abgeneigt und mehr bedacht auf die stille Sammlung der Kräfte, will aber gleichwohl auf seinen Einfluss in Europa nicht verzichten. Doch kann und will es die dazu nötigen militärischen Kräfte nicht selbst aufbringen. Es sucht sie im Auslande. Wir befinden uns schon in der Zeit der Militärkonventionen, des Soldatenhandels. Da

musste ein Staat wie Preussen, der ohnedies mit seiner bescheidenen wirtschaftlichen Kraft, mit wenig aktivem Handel und fast keiner Schiffahrt den Engländern kaum in's Gehege kommen konnte, ihnen um seiner Armee willen desto wertvoller werden. Nur fragte es sich, wie weit dieses Preussen sich noch mit der Rolle der Braunschweig und Hessen begnügen würde, d. h. jener kleinen Fürsten, die, fern von allem politischen Ehrgeiz, ihre prächtig klingenden Verträge mit dem Könige von Grossbritannien zu schliessen pflegten, in denen zwar beide Teile einander den Besitz ihrer Staaten garantierten, während es sich doch nur darum handelte, England in die Lage zu bringen, für gutes Geld über die Streitkräfte jener kleinen Dynasten frei zu verfügen.

---

Als Friedrich Wilhelm I. König wurde, regierte in England die letzte der Stuarts. Von persönlichen Beziehungen dieser beiden fürstlichen Personen kann man eigentlich nicht reden. Erst in der folgenden Epoche, unter den beiden ersten Georgen wird es anders. Da verliert man auch die Figuren der Herrscher keinen Moment aus den Augen. Sie verschwinden nicht hinter ihrer Politik. Je nachdem, wie die Staaten einander fernstehen oder sich nähern, so meiden und suchen sich auch die Könige, und ihre Bündnisse schliessen sie gern bei persönlichen Zusammenkünften ab. Nicht so unter Königin Anna. Sie und Friedrich Wilhelm haben einander nie gesehen. In seiner Kronprinzenzeit hatte zwar, wenn wir recht berichtet sind, zweimal die Absicht bestanden, ihn nach England reisen zu lassen, aber besondere Umstände haben es verhindert.[1]) Immerhin trat er als König an die Seite Englands und führte gemeinsam mit ihm den Kampf gegen Ludwig XIV. zu Ende. Der Utrechter Friede brachte ihm den Gewinn von Obergeldern. Ein englischer Diplomat, Graf Strafford, war es, der sich eifrig und erfolgreich um diese Vergrösserung Preussens bemühte. Was ihn dazu bewog, war freilich weniger das Interesse Preussens als eine Summe von 50 000 Talern, die Friedrich Wilhelm ihm zahlte.[2]) Zwei Jahre später haben diese 50 000 Taler noch einmal eine Rolle gespielt. Es geschah bei Gelegenheit der

[1]) Vgl. Förster, Friedrich Wilhelm I. 1, 101 ff. 113 ff.
[2]) Vgl. Droysen, Preuss. Politik IV, 1, 415; IV, 2, 1, 29.

unklugen politischen Verfolgung, mit der 1715 die whiggistische Regierung ihre Vorgänger bedachte. An Friedrich Wilhelm wurde damals die vertrauliche Anfrage gerichtet, ob er wohl bereit wäre, in England erklären zu lassen, Strafford habe von ihm seinerzeit 50 000 Taler erhalten, damit er Preussen Obergeldern verschaffe. Der König war empört über die widerwärtige Zumutung. „Wenn ich auch mein Geld vierfach wiederkriegte, so werde ich ihn nicht verraten", so lautet seine eigenhändige Randbemerkung. Freilich hat er sich, einem zweiten Marginal zufolge, die Sache noch einmal überlegt. Wir lesen die Worte: „Wo ferner der König 20 Bataillone zu Wismar stellen will, so will ich es thun, sonsten nicht". Ob dies nun ernst gemeint war oder nicht, die gewünschte Erklärung hat Friedrich Wilhelm niemals abgegeben, und zu Straffords Verderben hat er nicht beigetragen. Der Prozess gegen Strafford ist — vielleicht deshalb — auch gar nicht durchgeführt worden. Strafford blieb auf freiem Fusse und ward 1717 von Georg I. in aller Form begnadigt.

Doch wir kehren zur Geschichte des Jahres 1713 zurück. Bald nach dem Utrechter Friedensschlusse rückte die Frage der britischen Thronfolge in den Vordergrund aller politischen Erörterungen. Seit der gefährlichen Erkrankung der Königin im Dezember 1713, hat sich die allgemeine Erregung, die in dem jähen Sturz der Kurse, in dem Sturm auf die Bank von England ihren Ausdruck gefunden, nicht mehr beruhigt. Die Schicksalsfrage Stuart oder Hannover lag auf aller Lippen. Wie war damals die Haltung Friedrich Wilhelms I.?

Um es gleich zu sagen, er war ein unbedingter Anhänger der hannövrischen Thronfolge. Die Kurfürstin Sophie, die gesetzliche Erbin der Krone, war seine Grossmutter. Würde sie bei ihrem hohen Alter — sie stand im 84. Lebensjahre und war um 35 Jahre älter als die Königin Anna, deren Nachfolgerin sie werden sollte — würde sie den Thronwechsel nicht mehr erleben, so trat ihr Sohn, der Kurfürst Georg Ludwig, an ihre Stelle. Dieser war aber nicht nur Friedrich Wilhelms Oheim, sondern auch sein Schwiegervater. Nun vermochten zwar diese engen verwandtschaftlichen Beziehungen keineswegs die alte Eifersucht zwischen Welfen und Hohenzollern ganz auszulöschen. Aber in der Thronfolgefrage

merkt man davon nichts. Hier können wir die ehrliche Haltung Friedrich Wilhelms aktenmässig verfolgen.

Es war im Februar 1714 als sein Vertreter in London, der Resident Friedrich Bonet, sich zu einer Unvorsichtigkeit hinreissen liess, wie sie bei einem erfahrenen Diplomaten in Erstaunen setzen muss. Ohne einen Auftrag seines Königs begann er eines Tages im Gespräch mit dem französischen Gesandten Iberville, das verfängliche Thema der britischen Thronfolge und der Haltung Frankreichs und Preussens zu derselben eingehend zu erörtern. Der Franzose wollte sich keine Blösse geben und ging nur zögernd darauf ein. Er erinnerte daran, dass Frankreich sich gebunden habe, da es im Utrechter Frieden die *Act of Settlement* anerkannte. Und als Bonet ganz offen von der vielfach behaupteten Absicht einer französischen Truppenlandung in England zur Unterstützung des Prätendenten sprach, erklärte Iberville, davon könne gar keine Rede sein. „Nun, dann habe ich mich eben getäuscht", fuhr Bonet listig fort, „ich glaubte, es mit einem Freunde und Verbündeten zu tun zu haben." Immerhin wollte er doch auf die Bedeutung hinweisen, die die britische Thronfolge auch für die Beziehungen Preussens zu Frankreich haben müsse. Für beide Mächte würde ein mit seiner Religion isoliert dastehender König von England, wie der Chevalier von St. Georges es wäre, viel angenehmer sein als ein Kurfürst von Hannover, der ausser seiner britischen Krone noch grosse Gebiete in Deutschland und Bündnisse in aller Welt besitze. Und von den Whigs, die seine Stütze sein würden, hätten Preussen und Frankreich auch nicht viel Gutes zu hoffen.

Jetzt ward auch Iberville zutraulicher. Ludwig XIV., sagte er, habe sich zwar durch den Friedensvertrag gebunden, sei aber deshalb doch nicht verpflichtet, einen unglücklichen Prinzen zu vergessen, der von ihm erzogen worden und dazu sein naher Verwandter sei. Das Interesse der Krone, das Prinzip der Legitimität wiesen ihn auf denselben Weg. Allerdings sollte der Prinz das Beispiel Heinrichs IV. von Frankreich befolgen. Wie jener zum Katholizismus, so sollte er zum Protestantismus übertreten, eine protestantische Prinzessin heiraten und die Erziehung seiner Kinder dem

Parlamente übergeben. Mit dem unter einem solchen Könige stehenden England könnten Frankreich wie Preussen in gutem Einvernehmen sein. Einer Verbindung dieser drei Mächte aber würde nicht leicht eine andere zu trotzen wagen Damit hatte Bonet gehört, was er zu hören wünschte. Als er nun aber im einzelnen auf die Durchführbarkeit solcher Pläne, insbesondere auf die Mitwirkung fremder Truppen eingehen wollte, wurde der Franzose wieder einsilbig und fragte nur, ob er die Unterredung seiner Regierung melden dürfe, was der andere gern gestattete.

Bonets Bericht[1]) schliesst mit der Bemerkung, nun möge der König tun was ihm beliebe. Friedrich Wilhelm war höchst ungehalten. Was würde man in Hannover sagen, wenn man das erführe? Bei den Franzosen aber würden Bonets Reden nicht einmal Glauben finden, denn die wissen zu genau, „was uns und der ganzen guten Partei daran gelegen, dass dem Hause Hannover die englische Sukzession nicht entzogen werde.“ [2]) Auch mit seiner Entschuldigung,[3]) er habe nur Frankreichs Absichten ergründen wollen und Iberville gehöre leider nicht zu den Leuten, die bei der Flasche gesprächig zu werden pflegen, hatte Bonet kein Glück. Wiederholt wurde ihm eingeschärft,[4]) nichts dem hannövrischen Anspruch Nachteiliges zu tun; „vielmehr werdet Ihr in unserem Namen alles Diensame beitragen, was solche Sukzession und deren glückliche Ausführung je mehr und mehr befestigen kann.“ Feierlich versprach[5]) Friedrich Wilhelm auch seinem Schwiegervater, dem Kurfürsten, die kräftigste Unterstützung seines Thronfolgerechts. Bonet aber musste auch den Führern der Whigpartei die Versicherung geben, dass sie auf den König von Preussen in der Stunde der Gefahr unbedingt zählen durften.[6]) Gehorsam trat er mit Sunderland, Townshend und den anderen Grössen der Whigs in Verbindung und sprach zu ihnen, wie sein König ihm befohlen. Kein Wunder, wenn

[1]) Vom 5. 16. Febr. 1714. Geh. St. Arch.
[2]) Weisung an Bonet vom 3. März 1714. G. St. A.
[3]) Bonet 9/20. März 1714. G. St. A.
[4]) Weisung an Bonet vom 15. Mai 1714. G. St. A.
[5]) Friedrich Wilhelm I. an Georg Ludwig. 10. März 1714. G. St A.
[6]) Weisungen an Bonet vom 15. Mai und 12. Juni 1714. G. St. A.

er dafür von den englischen Ministern und ihrem torystischen Anhang mit feindseligen Blicken beobachtet wurde, wenn Mr. Breton, der englische Gesandte in Berlin, von der steigenden Abneigung des preussischen Königs gegen das Ministerium Oxford-Bolingbroke sprach und die Berichte Bonets dafür verantwortlich machte, „Berichte, die mehr im Tone eines von seiner Partei bezahlten Pamphletisten als eines Diplomaten geschrieben sind.“ Die Stimmung Friedrich Wilhelms ist hier richtig wiedergegeben. Er vermied es, wo er nur konnte, mit dem Gesandten der Königin Anna zusammenzutreffen. Als dieser ihn eines Tages dringend zu sprechen wünscht, ist der König plötzlich abgereist.[1])

Die eben geschilderte Entgleisung Bonets wirkte in Frankreich nach.[2]) Sie führte zu einem von französischer Seite unternommenen Versuche, die protestantische Thronfolge auf diplomatischem Wege aus der Welt zu schaffen. Dieses Mal trat Iberville als Versucher an Bonet heran. Er kommt plötzlich mit der verfänglichen Frage, ob es bei der zwischen den Höfen von St. James und Hannover eben herrschenden Verstimmung — sie war durch die von Hannover gewünschte Berufung des Kurprinzen nach London entstanden[3]) — nicht geraten sei, sowohl von Stuart wie von Hannover ganz abzusehen und die Krone Englands lieber an das königlich preussische Haus zu bringen. Die Verwandtschaft sei ja auch hier vorhanden, und was die Religion betreffe, so stehe die reformierte Kirche der Hohenzollern der anglikanischen wohl noch näher als das Augsburger Bekenntnis der Hannoveraner. Bonet, durch seine früheren Erfahrungen gewitzigt, lehnte prompt ab und meldete die Sache nicht nur seinem Könige, sondern auch dem Kurfürsten selbst.[4]) Er fügte hinzu, dass es Frankreich offenbar nur darauf ankomme, einen Streit zwischen zwei Anwärtern herbeizuführen, um die Krone alsdann dem dritten, nämlich dem Prätendenten, in die Hände

[1]) Bromley an Breton, 4. Mai 1714. Prussia 20; Bretons Berichte vom 29. Mai, 30. Juni 1714. Prussia 19. R. O.

[2]) Das Folgende nach Bonets Berichten vom Mai bis zum Juli (a. St.) 1714 im Geh. St. Arch.

[3]) Vgl. Band 1, 325 ff.

[4]) Bonet an Kurf. Georg Ludwig $\frac{\text{20. April}}{\text{1. Mai}}$ 1714. G. St. A.

zu spielen. Dieses Mal war Friedrich Wilhelm mit seinem Diener wohl zufrieden. Der Kurfürst aber liess Bonets Brief bei seinen Londoner Freunden zirkulieren, damit diese erkennen möchten, was man von Frankreich zu erwarten habe. Einige Lords fragten Bonet schon, ob sie Ibervilles Vorschlag in aller Form dem Oberhause mitteilen dürften. Bonet bat, davon abzusehen. Das war freilich unnötige Vorsicht. Denn nun brachte der französische Gesandte selbst seinen Vorschlag unter die Leute. Er demonstrierte den Engländern, dass Georg Ludwig mit seinem Luthertum für sie um nichts besser wäre als ein katholischer König, denn sie pflegten doch auch nicht einen Unterschied zu machen zwischen Konsubstantiation und Transsubstantiation. Das grösste Aufsehen erregte es aber, als im Juli 1714, vielleicht durch Iberville inspiriert, eine englische Zeitung die rätselhafte Nachricht brachte, Preussen sei von Frankreich aufgefordert worden, sich in der Frage der protestantischen Sukzession völlig neutral zu verhalten.

Wenige Wochen später geschah das lange Erwartete. Königin Anna starb, der Thronwechsel ging glatt vonstatten. An Stelle des noch in Deutschland befindlichen Georgs I. nahm der von Gesetzes wegen berufene Regentschaftsrat die Leitung der Geschäfte in die Hand. Die protestantische Sukzession ward Ereignis, das Haus Stuart hatte wieder einmal das Spiel verloren.

Bei diesem Gange der Dinge bot sich für Friedrich Wilhelm kein Anlass zu tätigem Eingreifen. Er wird die Erhebung seines Schwiegervaters auf den britischen Thron mit inniger Genugtuung begrüsst haben, vielleicht gar mit leisem Bedauern darüber, dass es auch ohne ihn gegangen war. Und er unterliess es nicht, seine Bereitwilligkeit zur Hilfeleistung, wenn man sie brauchen sollte, auch jetzt noch nach allen Seiten kundzutun.[1]) Der Eindruck war vortrefflich. Diese Erklärungen, so meldeten ihm seine Minister, haben „zur Ausbreitung Ew. K. M. Gloire und vor die Wohlfahrt von Europa habenden höchst rühmlichen Sorgfalt überall einen sehr guten und erwünschten Effekt gehabt".[2]) Während

[1]) Z. B. die von Borckenfelde in Brüssel abgegebene Erklärung vom 13. Sept. 1714. G. St. A.

[2]) Printz und Creutz an Friedrich Wilhelm I. Berlin 11. Sept. 1714. G. St. A.

aber die Londoner Regentschaft nur lächelnd dankte,[1]) zeigte der neue König sich entschlossen, Preussen auch beim Worte zu nehmen und seine Waffenhilfe zu fordern, wo er sie brauchen sollte.[2]) Friedrich Wilhelm handelte hier aber nicht nur als Verwandter Georgs I, er fühlte auch als Protestant. Wie Preussen, so auch Holland. Die beiden ersten protestantischen Mächte waren auch die einzigen, die sich sofort und unbedingt für die protestantische Sukzession in England erklärten. Die Sache wird noch deutlicher, wenn wir einen Seitenblick auf die Haltung der katholischen Mächte werfen. Ludwig XIV, der Vernichter der hugenottischen Rechte, der alte Feind Englands, war um kirchlicher wie politischer Interessen willen auch der natürliche Gegner der protestantischen Sukzession. Dagegen konnte die andere katholische Grossmacht, das Haus Oesterreich unter Karl VI., der Bundesgenosse Englands seit 1688, dem Hause Hannover eigentlich nur den besten Erfolg wünschen. Dennoch wagte der Kaiser es nicht, sich offen zu dieser Haltung zu bekennen. Er liess zwar den Vertreter Georgs I. zu sich kommen und beglückwünschte ihn persönlich zur Thronbesteigung seines Herrn.[3]) Doch vermied er jede öffentliche Erklärung. Nur vertraulich flüsterte der Minister Graf Schönborn dem preussischen Gesandten zu, dass man ja auch in Wien die Thronfolge des Prätendenten durchaus nicht wünsche.[4]) Im Haag und in London aber mussten die österreichischen Gesandten auf Befragen einfach erklären, der Kaiser werde denjenigen „für einen König in England achten und erkennen, welchen die Nation dafür achten und erkennen werde".[5]) Ganz zutreffend schrieb also der Vertreter Preussens in Wien, dass der Kaiser zwar dem Kurfürsten die englische Krone gern gönne, „doch aus égard vor die Catholische Religion eine gewisse Moderation bezeige".[6]) Die Frage Stuart oder Hannover hatte nun einmal einen stark konfessionellen Beigeschmack. Gewiss, die Zeit der Glaubenskämpfe war vorüber,

[1]) Schreiben Bonets an die Regenten vom 26. Aug. 1714. Seine Note vom selben Tage. R. O. Prussia 21.

[2]) Georg I. an Heusch, Hannover 25. Aug. 1714. H. A.

[3]) Bericht Mörlins aus Wien vom 29. Aug. 1714. Geh. St. A.

[4]) Bericht Mörlins, Wien, 4. Aug. 1714. G St. A.

[5]) Weisungen an Hoftmann und Heems vom 25. Aug. 1714. W. St. A.

[6]) Mörlin, 1. Sept. 1714. G. St. A.

aber sie lag nicht so weit zurück, dass man es nicht mit Freude begrüsst hätte, wenn einmal der politische Vorteil gerade die Religionsgenossen unter den Staaten zusammenführte.

So wirkte damals auch das religiöse Motiv als ein Bindemittel zwischen Preussen und England.

---

Nach dem Thronwechsel von 1714 aber standen die englisch-preussischen Beziehungen unter dem Zeichen der nordischen Kämpfe. Wir kennen die Politik Georg I. in dieser Frage,[1]) wir wissen, dass man zwar zwischen dem Könige und dem Kurfürsten zu unterscheiden hat, aber auch wie wenig er selbst darauf bedacht war, diesen Unterschied festzuhalten. Hannover stand auf der Seite der Kriegführenden gegen Schweden, hatte sich am 27. April 1715 mit Preussen, am 28. Oktober desselben Jahres mit Peter dem Grossen verbündet. Nicht so England. Im letzten Jahr der Königin Anna hatte die englische Regierung feierlich erklärt, dem gänzlichen Ruin Schwedens nicht ruhig zusehen zu können.[2]) Und auch nach dem Thronwechsel war zunächst kein Grund zum Bruche mit Schweden vorhanden.

So hatte die Geschichte der Personalunion von England und Hannover damit begonnen, dass die beiden Staaten in ihrer nordischen Politik verschiedene Wege gingen. Doch nicht lange, so wurde England in die Bahnen Hannovers hineingerissen. Der Kurfürst will Bremen und Verden erwerben. Der König leiht ihm seine Flotte. Alljährlich, seit 1715, fuhren britische Expeditionen in die Ostsee. Das war freilich mit aller Vorsicht in's Werk gesetzt worden, denn die *Act of Settlement* verbot die Teilnahme Englands an einem Kriege um fremder Interessen willen. So wurde die Sache mit der notwendigen Beschützung des englischen Handels auch halbwegs gerechtfertigt. Ueberdies war es mehr eine stille Mitwirkung der englischen Seemacht, mehr eine Bedrohung Schwedens als eine aktive Teilnahme der englischen Flotte an den militärischen Operationen.

[1]) Vgl. Band 1, 709 ff.

[2]) Bromley an Breton, 4. Mai (a. St.) 1714. R. O. Prussia 20.

Für diese Selbstbeschränkung der englischen Regierung hatte nun aber Friedrich Wilhelm I. wenig Sinn. Er schalt auf die britischen Geschwader, die nur demonstrierten und forderte stattdessen tatkräftige Hilfe im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind.

In dieser unbehaglichen Stimmung befanden sich die Höfe von London und Berlin, als im August 1716 ein englischer Gesandter, der erste seit der Thronbesteigung Georgs I, am preussischen Hofe erschien. Dass die diplomatische Verbindung von London aus erst jetzt hergestellt wurde, bedeutete nicht eine gewollte Vernachlässigung. Der 1715 zum Gesandten bestimmte Graf Forfar, ein junger schottischer Edelmann aus dem Geschlechte der Douglas, war, ehe er seinen Posten antreten konnte, in der Schlacht am Sheriffmoor tötlich verwundet worden. Zu seinem Nachfolger wurde Lord Polwarth ausersehen. Dieser wurde aber gleichzeitig für Berlin und Kopenhagen ernannt und blieb am Hofe von Dänemark.[1])

Der 1716 neu Ernannte war Charles Whitworth, derselbe, dem wir schon am Hofe des Zaren begegnet sind. Er war seither Gesandter in Wien und 1714 als Bevollmächtigter auf dem Badener Kongresse gewesen. Ueberall hatte er Proben grosser Gewandtheit abgelegt. Für seine Berliner Mission erhielt er dieselben, in der Tat völlig nichtssagenden Instruktionen,[2]) die schon für Forfar und Polwarth ausgestellt waren. Sie sind ein genügender Beweis dafür, dass vorläufig keine ernsteren Verhandlungen mit dem preussischen Hofe beabsichtigt waren. Ihr materieller Inhalt bestand lediglich in den beiden Aufträgen, einmal sich genau über die Absichten Friedrich Wilhelms in der nordischen Frage zu informieren, und ferner für eine genaue Berichterstattung Sorge zu tragen über alle in preussischen Landen bestehenden Faktoreien englischer Kaufleute. Von wichtigen Verhandlungen, die er zu führen habe, enthalten die Instruktionen kein Wort.

Im August 1716 kam Whitworth nach Berlin. Er vermied auch seinerseits jeden Anschein, als ob er eine hochpolitische Aufgabe zu lösen habe. Wie ihm der Staatssekretär

[1]) Die Instruktionen für Forfar sind vom 3. Juli 1715, die für Polwarth vom 14. Mai 1716 datiert. R. O. Kings Letters 52.

[2]) vom 6. Juli 1716. R. O. Kings Letters 52.

Townshend geraten[1]), so beschloss er von einer öffentlichen Audienz beim Könige ganz abzusehen.[2]) Am französischen Hofe pflegten die neuen Gesandten bei öffentlichen Audienzen einen mächtigen Aufwand von Karossen und Dienerschaft zu entfalten. Der schlichte Friedrich Wilhelm liebte solche Szenen nicht und liess es gern bei der privaten Audienz bewenden. Aber auch mit dieser beeilte Whitworth sich nicht, da er dem Könige von Preussen ja doch nur die gewöhnlichen Komplimente zu machen habe. Inzwischen liess er sich von den prinzlichen Kindern empfangen, und wir erhalten lobende Beschreibungen von dem vierjährigen Kronprinzen Friedrich und der drei Jahre älteren Wilhelmine. Endlich lässt er sich auch beim Könige melden. Er wartet geduldig im Vorzimmer, als der vom Gottesdienst verspätet heimkehrende Monarch den Raum durchschreitet und, den neuen Gast entdeckend, ihn sofort ebenso liebenswürdig wie formlos begrüsst. Am Fenster stehend nimmt er den Brief entgegen, den ihm Whitworth mit artigen Worten im Namen Georgs I. überreicht.

Der preussische König behält den Gesandten zum Mittagsmahl bei sich, er wünscht ihn häufiger zu sehen, er lässt sich in lange politische Erörterungen mit ihm ein, man spricht von der vorhandenen Neigung zu freundschaftlicher Annäherung der beiden Höfe, die ja durch Blutsverwandtschaft, durch die Gemeinschaft des Glaubens, durch die Nachbarschaft in Deutschland aufeinander angewiesen seien. Im Oktober 1716 beteuert Friedrich Wilhelm ausdrücklich, dass er die englische Freundschaft begehre und zu unterhandeln wünsche. „Haben Sie auch wohl verstanden?“ fragt er den Gesandten. „Nun, dann schreiben Sie es bitte Seiner Majestät in meinem Namen und mit meinen Worten.“ Whitworth verhandelt in der Tat mit den Ministern Graf Dönhoff, Printz und Ilgen, die Erneuerung eines englisch-preussischen Vertrags aus dem Jahre 1704 wird erörtert. Dennoch war alles umsonst, solange die beiden Regierungen in der Beurteilung der politischen und auch der militärischen Lage so weit voneinander abwichen, wie es der Fall war. Eben jetzt nämlich, im Herbst 1716, war, wie wir wissen, Hannover, und mit ihm England, schwer

[1]) unter dem 17./28. August 1716. R. O. Prussia 20.

[2]) Das folgende nach den Berichten von Whitworth im R. O.

beunruhigt durch das Verweilen der Russen in Mecklenburg. Friedrich Wilhelm aber hatte sich damit abgefunden und hielt fest an der Freundschaft des Zaren.

Whitworth hatte keinen leichten Stand. Alle wohlklingenden Reden über die Herstellung eines guten Einvernehmens konnten über das auf beiden Seiten herrschende Misstrauen nicht hinwegtäuschen. Whitworth wird nicht müde, vor der moskowitischen Gefahr zu warnen. Er stellt sie den preussischen Ministern eindringlich vor und als Friedrich Wilhelm ihn selbst zu hören wünscht, wiederholt er auch ihm in beweglicher Rede alles, was er zu sagen weiss. Whitworth' anschaulicher Bericht[1]) lässt uns den Gang der Unterhaltung noch gut erkennen. England und Preussen, sagt der Gesandte, sollten zusammenhalten gegenüber der steigenden Verwirrung im Norden. „Sie haben wohl besondere Aufträge", fragt der König. Das nicht, sagt Whitworth, doch sei er über die Absichten seines Herrn vollkommen unterrichtet. Vor allem dürften die Russen sich nicht im Reiche festsetzen. „Sie wollen sagen, in Mecklenburg", bemerkt Friedrich Wilhelm. „Sowohl in Mecklenburg wie im übrigen Reiche", erwidert Whitworth. Man müsse eben gemeinsam dagegen protestieren und auch gemeinsame Abwehrmassregeln erwägen. Davon abgesehen, habe übrigens Georg I. nicht weniger Grund, die Freundschaft des Zaren zu suchen, als irgend ein anderer Fürst. „Doch nicht so wie ich", sagt Friedrich Wilhelm. „Verzeihung, Majestät", will Whitworth erwidert haben, „ich glaube, eher noch mehr, nämlich im Hinblick auf den Handel Englands". Aber trotzdem dürfe der Zar sich nicht über andere Fürsten erheben und ihnen Unerträgliches zumuten wollen. Mit der Duldung der russischen Winterquartiere in Mecklenburg bringe man Kaiser und Reich gegen alle nordischen Alliierten auf. Gegen den Willen von Kaiser und Reich können sie aber sämtlich ihre Eroberungen nicht behaupten. „Sehr richtig", warf Friedrich Wilhelm dazwischen. „Motivieren lässt sich das Verbleiben der Russen in Mecklenburg überhaupt nicht", fuhr Whitworth fort. „Denn an die Wiederaufnahme der Invasion in Schonen ist bei dem

[1]) Whitworth an Thownshend, 9./20. Oktober 1716. R. O.

Versagen Dänemarks nicht zu denken. Und selbst Mecklenburg, für dessen Herzog, seinen Neffen, der Zar einzutreten vorgibt, ist nicht damit gedient." „Alles, was Sie sagen, ist zutreffend", erklärt Friedrich Wilhelm, „aber Sie kennen auch die Lage meines Landes, das dem Zaren gegenüber exponierter ist als Braunschweig oder England". Was könne er also anders tun als sich jenen Fürsten zum Freunde machen.

Friedrich Wilhelm vermied es im Sommer 1716, mit seinem auf deutschem Boden befindlichen Schwiegervater zusammenzutreffen. Er lehnte ab, als dieser ihn höflich einlud, ihn in der Göhrde, seinem Jagdschlosse zu besuchen. Statt dessen hatte er im November 1716 eine Begegnung mit Peter dem Grossen, der eben durch Deutschland reiste. Nur hat er in richtigem Taktgefühl diese Fürstenentrevue nicht in Lenzen an der Elbe, wie der Zar es wünschte, stattfinden lassen, sondern in Havelberg. Lenzen lag der Göhrde zu nahe, und ein Besuch im Hoflager Georgs I. wäre von hier aus kaum zu vermeiden gewesen. Friedrich Wilhelm entschuldigte sich auch in einem eigenen Schreiben an seinen Schwiegervater wegen der Havelberger Zusammenkunft, der er sich nicht habe entziehen können.[1]) er schickte einen Abgesandten nach Hannover, um dem Könige und seinen Ministern darzulegen, „warum wir in der Mecklenburgischen Sache nicht weiter gehen können als wir getan".[2]) Nun darf man zur richtigen Beurteilung der Lage freilich nicht vergessen, dass das Kriegsbündnis gegen Schweden zwischen Hannover, Preussen und Russland unverändert fortbestand, dass die Verbündeten nicht nur mit der Teilnahme einer englischen Flotte in der Ostsee für den Sommerfeldzug 1717 rechneten, (die ja auch wirklich erschien) sondern dass Georg I. selbst die Hoffnung aussprach, auch den Staat England noch in den Krieg gegen Schweden hereinziehen zu können.[3]) Gleichwohl schien der englischen Regierung die Verbindung

[1]) Friedrich Wilhelm I. an Georg I. Berlin 5. Dezember 1716. G. St. A.

[2]) Weisung an Bonet 19. Januar 1717. G. St. A.

[3]) Weisung an Bonet 27. November 1716, wo es heisst: „Man hat deshalb den König in England requiriert, welcher sich auch erklärt, dass er nicht allein deshalb sein Bestes tun, sondern auch selbst sich bemühen wollte, die englische Nation gar mit in den Krieg wider Schweden zu ziehen und dass er zu solchem Ende seine Rückreise nach England beschleunigen wollte". G. St. A.

von Preussen und Russland so bedrohlich, dass sie schon aus diesem Grunde mit um so grösserem Eifer an das eben im Entstehen begriffene Bündnis mit Frankreich herantrat, jenes Bündnis vom 28. November 1716, das in der Folge zur Tripelallianz vom 4. Januar 1717 und endlich zur Quadrupel-Allianz vom 2. August 1718 erweitert wurde. Im Hinblick auf den Norden bot das französische Bündnis den hohen Vorteil, dass dadurch wenigstens Frankreich von einem Eingreifen, besonders von der herkömmlichen Unterstützung Schwedens zurückgehalten wurde.[1])

So steigerte sich das Misstrauen und die Entfremdung zwischen den verwandten Höfen. Der König von England, sagte Friedrich Wilhelm zu dem Vertreter Dänemarks, wolle ganz allein über den Frieden im Norden entscheiden. Der Däne fragte boshaft, ob er etwa den Zaren als Schiedsrichter vorziehen würde. „Warum denn nicht?“ antwortete Friedrich Wilhelm.[2]) Auch die grossen politischen Ereignisse des Auslandes brachten keine Aenderung. Als die Tripel-Allianz geschlossen worden, schien Friedrich Wilhelm enttäuscht, dass man nicht auch ihn zum Beitritt aufforderte. Als die Nachrichten über das schwedisch-jakobitische Komplott, über die Verhaftung Gyllenborgs nach Berlin kamen, war freilich der auf preussischer Seite gehegte Verdacht eines geheimen Einverständnisses oder gar einer Sonderverhandlung zwischen England—Hannover und Schweden durch die Tatsachen widerlegt. Aber Whitworth' Hoffnung, nunmehr das persönliche Vertrauen Friedrich Wilhelms zu gewinnen, blieb unerfüllt. Er schreibt[3]): „Die gute Königin ist reizend und ebenso ihr ganzer Hof. Der König aber behandelt mich wie den Minister eines Hofes, mit dem er nicht übermässig zufrieden ist, höflich und kalt.“ Aber dann scheint plötzlich die Stimmung in Berlin umzuschlagen. Im März 1717 kommt Ilgen zu Whitworth und spricht von der dringenden Notwendigkeit eines englisch-preussischen Einvernehmens. Es sei jetzt hohe

---

[1]) Vgl. Bd. 1, 761 ff.

[2]) Whitworth an Methuen, 5./16. Jan. 1717. R. O.

[3]) Privatbrief an Tilson, 5./16. Febr. 1717. R. O.

Zeit, mit praktischen Vorschlägen zu kommen, alles Vergangene solle vergessen sein.[1])

Doch der Umschwung kommt zu spät. „Schade, dass sie diese freundliche Gesinnung nicht früher entdeckt haben", meinte Stanhope[2]). Denn inzwischen war von London aus die Abberufung Whitworth verfügt worden. Er sollte nach dem Haag gehen, zwar nur zu vorübergehender Verwendung, und Gepäck und Dienerschaft blieben einstweilen in Berlin zurück. Auch verlief der Abschied in recht sympathischen Formen, und noch vom Haag aus richtete der Gesandte ein artiges Schreiben an Ilgen[3]), mit der Versicherung, König Georg werde es an nichts fehlen lassen, um die Freundschaft mit Preussen zu pflegen. Es kann keine liebenswürdigere Form geben, diplomatische Verhandlungen abzubrechen, als wie es hier geschah. Gleichwohl war der Berliner Mission Whitworth' ein Ende bereitet worden, weil man sie in London für überflüssig hielt.[4])

In Amsterdam angekommen, hat Whitworth zur Erbauung seiner Londoner Vorgesetzten noch einen langen Bericht, fast eine Art venezianischer Schlussrelation, verfasst. Er beschreibt ausführlich die preussische Regierung und ihre Politik, er schildert die Minister und er entwirft ein fast liebevoll gezeichnetes Bild des Soldatenkönigs selbst, der sich ihm noch in der Abschiedsaudienz ganz so gegeben hat, wie er ist, treuherzig und warm, aber auch fest und männlich. Das politische Geschäft liegt hinter ihm, es ist umsonst gewesen, er lässt seinem ehrlichen Schmerze freien Lauf. Whitworth hat die Unterhaltung begonnen mit dem übel angebrachten Diplomatensprüchlein von der erfreulichen Besserung in den Beziehungen der beiden Könige. „Ist das denn wirklich der Fall, so wie die Dinge heute liegen?" fragt Friedrich Wilhelm mit Bitterkeit. Er will frei und offen reden und möchte gern, dass es

[1]) Whitworth an Stanhope, 16./27. März 1717. R. O.

[2]) Stanhope an Whitworth, 29. März 1717. R. O.

[3]) Beilage zu dem Schreiben von Whitworth an Stanhope, Haag, 9./20. April 1717. R. O. Holland 380.

[4]) Bonet schreibt: *Sa Maj. Brit. regardant le séjour du Sieur Whitworth comme inutile à la Cour de Votre Majesté a résolu de le rappeler pour le faire venir en Hollande.* (29. März/9. April 1717. G. St. A.)

Seiner Majestät von Grossbritannien auch so wiedergegeben werde. Er habe dem Könige schon bei seiner Thronbesteigung Beweise der Freundschaft gegeben, als er ihm Hilfe versprach, wo immer sie nottun sollte. Vom Hause Braunschweig aber sei ihm nur Feindschaft und Aergernis bereitet worden. Friedrich Wilhelm spricht von russischen Truppen und von unbezahlten Subsidien, von ernsten Eingriffen in seine persönlichen Rechte. Er will niemandem zu nahe treten, Gott behüte, aber er freut sich doch über die Gelegenheit, erklären zu können, dass er seinen Mann stehen werde, wenn man ihn angreife. Er habe Truppen und auch einen Freund — er meint natürlich den Zaren — der zwar nicht viel Geld habe, aber Soldaten die Menge. Whitworth wagt die Bemerkung, der König könnte einen Freund haben, der noch wertvoller und dessen Hilfe näher zur Hand wäre. „Ich weiss, ich weiss", antwortet Friedrich Wilhelm ungeduldig, aber von dieser Seite werde alles von ihm gefordert und nichts geboten. Gleichwohl begann nun auch er mit Wärme von seinem Schwiegervater zu reden. Er liebt und verehrt ihn persönlich; er möchte gern sein Freund sein, nicht nur mit Worten und Komplimenten, sondern mit der Tat, aber das muss gegenseitig sein. Keine leeren Versprechungen, keine Ministerkniffe mehr. Er halte sich, so schloss der König seine Rede, an das alte deutsche Sprichwort: Ein Mann ein Wort.

---

Von nun an wurden die englisch-preussischen Beziehungen noch um einige Grade kälter, obwohl ebensowenig Ursache wie Absicht vorhanden war, es bis zu einem ernsten Konflikt zu treiben. Für Georg I. war sein preussischer Schwiegersohn mit seinen kriegsgeübten Bataillonen ein viel zu gefährlicher Nachbar, als dass er wünschte, ihn sich zum Feinde zu machen. „Er hat einige 50 000 Mann", hatte Whitworth in seinem Schlussberichte warnend geschrieben, „er vermehrt seine Kavallerie beständig. Seine Magazine sind wohlgefüllt, seine Artillerie vortrefflich im Stande und mindestens 5 bis 6 Millionen Kronen in seinem Schatze." Auch Friedrich Wilhelm wünschte nicht mit England zu brechen. Sein getreuer Bonet blieb in London, auch nachdem Whitworth

Berlin verlassen, und immer wieder ward ihm zur Pflicht gemacht, um die Herstellung der „*bonne intelligence*“ bemüht zu sein. Nur soll er nicht dringlich werden, soll nicht die englische Freundschaft auf „eine *basse* und uns unanständige Manier“ zu suchen scheinen.[1]) Aber manchmal packt selbst diesen bescheidenen Mann der Zorn über die ewigen Kränkungen, die er erfährt. Dann empfiehlt er seinem Könige[2]) die eifrige Förderung von Industrie und Handel in preussischen Landen. Denn dadurch würde man nicht nur England empfindlich treffen, ohne ihm einen Grund zur Klage zu geben, sondern auch endlich einmal der wirtschaftlichen Ausbeutung Preussens durch Engländer und Holländer ein Ende bereiten. Gewiss war das auch die Meinung Friedrich Wilhelms, der eben damals ähnliche Ziele verfolgte.[3])

Uebrigens vergisst man niemals der nahen Verwandtschaft der Könige, man ist der Meinung, dass die beiden Staaten zueinander gehören. Eben in dieser Zeit ist zuerst der Plan gefasst worden, die fürstlichen Häuser, die schon in zwei Generationen verschwägert gewesen, auch in dem heranwachsenden jungen Geschlechte wieder zu neuem Ehebunde zu vereinigen. Der preussische Kronprinz Friedrich ward zum künftigen Gemahl der Prinzessin Amalie, der zweiten Tochter des Prinzen von Wales ausersehen. Beide noch Kinder, der Bräutigam, in dem die Welt nachmals den grossen Friedrich bewunderte, kaum 6 Jahre alt, seine Base, die künftige Braut, wohl ein Jahr älter. Die kleine Prinzessin ist schon stolz darauf, dass sie eines Tages Königin von Preussen werden soll. Der Resident Bonet aber berichtet seinem Herrn von einer artigen Unterhaltung, die er über das Thema der Prinzenheirat nicht mit der kleinen Braut, sondern mit ihrer älteren Schwester, der 10jährigen Prinzessin Anna gepflogen haben will. Der gewiegte alte Hofmann weiss wohl, wie weit er in seinen devoten kleinen Neckereien mit dem fürstlichen Kinde gehen darf. Er fragt, ob sie ihre jüngere Schwester nicht um ihre stolze Zukunft beneide. Sie verneint

[1]) Weisung an Bonet, 30. März 1717. G. St. A.

[2]) Bonet 24. Mai/4. Juni 1717. P. S. Sur le charactère de cette Cour. G. St. A.

[3]) Droysen, Preuss. Pol. IV. 2. 1. 194 ff.

es. „Haben Sie", so fährt er fort, „das Porträt unseres Kronprinzen gesehen? Er ist schön von Antlitz und von Gestalt." „Das lässt mich völlig kalt," antwortet die Prinzessin. „Er hat viel Geist." „Das ergreift mich ebensowenig." „Er besitzt eine grosse Seele und ein edles Herz." „Ah", ruft die Kleine aus, „das ist freilich etwas, was mich wohl rühren könnte."

Ohne die sachlichen Gründe des geschilderten englisch-preussischen Gegensatzes zu verkennen, ist es doch auch wohl zu verstehen, wenn Bonet findet, dass im Grunde nur eine einzige Person die Schuld trage. Der Minister Bernstorff sei es, der die Absichten Preussens bei jedermann verdächtige. Sein Einfluss reicht weit und seine Verdächtigungen steigern sich zu einem förmlichen Verleumdungsfeldzuge. Mit bewegten Worten klagt Bonet: der Hof und die Stadt, Deutsche und Engländer, das diplomatische Korps und die den Geschäften Fernstehenden, Männer und Frauen, alle sind voll davon, alle reden von dem grossen Unrecht Seiner Preussischen Majestät. Alle scheinen sich vereint zu haben, um ihn in ganz Europa in Verruf zu bringen".[1])

Das „grosse Unrecht" Preussens bestand natürlich in seiner nordischen Politik, in seinem guten Verhältnis zum Zaren, in seiner Haltung in der mecklenburgischen Sache. Aber auch nachdem die russischen Truppen Mecklenburg verlassen hatten, blieb England so kühl wie zuvor, denn Bernstorff widerstrebte jeder Annäherung. Man fuhr fort, einander mit schriftlichen Noten wie in mündlicher Rede mit Klagen zu überschütten. Will Friedrich Wilhelm die Freundschaft Georgs I. pflegen, sagt Bernstorff, so muss er auf die Freundschaft des Zaren verzichten. Denn diese beiden sind „*incompatibles*".[2]) Umsonst, dass Bonet auf die ehrlichen Absichten Preussens hinweist. „Wir halten uns an Taten, nicht an Worte", erklärt Bernstorff. Dieser fürchtet schon, Preussen werde seine Verbündeten im Stiche lassen. „Sie machen also nächstens Ihren Frieden mit Schweden," sagt

[1]) Bonet, 18./29. Juni 1717. G. St. A.

[2]) Bonet 2./13. Sept. 1718. G. St. A.

Bernstorff. „Ich weiss nichts von einem solchen Frieden", ist Bonets Antwort.[1])

Man muss staunen über die Eigenmächtigkeit des hannövrischen Ministers, der England einfach nicht zu Worte kommen lässt. Seit der Spaltung der Whigpartei ist sein Einfluss erheblich gestiegen. Er beherrscht die Politik Grossbritanniens wie diejenige Hannovers. Er hat das Ohr des Königs. Georg I. verlässt sich in allen Stücken auf Bernstorffs Fähigkeiten und auf seine Treue. Die englischen Minister, die schon vor dem Parlament einen schweren Stand haben, meinen ihrer Stellung nicht sicher zu sein, wenn sie nicht Bernstorffs Vertrauen besitzen. Denn nur durch ihn können sie sich in der Gunst des Königs behaupten, auf die für sie alles ankommt. Sie spielen eine beschämende Rolle, sie erscheinen den fremden Diplomaten wie blosse Werkzeuge in der Hand des hannövrischen Ministers. An ihn muss man sich wenden, wenn man bei jenem etwas durchsetzen will. „In dieser Wahrnehmung", sagt Bonet, „liegt der Schlüssel zur Entzifferung einer Menge von Geheimnissen, über die man sonst in tausend Irrtümer verfallen würde." Ein Bündnis zwischen England und Preussen wäre ebenso nützlich wie natürlich. „Aber zuerst gilt es den einen davon zu überzeugen, der die Seele von allem ist. Ist er bereit, so kann man hoffen das Ziel zu erreichen. Versagt er seine Hilfe, so ist alle Mühe umsonst."[2])

---

Immerhin schien sich trotz Bernstorff und Hannover im Herbst 1718 eine Annäherung der englischen Regierung an Preussen vorzubereiten. Lord Stanhope ward besorgt um sein Werk, die Quadrupel-Allianz. Wollte man im Süden Europas gebieten, so musste man vor Ueberraschungen im Norden gesichert sein. Hier aber zog sich drohendes Gewölk zusammen. Die grosse Kampffront gegen Schweden bestand nicht mehr, aber auch der Friede war nicht geschlossen, die

[1]) Bonet 30. Sept./11. Okt. 1718. G. St. A.

[2]) Berichte vom 17./28. Okt. 1718 und vom 23. Dez./3. Jan. 1718/9. G. St. A.

Ruhe nicht hergestellt. Wir kennen die Alander Konferenzen und die Hoffnungen, die Alberoni an den entstehenden Bund der nordischen Staaten knüpfte. Er schreibt im Oktober 1718: „Wenn nicht der König und der Zar, Schweden und Preussen sich zum Bund gegen den Erzherzog zusammenschliessen, so bleibt uns nichts übrig, als das infame Projekt anzunehmen.“ [1])

Angesichts solcher Gefahren entstand bei den Westmächten der Plan, wenigstens das militärisch starke Preussen aus der drohenden Verbindung herauszulocken und es zum Anschluss an die Quadrupel-Allianz zu bewegen. Die Sache war aus dem Grunde nicht leicht, weil, von England abgesehen, auch Preussens Beziehungen zu Oesterreich zur Zeit recht unfreundlicher Natur waren. Friedrich Wilhelm hatte bisher vergeblich die Zustimmung des Kaisers zur Erwerbung Stettins zu erlangen gesucht. Dass Georg I. ihm diese Zustimmung verschaffe, war eines der Begehren, die Bonet in London vorzutragen pflegte.

Immerhin, der Versuch sollte gemacht werden. Man muss das noch schwankende Preussen gewinnen, erklärte auch der Herzog von Orleans. [2]) Frankreich ging voran, es entschloss sich zu einer diplomatischen Mission an den Berliner Hof, die zugleich dazu dienen sollte, auch England, das seit Whitworth' Abberufung daselbst nicht mehr vertreten war, wieder in ein besseres Verhältnis zu Preussen zu bringen.

Zwischen Frankreich und Preussen waren in dieser an Bündnissen so reichen Zeit erst kürzlich zwei Allianzverträge geschlossen worden, die aber ihre politische Bedeutung rasch wieder verloren hatten. In dem ersten, vom 14. September 1716, war dem Könige von Preussen französischerseits der Besitz Stettins und der Odermündung garantiert worden, ein Vorteil, den Friedrich Wilhelm in etwas anderer Form auch noch in dem zweiten Vertrage, vom 15. August 1717, festzuhalten verstanden hatte. Aber da dieser letztere Vertrag auch den Zaren Peter als Dritten im Bunde umfasste [3]) und da die Ereignisse im Norden wie im Süden Europas neue

[1]) Zitiert bei Bourgeois, Le secret des Farnèse 331.

[2]) Stair an Craggs, 24. und 25. Oktober 1718, an Stanhope vom selben Tage. R. O.

[3]) Vgl. oben S. 430.

Bedingungen geschaffen hatten, so war auch dieser Dreibund schneller als man gedacht, veraltet. Friedrich Wilhelm stand nun ohne rechten Anschluss an eine der Mächtegruppen da und mochte wohl, als er die Quadrupel-Allianz entstehen sah, ein Gefühl der Isolierung empfunden haben.[1]) Der Ankunft des französischen Gesandten — es war Graf Rottembourg, derselbe, der auch das Bündnis vom 14. September 1716 in Berlin unterzeichnet hatte — sah er gewiss mit freudiger Erwartung entgegen.

Die Absicht der Westmächte war auf die engste Verkettung Preussens mit ihrem eigenen politischen System gerichtet. In der Instruktion Rottembourgs[2]) spielt der Wunsch, Friedrich Wilhelm zum Anschluss an die Quadrupel-Allianz zu bewegen, die Hauptrolle. Doch nur schrittweise will man dieses Ziel zu erreichen suchen. Mit einer Aussöhnung zwischen England und Preussen soll das Spiel beginnen. Hier erwartet man keine grossen Schwierigkeiten, denn es handle sich wohl nur um die Beilegung kleinlicher Zwistigkeiten zwischen blutsverwandten Fürsten. Ist das geschehen, so werden England und Frankreich sich gemeinsam um die Zustimmung des Kaisers zum Eintritt Preussens in die Quadrupel-Allianz bemühen. Sollte Karl VI. Schwierigkeiten machen, so lässt man Preussen zunächst nur der Tripelallianz vom 4. Januar 1717 beitreten. Das darf man aber dem Könige von Preussen nicht zu früh verraten, weil dieser sonst wohl für die Tripelallianz, aber nimmermehr für das Bündnis mit dem Kaiser zu haben sein würde. Und Frankreichs Absicht geht ja gerade dahin, für das System der Quadrupel-Allianz durch die militärische Macht Preussens eine neue Stütze zu gewinnen.

Die Sendung Rottembourgs verfehlte ihren Zweck vollkommen. Schon als er im Januar 1719 nach Berlin kam, war für ihr Gelingen wenig Aussicht vorhanden. Denn soeben waren zwei Ereignisse eingetreten, welche die Lage völlig veränderten. Der Tod Karls XII. führte eine gründliche Wandlung in der Politik Schwedens herbei. Und ferner hatte Georg I. soeben als Kurfürst einen Bündnisvertrag geschlossen,

[1]) Vgl. A. Waddington im Recueil des instructions . . . Prusse, S. 319.
[2]) Vom 29. Nov. 1718. Recueil des instructions . . . Prusse, S. 320 ff.

der unzweifelhaft eine Bedrohung Preussens bedeutete und daher wenig geeignet erschien, die Durchführung des französischen Planes zu erleichtern.

Wir behandeln zuerst dieses Bündnis, das zwar von Hannover geschlossen war, doch auch England nahe berührte. Es ist in der Tat auch von der englischen Geschichte der Zeit nicht zu trennen. Und ein besonderes Interesse gewährt es noch durch die peinlichen Stunden, die es dem Könige Georg bereitete, als dieser sich durch seine englischen Minister belehren lassen musste, dass er sich einer gefährlichen Verwechselung der Rechte des Kurfürsten mit denen des Königs schuldig gemacht habe. Peinliche Stunden, die aber, wenn wir uns anders noch ein wenig in die Seele Georgs I. zu versetzen vermögen, dem Könige selbst zu grösserer Klarheit über seine Stellung verhalfen, vielleicht gar zu einer neuen Staatsauffassung.

---

Wir[1]) haben uns einen Augenblick mit der Lage innerhalb des Deutschen Reiches zu befassen. Das Anwachsen der russischen Macht, der Ehrgeiz Peters des Grossen schienen im Jahre 1718 zu einer Gefahr für Deutschland zu werden. In Polen, in Litauen und Kurland standen russische Truppen. Auch in Mecklenburg waren Teile der früher für eine Invasion in Schonen bestimmten russischen Streitkräfte zurückgeblieben. Ueberhaupt war die Zeit gekommen, wo im Norden Europas der Druck der russischen Macht bereits schwerer empfunden wurde als das Gewicht Schwedens. Nun hatte sich Friedrich Wilhelm I. von Preussen, wie wir schon wissen, politisch dem Zaren genähert, was zu einer Entfremdung zwischen ihm und seinem Schwiegervater geführt hatte, und die beiden Könige hatten einander seitdem gemieden. Ein im Januar 1718 gemachter Versuch, Preussen durch die Entsendung eines hannövrischen Bevollmächtigten dem Zaren zu entfremden, war misslungen, während man andererseits an gefährliche

[1]) Das folgende besonders nach den St. Saphorin-Akten im Staatsarchiv zu Hannover. Vgl. auch meine frühere Abhandlung: Ein schwieriger diplomatischer Fall aus dem Jahre 1719. Hist. Zeitschr. 88.

Absichten Peters inbezug auf Polen glaubte und auch die Mitwirkung Preussens für durchaus möglich hielt. Da der Gedanke einer Teilung Polens den Politikern jener Tage schon vollkommen geläufig war, so fürchtete man schon, dass der alte Polenstaat demnächst von seinen beiden strebsamen Nachbarn verschlungen werden solle.

Um Gefahren dieser Art zu begegnen, wurde von drei deutschen Fürsten der Abschluss eines Bündnisses in Aussicht genommen, nämlich von Kaiser Karl VI. als Herrn seiner Erblande, von Georg I. als Kurfürsten von Hannover, und von dem Polenkönige August II., aber auch von diesem nur in seiner Eigenschaft als Kurfürst von Sachsen. Der direkte Zweck war also die Erhaltung Polens, der dahinter stehende Gedanke der Schutz des Reiches gegen die moskowitische Gefahr. Insofern der Vertrag, über den fast ein Jahr lang verhandelt wurde, sich gegen eine bestimmte Macht richtete, war er gegen Russland gerichtet. Eine Spitze gegen Preussen würde er nur in dem Falle haben, wenn dieses den Plänen Russlands Vorschub leistete.

Uebrigens handelte es sich bei diesem Vertrage dreier deutscher Fürsten um eine deutsche Angelegenheit, England hatte mit der Sache nichts zu tun. Ja, die ganze Verhandlung wurde vor dem britischen Ministerium in London sorgfältig geheim gehalten. Mit gutem Grunde, denn es war ja die Zeit, in der sich England und Frankreich gemeinsam um die Gewinnung Preussens, um seinen Anschluss an die Quadrupel-Allianz bemühten, die Zeit, da Graf Rottembourg als der Bevollmächtigte Frankreichs und von Englands guten Wünschen geleitet, nach Berlin zog. Noch niemals seit der Thronbesteigung Georgs I. hatte sich ein so scharfer Gegensatz aufgetan zwischen englischer und hannövrischer Politik. Stanhope und Bernstorff arbeiteten einander diametral entgegen, und doch handeln beide im Namen Georgs I. Wir müssen Preussen gewinnen, ist Stanhopes Rede. Was soll uns dieses Preussen, meint dagegen Bernstorff, es arbeitet ja doch nur auf den Ruin der Häuser Oesterreich und Braunschweig hin.[1]) Selbst auf das

[1]) . . . *de perdre les maisons d'Autriche et de Brunsvic, ce qui est le grand but qu'il se propose.* Bernstorff an St. Saphorin, 25. Nov. 1718. Hann. Arch.

französische Bündnis legt dieser Minister nicht viel Gewicht. In drei bis vier Jahren ist es ja doch damit zu Ende, wenn nämlich der junge König von Frankreich einmal selbst die Regierung übernimmt, und, falls er vorher stirbt, sogar schon früher. Und Frankreich, sagt Bernstorff weiter, wirbt um Preussen nur, um später mit seiner Hilfe dem Kaiser und Braunschweig entgegentreten zu können.[1])

Mit anderen Worten: zwei völlig verschiedene Systeme innerhalb der Regierung Georgs I. Hannover will mit dem Kaiser im Bunde Russland und Preussen in Schach halten, Frankreich ist ihm gleichgültig. England sucht an der Seite Frankreichs das preussische Bündnis. Hier war ein Konflikt unvermeidlich. Eine Krisis der auswärtigen Politik Georgs I. entstand. Sehen wir, wie sie verlief und wie sie entschieden wurde.

Die Verhandlung über den Dreibund Oesterreich, Hannover und Sachsen ward in Wien geführt. Der Abschluss sei dringend, hiess es in einem persönlichen Briefe, den Georg I. an seinen Gesandten in Wien St. Saphorin im Juli 1718 richtete. Den Brief begleitete ein Vertragsentwurf. Derselbe wurde jedoch am Kaiserhofe ungenügend gefunden und statt dessen offen gefordert, dass Georg auch als König in diese Allianz eintreten und dieselbe mit einer zulänglichen Flotte unterstützen möge.

Als die Ablehnung des Entwurfs und die Aufstellung der genannten Forderung nach London kam, geriet Bernstorff in eine Aufregung, wie sein Gehilfe Robethon ihn noch nie gesehen hatte. Sehr begreiflich, denn diese Forderung bedeutete die Mitteilung des Planes an die englischen Minister, und eben das musste vermieden werden. Und wozu brauchte man auch dergleichen? Hatte nicht die englische Flotte in der Ostsee in den letzten Jahren regelmässi die Kriegspolitik Hannovers unterstützt, ohne dass England offiziell mit der Sache etwas zu tun hatte? Bernstorff dachte sich das Verfahren auch nicht anders als es bisher beobachtet worden war. Der dem kaiserlichen Gesandten in London erteilte Bescheid[2]) erklärte wörtlich:

[1]) Bernstorff an St. Saphorin, 25. Nov. 1718. P. S. Hann. Arch.

[2]) Datiert: Hamptoncourt 22 Aug./2. Sept. 1718. Hann. Arch. Aus dem Inhalt wie aus dem Gebrauch der deutschen Sprache ergibt sich mit Sicherheit, dass das Schriftstück der deutschen Kanzlei Georgs I. entstammte.

„dass Seine Königl. Majestät als König in solches foedus mittreten sollten, das wird gewisser Ursachen halber zugleich nicht geschehen können, solches wird aber nicht hindern, dass die grossbritannische, in der Ostsee befindliche Kriegsflotte nicht ebenso wohl zu dem Zwecke des jetzt zu errichtenden *foederis* sollte cooperieren und die Notdurft dabei beobachten können, als wie sie gegen Schweden bisher getan und noch tut, obschon S. K. M. von Grossbritannien als König dem Könige von Schweden Krieg nicht declariret".

Nach dieser Ablehnung ward die Sache in Wien einige Zeit hingezögert. Da aber Bernstorff in jedem Briefe zu raschem Abschluss drängte, so brachte St. Saphorin endlich selbst einen Entwurf zu Papier, der sowohl in Wien wie in London für angemessen gehalten wurde. Er ist die Grundlage des später geschlossenen Vertrages geworden.

Noch war man freilich nicht so weit. Denn nun kam erst der schwierigste Punkt der ganzen Angelegenheit zur Entscheidung. Wie sollte man es anfangen, den drei deutschen Verbündeten die Mitwirkung der englischen Flotte für ihre Zwecke, insbesondere zum Schutze der beiden Plätze Danzig und Elbing, die am meisten gefährdet erschienen, zu verschaffen, ohne dass das britische Ministerium etwas mit der Sache zu tun bekam? Im Kreise der Hannoveraner in London hielt man solches zwar für möglich. Georg I., Bernstorff, Robethon sind nur bemüht, die rechte Form dafür zu finden. Am 9. September erklärt Bernstorff etwas leichtsinnig: „Die Erhaltung von Danzig und Elbing wird von England in einem besonderen Artikel versprochen werden."[1]) Und Robethon teilt St. Saphorin die Formel mit: „S. Maj. ist willens, zum Zwecke der Verteidigung von Danzig und Elbing sich als König von England zu verpflichten, seine Flotte dafür zu verwenden und hofft, auch die Holländer zu demselben Verfahren zu bewegen."[2]) Der Hinweis auf die Holländer war geschickt gewählt, denn auch den baltischen Expeditionen der letzten Jahre war ja durch die Teilnahme holländischer Kriegschiffe ein loyales Mäntelchen umgehängt worden. Im Besitze dieser

[1]) Bernstorff an St. Saphorin, 9. Sept. 1718. H. A.

[2]) Robethon an St. Saphorin, 9. Sept. 1718. Hann. Arch.

Anweisungen übergab St. Saphorin dem Wiener Hofe eine schriftliche Erläuterung[1]) des englischen Standpunktes. Darin betonte er zunächst noch einmal, dass Georg I. in diesem Falle nur als Kurfürst Verpflichtungen übernehmen könne, um sogleich, sich selbst kühn widersprechend, hinzuzufügen, dass es trotzdem mit dem Flottenschutz für Danzig und Elbing keine Schwierigkeit haben werde und dass man auch auf die Mitwirkung der Generalstaaten hoffe. Und um jeden Zweifel über den Sinn der Sache auszuschliessen, so lesen wir in einem Notabene zu zwei von St. Saphorin dem Wiener Hofe vorgelegten Vertragsentwürfen die wörtliche Erklärung: „Der König wird apart als König von Grossbritannien die Verpflichtung eingehen, Danzig und Elbing zu halten und zu schützen, und seine Flotte in der Ostsee zu diesem Zwecke zu verwenden. Nur darf in dem gegenwärtigen Vertrage davon nicht die Rede sein."

Doch Oesterreich und Sachsen waren damit nicht zufrieden, und die Verhandlungen gerieten ins Stocken. Unterdessen ward St. Saphorin von seinem Könige immer von neuem zum Abschlusse gedrängt. Man wollte in London gehört haben, der Zar werde Danzig beschiessen und rund herum alles in Flammen setzen, wenn man ihm nicht in Bälde eine grosse Summe Geldes zahle. Georg I. mahnte seinen Gesandten, es sei hohe Zeit „gegen die gefährlichen russischen *desseins* sich eine reelle Sicherheit zu schaffen und solchen ein für allemal die Türe zu versperren". Von neuem begann in Wien die Arbeit der Diplomaten, von neuem drohte sie an dem schwierigen Problem von Danzig und Elbing zu scheitern.

Da verfiel St. Saphorin auf einen Vorschlag, der auch von österreichischer wie von sächsischer Seite sofort gutgeheissen wurde. Man solle den Vertrag zunächst einmal aufsetzen und mit allen Unterschriften versehen. Bei der Unterzeichnung aber würden die österreichischen und sächsischen Bevollmächtigten dem britisch-hannövrischen die Erklärung abgeben, sie hätten ihre Unterschrift nur in der Voraussetzung

[1]) Eclaircissements sur le projet d'alliance etc. Wien, 1. Okt. 1718. Hann. Arch.

gegeben, dass Seine Majestät von Grossbritannien sich zum Schutze von Danzig und Elbing und zur Entsendung einer dazu bestimmten Flotte in die Ostsee verpflichte. St. Saphorin würde ihnen den Empfang dieser Erklärung in aller Form bestätigen. Die so getroffene Verabredung setzte freilich voraus, dass Georg I. zu einer solchen Erklärung wirklich bereit war. Aber daran brauchte St. Saphorin ja nicht zu zweifeln. Er sprach in seinem Berichte[1]) nur den Wunsch aus, die königliche Erklärung nun auch in aller Kürze zu erhalten. „Ich werde sie den anderen sofort zeigen, sie aber vor dem Austausch der Ratifikationen nicht aus der Hand geben".

Unterdessen war es nicht gelungen, das Geheimnis zu bewahren. Preussen und Russland erfuhren von der schwebenden Verhandlung und vermuteten — nicht mit Unrecht — eine feindliche Absicht. „Ihre Unruhe über unseren Vertrag", schrieb St. Saphorin,[2]) „ist wohl der beste Beweis für seine Notwendigkeit". Auch die wie immer vorzüglich unterrichtete französische Diplomatie hatte von der Sache gehört und zeigte sich gekränkt und beunruhigt. Der französische Gesandte in Wien warnte vor Massregeln, die zu einem Kriege im Norden führen könnten, während man im Begriffe stand, den gemeinsamen Kampf gegen Spanien aufzunehmen. Doch schien er beruhigt, als St. Saphorin ihm auseinander setzte, dass das Gegenteil der Fall sei. Es handle sich nur darum, die unruhigen Geister im Norden zu beschwören, um im Süden freie Hand zu haben. Bernstorff aber geriet durch das Dazwischentreten Frankreichs wieder in die höchste Aufregung. Er meinte, Frankreich wolle eine feste Verbindung zwischen Preussen und Russland, zu der später auch Schweden hinzutreten solle, herbeiführen, um seine eigenen Pläne mit ihrer Hülfe um so leichter zu erreichen. Das notwendige Gegengewicht könne nur der im Werke befindliche Wiener Vertrag werden. „Mit einem Worte, unser Heil, das Heil des Kaisers und des ganzen Reiches, hängt von dem raschen Abschlusse dieses Vertrages ab.[3])

So zu höchster Eile angespornt führte St. Saphorin den Abschluss herbei. Der Vertrag wurde am 5. Januar 1719 in

[1]) An Bernstorff und an Robethon, beide vom 29. November 1718. H. A.
[2]) An Robethon 1. Januar 1719. H. A.
[3]) Bernstorff an St. Saphorin 30. Dezember 1718. H. A.

Wien unterzeichnet. Er trägt von österreichischer Seite die Unterschriften des Prinzen Eugen von Savoyen und des Grafen Sinzendorff. Graf Flemming unterzeichnete als sächsischer, St. Saphorin als hannövrischer Bevollmächtigter. Die drei Vertragschliessenden verpflichten sich zur gegenseitigen Verteidigung ihrer Länder und zur Hülfeleistung im Falle eines Angriffs. So scheint der Vertrag, der in seinen 15 Artikeln oft genug gedruckt ist,[1]) lediglich defensiver Natur zu sein.

Aber die alten Drucke enthalten eben, wie es meistens der Fall ist, nicht das Ganze. Sie geben nur die öffentlichen Artikel wieder, nicht aber das volle Beiwerk der geheimen und separaten Artikel und der zwischen den Kontrahenten gegenseitig abgegebenen, mit bindender Kraft abgegebenen, sogenannten Deklarationen. Sinn und Zweck des Vertrages lassen sich aber gewöhnlich viel deutlicher aus solchen Anhängseln erschliessen als aus den offiziellen Artikeln. In unserem Falle ergibt sich nun aus den geheimen Artikeln insbesondere, dass ein weiterer Zweck des Vertrages darin bestand, den Alliierten die Möglichkeit zu geben in aller Sicherheit und Ruhe einen Schlag gegen den Herzog von Mecklenburg zu führen. Es handelt sich um eine von Reichswegen verhängte Exekution, veranlasst durch einen Streit des Herzogs mit seinen Ständen, welche durch Hannover und Braunschweig vollstreckt werden sollte. Die Alliierten vom 5. Januar wollen vor allem die sonst nicht unwahrscheinliche Einmischung von Preussen oder Russland verhindern.[2]) Und ferner soll auch Polen vor allen Angriffen und Durchmärschen bewahrt, allen Vergrösserungsabsichten seiner Nachbarn gegenüber geschützt werden. Dieser Zweck wurde erreicht, der Fortbestand des alten Polenstaates ist durch den Vertrag vom 5. Januar 1719 noch um ein halbes Jahrhundert verlängert worden.

---

[1]) Bei Dumont Corps dipl. VIII Partie II. 1; Lamberty, Mémoires X 72.

[2]) Es ist aber nicht richtig, wenn Droysen, der über diesen Vertrag an drei verschiedenen Stellen gehandelt hat (Preuss. Pol. IV. 2, 247ff; IV. 4, 371ff.; Ztschr. f. preuss. Gesch. u. Landesk. V, 635ff.), behauptet, Preussen sei durch denselben schlechthin, „mit einem gefährlichen Angriff, ja mit einer förmlichen Zerstückelung“ bedroht gewesen.

Mit allen diesen Fragen stand freilich das Interesse Englands nur in sehr loser Beziehung. Wir haben es daher nur mit dem einen Punkte zu tun, in dem englisches und hannövrisches Interesse einander berührten. Wir kehren also noch einmal zu der von St. Saphorin den Vertretern Oesterreichs und Sachsens zugesagten, den Schutz von Danzig und Elbing betreffenden Erklärung zurück. Es ist die sogenannte Deklaration 4 des Vertrages. St. Saphorin, der sie unterzeichnet hatte, ahnte wohl nicht, welche Verlegenheiten er damit dem deutschen wie dem englischen Ministerium in London bereiten würde. In den erregten Auseinandersetzungen, die hier durch seinen Schritt entfesselt wurden, tritt auf einmal der seit fünf Jahren chronische Gegensatz zwischen englischem und hannövrischem Interesse in ein akutes Stadium. Die Frage, wie weit englische Minister verpflichtet seien, sich aus Rücksicht auf ihren König von dem Boden nationaler Politik zu entfernen, führt zu den peinlichsten Erörterungen.

Das Original des Vertrages vom 5. Januar 1719, wie es damals nach London gesandt wurde und sich heute im Archiv zu Hannover befindet, enthält natürlich alle Teile desselben, die öffentlichen, die geheimen Artikel, die Deklarationen. Nur die interessante Deklaration 4 fehlt. Nun erfahren wir freilich, dass beim Abschluss des Vertragswerks nicht alles in bester Ordnung zugegangen sei. „Niemals ist ein Vertrag in grösserer Eilfertigkeit und mit mehr Unordnung unterzeichnet worden", sagt St. Saphorin. Die Deklaration 4 war schon mit den übrigen Blättern zu einem Heft zusammengebunden, dann aber, weil sie in der für London bestimmten Ausfertigung überflüssig sei, noch in Wien wieder herausgeschnitten worden. Ob sie überhaupt nach London gekommen ist, oder nicht, vermögen wir nicht mehr zu sagen. Zwar heisst es in dem Briefe St. Saphorins: „Man wird sie auf einem besonderen Blatte finden". Aber dieses Blatt, wenn es je vorhanden war, hat sich trotz aller Nachforschungen unter den Akten nicht mehr finden lassen.[1])

Wie dem auch sei, das Fehlen der Deklaration 4 in dem nach London gesandten Instrumente musste dem Könige Georg

[1]) Ueber die Rolle, die der diplomatische Brauch dabei gespielt haben kann, vgl. H. Z. 88, S. 63.

sehr sympathisch sein. Ohne die Deklaration 4 durfte er den Vertrag jedem Engländer ruhig zeigen, auf Grund des Vertrages mit dieser Deklaration hätte jeder Engländer den König des Verfassungsbruches zeihen dürfen.

Das alles änderte freilich nichts daran, dass Georg I. die von ihm geforderte Erklärung, die englische Flotte werde Danzig und Elbing schützen, nun wirklich abgeben musste. Denn wenn er es nicht tat, so wurde ja der Vertrag nicht ratifiziert. So hat er sich denn niedergesetzt und eigenhändig — ich glaube seine Handschrift erkannt zu haben — die von St. Saphorin in Aussicht gestellte Erklärung zu Papier gebracht. Schon war auch ein Schreiben des Königs an den Gesandten in Wien ausgefertigt, mit der Ankündigung, er sende ihm zugleich mit der Ratifikation auch „in duplo unsere Original-Deklaration wegen unserer in die Ostsee zu schickenden Flotte".

Aber eines fehlte noch: die ministerielle Gegenzeichnung. Der Gedanke, dass ein hannövrischer Minister, also etwa Bernstorff, dies besorgen könne, wurde bald aufgegeben. Denn in dieser Form hätte die ganze Erklärung keinen Sinn gehabt, selbst wenn Oesterreich und Sachsen sich damit begnügt hätten, was man durchaus nicht erwarten durfte. Es blieb keine Wahl übrig. Die englischen Minister, vor denen bisher alles so gut geheim gehalten worden, mussten nun doch eingeweiht werden. Der kritischste Moment in der Geschichte dieser wunderlichen Angelegenheit war gekommen.

Die Verhandlungen zwischen den deutschen und englischen Ministern Georgs I. — der König selbst bleibt im Hintergrunde spielten sich in der Zeit vom 7. bis zum 14. Februar 1719 ab. Die beiden hohen Behörden verkehrten dieses Mal nicht unmittelbar miteinander. Lukas Schaub, der Privatsekretär Stanhopes, ging als Vermittler zwischen den beiden Lagern hin und her. Es war so recht ein Auftrag für den vielgewandten jungen Mann, der als Vertrauter Stanhopes so ziemlich an allen Höfen Europas herumgekommen war, den Londoner Hof aber doch am besten kannte. In Basel gebürtig, (wo man heute sein elegantes Porträt von der Hand Rigauds bewundern kann), war er der Mann, der mit Georg I. und Bernstorff ebenso gut deutsch reden konnte wie mit den britischen Ministern englisch, der die schönen französischen

Uebersetzungen zu den Depeschen Stanhopes zu machen pflegte, und es auch in der Abfassung lateinischer Instrumente mit jedem andern aufnehmen konnte. Was mehr war, er besass ein gutes Mass von Takt und Geschick und kannte die Schwächen der Engländer ebenso gut wie die der Deutschen. Uebrigens stand er für seine Person weder in englischem noch hannövrischem Staatsdienst.

Ihm übergab nun Bernstorff mit der Urkunde des Vertrages vom 5. Januar auch eine Abschrift der Deklaration 4, zwar nicht ohne zuvor noch eine kleine Fälschung darin vorgenommen zu haben. Nämlich so. Dass die englische Flotte Danzig und Elbing schützen solle, musste gesagt werden. Aber die Wendung: dass dieses zur Erfüllung des gegenwärtigen Vertrages zu geschehen habe (*ad sustinendam tractatus praesentis executionem*), machte ihm die grösste Pein. Und er liess sie einfach wegfallen. Denn wie durfte man den König über die englische Flotte verfügen lassen auf Grund eines Vertrages, den Hannover schloss? Das sollte den englischen Ministern gar nicht vor die Augen kommen, am besten, wenn auch Schaub nichts davon erfuhr. Das letztere gelang zwar nicht. Schaub hat den bedenklichen Passus kennen gelernt[1]) — wahrscheinlich durch seine Korrespondenz mit St. Saphorin — aber er hütete sich wohl den englischen Ministern seine Kenntnis zu verraten. Diese haben den vollen Wortlaut der Deklaration 4 niemals erfahren.

Aber auch ohne diese schlimmen Worte konnten die Engländer diese Deklaration 4 unmöglich billigen. Georg I., Bernstorff und St. Saphorin hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Engländer, längst erbittert über die Heimlichkeit, mit welcher das Vertragsgeschäft von den Deutschen behandelt worden war, erklärten zunächst, mit der ganzen Sache nichts zu tun haben zu wollen. Heftige Szenen wechselten mit friedlichen Auseinandersetzungen. Die englischen Minister sagten, sie könnten es nicht vor dem Parlamente verantworten, wenn sie schwarz auf weiss eine Verpflichtung übernehmen würden, die England in einen Konflikt

[1]) *M. de Bernstorff ignore que je sache cette particularité.* Schaub an St. Saphorin, 14. Febr. 1719. H. A.

mit dem Zaren verwickeln könne, ohne ersichtlichen Grund, ohne Ersuchen, ohne Gegenleistung von irgend einer Seite. Immerhin wollten sie dem Könige auch nicht zuwider sein, wollten ihm helfen, soviel sie könnten. Sie hatten nichts dagegen, und wollten gleichsam die Augen davor verschliessen, wenn nur die Erklärung von der deutschen statt von der englischen Kanzlei ausgehe. Vielleicht würden der Kaiser und der König von Polen sich doch damit zufrieden geben. Aber das erklärt Bernstorff für ausgeschlossen. Auch der Vorschlag eines ewigen Bündnis- und Garantievertrags, den Georg I., der König, mit Georg l., dem Kurfürsten, eingehen könnte, wurde gemacht. Aber im Augenblick war damit nichts gewonnen.

Endlich verfiel man auf einen Ausweg. Der polnische Resident am englischen Hofe, ein Herr Le Cocq, sollte in einer feierlichen Note an den König seinen Schutz erbitten für zwei Städte, die mit England in lebhaften Handelsbeziehungen ständen. Und um die Sache noch unschuldiger erscheinen zu lassen, sollte er zugleich um die guten Dienste Englands bei den Generalstaaten nachsuchen, damit auch diese etwas zum Schutze der bedrohten Städte beitrügen. Als Antwort auf diese Note würde das englische Ministerium dem polnischen Diplomaten die den Flottenschutz für Danzig und Elbing zusichernde Erklärung, — der König hatte sie ja schon niedergeschrieben — überreichen. Von einer Bezugnahme auf den Vertrag vom 5. Januar oder auf die von St. Saphorin gegebene Erklärung durfte bei diesem Notenwechsel aber nicht die Rede sein.

Aber auch in dieser Form war die Schwierigkeit nicht zu lösen. Anfangs war Le Cocq zwar bereit, den ihm zugedachten Part in der Komödie zu spielen, war bereit, die Note, die Schaub rasch entworfen hatte, der englischen Regierung zu überreichen. Als er aber die Deklaration 4 zu Gesicht bekam, erklärte er, er könne nicht für seinen Staat etwas erbitten, worauf derselbe schon ein durch Vertrag begründetes Recht besitze. Doch wolle er um neue Instruktionen ersuchen und die Sache seiner Regierung im günstigsten Lichte darstellen. Gewiss werde dann König August selbst im Sinne der Note Schaubs an Georg I. schreiben. Der

Zweck wäre erreicht und nur ein Zeitverlust von einigen Wochen müsste in Kauf genommen werden.

Aber diese schöne Aussicht verwirklichte sich nicht, und die Geschichte der Deklaration 4 ist mit dem Erzählten schon zu Ende. Da August II. den bewussten Brief an Georg I. nie geschrieben hat, so geschah überhaupt weiter nichts in der Sache. Nach einigen Monaten schien sie vergessen. „Von der Erklärung für Danzig und Elbing höre ich gar nichts mehr", schrieb Schaub im Juni 1719.

Sie war freilich inzwischen auch unnötig geworden. Die beiden westpreussisch-polnischen Plätze bedurften des Schutzes der englischen Flotte nicht mehr. Der Vertrag vom 5. Januar — die Ratifikationen waren nun doch ohne die früher geforderte Erklärung Georgs I. ausgewechselt worden — hatte seinen Zweck schon vollkommen erfüllt. Peter der Grosse schäumte zwar vor Wut, als er die Kunde von dem Abschlusse vernahm. Er drohte, ganz Polen mit Tataren und Kalmücken zu überschwemmen. Aber er tat das Gegenteil. Er zog seine Truppen aus Polen zurück[1]). Die Gefahr war abgewendet.

So war die peinliche Angelegenheit der Deklaration 4 um deswillen noch glimpflich abgelaufen, weil man auf die Ausführung der Sache verzichtet hatte. Der Vater aller Verlegenheiten aber, St. Saphorin, dem ein Vorwurf nur in dem Sinne gemacht werden konnte, dass er sich zwar nicht in der Sache, wohl aber in der Form vergriffen habe, war mit einigen weisen Lehren davongekommen, die ihm unter dem 14. Februar 1719 in langen Episteln vom Könige, von Bernstorff und von Schaub erteilt wurden. Wohlwollend setzte Georg I. ihm auseinander, dass die Zusage der Flottenoperation, zum Unterschiede von allen übrigen Teilen des Vertrages nicht in der deutschen, sondern „in Unserer englischen Kanzlei" auszufertigen, daher auch nicht als eine Sache zu behandeln sei, die „in executionem obverstandener Allianz" geschehe. Und

---

[1]) Er soll zwar schon früher dazu entschlossen gewesen sein (vgl. Chance 292). Doch war wohl erst die Kunde von dem Bündnisse vom 5. Jan. entscheidend. *Le Czar a enfin résolu de faire sortir ses troupes de la Pologne, vu la conjoncture présente de ses affaires,* meldet der französische Gesandte in Petersburg am 28. Jan. 1719 (Sbornik 40, 10).

Schaub schrieb: „Ich weiss es wohl, Sie haben Ihren Auftrag nicht überschritten; aber diese Deklaration könnte Ihnen doch sehr schaden, wenn die Herren Engländer den ganzen Wortlaut derselben zu Gesicht bekämen.“ Den drastischsten Ausdruck aber hat Bernstorff für die Verfehlung St. Saphorins gefunden. Er schreibt: „Ich muss Ihnen inbezug auf Danzig und Elbing noch sagen, dass die Beispiele Byngs (die Vernichtung der spanischen Flotte ohne vorhergehende Kriegserklärung) und der Ostsee Ihnen gezeigt haben werden, dass es hier leichter ist, die Dinge zu thun, als im voraus darüber zu reden. Mit der Hülfe für die beiden Städte hat es keine Schwierigkeit, aber man muss vorsichtig sein mit einer förmlichen Erklärung.“ — Mit anderen Worten: so etwas tut man wohl, aber man spricht vorher nicht darüber, und am wenigsten gibt man es schriftlich.

Und doch hatte St. Saphorin nur getan, was sein König von ihm wünschte. Sucht man nach einem Schuldigen, so ist es kein anderer als Georg I. selbst. Ihm war seine leichtsinnige Erklärung für Danzig und Elbing in der Feder stecken geblieben, da kein Staatssekretär sich fand, der sie gegenzeichnen wollte. Wir mögen uns wohl die englischen Minister vorstellen, wie sie devot aber fest ihrem Herrn die Rechtslage darlegten und ihn zum Nachgeben bewogen. So hat dieses Schriftstück die deutsche Kanzlei Georgs I. niemals verlassen. Mit allen übrigen Akten, die uns das Schicksal der merkwürdigen Deklaration 4 erzählen, wird es heute noch im Archiv des alten Kurfürstentums aufbewahrt: ein voreilig gegebenes Königswort, dessen Erfüllung durch ministerielle Einsprache vereitelt wurde.

Elftes Kapitel.

# Politische Erfolge und militärische Enttäuschung.

Als der Wiener Vertrag am 5. Januar 1719 unterzeichnet wurde, wussten die Unterhändler noch nicht, dass einige Wochen vorher, am 11. Dezember 1718, Karl XII. von Schweden aus dem Leben geschieden war. Er hat geendet, wie er gelebt, als ein echter Kriegsheld. Wie einst Richard Löwenherz ist er kämpfend vor der Feste gefallen, die er bezwingen wollte, auch wie jener von einem feindlichen Geschosse niedergestreckt, denn dass er von Mörderhand gefallen, glaubt man heute nicht mehr. Sein Tod brachte — wir haben es oft genug erwähnt — in ganz Europa die grössten Veränderungen mit sich. Kardinal Alberoni war um eine Hoffnung ärmer geworden. Die Jakobiten betrauerten ihren wertvollsten Bundesgenossen. England aber und die Quadrupel-Allianz frohlockten. „Wenn dieses Ereignis nur richtig ausgenutzt wird", erklärte ein englischer Minister in einem amtlichen Schreiben[1]), „so wird es uns unfehlbar von allen Nöten in Nord und Süd befreien". Nur die Alliierten des Nordens wussten anfangs nicht, ob ihnen Gutes oder Böses daraus erwachsen werde. Man fragte den Zaren Peter, ob man ihm zum Tode Karls XII. Glück wünschen oder kondolieren solle. Peter zuckte die Achseln und sagte: „Ich weiss es selber nicht."[2])

Am vollständigsten war der Umschwung in Schweden selbst.[3]) Hier herrschte allgemeine Genugtuung darüber, dass die unheilvolle Politik des fürstlichen Abenteurers zu Ende

[1]) Craggs an Stair, 29. Dez. 1718. R. O.

[2]) Sbornik 40, 9.

[3]) Vgl. Stavenow, Gesch. Schwedens 1718—1772. 1908. Erstes Kapitel.

sei, denn nun müsse der Friede kommen. Aus allen Wunden blutend, hatte das Volk sich widerwillig dem absoluten Könige gefügt. Jetzt, da er gefallen, war alles entschlossen, nicht nur dem Kriege ein Ende zu machen, sondern auch das absolute Regiment nicht länger zu dulden. Anfangs war die Thronfolge noch unsicher. Ulrike Eleonore, die jüngere Schwester Karls XII., hatte die Zügel der Regierung zwar rasch und entschlossen an sich gerissen. Dann aber musste sie sich zu der Erklärung bequemen, dass ein Erbrecht auf die Krone Schwedens nicht mehr bestehe, musste sich der Wahl der Stände unterwerfen. Sie wurde zwar zur Königin erhoben und in Upsala feierlich gekrönt, auch das Thronfolgerrecht ihrer männlichen Nachkommen festgelegt, aber die Verfassung Schwedens sollte wieder den ständischen Charakter annehmen, den sie bis in die Zeiten Karls XI. besessen hatte. Dabei war aber nicht etwa ein moderner Freiheitsdrang im Spiel, sondern nur das Ruhebedürfnis der schwedischen Nation. Vor dem kriegerischen Ehrgeiz des königlichen Absolutismus suchte sie ihre Zuflucht bei der altbewährten praktischen Staatsweisheit der schwedischen Stände.

Rasch ward nun der im Gange befindliche norwegische Krieg beendet. Die Belagerung von Friedrichshall wurde aufgehoben, das Heer, in dem der König gefochten, kehrte in verlustreichem Rückzuge, obwohl vom Feinde unbehelligt, nach Schweden zurück. Schlimmer erging es einer zweiten Armee, die weiter nördlich über die Grenze gegangen war und nun, sobald die Nachricht vom Tode des Königs eintraf, augenblicklich den Rückmarsch begann. In strengster Winterkälte vollführte sie jenen furchtbaren Uebergang über das Gebirge, bei dem der dritte Teil der Mannschaften mit der ganzen Artillerie und der Bagage verloren ging; nur traurige Reste kehrten in die Heimat zurück, als warnende Zeugen der wahnsinnigen und unstillbaren Eroberungslust ihres Königs. Ganz Schweden sehnte den Frieden herbei, und viele wären zu einem Frieden um jeden Preis bereit gewesen, mochten auch Finnland und die Ostseeprovinzen, die deutschen Gebiete und das ganze Dominium Maris Baltici unwiderbringlich verloren sein.

Fast die gesamten schwedischen Aussenlande waren in fremder Gewalt. Auf welcher Grundlage auch der Friede zustande kam, immer musste er eine ganz neue Landverteilung im Norden bringen. Russland hatte die weiten Gebiete von Finnland und Karelien, Ingermanland, Esthland und Livland in seiner Hand, von den deutschen Besitzungen Schwedens aber hatte Preussen die pommerschen Lande, Hannover die Herzogtümer Bremen und Verden in seine Gewalt gebracht. Nur Wismar hatte sich noch behauptet. Was würden die Schweden von dem Verlorenen zurückerhalten? Denn ihnen alles zu nehmen, war doch nicht die Meinung. Ob es ein Generalfriedensschluss sein, oder ob Schweden sich mit jedem seiner Gegner insbesondere auseinandersetzen werde, das war die andere grosse Frage, die zu entscheiden war.

Nun aber sollte diese Entscheidung nicht den beteiligten Staaten allein überlassen bleiben. Diese würden wahrscheinlich viel rascher mit ihrem Friedenswerke fertig geworden sein, hätten sich nicht die grossen Mächte der Zeit, besonders England und Frankreich, in die Sache eingemischt. Wie diese im Süden Europas dominierten, so wollten sie auch im Norden die Schiedsrichter spielen. Als ob es nicht anders sein könne, so beginnen nun die Westmächte über einen grossen Friedensplan für den Norden miteinander zu verhandeln. Sie sind sehr zuversichtlich. Sie zweifeln nicht an der Durchführbarkeit ihrer gemeinsamen Absichten. Gebieterisch treten sie den nordischen Staaten gegenüber. Sie fordern, dass die Interessen von Schweden und Russland, Polen, Dänemark und Preussen — nur Hannover nimmt natürlich eine besondere Stellung ein — zurücktreten sollen vor den Wünschen von England und Frankreich. Mit welchem Rechte, ist nicht einzusehen, es sei denn, weil sie die stärksten Mächte sind und weil ihrer Vereinigung schwerlich Widerstand geleistet werden kann. Was hier geplant wurde, hätte ein artiges Seitenstück zur Quadrupel-Allianz geben müssen und erwies sich auch in seiner Unvollkommenheit noch wirksam genug. Charakter und Inhalt der nun folgenden Friedensschlüsse sind, mehr als man annimmt, durch den Willen der Westmächte bestimmt worden.

Hier kam nun alles darauf an, dass England und Frankreich ein gemeinsames Programm aufstellten. Wie dasselbe

lautete, erschien weniger wichtig als dass es nur ein gemeinsames Programm war. Darüber entspannen sich interessante Verhandlungen, von deren Ausgang es abhing, ob London oder Paris gewinnen, ob der grosse nordische Krieg mit einem englischen oder französischen Frieden enden werde.

Die früheste Aeusserung von französischer Seite ist in einem Briefe enthalten, den Dubois am 16. Januar 1719, sofort nach dem Eintreffen der Nachricht vom Tode Karls XII. an Stanhope richtete.[1]) „Die Vorsehung selbst", sagt er, „schenkt uns die Gelegenheit, den Frieden in Europa vollständig zu machen." Dubois ist auch schon mit einem Friedensplan bei der Hand. Ein allgemeiner, d. h. ein alle Kämpfenden einschliessender, Friede muss es sein. Man muss sofort erklären, dass die Quadrupelallianz von einem Sonderfrieden im Norden nichts wissen will. Russland ist der mächtigste der Kriegführenden. Ihm muss man gute Worte geben. Es gilt den Zaren davon zu überzeugen, dass man für seine Ansprüche Verständnis besitzt. Doch muss er auch wissen, dass er seine Rechnung am besten in einem Generalfrieden finden wird.

In diesen Andeutungen ist der Kern eines Friedensprogramms bereits enthalten. Peter der Grosse, der Frankreich seit einiger Zeit befreundete Fürst, soll begünstigt werden, d. h. er soll seine Eroberungen an den Gestaden der Ostsee ganz oder teilweise behalten. Daraus folgt zugleich, dass Schweden, dem man doch nicht alles nehmen kann, seine deutschen Besitzungen zurück erhält. Das ist alte französische Politik, seit dem dreissigjährigen Kriege. Schweden soll, wie man zu sagen pflegt, einen Fuss auf deutschem Boden behalten, damit Frankreich, dem es solches zu danken hätte, mit seiner Hülfe um so stärker in Deutschland sei. Einem mächtigen Russland würde also ein mächtiges Schweden gegenüberstehen, ein Gleichgewicht der Kräfte im Norden wäre erreicht, welches dem französischen Einfluss am günstigsten werden müsste. Aengstlich wie er ist, tritt Dubois aber nur zögernd mit seinem Plane hervor, er vertraut ihn auch nicht den Organen des internationalen Verkehrs an. Lord Stair braucht so wenig

[1]) Dubois an Stanhope. Paris 16. Jan. 1719, mit einer Beilage, überschrieben: Joint à la lettre à Mylord Stanhope du 16. janvier 1719. Aff. étr.

wie die französischen Diplomaten in London davon zu erfahren. Dubois beschwört seinen Gönner Stanhope, nur die Minister Craggs und Sunderland und niemanden sonst in das Geheimnis einzuweihen. „Missfällt Ihnen meine Anregung nicht, so werde ich sie weiter ausführen, werde jemanden entsenden, um Ihnen alle meine Gedanken kundzutun". Im andern Falle aber kannte ja Stanhope den geschmeidigen Abbé genügend, um zu wissen, dass er der letzte war, der an einem politischen Plane eigensinnig festhielt.

Dem so schüchtern angedeuteten französischen Friedensprogramm trat ein englisches gegenüber. Die Franzosen mögen erstaunt gewesen sein, wie anders es von London herüberklang. Schon in seinen ersten Gesprächen mit dem Regenten erklärte Stair, dass der Zar nicht Reval behalten dürfe, weil sonst das Gleichgewicht in der Ostsee vernichtet, seine Seemacht bald grösser sein würde als die von Schweden und Dänemark zusammen.[1]) Der Herzog stimmte lebhaft zu und sagte liebenswürdig: „Mylord, geben Sie dem Könige bitte die Versicherung, dass ich mich in Fragen des Nordens ganz seinen Ansichten unterwerfe. Sie brauchen sie mir nur mitzuteilen". Erfreut berichtete Stair wiederholt über diese günstige Stimmung des Regenten, die man nun auch benutzen sollte, um rasch mit einem Plane für den Frieden im Norden hervorzutreten. Ohnedies habe sich Dubois — wir wissen wohl warum — weit reservierter ausgedrückt und scheine mehr Schonung für Russland zu haben.[2])

Will man Englands Stellung zur nordischen Frage kennen lernen, so muss man die Weisungen lesen, die der Staatssekretär Craggs in der Zeit vom Januar bis zum März 1719 an den Grafen Stair gerichtet hat. Auch sie sind mit aller Vorsicht abgefasst, denn die Harmonie zwischen den Westmächten darf nicht gestört werden. Immerhin geben sie ein ziemlich scharf umrissenes Programm. Wir greifen ein charakteristisches Schreiben des Staatssekretärs Craggs heraus, in dem es heisst:[3]) „Reden wir wie praktische Leute, so müssen wir uns sagen, dass gewiss kein Friede zu haben sein

[1]) Stair an Craggs 30. Januar 1719. R. O.
[2]) Stair an Craggs, 31. Januar 1719. Private. R. O.
[3]) Craggs an Stair, 17. Januar (a. St.) 1719. R. O.

wird, der den Beifall aller Parteien findet. Schweden ist tief gesunken, gewiss, aber den Verlust all seiner Provinzen wird es deshalb doch nicht ruhig hinnehmen. . . . Was daraus folgt, ist klar. Derjenige, der seine Eroberungen herausgeben soll, ist natürlich unzufrieden". Darum, meint Craggs, müssen England und Frankreich klar und einig darüber sein, welchem unter all den Staaten, die sich an schwedischem Gut bereichert, ein Verzicht auf seine Beute zugemutet werden soll, natürlich — sagt wieder Staatssekretär Craggs — nur unter dem Gesichtspunkt, welcher Lösung Schweden selbst wohl am ehesten zustimmen werde. Gelingt es nicht, in dieser Grundfrage einig zu werden, so könnte es leicht geschehen, dass z. B. Frankreich daran dächte, das Interesse Dänemarks oder Preussens oder Polens demjenigen Russlands zum Opfer zu bringen, während England hingegen bereit wäre, das Interesse des Zaren preiszugeben; der Kaiser hätte vielleicht wieder einen andern Plan, und so müsste ein solcher Widerstreit der Interessen, statt zum allgemeinen Frieden zu führen, nur neue Zerwürfnisse heraufbeschwören.

Doch dabei will Craggs nicht stehen bleiben. Er will auch mit seiner Meinung über den Inhalt des Friedensschlusses nicht zurückhalten, sei es auch nur in der Form einer rein akademischen Erörterung. Nämlich so: Schweden muss schon zufrieden sein, wenn es nur Livland und Esthland zurückerhält. Was dagegen die deutschen Provinzen betrifft, so werden diese selbst von schwedischen Patrioten nur als eine Last für ihren Staat und als ein Anreiz zu immer neuen Eroberungen für ihre Könige betrachtet. Darum soll Schweden zwar die baltischen Provinzen zurückerhalten, auf die deutschen Besitzungen aber endgültig verzichten. Craggs will auch kein Hehl daraus machen, dass das Interesse Grossbritanniens in derselben Richtung liege. „Um es mit einem Worte zu sagen, so besteht es offenbar darin, den Handel nach der Ostsee und das Bündnis mit Schweden auf Grund der alten Verträge zu erneuern."

Mit diesem Programm muss Stair freilich, da man ja in Frankreich eine ganz unverständliche Vorliebe für den Zaren hat, nicht auf einmal herausrücken. Er soll nur bitten, dass die französische Regierung keine entscheidenden Schritte unter-

nehme, bevor sie sich mit England verständigt habe. Und endlich eine gute Lehre für den stürmischen Grafen Stair: er möge doch, was er zu sagen habe, in freundlichen verbindlichen Worten vorbringen und nicht in dringender, heftiger Rede.

Es gelang wirklich, die französische Regierung völlig auf den englischen Standpunkt herüberzuziehen. Denn plötzlich erklärte auch Dubois,[1]) der Regent werde sich in seiner nordischen Politik ganz nach den Wünschen Georgs I. richten. Ist dann ein Generalfrieden nicht zu erreichen, so mag es ein Sonderfriede sein. Die Rücksicht auf Russland wird kein Hindernis bilden, und sollte der Zar auch gezwungen werden, Reval und noch mehr von seinen Eroberungen aufzugeben.

So schien England mit seinem Programm gesiegt zu haben. Ihm musste die Führung in der bevorstehenden diplomatischen Aktion zufallen. Nun werden auch die Briefe des Staatssekretärs fester und bestimmter. Die Könige von Preussen, Dänemark und Polen mögen sich mit Georg I. durch Vertrag darüber verständigen, wie man Schweden auf Kosten des Zaren befriedigen könnte. Dieser muss zufrieden sein, wenn er nur Narwa, Petersburg und Kronstadt behalten darf.[2]) Mit anderen Worten: Finnland, Esthland und Livland soll er herausgeben. Der Herzog von Orleans ist ganz einverstanden. Auch er erklärt es für unmöglich, ein Programm aufzustellen, das Schweden und Russland zugleich zufriedenstellen würde. Das allgemeine Interesse erfordere aber, dass der Zar nicht der Herr des baltischen Meeres werde.

In ihrer schroffen Haltung gegen Peter den Grossen wurde die englische Regierung noch bestärkt durch die Berichte, die sie aus Petersburg erhielt. Dort hatte soeben Kapitän Jefferyes seine von allem Anfang an hoffnungslose Unterhandlung begonnen. Die Russen hatten ihre alte Forderung nach einem politischen Bündnisse, der englische Gesandte die ebenso alte Forderung nach einem Handelsvertrage vorgebracht. Keiner von beiden Teilen nahm die Sache ernst. Der von russischer Seite wieder vorgelegte Vertragsentwurf aus dem Jahre 1716 besagte, dass England alle russischen Eroberungen gegen

[1]) Stair an Craggs. 11. Febr. 1719. R. O.
[2]) Craggs an Stair. 17. Febr. (a. St.) 1719. R. O.

Schweden garantieren und 15 britische Kriegsschiffe in der Ostsee unter den Befehl des Zaren stellen müsse. Als man das in London empfing, erkannte die Regierung, dass der Zar auf Bedingungen, die für Schweden annehmbar wären, nur eingehen würde, wenn man ihn dazu zwinge.[1]) Am 9. März a. St. gibt Craggs denn auch die Form an,[2]) in der solches geschehen müsse. „Die Gedanken des Königs gehen in Kürze dahin, durch ein Bündnis, das Schweden, Dänemark, Preussen, Polen, der Kaiser mit Seiner Majestät schliessen werden, Schweden das ihm vom Zaren Genommene wieder zu verschaffen. Dann wird auch dieser selbst nolens volens sich ebenfalls dem Vertrage anschliessen müssen."

Mit der Geste des Schiedsrichters über die Nationen meint hier der Minister Grossbritanniens sein Machtwort über die Zukunft von Nordeuropa sprechen zu dürfen. Der Mitwirkung Frankreichs glaubt er sicher zu sein. Zwar spielt auch in diese Frage wiederum der uns schon wohlbekannte Gegensatz hinein zwischen dem alten und dem neuen Kurs, zwischen der Politik Ludwigs XIV. und derjenigen des Herzogs von Orleans. Aber die Vertreter des alten Kurses kommen dieses Mal kaum zu Worte. Der Minister Torcy, dem nun einmal jede politische Gemeinschaft mit England wie mit dem Kaiser gegen die Natur ging, vermochte nicht viel auszurichten. Denn das Zusammengehen der Westmächte, eindrucksvoll verkörpert durch die Quadrupel-Allianz, beherrschte nun einmal die Politik des Weltteils. Nicht Frankreich aber, sondern Grossbritannien schritt voran in diesem Bunde. Wenn von französischer Seite einmal daran erinnert wurde, dass Frankreich als Garant des Westfälischen Friedens doch der Form nach die Vermittlung im Norden übernehmen sollte, so ward auch dieser Anspruch in London kühl abgelehnt.[3]) Der Regent gewöhnt sich daran, über den Zaren Peter ganz so zu reden, wie man es in London zu hören wünscht. Auch er erklärt es für notwendig, dass Schweden zunächst mit seinen sämtlichen Gegnern ausser Russland Frieden schliesse, um dann in ein Bündnis mit ihnen einzutreten. „Er hat sich in deut-

[1]) Craggs an Stair, 17. Febr. 1719. P. S. R. O.
[2]) Craggs an Stair, 9. März 1719. R. O.
[3]) Craggs an Stair, 9. März 1719. R. O.

lichen Worten bereit erklärt, uns den Zaren zu opfern," schreibt Stair am 2. April 1719. Auch Dubois hat seine vorigen russischen Neigungen ganz abgeschüttelt und sagt jetzt, in der nordischen Frage sei das Zusammengehen mit England für ihn „das Gesetz und die Propheten." [1])

---

Doch muss man sich hüten, die Bedeutung solcher Reden zu überschätzen. „So sind die Franzosen nun einmal. Sie können von der Intrigue nicht lassen, und zu den Grundideen, in denen sie aufgewachsen sind, kehren sie immer wieder zurück." So hatte St. Saphorin noch kürzlich geschrieben.[2]) Mit der beglückenden Einigkeit in der nordischen Politik der Westmächte war es plötzlich vorbei, als im April 1719 der französische Gesandte am schwedischen Hofe, Graf La Marck in Paris erschien. Er war seit 1717 in Stockholm gewesen, hatte soeben die Anfänge der neuen Regierung miterlebt und war über die Absichten und Wünsche Schwedens wohl unterrichtet. Dieser Mann legte dem Regenten einen grossen Friedensplan vor, den er mit Kennermine als das Allheilmittel gegen die nordischen Gefahren anpries. Auch Lord Stair, der auf die Ankunft La Marcks vorbereitet gewesen, fand bald Gelegenheit zu ausführlicher Aussprache mit dem Neuangekommenen, sogar zu einer ausführlicheren Aussprache, als es dem Regenten und Dubois lieb war.[3]) Nach den ersten Worten La Marcks erkannte Stair, dass zwischen ihnen eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen sei. „Das Herz der Schweden" sagte La Marck, „hängt an der Wiedergewinnung ihrer deutschen Provinzen." Er empfahl sofort den Verzicht Hannovers auf einen Teil von Bremen und Verden. Das lehnte Stair natürlich unbedingt ab. Auch ein Stück von Pommern, meinte jener, sollte wieder schwedischer Besitz werden. Stair fragte, was denn der Krone Schweden an einem kleinen Rest pommerschen Landes gelegen sein könne, da doch Frankreich selbst dem Könige von

[1]) Stair an Craggs, 12. März 1719. R. O.
[2]) An Bernstorff, 18. Jan. 1719. Hann. Arch.
[3]) Stair an Craggs, 6. Mai 1719. R. O.

Preussen bereits Stettin garantiert habe, und Schweden daher von dem Uebrigen nur Unkosten haben würde. Lieber sollte es doch Livland mit Reval zurückzugewinnen trachten, damit nicht der Zar auf der Ostsee allmächtig werde. Doch davon will La Marck nichts hören. Schweden, wiederholt er, hängt zu sehr an seinen deutschen Besitzungen, und, um ganz offen zu reden, so legt Frankreich nicht weniger Wert darauf, als Schweden selbst, dass dieses einen Fuss im Reiche behalte. Und weiter: das preussisch-russische Bündnis ist fest, denn es beruht auf den gemeinsamen Absichten, die diese beiden Staaten auf polnische Gebietsteile haben. Auch sind die noch fortdauernden Alander Konferenzen keineswegs aussichtslos. Kann wohl sein, dass sie zum Frieden zwischen Russland und Schweden führen. Entsetzt über alle diese Aussichten erwidert Stair: So stehe man denn wohl vor einem neuen Kriege, der gefährlicher zu werden drohe, als der jetzige. Der andere erwiderte lakonisch: *„Mylord, j'en conviens, mais que faire."*

Alsbald änderte auch der Regent seine Sprache. In der Form klang zwar noch alles so verbindlich, so entgegenkommend, so englandfreundlich wie zuvor. Er schien immer noch bereit, den Zaren ganz fallen zu lassen. Als dieser 1717 in Frankreich gewesen, so plauderte der Herzog von Orleans, habe Peter sich erboten, an die Stelle Schwedens zu treten und als Verbündeter Frankreichs im Norden ein Gegengewicht gegen die Kaisermacht zu bilden. Aber er, der Regent, habe es abgelehnt denn er werde Europa gegenüber nicht die Schuld auf sich laden, die Moskowiter ins Reich gebracht zu haben. Immerhin, auf das Gegengewicht, auf die „Barriere", die durch eine fremde in Norddeutschland ansässige Macht gegen das Haus Oesterreich gebildet werde, könne er allerdings nicht verzichten. Und kurz und gut: Schweden muss einen Fuss in Deutschland behalten.

Die alte Formel klang auch aus dem heraus, was der Geschäftsträger Destouches in London sagte. „Die Franzosen," schreibt Craggs,[1]) „wollen durchaus, dass Schweden, ihr alter Verbündeter, einen Fuss in Deutschland behalte, ein Punkt,

[1]) Craggs an Stair, 28. April 1719, R. O.

der, soviel ich sehe, mit den Absichten unseres Königs unvereinbar ist."

Fassen wir das Ergebnis des eben Erzählten zusammen. Der Versuch, den Bund der Westmächte, der zur Aufrichtung des Friedens in Südeuropa geschaffen worden, nun auch im Norden seine Heilkraft bewähren zu lassen, war gescheitert. Im Gegenteil, die Verschiedenheit der Interessen war dadurch erst recht deutlich geworden. England sah die Lage in erster Linie vom kommerziellen und maritimen Standpunkte aus an, es fürchtete die Macht Peters des Grossen und wollte ihm jedenfalls nicht mehr als gerade nur „das Fenster" an der Ostsee, gönnen. Finnland, Livland und Esthland durfte er nicht behalten, weil sonst der stürmisch vordringende Moskowiterstaat den ganzen britischen Ostseehandel in Gefahr bringen würde. An der Stelle des gedemütigten Schwedenstaates eine neue Grossmacht sich ausbreiten zu lassen, war nicht die Meinung Englands. Erhielt aber Schweden das in den Ostseeprovinzen Verlorene zurück, so durfte ihm dafür schon der Verzicht auf seine deutschen Provinzen zugemutet werden. Zwar entsprang diese Forderung noch mehr den Wünschen Hannovers als Englands. Aber hier teilte England den Standpunkt Hannovers gern. Und was Hannover betrifft, so liess Georg I. sich gewiss weit mehr durch den Wunsch leiten, Bremen und Verden behalten zu dürfen, als durch den wohlklingenden reichspatriotischen Gedanken, den Schweden ganz vom deutschen Boden zu verdrängen.

Ganz anders der französische Standpunkt. Frankreich ist nicht so voller Sorge vor der steigenden Macht Russlands. Es gönnt ihm seine Ausbreitung an der Ostsee. Und was ihm wichtiger ist, es will genau so, wie einst Richelieu gedacht, auch Schweden in Deutschland nicht missen. Auf etwas mehr oder weniger komme es ihm dabei gar nicht an, sagte der Regent,[1]) wenn nur der altbewährte Bundesgenosse gegen das Haus Habsburg auf deutschem Boden immer zur Hand ist. Armes Deutschland, möchte man ausrufen, dessen Schicksal an den Ausgang eines Interessenstreites zwischen England und Frankreich gekettet war.

[1]) Stair an Craggs, 6. Mai 1719. R. O.

Doch kehren wir zur englischen Politik zurück. Lord Stair war durch seine jüngsten Erfahrungen äusserst misstrauisch geworden. Er will der französischen Regierung nicht länger Glauben schenken, denn sie spielt kein sauberes Spiel mehr. Für Dubois insbesondere hat er nur Zorn und Spott. Man kann ihm nur seine absolute Unkenntnis in den Fragen des Nordens zu gute halten. Er hat versprochen, die Karte zu studieren, aber er hat wohl nicht die Zeit dazu gefunden. Und doch will er Stair in seine Absichten nicht einweihen, und als der Gesandte den von La Marck ausgearbeiteten schriftlichen Plan zu besitzen wünscht, verfällt Dubois in die höchste Aufregung und tobt eine halbe Stunde lang. Frankreich, sagt Stair, will den Vermittler spielen, will das Geschäft allein in der Hand behalten. Es will uns im Dunkel halten so lange wie möglich. „Wir müssen heraus aus dieser Lage. „Wir müssen mit eigenen Augen sehen, mit eigenen Ohren hören, wir müssen für uns selbst reden: Dann wird auch Frankreich reinlicher mit uns verfahren."

Während der Lord diesen Herzenserguss nur einem Privatbriefe an seinen Freund Craggs anvertraute[1]), unterbreitete er ihm in seinem amtlichen Schreiben[2]) einen Plan für das Verhalten Englands in der nordischen Frage. Man sollte doch, so ist sein Rat, schleunigst einen Gesandten nach Stockholm, einen andern nach Berlin schicken, um Klarheit zu gewinnen über die Absichten dieser Höfe. Was Stair vorschlug, war nichts anderes als ein Verzicht auf die gemeinsame Marschroute mit Frankreich. Es war nicht das erste Mal während der Amtswaltung des Grafen Stair, dass die englische Politik in der Pariser Gesandtschaft gemacht wurde. Die Londoner Minister waren einverstanden und gingen unverzüglich an die Ausführung. Und da auch die Entsendung eines Ostseegeschwaders unter Sir John Norris bereits beschlossene Sache war, so sehen wir England im Begriffe, unbekümmert um Frankreich und die Quadrupel-Allianz, seinen eigenen Weg zu gehen. Zwei diplomatische Sendungen und eine Flottenexpedition sollten der Erreichung seiner nordischen Pläne dienen. Wir

[1]) (Hardwicke) State Papers 2, 561.
[2]) Stair an Craggs, 6. Mai 1719. R. O.

werden jeder dieser drei Unternehmungen unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden haben.

---

Die Allianz vom 5. Januar 1719 bezeichnet den Moment der höchsten Feindseligkeit zwischen den Höfen von London und Berlin. Bernstorff beherrschte auch die englische Politik. Er hätte sie fast in einen Krieg gegen Preussen hineingetrieben. Er meint die Engländer immer wieder vor dem unruhigen Ehrgeiz dieses Staates warnen zu müssen. Er meint ihn durch langjährige Erfahrung zu kennen, er hat ihn unter drei Regierungen beobachtet, es sind dort immer schlimmere Leute an die Spitze gekommen. Sich auszudehnen, zu erobern, die Nachbarn zu berauben, auf ihre Kosten ein mächtiges Reich zu gründen, das ist der Geist, die Begierde, die Leidenschaft, von der dieses Preussen erfüllt ist. So schreibt Bernstorff noch im Februar 1719 seinem Freunde St. Saphorin in Wien, und bittet ihn, diesen Herzenserguss nur gleich zu verbrennen, wenn er ihn gelesen habe.[1])

Aber schon hatten die Mitglieder der englischen Regierung begonnen, sich von der Herrschaft der Hannoveraner zu befreien. Die Allianz vom 5. Januar mit ihrer verfänglichen Deklaration 4 scheint ihnen die Augen geöffnet zu haben. Auch Bonet tat das Seinige, hatte lange Konferenzen mit den englischen Ministern und suchte sie gegen ihre deutschen Kollegen einzunehmen. Es gelang ihm vollkommen. Statt der Sarkasmen, die er bisher hatte anhören müssen, vernahm er nun den Wunsch, dass England und Preussen in ihrer nordischen Politik gemeinsame Sache machen, dass sie in guter Freundschaft miteinander leben möchten. Die von Lord Stair empfohlene Annäherung zwischen den Regierungen von England und Preussen war die erste Frucht des Sieges der englischen Minister über Bernstorff und die hannövrische Junta.[2])

So ward Charles Whitworth in neuer Mission an dem preussischen Hof entsandt. „Wir haben keinen andern Minister, den wir in Berlin beschäftigen könnten“ erklärte Stanhope.

---

[1]) Bernstorff an St. Saphorin 15. Febr. 1719. Hann. Arch.

[2]) Bonet 17./28. März 1719. Geh. St. Arch.

Einen besseren Kenner Friedrich Wilhelms I. und der rauhen Eigentümlichkeiten seines Hofes hätte man allerdings nicht finden können. Whitworth war es gewesen, dem im Frühjahr 1717 der König von Preussen so vertrauensvoll sein Herz eröffnet hatte, und der sich zuletzt mit erquickender Herzlichkeit allerseits verabschiedet hatte.

Stanhope hatte die Anknüpfung mit Preussen längst gewünscht. Er hatte sie schon in den grundlegenden Ausführungen empfohlen, die er am 30. März 1719 an Dubois gesandt. Auch sie soll dazu dienen, seiner grossen Politik zum Siege zu verhelfen. Während er den Kriegsplan gegen Spanien entwirft und den Anschluss der Holländer an die Quadrupel-Allianz betreibt, soll der mit Preussen zu schliessende Vertrag dem englischen Einfluss im Norden den Weg bereiten. Man sieht auch deutlich, wie hier alles ineinander greift. Derselbe Whitworth, der zum Werkzeuge dieses Planes ersehen ist, verhandelt eben noch im Haag, und wartet auf den Eintritt der Generalstaaten in die berühmte Koalition, die man mit berechneter Voreiligkeit der Welt schon als den Vierbund angekündigt hat.

Damit soll freilich nicht gesagt sein, dass man nicht auch den Norden für sich allein zu betrachten fähig war. Sachlich wie immer ging hier die englische Politik zu Werke. Whitworth hatte dieses Mal nicht wieder eine so inhaltleere Instruktion erhalten wie vor drei Jahren. Er war beauftragt,[1]) wenn nicht ein Bündnis, so doch einen Vertrag zwischen England und Preussen herbeizuführen, der gleichsam die Friedensaktion im Norden einleiten und auf eine feste Grundlage stellen sollte. Gegenseitige Garantien werden den Ausgangspunkt bilden. Preussen wird die protestantische Sukzession garantieren, wozu Friedrich Wilhelm, nach allem was er früher getan, gewiss bereit sein wird. England wird der Garant des künftigen Friedensschlusses zwischen Preussen und Schweden. Auch ein zwischen Preussen und Hannover, wie früher für den gemeinsamen Kampf, so jetzt für die Beendigung desselben zu schliessender Vertrag soll die englische Garantie

[1]) Ueber Whitworths Instruktionen vgl. Chance, George I. and the Northeen War. 310 ff.

erhalten. Als Beweis für die ehrlichen Absichten der grossbritannischen Regierung soll Whitworth endlich auch die oft erbetene Zahlung der Subsidien-Rückstände in Aussicht stellen. Er darf, wenn Berlin darauf besteht, diese Zusage sogar in der Form eines besonderen Artikels in den Vertrag aufnehmen.

Es hatte mit dieser Frage eine besondere Bewandtnis. Im Frühjahr 1718 war eine Parlamentsakte beschlossen, welche die Regierung zur Liquidierung der Soldrückstände für auswärtige Truppen ausdrücklich ermächtigte. Kaum war das geschehen, so beeilte sich der preussische Resident, die Ansprüche seines Herrn bei der Londoner Regierung in Erinnerung zu bringen.[1]) Umsonst. Ein Jahr verging, da gedachte der König in seiner Thronrede auch der getroffenen Anordnungen, um dem Auslande seine Schulden bezahlen zu können.[2]) Abermals meldete sich Bonet mit einer Note[3]) und bat um die Tilgung der nun fast 7 Jahre alten Schuld an Preussen. Sie war nicht einmal von gewaltiger Höhe. Die ganze Summe betrug etwa $1\,^1/_2$ Millionen holländischer Gulden. Bonet bat, England möge die Sache noch vor der Ankunft Whitworth' in Berlin erledigen. Die englische Regierung aber zog es vor, die anderthalb Millionen als eine der Lockungen wirken zu lassen, die Friedrich Wilhelm den englischen Wünschen geneigt machen sollten.

Um auf die Whitworth erteilten Instruktionen noch einmal zurückzukommen, so gab es einen Punkt darin, der ihm als der wichtigste von allen bei dem kommenden Vertragsschlusse besonders an's Herz gelegt wurde: das Interesse des englischen Handels. Wer auch immer, heisst es, die baltischen Häfen in Zukunft besitzen wird, so darf mit Schweden kein Friede geschlossen werden, wenn nicht zugleich der Handel in der Ostsee in seiner alten Form wieder hergestellt wird.

Bedeutete der Entschluss, mit Preussen anzuknüpfen, einen Triumph des englischen Ministeriums, so können wir auch das Uebelwollen beobachten, mit dem der deutsche Hof den Gang der Dinge verfolgte. Stanhope ist voller Erwartung, Bernstorff ist missmutig und prophezeit einen üblen Ausgang.

---

[1]) Bonets Note vom 31. März 1718. R. O. Prussia 21.

[2]) Parl. Hist. 7, 601.

[3]) Vom 27. April 1719. R. O. Prussia 21.

Nur soviel, meint er, wird Whitworth in Berlin erreichen, dass die Herren Engländer von ihrem Irrtum in bezug auf den preussischen Hof ein für allemal geheilt sein werden. „Man schreibt uns aus Berlin, dass die Stimmung dort noch nie so schlecht gewesen sei, wie zu dieser Stunde, und noch nie so versessen auf das Bündnis mit dem Zaren und auf einen Sonderfrieden mit Schweden".[1]) Ganz ähnlich, was Robethon ingrimmig höhnend schrieb: Von dem, was Whitworth ihm zu eröffnen hat, davon kann der König von Preussen den allerschlimmsten Gebrauch machen. Aber was tut's? Wir sind beim Zaren schon so schlecht angeschrieben, dass da nichts mehr zu verderben ist.[2])

Fast schien es, als ob diese bösen Prophezeiungen recht behalten sollten. Zwar liess der Empfang, den Whitworth fand, nichts zu wünschen. Friedrich Wilhelm zeigte sich gnädig und voller Verlangen, mit dem König von England *une bonne et étroite union* zu errichten. Ganz anders die Minister Ilgen und Kniphausen. Es war Whitworth zur Pflicht gemacht worden, mit ihnen erst zu reden, wenn er von Friedrich Wilhelm empfangen wäre, damit nicht der König, ehe er Whitworth gesehen, durch die Minister ungünstig beeinflusst werde. Auch dass der hannövrische Gesandte Heusch der ersten wie den folgenden Konferenzen beiwohnte, entsprach nur der empfangenen Weisung. Gleich bei der ersten Unterredung aber trat die grosse Schwierigkeit hervor, die dem Abschluss des Werkes im Wege stand. Sie war um so ernster, da sie der Verschiedenheit der politischen Systeme entsprang. Den Engländern kam es doch im Grunde darauf an, Preussen von Russland zu trennen, damit dieses isoliert und endlich zur Unterwerfung unter den englischen Friedensplan gezwungen werde. Sie wünschten darum ein Zusammengehen der übrigen Könige, wobei Friedrich Wilhelm — wiederum entgegen seiner bisherigen Politik — sich insbesondere zur Verbindung mit dem Könige von Polen bereit erklären, gemeinsam mit ihm seinen Frieden mit Schweden schliessen sollte. Das lehnten die preussischen Minister rundweg ab und erklärten, sich die

[1]) Bernstorff an St. Saphorin. 5. Mai 1719. H. A.
[2]) Robethon an St. Saphorin, 25. April 1719. H. A.

Hände freihalten zu müssen. Schon von der ersten Konferenz nahm Whitworth den Eindruck mit, dass an diesem Punkte alles scheitern könne.[1])

Ueberhaupt herrschte noch tiefes Misstrauen zwischen beiden Teilen. Friedrich Wilhelm war ängstlich bemüht, seinen Freund, den Zaren, nicht zu verletzen. Whitworth konnte nicht hindern, ja es wurde ihm gegenüber kein Hehl daraus gemacht, dass der russische Gesandte über den Gang der Unterhandlung fortgesetzt unterrichtet wurde. Eine vom preussischen Standpunkt aus sehr begreifliche Vorsicht, denn ein Bruch mit Russland, ehe der Frieden mit Schweden hergestellt war, konnte den sofortigen Einmarsch russischer Truppen in Ostpreussen zur Folge haben. Auch Oesterreichs Haltung war ungewiss. Vor kurzem noch entschlossen, die Schweden nicht mehr auf deutschem Boden zu dulden, schien es ihm jetzt nützlicher, sie wieder in Pommern Fuss fassen zu lassen, ja, ihnen vielleicht das ganze Pommern zu geben, um die Macht Schwedens, wenn es nottue, gegen Russland und Preussen zugleich verwenden zu können.[2]) Zu dem von englischer Seite so warm empfohlenen Polen konnte Friedrich Wilhelm vollends kein Vertrauen gewinnen. Es hatte in den letzten Jahren zwischen ihm und den Polen zu viel Grenzstreitigkeiten und ärgerliche Auseinandersetzungen anderer Art gegeben. Auch war er nicht frei von der Sorge, dass die polnische Krone dem sächsischen Fürstenhause erblich übertragen werden solle, was er auf alle Weise zu verhindern wünschte, um den sächsischen Nachbarn nicht zu mächtig werden zu lassen. Und wie schwer musste es ihm endlich fallen, sich ein Herz zu fassen zu den Verbündeten der Wiener Allianz vom 5. Januar 1719. Noch hatte er zwar die Urkunde nicht zu Gesicht bekommen. Dass der Vertrag sich aber gegen Preussen wie gegen Russland wendete und zum Schutze Polens geschlossen war, schien unzweifelhaft. Friedrich Wilhelm glaubte nicht daran, dass die nun eröffnete Verhandlung von ganz anderem Geiste getragen, dass schon der Entschluss zu derselben nicht

[1]) Whitworth an St. Saphorin, Berlin, 23. Mai 1719. H. A.

[2]) St. Saphorin an Whitworth, 31. Mai 1719; ders. an Bernstorff, 31. Mai 1719. H. A.

durch Bernstorff, sondern gegen ihn durch Stanhope herbeigeführt worden war.

Whitworth tat wenig, um die Stimmung zu verbessern. Die Preussen klagten über seinen Hochmut und seine Zähigkeit. Kam man in den Konferenzen nicht rasch von der Stelle, so pflegte er sich zu erheben und um die Angabe einer Stunde für die Abschiedsaudienz beim Könige zu bitten.[1]) Immerhin gab man den Versuch der Verständigung nicht auf. Der von Whitworth mitgebrachte Entwurf wurde nach Hannover gesandt — Georg I. und Stanhope weilten dort — um den preussischen Wünschen entsprechend abgeändert zu werden, er kam in verbesserter Gestalt zurück, schien aber den Preussen so unannehmbar wie zuvor.

Stanhope hatte die in Berlin begonnenen Verhandlungen mit voller Aufmerksamkeit und mit ernster Sorge begleitet. Er begrüsste die sympathische Haltung Friedrich Wilhelms gegenüber Whitworth. „Und wenn auch", erklärte er, „die preussischen Minister noch keine Neigung zeigen, den Zaren fallen zu lassen, ich verzweifle nicht daran, dass wir mit ihnen abschliessen können".

Stanhope war von allen, die auf diese Verhandlung Einfluss zu nehmen vermochten, der Weitblickendste. Er war auch der Vertreter des rein englischen Standpunktes. Wie er die Sache ansah, so sollte hier Hannover einmal England dienen, wie England nun so oft Hannover gedient hatte. Er will den Frieden im Norden, um im Süden freie Hand zu haben. Denn für ihn ist auch die Gewinnung Preussens nur ein Stück von jener Politik der Quadrupel-Allianz, die sein persönliches Werk war.

Jetzt trat auch Frankreich an die Seite Englands. Der französischen Regierung kam es in diesem Augenblicke mehr darauf an, die Gefahren des Nordens zu beschwören, als ihren besonderen Friedensplan durchzubringen. Dubois fürchtete das Entstehen einer nordischen Koalition, welche den Kaiser und den König-Kurfürsten in Deutschland bedrohen und sie von Frankreich trennen würde. Dann, hiess es, werde Alberoni seinen König nach Frankreich führen und daselbst eine völlige Umwälzung bewirken. Unzufriedene gebe es genug, und eine

[1]) Vgl. Droysen IV 2, 262.

Erhebung in der Bretagne werde nicht ausbleiben. Höchst wahrscheinlich würde auch eine in Coruña bereit gehaltene spanische Flotte dem Aufstande zu Hilfe kommen. Es war die Zeit, wo Frankreich um ein britisches Geschwader bat, das vor den Küsten der Bretagne kreuzen möge, und wo England diesen Flottenschutz bereitwillig zur Verfügung stellte. „Sie begreifen wohl", so schliesst eine Darlegung Lord Stairs, „wie viel darauf ankommt, in so heikler Lage die Hoffnungen Alberonis und der spanischen Partei in Frankreich zunichte zu machen. Das kann aber nur geschehen durch den Abschluss des Vertrages zwischen Seiner Majestät und dem Könige von Preussen".[1]) Genug, das Programm La Marcks schien auch in Frankreich aufgegeben. Dringt Whitworth durch, sagte Stanhope, so ist es das Verdienst Rottembourgs, dessen Haltung derjenigen La Marcks genau entgegengesetzt ist.[2])

Dennoch schien über der in Berlin geführten Verhandlung kein günstiger Stern zu leuchten. Schon war das Vertragsprojekt von Hannover zurückgekommen. Die diplomatische Arbeit begann von neuem. Es gelang auch, die gefährlichsten Klippen zu umschiffen. Nur der siebente Artikel des Projekts, die Einbeziehung Polens in den Friedensschluss betreffend, bildete nach wie vor den Stein des Anstosses. Zwar gingen Whitworth und Heusch in ihren Zugeständnissen sogar noch über das Projekt hinaus.[3]) Die preussische Regierung antwortete mit der Ueberreichung eines Schriftstückes, „*Nouvelles Remarques*" betitelt, das nach eigenhändig vom Könige niedergeschriebenen und unterzeichneten Bemerkungen verfasst war.[4]) Betrachtet man diese preussische Note etwas genauer, so wird man, trotz ihrer grimmigen Form, ein Einlenken Friedrich Wilhelms darin finden. Es war freilich zunächst gefordert, der Artikel 7 solle besagen, Preussen und England würden mit Schweden nicht Frieden schliessen, wenn nicht auch Dänemark, der Zar und Polen — also nicht das letztere allein — darin eingeschlossen würden. Für den sicheren Fall, dass dieses abgelehnt wurde, ward gefordert: kein Friede

[1]) Stair an Robethon, 17. Juni 1719. H. A.
[2]) Stanhope an Stair, 7. Juni 1719, n. St. R. O. Regencies 14.
[3]) Whitworth an St. Saphorin, 18. Juni 1719. H. A.
[4]) Diese sind mitgeteilt bei Droysen 262 2).

*„au préjudice des alliances faites par la ligue du Nord“*. Aber auch das war noch nicht das letzte Wort. Als sein allerletztes, sein Ultimatum, wie er selbst es nannte, enthielten die *„Nouvelles Remarques“* die grundsätzliche Zustimmung Friedrich Wilhelms, dass Artikel 7, so wie er im Entwurf lautete, stehen bleiben möge, dass also Polen allein, ohne Russland und Dänemark, zugelassen würde. Nur sollte der Anschluss Polens in der Form erfolgen, dass es Preussen förmlich darum ersuche. König August müsse ferner den Fraustädter Brief, ein vor drei Monaten an Friedrich Wilhelm gerichtetes öffentliches Sendschreiben voll kränkender Vorwürfe, feierlich widerrufen. Und endlich sollten die zwischen Preussen und Polen schwebenden Grenzstreitigkeiten endgültig zu Gunsten Preussen entschieden werden.

Whitworth und Heusch fanden aber diese Forderung noch zu weitgehend. Am 17. Juni brachen sie die Verhandlungen in aller Form ab.[1]) Whitworth verliess Berlin und begab sich in das Hoflager seines Königs nach Hannover. Jeder Teil schob dem andern die Schuld an dem Scheitern zu, das bei allseitigem gutem Willen wohl hätte vermieden werden können. „Wir sollen ihnen Polen auf Gnade und Ungnade ausliefern oder uns auf unbekannte Bedingungen an den Zaren fesseln lassen“, erklärte Whitworth. „Preussen will Russland an der Hand haben, um uns jederzeit beunruhigen und sich seiner bedienen zu können.“[2])

Welch einen Triumph bedeutete dieser Ausgang für Bernstorff. War es jetzt nicht sonnenklar, dass Preussen nur darauf ausgehe, die Bernstorff so teure Wiener Allianz zu sprengen? Ilgen und Kniphausen haben das Werk vereitelt. Aber Bernstorff bedauert es nicht. „Unser Hauptzweck, gewissen Leuten über das Wesen Preussens die Augen zu öffnen, ist erreicht.“[3]) Mit den gewissen Leuten war der König selbst gemeint. Georg I.[4]) schrieb: „Es ist leicht zu ermessen, dass obiges alles, um die Diffikultäten zu vermehren, von dem Geheimen Rat von Ilgen suggerieret worden.“

[1]) Das kommt in Droysens Darstellung (263) nicht zum Ausdruck. Ranke S. W. 27—28, 27 würdigt die Bedeutung dieser Krisis der preussischen Politik.
[2]) Briefe von Whitworth an St. Saphorin vom 17. u. 18. Juni 1719. H. A.
[3]) Bernstorff an St. Saphorin, 20. Juni 1719. H. A.
[4]) Georg I. an St. Saphorin, 19. Juni 1719. H. A.

Bei dem steigenden Einflusse, den die Westmächte, und England als die führenden unter ihnen, auf die Entwicklung der nordischen Verhältnisse ausübten, konnte sich zuletzt aber auch Friedrich Wilhelm der Notwendigkeit einer Verständigung mit der deutschen und der britischen Regierung Georgs I. nicht verschliessen. Nur schwer, nur durch tiefe innere Erregungen hindurch, ist er zu dieser Erkenntnis gelangt. Aber auch die Ereignisse selbst mussten noch dazu beitragen, ihn anderen Sinnes zu machen. So lassen auch wir zunächst einmal diese abgebrochene Verhandlung bei Seite, lassen Charles Whitworth nach Hannover ziehen, um sich dort zu verantworten, und richten unsere Blicke auf die militärische und politische Machtentfaltung, die England im Norden bewies.

---

Der zweite Schauplatz auf dem, der Anregung Stairs folgend, die englische Aktion einsetzte, war Stockholm, wo Lord Carteret auftrat. Wir begegnen ihm hier zum erstenmal, dem Sprössling eines vornehmen Geschlechts, dem seine Herkunft, seine Verbindungen, seine vielseitige Begabung eine glänzende Laufbahn versprachen. Sein Wissen ging über das übliche Mass des vornehmen Oxforder Studenten weit hinaus. Recht und Wirtschaft und Politik waren ihm gut vertraut, seine Sprachkenntnisse ungewöhnlich, nicht nur in den klassischen, sondern auch in den modernen Sprachen. Er war einer der wenigen Engländer, die imstande waren, mit Georg I. deutsch zu reden, ein Umstand, der ihm auch in seiner Karriere nur von Nutzen sein konnte. Wieviel leichter und freier mag zwischen ihm und dem Monarchen die Aussprache vonstatten gegangen sein, als es zwischen Georg I. und Robert Walpole der Fall war, die beide ihr in jungen Jahren mühsam erworbenes Latein „aufbürsten“ mussten, um miteinander reden zu können.

Carteret hatte sich schon als guter Redner im Oberhause hervorgetan. Seine diplomatische Laufbahn aber beginnt in Schweden. Er ist nicht einer von jenen korrekten Diplomaten, die nur ein Amt und niemals eine Meinung haben. Jedes Wort, das er spricht, verrät Temperament und subjektives Empfinden. In seinen Depeschen ist alles voller Leben und Farbe. Man meint, sie vor sich zu sehen, jene schwedische Gesellschaft und

vor allem das Königspaar in seiner Not und Bedrängnis. Die Geschichte dieser Mission, niedergelegt in Carterets eigenen Berichten[1]), liest sich wie ein Drama voll spannender Szenen. Die Stellung, die persönliche Macht des jungen Diplomaten gehen über das Gewohnte weit hinaus. Bei allem Geschick, das er in der Verhandlung entfaltet, ist doch sein stärkstes Argument immer der Hinweis auf die in der Ostsee befindlichen britischen Kriegsschiffe, die er jeden Augenblick zum Schutze der schwedischen Küsten herbeirufen kann. Denn Sir John Norris ist ausdrücklich angewiesen, auch den Befehlen Carterets zu folgen. Dazu wollte es das Schicksal Schwedens, dass die kritischen Momente, wo der Wert dieser Hilfe jedermann deutlich in die Augen sprang, nicht ausblieben.

So erschien der junge Lord wie die Verkörperung des englischen Machtwillens gegenüber dem friedensbedürftigen Schweden. Die politischen Ideen, deren Verwirklichung er versuchen sollte, sind uns schon bekannt. Der leitende Gedanke seiner Instruktionen[2]) ist kein anderer als der in den Pariser Verhandlungen schon so stark zum Ausdruck gebrachte Wunsch Englands, dass Schweden auf deutschem Boden alles verliere, dafür aber die ihm von Russland genommenen Gebiete zurückerhalte. Dieses Programm galt es, der schwedischen Regierung als das einzig mögliche und heilsam erscheinen zu lassen. In solcher Absicht muss Carteret die Königin Ulrike Eleonore darauf hinweisen, dass schon Karl XII. wohl gewusst habe, er werde im besten Falle nur einen kleinen Teil seiner deutschen Besitzungen zu retten vermögen. Und sie werde doch nicht sanguinischer sein wollen als ihr Vorgänger. Bliebe aber auf deutschem Boden statt grosser Länder nur ein winziger Gebietsrest übrig, so würde das der Krone Schweden nur Lasten und Kosten, und keine Vorteile bringen. Andererseits müsse für jeden echten Schweden die Wiedergewinnung des auf der Seite Finnlands und Livlands Verlorene Herzenssache sein. Um der Königin diese Auffassung noch plausibler zu machen, möge ihr der Gesandte auf der einen Seite die Erwägung nahelegen, dass für sie die Freundschaft von Dänemark, Polen und der benachbarten

[1]) R. O. Sweden 40. Brit. Mus. Add. 22511.
[2]) R. O. Kings Letters, Sweden 65.

deutschen Staaten unentbehrlich sei, um ihre Hand gegen den Zaren zu stärken, dass aber diese Freundschaft nicht anders zu haben sei, als wenn man diesen Staaten lasse, was sie gewonnen haben. Andererseits muss Carteret erklären, Finnland und Livland seien reiche, fruchtbare Gebiete, unentbehrlich für den Unterhalt und die Sicherheit Schwedens. „Wenn der Zar diese erhielte", heisst es wörtlich in der Instruktion, „so würde die damit gewonnene Gelegenheit zur Vermehrung seiner Schiffahrt und zur Ausrüstung grosser Flotten ihn nicht nur in den Stand setzen, so oft es ihm beliebte, eine Armee vor den Toren Stockholms ans Land zu setzen, sondern ihn auch unzweifelhaft früher oder später in Versuchung führen, seine Eroberungen über das ganze Königreich Schweden auszudehnen." Zu eigener Belehrung aber wird Carteret noch darauf hingewiesen, dass der Zar alsdann in der Tat der alleinige Herr der Ostsee würde, und wie verhängnisvoll dies für den englischen Handel wäre, der ja ohne die *naval stores*, ohne die Schiffbaumaterialien, die England aus jenen Ländern beziehe, überhaupt nicht bestehen könnte. „Darum müssen Sie Ihre ganze Geschicklichkeit und Ihr volles Augenmerk darauf richten, in diesem Punkte Ihr Ziel zu erreichen."

Wunderbar, wie leicht hier beides nebeneinander hergeht, der Vorteil Schwedens und derjenige Grossbritanniens. So unzweifelhaft der letztere für englische Staatsmänner entscheidend und dem ersteren übergeordnet war, so wird man im Hinblick auf die fernere Geschichte des europäischen Nordens doch kaum sagen können, dass Schweden, und vollends nicht, dass die europäische Kulturwelt mit der Durchführung dieses Programms schlechter gefahren wäre als es mit den späteren wirklichen Friedensschlüssen der Fall war. Mit seinem Versuch, die halbasiatische Grossmacht des Ostens zurückzudämmen, hat Stanhope, der Schöpfer der Quadrupel-Allianz, auch in seiner nordischen Politik einen grossen, fruchtbaren Gedanken verfolgt. Aber wir wissen auch, dass das verbündete Frankreich andere Wege zu gehen entschlossen war. Nun musste es sich zeigen, welche der beiden Westmächte ihren Willen durchzusetzen vermochte.

Noch ein paar weitere Punkte sind es, die uns in diesen Gesandteninstruktionen interessieren. England bietet sich als

Vermittler an und wird versuchen, die günstigsten Friedensbedingungen für Schweden zu erzielen. Geht dieses auf die englischen Vorschläge ein, so wird die gleichzeitig in der Ostsee erscheinende Flotte, die sonst nur zum Schutze des britischen Handels bestimmt ist, auch der Sache Schwedens dienen. Angesichts der zu schaffenden Verbindung von England und Schweden fehlt ferner auch nicht der Hinweis auf das gemeinsame protestantische Interesse. Politisch wird diese Verbindung aber ihren Ausdruck finden in einem Bündnisvertrage, der als eine Erneuerung des erloschenen Vertrages von 1700 erscheinen möge. Ist damit schon eine militärische Unterstützung von Seiten Englands gegeben, so wird es endlich auch bemüht sein, jene anderen im Norden interessierten Staaten zur Hilfeleistung zu bewegen, damit Schweden wirklich imstande sei, „den Zaren zur Vernunft zu bringen".

Schon durch sein erstes Auftreten in Stockholm bewies Carteret, dass er alle Fähigkeiten eines schneidigen und gewandten Diplomaten besass. Er kam mit einem Handschreiben Georgs I., das er bei der Audienz überreichen sollte. Als die der Königin Ulrike Eleonore in dem Briefe beigelegten Titel von den Schweden ungenügend und missverständlich befunden wurden und der Empfang des Gesandten deshalb verschoben werden sollte, erklärte er drohend, durch solche Vorwände pflegten Verhandlungen abgebrochen zu werden. In der nun rasch stattfindenden Audienz erfreute er das Herz der jungen Königin durch das artige Kompliment, die Vorsehung, die in Karl XII. die höchste Verkörperung aller militärischen Tugenden offenbart habe, wollte durch die Erhebung Ihrer Majestät der Welt wohl zeigen, dass in der königlichen Familie von Schweden auch alle anderen Tugenden in höchster Vollkommenheit zu finden seien.[1])

Die politische Lage, die Carteret vorfand, war seinen Plänen zwar nicht besonders günstig, doch auch nicht hoffnungslos. Eine starke Partei, an ihrer Spitze der Kanzler Graf Cronhjelm, arbeitete auf den Frieden mit Russland hin. Die schon zu Lebzeiten Karls XII. geführten Verhandlungen auf den Alands-Inseln waren wieder aufgenommen worden,

[1]) Carteret an Stanhope, Stockholm 3. Juli a. St. 1719. B. M. Add. 22511.

CHELSEA PUBLIC LIBRARY

der schwedische Bevollmächtigte Lilienstedt war der Schwager des Kanzlers. Peter der Grosse war zu allerlei Zugeständnissen bereit. Entschloss er sich zur Räumung von Reval, so schien der Friede sicher, ein Friede, der aber das Gegenteil von dem bedeutete, was Carteret erstrebte. Andererseits war auch eine Partei da, die mit England abzuschliessen wünschte. Prinz Friedrich von Hessen, der Gemahl der Königin, und Feldmarschall Dücker waren die Häupter derselben. Aber auch sie standen, wie jedermann in Schweden, unter dem allgemeinen Eindruck der Furcht vor einem Angriff der russischen Flotte. Der Prinz ersuchte Carteret sogleich, er möge doch den mit seinem Geschwader schon in der Ostsee befindlichen Admiral Norris näher heranziehen, und der Gesandte selbst meinte[1]): „Wenn wir nicht Miene machen, sie gegen ihn (den Zaren) zu beschirmen, so werden sie, glaube ich, mit ihm abschliessen." Hört man aber auf ihren Hilferuf, so kann England nur dabei gewinnen. Denn, „wenn unsere Flotte herankommt, so ist es mehr als wahrscheinlich, dass der Zar nicht ausfahren wird, und wir erwerben uns ein Verdienst, das uns nichts kostet".

Uebrigens konnte Carteret berichten, dass Ulrike Eleonore bereit sei, Bremen und Verden an Hannover abzutreten, wenn es auch an Bedingungen geknüpft wurde, die zu dem Wert dieser Erwerbung in keinem vernünftigen Verhältnisse standen. Unter diesen Bedingungen sehen wir Englisches und Hannövrisches in buntem Gemenge. Eine Erneuerung des englisch-schwedischen Vertrages von 1700 wurde gefordert, doch mit einer den gegenwärtigen Umständen entsprechenden Erweiterung, über deren Charakter aber noch nichts verlautete. Eine Geldunterstützung braucht Schweden, und zwar nicht nur vom Kurfürsten, sondern auch vom Könige. Es braucht nicht minder Soldaten und Schiffe. Es fordert, dass der Zar in seine alten Grenzen zurückgedrängt werde, dass er alle Eroberungen herausgebe. Doch soll er überall die Bauten, die Artillerie, die Festungsanlagen in ihrem jetzigen Zustande belassen. Es sind also meistens Forderungen, die England erfüllen soll, damit der deutsche Kurstaat durch die bremischen

[1]) Ebd.

Lande vergrössert werde. Sie werden zwar, meint Carteret, wohl nicht auf allen diesen Punkten unbedingt bestehen, doch möchte er nun wissen, wie weit er gehen, welches Aeusserste er zugestehen darf.

Wusste sich Carteret schon in so schwieriger Lage, gegenüber den drohenden kriegerischen Massregeln von der Seite Russlands, den Verhandlungen Schwedens mit aller Welt, kaum mehr zu helfen, so sollte er bald auf eine noch viel härtere Probe gestellt werden. Denn wenige Tage nach seiner Ankunft verdichtete sich urplötzlich der gefahrvolle Zustand Schwedens zu einer ernsten Krisis. Feldmarschall Dücker und der Hannoveraner Bassewitz treten bei dem englischen Gesandten ein, um ihm zu sagen, man habe sichere Nachricht, dass die Flotte des Zaren unter Segel gegangen sei. Aller Voraussicht nach würden demnächst, wenige Meilen von Stockholm entfernt, russische Streitkräfte ans Land steigen. Und wenn auch 18000 Mann gute schwedische Truppen da seien, um ihnen entgegenzutreten, so dürfe man doch das Schicksal Schwedens nicht von dem Ausgange einer Schlacht abhängig machen. Wenn nicht England als Retter erscheine, so werde man gezwungen sein, mit dem Zaren auf seine eigenen Bedingungen hin Frieden zu schliessen. So möge denn Carteret den Admiral Norris bewegen, dass er sich der schwedischen Hauptstadt bis über Gotland hinaus nähere. Alsdann werde es mit dem Verzicht auf Bremen und Verden und mit den zu schliessenden Verträgen keine Schwierigkeit haben. Als Antwort auf diesen Vertrag brachte Carteret höchst geschickt sogleich den wichtigsten Differenzpunkt zur Sprache. Er erklärte sich bereit zur Erneuerung des Vertrages von 1700, nicht aber zu der geforderten Erweiterung desselben. Man wird jetzt keine Erweiterung verlangen, heisst es darauf, wenn nur Carteret sofort an den Admiral schreibe. Der Gesandte erklärt, erst müsse er die soeben erhaltenen Zusagen auch aus dem Munde der Königin vernommen haben. Die Audienz findet sofort statt. Ulrike Eleonore erklärt sich, im Beisein des Gatten, mit allem einverstanden, mit der einfachen Erneuerung des Vertrages von 1700, wie mit dem Verzicht auf Bremen und Verden, wobei sie freilich als ihr letztes Wort hinzufügt, einen Fuss auf deutschen Boden müsse sie aber behalten.

Der Prinz wiederholt alles, was die Königin gesagt hat. Carteret verspricht einen Kurier zu Norris, einen andern nach Hannover zum Könige zu schicken.

Halten wir einen Augenblick inne, um zu erkennen, dass die englische Politik mit dieser Stellungnahme Carterets allerdings schon einen wichtigen Teil ihres nordischen Programms fallen gelassen hatte. Auf die völlige Verdrängung Schwedens vom deutschen Boden konnte sie fortan nicht mehr zurückkommen. Aber soviel war doch erreicht worden, dass Schweden von einem eiligen Friedensschlusse mit dem Zaren, der ihm alles Eroberte liess, zurückgehalten wurde. Die Angst vor Russland hatte die Schweden in die Arme Englands getrieben, hatte sie den Schutz der britischen Seemacht suchen lassen. „Der Zar, vor den Toren Stockholms, hat uns die besten Argumente geliefert", sagt Carteret.[1]) Aber nun konnte auch England seine Hilfe nicht versagen. Denn alle anderen Möglichkeiten mussten ihm gleich ungünstig erscheinen. „Wenn die Moskowiter landen", schrieb Carteret, „und die schwedischen Truppen schlagen, so ist es mit Schweden zu Ende. Werden die Moskowiter geschlagen, was wahrscheinlicher ist, so wird Schweden so stolz, dass für die Sache des Königs hier nicht mehr viel zu hoffen ist; machen sie aber einen Frieden, was am allerwahrscheinlichsten ist, so wird Europa und insbesondere die handeltreibenden Staaten, das Gewicht der moskowitischen Macht an der Ostsee zu spüren bekommen".

In aller Eile versuchte man nun, das politische Ergebnis dieser Besprechungen in eine feste, zuverlässige Form zu bringen. Innerhalb einer Woche war die Arbeit getan. Am gleichen Tage des 11./22. Juli 1719 wurde zuerst ein schwedisch-hannövrischer Präliminarfriede unterzeichnet, den Bassewitz abschloss, und ein „*papier promissoire*", welches Carteret den Schweden ausstellte. Die beiden Urkunden[2]) sollten, einander ergänzend, der künftigen Auseinandersetzung der drei Staaten England, Hannover und Schweden die Richtung weisen und eine vorläufige Entscheidung abgeben. Späterhin, in ruhigerer Stunde, mochte alles genauer festgelegt und in

[1]) An Stanhope 12. Juli a. St. 1719. R. O.

[2]) Sie befinden sich als Beilagen bei den Briefen Carterets an Stanhope vom 12. bis 14. Juli a. St. 1719. R. O.

die richtige Form gebracht werden. So nahm denn im Augenblick auch niemand Anstoss an der völkerrechtlich fast unerhörten Art — selbst die vielerwähnte Deklaration 4 wird hier noch übertroffen — wie Englisches und Hannövrisches miteinander vermengt war. Der Präliminarvertrag zumal erscheint wie ein kleines Monstrum. Hier schlossen im ersten Artikel Schweden und Hannover miteinander Frieden. In Artikel 2 überliess Schweden die Herzogtümer Bremen und Verden dem Kurfürsten von Hannover in derselben Form, wie es diese Lande 1648 empfangen hatte. Sodann versprach es im nächsten Artikel, als ob es vergessen habe, mit wem es abschliesse, den englischen Handel fortan nicht mehr stören, sondern so viel wie möglich begünstigen zu wollen. Im vierten Artikel ergreift plötzlich Georg I. als König von England das Wort und verpflichtet sich, die alte Freundschaft und Bundesgenossenschaft mit Schweden zu erneuern, um im fünften wieder als Kurfürst zu reden, indem er eine Million Taler an Schweden zu zahlen verspricht. Und endlich im sechsten Artikel spricht man die allseitige Absicht aus, in Braunschweig auf einem Kongresse nicht nur zwischen Schweden und Hannover den definitiven Frieden zu schliessen, sondern auch Schweden mit seinen anderen Feinden, Dänemark und Polen (aber wohlverstanden nicht Russland) zu versöhnen. Dieses wunderliche Abkommen ward, wie gesagt, von dem englischen Gesandten überhaupt nicht, sondern abgesehen von den schwedischen Unterhändlern nur von Bassewitz unterzeichnet. Carteret hingegen versprach in seinem „*papier*“ noch einmal die Erneuerung des englisch-schwedischen Vertrages von 1700 in einer den veränderten Verhältnissen entsprechenden Form, und er gab es schriftlich, dass er abermals einen Kurier an Admiral Norris schicken werde, um ihn und sein Geschwader zum Schutze Schwedens herbeizurufen.

Alsbald entstanden neue Schwierigkeiten. Im schwedischen Senat, dem der Präliminarvertrag vorgelegt werden musste, entstand eine ungeheure Aufregung, als man hörte, dass es nun mit der Abtretung der Herzogtümer Bremen und Verden voller Ernst werden sollte. Das „*papier promissoire*“ aber fand man ganz ungenügend. Die Zeit drängte. Zu nächtlicher Konferenz trifft Carteret mit mehreren Senatoren zusammen.

Schon hat die Beratung von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens gedauert, ohne dass eine Verständigung erreicht ist. Da verlässt Carteret die Versammlung und erklärt, er begebe sich jetzt nach Hause, werde aber nicht zu Bette gehen, sondern bis 6 Uhr warten, ob man ihm die Ratifikation des Vertrages bringe, sonst werde er vor die Stadt zur Armee gehen. Als die Frist verstrichen und die Ratifikation nicht da ist, reitet der Gesandte wirklich hinaus in's Lager, wo er seine Freunde, den Prinzen und den Feldmarschall trifft. Er findet sie unverändert in ihrer Gesinnung und empört über den Starrsinn des Senats. Dücker erklärt, er wolle in jedem Falle mit England abschliessen, auch wenn der Friede mit dem Zaren nicht zu vermeiden wäre, denn er wisse wohl, dass Schweden überall bessere Bedingungen erhalten werde, wenn es mit England gut stehe. Mit einem Briefe des Prinzen in der Tasche reitet Carteret befriedigt nach Stockholm zurück, wo er abends 9 Uhr eintrifft. Unterwegs hat er sich selbst von der gefahrvollen Lage Schwedens überzeugen können. Denn der Abendhimmel war erleuchtet vom Scheine der brennenden Dörfer, draussen auf den Inseln, wo die Soldaten des Zaren schon gelandet waren.[1])

Das erwähnte Schreiben des Prinzen war an den Kanzler Cronhjelm gerichtet und ermahnte den Senat, den Abschluss mit dem Könige von England nicht länger zu verzögern. „Wir haben unsere Feinde, die Russen, wie in einem Sack", schrieb Prinz Friedrich, „es ist keine Zeit zu verlieren, ich bitte Eure Exzellenz, die Lage reiflich zu überlegen, denn das Heil des Königreiches hängt davon ab". Gleichwohl war der Senat auch jetzt nicht leicht zu bewegen, die Ratifikation des schwedisch-hannövrischen Vertrages aus der Hand zu geben. Er tat es erst, als Carteret sich bereit gefunden, ein zweites „*papier promissoire*" zu unterzeichnen. Es bezog sich auf die Aenderungen, die in dem zu erneuernden englisch-schwedischen Vertrage von 1700 anzubringen waren. Der Gesandte gab jedoch seine Unterschrift erst, als es ihm gelungen war, wie er selbst schmunzelnd berichtet, den Wortlaut des Schriftstücks so nichtssagend, so allgemein und so dunkel zu fassen, wie irgend möglich.[2])

[1]) Carteret an Stanhope, 14. Juli a. St. 1719. R. O.

[2]) *having brought it as low and made it as general and obscure as I could.* 14. Juli a. St. 1719. R. O.

Carteret hatte ein diplomatisches Meisterstück vollbracht. Er hatte in fremder Umgebung und einer ihm neuen Aufgabe gegenüber sofort die Menschen und Verhältnisse so sicher durchschaut, als ob er sie immer gekannt hätte. Er liess sich nicht irre machen durch den Starrsinn der schwedischen Eiferer, die dem Präliminarvertrage so heftig widerstrebten. Da war ein Senator Laguardie, der schwor, er wolle lieber 5000 Kronen zahlen, als seinen Namen unter das Schriftstück setzen. Die Wahrheit war aber, dass diese Leute trotz aller Prahlereien viel mehr auf das Empfangen als auf das Opfern von Geldsummen bedacht waren. Der Gesandte wusste genau, was er zu tun hatte, wenn er später den englisch-schwedischen Vertrag zu erlangen wünschte. „Ich glaube, mit 5000 £ ist alles getan", schreibt Carteret. Oder: „Ich muss in der Lage sein, Geschenke zu machen. Das ist hier der einzige Weg, um etwas zu erreichen. Ein paar kleinere Gaben habe ich schon ausgestreut und eine vortreffliche Wirkung damit erzielt".[1]) — Und endlich verstand er es gar, in seinen schwedischen Freunden, ehe noch etwas geschehen war, ein Gefühl unauslöschlicher Dankbarkeit zu erwecken, als sei die rettende Tat, zum Heile Schwedens und zur Ehre Englands, schon erfolgt. Prinz Friedrich schrieb — es muss in diesen Tagen gewesen sein[2]) — einen Brief an Georg I., in dem er ihm mit dem Ausdruck des Dankes zugleich zu empfehlen scheint, auch der russischen Flotte ein Kap Passaro zu bereiten. „Unser Königreich bedarf einer so grossmütigen Hilfe wie derjenigen Eurer Majestät. Nun aber vermögen Sie auch hier einen Schlag zu führen, wie in Spanien, und unsterblichen Ruhm dabei zu gewinnen",

Lord Carteret fühlte sich schon als Retter Schwedens und fast als Gebieter des Nordens. „Das Schicksal dieses Landes und auch das des Zaren", schreibt er an Stanhope, „liegt nach menschlichem Ermessen in der Hand des Königs, unseres Herrn." Eine frohe siegesgewisse Stimmung zieht sich durch die Briefe hindurch, die er in diesen Tagen schrieb.

---

[1]) Privatbriefe an Stanhope vom 12. und 14. Juli a. St. 1719. R. O.

[2]) Die Briefe des Prinzen an Cronhjelm und Georg I. als Beilagen zu Carterets Briefen vom 12. bis 14. Juli a. St. 1719. R. O.

Sie gründete sich etwa auf die folgenden Tatsachen. 300 russische Galeeren mit etwa 30 000 Mann an Bord lagen 8 Meilen von Stockholm entfernt an der schwedischen Küste, die eigentliche Kriegsflotte, aus 26 Schiffen bestehend, weiter draussen. Dem hatte Schweden nur die sehr bescheidene Seemacht, bestehend aus 8 Kriegsschiffen, die segelfertig in Karlskrona lagen, entgegenzustellen. Zu Lande muss Schweden sich selbst verteidigen. „Soeben komme ich von der Armee", schreibt Carteret,[1]) „alles ist in bester Ordnung". Zur See aber wird die glorreiche englische Flotte, die Carteret nur herbeizurufen braucht, die Entscheidung bringen.

---

Dass die Streitmacht, mit welcher Sir John Norris 1719 in die Ostsee segelte, nicht stärker und für den beabsichtigten Zweck in der Tat ungenügend war, lag an der Vielheit der Aufgaben, die die englische Marine in diesem Jahre zu bewältigen hatte. Beschlossene Sache war diese Sendung ja längst, aber der Krieg mit Spanien und der Schutz gegen jakobitische Ueberfälle verschlang den besten Teil der britischen Seestreitkräfte. Norris selbst war noch im Frühjahr durch den Verteidigungsdienst an die englischen Küsten gefesselt. Als der König im Mai nach dem Festlande reiste, war das Ostsee-Geschwader noch nicht formiert, die Instruktionen des Admirals nicht niedergeschrieben. Man wartete, hiess es, noch auf die Ankunft einiger Kriegsschiffe von Port Mahon.[2]) Aber vielleicht war das nur ein Vorwand. Als die Regentschaft über die Ostsee-Expedition endgültig beschliessen sollte, da ging die Meinung dahin, dass man um des Nordens willen nicht England von jedem Flottenschutz entblössen dürfe. Die Sendung wäre verschoben, vielleicht für dieses Jahr gänzlich vereitelt worden, wenn nicht Graf Sunderland sich mit seiner ganzen Autorität dafür erhoben und die sofortige Abfahrt der Flotte durchgesetzt hätte.[3])

---

[1]) Carteret an Norris, 13. Juli, 12 Uhr nachts. B. M.

[2]) Craggs an Stanhope, 29. Mai 1719. R. O. Regencies 73.

[3]) Minute der Sitzung der Regentschaft vom 2. Juni (a. St.) 1719, R. O. Regencies 76. Hoffmanns Bericht vom 16. Juni (n. St.) 1719. W. St. A.

In einer gewissen Verlegenheit befand man sich, als es galt, die Instruktionen für den Admiral zu entwerfen. Der König nebst Stanhope war abwesend und die Regentschaft wagte nicht, selbständig zu handeln. Auf den Rat ihres Mitgliedes Craggs beschloss sie kurzerhand, dem Admiral wiederum dieselben Instruktionen, mit denen er im Vorjahre ausgefahren war, in die Hand zu geben und ihn für alles weitere auf die Befehle zu verweisen, die er von London oder von Hannover aus empfangen würde.

Diese Instruktionen waren aber völlig ungeeignet. Denn seitdem sie ausgestellt waren, hatte sich die Welt gewaltig verändert. Sie sprachen von Dingen, die nicht mehr waren, von der Bedrückung des englischen Handels durch Schweden, von den seit Gyllenborgs Verschwörung noch nicht aufgegebenen Absichten einer schwedischen Landung in England, sie machten es dem britischen Admiral zur Pflicht, mit ganzer Kraft der schwedischen Flotte entgegenzutreten, wenn sie den Sund zu durchfahren und die Nordsee zu gewinnen versuchen sollte. Ferner war von den zwischen Karl XII. und Peter dem Grossen gepflogenen Friedensverhandlungen auf den Alandsinseln die Rede, welche, wenn sie gelängen, leicht dahin führen könnten, dass die schwedische und russische Flotte sich vereinigten, um gemeinsam gegen die englische zu operieren.

Sir John Norris, der gewiegte Kenner der Ostsee und ihrer Machtverhältnisse, mag diese ihm zum zweiten Male übergebenen Instruktionen lächelnd in die Tasche gesteckt haben, denn er wusste wohl besser als Craggs und die ganze Londoner Regentschaft, was er zu tun haben würde. Karl XII. war tot, von der neuen schwedischen Regierung keine Feindseligkeit mehr zu erwarten. Die mächtige Kampfesstimmung von ehedem war geschwunden. Schweden dachte nur noch an günstige Liquidierung des grossen Kriegsgeschäfts. England aber, entschlossen, hier nicht das Spiel der Kräfte allein walten zu lassen, würde nicht als Gegner, sondern als grossmütiger Beschützer des nun recht ungefährlichen schwedischen Reiches auftreten, aber auch mit der Absicht, durch das Gewicht seiner eigenen Macht denjenigen Friedensschluss zu erzwingen, der ihm selbst der heilsamste schien. Und wenn es dabei nicht ohne Anwendung der Gewalt abgehen sollte, so würde

die Gewalt eher gegen das so stürmisch vordrängende Russland als gegen Schweden anzuwenden sein. Die allgemeine Erwartung, als Norris mit seiner Flotte hinausfuhr, ging dahin, dass man demnächst einen Zusammenstoss der britischen und der moskowitischen Streitkräfte in der Ostsee erleben werde. Das war auch die Meinung des englischen Admirals. „Wenn mir der Befehl gegeben wird," schrieb er,[1]) „so werde ich alle meine Kräfte daransetzen, um die völlige Vernichtung der russischen Seemacht zu erreichen. . . Denn der Zar ist der gefährlichste Feind, den unser Vaterland nur haben kann."

---

Es war eine bescheidene Streitmacht, mit der er dieses Mal hinausfuhr. Seine 10 Linienschiffe (mit je 80 bis 50 Geschützen) und 2 Fregatten nebst einigen kleineren Fahrzeugen schienen der russischen Flotte nicht gewachsen. Also handelte es sich darum, teils noch weitere Verstärkungen aus der Heimat heranzuziehen, teils den Versuch zu machen, nicht nur wie in früheren Jahren die Mitwirkung der dänischen, sondern jetzt auch die der schwedischen Flotte zu gewinnen. Ein mehrwöchiger Aufenthalt in der Reede von Kopenhagen sollte dazu dienen, Dänemark den englischen Wünschen willfährig zu machen. Aber der Zweck ward nicht erreicht. Die dänischen Minister fanden den Krieg gegen Schweden lockender als den gegen Russland. Umsonst, dass Norris ihnen vorstellte, sie könnten zwar gemeinsam mit der russischen Macht Schweden zertrümmern, würden damit aber den Zaren so mächtig machen, dass er ihnen ein gefährlicherer Nachbar werden würde als Schweden es ja gewesen. Nicht in die Ostsee schickte Dänemark seine Kriegsschiffe, sondern an die norwegische Küste, um mit den hier ans Land gesetzten Truppen eine Unternehmung gegen Schweden zu beginnen. Um so grösser war die Bereitwilligkeit auf Seiten der schwedischen Regierung, ihre Flotte zusammen mit der englischen gegen die Russen operieren zu lassen. Aber eine unzweifelhafte Ueberlegenheit hätten auch diese verbündeten Flotten gegenüber der russischen kaum besessen. Sir John Norris

[1]) Norris an Stanhope, Kopenhagen, 7. Juli 1719 (a. St.). R. O. Admiralty 50.

war aber ein vorsichtiger Admiral. Aus der Geschichte der Seekriege der letzten zwei Menschenalter leitete er die Erfahrung ab, dass bei ungefähr gleichen Kräften ein entscheidender Erfolg gewöhnlich keinem der Kämpfenden zuteil werde.[1])

So machte Norris mit seiner vor Kopenhagen liegenden Flotte, wie ein Gesandter schreibt[2]), eine sehr „schlechte Figur". Die dänische Hilfe war nicht zu haben, dagegen ein Zusammengehen Dänemarks mit dem Zaren sehr wohl möglich. Die eigenen Kräfte waren schwach, und auch die versprochene schwedische Hilfe nicht von entscheidendem Gewicht. Norris wagte nicht einmal, die Nordsee weiter hinauf zu fahren und sich offen mit den Schweden zu verbinden. Er sandte nur seine Kuriere nach Hannover zum Könige und bat um Verstärkungen. Dann schrieb Stanhope in des Königs Namen an die Londoner Regentschaft und ersuchte sie, was immer an Kriegsschiffen zu entbehren sei, der Ostseeflotte nachzusenden. „Es wäre doch ein Jammer, wenn durch ein paar fehlende Schiffe uns die Gelegenheit entgehen sollte, den Zaren in seine Schranken zu verweisen, Schweden zu erretten, den Frieden im Norden herzustellen und damit die letzte grosse Hoffnung Spaniens zu zerstören.[3])

Im Kreise der Regenten wurden wieder die alten Bedenken laut. Wenn man alle verfügbaren Schiffe in die Ostsee schicke, so bleibe nichts übrig zum Schutze der Heimat und zum Angriff auf Spanien. Der über alles genau unterrichtete Alberoni werde schon die Folgen zu ziehen wissen So etwa referiert Craggs die Meinung des Kollegiums.[4]) Aber der mutigere Standpunkt, vielleicht wieder durch Sunderland vertreten, siegte ob. Man liess die Herren von der Admiralität vor sich kommen, man riskierte selbst eine Schwächung, ja fast die völlige Aufhebung der Küstenwacht, die allerdings durch die Absendung des offensiv gegen Spanien operierenden Geschwaders entbehrlich schien, und so fuhren noch im Juli fünf weitere Linienschiffe, im August ein sechstes hinaus, um die Ostsee-Expedition zu verstärken. In London erwartete

[1]) Norris an Stanhope, Kopenhagen 7. Juli 1719 (a. St.) R. O. Admiralty 50.
[2]) Hoffmann 21. Juli 1719. W. St. A.
[3]) Stanhope an Delafaye, 1. Juli (a. St.) 1719. R. O. Regencies 14.
[4]) Craggs an Stanhope, Whitehall 7. Juli 1719. R. O. Regencies 73.

man von grossen Taten zu hören. „Mögen die Russen auch an Zahl noch überlegen sein", schrieb Sunderland[1]), „in der Bewegung eines Schiffes sind sie ja doch nur elende Stümper, und wenn es zur Schlacht kommt, ist ihre Lage genau dieselbe wie die der Spanier im vorigen Jahr". Und die Admiralität erklärte, nun werde Norris mit seinen 16 Linienschiffen, 2 Fregatten von je 40 Geschützen und einem Feuerschiff den Russen nicht nur gewachsen, sondern im Hinblick auf die grössere Tüchtigkeit der Mannschaften entschieden überlegen sein.[2])

---

Am Hofe des Zaren war das Erscheinen der englischen Flotte in der Ostsee ganz richtig wie eine Drohung empfunden worden. „Man ist bestürzt, man weiss nicht, was man beginnen soll", heisst es in den Berichten von Jefferyes, der sich noch am russischen Hofe befand. „Der Zar ist in grosser Sorge wegen unserer Flotte, offenbar weil sein Gewissen ihm sagt, dass er auf gute Behandlung von Seiten Seiner Majestät nicht zu rechnen hat".[3]) Wie hatte sich doch die politische Lage geändert. Sonst, in den letzten vier Jahren, waren die englischen Geschwader, wenn sie in die Ostsee kamen, von den Russen wie eine befreundete Streitmacht begrüsst worden. Ihr Erscheinen war angekündigt, ihre Operationen mit den Gegnern Schwedens vereinbart worden. Jetzt trat dem englischen Flottenführer, als er in Kopenhagen gelandet war, der Gesandte des Zaren mit der Frage entgegen, ob er den Auftrag habe, die Operationen Russlands gegen Schweden zu stören. Er überreichte ihm einen in ernstem Ton gehaltenen Brief Peters, mit der Forderung, Norris solle, ehe er sich der Flotte des Zaren und den in russischem Besitz befindlichen Gestaden und Plätzen nähere, die schriftliche Erklärung abgeben, dass er nichts Feindliches beabsichtige. Sonst müsste der Zar sein Schweigen als einen Beweis des Gegenteils ansehen und sich nach den Regeln des Krieges zu schützen suchen. Denn er selbst führe gegen keine Macht Feindseligkeiten im Schilde,

[1]) Sunderland an Stanhope, 31. Juli 1719. Mahon History (Tauchnitz) 2, 372—3.

[2]) Hoffmann 11. August 1719. W. St. A.

[3]) Jefferyes' Berichte vom 13. 25. Juni a. St. 1719. Sbornik 61, 551. 556.

mit Ausnahme Schwedens, das mit ihm im Kriege liege. Und um den Engländern jeden Vorwand zu Feindseligkeiten zu nehmen, so gab der Zar eine Erklärung ab, in der er den holländischen und englischen Schiffen den freien Handel nach allen schwedischen Häfen feierlich gestattete. Diese Erklärung besagte freilich nichts, als was sich nach geltendem Völkerrecht von selbst verstand, sie sollte aber als freundliche Handlung der russischen Regierung aufgefasst werden und wurde in diesem Sinne mit einem artigen Schreiben des Grosskanzlers dem britischen Admiral übersandt.

Der unangenehme Eindruck, den das Erscheinen der englischen Flotte auf Peter den Grossen machte, ist wohl zu verstehen. Im Begriffe, den letzten grossen Schlag gegen Schweden zu führen, scheint ihm die Macht Englands in den Arm fallen zu wollen.

Norris hütete sich wohl, es vor der Zeit zu einem Bruche mit Russland zu treiben. Er erklärte, durch die Befürchtungen des Zaren überrascht zu sein. Ehe er England verlassen, habe er den in London beglaubigten Residenten Wesselowsky über seine kommende Reise verständigt und die Hoffnung daran geknüpft, das gute Einvernehmen zwischen England und Russland nicht gestört zu sehen.

---

Ehe wir fortfahren, müssen wir einmal die Seemacht Peters des Grossen genauer ins Auge fassen. Nur so können wir einen Masstab gewinnen, um das Verhalten des Admirals Norris, der nachher wegen mangelnder Schneidigkeit viel gescholten wurde, richtig zu beurteilen.

Peters Flottengründung[1]) ist nur ein Stück seiner Ostseepolitik, und diese wieder ein wichtiges Stück seines gesamten Lebenswerks. Die Bedeutung dieses Lebenswerks erscheint nicht geringer, wenn man heute weiss, dass er

[1]) Hauptquelle für das Folgende ist die 1724 von einem Engländer verfasste Geschichte der russischen Flotte, gedruckt: Publ. of the Navy Rec. Soc. XV. Einiges Material befindet sich auch unter den Akten im Rec. Off. Russia 17, ferner in den Berichten Campredons. Sbornik 40, 282 ff. Vgl. A. Stenzel, Seekriegsgesch. (1910) 3, 482; Kirchhoff, Seemacht in der Ostsee (1907) 1, 273; Nauticus, Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen 5, (1900) 187 ff.

mit den meisten seiner Erfolge nur erfüllt und erreicht hat, was zwei Jahrhunderte vor ihm erstrebt und versucht haben, dass seine Genialität weniger darin besteht, dass er der Pfadfinder des modernen Russlands war, als vielmehr darin, dass er dem natürlichen und längst als notwendig erkannten Zuge seiner Entwicklung folgte, dass er die Mittel gut wählte, dass er die Gegner an ihrer schwächsten Stelle zu treffen, dass er für jegliches die besten Lehrmeister zu finden wusste und selbst als erster bei ihnen in die Schule ging, um sodann das Neue in seiner echten Gestalt dem Volke mitteilen zu können. In den Fragen der Kirche und des Unterrichts, in der „Europäisierung" Russlands, in seiner auswärtigen Politik, in seinem Drängen an die Ostsee, selbst in seiner Flottengründung ist er nicht durchaus neu, wandelt er in den Bahnen der Vorgänger, sei es nun Jwan der Schreckliche oder Boris Godunow, sei es Peters eigener Vater Alexei oder sein Bruder Feodor. Aber er ist grösser als sie alle und löst viele der Probleme, an denen jene sich vergeblich versucht haben.

„Ohne Flotte kein Petersburg, ohne Petersburg kein modernes Russland", sagt Brückner. Die Gründung der Ostseeflotte knüpft naturgemäss an die Festsetzung an der Küste an. Als der erste feste Platz genommen ist, erscheinen die Schweden. Zwei ihrer Schiffe kommen dicht heran, denn die Russen können doch ohne Flotte zur See nicht gefährlich werden. Peter aber lässt sie mit seinen kleinen Flussböten kühn angreifen, und die beiden Schiffe werden genommen. Peter hat sich bezeichnender Weise für diesen Erfolg den Andreasorden selbst verliehen. Aber auch darin erkennt man sein Wesen, wenn er den verwundeten Kommandanten der schwedischen Schiffe gesund pflegen liess, um ihn dann in seinen eigenen Dienst zu nehmen.

Alsbald begann die Gründung der russischen Ostseeflotte. Englische Schiffbaumeister traten in die Dienste des Zaren und bauten ihm Fahrzeuge von derselben Art und Grösse und Bewaffnung, wie sie sie früher für die englische Marine geliefert hatten. Die Bautätigkeit ward fortgesetzt, solange Peter der Grosse lebte. Wir besitzen von der Hand eines Engländers, der vermutlich selbst als Seeoffizier in russischen Diensten stand, eine Geschichte der russischen Flotte unter

Peter dem Grossen. Aus den für die einzelnen Jahre mitgeteilten Zahlen können wir das beständige Ansteigen der russischen Seemacht leicht ablesen. Um nur einige dieser Zahlen zu nennen, so tritt schon 1711 eine russische Streitmacht von 7 Kriegsschiffen auf, mit einer Bestückung von 52 bis 14 Kanonen. Im Jahre 1715 soll die Kriegsflotte aus 23 Schiffen von je 70 bis 14 Geschützen bestanden haben. 1718 sind es 27 Schiffe mit 64 bis 14 Kanonen. 1721, zur Zeit des endgültigen Friedensschlusses, scheinen die kleineren nicht mehr gerechnet und, nach der Bestückung zu urteilen, einige grössere hinzugekommen zu sein. Wir bekommen eine Liste von 29 Schiffen mit 90 bis 36 Kanonen. Und so steigen die Zahlen weiter bis wir 1724 eine Liste von 35 Schiffen mit 90 bis 30 Kanonen erhalten. Die Qualität dieser Schiffe wird gelobt, sie wird denen anderer Marinen als ebenbürtig bezeichnet. Denn ebenso vortrefflich wie die Konstruktion der Schiffe, war auch das verwendete Material, das Eichenholz, die Masten, die Anker, das Tauwerk. Das Urteil des Admirals Norris, der 1715 erklärte, er habe drei russische Sechzigkanonenschiffe erblickt, wie er sie auch in der englischen Flotte nicht besser gesehen habe, ist völlig ernst zu nehmen.

Und doch war die russische Flotte denen anderer Staaten gewiss nicht gleichwertig. Soweit der westeuropäische Charakter sich durchführen liess, war alles zu loben; wo das russische Wesen begann, hörte die Vortrefflichkeit auf. Die Erbauer der Schiffe und die Flaggoffiziere waren Engländer oder Holländer. Aber für die unteren Grade und vollends für die gesamte Bemannung musste Peter sich an seine Russen halten. Zum grössten Teil waren es Leute, die aus der Armee übernommen waren, ohne Schulung, ohne Kenntnis, ohne Uebung im seemännischen Dienst. Unter der 400 Mann starken Besatzung eines Vierundfünfzigkanonenschiffs pflegten kaum 30 oder 40 brauchbare Seeleute zu sein. Die Leistungen waren dementsprechend. „Wenn die russische Flotte", so schreibt unser englischer Gewährsmann, „in ihrer eigenen Reede angegriffen wird, in günstiger Stellung vor Anker liegend, bei glatter See, die Mannschaften gegen Gewehrfeuer gedeckt, an ihrer Spitze entschlossene Kommandanten, die die Gefahr nicht achten, dann mag auch wohl der gemeine Russe,

auf seine unerschrockenen Offiziere blickend, die Gefahr für geringer halten als sie ist, mag standhalten, die Geschütze richten und sich brav verteidigen, wie es immer die Stärke der Russen war". Aber wenn die Umstände andere waren, die Flotte auf offener See, bei starkem Winde, so führte die Unwissenheit, die Furcht, die Kopflosigkeit der schlecht disziplinierten Mannschaften dazu, dass auch eine weit geringere Streitmacht sie leicht angreifen und vernichten konnte, „vorausgesetzt", sagt wieder unser Engländer, „die See bot Raum genug, um ihr Entweichen in einen rettenden Hafen zu verhindern".

Liesse sich nun die eben beschriebene russische Flotte mit ihren grossen und kleineren Schiffstypen mit jeder anderen Kriegsmarine der Zeit vergleichen, so hatte Peter der Grosse sich noch eine andere Wehrmacht zur See zugelegt, die von eigenartigem Charakter war und z. B. in der englischen Marine kein Seitenstück besass. Der geniale Fürst erschuf sich eine eigene, auf die Natur der Ostsee berechnete Flotte. Die Küsten Finnlands und Esthlands sind wie diejenigen von Schweden und Norwegen von einem dichten Kranze von Klippen und Riffen, von kleinen und grösseren Inseln, von jenen Schären umsäumt, die der Seefahrt so ungeheure Schwierigkeiten bereiten. Der finnischen Küste insbesondere ist nach der Seite Schwedens ein dichtes Gewirr von Inseln vorgelagert, und vor diesem befindet sich die grösste Gruppe der Schären, die Alandsinseln, deren äusserste nur noch 25 Kilometer von der schwedischen Küste entfernt ist. Durch das Schärenmeer sich hindurchzuwinden, war den gewöhnlichen Kriegsschiffen mit ihrem erheblichen Tiefgang und ihrer Segeltechnik unmöglich. Darum liess sich Peter neben jener oben beschriebenen Kriegsflotte noch eine zweite bauen. Hier sah man flache Böte, von Ruderern fortbewegt, nach der Art der in den Gewässern des Mittelmeers gebräuchlichen Fahrzeuge und auch wie diese als Galeeren bezeichnet. Das einzelne Schiff war mit 200 Mann besetzt, oder auch, wenn es sich um den kleineren Typus, die *lotkeys* handelte, nur mit 70 oder 80, und einige Kanonen stets an Bord. Wie die reguläre Flotte von Engländern, so war die Galeerenflotte von Italienern gebaut, auch die Offiziere waren Italiener, neben einigen Griechen, die Mannschaften

aber russische Soldaten. Die Zahl der Galeeren war nicht gering. 1714 sind es 126 mit je 5 Kanonen, dazu 60 *lotkeys*, auch russische Brigantinen genannt, mit 4 Kanonen an Bord. 1724 ist die Zahl der Galeeren allein auf 200 gestiegen, und im Notfalle heisst es, konnten im Laufe von 3 Monaten 50 weitere Galeeren gebaut sein. Für das Jahr 1719, dessen Ereignisse wir behandeln, werden wir uns etwa eine Flotte von 150 Galeeren zu denken haben. Die reguläre Flotte und die Galeerenflotte bildeten zwei völlig voneinander getrennte Organisationen. Die Offiziere der ersteren blickten mit ein klein wenig Verachtung auf die der letzteren herunter, die durchweg von Fremden befehligt, mit so wenig Kunst regiert wurde und deren Mannschaften, wenn sie einmal feindlichen Boden betraten, wegen ihrer barbarischen Roheit berüchtigt waren.

In dem Zusammenwirken der beiden Flotten lag für die Schweden die russische Gefahr, gegen die England sie schützen sollte. Der regulären russischen Kriegsflotte konnte Admiral Norris vielleicht das Schicksal der Spanier bereiten. Aber wie geschickt und schneidig auch immer seine Flotte sich in in der Ostsee erweisen mochte, niemals wäre sie imstande gewesen, der russischen Galeerenflotte in das Schärengewimmel zu folgen, oder sie überhaupt zum Kampfe zu stellen.

---

In dem kommenden Ostseedrama wirkten die auf englischer Seite Agierenden von vier verschiedenen Stellen aus. Der König mit Lord Stanhope war in Hannover; von hier ergingen die entscheidenden Befehle. In London sass die Regentschaft; sie hatte für die Sicherheit Englands und die Bereitstellung der Streitkräfte zu sorgen. Bei der schwedischen Regierung in Stockholm befand sich als englischer Gesandter der feurige Lord Carteret, die Schweden anspornend und immer mahnend, sich vom Zaren den Frieden nicht aufdrängen zu lassen, sondern auf die englischen Kriegsschiffe zu vertrauen. Und endlich zwischen all diesen Einflüssen, zwischen Hannover, London und Stockholm, der Flottenführer Sir John Norris selbst, der in der Selbständigkeit seiner Entschlüsse arg eingeengt war durch die Vielheit der auf ihn

einstürmenden Hülferufe und Befehle, der Mahnungen und Bedenken, ohne eigene starke Initiative, schwankend zwischen stolzer Kampfesfreude und sorgenvollem Hinblick auf die Gefahren und die Verantwortlichkeit eines kühnen Entschlusses. Man versteht vollkommen die Unsicherheit der Operationen auf englischer Seite, um so mehr wenn man bedenkt, dass hier ein Spiel mit dem Feuer getrieben wurde, dass England noch gar nicht im Kriege mit Russland lag, sondern erst durch die Eröffnung der Feindseligkeiten in einen solchen, vielleicht einen lange dauernden Krieg gegen den Staat Peters des Grossen hineingerissen worden wäre.

Auf die in Stockholm am 11./22. Juli geschehene Unterzeichnung des schwedisch-hannövrischen Präliminarfriedens folgten Wochen voller Spannung. Schweden war in höchster Bedrängnis. Da es den Frieden mit Russland verschmäht hatte, so bekam es die schwere Hand des Zaren zu fühlen. Seine Galeeren hatten sich, in die Wasserstrassen eindringend, Stockholm bis auf 9 Kilometer genähert, ihre rohen Mannschaften hatten sich sengend und plündernd über das Land ergossen und wären zur schwersten Gefahr für die Hauptstadt geworden, wenn man nicht zum Schutze derselben in aller Eile ein befestigtes Lager mit 20000 Mann Besatzung aufgerichtet hätte.[1]) In dieser Not rief alles nach der englischen Flotte, die allein helfen konnte. Norris empfing vom schwedischen Admiral Sparre die Mitteilung,[2]) dass eine schwedische Flotte, 11 Schiffe mit insgesamt 760 Kanonen, bereit sei, von Karlskrona auszulaufen und die Vereinigung mit dem englischen Geschwader zu vollziehen. Mit dieser Verstärkung, schrieb ihm Carteret,[3]) werde die britische Streitmacht den 26 Schiffen des Zaren weit überlegen sein. Es komme nur darauf an, die Verbindung zwischen den russischen Kriegsschiffen und der Galeerenflotte zu zerschneiden. Dann müsse der Zar sich unterwerfen und der Norden werde die Ruhe wiederfinden. „Von der englischen Flotte und von Ihnen erwartet Schweden

[1]) Chance, George I. and the Northern War. 338.

[2]) Datiert Karlskrona, 12. Juli 1719. Norris' Antwort ist geschrieben an Bord der Cumberland vor Kopenhagen, 16. Juli a. St. 1719. R. O.

[3]) Stockholm, 13. Juli 12 Uhr nachts B. M. Add. 22511.

seine Rettung. Wenn nur Ihre Instruktionen Ihnen die nötige Freiheit geben! Jetzt ist es Zeit zu handeln!"

Aber Norris blieb mit seiner Flotte in der Reede von Kopenhagen. Die einlaufenden Nachrichten über die Leistungsfähigkeit der schwedischen Schiffe klangen nicht ermutigend, die in Aussicht gestellten englischen Verstärkungen waren noch nicht eingetroffen und Stanhope selbst warnte von Hannover aus vor Uebereilungen.[1]) Stanhope erblickte die Hauptgefahr darin, dass, sobald die englische und die schwedische Flotte sich vereinigten, auch die Dänen nicht zögern würden, alle ihre verfügbaren Kriegsschiffe zur moskowitischen Flotte stossen zu lassen. „Wir müssen vorsichtig sein mit einer Bewegung, die des Königs Streitkräfte einer Demütigung aussetzen könnte. Dadurch würden die Ansprüche der Moskowiter und der Dänen gewaltig gesteigert werden, den Schweden aber wäre nicht geholfen".

Das Zögern des englischen Admirals rief in Schweden peinliche Bestürzung hervor. Carterets Briefe aus dieser Zeit erzählen von den Klagen, den Vorwürfen, die er anzuhören hat, ohne etwas anderes tun zu können, als die Drängenden immer von neuem auf die Ankunft der englischen Flotte zu vertrösten. Carteret will den Schweden raten, mit Dänemark Frieden zu schliessen. Aber sie wollen davon nichts hören. Man beleidigt sie, wenn man davon spricht.[2]) Statt dessen werden die schon abgebrochenen Verhandlungen mit dem Zaren wieder angeknüpft, aber auch diese nicht zum Abschluss gebracht, denn der Zar fordert viel, und man kann ihm doch Reval und Livland nicht lassen. Die Livländer wollen nicht preisgegeben sein, und am Ende ist auch die Hoffnung auf Englands Hülfe nicht ganz geschwunden. Die Königin und ihr Gatte, der Prinz von Hessen, sowie Feldmarschall Dücker halten treu zu Carteret. Der Prinz erklärt, im Falle eines schmählichen Friedens mit Russland werde er Schweden verlassen und am liebsten mit Carteret nach England gehen, um als Soldat in der englischen Armee zu dienen. Carteret selbst,

[1]) Stanhope an Carteret, Hannover 22. Juli a. St. 1719. An Norris, vom selben Datum. R. O.

[2]) Carteret an Stanhope 3. August 1719. B. M. *To speak to them about concluding with the Danes in this extremity, is insulting them.*

der so sehnsüchtig ausblickt nach der englischen Flotte, will zwar Norris keine Vorwürfe machen,[1]) denn er weiss es wohl, der Admiral konnte ohne positive Befehle vom Könige nicht anders handeln als es geschehen ist. Aber hoffentlich treffen diese Befehle bald ein. Denn nur das Dazwischentreten der englischen Flotte wird den Zaren hindern, den Frieden mit Schweden, so wie er ihn haben will, zu schliessen. Dann aber wird er sicherlich mit England Krieg beginnen. „Schon nimmt er unsere Handelsschiffe weg, schreibt unserm Admiral in unerhörtem Tone und redet von unserm Könige mit Verachtung". Und in einem ganz vertrauten Brief an Stanhope[2]) spricht Carteret von den beiden Parteien am schwedischen Hofe, auf der einen Seite stehen der Prinz und Dücker, die den Frieden mit Russland verschmähen, auf der andern die Mehrzahl der Senatoren, die jeden Tag bereit sind, mit dem Zaren abzuschliessen. Eine von beiden Parteien muss in kürzester Frist über die andere obsiegen. Ob unsere Flotte kommt oder nicht, davon hängt alles ab.

Unterdessen hatte sich in Hannover eine bedeutungsvolle Wendung vollzogen.

In der kürzlich abgebrochenen Berliner Verhandlung hatten auch persönliche Gegensätze und Interessen eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Der alte Hass zwischen Bernstorff und Ilgen schien unüberbrückbar, um so mehr, da der hannövrische Minister auch als Privatmann, nämlich als grosser Gutsbesitzer, an dem Vertragsschlusse zwischen Preussen und Hannover stark interessiert war. Schon die am 27. April 1715 zwischen Preussen und Hannover getroffene Konvention hatte die Bestimmung enthalten, dass, sobald Stralsund und Rügen erobert wären, alle Lehnschaften und Lehnstücke, die Preussen in braunschweig-lüneburgischen Landen besitze, dem Kurfürsten von Hannover zu überlassen seien. Insbesondere

[1]) Carteret an Norris 27. Juli a. St. 1719. B. M. Add. 22511.

[2]) Vom 3. August a. St. 1719. Private. R. O. Sweden 40. Das ganz in Chiffren geschriebene Aktenstück ist in den Carteret Papers (Add. 22511.) nicht dechiffriert.

sollten drei dem Hause Gartow gehörige Dörfer, des Namens Holtorf, Capern und Gummern, aus der preussischen in die hannövrische Landeshoheit übergehen. Der Herr von Gartow aber war kein anderer als unser vielgenannter Freiherr Andreas Gottlieb von Bernstorff. Ihm gehörten die drei Dörfer. Sie der preussischen Hoheit entzogen zu sehen, war sein Begehr. Friedrich Wilhelm weigerte sich nicht, die vor 4 Jahren eingegangene Verpflichtung zu erfüllen. Nur gab es für den Besitzwechsel der an der altmärkisch-hannövrischen Grenze gelegenen Dörfer allerlei Schwierigkeiten zu überwinden, man hatte über die Möglichkeit militärischer Anlagen, über Durchmarschrecht, über Zollgebühren zu entscheiden, Fragen so verwickelter Natur, dass man sie später zum Gegenstand eines besonderen Vertrages machen musste. Jetzt hatten sie das Geschäft der Verhandlung gewaltig erschwert und neben den grossen Fragen der Politik das Scheitern verursacht.

Nun war Whitworth wieder nach Hannover gekommen. Der Hof hat sich soeben zur Badekur nach Pyrmont begeben. Auch Whitworth soll dahin kommen. Stanhope bedauert, dass der König von Preussen ihn *re infecta* habe abziehen lassen, glaubt aber nicht, dass den erfahrenen Diplomaten eine Schuld treffe.[1]) Doch dass allein Friedrich Wilhelm und seine Leute die Schuldigen seien, war auch nicht die Meinung. Vielmehr wies jetzt alles auf Bernstorff hin, als den Mann, der das Ganze zu verantworten habe. Stanhope ist auf's tiefste betroffen, denn er glaubt, dass der Misserfolg im Norden ihn auch um die Früchte seiner Arbeit im Süden bringen werde, dass sein grosses Werk, die Quadrupel-Allianz, in Gefahr sei. Er ist nahe daran, alles von sich zu werfen, und seinen Abschied zu nehmen.[2]) Aber zuvor gibt es noch einen Kampf zwischen England und Hannover, ein politisches Duell zwischen Bernstorff und Stanhope, einen letzten, verzweifelten Versuch, den König auf die englische Seite zu ziehen.

---

[1]) Stanhope an Whitworth. Pyrmont 20. Juni a. St. 1719. R. O. Regencies 14.

[2]) Craggs an Schaub, Whitehall, 30. Juni 1719 a. St. Mahon, History 2 (Tauchnitz) 371.

Es gelang. Georg I. konnte sich in so kritischen Momenten doch zu einem Gefühl für seine Pflichten gegenüber England erheben. Vielleicht geschah es jetzt zum erstenmal. Genug, er hat mit der Geste des souveränen Herrschers Bernstorffs Haltung in der Verhandlung mit Preussen verworfen. Er hat es zweimal getan, und zwar vor dem versammelten Rate seiner englischen und deutschen Minister. Er wies sogar tadelnd auf das persönliche Interesse hin, das Bernstorff an den drei altmärkischen Dörfern nehme. Das Wort des Souveräns entschied über die Politik von England und Hannover. Bernstorff hatte das Spiel verloren. „Wir haben aufregende Zeiten hinter uns, aber endlich haben wir einen vollen Sieg über den Alten errungen", so schrieb Stanhope triumphierend nach London.[1]) Am 12. Juli 1719 kehrte Whitworth nach Berlin zurück.

---

Man wusste in Hannover genau, dass der König von Preussen den lebhaften Wunsch hegte, den Vertrag mit England zu schliessen. Kann sein, dass er dabei auch durch seine Gattin, die Tochter Georgs I., beeinflusst war. Sie weilte damals zum Besuche bei ihrem Vater. „Sie beschwört uns, abzuschliessen, ebenso um der Sache, wie um ihrer Familie willen", heisst es in einem Briefe aus Hannover. So begrüsste Friedrich Wilhelm den zurückkehrenden englischen Gesandten so warm und treuherzig, wie es seine Art war, und bat ihn, seinem Herrn zu versichern, er betrachte den Vertrag schon so gut wie geschlossen. Whitworth fand die Lage sehr hoffnungsvoll, sagte aber, man soll den Tag nicht vor dem Abend loben.[2])

Bei der Anhänglichkeit Friedrich Wilhelms an den Kaiser war es von hohem Wert, dass jetzt auch der Wiener Hof sich im voraus mit dem kommenden englisch-preussischen Vertrage völlig einverstanden erklärte. Für Karl VI. war hier die Sorge um seine italienischen Lande ausschlaggebend, deren Besitz nicht sicher war, wenn nicht die englische Flotte

---

[1]) Gedruckt bei Mahon, History 2 (Tauchnitz), 372.

[2]) So meint er das von ihm zitierte (aber leicht veränderte) Wort aus Ovid. Met. 3, 137: Ante obitum nemo supremaque funera felix. Der Brief, vom 18. Juli 1719, ist an St. Saphorin gerichtet. H. A.

zu ihrem Schutze bereit stand. Aber St. Saphorin hatte auch eifrig vorgearbeitet. So gaben die österreichischen Minister dem preussischen Gesandten Erklärungen in diesem Sinne ab, wenn auch mit einigen Schattierungen und mit dem Vorbehalt, dass der Kaiser als Reichsoberhaupt unmöglich seine Zustimmung dazu geben könne, dass der englische König dem preussischen den Besitz Stettins garantiere. Immerhin, an der freundlichen Haltung Oesterreichs war kein Zweifel.[1])

Recht bezeichnend war auch die Haltung Frankreichs während der englisch-preussischen Verhandlung. Trotz aller Verschiedenheit, die zwischen den Absichten der Westmächte hinsichtlich der nordischen Frage noch bestand, traten die Franzosen mit grosser Wärme für den Abschluss ein. Graf Rottembourg schien den Vertrag ebenso herbeizuwünschen wie Whitworth selbst. Dieser rühmt die ehrliche Unterstützung, die er bei seinem französischen Kollegen finde. Auch Friedrich Wilhelm benutzte eine Gelegenheit, als er die beiden Diplomaten zusammen fand, um ihnen zu erklären, er werde den Vertrag gewisslich schliessen. Sie dürften es in seinem Namen ihren Regierungen mitteilen.[2])

Dieser Eifer der französischen Regierung ist sehr verständlich, denn auch er entsprang der Sorge um die eigene Sicherheit. Damals, im Sommer 1719, fürchtete man in Paris fast noch mehr als in London das Enstehen der oft genannten grossen Liga im Norden, zu der sich Russland, Preussen, Schweden zusammenfinden würden. Dann würden diese Mächte ebenso dem Kaiser wie dem Könige von England — dem letzteren durch eine Bedrohung Hannovers — so viel in Deutschland zu tun geben, dass sie dem Kriege gegen Spanien nicht mehr die nötige Aufmerksamkeit widmen könnten. Eben darauf, so hiess es, setzten Alberoni und mit ihm die spanische Partei am Pariser Hofe ihre besten Hoffnungen. Philipp V. würde im Triumph in Frankreich einmarschieren, auf die französische Armee wäre dann kein Verlass, ein vollkommener Umschwung zu erwarten, eingeleitet etwa durch einen Aufstand in der Bretagne, wo es genug Unzufriedene

[1]) Whitworth an St. Saphorin, 18. Juli 1719. St. Saphorin an Whitworth, 26. Juli, 5. August 1719. H. A.

[2]) Whitworth an St. Saphorin, 29. Juli 1719. H. A.

gäbe. Lord Stair, der diese französischen Befürchtungen wiedergibt,[1]) scheint sie auch seinerseits sehr ernst zu nehmen. Und die einzige Rettung erblickt er in dem Vertrage zwischen England und Preussen. Wäre er nur erst einmal geschlossen! sagte man in Frankreich und wenn er selbst nach 2 oder 3 Monaten schon wieder zerrissen wäre. Inzwischen würde Alberoni den Mut verloren haben, und Frankreich und England hätten das Spiel gewonnen. So die Stimmung der Franzosen. Nach ein paar Monaten, als die Spannung sich gelöst hatte, erklärte Lord Stair noch höhnend[2]): „Gewiss, sie sind uns bei der Verhandlung mit Preussen behilflich gewesen. Aber wann war das? Als sie fürchteten, der König von Spanien werde in Frankreich einbrechen, während sie ihren eigenen Armeen, Offizieren wie Soldaten, nicht trauen durften."

Wenn es trotz dieser wohlwollend fördernden Haltung von Seiten Oesterreichs und Frankreichs mit dem Abschluss des Vertrages nicht so rasch ging, so lag die Schwierigkeit nach wie vor in den Beziehungen Friedrich Wilhelms zum Zaren. Peter der Grosse hatte soeben in besonderem Auftrage den Grafen Tolstoi nach Berlin gesandt, „um zu sehen, was man sich auf alle Fälle von Preussen zu versehen habe."[3]) Dieser Diplomat erblickte seine Aufgabe darin, dem Abschluss des Vertrages alle nur möglichen Hindernisse in den Weg zu legen. Er konnte das Gelingen des Werkes in der Tat gefährden, denn Friedrich Wilhelm war immer noch schwankend. Eben in dieser Zeit, als die Verhandlung schwebte, kam ihm der Wortlaut des Vertrags vom 5. Januar, wenn auch nur in den 15 öffentlichen Artikeln, zu Gesicht. Er sah mit einer Art von Schauder, was man mit ihm vorgehabt. Er fand, dass das Ganze ebenso wie die einzelnen Artikel eine Spitze gegen Preussen habe. „Das ist kein anderer als ich, den sie darunter verstehen; dem Whitworth in die Nase reiben", so schreibt er an den Rand der ihm mitgeteilten Urkunde.[4])

---

[1]) Stair an Robethon, 17. Juni 1719. R. O.
[2]) (Hardwicke) State Papers 2, 592.
[3]) Droysen IV. 2. 1, 264.
[4]) Droysen, Die Wiener Allianz. Zeitschr. f. preuss. Gesch. 5, 650.

Das war nun wohl vorüber, aber es ward ihm nicht leicht, sich von den alten Empfindungen loszumachen. Mit dem Herzen begehrte er den Vertrag mit Georg I., sein Verstand heischte von ihm, das Bündnis des Zaren nicht aufzugeben. Sophie Dorothea drängte, er möge doch mit ihrem Vater in Freundschaft leben. Seine Minister warnten vor dem Bruche mit Russland. Sie sind aufgeblasene Gecken, schalt Friedrich Wilhelm, aber bedauernd fügte er hinzu, dass er leider nicht ohne sie auskommen könne.[1]) Fast ergreifend klagt er in seinem Marginal[2]), dass die Engländer dem Zaren auch gar nichts gönnen, „die *puissance qui naisse*, die wollen sie herunter haben. Ist das mein Interesse oder nicht? Ich bin noch jung, ich verstehe es nicht; aber ich glaube als ein dummer Mensch, dass es mein Interesse ist, dass der Zar *puissant* ist".

So kämpften Tolstoi und Whitworth miteinander um die Seele des Königs von Preussen. Als der Russe gewahr wurde, dass er den Vertragsschluss nicht mehr verhindern könne, da forderte er nachdrücklich, dass wenigstens auch der Zar von der Partie sein müsse, ein Bündnis zu dreien solle geschlossen werden. Dafür traten in einer Konferenz am 18. Juli auch die preussischen Minister ein. Als Whitworth dies mit aller Bestimmtheit ablehnte, machte Ilgen den vermittelnden Vorschlag, nun dann möge man doch zwei Verträge schliessen, einen zu veröffentlichenden, in den man Peter den Grossen aufnehmen solle, und einen geheimen, den Preussen und England allein schliessen würden. Aber in Hannover wollte man auch davon nichts hören. „Wir denken ebenso wenig daran", hiess es[3]), „die Verbündeten des Zaren zu werden, wie am selben Tage zwei einander völlig widersprechende Verträge zu schliessen, und sollte es auch nur sein, um die Moskowiter zu täuschen."

So kam man 14 Tage lang nicht vom Fleck. Schon waren die Artikel durchgesprochen und formuliert, und alles bereit zur Unterzeichnung. Man stritt nur noch um Einzelheiten.

[1]) Nach einem vertraulichen Briefe von Schaub an St. Saphorin (Hannover 3. Juli 1719. H. A.), den der Empfänger gebeten wurde, zu verbrennen.

[2]) Droysen 268.

[3]) Schaub an St. Saphorin, Hannover 20. Juli 1719. H. A.

„Wissen Sie, wo jetzt das Hindernis liegt?“ schrieb Schaub am 2. August aus Hannover, „es liegt nur noch bei den 3 Dörfern des Herrn von Bernstorff.“ Aber hinter diesem kleinlichen Streit stand immer die Frage, ob Friedrich Wilhelm überhaupt willens sei, ohne Russland abzuschliessen.

Gegen die Mitte des August erreichte die Spannung den höchsten Grad. Whitworth erklärte, er müsse abreisen, wenn der Vertrag nicht binnen 3 Tagen unterzeichnet wäre. Aber er führte in letzter Stunde auch das schwerste Geschütz ins Gefecht. Wenn wir recht berichtet sind[1]), so beteuerte er mit kühner Stirne, wenn auch der Wahrheit zuwider, dass in dem mit Schweden am 22. Juli geschlossenen Abkommen die Abtretung Stettins an Preussen bereits ausbedungen sei. Er gab ferner eine schriftliche Erklärung ab, dass er bereit sei, sobald der Vertrag mit Preussen geschlossen wäre, mit dem Zaren zu unterhandeln, am liebsten, wenn die Anregung dazu von Seiner Preussischen Majestät ausginge. Friedrich Wilhelm hatte sich nach Wusterhausen zurückgezogen, die Sorgen und Zweifel dieser Tage warfen ihn aufs Krankenlager. Schwankend und widerstrebend gab er endlich seine Zustimmung und dennoch schalt und bedrohte er seine Minister, die ihm dazu geraten. „Ich bin krank und tue es ausser Verantwortung.“ Die Minister aber erklärten treu und charaktervoll, sie wollten alles auf sich nehmen, und sie baten den König „um Jesu Wunden willen“, wenn Unheil aus dem Geschehenen erfolgen sollte, so möge er sie doch desavouieren.

Am 15. August a. St. erfolgte der Abschluss. Er war günstig auch für Preussen, aber die Ueberlegenheit der englischen Staatskunst jener Tage tritt bei keiner Gelegenheit deutlicher hervor. Wegen des über Stettin Gesagten war dem englischen Gesandten nun zwar selbst nicht wohl zu Mute. Er wünschte, dass der Vertrag auf den 4. August zurückdatiert werde, damit die Engländer in Schweden behaupten könnten, er sei unterzeichnet worden, bevor man in Berlin die Nachricht von dem englisch-schwedischen Abkommen empfangen hatte. Mit anderen Worten: Whitworth hatte zuerst den Preussen vorgespiegelt, Schweden sei für die Ab-

[1]) Das Folgende nach der Darstellung bei Droysen 275 ff.

tretung Stettins schon gewonnen. Und nachdem unter dieser Voraussetzung der englisch-preussische Vertrag unterzeichnet war, so konnte nun die schwedische Regierung auch ihrerseits die Abtretung Stettins kaum mehr verweigern, ohne England, dessen Hilfe sie nicht entbehren konnte, aufs schwerste bloszustellen.

Es ist ein ganzes Bündel von Vertragsschlüssen, in denen die glücklich erzielte Verständigung zwischen England und Preussen zum Ausdruck kam.[1]) Allein an diesem 15., der Datierung nach dem 4., August wurden drei verschiedene Verträge in Berlin unterzeichnet. In dem ersten garantierten Preussen und Hannover einander den Besitz der von jedem von ihnen eroberten schwedischen Gebiete, nämlich den Besitz von Bremen und Verden für Hannover, den von Stettin und den Odermündungen für Preussen. Der zweite Vertrag, zwischen denselben Kontrahenten geschlossen, enthielt die schon 1715 in Aussicht genommene Abtretung der 3 altmärkischen, dem Hause Gartow gehörigen Dörfer. Es war die Erledigung jener Angelegenheit, die seit 4 Jahren nur aus dem Grunde soviel Staub aufgewirbelt hatte, weil der Herr von Gartow der hannövrische Minister Bernstorff war. Ueber diesen beiden Verträgen aber steht der dritte, der zwischen England und Preussen geschlossene. Er enthielt die Garantie des preussisch-hannövrischen Hauptvertrages vom selben Tage, was praktisch darauf hinauslief, dass Georg I. auch als König von England seinem Schwiegersohne den Besitz Stettins und der Odermündungen garantierte. Dass Friedrich Wilhelm dafür die Garantie der protestantischen Sukzession übernahm, wollte nicht viel besagen, denn wie oft schon hatte er erklärt, für diese eintreten zu wollen. Nun geschah es in der feierlichen Form eines Staatsvertrages.

Die also geschaffene politische Freundschaft zwischen England-Hannover und Preussen führte ferner 3 Monate später noch zu einem Kartell zwischen Preussen und Hannover betreffend die Auslieferung von Deserteuren. Und wieder

---

[1]) Sie sind sämtlich, mit vorausgesandten Erläuterungen, gedruckt in den Publ. a. d. K. preuss. Staatsarchiven Bd. 87.

zwei Monate später, am 17. Januar 1720, schlossen die beiden deutschen Staaten einen Vertrag, der sich auf die Verhältnisse des Reiches, nämlich auf die Leitung des *Corpus Evangelicorum* im Reichstage bezog. Das sächsische Haus schien durch den Uebertritt des Kurfürsten zum Katholizismus, und vollends seitdem 1717 auch der Kurprinz das Beispiel des Vaters befolgt hatte, zur Führung der Evangelischen im Reiche nicht mehr geeignet. Nun strebten die mächtigsten unter den übrigen evangelischen Ständen, besonders Preussen und Hannover, dahin, an die Stelle Sachsens zu treten. Auch dieser Streit fand nun eine friedliche Lösung, indem die beiden Anwärter sich über eine gemeinsame Leitung des Corpus Evangelicorum, mit abwechselnder Führung der Geschäfte, verständigten. Und es ändert nichts an der Bedeutung dieser Abmachung für ihre Zeit, dass das hier vertragsmässig festgelegte *Condirectorium* niemals zustande kam, dass vielmehr der Widersinn des katholischen Direktors im *Corpus Evangelicorum* bis zum Ende des alten Reiches fortbestand.

Und endlich gehört in die Reihe dieser Abkommen auch die französische Garantieakte vom 23. September 1719, eine nur vom Grafen Rottembourg unterzeichnete Erklärung, durch die auch Frankreich die Garantie der von Hannover und Preussen erworbenen schwedischen Gebiete übernahm. Die bisher wenig belangreiche Mission des Grafen Rottembourg erhielt damit noch einen leidlich günstigen Abschluss. Zugleich erkennt man wohl, wie Frankreichs nordische Politik sich damals in englischen Geleisen bewegte.

Der Herstellung der politischen Freundschaft entsprach ein verwandtschaftlicher Besuch, den der König von Preussen im November 1719 in Hannover abstattete. Er geht nicht gerade mit freudigen Erwartungen dahin, er scheint den politischen Absichten seines Schwiegervaters noch nicht so ganz zu trauen und über die Damen am Hofe Georgs I. redet er im voraus mit so schrecklichen Kraftausdrücken, dass wir sie hier nicht wiederzugeben wagen. Zwar war die Aufnahme, die er fand, überaus freundlich, aber das Urteil Friedrich Wilhelms klang doch auch jetzt noch hart genug. Er hat es in Hannover „viel pasquillanter“ gefunden als man es ihm

beschrieben hat. „Es ist ein wunderlich Leben. Ich war fünf Tage da, ich war es fürwahr recht überdrüssig.“ [1])

Der Abschluss mit Preussen war ein wichtiger Schritt vorwärts in Englands nordischer Politik. „Nun, da wir in Deutschland gedeckt sind,“ so schreibt Schaub aus Hannover,[2]) „fassen wir Mut in der Ostsee. Es sind solche Befehle dahin gesandt worden, dass, wenn jetzt nur Schweden dem Könige von Preussen Stettin überlässt, es sich über uns gewiss nicht zu beklagen haben wird.“

---

So war die Unterzeichnung des Berliner Vertrages in Hannover wie eine Erlösung empfunden worden. Die russisch-preussische Allianz war gesprengt, England hatte die Freiheit des Handelns gewonnen und durfte es auch auf einen Bruch mit Russland ruhig ankommen lassen. Wir können Stanhopes Erwägungen noch heute im Geiste verfolgen. Als echter Engländer hatte er den brennenden Wunsch, die in der Ostsee aufsteigende Seemacht zu zerstören. Aber bisher hat er diesen Wunsch in seiner Brust niedergehalten. Der Bruch mit Russland musste vermieden werden, solange er einen preussischen Angriff auf Hannover zur Folge haben konnte. Man wird hier kaum von unerlaubter Nachgiebigkeit des englischen Ministers gegenüber seinem Könige reden können, höchstens von einer Rücksichtnahme, wie sie bei der bestehenden Personalunion unvermeidlich war. Alle anderen Motive, die genannt werden, die drohende Verbindung der dänischen mit der russischen Flotte, die elende Verfassung der schwedischen, auf deren Mitwirkung man angewiesen war, selbst die Unzulänglichkeit der eigenen Hilfskräfte des Admirals Norris, alle diese Gründe sind nicht ausschlaggebend gewesen, sie blieben auch jetzt noch ziemlich unverändert bestehen, und ob die 5 Kriegsschiffe, die Norris noch nachgesandt worden, ihn schon erreicht hatten, dessen war Stanhope noch nicht einmal ganz sicher, als er in mehreren Schreiben [3]) seine neuen Befehle

[1]) Die Briefe König Friedrich Wilhelms I. an den Fürsten Leopold zu Anhalt-Dessau (Acta Borussica. Ergänzungsband) 1905. Nr. 270, 271.

[2]) An St. Saphorin, 18. August 1719. H. A.

[3]) Sie sind sämtlich aus Hannover vom 6./17. August 1719 datiert.

an Norris und Carteret ergehen liess. Aber am Morgen desselben Tages hatte er die entscheidende Nachricht aus Berlin erhalten.

Die Befehle Stanhopes enthielten ein grosses diplomatisch militärisches Aktionsprogramm, das zuerst Schweden zum Verbündeten Englands machen, sodann in dem Verhältnisse Englands zu Russland eine klare Entscheidung schaffen sollte, sei es in friedlichem Sinne, sei es zu kriegerischer Tat. Den an Carteret gerichteten Weisungen war bereits der Entwurf eines Präliminarvertrages[1]) hinzugefügt, der die vorläufige Erfüllung des von Carteret in seinem ersten „*papier promissoire*" am 11./22. Juli gegebenen Versprechens darstellte. Gemäss diesem Entwurf sollte der alte Vertrag von 1700 erneuert, eine Verbindung der beiden Staaten zu Frieden und Freundschaft und zum Schutze der protestantischen Religion hergestellt sein. England zahlt wieder die alten Subsidien, es wird sein Bestes tun, um Schweden bei den kommenden Friedensschlüssen günstige Bedingungen zu verschaffen, es wird ihm auch bei seinen eigenen Verbündeten nach Kräften zu nützen suchen. Dafür wird Schweden dem englischen Handel in der Ostsee alle Förderung zuteil werden lassen, und sollte einer seiner Feinde auf Grund dieses Vertrages auch England oder Hannover angreifen, so wird Schweden nicht anders als in Gemeinschaft mit England oder Hannover mit jenem Staate Frieden schliessen.

In allen diesen Bestimmungen des Hauptvertrages ist nichts Ungewöhnliches enthalten. Der vornehmste Zweck des Vertrages und der Grund, warum er gerade jetzt und in grösster Geschwindigkeit vollzogen werden sollte, wird aber, wie so oft, erst aus den separaten und geheimen Artikeln ersichtlich. Hier übernimmt England zunächst die Garantie des kürzlich, am 11./22. Juli, zwischen Schweden und Hannover geschlossenen Vertrages, oder mit anderen Worten: England garantiert Hannover den Besitz von Bremen und Verden. Den Kernpunkt des ganzen Vertragsentwurfs bildet aber der zweite der geheimen Artikel. Er enthält den Verzicht Schwedens auf Stettin, den Distrikt zwischen Oder und Peene

[1]) Beilage zu Stanhopes Briefen an Carteret vom 6./17. August 1719. R. O.

und die Inseln Usedom und Wollin zu Gunsten des Königs von Preussen, mit anderen Worten die Erfüllung der kürzlich von England und Hannover mit Preussen geschlossenen Verträge. So schmerzlich der Verlust Stettins und der Odermündung für Schweden sein mochte, so gebieterisch trat England gleichwohl mit dieser Forderung auf. Sollte Schweden die Annahme dieses Artikels verweigern, so darf Carteret den ganzen Vertrag nicht unterzeichnen, denn damit steht und fällt ja die eben geschlossene Verbindung mit Preussen. Stanhope betont noch einmal die Unentbehrlichkeit dieser Verbindung. „Wir können nicht gleichzeitig mit dem Zaren und dem Könige von Preussen brechen. Das hiesse, sie förmlich in ein enges Bündnis treiben und die deutschen Staaten des Königs Gefahren preisgeben, gegen die wir sie nicht schützen können." Das muss Schweden einsehen, aber es muss auch erkennen, wie wertvoll ihm selbst die Freundschaft Preussens sei, gleichviel ob es nun zuerst mit Russland oder mit Dänemark Frieden schliessen wird.

Aber solche Entsagung wurde von Schweden nicht umsonst gefordert. Carteret darf den schwedischen Machthabern im Vertrauen — Stanhopes Schreiben wird als *secrète* bezeichnet — auch den hauptsächlichen Inhalt der gleichzeitig an Norris ergangenen Weisungen mitteilen. Diese Weisungen besagten das Folgende. Sobald der Admiral die Nachricht von der Unterzeichnung des Vertrages durch Carteret erhalten haben wird, soll er mit seinem Geschwader, das wohl inzwischen durch 5 weitere Schiffe verstärkt sein wird, nach der kleinen Insel Hanö bei Karlskrona segeln. Dort muss er mit der schwedischen Flotte, die auf der Reede von Karlskrona liegt, in Verbindung treten, nicht aber sich mit ihr vereinigen, es sei denn, dass er durch einen drohenden russischen Angriff zu dieser Vereinigung gezwungen würde. Ist das nicht der Fall, so soll er sich zunächst volle Klarheit verschaffen über die Stärke der Schweden und die der Russen und besonders auch darüber, ob etwa eine Vereinigung der dänischen Streitkräfte mit den russischen zu erwarten sei. Würde er alsdann, nach Erwägung aller Umstände, zu der Auffassung gelangen, dass er zusammen mit den Schweden der moskowitischen Macht gewachsen sei, so soll er einen Offizier zum Zaren schicken, mit einem Briefe

des folgenden Inhalts. Die Krone Grossbritannien nehme an diesem Kriege nicht teil, der König aber habe bereits dem Zaren seine Vermittlung angeboten zum Frieden mit der Krone Schweden. Um diesem Anerbieten Nachdruck zu verleihen, sei er, der Admiral, an diese Küste gesandt worden. Wolle der Zar die Vermittlung annehmen — es werde eine für beide Teile ehrenvolle und gerechte sein — so hält der König es für notwendig, dass während der Dauer der Verhandlung Waffenstillstand eintrete und der Zar unterdessen seine Streitkräfte vom schwedischen Festlande zurückziehe. Verweigerte der Zar dieses, so müsste der König darin die Absicht zur Unterdrückung Schwedens erblicken. Aber die Würde seiner Krone, die Bedeutung des Ostseehandels für seine Untertanen, vor allem das Interesse der protestantischen Religion verbieten ihm, die Vernichtung eines protestantischen Staates zu dulden. Diese Mahnungen, so muss es weiter in dem Briefe heissen, kommen von einem Fürsten, der in Freundschaft mit dem Zaren zu leben wünscht. Besteht dieser aber auf dem Ruin Schwedens, so habe Norris den Befehl, sich mit den schwedischen Streitkräften zu vereinigen und Schweden zu schützen.

So weit der Brief, den Norris dem Zaren senden wird. Die Antwort soll er vor Hanö erwarten. Fällt sie befriedigend aus, so wird man ein tapferes Volk ohne eigenen Verlust vom Untergange errettet haben. Erhält man eine herausfordernde oder zweideutige oder auch gar keine Antwort, so möge Norris die Vereinigung mit den Schweden vollziehen und dasjenige tun, was ihm zur Zerstörung der Flotte des Zaren am wirksamsten erscheint. „Sie können", erklärt Stanhope emphatisch[1]), „Ihrem Vaterlande keinen grösseren Dienst erweisen. . . . Sie kennen die Absicht Seiner Majestät, wenn es möglich ist, Schweden zu retten und des Zaren Flotte zu zerstören. Sie allein können darüber urteilen, ob die Kräfte dazu ausreichen. Glauben Sie es nicht, so dürfen Sie es nicht wagen und also den Brief nicht an den Zaren senden. Glauben Sie an den Erfolg, so wagen Sie es in Gottes Namen und seien Sie versichert, dass Sie am Könige einen festen

[1]) Der letzte Teil des Briefes ist gedruckt bei Mahon, History (Tauchnitz) 2, 377—78.

Halt haben werden, auch dann, wenn der Erfolg Ihren Erwartungen nicht entsprechen sollte.“

---

Die Ausführung des hier entwickelten Programms sollte also in Schweden ihren Anfang nehmen. Lord Carteret war beauftragt worden, die stärksten Mittel anzuwenden. Würden die Schweden sich weigern, den Vertrag zu unterzeichnen, so hatte er zu erklären, dass England seine Hand von Schweden abziehen, dass Norris und die Flotte zurückbeordert, ja dass auch er selbst, der Gesandte, wahrscheinlich abberufen werden würde.

Auch sollte der Erfolg nicht lediglich der Dialektik Carterets und der Wirkung der von ihm vorgebrachten Argumente politischen und militärischen Charakters überlassen bleiben. Man hatte ja erst kürzlich erfahren, wie stark die klingenden Gründe in Schweden zu wirken pflegten. Stanhope ermächtigte also den Gesandten, Geschenke bis zur Höhe von 10 000 £ zu verteilen, und es durften auch einige Tausende mehr sein, wenn er damit wirklich die Unterzeichnung des Vertrages in der ihm gesandten Fassung erreichen würde. Der Königin aber und ihrem Gatten, dem Prinzen von Hessen, sollte Carteret die stärksten Versicherungen im Namen des Königs von England geben, dass er ihnen mit Beistand und Hilfe zur Verfügung stehen werde, wenn immer sie in persönlicher Angelegenheit seiner bedürfen würden.

Carteret ergriff die ihm gestellte Aufgabe mit gewohntem Eifer. Er begann die Verhandlung mit dem Prinzen von Hessen und mit den Mitgliedern des Senats. Er legte ihnen den Vertragsentwurf vor, er bot Englands Vermittlung an für den Friedensschluss mit Russland. Für den mit Dänemark dasselbe Anerbieten offiziell zu machen, widerriet ihm der Prinz. Denn mit der Abtretung von Rügen und Stralsund, die England empfehlen würde, dürfe man den Schweden noch nicht kommen. Auch wurde dem englischen Gesandten erklärt, dass vor jeder Abmachung die Vereinigung der beiden Flotten erfolgt sein müsse. Den springenden Punkt der Verhandlung aber bildete die Auseinandersetzung mit Preussen, die Abtretung

Stettins. Carteret suchte den Schweden klar zu machen, dass ihnen der Verzicht auf diesen Besitz, der doch unwiderbringlich verloren sei, nicht allzu schwer fallen dürfe. Doch fand er damit kein Gehör. Vielmehr erklärten die Schweden mit grosser Festigkeit, wenn sie Stettin und die Odermündung aufgeben sollten, so müsse ihnen dafür die Wiedergewinnung von Reval und Lievland garantiert werden. Das traf ja zwar mit den Absichten Englands vollkommen zusammen, aber zu einer solchen Garantierung der baltischen Gebiete war Carteret nicht ermächtigt. Dieses Mal vermochte seine Ueberredungskunst den Sinn der Schweden nicht zu ändern, und betrübt gab er das Spiel schon verloren.

Da empfing er im entscheidenden Moment ein Schreiben des Admirals Norris, das der ganzen Sache ein neues Antlitz gab. Norris meldete, dass er den ersten günstigen Wind benutzen werde, um mit der Flotte auf Hanö zu segeln. Rasch war die Stimmung der Schweden umgeschlagen. Der Brief des englischen Admirals wurde dem Senat vorgelegt, man überzeugte sich, dass es dem Könige von England Ernst sei mit der Absicht, Schweden zu helfen, die Bevollmächtigten kamen zu Carteret und sagten, der Senat wolle der Königin empfehlen, mit England abzuschliessen. Eine kurze Verhandlung, eine rasche Verständigung über ein paar Punkte, die die Schweden in Carterets Entwurf etwas anders gefasst zu sehen wünschten — in allem Wesentlichen blieb er unverändert — und noch an demselben Tage, dem 29. August n. St., an dem der wichtige Brief des Admirals eingetroffen war, wurde der englisch-schwedische Präliminarvertrag in Stockholm unterzeichnet. Von der Garantierung von Reval und Lievland war nicht mehr die Rede. Aber ein anderes Zugeständnis hatte Carteret den Schweden allerdings nicht abschlagen können. Er versprach, unabhängig von dem Vertrage, in einer schriftlichen Erklärung, dass Norris mit der englischen Flotte nicht vor Hanö bleiben, sondern bis vor Stockholm segeln werde. Sonst hätte der Zar, der ja voraussichtlich die englische Vermittlung ablehnen würde, rascher vor der schwedischen Hauptstadt erscheinen können als die rettenden Engländer.[1])

[1]) Carteret an Stanhope, 19. August 1719 a. St. R. O.

So hatte sich der schwedische Staat unter den Schutz Englands begeben. „Gott sei Dank", schrieb Carteret in diesen Tagen[1]), „dass es mir gelungen ist, ihren Friedensschluss mit dem Zaren zu verhindern." Nun trat Schweden den Russen wieder so trotzig entgegen, dass die Verhandlungen ein rasches Ende nahmen. Krieg mit dem Moskowiterreiche war wieder die Losung. Es geht ein heroischer Zug durch die schwedische Politik dieser Tage und man meint fast einen Hauch vom Geiste Gustav Adolfs zu spüren in diesen Männern des erschöpften Schwedenstaates, die den Gefahren trotzen und lieber den Brand ihrer Städte und Dörfer geschehen lassen, ehe sie sich den Forderungen eines übermächtigen Feindes beugen, und das Vermächtnis einer grossen Zeit fahren lassen. Dabei wollen wir keineswegs verschweigen, dass bei dem eben berichteten Vertragsschlusse auch die Bestechung wieder eine Rolle gespielt hat, dass wir in Carterets Korrespondenz[2]) die Summen genannt finden, die er den einzelnen Unterhändlern auf Ehrenwort versprochen hat und um deren Ueberweisung er bittet. Nur muss man bei dem Worte Bestechung im 18. Jahrhundert nicht gleich an gewissenlose Schurken denken, in Schweden so wenig wie in dem England Robert Walpoles. Niemand hat bei den Vorgängen, die wir geschildert, sein Vaterland für schnödes Geld verraten. Die Armut der hohen schwedischen Beamten machte sie zwar für fremdes Geld sehr empfänglich, aber sie waren doch den Wünschen Carterets erst zugänglich geworden, als die englische Flotte in Sicht kam. Die Machtverhältnisse hatten die Entscheidung gebracht.

Auch die Figur der Königin Ulrike Eleonore darf in dem Bilde nicht fehlen. Der Vertrag ist ihr gleich nach der Unterzeichnung zur Ratifizierung vorgelegt worden. Sie hat ihn lange studiert, der folgende Tag ist darüber hingegangen, und es ist wieder Mitternacht geworden, bis sie das Geschäft beendigt und die Urkunde aus der Hand gegeben hat, damit sie dem harrenden Gesandten zugestellt werde.[3])

[1]) Der Brief ist gedruckt bei Ballantyne, Lord Carteret, 49.

[2]) Carteret an Stanhope, 19. August 1719 a. St. Private Letter. R. O.

[3]) Nachschrift vom 20. August, 2 Uhr morgens, zu dem Privatbrief Stanhopes an Carteret vom 19. August a. St. R. O.

Carteret rühmt es mit grosser Wärme, wie Ulrike Eleonore an dem Vertrauen auf das Wort des englischen Königs festgehalten habe. „Sie hat im Unglück so viel Mut und Seelengrösse bewiesen, wie sie nur hier in Schweden und“ — fügt er als guter Engländer hinzu — „in unserem eigenen Vaterlande zu finden sind.“ Er hat der schwedischen Königin das artige Kompliment gemacht, sie habe Grösseres getan als Karl XII. Dieser hatte einmal erklärt, nicht Frieden schliessen zu wollen, bis die Russen vor Stockholm stehen würden. Nun standen die Russen vor Stockholm, und sie habe sich auch dann den Frieden nicht abzwingen lassen.[1]) Wohl erinnert uns das Verhalten der tapferen Frau an eine andere junge Fürstin des 18. Jahrhunderts, an Maria Theresia, die in ähnlich bedrängter Lage, ungebeugt durch die Not und Angst des Augenblicks, für eine schimpfliche Unterwerfung unter das Gebot ihrer Gegner nicht zu haben war.

Mit grösster Spannung blickte alles auf die Ostsee, wo sich die Kriegsflotten dreier Mächte gegeneinander in Bewegung setzten. Lord Carteret, der die diplomatische Arbeit beendet hatte, spornte mit feurigen Worten den Admiral der englischen Flotte zu kriegerischem Tun an.[2]) „Jetzt liegt es in Ihrer Macht, mit Gottes Hilfe Ihrem Vaterlande den wunderbarsten Dienst zu leisten, zu dem in unseren Zeiten jemals ein Mann berufen war. Sie halten die Wage des Nordens in ihrer Hand und können die Schalen zum Sinken bringen, wie es Ihnen gefällt. . . . Lehnt der Zar die Vermittlung des Königs ab, wie er es wohl tun wird, . . . so werden Sie ihn mit Waffengewalt zur Vernunft bringen und jene Flotte vernichten, welche die Welt beunruhigen wird, solange sie von Ehrgeiz und Rachsucht getrieben wird.“

Der behutsame Sir John Norris, mit der Flotte noch vor Kopenhagen liegend, rief, als er die Befehle Stanhopes vom 6./17. August erhalten hatte, den englischen und hannövrischen Gesandten am dänischen Hofe, Lord Polwarth

[1]) Carteret an Stanhope, 2. September 1719 a. St. R. O.
[2]) Carteret an Norris, 20. August 1719 a. St. B. M.

und General Bothmer, zu sich, um mit ihnen und seinem Untergebenen dem Kontre-Admiral Hopson eine Art Kriegsrat abzuhalten.[1]) Man legte die empfangenen Weisungen in dem Sinne aus, dass es dem Flottenführer anheimgestellt sei, sogleich nach Hanö zu segeln. Einstimmig ward ein dahingehender Beschluss gefasst. Man stimmte freilich auch darin überein, dass man sich nach allen einlaufenden Berichten von der Mitwirkung der schwedischen Flotte nicht viel versprechen dürfe. Um so wertvoller erschien aber die Verstärkung, die der englischen Streitmacht durch die schon in der Nähe befindlichen fünf grossen Kriegsschiffe unter Kontre-Admiral Hosier zuwachsen sollte. Norris fand sie genügend, dass nicht nur Schweden, sondern auch Dänemark die Grösse der Macht Englands gebührend schätzen lerne.[2]) Am 15. August a. St. richtete er befohlener Massen einen Brief an die schwedische Königin, um ihr seine Dienste anzubieten. Er sei bereit, sobald der Vertrag in Stockholm unterzeichnet sei, ihren Befehlen zu gehorchen, gemeinsam mit der schwedischen Seemacht die russische Flotte aufzusuchen und alle Kraft daran zu setzen, um sie zu vernichten. Am 16. stiess Hosier mit den Verstärkungen zu ihm, am 17. erschien die englische Flotte vor Hanö. Hier erhielt Norris den Brief Carterets, der ihn einlud, nicht vor Hanö zu verweilen, sondern dicht an die Hauptstadt heranzukommen. So ging er von neuem unter Segel. Mit nördlichem Kurs ging die Fahrt an der langgestreckten Insel Öland vorüber. Am 29. August meldet er Stanhope die erfolgte Vereinigung mit den Schweden. Gemeinsam lagen die beiden Flotten verankert bei Dalarö vor Stockholm. Der Moment höchster Spannung war gekommen.

Da aber folgte die Enttäuschung. Peter der Grosse hatte alle Bewegungen der feindlichen Flotten, und auch die englische wird ihm als solche gegolten haben, genau beobachten lassen. Ich fürchte, hatte Carteret am 21. August a. St. geschrieben, „die beiden Fregatten, die um unsere Flotten herumgeschwärmt sind, haben ihm Ihre Vorbereitungen zur Abfahrt wohl gemeldet, und er wird die Flucht ergreifen". So geschah

[1]) Norris an Stanhope, auf der „Cumberland" vor Kopenhagen, 13. August 1719 a. St. R. O.

[2]) Norris an Stanhope, 14. August 1719 a. St. R. O.

es wirklich. Zuerst zog Peter seine Galeeren nach den Alandsinseln zurück. So war das schwedische Land durch das Herannahen der englischen Streitmacht, ohne dass ein Schuss gefallen war, von der Drangsal der russischen Invasion befreit. Freilich war das schon angerichtete Unheil schlimm genug. Man hat berechnet[1]), dass 8 Städte, 141 Schlösser, 1361 Dörfer und 43 Mühlen in Asche gelegt wurden. 70 oder 80000 Barren Eisen, die man nicht auf die Schiffe bringen konnte, wurden ins Meer geworfen, die Eisen- und Kupferminen zerstört und noch so viel Kupfer mitgenommen, dass die meisten Galeeren damit beladen werden konnten. Die an den Bewohnern der zerstörten Ortschaften verübten Gewalttätigkeiten wird man sich hinzuzudenken haben. Auch wurden viele junge Leute und zahlreiche Kinder nach Petersburg verschleppt. Ein englischer Berichterstatter, der die Einzelheiten verschweigt, schreibt nur soviel über die Invasion der Russen in Schweden[2]): „Alles was ich sagen kann ist dieses: Des Zaren Befehle waren bestimmt und mit Widerstreben wurden sie von dem Höchstkommandierenden befolgt." Ein russischer Bericht[3]) aber meint die Untaten der Moskowiter entschuldigen zu dürfen als die gerechte Vergeltung für die von den Schweden zehn Jahre früher in Smolensk und in der Ukraine verübten Grausamkeiten und für die Einäscherung Altonas im Jahre 1713.

Wie nun die Dinge lagen, war der rechte Moment zum Losschlagen für die vereinigten Flotten bereits verpasst. Carteret hatte, sobald die Galeeren sich vom schwedischen Festland zurückzogen, dem britischen Admiral entgegen seinem früheren Rate empfohlen[4]), er möge jetzt mit der schwedisch-englischen Streitmacht gar nicht erst vor Stockholm fahren. Die russische Kriegsflotte liege vermutlich auf der Reede von Sund bei Aland, werde sich aber vor dem Gegner wahrscheinlich auf ihre Flottenbasis, d. h. nach Reval, zurückziehen. Der Weg dahin führe bei Hangö Udde an der finnischen Küste vorüber. An dieser Stelle, wo gute Ankerplätze seien, sollten die verbündeten

[1]) Vgl. Navy Records Soc. Publ. 15. 69[1]).
[2]) Navy Records Soc. Publ. 15, 69.
[3]) Sbornik 61, 579.
[4]) Carteret an Norris, 21. August 1719 a. St. Postscriptum. B. M.

Flotten sich auf die Lauer legen, um die vorüberfahrenden Russen zu empfangen. „Bleibt aber des Zaren Flotte in Sund liegen und die unsrige trifft sie dort, um so besser.“

Der Rat war nicht befolgt worden. Der schwedischen Flotte scheint es an der genügenden Menge von Proviant und Munition gefehlt zu haben. Statt nach Hangö Udde zu fahren, waren die vereinigten Flotten vor Stockholm erschienen. Das weitere Verhalten ward von den beiderseitigen Admiralen in engem Einvernehmen mit der schwedischen Regierung vereinbart. Am 27. August a. St. fand auf dem englischen, am 28. auf dem schwedischen Admiralsschiff ein Kriegsrat statt, an dem auch der Prinz von Hessen, Carteret und der Feldmarschall Dücker teilnahmen. Das Ergebnis war trübe. Einen bestimmten Entschluss zu fassen, war man schon deshalb nicht imstande, weil es gänzlich an sicheren Nachrichten über den Aufenthalt der Russen fehlte. Mit aller Gründlichkeit wurde zwei Tage hintereinander die Möglichkeit erörtert, die Feinde in Sund anzugreifen, falls sie noch dort wären. Aber die mit der Oertlichkeit Bekannten, die schwedischen Offiziere und Piloten, erklärten, dass in dortiger Gegend zur Entfaltung der Flotten kein Raum sei, es gebe zu viele Klippen und andere Gefahren, es fehle an Ankergrund, und der Eingang zur Reede auf beiden Seiten sei durch Batterien unnahbar gemacht, ganz abgesehen von der Gegenwirkung, die von den russischen Kriegsschiffen und den Galeeren ausgehen würde. So musste man den Gedanken, die Russen in ihrer etwaigen Stellung bei den Alandsinseln anzugreifen, fallen lassen. Nicht besser erschienen die Aussichten, wenn die vereinigten Flotten versuchen sollten, den von Sund nach Reval abziehenden Russen in den Weg zu treten. Auch da, hiess es, sei keine Reede, in der man sich sammeln könne, kein Raum, um die Flotte unter Segel zu halten. So schwanden die Kampfesabsichten dahin. Kein anderer Beschluss ward endlich gefasst, als dass der schwedische Admiral ein paar Fregatten aussenden möge, um den Aufenthalt der Russen zu erkunden. „Das war alles, was man tun konnte“, meldet Norris in resigniertem Tone.[1]) Und da nun wahrscheinlich

[1]) Norris an Stanhope, auf der „Cumberland“ bei Dalarö, 29. August 1719 a. St. Dazu als Beilage das Protokoll, überschrieben: Dans un Conseil tenu à

in diesem Jahre keine Aktion mehr geschehen werde, so sei es wohl Zeit, an die Heimkehr der Flotte zu denken.

Genug, die lauten Fanfarenklänge waren verstummt. Hier endet die militärische Geschichte der englischen Ostsee-Expedition von 1719. Als in Stockholm die Nachricht einlief, die Kriegsflotte des Zaren habe sich teils nach Reval, teils nach Kronstadt zurückgezogen, fand in Gegenwart der Königin und ihres Gatten ein neuer Kriegsrat statt. Die Militärs und die Politiker sassen wieder beisammen.[1]) Norris, Carteret und Bassewitz waren anwesend, auch der französische Gesandte Campredon, der erst kürzlich nach Stockholm gekommen und nun eifrig die politische Arbeit Carterets unterstützte, gab seine Meinung ab. Man beriet über die Frage, ob jetzt noch ein Angriff möglich sei. Die russische Flotte geteilt, 10 Schiffe in Reval, der Rest in Kronstadt, beide Plätze aber durch Natur und Kunst stark befestigt. Da erschien jeder Versuch zwecklos. Um einen Erfolg zu erzielen, hätte man mit einer starken Truppenmacht landen und sich der Batterien, wenigsten auf der einen Seite der Hafeneingänge bemächtigen müssen. Einen derartigen Plan entwickelte Admiral Norris allerdings der Königin Ulrike Eleonore, doch nicht mehr für dieses Jahr, sondern erst für einen etwaigen Feldzug im Jahre 1720. Denn wenn man sich auf die Operationen zur See beschränken wollte, so würde man den Zaren niemals zum Frieden zwingen.

Das klang allerdings ganz anders als die noch kürzlich geführten Reden von der Vernichtung der russischen Seemacht. Dann ging man zur politischen Erörterung über. Carteret machte im versammelten Kriegsrat den Vorschlag einer englischen Friedensvermittlung zwischen Schweden und Dänemark. Noch kürzlich, ehe die englische Flotte erschien, hatte ihn der Prinz von Hessen gebeten, von einem solchen Vorschlage abzusehen, denn er würde wie eine Beleidigung Schwedens empfunden werden. Jetzt wurde das Anerbieten angenommen, einmal, weil das Ansehen Englands in Schweden durch die

bord du Cumberland ce 27. aout 1719. V. S. — A bord du Lyon Gothique le 28. R. O. State Papers. Admiralty 50.

[1]) Norris an Stanhope, 3. September 1719 a. St. R. O. Carteret an Stanhope, 2. September a. St. 1719. B. M.

Sendung der Flotte mächtig gehoben war, vor allem aber weil jetzt sowohl England wie Frankreich dafür eintraten, dass die Dänen Rügen und Stralsund den Schweden zurückgeben müssten. Also auch England hatte sich jenen Teil des französischen Programms zu eigen gemacht, der besagte, dass Schweden einen Fuss im Reiche behalten solle.

Die Heimfahrt der englischen Flotte verzögerte sich noch um zwei Monate. Ihre Anwesenheit auf der Reede von Dalarö gab der schwedischen Regierung Stärke im Innern und ihren Verhandlungen erhöhte Kraft. Da die Jahreszeit günstig blieb und die russische Galeerenflotte sich in der Stärke von 120 Schiffen in dem finnländischen Hafen Abo sammelte, so schien eine Wiederholung des Angriffs noch in diesem Herbste nicht ausgeschlossen. Ulrike Eleonore wollte Norris ungern ziehen lassen. Da sie einige ihrer Kriegsschiffe in der Ostsee zwischen Danzig und Königsberg kreuzen liess, um den schwedischen Handel offen zu halten, so ward an Norris die Anfrage gerichtet, ob er 6 Schiffe zur Verfügung stellen wolle, um jene Kreuzerflotte zu verstärken. Das lehnte Norris grundsätzlich ab, mit der Erklärung, ein Detachement könne er nicht abgeben, doch sei er jederzeit bereit, mit seiner ganzen Streitmacht einzugreifen, wo der Dienst seines Königs es erfordere. Eine sehr verständliche Haltung. Für England handelte es sich um Krieg oder Frieden mit Russland. Jedes Hinaussenden kleinerer Geschwader konnte zu einem Zusammenstoss mit den Russen führen. Der leitende Admiral hätte die Entscheidung nicht mehr in der Hand gehabt. Vor allem wollte er es vermeiden[1]), „mit kleineren Aktionen einen Krieg mit Russland zu eröffnen". Sollte es zum Bruche kommen, so wünschte er ihn nur um den Preis der Vernichtung der russischen Seemacht herbeizuführen, und um keinen geringeren. Nicht anders war es am Kap Passaro gewesen und nur so war Norris gewiss, die Zustimmung seiner Vorgesetzten zu finden.

Aber auch die blosse Anwesenheit der Engländer in den schwedischen Gewässern war für Schweden wie für England noch vorteilhaft genug. Wäre die Flotte vor dem Eintritt

[1]) Norris an Stanhope, Stockholm, 22. September 1719. R. O.

der rauhen Jahreszeit davongefahren, so hätte die Furcht vor einer Wiederkehr des Russenschreckens sofort jene Partei in Schweden gestärkt, welche dem Frieden mit Russland das Wort redete. Englands Interesse aber war es, einen solchen Friedensschluss so lange zu verhindern, bis zwischen allen anderen Kriegführenden der Friede erreicht wäre. Dann würde der Zar sich mit bescheidenerem Gewinn begnügen müssen. Und die schwedische Schiffahrt, die sich wieder auf die Ostsee herauswagte, war nur durch die Nähe der schützenden englischen Kriegsschiffe vor russischen Ueberfällen gesichert. Erst am 19. Oktober n. St. gab Ulrike Eleonore ihre Einwilligung zur Abfahrt der englischen Flotte. Am Abend des 20. befand sich diese unter Segel. Doch durch widrige Winde festgehalten, konnte Norris erst am 27. November die hohe See gewinnen. Unterwegs wurden Kriegs- und Handelsschiffe durch schwere Stürme beschädigt. Ehe er den Sund durchfuhr, erschien Norris noch einmal in Kopenhagen, um der dänischen Regierung den Friedensschluss mit Schweden, dessen Bereitwilligkeit er rühmte, dringend zu empfehlen. Erst am 9. Dezember, später als in den vorhergehenden Jahren, war das englisch-baltische Geschwader wieder in den Heimatshafen eingelaufen.

---

Politischer Gewinn und militärische Enttäuschung waren das Ergebnis der Expedition gewesen. Sie bezeichnet einen Wendepunkt in Englands nordischer Politik. Es hatte eine Reihe von Verträgen geschlossen und vorbereitet. Schweden hatte sich mit Hannover, England mit Preussen versöhnt, ein englisch-schwedischer Präliminarvertrag war geschlossen, der zugleich den Frieden zwischen Schweden und Preussen anbahnte. Was noch fehlte, geschah im Laufe der nächsten Monate. Hannover schloss seinen endgültigen Frieden mit Schweden am 9./20. November 1719, ein englisch-schwedischer Bündnisvertrag folgte am 21. Januar/1. Februar 1720. Am selben Tage ward auch der schwedisch-preussische Friede unterzeichnet, und der ebenfalls durch England vorbereitete Friedensschluss zwischen Schweden und Dänemark am 3./14. Juni 1720. Alle diese Friedensschlüsse tragen englische Gepräge und selbst

bei dem zwischen Schweden und Polen am 18. Januar 1720 (n. St.) geschlossenen hatte England seine Hand im Spiele. Stanhope, der Schöpfer des politischen Systems, Carteret, der talentvollste unter den englischen Diplomaten, mögen als die Staatsmänner bezeichnet werden, denen das grösste Verdienst an diesen Erfolgen zuzuschreiben war. Und ihre Fähigkeiten erscheinen deshalb nicht geringer, weil Frankreich durch seinen Gesandten Campredon die englische Arbeit unterstützte. Dass er die französische Hilfe sich zu sichern und doch die Führung zu behalten verstand, darin lag ja gerade in der nordischen Frage wie in der Geschichte der Quadrupel-Allianz die grosse Meisterschaft Stanhopes.

Doch eines war nicht erreicht, die Macht Russlands nicht gebrochen. Nur durch Carterets Geschick war es gelungen, die Unterwerfung Schwedens unter den Willen Peters des Grossen zu verhindern. Dieser verharrte im Kriege, der einzige Gegner Schwedens, der noch im Felde stand. Dennoch war die Aussicht gering, ihm die Ostseeländer wieder zu entreissen. Das aber war das eigentliche Ziel der englisch-baltischen Expedition von 1719 gewesen. Hier hatte die Kraft Englands versagt.

Man braucht nicht viel von englischer Geschichte zu wissen, um es selbstverständlich zu finden, dass das Aufkommen der neuen Seemacht, die nach der Eroberung der Küstenländer der Ostsee mit dem Bau einer ansehnlichen Kriegsflotte voranschritt, einer Flotte, die teils aus Kampfschiffen, teils aus Galeeren bestand, den geographischen Bedingungen vortrefflich angepasst war, und gestützt auf die Häfen von Abo und Kronstadt, Riga und Reval, dass diese neue Seemacht von den Engländern mit Sorge und Misstrauen beobachtet wurde. An dem Willen, die russische Seemacht zu vernichten, hat es nicht gefehlt. Auf allen Seiten vernimmt man den Wunsch Englands, ihr dasselbe Schicksal zu bereiten, wie vor kurzem der spanischen, die zuerst ohne Kriegserklärung in offener Seeschlacht zusammengeschossen worden und deren Reste und Materialien man noch in den spanischen Häfen aufgesucht und ausgebrannt hatte.

Aber zu einer solchen Vernichtungsstrategie fehlte es in der Ostsee an den notwendigen Voraussetzungen. Hier war

Englands Stellung viel schwächer als im Mittelmeer. Hier besass es keine Stützpunkte wie Gibraltar und Port Mahon. Eine in der Ostsee operierende englische Flotte konnte daselbst auch nicht überwintern. Wenn sie im Frühjahr erschienen war, so musste sie im Herbste, ehe das Eis kam, wieder verschwunden sein. Aber auch in den guten Monaten waren ihren Bewegungen Schranken auferlegt. Das Schärenmeer war ihr verschlossen. Der russischen Galeerenflotte hatte England nichts Aehnliches entgegenzusetzen. Und nur für die Ostsee einen neuen Typus in der englischen Kriegsflotte zu schaffen, daran hat wohl niemand gedacht.

Kommen wir noch einmal auf den geschilderten Verlauf der Operationen zurück, so hat die militärische Schwäche der Engländer zusammen mit der politischen Lage im Norden eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Der althistorische Gegensatz zwischen Schweden und Dänemark wirkte hemmend. Wollte Norris die Schweden verteidigen, so musste er darauf gefasst sein, dass ihm die Dänen in den Rücken fielen oder sich mit den Russen verbanden. So glaubte er wenigstens vor dem Eintreffen seiner Verstärkungen der russischen Kriegsflotte nicht gewachsen zu sein. Vor Kopenhagen liegend, hatte er die Entscheidung wochenlang hinausgezögert. Zwar konnte er sich bei allem, was er tat und unterliess, auf die Weisungen berufen, die Stanhope ihm von Hannover sandte. In England aber, im Kreise der Regentschaft und in der Admiralität, wollte man es nicht glauben, dass es nicht ein Leichtes sein sollte, die Russen zu vernichten. Lord Sunderland schrieb aufgeregte Briefe an Stanhope.[1]) „Ich gestehe es, mein Herz hängt daran, der Flotte des Zaren einen Schlag zu versetzen.“ „Ich kann den Gedanken nicht ertragen, dass man eine solche Gelegenheit versäumen sollte.“ Er schalt auf Norris, von dem er nie etwas Besseres erwartet habe. „Er ist einer jener unklugen Prahler, die viel von sich reden machen und nichts leisten.“ Sunderland hat mit erfahrenen Admiralen, wie Jennings und Wager, gesprochen, er hat ihnen die schwedischen Streitkräfte aufgezählt, die bereit seien, zu Norris zu stossen: sie haben mit den Achseln gezuckt und das Ver-

[1]) Gedruckt bei Mahon, History (Tauchnitz) 2, 372—77.

halten des Admirals unbegreiflich gefunden. Wäre es nicht am besten, meint Sunderland, der König liesse Jennings herbeirufen, damit ein Fähigerer das Kommando über die Ostseeflotte in die Hand bekäme?

Die gegen Sir John Norris erhobenen Vorwürfe ziehen sich durch die ganze Geschichte der Expedition von 1719 hindurch. Die Berichte Hoffmanns, des österreichischen Residenten, sind voll davon. Es heisst z. B., man zweifle nicht an der Möglichkeit einer siegreichen Seeschlacht. Die Engländer würden „*respectu* der guten Matrosen" den Russen immer überlegen sein. Oder: Hätte er sich doch nur sofort, selbst noch vor dem Eintreffen seiner Verstärkungen, mit den Schweden verbunden, er hätte es mit dem Zaren gut aufnehmen können. Und dass auch später die ersehnte Schlacht nicht geschlagen wird, darüber ist man vollends ausser sich, es „macht alle Geduld mit ihm verlieren" und würde noch zur Entsendung von Jennings geführt haben, wenn es inzwischen nicht zu spät geworden wäre. Noch nach Jahren, und nachdem Norris schon ein paar weitere Expeditionen in die Ostsee geführt hat, sind jene Anklagen nicht verstummt. Sie haben sich sogar zu dem üblichen Vorwurf der Bestechlichkeit verdichtet. Geschenke des Zaren, 20 000 oder 30 000 Rubel oder ein kostbarer Ring, müssen es gewesen sein, was Norris abhielt, den Schweden rechtzeitig zu Hilfe zu kommen. Noch 1725 hat er sich gegen diesen Vorwurf verteidigen müssen und erklärt, er sei, nachdem er Hosiers Ankunft im Kattegat vernommen, sofort und ohne weitere Befehle abzuwarten, unter Segel gegangen und an die schwedische Küste gefahren.[1])

Wer heute noch ein Urteil in diesem Streite fällen wollte, der würde vielleicht bei dem Moment zu verweilen haben, als Carteret dem Admiral den Rat erteilte, statt mit den vereinigten Flotten vor Stockholm zu fahren, sich lieber an der finnischen Küste auf die Lauer zu legen und dort die heimfahrende russische Flotte zu empfangen. Die Befolgung dieses Rates hätte vermutlich die Seeschlacht herbeigeführt. Und wenn der schwedische Admiral für einen solchen Plan

[1]) Brief von Norris an einen unbekannten Empfänger, Haag, 29. November 1725 a. St. R. O. State Papers. Admiralty 43.

nicht zu haben war, so würde ein schneidigerer englischer Flottenführer, als Norris es war, vielleicht allein vorgegangen sein und mit den jetzt erheblich verstärkten englischen Streitkräften das Wagnis noch unternommen haben. War ihm dann das Glück der Schlachten günstig, so wäre er ein gefeierter Held geworden, aber wehe, wenn es misslang.

Noch mehr als eine solche Erwägung mag aber die Tatsache ins Gewicht fallen, dass Lord Carteret, als alles vorüber war, dem Verhalten des Admirals seine volle Anerkennung zuteil werden liess. Die Aeusserung ist um so wichtiger, als sie nicht in offizieller Form erfolgte, sondern in einem Privatbriefe[1]) enthalten ist, wo der Schreiber keinen Grund hat, seine wahre Meinung zu verbergen. Kein anderer Engländer mag zuzeiten über Norris' Zögern in grösserer Erregung gewesen sein, denn keiner hatte deshalb schwerere Vorwürfe anzuhören gehabt als Carteret. Dies alles gesteht er zu, aber seit er Norris persönlich gesprochen, sei er überzeugt, dass seine Haltung zu allen Zeiten die richtige war. „Er ist eine höchst wertvolle Persönlichkeit an dieser Stelle."

Wollte man nach dem Gesagten dennoch einen Tadel gegen Norris aussprechen, so müsste man sich schon auf den Standpunkt stellen, der durch die Praxis englischer Marinepolitik gegeben ist, auf jenen Standpunkt, der etwa durch die Formel ausgedrückt wäre: Ein Admiral muss im richtigen Augenblicke auch ohne ausdrücklichen Befehl den Entschluss zu kühner Tat finden. Für den Minister, könnte man sagen, mag es im einzelnen Falle schwer sein, Befehle zu geben, durch deren Befolgung ein Kriegsfall geschaffen wird und wertvolle Handelsbeziehungen unterbrochen werden. Er hat sich, wenn die Sache misslingt, auf einen harten Strauss im Parlament gefasst zu machen. Aber er sieht es gern, wenn der Admiral selbst die Verantwortung übernimmt, wenn er den Befehl nicht abwartet, wenn er losschlägt und — wohlverstanden — wenn er siegt. Aber in diesem Falle fanden zuletzt selbst die kritischen Londoner Marinekundigen, dass ein solches Wagnis ohne ausdrücklichen Befehl eine Torheit gewesen wäre.[2]) Und so geschah es denn: die

[1]) An Craggs vom 27. September 1719 a. St. B. M.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 25. August 1719 (W. St. A.). Hier heisst es ferner, dass einen positiven Befehl „kein Staatssekretär, wenn es um einen

Minister waren ungehalten über Norris, die Admiralität gab ihm Recht.

---

Wenn es in England nach diesem Verlaufe des nordischen Dramas Enttäuschte gab, so war ihre Zahl doch nicht gross. Die Massen sind niemals weitblickend. Ihnen wäre ein Krieg mit Russland und eine längere Unterbrechung des Ostseehandels als ein Unglück erschienen, das selbst durch einen siegreichen Schlag gegen die moskowitische Seemacht kaum erträglich werden konnte. Der errungene politische Erfolg aber war allen verständlich. Und auch darüber herrschte nur eine Stimme, dass dieser Erfolg der Staatskunst Lord Stanhopes zu verdanken war. Seine Kollegen im Kabinett haben neidlos anerkannt, dass ihm die Ehre gebühre, im Norden wie im Süden als der Werkmeister und Vollender des Friedens zu gelten. „Ohne Ihnen schmeicheln zu wollen", schrieb Sunderland[1]), „kein anderer als Sie allein wäre imstande gewesen, den Entwurf des Präliminarvertrages mit Schweden und die Carteret gesandten Befehle mit solcher Geistesschärfe und Gerechtigkeit zu entwerfen." Und im September, als die diplomatische Arbeit getan war, sandten die Londoner Regenten ein gemeinsames Danksagungsschreiben nach Hannover, um dem wahren Urheber der neuen Erfolge den Dank der Regierung auszusprechen.[2])

Die grosse Oeffentlichkeit, d. h. das Volk von England, erfuhr die Bedeutung des Geschehenen aus des Königs eigenem Munde. Der Glanz der nordischen Erfolge strahlt wieder aus der Thronrede, mit der Georg I. am 23. November a. St. 1719 sein Parlament eröffnete. Sie verkündigte mit echt britischem Stolz, dass ganz Europa demnächst durch britische Kriegführung und Diplomatie von den Schrecken des Krieges befreit sein werde. „Und wenigstens ein protestantisches

---

Friedensbruch mit einer fremden Macht, mit welcher diese Nation in einem grossen Commercio stehet, zu thun ist, contrasignieren will, die Verantwortung davon hingegen einem Admiral aufzutragen suchet".

[1]) Mahon, History (Tauchnitz) 2, 375.

[2]) Hoffmann, 29. September 1719. W. St. A.

Königreich ist durch unser rechtzeitiges Eingreifen bereits erlöst."

Wir kennen den Verfasser dieser Thronrede nicht. Es mag wohl Lord Stanhope selbst sein. Die Erfolge seiner auswärtigen Politik in helles Licht zu rücken, hat auch er nicht verschmäht. Denn es gab kein besseres Mittel, um auch im Innern die Stellung der Regierung zu stärken. Es schien in diesem Augenblicke nötiger als je, denn die kommende Session sollte ihr den Kampf bringen, der über ihre Existenz entschied.

Zwölftes Kapitel.

# Die inneren Wirren und der Sieg Walpoles.

Während in der auswärtigen Politik Erfolg sich an Erfolg reihte, trieben die inneren Verhältnisse in England einer Katastrophe entgegen. Nicht als ob Leben und Wohlfahrt des Volkes unmittelbar bedroht gewesen wären. Es war vielmehr die Stellung der Regierung, die immer schwieriger wurde, und wenn sie fiel, mussten die Folgen unabsehbar sein. Wieder herrschte ein Gefühl der Unsicherheit wie vor dem Tode der Königin Anna. Auf der Dynastie Hannover ruhte die Ordnung des Staates. Mit dieser Dynastie aber waren die Whigs ans Ruder gekommen. Hannover und Whig schienen untrennbare politische Begriffe zu sein. Nun drohten beiden dieselben Gefahren.

Dem Leser sind die drei Quellen der Verlegenheiten, in denen die Regierung schwebte, schon hinlänglich bekannt. Die Spaltung der Whigpartei in Regierungstreue und Oppositionelle hatte den Ministern zwar noch eine Mehrheit im Parlamente gelassen, aber diese Mehrheit war nicht gross und nicht immer zuverlässig. Wenn es der eifrig werbenden, von Walpole und Townshend geleiteten Opposition einmal gelang, bei irgend einer wichtigen Vorlage, sei es nur 30—40 Mitglieder des Unterhauses von der sogenannten Hofpartei zu trennen und auf ihre Seite zu ziehen, so würde die Regierung eine schwere Niederlage, vielleicht einen tötlichen Schlag, erleiden.

Daneben war der Konflikt im Königshause zu einem chronischen Zustand geworden, der immer unangenehmere Folgen zeitigte. Manchmal erhält man den Eindruck, als sei die ganze innere Politik nur ein Duell zwischen Georg I. und dem Prinzen von Wales, die einander hassen und zu ruinieren trachten.

Und endlich der dritte, der lähmendste von allen Schäden des Staatslebens: das Doppelregiment des englischen und des hannövrischen Ministeriums. Was dieses für die auswärtige Politik bedeutete, haben wir soeben erfahren. Seine Wirkungen auf die inneren Fragen sollen im folgenden geschildert werden. Sie waren derartig, dass man versucht ist, von der Episode einer deutschen Fremdherrschaft in England zu reden.

---

Den Ausgangspunkt dieses Treibens bildete die Person des Königs. Auch nach fünfjähriger Regierung war Georg I. noch ein Fremdling in britischen Landen. Er mag einiges von der politischen Praxis, vom Recht Englands, von den Sitten der höheren Gesellschaft sich angeeignet haben, viel wird es nicht gewesen sein, und mit der Landessprache blieb er völlig unbekannt. Er hilft sich, so gut er kann, aber um sich recht einzuleben, dazu ist er zu alt. Am Hofe wird etwas Deutsch, doch meistens Französisch gesprochen. Auch im Kabinette, solange Georg I. demselben präsidierte, herrschte das Französische, eine Merkwürdigkeit von verfassungsgeschichtlicher Bedeutung, auf die wir noch an anderer Stelle zurückkommen. Vielleicht geschah dasselbe im *Privy Council*, so oft der Souverän den Sitzungen desselben beiwohnte. Genug, es war ihm nicht möglich, sich mit den hohen Staatsbeamten in ihrer Sprache zu verständigen.

Immerhin, mochte nun Georg I. mit Stanhope und Craggs französisch, mit Carteret deutsch, mit Walpole und Cowper, den des französischen Unkundigen, sogar lateinisch verhandeln, oder mochte, wie es in den ersten Jahren oft geschah, Robethon den Dolmetscher zwischen dem Könige und seinen Ministern abgeben[1]), so gelang es immerhin, die sprachliche Schwierigkeit zu überwinden. Damit war aber der fehlenden Vertrautheit des Königs mit der Sache nicht abgeholfen. Dieser

[1]) Denkschrift für Senneterre. Anhang Nr. 7. Vgl. auch Bussemaker, De Republiek der Vereenigde Nederlanden en de Keurvoorst-Koning George I. Bijdragen voor Neederlandsche Geschiedenis IV 1. 1900. Ueber Robethon (Bd. 1, 446) ist jetzt auch der Artikel von Chance, Engl. Hist. Rev. 1898 zu vergleichen.

Mangel fiel um so schwerer ins Gewicht, als man sich vor der Auffassung zu hüten hat, als sei der König bereits zu einer repräsentativen Figur herabgesunken. Sollte er aber, wie man es von ihm erwartete, wirklich regieren, so musste ihm jemand mit Rat und Tat zu Hilfe kommen. Das war nun auch von allem Anfang an in reichlichem Masse geschehen, zuerst in Gestalt jener Denkschriften und Gutachten, die ihm Leibniz, Graf Bothmer und andere noch vor seiner Ankunft in London erstatteten. Und dann folgte das Nebeneinander englischer und hannövrischer Ratgeber, die nun schon fünf Jahre lang ohne deutliche Scheidung ihrer Amtsbereiche unter den Augen des Monarchen gewaltet hatten. Als Georg I. nach England kam, war London auch der Regierungssitz des Kurfürstentums geworden, zwar nicht in vollem Umfange, doch etwa soweit, dass die wichtigsten Entscheidungen und die ganze auswärtige Politik Hannovers in London gemacht, die innere Verwaltung aber von dem Ministerium, d. h. dem Kollegium der heimgelassenen Geheimen Räte, der nun sogenannten Königlich Grossbritannischen Geheimen Räte, besorgt wurde.[1])

Der deutsche Hof in London, bestehend aus mehreren Ministern, mit Bernstorff als Premier, und einem politischen Stab von 23 Personen, einem grossen gesellschaftlichen Anhang von Damen und Herren und zahlreichem Hofpersonal, insgesamt etwa 150 Köpfen, wirkte an der Spitze der englischen Gesellschaft wie ein Fremdkörper, der mit gehässigem Spott reichlich bedacht wurde. Wie mancher aus diesem Kreise mag enttäuscht gewesen sein, dass die *Act of Settlement* ihn in England nicht zu Amt und Würden hatte kommen lassen. Aber die Schicksale jener 150 haben kein historisches Interesse. Anders der politische Kreis um Bernstorff, und vor allem er selbst. „Ein Mann von Verdienst, unfehlbar in Fragen des Deutschen Reiches, von nie ermattender Arbeitskraft, in seiner Erscheinung ernst und überlegen, von untadligem Lebenswandel, eindringend und argwöhnisch in Staatsgeschäften, fast bis zur Halsstarrigkeit. Das ist der Mann, der sich bis auf den heutigen Tag das absolute Vertrauen des Königs,

[1]) Vgl. Meier, Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgesch. 2, 41.

seines Herrn, zu bewahren verstand.“ Diese Schilderung aus dem Jahre 1719, vom Abbé Dubois herrührend[1]), stimmt durchaus zu anderen Beschreibungen, die wir besitzen. Fest in der Sache und in Personenfragen hart, nennt ihn auch Bonet. Und Lady Cowper erzählt[2]), wie Bernstorff eines Tages in ihr Haus kam und, da er ihren Gatten, den Minister, nicht fand, mit ihr, der Hausfrau, in einem Tone redete, wie er einer englischen Dame gegenüber niemals angeschlagen worden sei.

Von dem Walten diesen schroffen Mannes, der 1719 als Siebzigjähriger den Höhepunkt seiner Macht erreicht, aber bald auch überschritten hat, ist schon oft genug gesprochen worden. Nun aber, da wir uns der Krisis nähern, wollen wir rückblickend noch einmal der hannövrischen Mitregierung gedenken, die in ihm verkörpert erscheint. Zwar fehlt es auch nicht an anderweitigen Schilderungen der Personen von Bernstorff, Bothmer, Robethon, der sogenannten hannövrischen Junta am Hofe von St. James.[3]) Doch gilt die Würdigung, die man ihnen zu teil werden liess, mehr der äusseren Erscheinung dieser Gruppe als den von ihr ausgehenden politischen Wirkungen. Die letzteren sind nur aus den diplomatischen Akten der Jahre 1714—20 zu erfahren. Ihnen sind wir gefolgt. Den in London und Paris, in Berlin, Wien und Hannover befindlichen Korrespondenzen entstammt unsere Auffassung. Sie wird bereichert und ergänzt durch andere Quellen, z. B. durch das Tagebuch der oben erwähnten Lady Cowper, die in aller Unschuld so manche kleine Vorfälle erzählt, die uns tiefere Einblicke gewinnen lassen.

---

Der Schotte Ker von Kersland hatte für den König, noch ehe er 1714 Hannover verliess, eine Denkschrift verfasst, in der er ihn vor den Folgen warnte, wenn er in britischen

[1]) Instruktion für Senneterre, 1719. Aff. étr.

[2]) Diary 53.

[3]) Besonders in dem, die Bedeutung der englisch-hannövrischen Personalunion vortrefflich darlegenden Werke von A. W. Ward, Great Britain and Hanover. 1899. (Deutsch. 1906.) Hier besonders Lecture 2. Aehnlich L. Melville, The first George. 1908. 1, 232 ff.

Fragen auf den Rat seiner hannövrischen Minister hören würde. Die britische Nation sei stets sehr eifersüchtig auf *Foreigners* gewesen. Derselbe Schotte hatte über dieses Thema auch mit Leibniz korrespondiert[1]), der ihm eifrig zustimmte. Die Einmischung der deutschen Minister in britische Fragen, ist die Meinung von Leibniz,[2]) würde den König logischer Weise um alle Liebe seines Volkes bringen.

Das Gefürchtete war dennoch eingetreten, die hannövrische Mitregierung zur Tatsache geworden. Der neue König arbeitete am liebsten mit seinen gewohnten Helfern, d. h. mit Bernstorff und Bothmer. Sie sind eine Mittelinstanz zwischen dem Könige und seinen englischen Ministern. 1715 heisst es, dass diese beiden die erste Kunde von allen Geschäften erhalten. Was das für die auswärtige Politik bedeutete, haben wir gehört. Man muss hier freilich zwischen Süden und Norden scharf unterscheiden. Im Süden, d. h. in den Beziehungen zu Frankreich, Spanien, Italien, Oesterreich, in allen Fragen, die sich aus dem spanischen Erbfolgekriege ergaben, ward rein englische Politik getrieben, vertreten durch Stanhope, den grössten auswärtigen Minister jener Tage, den Schöpfer der Quadrupel-Allianz. Soweit die Hannoveraner ihre Hand dabei im Spiele haben, ziehen sie am selben Strange wie die Engländer. Im November 1717, in einem wichtigen Stadium des Vertragswerkes verhandelt der österreichische Gesandte Pendtenriedter bald mit Bernstorff und Bothmer allein, bald mit Stanhope und Sunderland.[3]) Und die von Bothmer nach den Akten verfasste Geschichte der Quadrupel-Allianz[4]) ist der beste Beweis dafür, wie genau dieser Hannoveraner in die Geheimnisse der englischen Politik eingeweiht war.

Nicht so unschuldiger Natur war die Mitwirkung der deutschen Minister in den nordischen Fragen. Hier wird das englische Interesse von dem hannövrischen überwuchert. Das Auftreten der englischen Flotte in der Ostsee galt zunächst viel mehr der Erwerbung von Bremen und Verden für Hannover

[1]) Memoirs (1727) 1, 97.
[2]) Ebd. 101.
[3]) Berichte Pendtenriedters im W. St. A.
[4]) Her. v. Doebner. Forsch. z. deutschen Gesch. 26.

als dem Schutze des englischen Handels. „So versteht es dieser deutsche Hof, von den Kosten, die die englische Nation trägt, Vorteile zu ziehen", lautet das Urteil eines unbeteiligten Beobachters.[1]) Selbst 1719, als die Front gegen Russland hin verschoben worden war, spielte der Vorteil Hannovers neben dem englischen noch eine erhebliche Rolle.

An Reibungen zwischen den beiden Ministerien hat es niemals gefehlt. Im Mai 1716 hören wir von einer *collision secrète*. Die Engländer versuchen, sich von den Deutschen zu emanzipieren und lassen sich nur durch die Interessen ihrer Partei und ihrer Nation leiten, „sehr gegen den Geschmack des Staatsministers von Bernstorff".[2]) Aber diese Gegensätze treten nicht an die Oberfläche. Die zunächst an der Sache Interessierten, also die hannövrischen Minister, hüten sich wohl, über ihren Anteil an den Entscheidungen in der Ostsee etwas in die Oeffentlichkeit zu bringen. Sie schenken auch ihren englischen Kollegen nicht reinen Wein ein, ja ihnen vielleicht am allerwenigsten. Aber dabei können sie es nicht verhindern, dass gelegentlich von anderer Seite Dinge ausgeplaudert werden, durch die der Sachverhalt der weiteren Oeffentlichkeit bekannt wird. Im Oktober 1716 erliess der dänische Hof eine Erklärung über die Gründe, weshalb eine von den Gegnern Schwedens beabsichtigte Expedition nach Schonen unterblieben war. Dänemark schob die Schuld auf den Zaren, der allem Drängen zum Trotz die nötigen Streitkräfte nicht zur Verfügung gestellt habe. Und um die Säumigkeit des russischen Herrschers noch stärker zu betonen, ward hinzugefügt, dass ja auch der englische Gesandte in Kopenhagen ebenso wie Admiral Norris, der Befehlshaber der englischen Ostseeflotte „auf ausdrücklichen Befehl ihres Herrn mit allen Mitteln der Ueberredung versucht haben, Seine Zarische Majestät zu diesem Unternehmen zu bewegen."[3]) Mit diesem verfänglichen Passus ward das Manifest durch den dänischen Residenten in Hamburg veröffentlicht, und sofort brachten auch die englischen Zeitungen den vollen Wortlaut. Jetzt las es jedermann, dass der König von England

[1]) Bonet 20./31. Jan. 1716. G. St. A.
[2]) Bonet, 11./22. Mai 1716. G. St. A.
[3]) Lamberty IX 626.

durch die berufenen Organe seiner Regierung den Zaren zur Invasion Schwedens gedrängt hatte, trotzdem England sich nicht im Kriege mit Schweden befand. Die englischen Minister waren ebenso peinlich überrascht wie das Publikum, dem man bisher immer gesagt hatte, dass die Ostseeexpeditionen lediglich zum Schutze des englischen Handels unternommen würden. Der in dem Geschehenen liegende Bruch der Neutralität ward dabei weniger tadelnd hervorgehoben als die Verletzung der Thronfolgeakte, nach welcher England sich in keinen Krieg, den Hannover führte, einmischen durfte. Natürlich schalt man zunächst auf die dänische Regierung. Wie unklug, wie wenig freundschaftlich, wie überflüssig war diese Veröffentlichung. Und welche Folgen wird sie haben. Man machte sich schon auf heftige Angriffe im Parlamente gefasst. Wer war Schuld daran? Doch nur die Hannoveraner. „Das englische Ministerium", schreibt der preussische Resident, „wird in Zukunft in den nordischen Fragen wohl vorsichtiger, es wird nicht mehr so leicht zu haben sein für die Wünsche der deutschen Minister." [1])

Uebrigens hören wir, dass der erste Lord der Admiralität, Graf Orford, wiederholt wegen der Instruktion für den Flottenführer in der Ostsee sein Amt niederlegen will. Anfang 1717 scheidet er wirklich aus der Regierung und mit ihm eine Reihe anderer Minister. Die damals erfolgende Spaltung der Whigpartei bedeutete zugleich eine Art Reinigung des Ministeriums von allen nicht hannoverfrommen Elementen.

In diesem Augenblicke, im Frühjahr 1717, hatte Georg I. mit seiner hannövrischen Politik, mit Bernstorff und Bothmer auch in England gesiegt. Die Hannoveraner haben Oberwasser, sie haben die massgebenden englischen Minister Stanhope und Sunderland in ihre Bahnen hineingezwungen. Wir hören nun, dass Bernstorff „unbeugsam, ja verständnislos" allem gegenübersteht, was nicht genau seinen Zwecken entspricht. Dabei sind seine Entscheidungen das „sichere und unfehlbare Orakel, dem man folgt und von dem man an keine höhere Instanz appellieren kann." [2]) Aber nun steht auch

[1]) Bonet 23. Okt./3. Nov. 1716. G. St. A. Hoffmann 6. Nov. 1716. W. St. A. Whitworth' Berichte aus Berlin vom 9./20. 13./24. Okt. 1716. R. O.

[2]) Bonet 16./27. April 1717. G. St. A.

dieser hannövrisch gerichteten Regierung in dem abgestossenen Flügel der Whigs, der sich mit der anderen oppositionellen Gruppe, den Tories, verbindet, eine so gefährliche Gegnerschaft gegenüber, wie nie zuvor. Denn an der Spitze stehen Leute — Townshend, Walpole und Genossen — die noch soeben selbst Minister gewesen und viel mehr Einblick haben in die Schwächen der Regierung als die Tories.

Bald genug erhebt sich ein Sturm im Parlamente. Nun geht es gegen die Deutschen. Die Regierung hat für ihre Politik gegen Schweden einen Kredit von 250 000 £ gefordert. Die *Parliamentary History*, die übrigens in diesem Falle, wie so oft, nur mässig unterrichtet ist, erzählt zuerst, mit einer herkömmlichen Phrase, als Stanhope seinen Antrag vorgebracht, habe ein bis zwei Minuten lang tiefes Stillschweigen im Hause geherrscht. Dann sprach Mr. Pulteney, als einer von denen, die aus der Regierung ausgeschieden und zur Opposition übergegangen waren. „Jetzt bin ich aus dem Amte, jetzt darf ich frei reden, wie es einem Engländer geziemt", so etwa sprach Pulteney. „Und ich hoffe, bald ein echt englisches Parlament zu sehen, das die deutschen Minister erzittern macht." Ein anderer Redner, Lord Finch, der Sohn des Herzogs von Nottingham, wurde noch deutlicher.[1]) Der richtete sein Geschoss erbarmungslos gegen Bernstorff. Er erklärte, bei allem, was man da zu hören bekomme von der drohenden Stellung des Zaren, oder von den Geldmitteln für den Norden, bei dem allen handle es sich ja doch nur um den Grundbesitz, den ein gewisser deutscher Minister in Mecklenburg habe. Warum hat man nicht statt jetzt 250 000 £ zu fordern, den deutschen Ministern lieber 50 000 geschenkt, so hätte man der Nation immerhin noch 200 000 £ erspart. Andere Redner standen auf und erklärten rundheraus: ohne Bremen und Verden gäbe es für England überhaupt keine Schwierigkeiten im Norden.

Was sollten die englischen Minister auf solche Angriffe erwidern? Stanhope bemühte sich, den schwierigen Nachweis zu führen, dass die Erwerbung von Bremen und Verden nicht nur Hannover vergrössere, sondern auch England wichtige

[1]) Bonet, 16./27. April 1717. G. St. A.

Vorteile bringe. Aber zur Verteidigung Bernstorffs sagte er kein Wort. Immerhin wurde trotz aller gehässigen Reden gegen die deutschen Minister der von der Regierung geforderte Kredit bewilligt.

Der Zorn der parlamentarischen Opposition hat sich in den nächsten Wochen noch einmal gegen die Deutschen entladen, und wahrscheinlich mit nicht weniger Gewalt als das vorige Mal — doch fehlt es an Einzelheiten darüber. In privaten Zirkeln sprach man schon von der Vertreibung des hannövrischen Ministeriums aus England, oder man sann darüber nach, wenn dies nicht möglich wäre, wie man ihm sonst beizukommen vermöchte. Immerhin war der Sturm im Parlamentshause zu Westminster vorübergebraust und ist in solcher Stärke nicht wiedergekehrt.

Die Regierung behielt das Heft in der Hand, aber sie blieb auch in der alten Abhängigkeit. Nun kommt die Zeit, wo man die drei Mächtigsten, Sunderland, Stanhope, Cadogan, antikisierend das Triumvirat zu nennen pflegt.[1]) Sie sind, schreibt Bonet[2]), wie drei Souveräne in ihren Amtsbezirken, Stanhope in den auswärtigen Geschäften, Sunderland in den Finanzen, Cadogan in militärischen Dingen. Sie verfügen sogar über die hohen geistlichen Würden, d. h. die Bistümer, und lassen darin kaum dem Erzbischof von Canterbury einen schwachen Abglanz seiner Autorität.

Und doch erfahren wir aus denselben preussischen Berichten, dass die Triumvirn zu dieser Macht nur gelangt sind, indem sie sich 1716 in Hannover bei den Deutschen recht eingeschmeichelt und ihnen versprochen haben, für die Erwerbung von Bremen und Verden einzutreten, dieselbe auch mit englischem Gelde zu befördern. „Townshend und Walpole sind nur deshalb ihrer Aemter entlassen, weil sie dafür nicht zu haben waren.“ Mögen diese Einzelheiten ganz zutreffend sein oder nicht, sicherlich sind die Triumvirn nur die gehorsamen Diener des hannövrischen Premierministers gewesen. „In ihren Händen“, heisst es, „ruht alle Macht, aber unter dem Einflusse des Barons Bernstorff“. Wir wissen schon

[1]) Vgl. oben S. 37.

[2]) Bericht vom 2./13. Mai 1718. G. St. A.

warum. „Durch den grossen Kredit, den er beim Könige hat, hält er die besagten Minister in Abhängigkeit.“ Ich gebe noch ein paar weitere Zitate aus den Bonetschen Berichten. „Bernstorff ist der wahre *maître des affaires*.“ „Die gegenwärtigen Minister sind in noch grösserer Abhängigkeit vom Baron Bernstorff als ihre Vorgänger in Fragen der Krone (von England), ohne dass sie sich ihrerseits in diejenigen des Kurfürstentums mischen.“ Oder die folgende Auslassung aus dem Juli 1717: „Das Triumvirat hat sich nur dadurch in das Vertrauen des Premierministers von Hannover einzuschmeicheln verstanden, dass es sich ihm im Punkte der Finanzen völlig zur Verfügung stellte“. Und um die Reihe dieser Zitate mit einer etwas ausführlicheren Darlegung zu beschliessen, die aber auch den vollen Sachverhalt noch einmal zum Ausdruck bringt, so schreibt Bonet am 17./28. Oktober 1718: „Bernstorffs Kredit in den britischen Angelegenheiten beruht auf dem unbegrenzten Vertrauen, dass der König, sein Herr, der sich in allen Stücken auf ihn verlässt, in seine Fähigkeiten und seine Treue setzt. Dieses Vertrauen ist es, um dessen Willen auch die englischen Staatsminister, angesichts der grossen Schwierigkeiten, denen sie von seiten ihrer Landsleute begegnen, sich in ihrer Position nicht sicher glauben, solange sie nicht auch sein Vertrauen besitzen. Um sich dasselbe zu erhalten, folgen sie pünktlich seinen Ideen und lassen sich durch nichts davon abbringen, höchstens einmal durch die Erwägung, ob ihr Verhalten einen guten oder schlechten Eindruck im Lande mache. . . . In dieser Beobachtung liegt der Schlüssel zum Verständnis einer Unmenge von Geschehnissen, über die man sonst in tausend Irrtümer verfallen würde.“[1])

---

So hatte sich die persönliche Macht Bernstorffs, oder sollen wir sagen die deutsche Fremdherrschaft, gegen Ende des Jahres 1718 zur höchsten Höhe emporgehoben. Da geschah der oben erzählte Abschluss der Wiener Allianz vom

[1]) Besonders nach den Berichten Bonets vom 10./21. Mai, 7./18. Juni, 16./27. Juli, 2./13. Aug. 1717, 17./28. Okt. 1718. G. St. A.

5. Januar 1719. Von hier datiert ein Umschwung. Die englischen Minister waren fortan entschlossen, die hannövrische Fessel abzuschütteln. Sie empfanden die Wiener Allianz wie einen hinterrücks gegen ihre eigene Politik, ja fast gegen ihre persönliche Sicherheit geführten Streich. Frankreich, ihr wertvollster Bundesgenosse, war verletzt und drohte abtrünnig zu werden. Die verfängliche Klausel der Deklaration 4 aber war geeignet, ihnen den Zorn des Parlaments und der öffentlichen Meinung zuzuziehen.

Diese Gefahr war nun wohl im Augenblick beseitigt. Die französische Regierung war beschwichtigt, die Deklaration 4 nicht vollzogen worden. Aber jeder neue Tag konnte eine ähnliche Gefahr mit sich bringen. Noch nie war der Gegensatz stärker empfunden worden. Das englische Interesse im Schosse der Regierung Georgs I. empörte sich gegen das fremde Element und suchte es auszustossen. Ein Ringen der Kräfte beginnt, das erst nach einem Jahre mit dem vollen Siege der Engländer endigt. Aus der Nähe gesehen, könnten diese Kämpfe leicht wie gewöhnliche Palastintriguen erscheinen, bei denen es sich um nichts anderes handelte, als dass Minister gestürzt und erhoben werden. Wählt man den Standpunkt in grösserer Entfernung, so erkennt man den Ernst der Sache. Es handelte sich für die Engländer um eine nationale Angelegenheit. —

Innerhalb des Triumvirats, das noch bestand, galt Cadogan, der inzwischen zum Lord erhobenen Irländer, als der den hannövrischen Ministern am meisten ergebene Politiker. Er stand auch hoch in der Gunst Georg I. Der 1717 unternommene Versuch, Cadogan durch parlamentarische Beschlüsse zu stürzen, war ja kläglich gescheitert. Nun aber folgt ein neuer Angriff und dieses Mal kommt er aus dem Kreise der Regierung selbst. Und während die öffentliche Meinung das Wort von dem Triumvirat noch beständig wiederholt, hat es seinen Sinn schon verloren. 1718 war an Stelle Addisons James Craggs zum Staatssekretär neben Stanhope erhoben worden. Der junge Politiker, der schon viel in der Welt herumgekommen war, fremde Höfe gesehen und sich in diplomatischen Missionen bewährt hatte, machte auch neben Stanhope, dessen ehrlicher Bewunderer er war, noch eine vortreffliche Figur und ergänzte den berühmten Kollegen auf's

glücklichste durch seine eigenen Talente. Ein so klarer Kopf und so praktisch denkender Politiker war natürlich auch jeder Form der deutschen Mitregierung grundsätzlich abhold. Er hat sie widerwillig ertragen, solange ihre Beseitigung unmöglich schien, er hat ihre Bekämpfung systematisch betrieben und hat, nach anfänglichem Scheitern, den grössten persönlichen Anteil an dem Siege gehabt.

Die Entscheidung lag beim Könige. Georg I. begann zwar schon mehr Verständnis für die Grundsätze und Bedürfnisse der englischen Politik zu offenbaren als in den Anfangszeiten seiner Regierung. Wer aber will die Empfindungen schildern, die bei ihm ausgelöst wurden durch die unter seinen Augen sich abspielenden Konflikte? Immerhin meinen wir auch beim Könige einen Umschwung, vielleicht ein schärferes Unterscheidungsvermögen für seine Pflichten gegen England und Hannover wahrzunehmen. Nach aussen trat das zwar noch wenig in die Erscheinung. Noch genoss Bernstorff sein volles Vertrauen. Denn um in dieser Sache auch einmal einen französischen Diplomaten zu Worte kommen zu lassen, so schreibt der Sekretär Destouches an Dubois[1]) nicht anders über Bernstorff als wie wir es von Bonet vernommen haben: „Nichts Grosses und Wichtiges geschieht hier zu Lande ohne ihn."

Nun aber ward eine regelrechte Intrigue angesponnen, deren erstes Opfer, wie vor zwei Jahren Cadogan sein sollte. Fiel er, so war damit unzweifelhaft ein wichtiger Schritt zum Sturze der deutschen Minister getan. Cadogan, der nicht einmal dem Kabinette angehörte, weilte eben, wie so oft in diesen Jahren, als Gesandter im Haag. Dass es ihm nicht gelang, die Generalstaaten zum Anschlusse an die Quadrupelallianz zu bewegen, schadete seinem Ansehen sehr und ward von den Gegnern weidlich gegen ihn ausgenutzt.

Craggs erscheint nun als die treibende Kraft. Indem er auch Stanhope zum Bundesgenossen gegen Cadogan gewinnt, ist das Triumvirat gesprengt. Jene beiden erscheinen nun gemeinsam an der Arbeit, um Cadogan beim Könige zu diskreditieren. Als auch Sunderland auf ihre Seite tritt, hätte man von einem neuen Triumvirat Craggs, Stanhope, Sunder-

[1]) London, 9. März 1719. Aff. étr.

land reden können, das sich den Sturz Cadogans zum Ziel genommen hat. Ein erster Erfolg wird erreicht mit der Berufung des Herzogs von Argyle ins Kabinett als Obersthofmeister (*Lord Steward of the Household*). Der schottische Herzog war ein alter Gegner Cadogans aus der Zeit, da sie miteinander um den Ruhm gestritten hatten, als Besieger des schottischen Aufstandes zu gelten. Argyles Gewinnung schien übrigens auch deshalb wertvoll, weil er ein mächtiger Mann im Parlamente war, über 7 Stimmen im Oberhause, und 14 im Unterhause verfügte. Das aber war ein Machtzuwachs, welcher der von der Opposition so hart bedrängten Regierung hochwillkommen sein musste. Argyle war 1716 wegen seiner nahen Beziehungen zum Prinzen von Wales aller seiner Aemter entlassen worden. Seine Wiedererhebung war darum ein ungewöhnlicher Schritt und erschien wie ein Signal zum Sturze seines alten Gegners. Schon erzählte man sich in eingeweihten Kreisen, dass es mit Cadogans Macht demnächst zu Ende sein werde.

Das Gerücht kommt auch Bernstorff zu Ohren, der sofort zum Könige eilt und ihn vor den ehrgeizigen Absichten einiger englischer Minister warnt. Bernstorff versteht es, den Streit auf das Gebiet der auswärtigen Politik hinüberzuspielen und ihm damit erhöhte Bedeutung zu verleihen. England ist mit Frankreich wie mit Oesterreich im Bunde, führt sogar mit ihnen einen gemeinsamen Krieg. Aber die Interessen der drei Mächte sind darum doch nicht identisch, Stanhope und Craggs, so stellt Bernstorff dem Monarchen vor, wollen ihn ganz in das Fahrwasser Frankreichs hinüberziehen. Georg I. wird bedenklich, um so mehr als nicht nur Bothmer, sondern auch der kaiserliche Gesandte Freiherr von Pendtenriedter, die Sache Bernstorffs unterstützen. Pendtenriedter tut noch mehr. Es gelingt ihm, den gegen das deutsche Ministerium gerichteten Bund zu sprengen, indem er Lord Sunderland auf seine Seite zieht. Bernstorff und die Deutschen, sagt ein französischer Bericht, „haben über den Geist des Königs von England triumphiert“. Von der Ungnade Cadogans, oder von der bereits angekündigten[1]) Absicht der Regierung, ihn durch

[1]) Chammorel an Dubois, London 9. 13. Febr. 1719. Aff. étr. Angl. 322.

die Erhebung zum Befehlshaber aller Truppen in Irland zu ehren und unschädlich zu machen, war nicht mehr die Rede. Statt dessen erlebte man es, dass der König dem aus Holland Heimkehrenden, trotz aller Misserfolge seiner Diplomatie, einen glänzenden Empfang bereitete. Auch der Erhebung Argyles ward nun alle politische Bedeutung genommen, indem es ihm zur Pflicht gemacht wurde, sich jeder Einmischung in politische, militärische und schottische Angelegenheiten zu enthalten und sich mit den Ehren seines Hofamts zu begnügen. Cadogan durfte zufrieden sein.[1]) Der Streich war misslungen und Bernstorff hatte noch einmal seine Stellung behauptet.

Der innere Friede war damit freilich nicht hergestellt. Im Gegenteil: heftiger denn je platzten noch so manches Mal die Geister aufeinander. Cadogan sieht man in Angelegenheiten der inneren wie der äusseren Politik von neuem tätig und erfolgreich. Dem Könige persönlich erweist er einen Dienst, als er im März 1719 die Bewilligung schuldiger Rückstände für verschiedene fremde Staaten, unter denen auch Hannover ist, im Parlamente durchsetzt. Er spricht sich ferner für eine energische Kriegführung gegen Spanien aus, er regt insbesondere beim österreichischen Gesandten die Verschiffung deutscher Truppen des Kaisers aus Belgien zum Angriff auf Cadix oder Sevilla an und erklärt sich bereit, das Kommando über diese Streitmacht persönlich zu übernehmen.[2]) Aber auch seine Gegner ruhen nicht. Die beiden Staatssekretäre Craggs und Stanhope, die berufenen Träger der auswärtigen Politik, haben wieder Sunderland auf ihre Seite gezogen. Der hatte sich zu seinem Amte des ersten Schatzlords noch kürzlich die unter Georg I. noch von keinem innegehabte Würde des ersten Kammerherrn (*Groom of the Stool*) verleihen lassen, die ihm jederzeit den Zutritt zur Person des Monarchen gestattet. So kämpfen nun diese drei Mächtigen einen bitteren Kampf gegen Cadogan, dessen Stärke wiederum nur in seiner engen Verbindung mit den deutschen Ministern liegt. „Mein guter Lord Cadogan will Premierminister werden

---

[1]) . . . . *de sorte que Mylord Cadogan n'aura pas à se plaindre.* Robethon an Stair, 6. Febr. 1719. H. A Pendtenriedter, 17. Febr. 1719. W. St. A.

[2]) Berichte Pendtenriedters vom 24. März, 22. April 1719. W. St. A.

— echt irisch", so spotten Craggs und Stanhope[1]). Wetteifernd suchen diese nach der Herrschaft strebenden Gruppen einander aus dem Vertrauen des Königs zu verdrängen. Sunderland, Stanhope und Craggs pflegen wohl zusammen das Kabinett des Herrschers zu betreten und zu verlassen. Eines Tages, als der König im Begriffe ist, die Audienz zu beenden, die Minister sind im Fortgehen, die Tür des Kabinetts steht offen, da kommt Cadogan hinzu, fragt, ob die Herren diese oder jene kleine Angelegenheit Seiner Majestät schon vorgetragen hätten und stürmt ins Zimmer des Königs, wo er noch eine halbe Stunde lang beim Monarchen verweilt — und jene sind in gelinder Verzweiflung, weil der Mann da drinnen gewisslich alles zunichte macht, was sie mit ihrer Ueberredungskunst soeben erreicht haben.[2])

Solche Szenen mögen sich häufiger abgespielt haben. Sie sind wie kleine Augenblicksbilder, in denen die tieferen Gegensätze nur ihren drastischen Ausdruck finden. In Gegenwart der Majestät kann man freilich nicht alles heraussagen, kann den Streit nicht völlig entscheiden. Trifft man sich aber einmal ausserhalb des Kabinetts, so kommt es schon zu deutlicherer Aussprache. Im März 1719 bemüht sich ein neu angekommener dänischer Gesandter um ein Bündnis mit England und Hannover gegen Schweden. Die deutschen Minister sind zu allem bereit, die englischen aber, die Subsidien versprechen sollen, zögern noch. Da treffen nun Sunderland, Stanhope, Cadogan mit Bernstorff und Bothmer zusammen. Wie zwei feindliche Parteien stehen Engländer und Deutsche — nur Cadogan wohl auf der Seite der letzteren — einander gegenüber. Und nun lassen sie einmal alle Schonung und Rücksicht fahren. Die einen weisen energisch auf die Thronfolgeakte hin, die jede Vermengung britischer Politik mit derjenigen Hannovers verbiete und den englischen Minister, der sich dazu hergäbe, mit der Strafe des Hochverrats bedrohe. Wenn dem so ist, erwidern die Deutschen höhnisch, wenn die englische Krone dem Kurhause durchaus nicht nützlich sein darf, so bringt sie ja dem Könige

[1]) Graham, Annals of Stair II 103. Vgl. D. N. B. Cadogan 185.
[2]) Ebd. II 105.

„mehr Beschwernis als Ergötzung, da er dafür sich des Vergnügens, in seinem Vaterlande zu leben, begeben und seine Untertanen des Trostes seiner Gegenwart berauben müsste.“ Das wollen wieder die englischen Minister nicht gelten lassen und rechnen den Deutschen die vielen Millionen vor, die die Nation für die ausländischen Provinzen des Königs bereits aufgewendet habe, sei es als Verluste im Handel, sei es in Gestalt der alljährlich in die Ostsee entsandten Flottengeschwader, sei es als Subsidien. Und wieviele Vorwürfe habe man deshalb im Parlamente schon anhören müssen. Endlich erklären sie zwar begütigend, sie wollten ja gewiss dem Könige in allem angenehm sein und auf sich nehmen, was nur einer vermöge. Aber man müsse es ihnen auch möglich machen, der Sache ein gutes Ansehen zu geben und die Sukzessionsakte unverletzt zu lassen. Sonst werde die Nation nicht nur gegen sie, sondern gegen den König selbst aufgewiegelt, und alles gerate in Verwirrung.[1])

Haben wir nun erfahren, wie das deutsche Ministerium Georgs I. den englischen Kollegen so manches Mal das Geschäft aus der Hand nahm, so versteht man es auch, dass die fremden Regierungen ihrerseits dem Londoner Doppelregiment alle Aufmerksamkeit schenkten und dass jede ihren Vorteil dabei zu finden suchte. In den Jahren der Quadrupel-Allianz herrschte nun bekanntlich zwischen Oesterreich und Frankreich, den beiden Verbündeten Englands, eine erhebliche Eifersucht in dem Punkte, wessen Stimme am Hofe von St. James mehr Gehör, wessen Interessen stärkere Berücksichtigung finden würden. Um also nur von diesen beiden zu reden, so könnte man wohl sagen, dass Oesterreich sich mehr an das deutsche, Frankreich mehr an das englische Ministerium zu halten pflegte.

Sehr lehrreich für dieses Verhältnis ist jene schon erwähnte[2]) Denkschrift, welche für den Marquis Senneterre ausgestellt wurde, als er 1719 an den englischen Hof ging. Es ist ein Schriftstück von entzückender Feinheit, das die Unterschrift von Dubois trägt und gewiss auch von ihm selbst verfasst ist. Denn seine Art, die Menschen und die Dinge

[1]) Nach einem merkwürdigen Berichte Pendtenriedters (vom 3. März 1719. W. St. A.), dem Bernstorff und Bothmer selbst den Hergang geschildert haben.

[2]) Oben S. 275. Teile davon gedruckt im Anhang Nr. 7.

zu schauen, spiegelt sich darin wieder. Mit ihren fast superklugen Ratschlägen liesst sie sich wie ein kleiner Katechismus jener schlauen Diplomatie des 18. Jahrhunderts, die das Bedürfnis hat, jede politische Frage mit einer Atmosphäre von so viel Ränken zu umhüllen, dass das einfachste Geschäft darüber selbst zur Intrigue wird. Kein anderer Franzose kannte den Hof Georgs I. so genau wie Dubois. Er hat ihn in Hannover und London studiert und hat auch als Minister immer gute Berichterstatter gehabt. Er will nicht nur in scharf umrissenen Porträts die wichtigsten Figuren des englischen Hofes wiedergeben, wie wir z. B. kein anderes Charakterbild Stanhopes besitzen, das in so warmen Farben gemalt wäre, er will auch die Parteien, die Gegensätze am Londoner Hofe schildern, einfach zu dem Zwecke, damit der Gesandte den grössten Vorteil daraus ziehen möge für die Sache, die er zu vertreten hat.

Die Beschreibung der deutschen Minister und ihres Verhältnisses zu den englischen füllt fast die halbe Denkschrift aus. Hier steht eine prächtige Schilderung Bernstorffs an der Spitze. Bothmer, sanft und fein, schlau und doppelzüngig, ist eifersüchtig auf den Kollegen, dessen Ueberlegenheit er vollkommen anerkennt. Bothmer ist aber ein blinder Parteigänger des Kaisers, ja er ist geradezu der vornehmste Berater, der Vertreter des Kaisers in England. Ein wichtiger Mann ist auch Robethon. Ueber diesen darf man freilich von Dubois, dem katholischen Geistlichen, dem Staatslenker Frankreichs, kein freundliches Urteil erwarten. Denn Robethon ist der aus seinem Vaterlande vertriebene Hugenotte, er ist das gesellschaftliche Oberhaupt der Refugiés in England, er hasst Frankreich und ist dem Kaiser ergeben. Aber auch dieser, sagt Dubois, wird auf seine Treue nicht rechnen dürfen, denn Verpflichtungen existieren für Robethon nicht, und wenn der Fanatismus bei ihm durchbricht, ist er unberechenbar. Aber bei all seiner Unzuverlässigkeit muss man ihn schonen. Denn mit seinen Sprachkenntnissen, mit seiner Arbeitskraft steht er zwischen den Deutschen und Engländern. Sunderland und Cadogan schätzen ihn hoch, Stanhope und Craggs kennen ihn zwar als indiskret und interessiert, benutzen ihn aber dennoch. Schonung und Verbindlichkeit muss Frankreich überhaupt

diesem ganzen Kreise gegenüber bewahren. Es werden Fragen auftauchen, in denen der Gesandte eine Förderung von der Seite Bernstorffs gewiss nicht erwarten kann und die er ihm am liebsten verheimlichen würde. Gleichwohl wird er besser tun, sie ihm mit biederer Miene geflissentlich mitzuteilen, wenn er sie nämlich ohnedies erfahren würde. Die wichtigste Regel aber muss für den Gesandten darin bestehen, niemals Partei zu ergreifen in den Streitigkeiten zwischen englischen und deutschen Ministern und immer den Versuch zu machen, Vorteil davon zu ziehen für den Dienst seines Königs.

---

Der Zorn Georgs I. gegen seinen Sohn hat im Jahre 1719 zu zwei merkwürdigen Versuchen geführt, die Rechte künftiger Inhaber der Krone durch das Parlament beschränken zu lassen. Beide Versuche sind gescheitert. Gleichwohl müssen wir ihnen wegen ihrer allgemeinen, über die Ereignisse von 1719 weit hinausreichenden Bedeutung eine ausführlichere Betrachtung widmen.

Zuerst handelt es sich um den Plan einer endgültigen Auseinandersetzung zwischen England und Hannover, ja geradezu einer Auflösung der Personalunion. Die Geschichtschreibung hat die Sache bisher rasch abgetan, indem sie Georg I. kurzer Hand die Absicht zuschrieb, eine Parlamentsakte beschliessen zu lassen, nach welcher der Prinz, sobald er König geworden, auf die deutschen Besitzungen seines Hauses zu verzichten haben würde. Doch beruht diese Auffassung der Sache nur auf der sehr flüchtigen Benutzung eines Aktenstückes, dessen Sinn und Inhalt ganz anderer Natur sind.

Doch ehe wir von diesem reden, haben wir eine merkwürdige Flugschrift zu erwähnen, die am Ende des Jahres 1718 in England verbreitet wurde. Sie gibt sich als die französische Uebersetzung eines englischen Originals und trägt die harmlose Ueberschrift: *„Lettre écrite de Londres par le*

*Chevalier N à Mylord N.*"[1]) Der Inhalt ist um so verfänglicher. Der Autor schildert die deutsche Fremdherrschaft in krassen Farben. Die Herren Stanhope, Sunderland, Craggs sind nur die vornehmen Handlanger der Hannoveraner. Da dieser Zustand nicht andauern darf, so macht der Verfasser den praktischen Vorschlag, beide Häuser des Parlaments sollten eine Bill annehmen, welche der Personalunion ein Ende macht. Sie soll besagen, dass die Könige niemals einen von der britischen Monarchie unabhängigen Staat besitzen dürfen. Die Krone Grossbritanniens sei auf ewig unvereinbar mit der Kurwürde und dem Herzogtum Hannover, auf die Seine Majestät, zu wessen Gunsten immer es ihm beliebe, verzichten möge. Denn die Trennung von England und Hannover muss ebenso gesichert werden, wie diejenige von Spanien und Frankreich, für die soviel Blut geflossen ist. Und da würde nun das Einfachste sein, wenn Hannover dem bisher nur in Deutschland erzogenen Prinzen Friedrich, dem Sohne des Prinzen von Wales, zufalle, England aber einem noch zu erhoffenden jüngeren Sohne des Thronfolgers vorbehalten bleibe.

Die Kühnheit der hier vorgetragenen Gedanken erhellt schon zur Genüge aus der Art, wie die Schrift ins Publikum gebracht wurde. Sie ist in Holland gedruckt. Das *„Traduite le l'anglais"* im Titel ist irreführend, denn ein englisches Original hat niemals existiert. „Man teilt sie sich hier in grösster Heimlichkeit mit", schreibt der preussische Resident, und wir kennen sie nur aus der Abschrift, die unter den Konzepten seiner Briefe aufbewahrt wird. Der Gedanke ist nicht neu, sagt Bonet. Der verstorbene Graf Halifax habe es immer als einen groben Fehler bezeichnet, dass man in die Thronfolgeordnung, durch die das Haus Hannover berufen wurde, nicht die Forderung aufgenommen habe, der neue Herrscher solle auf sein deutsches Stammland verzichten. Aber trotz alledem und trotz der oft gehörten Behauptung, dass England durch die Thronbesteigung Georgs I. an das Interesse

[1]) Bei Halkett und Laing ist die Schrift nicht verzeichnet. Ein gedrucktes Exemplar scheint, da das Britische Museum keines besitzt, nicht erhalten zu sein. Eine Abschrift findet sich im Geheimen Staatsarchiv unter den Konzepten des preussischen Residenten Bonet in London, als Beilage zu seinem Bericht vom 5./16. Dezember 1718.

Hannovers gefesselt worden sei, wie ehedem unter Wilhelm III. an das Interesse Hollands, so habe man es sich doch bisher noch niemals einfallen lassen, die Sache vor das Parlament bringen zu wollen, wie es hier empfohlen wird.

In der Tat ist dieses Pamphlet meines Wissens einzig in seiner Art. Wir kennen keinen anderen Fall, in dem die Auflösung der Personalunion auf dem Wege der Gesetzgebung öffentlich gefordert wurde, und selbst in diesem Falle handelt es sich doch nur um eine halbversteckte Oeffentlichkeit.

Ob nun dieses Pamphlet den Anstoss gegeben, ob Georg I. es überhaupt gekannt hat, wissen wir nicht. Genug, die Gedanken desselben kehren wieder in einem wohl ausgearbeiteten Plan für eine Aenderung der Thronfolge, der, wenn auch vielleicht nicht vom Könige persönlich, so doch gewiss auf seine Veranlassung und nach seinen Ideen niedergeschrieben ist.[1]) Nicht anders als es in dem Pamphlet gefordert war, will hier der Monarch selbst auf dem Wege des parlamentarischen Statuts die Thronfolge geändert sehen. Und auch sein Wunsch geht dahin, die Auflösung der Personalunion in der Form erfolgen zu lassen, dass für Hannover eine Secundogenitur, von der in England herrschenden Dynastie sich abzweigend, errichtet werden soll. Was der König sich als den Inhalt der zu beschliessenden Parlamentsakte vorstellt, ist nämlich das Folgende.

Zunächst sollen seine männlichen Nachkommen mit ihrem Thronfolgerecht den weiblichen stets vorangehen, auch wenn sie dem Blute nach die entfernteren sind. Damit wird zwar die weibliche Thronfolge nicht grundsätzlich abgeschafft, aber sie soll erst eintreten, wenn die gesamte männliche Nach-

[1]) Vgl. W. Michael, Die Personalunion von England und Hannover und das Testament Georgs I. (Archiv für Urkundenforschung 6. 1918). Das Material ist handschriftlich im Britischen Museum erhalten. Stowe Coll. Bd. 248 u. 249. Alle früheren Darstellungen (zuletzt noch Leadam, History of England, 1702 bis 1760. 290) folgen arglos der Notiz bei Coxe, Rob. Walpole (1798) I 132, die inbezug auf den Zusammenhang der Ereignisse ebenso irreführend wie inhaltlich falsch ist. Coxe beruft sich auf eines der Manuskripte der Stowe Coll. (damals im Besitz von Th. Astle), hat es aber nur oberflächlich gelesen und gänzlich missverstanden.

kommenschaft Georgs I. verstorben sein sollte. Es hätte denn auch nach diesem Prinzip z. B. die Königin Victoria niemals den Thron bestiegen.

Was sodann die Verbindung von England und Hannover betrifft, so soll dieselbe nicht nur unter dem gegenwärtigen Könige, sondern auch unter seinem Sohne Georg und sogar noch unter dem Sohne des letzteren, dem Prinzen Friedrich, fortbestehen. Den bereits lebenden Thronfolgern, dürfen wir ergänzen, soll also ihr Recht in beiden Ländern unverkürzt bleiben, sie werden als Georg II. und als Friedrich I. Könige und Kurfürsten in einer Person sein. Nach ihnen aber, wenn nämlich die zurzeit noch ungeborenen Prinzen an die Reihe kommen, soll die Trennung erfolgen, und zwar in dem Augenblicke, wenn einer der Nachfolger mit Hinterlassung von mehr als einem Sohne stirbt. Der älteste dieser Söhne wird König von England, der Nächstjüngere erbt die Kurwürde und alle deutschen Lande, die der Vater besessen hat. Freilich soll auch dadurch nicht die grundsätzliche Trennung für ewige Zeiten beschlossen sein. Denn der neue Kurfürst soll auch sein Erbrecht auf die englische Krone mitnichten verlieren. Er wird als Erbe dieser Krone auftreten, sobald die englische Linie des Hauses keinen männlichen Erben mehr hat, d. h. er wird gegenüber etwa vorhandenen weiblichen Mitgliedern der englischen Linie den Vorrang geniessen. Aber die so erfolgende Wiedervereinigung soll dieses Mal, und so oft sie sich etwa wiederholen würde, nur so lange dauern, bis wieder einmal ein Inhaber der beiden Reiche zwei Söhne hat, oder wenigstens bis neben einem einzigen Sohne noch ein männlicher Seitenverwandter vorhanden ist, so dass wieder die Teilung in zwei Linien erfolgen kann. Ebenso soll die königliche Linie beim Aussterben der kurfürstlichen in Hannover erbberechtigt sein. Doch soll hier ein jüngerer Sohn, ein Bruder oder ein Seitenverwandter des Königs erben, dieser selbst nur dann, wenn es an anderen Verwandten fehlt. Und der fernere Erbgang in den abermals verbundenen Reichen würde sich nach den schon mitgeteilten Normen vollziehen. Endlich wird der Darlegung des Königs das Schema einer Stammtafel hinzugefügt, aus der wir wieder ersehen, dass die beabsichtigte Trennung der Linien und der Länder erst in

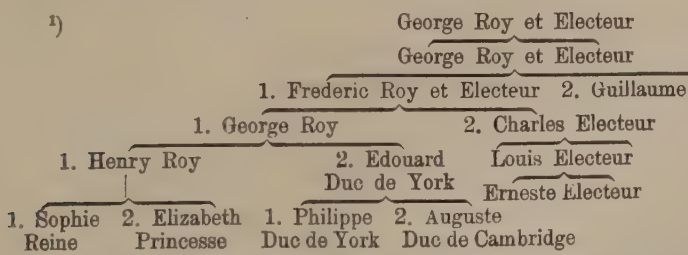
der vierten, nämlich der ersten noch ungeborenen, Generation erfolgen sollte.[1])

Verweilen wir noch einen Augenblick bei diesem von Georg I. geplanten Thronfolgegesetz, so vergisst man hier fasst den Konflikt zwischen Vater und Sohn, aus dem die Sache doch hervorgegangen war. Wenn anders der Hass gegen seinen Prinzen von Wales dem Könige die Feder in die Hand gedrückt hatte, so hat er es doch fertig gebracht, sich in der weiteren Verfolgung des Gedankens davon loszumachen und sich von rein sachlichen Erwägungen leiten zu lassen. Er hat den Versuch gemacht, die Zukunft seines Hauses über die Lebenszeit des Sohnes und des Enkels hinaus bis auf die fernen Generationen hin zu bestimmen. Grossbritannien und Hannover, ein englischer und ein deutscher Zweig des Fürstenhauses frei nebeneinander stehend, doch durch die Bande des Blutes verbunden, zwei unabhängige Fürstenthrone, die doch nur von den Angehörigen des einen Stammes, dessen Einheit gewahrt bleiben soll, zu besetzen sind. Es ist eine Anordnung, die über die Bedürfnisse irgendeines gegebenen Momentes weit hinausgreift und etwas für die Jahrhunderte schaffen will. Da mag auch die Frage am Platze sein, ob wohl ein Seitenstück oder ein Vorbild zu diesem Projekt Georgs I. in seiner Zeit existiert hat.

Ich denke an die Pragmatische Sanktion Karl VI. und möchte die Uebereinstimmung mit wenigen Worten begründen. Das berühmte Hausgesetz des Kaisers gibt sich als eine Erneuerung des *Pactum mutuae successionis,* das Leopold I. 1703

---

[1])




Dabei ist nur nicht ganz klar, da doch die männliche Linie stets den Vorzug vor der weiblichen haben soll, warum nach dem Tode des Königs Henry nicht sein Bruder Edouard oder dessen ältester Sohn die Krone erhält, statt Sophies, der Tochter Henrys.

in dem Augenblick errichtet hatte, als er seinen jüngeren Sohn nach Spanien entsandte, damit er dort die Krone trage, und eine neue Linie spanischer Habsburger begründe, während dem älteren Sohne Joseph das Erbe der österreichischen Länder vorbehalten blieb. Auch hier sollte der Zusammenhang beider Linien gewahrt bleiben, und sollte die Möglichkeit, einander gegenseitig zu beerben, vorhanden sein — also nicht anders, als es auch Georg I. gemeint hat. Und nun war seither, im Jahre 1713, das *Pactum* durch die Pragmatische Sanktion erneuert und die Rechte der beiden habsburgischen Linien gegeneinander abgegrenzt worden. Karl VI. hatte damals diese Hausordnung einer Versammlung seiner Grossen persönlich vorgelegt. Und in demselben Jahre 1719, in dem wir Georg I. bestrebt sehen, seine Thronfolgeordnung vor das Parlament zu bringen, erfolgte mit der „Renuntiation der Erzherzogin Maria Josefa" auch die feierliche Anerkennung der Pragmatischen Sanktion. Und als sie 1720 ihren Rundgang durch alle Landtage der habsburgischen Monarchie antrat, gelangte auch ihr gesetzlicher Charakter zu allgemeiner Anerkennung.

Sollte der Parallelismus der beiden Vorgänge vollständig sein, so mussten zunächst die Grossen der Krone der von Georg I. geplanten Hausordnung zustimmen. Dann würde das Parlament ihr den Gesetzescharakter zu verleihen haben. Dieser Weg wurde in der Tat beschritten. Hören wir zuerst, welches Schicksal dem Plane des Königs von den englischen Ministern bereitet wurde.

Der ausführliche Bericht, den wir besitzen, spricht von einer Konferenz, in der die Frage von allen Seiten beleuchtet und gründlich geprüft wurde. Der König in Person scheint nicht daran teilgenommen zu haben, denn erst durch diesen Bericht soll er über den Inhalt der angestellten Erörterung unterrichtet werden. Von den Teilnehmern der Konferenz kennen wir nur Thomas Parker (später Earl of Macclesfield), den *Lord Chancellor*, der als der erste Jurist des Landes nicht fehlen durfte. Die Namen der anderen anwesenden Minister bleiben unbekannt. Nur soviel können wir sagen, dass sicher nur Engländer teilgenommen haben keiner, der deutschen Minister Georgs I., so natürlich auch deren Heranziehung in diesem Falle gewesen wäre. Dass es nicht geschah,

geht aus der Bemerkung hervor: „da niemand von uns über Fragen des Reichrechts genügend unterrichtet war, so war die Erörterung desselben sehr matt und bewegte sich auf einer Basis, die möglicherweise nicht irrtumsfrei war.“

Mit allem Freimut trugen nun die Minister dem Monarchen ihre Bedenken gegen seinen Plan vor. Dass durch Parlamentsbeschluss jegliche Anordnung über die Thronfolge getroffen werden könne, ist zwar auch ihre Meinung. So liesse sich denn auf diesem Wege die vom Könige gewünschte Bevorzugung der männlichen Mitglieder des Hauses ohne Schwierigkeit erreichen. Was sodann die Auflösung der Personalunion betrifft, so wollen sie bei den Vorteilen auf der einen, oder bei den Nachteilen und Gefahren, welche auf der andern Seite mit einer so tiefgreifenden Massregel verbunden sein müssen, nicht verweilen. Sie behandeln nur die Frage der Ausführbarkeit. Hier aber finden sie unüberwindliche Schwierigkeiten. Bei der vom Könige in Aussicht genommenen Trennung der beiden Länder, wie sie später einmal, unter einer noch ungeborenen Generation, erfolgen soll, ist ein älterer Bruder als König, ein jüngerer als Kurfürst gedacht. Das Recht des ältesten Sohnes auf Hannover kann freilich durch das britische Parlament nicht aus der Welt geschaffen werden, immerhin kann ihm das Parlament, wenn er König werden will, einen Verzicht auf das deutsche Land zugunsten seines jüngeren Bruders auferlegen. Hannover müsste sich mit diesem jüngeren begnügen, und die Trennung der Länder wäre erreicht.

Dagegen halten die englischen Minister die Frage, wie dieser Verzicht praktisch werden solle, für schlechthin unlösbar. Denn ob man nun dem künftigen Könige die Verzichtserklärung nach oder vor erfolgter Thronbesteigung zur Pflicht machen will, so erscheinen beide Wege gleich ungangbar. Ist er erst einmal König, so wird es ihm ein Leichtes sein, noch ehe er die schuldige Verzichtserklärung abgibt, eine Widerrufung des Gesetzes durch das Parlament herbeizuführen. Soll er aber zuerst verzichten und dann König werden, so tritt ein Interregnum ein, das heisst jener unsichere Zustand, der in der Einleitung der *Act of Settlement* von 1701 als der Hauptzweck des Thronfolgegesetzes bezeichnet wurde. Kurz, die vom Könige gewünschte Parlamentsakte könnte eine Quelle

von Misshelligkeiten und innerem Streite werden, könnte zur Erhebung unberechtigter Ansprüche führen, vielleicht gar zur Einmischung des Auslandes.

Mit diesem Gutachten, dass die Verfasser dem Könige in Demut vorzulegen erklären, ist die Geschichte des von Georg I. geplanten Thronfolgegesetzes offenbar schon zu Ende. Keine Nachricht gibt uns Kunde über den weiteren Verlauf der Angelegenheit. Doch wir meinen ihn unschwer erraten zu können. Das Schweigen der Quellen scheint selbst den Beweis dafür zu liefern, dass Georg I., der besseren Einsicht seiner Minister sich fügend, seinen Plan fallen liess. Die *Act of Settlement* von 1701 ist das letzte vom Parlament beschlossene Gesetz geblieben, das die Thronfolge in England regelt. Und hier endet auch der vorhin angestellte Vergleich mit der berühmten Hausordnung Karls VI. Die Pragmatische Sanktion beherrschte fortan während eines Menschenalters die europäische Politik und setzte endlich den Weltteil in Flammen. Die geplante Thronfolgeordnung Georgs I. ist ein vergessenes und fast verschollenes, historisches Dokument, das nach 200 Jahren unter den handschriftlichen Schätzen des Britischen Museums noch ruhig schlummert.

---

Der eben geschilderte Plan eines Thronfolgegesetzes war in den Anfängen stecken geblieben. Die grosse Oeffentlichkeit erfuhr nichts davon. Wir können uns heute, nach zwei Jahrhunderten, nicht mehr auf die Zeitgenossen berufen und können nur nach Gründen innerer Wahrscheinlichkeit darüber urteilen, ob eigentlich die Feindschaft Georgs I. gegen den Prinzen von Wales diesen Plan ins Leben gerufen habe, oder nicht. Viel augenfälliger und auch den Mitlebenden schon vollkommen bewusst tritt dieses Motiv bei dem andern gesetzgeberischen Plan auf, von dem wir zu reden haben, bei der *Peerage Bill* von 1719.[1])

---

[1]) Die Peerage Bill von 1719 ist in der historischen und verfassungsgeschichtlichen Literatur oft behandelt, aber meistens nur von ihrer staatsrechtlichen Seite. Dass es den Urhebern nur auf die Verlängerung der Whig-

Da hier noch nicht der Ort ist, um die Stellung und die Rechte des Oberhauses im Rahmen des Verfassungslebens der Zeit zu schildern, so begnügen wir uns mit wenigen Bemerkungen.

„Ein alter Rechtssatz besagt: Der König ist die Quelle aller Ehren und Würden. Man sollte sich dieses Satzes vornehmlich bei allen jenen Fragen erinnern, wo es sich um das Recht auf die Peerswürde handelt.“ So heisst es in einem berühmten parlamentarischen Bericht aus dem Jahre 1826 [1]). Dennoch ist zuzeiten daran gedacht worden, dieses Recht auf die Kreierung von Peers, das immer als ein Bestandteil der königlichen Prärogative gegolten hatte, zu beschränken oder gar völlig abzuschaffen.

In den der Geschichte der Revolution angehörenden „Neunzehn Propositionen“ von 1642 war schon die Forderung enthalten, dass dass keine Peers zu kreieren seien ohne Zustimmung beider Häuser des Parlaments. Die Revolution ging freilich noch weiter und machte mit dem Hause der Lords überhaupt ein Ende. Aber schon Cromwell kam wieder darauf zurück und schuf ein „anderes Haus“. Doch wenn auch die Berufung in dasselbe dem Protektor vorbehalten blieb, so sollte doch die von ihm aufgestellte Liste dem bestehenden Parlamente zur Billigung vorgelegt werden.

Die Restauration der Stuarts hat zwar das Haus der Lords wieder in seine alten Rechte eingesetzt, aber seine frühere Würde konnte sie ihm nicht wiedergeben. Das Haus der Commons behielt den Vorrang und so wollte es die Nation. Sie wurde das Misstrauen nicht los, dass das Oberhaus eines

---

herrschaft und daneben auf die Schädigung der Rechte des Prinzen von Wales ankam, ist meistens übersehen worden (so auch bei Low und Anson). Der parteipolitische Zweck ist richtig hervorgehoben bei Hatschek, Engl. Verfassungsgesch. 564, ebenso in der dem Thema gewidmeten Abhandlung von Turner in der Engl. Hist. Rev. Apr. 1913, während Güterbock (Ztschr. f. Völkerrecht u. Bundesstaatsrecht 4. 1910) den eigentlichen Sinn der Sache nicht erkannt hat. Vgl. über diese beiden Abhandlungen meine Bemerkungen Hist. Zeitschr. 107, 675 u. 111, 674.

[1]) *„If therefore the assertion, that the King is the fountain of all honor and dignity, is an ancient rule of law, it seems important that that rule of law should be borne in mind in all questions of right to the dignity of Peerage.“* Report on the Dignity of a Peer of the Realm. 1826. II 55.

Tages zum Werkzeuge des königlichen Absolutismus werden möchte. Denn wer konnte den König hindern, aus seinen Anhängern so viele neue Lords, wie ihm beliebte, zu kreieren und mit diesen alsdann jeden ihm erwünschten Beschluss durchzusetzen? Aus dieser Sorge heraus entsprang immer wieder der dem ausgehenden 17. Jahrhundert schon ganz geläufige Gedanke, zwar nicht das Oberhaus abzuschaffen, aber das Recht des Souveräns auf die Ernennung seiner Mitglieder zu beschränken. Eine höchst radikale Forderung stellte z. B. Henry Neville 1681 in seinem *Plato redivivus* auf: „Kein Peer soll geschaffen werden anders als durch Parlamentsakte.“ [1]) Eine Forderung, die hier freilich in einer besonders hohen Wertschätzung des Oberhauses ihren Grund findet. „Es ist dazu da, sich gegen den Strom zu stemmen, die Wellen zu glätten, dem Volke Zeit zu geben, zu sich selbst zu kommen. Und wenn wir auf Grund der alten Verfassung eine solche Peerskammer nicht besässen, wir müssten sie uns künstlich erschaffen.“ [2])

So war der Glaube an die Unentbehrlichkeit des Oberhauses zusammen mit dem Misstrauen gegen die königliche Peerskreierung aus dem 17. Jahrhundert in das 18. übergegangen. Der Souverän aber erblickte in dieser Peerskreierung ein kostbares Recht, das ihm allein gebühre. Ihm stand es zu, hohe Verdienste um den Staat in dieser Weise zu belohnen, und die Oeffentlichkeit hatte sich daran gewöhnt, politische und militärische Grössen zum Range von Lords aufsteigen zu sehen. Der grosse Feldherr, dem man die Führung der englischen und holländischen Truppen im spanischen Erbfolgekriege anvertraute, war zum Herzog von Marlborough ernannt, Robert Harley und Henry St. John, die berühmten Tory-Minister der Königin Anna, als Graf Oxford und Viscount Bolingbroke ins Oberhaus versetzt worden. Als eine politische Massregel kann man diese Ehrungen nicht bezeichnen oder doch nur in dem Sinne, dass die jedesmal herrschende Partei auch Sorge trug, die vom Souverän ausgesprochenen Standeserhöhungen möglichst nur ihren eigenen Gesinnungsgenossen

[1]) Vgl. C. H. Firth, The House of Lords during the Civil War. 1910. 287[1].
[2]) Bei Firth a. a. O. 296.

zu teil werden zu lassen. Wilhelm III. hat mit seinen Neukreierungen eine radikale Umgestaltung des Verhältnisses der Parteien im Oberhause weder beabsichtigt noch bewirkt.[1]) Und auch als unter Königin Anna am 30. Dezember 1706 zehn Lords auf einmal teils im Range erhöht, teils neu geschaffen wurden — die Bedachten waren ausschliesslich Whigs — da konnte doch von bestimmten politischen Zwecken, die man auf diese Weise erreichen wollte, nicht die Rede sein.

Anders der berühmte Pairsschub von 1711. Rufen wir uns die Tatsachen noch einmal in Erinnerung. Die Präliminarien mit Frankreich waren unterzeichnet, die englische Regierung im Begriff, einen Frieden zu schliessen, welcher Spanien und Westindien im Besitze des Bourbonen Philipps V. beliess. Königin Anna hat ihr Parlament mit einer Thronrede eröffnet, welche den baldigen Beginn des Friedenskongresses in Aussicht stellt. In die übliche Dankadresse der Lords aber wird auf den Antrag Nottinghams die Klausel aufgenommen, nach der Meinung des Hauses sei kein Friede sicher oder ehrenvoll, der Spanien oder Westindien einem Zweige des Hauses Bourbon überlassen würde. Eine kritische Lage entsteht. Die Königin scheint schwankend, der Sturz des Ministeriums bevorstehend, die Rache der Gegner ist nahe. Nottingham „wird England noch retten", sagen die Whigs. „Auf das Haupt des ersten Ministers ist es abgesehen", schreibt Swift, der Freund Oxfords, und sagt diesem mit Galgenhumor ins Gesicht, er, Swift, sei noch besser daran als jener, denn er werde nur gehängt werden und also seinen Körper wenigstens unzerstückelt ins Grab bekommen. In dieser Lage entschloss sich die Regierung zu einem ganz ungewöhnlichen Schritte. Sie verwandelte die bisherige whiggistische Mehrheit des Oberhauses in eine torystische, indem sie soviele Tories neu ernannte wie hierzu notwendig waren. Man kam mit zwölf Neukreierungen aus, aber, erklärte St. John übermütig, wir würden, wenn diese nicht genügten, ihnen ruhig auch noch ein weiteres Dutzend hinzugefügt haben. Nach einigen Jahren freilich hat er selbst den Pairsschub als eine Massregel

[1]) Vgl. Turberville, The House of Lords in the Reign of William III. (Oxford historical and literary studies 3, 1913) 14 ff.

bezeichnet, die auch durch eine Zwangslage kaum zu rechtfertigen sei.[1])

Die öffentliche Kritik hatte sich sofort mit schweren Vorwürfen gegen den Pairsschub gewandt. Niemand leugnete zwar das Recht der Königin, so viele neue Peers zu ernennen, wie es ihr gefalle, aber der damit verfolgte Zweck sei es, der die Sache verwerflich erscheinen lasse. Mit diesem Mittel könnte man auch die schlimmsten Zwecke, wie die Thronerhebung des Prätendenten, oder die Aufrichtung des Papismus, leicht erreichen. Eine solche Anwendung der Prärogative heisse das Vorrecht der Krone missbrauchen. Selbst die nächsten Freunde der Regierung, so froh sie waren, dass eine Lösung gefunden war, verkannten doch nicht das Bedenkliche der Sache. „Alles in allem", meinte Swift, „ist es doch eine wunderbar unselige Notwendigkeit, durch die man gezwungen war, so viele Peers auf einmal zu machen."

Die Whigs, gegen die der Schlag gerichtet war, haben ihren Gegnern die Anwendung eines so gehässigen Kampfmittels nicht vergessen. Sie haben nicht versäumt, als einige Jahre später die Anklage auf Hochverrat gegen den Grafen Oxford formuliert wurde, derselben auch einen Artikel hinzuzufügen, der ihm vorwarf, die Königin zum Missbrauch ihrer Prärogative bewogen zu haben. Dagegen ist es kaum wahrscheinlich, dass sie nun, im Besitz der Herrschaft, auch sofort den Plan gefasst hätten, das Recht des Königs auf die Kreierung weiterer Peers auf gesetzlichem Wege zu beseitigen und die Mitgliederzahl des Oberhauses ein für alle Mal festzulegen. Die Logik der Tatsachen zwang sie nicht dazu. Um den Missbrauch eines Rechts zu verhindern, braucht man nicht das Recht selbst abzuschaffen. Und warum sollten sie sich eines Kampfmittels berauben, das auch ihnen einmal nützlich werden konnte? Es bedurfte dazu keineswegs der Massenernennung neuer Lords. Man musste nur beizeiten Sorge tragen, dass der Regierung stets eine zuverlässige Majorität im Oberhause zur Verfügung stand. Das aber liess sich durch gelegentliche Ernennungen leicht und unauffällig erreichen. Tatsächlich waren schon bei Gelegenheit der

[1]) Letter to Sir Will. Windham.

Krönung Georgs I. 8 neue Pairs kreiert worden[1]), welche zusammen mit 6 anderen, im Range erhöhten, schon genügten, um das durch den Pairsschub von 1711 bewirkte Verhältnis der Parteien im Oberhause in sein Gegenteil zu verkehren. In den nächsten Jahren hatte man dieses Verfahren noch fortgesetzt. Bis zum Ende des Jahres 1717 sind weitere 18 Lords im Range erhöht oder neu berufen worden.[2]) Wenn also die *Peerage Bill,* mit der wir es im Folgenden zu tun haben, wirklich von Anfang an zum Programm der Whigpartei zu rechnen wäre, so müsste man annehmen, dass der Verwirklichung dieser Forderung zunächst noch eine genügende Anzahl von Kreierungen, sozusagen ein verlängerter Pairsschub, voranzugehen hatte, bis das Oberhaus die Gestalt angenommen hätte, in der es dann gleichsam versteinert werden sollte.

Ob man wirklich so dachte, und ob man den eben bezeichneten Moment etwa im Jahre 1719 als gekommen erachtete, mag dahingestellt bleiben. Mit Bestimmtheit hören wir aber von anderen Gründen, welche die Minister zu ihrem Schritte bewogen haben sollen. Sie liegen in den uns wohlbekannten Verhältnissen des britischen Hofes, in dem Nebeneinander und der ewigen Eifersucht zwischen den englischen und deutschen Ministern, in dem Einfluss der Frauen, in dem Zerwürfnis zwischen Vater und Sohn, in der Spaltung innerhalb der Whigpartei. Wir hören, dass bei den Kreierungen der letzten Jahre die Bestechung einflussreicher Hofleute eine grosse Rolle gespielt habe. Hatte man vor einem Jahrhundert den Königen aus stuartischem Hause den Vorwurf gemacht, dass sie Peerswürden verkauften, um ihre Finanzen zu verbessern[3]), so waren es jetzt die Günstlinge männlichen und weiblichen Geschlechts, denen ehrgeizige nach der Adelskrone lüsterne Männer Summen von 8, 10 und 12000 £ zahlten, um ihr Ziel zu erreichen. Die neuen Lords, ohne ein Gefühl der

[1]) Vgl. Bd. 1, S. 457.

[2]) Hierüber findet sich eine lehrreiche Zusammenstellung als Beilage zu Bonets Bericht vom $\frac{27.\ \text{Febr.}}{10.\ \text{Marz}}$ 1719, im Geh. Staats-Archiv.

[3]) Vgl. C. H. Firth, The House of Lords during the Civil War. 1910. Chap. I.

Dankbarbeit und Pflicht gegenüber dem Könige, seien oft mehr schädliche als nützliche Mitglieder des Oberhauses geworden. Dieses selbst leide in seiner Würde, die Regierung in ihrem Ansehen. Weitere Erhebungen würden nur dazu dienen, den Einfluss der Deutschen zu verstärken, denn diese seien am schlimmsten im Verschachern von Peerswürden.[1]) Man würde dem Könige also nur einen Dienst erweisen, wenn man ihn vor der Zudringlichkeit aller derjenigen bewahrte, die aus eigennützigen Motiven diesem oder jenem ehrgeizigen Streber die Pairie zu verschaffen suchten.[2])

War also die *Peerage Bill* ein Kampfmittel der englischen Minister, insbesondere Sunderlands und Stanhopes, gegen die Deutschen, so hatte sie noch eine besondere Spitze gegen den Prinzen von Wales. Ihn, der sich in offener Feindschaft gegen seinen königlichen Vater befand, wollte man strafen, indem man ihm eine geschmälerte Prärogative hinterliess. Zugleich sollte ihm, der sich jetzt so standhaft zur Opposition hielt, die Möglichkeit genommen werden, bei seiner Thronbesteigung einen völligen Wechsel im System der Regierung dadurch herbeizuführen, dass er durch Kreierung vieler neuer Peers das Verhältnis der Parteien wenigstens im Oberhause grundlegend verschob und alsdann die Tories an's Ruder brachte. Sunderland selbst war von dem Wunsche beseelt, die dominierende Macht, die er zur Zeit in der inneren Regierung des Landes besass, auch über den Thronwechsel hinaus noch zu behaupten.[3])

Soviel ist also gewiss, dass die *Peerage Bill* dazu bestimmt war, die augenblickliche Stellung der Minister gegen ihre verschiedenen Widersacher zu stärken. Die viel wichtigere Frage, inwieweit denn ein in seiner Zusammensetzung auf ewig erstarrtes Oberhaus für die richti e Lösung seiner gesetzgeberischen Aufgaben auch in Zukunft noch die nötigen Garantien biete, war in dieser leichttertig ersonnenen Vorlage gänzlich aus dem Spiel gelassen worden. Wie man 1716 mit

---

[1]) So berichtet der Franzose Chammorel am 9. Marz 1719. Aff. étr.

[2]) Berichte von Bonet $\frac{24.\ \text{Febr.}}{7.\ \text{Marz}}$, $\frac{27.\ \text{Febr.}}{10\ \text{März}}$ 1719. Geh St. Arch.

[3]) Vgl. The Lockhart Papers II 57.

der Siebenjährigkeitsakte im Interesse der Tagespolitik in die Verfassung des Unterhauses eingegriffen hatte, so wäre diejenige des Oberhauses durch die *Peerage Bill* in noch viel stärkerem Masse verschoben worden.

---

Es war am 28. Februar a. St. 1719, dass der Herzog von Somerset, derselbe, der sich 1714 so redlich um die hannövrische Thronfolge bemüht hatte, aber schon 1715 aus dem Amte geschieden und seitdem in der Politik wenig hervorgetreten war, die Einbringung einer Vorlage zur dauernden Festlegung und Beschränkung der Zahl der Peers beantragte. Er berief sich auf die grosse Zahl der Neukreierungen während der letzten Jahre, welche geeignet sei, die Würde des Oberhauses herabzusetzen, er berief sich insbesondere auf die Möglichkeit des Pairsschubs zu politischen Zwecken. Davon habe man ja unter der verflossenen Regierung ein Beispiel erlebt. Nach dem von Somerset entwickelten Plan der Vorlage sollte der König zwar noch einmal 6 neue Mitglieder des Oberhauses kreieren dürfen. Aber dabei sollte es sein Bewenden haben, so dass der Souverän fortan nur noch in dem Falle, dass ein Adelsgeschlecht im Mannesstamme erlösche, in die Lage kommen würde, den erledigten Sitz im Oberhause durch eine Neukreierung wieder zu besetzen. Man berechnete damals, dass dieser Fall keineswegs zu den Seltenheiten gehöre, dass er vielmehr in den letzten hundert Jahren, seit 1620, etwa hundert Mal eingetreten sei.[1]) Neben den englischen Peers beschäftigte sich die Vorlage — und hierin war sie fast noch bedeutsamer — mit den schottischen. Nach der Unionsakte war Schottland im englischen Oberhause durch 16 gewählte Peers vertreten. Das war nur ein kleiner Teil der schottischen Peers, deren Zahl damals 156 betrug. Hier wollte nun die Vorlage zu jenen 16 noch weitere 9 hinzufügen (der König sollte sie ernennen) und alle 25 sollten sodann als erbliche Mitglieder, gleichwie die englischen Peers, dem Oberhause dauernd angehören.

---

[1]) Bericht Bonets vom $\frac{27.\ \text{Febr.}}{10.\ \text{Marz}}$ 1719. G. St. A.

Zu Gunsten der Vorlage sprach neben anderen auch der schottische Herzog von Argyle, der Sieger vom Sheriff-Moor 1715. Er war erst vor wenigen Wochen als Obersthofmeister (Lord Steward of the Household) in das Kabinet berufen worden, hatte, da er seit 1705 auch als englischer Peer Sitz und Stimme im Oberhause besass, kein persönliches Interesse an der Vorlage, als deren eigentlicher Urheber er doch gelegentlich bezeichnet worden ist[1]). Wir kennen seine Rede nicht mehr, werden aber gewiss in der Annahme nicht fehlgehen, dass sie den Standpunkt der Regierung mit besonderer Rücksicht auf die schottischen Verhältnisse dargelegt habe[2]), etwa in dem Sinne, dass erst mit dieser Vorlage die Union vollendet und die Ruhe Schottlands gesichert wäre. Er wird von der Missstimmung innerhalb des schottischen Adels gesprochen haben, der sich des Rechtes auf Sitz und Stimme im Oberhause durch die Union beraubt sehe. Diese Missstimmung zu beseitigen, wolle man die Zugehörigkeit der schottischen Grossen zum Oberhause nicht mehr von einer Wahl abhängig machen, sondern sie ihnen erblich verleihen. Auch sollten nicht, wie bisher, 16, sondern 25 Adlige dieser Ehre teilhaftig werden.

Gegen die Vorlage sprachen die Grafen Oxford und Nottingham. Sie erklärten übereinstimmend, dass ein solches Gesetz, wie man es hier plane, die Prärogative nicht nur des regierenden Königs, sondern auch im voraus diejenige seines Nachfolgers verletze. Man würde den glänzendsten Edelstein aus der Krone entfernen, sagte Oxford. Er findet es wunderbar, dass gerade ihre höchsten Diener, statt ihre Rechte zu schützen, eine solche Vorlage unterstützen. Da müsse wohl noch eine geheime Absicht im Spiele sein. Er habe ja für seine Person gewiss nichts von der Krone zu hoffen, würde aber niemals dafür zu haben sein, dem Souverän das Recht zu nehmen, Verdienst und Tugend nach Gebühr zu belohnen.

Nach den gewechselten Reden wurde endlich ein Antrag angenommen, das Haus solle zwei Tage später in einer

[1]) Bericht Hoffmann's vom 25. April 1719. W. St. Arch.

[2]) Er ist entwickelt z. B. in dem Berichte Bonet's vom $\frac{27. \text{ Febr.}}{10. \text{ März}}$ 1719. G. St. A.

Kommissionssitzung den Stand der *Peerage* in Grossbritannien in genauere Erwägung ziehen. Ehe das geschah, entschlossen sich die Minister zu einem ungewöhnlichen Schritte. Nachdem Oxford, der grosse Tory-Politiker, die Rolle eines Verteidigers der Prärogative gegenüber den Ministern, die sie schmälern wollten, übernommen und da er auch Zweifel geäussert hatte, ob die Vorlage wirklich den Absichten des Souveräns entspreche, so bewogen Sunderland und Stanhope den König, durch eine Botschaft an das Oberhaus in die schwebende Verhandlung selbst einzugreifen, um durch sein eigenes Wort jene Sorge zu zerstreuen oder, wie sie es ansahen, den gehässigen Einwand zu widerlegen, als ob der Monarch nicht völlig mit dem, was sie vorhatten, einverstanden sei.[1]) Am 2. März verlas Stanhope die Botschaft vor den Lords. Darin gab Georg I. dem Hause zu wissen, es liege ihm so sehr am Herzen, für die Stellung der Peers im ganzen Königreiche eine Norm geschaffen zu sehen, bei der die Freiheit und die Verfassung des Parlaments für alle Zeiten gesichert sei, dass auch seine Prärogative dem Gelingen eines so grossen und notwendigen Werkes nicht im Wege stehen solle.

Oxfords Einwand war widerlegt. Aber nun erhob sich ein Streit über die konstitutionelle Zulässigkeit einer solchen Botschaft. Graf Nottingham erklärte vollkommen zutreffend, es sei gegen den parlamentarischen Bruch, dass der König von einer im Parlamente schwebenden Sache Notiz nehme, bevor sie ihm auf parlamentarischem Wege unterbreitet worden sei. Cowper, der ehemalige Lord Kanzler, jetzt zur Gruppe der opponierenden Whigs gehörig, äusserte dasselbe Bedenken.[2]) Man erwiderte ihnen mit der Frage, warum denn der König allein sich unwissend stellen müsse über Dinge, die doch jedermann bekannt seien. Man stritt mit grosser Heftigkeit. Die Hauptgegner, Sunderland und Oxford, gerieten so hart aneinander, dass nur durch Stanhopes Dazwischentreten ein blutiges Duell der beiden Edelleute verhindert wurde. Die Debatte über die beantragte Dankadresse wurde auf den

[1]) Bericht Hoffmann's vom 14. März 1710. W. St. A.

[2]) Cowper's Teilnahme, von der die Parl. Hist. schweigt, ist bezeugt durch Bonet's Bericht vom 3./14. März 1719. Geh. St. Arch.

nächsten Tag verschoben, ist aber überhaupt nicht wieder aufgenommen worden.

Der ganze Vorfall ist verfassungsgeschichtlich interessant und lohnt eine kurze Betrachtung. Wenn die *Peerage Bill* Gesetz wurde, so war die königliche Prärogative um ein wichtiges Recht gekürzt. Da der Vorschlag von den Ministern unterstützt wurde, so konnte niemand daran zweifeln, dass sie des Königs sicher waren. Wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, so konnte er nach den Formen des Rechtes das Zustandekommen des Gesetzes zwar immer noch dadurch verhindern, dass er ihm seine Zustimmung versagte. Aber ein solcher Schritt hätte der herrschenden Praxis nicht mehr entsprochen. Es war unter Georg I. noch nicht vorgekommen, dass ein in beiden Häusern des Parlaments angenommenes Gesetz an der Verweigerung der königlichen Zustimmung gescheitert wäre. Die Mitwirkung der Krone bei der Gesetzgebung war damit tatsächlich ausgeschaltet. Hatte man demnach nicht mehr mit dem Veto des Königs als eines Faktors der Gesetzgebung zu rechnen, so erschien es doch, wenigstens in einem Falle, wo es sich um die Prärogative, d. h. um das persönliche Recht des Monarchen handelte, als ein Gebot des politischen Anstandes, der Oeffentlichkeit von vornherein keinen Zweifel darüber zu lassen, dass der Monarch einverstanden sei, dass man also nicht vorhabe, ihm gegen seinen Willen seine persönlichen Rechte zu kürzen.

Die Erfüllung dieser Anstandspflicht in Gestalt der königlichen Botschaft war dieses Mal erst durch die Rede des Oppositionsmannes herbeigeführt worden. In ein paar späteren Fällen aber, 1868 und 1911, haben diejenigen, welche eine die Prärogative des Königs berührende Bill einbrachten, zuvor die Zustimmung des Monarchen, wenn nicht zu dem Inhalt ihres Gesetzesvorschlags, so doch zur Beratung desselben im Parlamente durch eine Adresse erbeten. Diese Zustimmung ist in beiden Fällen erteilt worden, obwohl beide Male der Antrag von der Opposition ausging. Prinzipiell liegt die Sache also noch heute nicht anders. Heute wie damals will man den Schein vermeiden, als wolle man aus dem Verzicht des Souveräns auf seinen Anteil an der Gesetzgebung die Möglichkeit herleiten, ihn in seinen persönlichen Rechten zu

kränken. Er aber erklärt alsdann, er wolle nicht, dass die Rücksicht auf seine Prärogative der freien gesetzgeberischen Arbeit des Parlaments im Wege stehe. So ist die im Jahre 1719 befolgte Praxis zu einer Regel des englischen Konstitutionalismus geworden.

---

Das Ergebnis der neuen Beratung im Oberhause war für die Regierung nicht ungünstig. Doch wissen wir über die Debatten nicht viel. Die Opposition wendete sich besonders gegen denjenigen Teil des Planes, der die schottische Pairie betraf. Cowper sah darin nicht mit Unrecht eine Verletzung, nämlich eine einseitige Aenderung des Unionsvertrages. Jene schottischen Peers, welche nicht zu den 25 gehörten, denen die Mitgliedschaft zum Oberhause erblich verliehen werden solle, würden weniger Rechte besitzen als alle andern Untertanen. Sie könnten weder wählen noch gewählt werden, hätten weder Sitz noch Vertretung im Oberhause. Sie hätten gehört werden sollen, ehe man daran ging, in eine so heikle und wichtige Frage einzutreten. Die Freunde der Regierung sollen Cowper die schwächliche Antwort gegeben haben, dass jenen aussenstehenden schottischen Peers ja immer noch die Aussicht verbleibe, wenn einer jener 25 ohne männliche Nachkommenschaft sterben sollte, in das Oberhaus einzurücken.

Nach der sehr mangelhaften Ueberlieferung könnte es scheinen, als sei überhaupt nur über die schottischen Peers debattiert worden und nicht auch über den Hauptinhalt des geplanten Gesetzes. Daran wird man aber bei der grossen Anzahl der Redner, die genannt werden, gewiss nicht glauben dürfen. Nach der vorlauten Bemerkung des jungen Newcastle, es handle sich darum, dem Prinzen und künftigen Könige im voraus die Hände zu binden — sie ist durch einen Gesandtschaftsbericht[1]) zufällig überliefert — wird man sich vielmehr eine Debatte vorzustellen haben, bei der auch die besonderen englischen Fragen sowie die Stellung des Königshauses ausführlich zur Sprache kamen. Als endlich über 11 Sätze ab-

[1]) Bonet 6./17. März 1719. G. St. A.

gestimmt wurde, welche, den Absichten der Minister gemäss, den Inhalt der Vorlage bilden sollten, ergab sich eine regierungstreue Majorität von mehr als 50 Stimmen.

War also die Zustimmung der Lords zur *Peerage Bill*, die nun, jenen Resolutionen entsprechend, formuliert wurde, mit Sicherheit zu erwarten, so war damit freilich der endgültige Erfolg der Massregel bei weitem noch nicht gesichert. Denn im Unterhause schien die Stimmung dem Prinzip der Vorlage wenig günstig. Offiziell war die Bill den Commons freilich noch gar nicht mitgeteilt. Aber sie nahmen, dem parlamentarischen Brauche zuwider, dennoch von ihrem Inhalte Kenntnis und schienen entschlossen, sie entweder völlig zu verwerfen oder nur mit erheblichen Aenderungen Gesetz werden zu lassen. Niemals dürften die Lords eine Macht erhalten, welche höher sei als diejenige des Unterhauses Denn so dachte man sich — wer weiss, ob mit Recht oder Unrecht? — die Wirkung der *Peerage Bill*. Die Eifersucht der Volksvertretung auf das andere Haus mit seinen erblichen Mitgliedern war rege geworden. Zahlreicher als je strömten die Commoners von ihren Landsitzen herbei. Man zählte 507 Unterhausmitglieder (es gab insgesamt 558) in der Stadt, eine nie erhörte Zahl. Abenteuerliche Gerüchte wurden verbreitet. Wie mit der *Peerage Bill* das Recht des Prinzen von Wals verkürzt werden sollte, so behauptete man schon, das nächste Gesetz, welches die Regierung vorbereite, werde die Ausschliessung des Prinzen von der Krone Grossbritanniens zum Gegenstande haben. Aber so weit dürfe es nicht kommen. Darum müsse zunächst die *Peerage Bill* zu Falle gebracht, dann aber sogleich eine Adresse an den Monarchen beschlossen werden, in der das Unterhaus ihn um die Entlassung jener Minister ersuchte, die ihn so übel beraten und die Würde der Krone blossgestellt hätten.

Die Minister konnten die Grösse der Gefahr wohl nicht verkennen und versuchten alles, um ihr zu begegnen. Auf ihren Wunsch legte der König seinen deutschen Ratgebern die Verpflichtung auf, weder mit Worten noch mit Taten etwas gegen die *Peerage Bill* zu unternehmen. Er sollte ferner 60 000 £ daran wenden, um die genügende Zahl von Stimmen im Unterhause für die Vorlage zu gewinnen. Mit

anderen Worten, so schrieb der preussische Resident sarkastisch, „er soll eine riesige Summe ausgeben, um eines der schönsten Vorrechte der Krone zu verlieren“. Unterdessen schob man, um Zeit zu gewinnen, die letzte Entscheidung im Oberhause wochenlang hinaus. Nach der Annahme der Bill in zweiter Lesung liess man das Haus noch einmal als *Committee* beraten. Als endlich die dritte Lesung hätte erfolgen und sodann die Vorlage an das Unterhaus gebracht werden müssen, erschien Lord Stanhope im Oberhause und erklärte, die Bill habe Aufsehen erregt und Befürchtungen erweckt, die Absicht derselben sei so sehr entstellt und missverstanden worden, dass man auf eine starke Opposition im andern Hause rechnen müsse. Darum halte er es für ratsam, die Sache bis zu gelegener Zeit ruhen zu lassen. So ward die dritte Lesung noch einmal ausgesetzt, um alsdann, da inzwischen das Parlament vertagt wurde, bis zur nächsten Session verschoben zu werden.

Man hatte damals im Publikum die Empfindung, als sei die *Peerage Bill* von der Regierung selbst aufgegeben. Das war aber keineswegs der Fall. Stanhope und Sunderland, die Urheber der Vorlage, waren entschlossen, sie im kommenden Winter noch einmal vor das Parlament zu bringen. Aber im Augenblick waren sie nur darauf bedacht, ihre erschütterte Stellung neu zu befestigen.[1]) Noch schien es ihnen um des Königs willen geraten, das gestörte Einvernehmen mit den deutschen Ministern, insbesondere mit Bernstorff, wieder herzustellen. Die Herzogin von Munster, des Königs Mätresse, spielte die Vermittlerin. In ihrem Hause fand eine Zusammenkunft statt, in welcher die beiden Engländer dem Deutschen die Vorteile der *Peerage Bill* klarzumachen suchten und wirklich eine Art von Versöhnung herbeiführten. Von dort gehen sie zum Könige, um sich der Fortdauer seiner Gunst zu versichern. Zwei Tage später versammeln sich 160 regierungstreue Whigs aus dem Unterhause bei Sir Hugh Boscawen, einem Hofbeamten. Alle die oft gehörten Argumente: dass die *Peerage Bill* die Sicherung der Union mit Schottland be-

[1]) Das Folgende besonders nach den Berichten von Bonet (G. St. A.) und Hoffmann (W. St. A.)

zwecke, dass die vornehmsten schottischen Peers den berechtigten Wunsch hätten, ihres Sitzes im Oberhause gewiss sein zu dürfen ohne bei jeder Wahl darum betteln zu müssen, dass durch die zu ernennenden 25 schottischen und 6 englischen Lords die Herrschaft der Whigs im Oberhause für immer gesichert sei, endlich wie notwendig es sei, einer Wiederholung jenes Missbrauchs der Prärogative vorzubeugen, dies alles legte Sunderland noch einmal ausführlich dar. Er schloss mit der Hoffnung, dass, wenn selbst über die *Peerage Bill* eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und der Partei bestehen bleibe, in anderen Fragen die Einigkeit nicht gestört werde. Wirklich sprachen sich allerdings mehr als 100 der Anwesenden gegen das Prinzip der Bill aus, weil sie dem Oberhause eine höhere Stellung einräume als den Commons, aber alle erklärten sich bereit, die Regierung in anderen politischen Fragen zu unterstützen.

So ging man zufrieden auseinander. Die Whigs getrösteten sich, sie hätten der *Peerage Bill* ein ehrenvolles Begräbnis bereitet und der Regierung zu einem anständigen Rückzuge verholfen. Die Minister aber hatten ihre Stellung im Parlamente neu befestigt, ohne die Hoffnung fallen zu lassen, wenn der Winter und die neue Session herankomme, am Ende mit ihrer teuren *Peerage Bill* doch noch durchzudringen.

Im Publikum aber glaubte man nicht anders, als dass es mit der Sache zu Ende sei. Diese Auffassung kommt z. B. auch in einem noch im April 1719 entstandenen Spottgedicht zum Ausdruck[1]), welches die politische Versammlung im Hause Boscawen erbaulich schildert. Sie lässt nächst dem Hausherrn, der für die *Peerage Bill* wenig übrig hat, nacheinander als ihre Anwälte die Minister Sunderland, Stanhope und Craggs auftreten. Sunderland sagt, dem Könige ist es ganz gleichgültig, wie die Sache abläuft. Ihm kommt es ja nur darauf an, euch alle an der Nase herumzuziehen. Dann ernsthafter redend: Seht ihr denn nicht, dass es mit diesem schönen Plane gelingen muss, den Whiggismus zu dauernder Herrschaft zu bringen, dass schon alte Tories wie Harcourt

[1]) An excellent new Ballad to the tune of „which no body can deny", made in April 1719 against the Bill of Peerage. Handschriftlich unter Bonet's Konzepten 1719. Geh. St. Arch.

und Trevor zu uns übertreten? Ihr wisst, der König hat einen Sohn. Wenn der zur Regierung kommt, sind wir alle ruiniert, falls wir nicht jetzt die neuen 31 Peers schaffen. Auf Sunderland folgt Stanhope und bittet, man möge ihn doch nur in seiner Politik der Quadrupel-Allianz unterstützen, die ihm so grosse Ehren eingebracht habe. Endlich erhebt Craggs mit wilden Blicken seine Stimme zu Gunsten der Bill, während Aislaby, der Schatzkanzler, gleichmütig bemerkt: Thut, was ihr wollt, aber wenn ihr die Bill zu Falle bringt, so bekommt ihr von mir keinen roten Heller mehr. Und der König selbst? Das Gedicht schliesst mit einem ironischen Hoch auf den als geizig verschrienen Georg I. mit den Worten:

Gott schütze den König, mög' lange er leben.
Und liebt er's auch nicht, reichlich Geld auszugeben,
Thut er doch an der Prärogative nicht kleben.

---

Die Aufregungen der Session waren vorüber, die Wogen des Parteistreites hatten sich geglättet, die Minister hofften auf einige Monate politischer Ruhe, die vornehme Gesellschaft zog sich auf ihre Güter zurück und der König ging nach Hannover.

Seit 1716 war er nicht mehr in der Heimat gewesen, die Gefahren der inneren und äusseren Lage liessen es nicht ratsam erscheinen. Dieses Mal aber stand der Entschluss bereits seit Monaten fest. Seit Monaten wusste man auch, dass nicht wieder der Prinz von Wales, wie es 1716 geschehen, die Statthalterschaft erhalten würde[1]). Er war nach der Meinung des Vaters damals zu selbständig aufgetreten, hatte zu sehr den König gespielt. Das durfte sich nicht wiederholen und kam auch um so weniger in Frage, da ja der Thronfolger in Ungnade gefallen und vom Hofe verbannt war. Am wenigsten kränkend für ihn, wenn man überhaupt keinen Statthalter ernannte. So griff man denn auf das Vorbild Wilhelm III. zurück. Dieser Monarch pflegte alljährlich auf einige Monate nach Holland zu reisen. Solange Maria lebte,

[1]) Hoffmann 27. Jan. 1719. W. St. A. „Die Regierung wird dem gesamten Königlichen Cabinet-Rat mit völliger Hintansetzung des Prinzen von Wales aufgetragen werden." Aehnlich Bonet. 13./24. Jan. 1719. G. St. A.

hatte sie stets den abwesenden Gatten vertreten. Seit ihrem Tode wurde regelmässig die Gesamtheit des Kabinetts mit der Regentschaft beauftragt. Man schloss sich eng an dieses Vorbild an und wiederholte fast wörtlich die früher erteilten Instruktionen[1]). Dieses Vorbild war auch brauchbarer als die Regentschaft von 1714, da man diese nicht aus dem Kabinett der Königin Anna, sondern aus den Vertrauensmännern des neuen Königs gebildet hatte, die seinen Platz einnehmen sollten, bis er herüberkam, um selbst die Zügel der Regierung zu ergreifen. So aber durfte man nur den von Wilhelm III. festgelegten Normen folgen und alles verstand sich wie von selbst.

So geschah es denn wieder, dass die nach dem Gesetz gar nicht existierende Körperschaft des Kabinetts plötzlich offiziell zur herrschenden Behörde erhoben wurde. Nur der Name ward geändert, denn schon Wilhelm III. war gewarnt worden, diese Versammlung nicht mit dem unbeliebten Namen des Kabinetts zu belegen.[2]) Unter den also ernannten 13 *Lords Justices* befanden sich neben dem Erzbischof von Canterbury der Lord Kanzler und der Präsident des Geheimen Rates, ferner die Inhaber der höchsten Hofämter, der Vizekönig von Irland, der Befehlshaber aller englischen Truppen — es war noch der Herzog von Marlborough, der, schwer leidend, wohl in keiner Sitzung je erschienen ist — der Staatssekretär von Schottland, der erste Lord des Schatzes und der von der Admiralität und endlich die beiden Staatssekretäre als die Leiter der auswärtigen Angelegenheiten. Aber natürlich ging es mit der Regentschaft nicht anders als mit dem Kabinett. Die Mehrzahl der Mitglieder, besonders die Hofleute, pflegten an den Sitzungen nur selten teilzunehmen. Die Zahl 13 ist

---

[1]) Ueber das Institut und die Einrichtung der Regentschaften von Wilhelm III. bis auf Georg II. vgl. die vortreffliche aktenmässige Beschreibung bei Turner, The Lords Justices of England. Engl. Hist. Rev. 29, 453 ff. Dabei kommt nur die Tatsache nicht ganz zu ihrem Recht, dass Georg I. und II. stets von einem der Staatssekretäre begleitet waren und dass daher die Entscheidungen wenigstens in der auswärtigen Politik mehr in Hannover fielen als in London. 1719 ist es sicher so gewesen. Die politische Bedeutung des Instituts im Einzelfalle erfährt man besser aus den zeitgenössischen politischen Korrespondenzen, den Regencies-Akten und den Berichten der fremden Diplomaten.

[2]) Vgl. Hatschek, Engl. Verfassungsgesch. 456.

wohl nie erreicht worden, und gelegentlich schmilzt die Anwesendenziffer auf 4, die kleinste beschlussfähige Zahl zusammen.

Nach alter Regel warteten die Regenten auf die Nachricht von der Ankunft des Königs in Holland, bevor sie ihr Amt antraten. Solange er auf dem Wasser war, galt die Fiktion, dass er sein Reich nicht verlassen habe, denn zu seiner Herrschaft gehört auch das *Dominium maris*. In ihrer ersten Sitzung[1]) beschlossen die Lords, sich zweimal der Woche, an jedem Dienstag und Donnerstag, zu versammeln, nach 10 Uhr anzufangen, sobald die Zahl von 4 Regenten erreicht wäre. Mr. Delafaye, der kundige Sekretär, soll das Protokoll führen. Denn für die Zeit, da das Kabinett als Regentschaft tagt, werden amtliche Protokolle geführt, wie das Kabinett sie nicht hat.[2]) Dem Könige werden die *Lords Justices* nicht schreiben, es sei denn bei besonderen Anlässen. Aber Delafaye wird dem in der Begleitung des Monarchen befindlichen Staatssekretär über die Sitzungen berichten und ihm sendet er auch die Minuten, d. h. die Protokolle. Die wichtigere, die eigentlich politische Korrespondenz aber wird zwischen den beiden Staatssekretären, dem in London und dem in Hannover, unmittelbar geführt werden. Wie die Instruktion es vorsieht, so ordnen die Regenten ferner an, dass es ihren Wagen gestattet werde, durch St. James' Park zu fahren und dass im *Privy Council* der Thron des Königs entfernt werde, denn auch symbolisch soll es erkennbar sein, dass sie die Vertreter der Majestät sind.

Aber wir wissen es schon, und brauchen deshalb auch auf die in den Instruktionen enthaltenen Befugnisse und Beschränkungen der *Lords Justices* hier gar nicht einzugehen: die Politik Englands wurde nun einige Monate lang nicht in London, sondern in Hannover gemacht. Stanhope und Bernstorff haben den König begleitet — damit ist alles gesagt. In Hannover fielen die Entscheidungen über die Führung des Krieges in Spanien und Sizilien, über die Verhandlungen in Stockholm und Berlin, über die Bewegungen der Ostseeflotte

---

[1]) Delafaye an Stanhope, Whitehall 19. Mai 1719, mit einliegender Minute. R. O. Regencies 76.

[2]) Vgl. W. Michael, Walpole als Premierminister. H. Z. 104, 517.

unter Sir John Norris, über die Massregeln gegen die jakobitische Gefahr. Die innere Politik aber war während der Pause des Parlaments so ziemlich stillgelegt. Und das Parlament dürfen die Regenten nicht auflösen, sie sollen es durch kurzfristige Vertagungen bestehend erhalten, sie dürfen also ohne besonderen Auftrag des Königs das bestehende Parlament auch nicht einberufen.

An der Seite Stanhopes befand sich in Hannover sein bewährter Helfer Lukas Schaub. Dieser schüttet manchmal seinem Freunde St. Saphorin sein Herz aus wegen der grossen Arbeitslast, die ihn an der Privatkorrespondenz verhindere.[1]) In London war das Departement des Südens von dem des Nordens in der auswärtigen Politik getrennt. Hier in Hannover sind sie vereinigt. „Und die englischen Sachen ruhen auch noch auf meinen Schultern". So liefen in Hannover alle Fäden zusammen. Hier allein besass man das Geheimnis der Politik. Von den Londoner Regenten wurden nur Craggs und Sunderland mit den Hauptsachen bekannt gemacht. „Trennen Sie doch bitte die Materien", heisst es in einem andern Briefe Schaubs an St. Saphorin[2]). „Fassen Sie in dem, was wir einen öffentlichen Brief nennen, dasjenige zusammen, was ohne Nachteil auch die Regenten wissen dürfen, und schicken Sie davon eine Abschrift an Mr. Craggs. Das andere aber schreiben Sie nur an Lord Stanhope, entweder in einem Postskriptum oder in einem Privatbriefe, oder — noch besser — schreiben Sie es mir. Wir werden dann schon Sorge tragen, Mr. Craggs dasjenige vertraulich zukommen zu lassen, was gut sein wird." So erfuhr die Mehrzahl der Regenten nicht viel. Zwar finden wir in den Protokollen[3]) oft genug den Vermerk: „*Foreign Letters read*", aber dabei handelt es sich doch nur um die in Hannover zuvor stark gesiebten Nachrichten, und Beschlüsse werden nur in untergeordneten, beiläufigen Fragen gefasst. Was etwa Craggs darüber hinaus noch erfuhr, das behielt er fein für sich, und die Entscheidung überliess er dem Kollegen in Hannover.

---

[1]) Schaub an St. Saphorin, 19. Juni 1719. H. A.

[2]) Ders. an dens. 3. Juli 1719. H. A.

[3]) S. P. Domestic Entry Books 279. 280. R. O.

Hier in Hannover machte sich auch wieder der Gegensatz zwischen englischer und hannövrischer Politik mit neuer Stärke geltend. Bernstorff sucht das verlorene Terrain zurückzuerobern. Er durchkreuzt Stanhopes Arbeit, er stört und unterbricht die Verhandlung mit dem preussischen Hof, er treibt seine eigene, auch seine englische Politik und lässt Stanhope nicht in seine Karten blicken. Schaub klagt über Bernstorff[1]), dem Stanhope offen und ehrlich alles mitteile. „Er aber zeigt uns keinen Ihrer Briefe und kein Schriftstück von Bedeutung, wenn er nicht muss.“ Dann schreibt St. Saphorin höfliche Briefe an Bernstorff[2]), er empfiehlt ihm, den englischen Ministern mit Vertrauen zu begegnen, er erklärt, es sei sein leidenschaftlicher Wunsch, Bernstorff möge dem Vertrage mit Preussen nicht zuwider sein, und wäre es nur, damit niemand ihm die Schuld zuschieben könne, wenn der Vertrag doch scheitern sollte. Dennoch prallen in Hannover die Gegensätze gelegentlich hart aufeinander, der König persönlich entscheidet, er lernt englisch empfinden und weist Bernstorff mit imperatorischer Geste in seine Schranken.[3])

---

So war unter Geschäften und Erholung der Sommer vergangen und die Hofgesellschaft rüstete sich zur Heimkehr in das britische Königreich. Die Abreise verschob sich noch ein wenig durch einen verspäteten Besuch des Königs von Preussen in Hannover. Erst am 25. November traf Georg I. nach „gewohnter glücklicher Ueberfahrt“ — vorher und nachher herrschten Sturm und Regen — in London ein und ward mit Illumination und dem obligaten „Jubel“ der hauptstädtischen Bevölkerung begrüsst.[4]) Bald lief wieder alles in gewohntem Geleise. Die Regentschaft vollzog geräuschlos die unmerkliche Rückverwandlung in das Kabinett. Stanhope befand sich wieder im Kreise seiner Kollegen und auch

---

[1]) Schaub an St. Saphorin Hannover 19. Juni 1719. H. A.

[2]) St. Saphorin an Bernstorff, Wien 28. Juni, 15. Juli 1719. P. S. à part. H. A.

[3]) Vgl. oben S. 521.

[4]) Hoffmann, 28. Nov. 1719. W. St. A.

Bernstorff war, zur geringen Erbauung des englischen Ministeriums, abermals erschienen. „Ich kann nicht versprechen", hatte Stanhope noch kürzlich aus Hannover dem Herzog von Newcastle geschrieben[1]), „ich kann nicht versprechen, dass der Alte zurückbleibt, aber soviel darf ich Euer Gnaden versichern, dass, wenn er auch mit herüberkommt, der König alles tun wird, um jedermann erkennen zu lassen, dass er sich in englische Geschäfte nicht mehr mischen soll".

Das war in der Tat geschehen. Noch vor der Abreise hatte Georg I. seinem hannövrischen Premier mündlich, dem Grafen Bothmer schriftlich einen solchen Befehl erteilt. Den übrigen Personen vom deutschen Hofe wurde derselbe durch den Hofmarschall übermittelt. Sie alle sollten bei Androhung schwerster Ungnade nicht mehr wagen, dem Monarchen gegenüber die englischen Angelegenheiten auch nur mit einem Worte zu berühren. Um so demütigender für die Betroffenen, als der König selbst gegenüber jedem Besucher von der Unbeugsamkeit seines Entschlusses sprach. Man muss sich wirklich wundern, dass gerade der stolze Bernstorff es über sich gewann, unter den schadenfrohen Blicken der Menge noch einmal nach England zu ziehen. Denn mit wahrer Wonne wurde die grosse Neuigkeit herumgetragen, die Gesandten füllten damit ihre Berichte und Lord Sunderland schrieb einem Freunde[2]), höher als alle Erfolge der auswärtigen Politik im Norden wie im Süden schätze er doch den Entschluss des Königs, seine Deutschen nicht mehr an die Geschäfte Englands heranzulassen.

In bester Stimmung sahen die englischen Minister dem parlamentarischen Feldzuge des kommenden Winters entgegen. Er sollte dazu dienen, ihre Stellung dauernd zu befestigen. Unter dem starken Eindruck der auswärtigen Erfolge hofften sie mit den einschneidendsten Neuerungen leicht durchzudringen. Es waren besonders drei wichtige Vorlagen, die sie dem Parlamente machen wollten. Die geringste betraf die beiden Universitäten. Cambridge wie Oxford galten als Hochburgen des Toryismus. Und hier wurden alle Engländer von Stande erzogen. Was

[1]) Stanhope an Newcastle, Hannover, 27. Okt. 1719. B. M. Add. 32686.
[2]) Historical Manuscript Comm. Rep. 15. App. VI (Carlisle Manuscript) p. 23.

man eigentlich mit den Universitäten vorhatte, ist nicht ganz klar, kann aber nach einigen Andeutungen aus den vorhergehenden Jahren wohl erraten werden. Es war besonders von einer geplanten Visitation der Universitäten die Rede. Oder es heisst, die Ernennungen sollen in die Hand des Königs gelegt werden.[1]) Es werden Erhebungen darüber angestellt, wie weit die Machtbefugnisse des Königs in diesem Falle reichen.[2]) Aber wir hören auch, dass man in Oxford dem Kommenden ruhig entgegensah. Einem jungen Geistlichen, der es gewagt hatte, dem herrschenden hochkirchlichen Geiste zuwider die uns schon bekannten „Bangorianischen Doktrinen" vorzutragen, und der den von ihm geforderten Widerruf verweigerte, ward 1718 in feierlicher Handlung das Recht zu predigen abgesprochen. Ein Briefschreiber[3]) erzählt uns, dass der Bischof von Oxford als Professor selbst zugegen war, und knüpft daran die Frage: „Sieht das nach Furcht vor Visitationen aus?"

Handelte es sich hier um die Absicht, die heranwachsende Generation künftiger englischer Politiker beizeiten dem Einfluss der Tories zu entziehen, so trugen sich die Minister noch mit einem andern viel eingreiferenderen Plane. Wie die *Peerage Bill* dazu bestimmt war, der gegenwärtigen Regierung die Beherrschung des Oberhauses dauernd zu sichern, so wollten sie etwas Aehnliches für das Unterhaus erreichen mit der Widerrufung der Siebenjährigkeitsakte. Durch dieses erst vor drei Jahren beschlossene Gesetz war die Dauer des gegenwärtigen wie aller folgenden Parlamente auf 7 statt auf 3 Jahre festgelegt worden. Bis 1722 brauchten keine Neuwahlen zu erfolgen. Das genügte aber den Ministern noch nicht. Stanhope und der im Herbst ebenfalls nach Hannover gereiste Sunderland wollten jede Beschränkung der Legislaturperiode überhaupt beseitigen, um das gegenwärtige Parlament mit seiner grossen Whigmajorität behalten zu können, so lange es ihnen beliebte. Warum nicht, wie es unter Karl II. gewesen, auch einmal 17 Jahre lang? Den gegenwärtigen Mit-

[1]) Bonets Berichte vom 29. März/9. April; 5./16. April; 14./25. Mai; 23. Juli/3. August 1717; 25. März/5. April 1718. G. St. A.

[2]) Portland Mss. 5, 574. 576.

[3]) Portland Mss. 7, 246—7.

gliedern soll die Möglichkeit geboten werden, auch noch über das Jahr 1722 hinaus, an der Stelle zu bleiben, wo sie sind. Muss das nicht auch auf den zur Opposition haltenden Flügel der Whigs Eindruck machen und ihn in die Arme der Regierung zurückführen? Wenn auch nicht Walpole selbst, so doch sein grosses Gefolge. Ein *Do ut des,* die Regierung bietet den *Commons* die Verlängerung ihrer Macht und erwartet dafür, dass sie ihr zu dauernder Herrschaft über das Oberhaus verhelfen. Nur mit diesem *argumentum ad hominem* meint Stanhope das Ziel erreichen zu können: ohne *Repeal of the Septennial Act* keine *Peerage Bill.* Und Sunderland hofft mit diesen drei Vorlagen das grosse Ziel erreichen zu können. „Wenn das die Whigs nicht zusammenbringt, so wird es überhaupt nicht möglich sein."

Wie weit der Plan gediehen ist, wissen wir nicht. Wir kennen ihn nur aus der zwischen Hannover und London, zwischen Stanhope und Sunderland einerseits und dem Herzog von Newcastle andererseits geführten Korrespondenz. Der sechsundzwanzigjährige Newcastle, der am Anfang einer langen Ministerlaufbahn stand und jetzt als *Lord Chamberlain* dem Kabinette angehörte, war skeptischer als die älteren Kollegen. Die *University* und die *Peerage Bill* fand er wohlerdacht, aber zur Beseitigung der *Septennial Act* konnte er sich kein Herz fassen. Man wird mehr dadurch verlieren als gewinnen. Und die *Peerage Bill* geht deshalb nicht leichter durch. Er fürchtet sich auch nicht vor der Neuwahl. „Walpole mit den wenigen Anhängern, die er in ein neues Parlament noch hereinbekommen würde, wird so mit den Jakobiten verschmolzen sein, dass wir leicht mit ihm fertig werden."

Die besonnene Haltung des jungen Politikers trug den Sieg davon über die radikalen Pläne der älteren Amtsgenossen. Sie fügten sich zögernd. Die *University Bill* und die Beseitigung der *Septennial Act* gaben sie auf, an der *Peerage Bill* hielten sie fest. Die erwähnten Andeutungen aber lassen deutlich genug erkennen, zu welch' ungeheuren, ververfassungstürzenden Plänen die britischen Staatsmänner von 1719 durch die Verlegenheiten des Augenblicks gebracht wurden. Gestützt auf die grossen Erfolge der auswärtigen Politik, glaubten sie, sich so etwas gestatten zu können. Auf

den Rat des jüngeren Kollegen verzichteten sie freilich auf die Beseitigung der Legislaturperioden, verzichteten sie auf die Absicht *„to perpetuate themselves"*, wie man zu Cromwells Zeiten zu sagen pflegte. Aber mit der *Peerage Bill* wollten sie es doch noch einmal versuchen.

---

Auch nachdem im Frühjahr 1719 die *Peerage Bill* einstweilen fallen gelassen worden war, hatte die Oeffentlichkeit nicht aufgehört, sich mit der Frage zu beschäftigen. Die ersten politischen Schriftsteller des Landes führten den Reigen. In einer Reihe von Schriften und Gegenschriften, Repliken und Dupliken stritten der „Plebejer" und der „alte Whig" — es waren Steele und Addison, die sich unter diesen Pseudonymen verbargen — um das Für und Wider der *Peerage Bill*.[1]) Werde die Zahl der Lords beschränkt, sagte der Plebejer, so werde das Oberhaus, dem die Zufuhr frischer Elemente abgeschnitten sei, wie ein stagnierendes Wasser. Den Gemeinen müsse die Vermehrung der Lords erwünscht sein. Denn je grösser ihre Zahl, um so geringer wäre ihre Macht. Für die Krone aber sei jene Vermehrung die natürliche Waffe gegen die Uebermacht der Lords, wie die Parlamentsauflösung gegen die der Commons. Der „alte Whig" hingegen wies auf die notwendige Dreiteilung der gesetzgebenden Gewalt hin. Habe einer der drei Faktoren, nämlich die Krone, stets die Möglichkeit, den zweiten Faktor, das Oberhaus, durch Hinzufügung neuer Mitglieder von sich abhängig zu machen, so verfüge sie damit auch über zwei von den drei Stimmen der gesetzgebenden Gewalt.

Der Kampf des „alten Whig" für die *Peerage Bill* war Addisons letzte schriftstellerische Tat; er ist im Juni 1719 gestorben.

Unter den Streitschriften über die *Peerage Bill* interessieren uns am meisten die „Gedanken eines Unterhausmitgliedes".[2])

---

[1]) Vgl. auch G. A. Aitken, The Life of Rich. Steele, 2, 210 ff.

[2]) The Thoughts of a Member of the Lower House in relation to a Project for Restraining and Limiting the Power of the Crown in the future Creation of Peers. London 1719. (Brit. Mus. 8132, b b, 8.)

Der Verfasser ist kein anderer als Robert Walpole und die Schrift ist oft als seine bedeutendste literarische Produktion bezeichnet worden. Sie gibt in unbefangener Form die Anschauungen wieder, die der grosse Staatsmann der folgenden Jahrzehnte über König und Parlament gehegt hat, bevor er selber neugestaltend in das englische Verfassungsleben eingriff. Zwar mit einer Kampfschrift haben wir es auch hier zu tun. Politische Absicht ist auch in dieser Schrift von 1719 bestimmend. Aber ungewollt kommen zunächst einmal die Grundbegriffe zum Ausdruck. Da kann nun von Parlamentarismus, wie man ihn heute meint, von der Ausschaltung des Monarchen gar keine Rede sein. Nichts als die notwendige Koordinierung der drei gesetzgebenden Faktoren, des Königs, der Lords, der Commons, das ist die Forderung, die Walpoles politisches Denken beherrscht.

Diese drei, sagt Walpole, halten einander das Gleichgewicht. Zwar kann ein jeder von ihnen dem freien Willen der Gesamtheit gefährlich werden. Aber sogleich sind die beiden anderen zur Hand, um vereint den Störenfried zur Vernunft zu bringen, ohne deshalb zur Gewalt greifen zu müssen. Hätte der König das Recht, nach freiem Belieben Steuern zu erheben, so wäre England eine absolute Monarchie. Aber glücklicherweise liegt jenes Recht nicht bei ihm, sondern beim Volke. An die Vertreter desselben muss die Krone sich daher oft wenden. Sie sind in der Lage, ihr Recht immer wieder geltend zu machen, und halten das Ministerium in dauernder Abhängigkeit und Furcht. Andererseits könnte von den Mitgliedern des Unterhauses eine tyrannische Demokratie geübt werden — und die Geschichte des langen Parlaments gibt ein lehrreiches Beispiel dafür — wenn nicht die Auflösung wäre, die immer über ihren Häuptern schwebt. Durch dieses Mittel übt wieder die Krone eine Kontrolle über das Unterhaus aus. Und hier stehen ihr die Lords, die Würden und Ehren von ihr empfangen haben, schützend zur Seite. Aber auch sie haben kein Interesse daran, den König absolut zu machen.

Die Monarchie kann sich stützen auf eine Armee oder auf den Adel. Das erste ist zu verwerfen. Besser ist das letztere. Aber dann muss die Krone auch das Recht besitzen, die Zahl der Lords zu vermehren bis zu

der Höhe, welche notwendig erscheint als ein Gegengewicht gegen den demokratischen Teil der Verfassung. Zugleich liegt darin die Sicherheit gegen ein Ueberhandnehmen der Macht des Oberhauses. Und diese Gefahr ist es, auf die Walpole nachdrücklich hinweist. Ohne die Ernennung neuer Peers wäre das Oberhaus eine feste unabhängige Körperschaft. Man kann ihm nicht durch Anklage beikommen wie den Ministern, nicht durch Auflösung wie den Commons. Sie könnten die Minister gefangen setzen, sie könnten im Falle eines Konflikts mit dem Unterhause den König zwingen, eine Neuwahl herbeizuführen. Der Besitz aller hohen Aemter, die Befreiung von Steuern, wie sie in anderen Ländern schon besteht, würde ihnen zufallen. Heute schon haben sie den Grundbesitz von ganz Grossbritannien in ihrer Gewalt. Sie würden unüberwindlich sein wie eine grosse Handelsgesellschaft oder wie in manchen Ländern die Kirche es ist.

So klingt das Ganze aus in eine Warnung vor der Macht des Oberhauses. Die Kreierung neuer Peers ist der einzige Schutz dagegen. Gewiss kann dieses Recht von der Krone auch missbraucht werden, und man hat den Fall noch kürzlich in England erlebt. Aber um das zu verhindern, ist ja die Ministeranklage da. Um der Gefahr eines Pairsschub zu begegnen, will Walpole sagen, braucht man nicht die Verfassung zu zerstören.

---

Die Regierung war entschlossen, den Kampf um die Reform des Oberhauses mit aller Kraft zu führen. „Wird die *Peerage Bill* jetzt fallen gelassen oder verschoben, so muss sie nach meiner bescheidenen Meinung als für immer verloren gelten", so sagte Stanhope[1]). „Schwerlich wird sich jemals wieder ein König und ein Ministerium finden, die dafür zu haben sind". Bernstorff und Cadogan galten als die beiden Männer, die im vergangenen Frühjahr am stärksten gegen die Bill intriguiert hatten. Bernstorffs Einfluss war ausgeschaltet. Cadogan aber musste sich auf eine diplomatische Mission nach Wien senden lassen. Der kaiserliche Resident Hoffmann

[1]) Stanhope an Newcastle, Hannover 27. Okt. 1719 (n. St.). B. M. Add. Mss. 32686 f. 155.

sagte Sunderland ins Gesicht, das geschehe wohl nur, um ihn fernzuhalten, während die Entscheidung über die *Peerage Bill* falle. Der Engländer gab das nicht zu, und erklärte, die Mission sei so wichtig, dass Stanhope selbst gehen würde, wenn er nur in England abkömmlich wäre. Aber Hoffmann hatte wohl richtig gesehen.[1])

Nun kam, da man auf die Lords zählen durfte, alles auf die Haltung der Whigs im Unterhause an. Die Minister meinten ja, dass schon die Erinnerung an den Pairsschub von 1711 die gesamte Partei, also auch die gewöhnlich opponierenden Mitglieder, der *Peerage Bill* günstig stimmen müsse. War diese Rechnung richtig, so durften sie auf einen grossen Erfolg zählen, war sie trügerisch, so war eine schwere Niederlage unvermeidlich. Auch Walpole erblickte darin den springenden Punkt. Für ihn kam es jetzt darauf an, über den Widerspruch hinwegzukommen, den Pairsschub von 1711 scharf zu verurteilen und doch gegen die *Peerage Bill* zu stimmen. Nun hören wir von einer Versammlung, in der die zur Opposition haltenden Whigs beider Häuser sich vereinigten, um ihre Haltung gegenüber der *Peerage Bill* zu erörtern. Die allgemeine Stimmung ging wirklich dahin, dass man in diesem Falle unmöglich opponieren könne. Die anwesenden Lords mögen durch die Rücksicht auf ihr Standesinteresse beeinflusst worden sein, für die Commoners genügte die Rücksicht auf die Vergangenheit der Partei. Kurz, man war im Begriffe, eine Haltung zu beschliessen, durch die man der Regierung zu einem grossen Erfolge verholfen hätte.

Da erhob sich Walpole, und erklärte mit leidenschaftlicher Heftigkeit, dass man dennoch gegen die Bill stimmen müsse. Gegenüber dem Staunen seiner Freunde, entwickelt er, dass gerade hier die beste Gelegenheit sei, im Unterhause gegen das Ministerium aufzutreten, und ihm eine Niederlage zu bereiten. Er wolle die Sache schon in einem Lichte erscheinen lassen, dass jeder unabhängige Commoner in England mit Entrüstung erfüllt werde. Er habe die Stimmung dieser Kreise schon kennen gelernt, als er eines Tages von einem kleinen Landedelmann mit 800 £ Einkommen und ohne Ehr-

[1]) Hoffmann, 28. Nov. 1719. W. St. A.

geiz für seine Person sagen hörte: „Wie, ich soll einwilligen, dass meiner Familie auf immer die Pforte ins Oberhaus verschlossen werde!“ Niemals hat Walpoles Macht über die Geister sich stärker gezeigt, als an diesem Tage. Wohl folgten noch erregte Auseinandersetzungen, aber dann stimmten doch alle dem Beschlusse zu, der *Peerage Bill* im Unterhause zu opponieren — sei es auch nur, wie unsere Quelle sagt,[1]) weil sie erkannten, dass er ja doch entschlossen war, es zu tun, was sie auch sagen würden.

So war das Schicksal der Vorlage fast schon besiegelt, noch ehe sie in den beiden Häusern des Parlaments zur Verhandlung kam. Die Thronrede verweilte noch vornehmlich bei den Erfolgen der auswärtigen Politik, sprach aber auch von unverdienten und unnatürlichen Kümmernissen, die der König im Laufe seiner Regierung erfahren habe; und die Zeitgenossen wollten eine Anspielung auf seinen Konflikt mit dem Prinzen darin erblicken.[2]) Die *Peerage Bill* ward mit Worten nicht genannt, aber auf sie zielte, für jedermann verständlich, die Mahnung an die Mitglieder beider Häuser, die Freiheit der Verfassung, besonders in dem Punkte zu schützen, wo sie am leichtesten missbraucht werden könne. „Ich freue mich“, sagte der König „der erste zu sein, der Ihnen die Gelegenheit dazu gibt.“ Und er fügte die Ermahnung hinzu, das in der letzten Session unvollendet gebliebene Werk zum Abschluss zu bringen.

Die Adressdebatten ergaben noch keinen sicheren Anhalt für den weiteren Verlauf der Angelegenheit. Ein verfänglicher Antrag, den Shippen, der Jakobit, im Unterhause stellen wollte, ward noch glücklich beseitigt, und die Adresse der Commons war ebenso farblos wie die der Lords. Auch die Debatte, die sich im Oberhause entspann,[3]) als hier nun die *Peerage Bill* wirklich eingebracht wurde, war nur wie ein leichtes Vorpostengefecht. Die Tories hielten sich zurück. Graf Cowper, der ehemalige Lord Kanzler, jetzt zur Gruppe der abtrünnigen Whigs gehörig, erhob nur den Einwand, dass ihm die Eilfertigkeit, mit der die Sache, gleich am Anfang

[1]) Onslow, On Opposition cap. 1. Hist. Mss. Comm. Rep. 14. App. 10, 459.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 5. Dez. 1719. W. St. A.
[3]) Parl. Hist. 7, 606 ff.

der Session, betrieben werde, verdächtig vorkomme. Denn in solchen Fällen pflegten erfahrungsgemäss geheime Absichten im Spiele zu sein. Sunderland erwiderte, er wisse von keiner andern als die der König selbst genannt habe, nämlich von der Absicht, dem Missbrauch der Prärogative, wie man ihn in der letzten Regierung erlebt habe, vorzubeugen. Nach so unschuldigen Erörterungen durchlief die Bill die vorgeschriebenen Stadien, passierte das Oberhaus in drei Lesungen und ward am 30. November an die Commons gesandt.

---

Die Verhandlungen des Unterhauses über die Peerage Bill brachten der Regierung die schwerste Niederlage, die sie seit der Thronbesteigung des Hauses Hannover erlitten hatte. Dass die Regierung die Entscheidung gleich im Anfang der Session, noch ehe die Geldbewilligungen erledigt waren, herbeiführte, war keineswegs, wie manche meinten, ein Zeichen ihrer Stärke. Sie wollte die Zeit benutzen, während viele Mitglieder der Opposition noch nicht in London waren.[1]) So wünschte sie auch, der ersten Lesung der Bill, die am 1. Dez. a. St. stattfand, die zweite nach wenigen Tagen folgen zu lassen. Nicht einmal soviel vermochte sie zu erreichen. Nach heftiger, dreistündiger Debatte ward die zweite Lesung erst auf den 18. Dezember angesetzt. Man müsse dieselbe, sagte einer der feindlichen Whigs, solange verschieben, bis möglichst alle Mitglieder anwesend seien, um alsdann der Bill das Schicksal zu bereiten, das ihr infamer Charakter verdiene.

Inzwischen liess die whiggistische Opposition, die fast allein den Kampf gegen die Regierung führte — nur ein einziger Tory hatte am 1. Dezember das Wort ergriffen — es sich angelegen sein, der Welt zu zeigen, dass sie gleichwohl in allen, das wahre Interesse der Nation betreffenden Fragen, ihre Pflicht tue. Die Forderungen der Regierung für die Unterhaltung der Landmacht im kommenden Jahre wurden am 2. Dezember glatt bewilligt, und auch die gewöhnliche Landtaxe von 15 Prozent ward ohne Schwierigkeit zum Beschluss erhoben. Der Hauptverhandlung über die *Peerage Bill* aber sahen die Minister schon mit wenig Hoffnung entgegen. Lord

[1]) Hoffmann 12. Dez. 1719. W. St. A.

Stanhope getröstete sich, wenn sie auch dieses Mal falle, so werde der König sie so lange in allen folgenden Sessionen vorschlagen lassen, bis sie endlich durchgehe, woran zuletzt doch nicht zu zweifeln sei.

Am 18. Dezember sah man bei den Commons ein volles Haus, etwa 500 Mitglieder waren anwesend. Die zugunsten der Peerage Bill gehaltenen Reden sind uns nur sehr unvollkommen überliefert. Aber es sollen tüchtige Leistungen gewesen sein, und die bedeutendsten Parlamentarier auf der Regierungsseite kamen zum Wort.[1]) Auf der Seite der Gegner trugen die oppositionellen Whigs fast allein die Kosten der Debatte. Walpole und seine Anhänger hatten sich in der Front aufgestellt, sie gedachten der Regierung eine so schwere Niederlage zu bereiten, dass ihr Sturz erfolgen müsse. Sunderland und Stanhope würden fallen, Walpole und Townshend an ihre Stelle treten. Die Tories aber wollten nicht schlechthin als die Gefolgsmänner der oppositionellen Whigs erscheinen. Würde nicht der König, meinten sie, wenn erst die Regierung gestürzt war, lieber ihnen, die geschwiegen hatten, sein Vertrauen zuwenden als denen, die ihn offen bekämpften?

Man verhandelte über die Verweisung der Vorlage an eine Kommission. Richard Steele, der als erster den Vorschlag bekämpfte, brachte die schon aus seinen literarischen Produktionen bekannten Argumente vor. Er wollte in der Bill den Weg zur Herstellung einer Aristokratie, der schlimmsten Form der Tyrannei, erblicken. Er ist gegen jede Verminderung der Prärogative. Ein Missbrauch bei der Schaffung von Peers könne durch die Kritik der legislativen Gewalt, d. h. durch die Ministeranklage, genügend verhindert werden. Auf das Wesen des Oberhauses, als der Zusammenfassung der obersten Gesellschaftskreise hinweisend, fragte er sarkastisch: „Können denn die Herren, die gegenwärtig darin sitzen, im Ernste glauben, dass die Summe von Englands Ruhm und Verdienst für alle Zeiten in ihnen verkörpert sei.“ Wozu diese Bill erst einer Kommission überweisen? Es wäre ja nicht anders, als wenn man die Sünde durch kommissarische Behandlung erträglich machen wollte.

[1]) Onslow a. a. O. 459.

Von den Tories sprach nur Sir John Packington, welcher, gemäss der Haltung seiner Partei, die gesamte auswärtige Politik der Regierung seit 1714 scharf kritisierte. Er sprach von dem Bündnisse mit Frankreich, durch das man diesen unversöhnlichen Feind Englands wieder zu Kräften kommen lasse, von der Entsendung starker Geschwader in die Ostsee, um die Erwerbungen des Königs in Deutschland zu sichern, von der Kriegserklärung gegen Spanien, durch die der Handel mit diesem Lande gestört und die britische Flotte zur Fähre für die Truppen des Kaisers gemacht worden sei. Alle diese weisen Beschlüsse, erklärte er mit beissendem Sarkasmus, haben die Zustimmung und Unterstützung der getreuen Commons gefunden. Als Dank dafür bietet man ihnen diese Bill, die sie von Ehrentiteln ausschliesst, und die Macht der Peers erhöht. Das Entgegenkommen, das der König in dieser Sache zeige, wäre anzuerkennen, wenn es sich um eine Massregel handelte, die nicht über seine Lebenszeit hinausgriffe. Aber, wie darf man den Prinzen im Voraus seines Rechtes berauben? Und er schloss mit einer Verherrlichung des Thronfolgers, seiner Tugenden, seiner ausgezeichneten Führung der Regentschaft im Jahre 1716, mit dem Hinweise auf das Missverständnis im königlichen Hause, das durch diese Bill unheilbar zu werden drohe.

Schon hatten die Verteidiger der Regierung einen schweren Stand. Die Macht der Peers, erklärte Mr. Hampden beschwichtigend, werde eher vermindert als verstärkt werden, wenn ihnen nicht mehr die Reichtümer neugeadelter Commoners zuströmen würden. Der Staatssekretär Craggs, der zuvor im Kabinette noch als ein heftiger Gegner der *Peerage Bill* aufgetreten sein soll, verteidigte sie jetzt, entsprechend seiner Auffassung von der Solidarität des Kabinetts, mit Eifer und Geschick. Nur auf das Wohl seiner Untertanen bedacht, habe der König sich zu diesem Verzicht auf sein Recht entschlossen. „Nur unter guten Fürsten", rief er aus, „bieten sich den Gesetzgebern die Gelegenheiten, die Schäden der Verfassung zu beseitigen".

Noch ein paar weitere Reden, dann erhob sich Robert Walpole. Er begann stark rhetorisch. Im alten Rom stand der Tempel des Ruhmes hinter dem der Tugend. Die Tugend allein

eröffnete den Weg zu Glanz und Ehren. Nach dieser Bill aber soll der Weg dahin nur führen über das Leichentuch eines gebrechlichen, alten Lords. Der Besitz hoher Titel wird nicht mehr zu betrachten sein als der Lohn für Tugend und Verdienst, die der Monarch, über das Leben des Einzelnen hinaus, ehren will. Dann wandte sich Walpole spottend gegen Lord Stanhope. Man hätte sich über die Bill weniger zu wundern, wäre sie von einem edlen Peer von uraltem Geschlechte ausgegangen. Statt dessen hat ihr Urheber noch kürzlich unter uns gesessen und möchte nun, nachdem er selbst ins Oberhaus eingetreten ist, die Türe hinter sich zumachen. Walpole sprach auch von dem Pairsschub von 1711, und es war merkwürdig, wie harmlos diese früher von seiner Partei so heftig angefochtene Sache den in der Opposition stehenden Whigs plötzlich erschien. Es war nur eine einmalige Massregel, sagte Walpole, dass durch die Peerage Bill geschaffene Uebel aber wird dauernd sein. Denn hier handelt es sich um den Sturz der Verfassung. Und ist selbst der Missbrauch eines Rechts der Prärogative ein genügender Grund zu seiner völligen Abschaffung? Auch die Auflösung des Parlaments und die Entscheidung über Krieg und Frieden gehören zur Prärogative, auch diese Rechte sind gelegentlich missbraucht worden. Aber wer wird deshalb ihre Aufhebung empfehlen? Sodann kehrt das schon in der geschilderten Parteiversammlung so stark von Walpole betonte Argument auch in seiner Rede wieder, dass man doch den Commons nicht zumuten könne, einer Bill zuzustimmen, durch die sie sich selbst und ihren Nachkommen den Eintritt ins Oberhaus auf ewig verschliessen würden. Würden wohl die Lords ein Gesetz annehmen, durch das ein Baron nicht mehr Viscount, ein Viscount nicht mehr Earl, ein Earl nicht mehr Marquis, ein Marquis nicht mehr Duke werden könnte? Gewiss nicht, oder doch niemand von ihnen ausser den Dukes. Will man für die Freiheit des Parlaments etwas tun, so soll man an anderer Stelle beginnen, z. B. mit der Beseitigung der Bestechungsgelder und der Pensionen. Mit dieser Vorlage aber wird man der Freiheit des Parlaments nicht dienen. Man wird nur die Peers in eine feste, undurchdringliche Phalanx verwandeln.

Walpoles Worte machten auf die Versammlung einen unauslöschlichen Eindruck. Es soll die beste Rede gewesen sein, die man jemals in den Räumen des Parlaments gehört hatte. „In dieser Tonart warf er alles vor sich nieder", sagt ein Zeitgenosse[1]). Als man zur Abstimmung schritt, ward der Antrag, die Bill an eine Kommission zu verweisen, mit 269 gegen 177 Stimmen abgelehnt. Nicht genug damit, um ihren Sieg vor aller Welt zu verkünden, und mit dieser Vorlage ein für allemal aufzuräumen, ward von der Opposition die Erklärung beantragt und sogleich zum Beschlusse des Hauses erhoben: „die Bill ist verworfen".

---

Die Stellung der Regierung war unhaltbar geworden, denn mit der *Peerage Bill* war ihre letzte Hoffnung geschwunden. Nun war freilich der Parlamentarismus noch nicht so weit entwickelt, dass diese Niederlage gleichsam automatisch den Rücktritt der Minister zur Folge gehabt hätte. Niemand zwang sie, aus ihren Aemtern zu scheiden. Kein anderer als der König konnte sie entlassen. Und doch wenn das Parlament sich ihnen dauernd versagte, wenn sie mit wichtigen Vorlagen keine Mehrheit erzielten, so war ihres Bleibens nicht mehr lange.

Die Opposition hatte ihr Ziel erreicht. Werfen wir noch einen Blick zurück auf die Rolle, die sie seit 1717 gespielt hat. Zu den Tories jakobitischer und hannövrischer Färbung war damals ein starker Flügel der Whigs, die „Unzufriedenen", hinzugetreten. Sie wurden bald die treibende Kraft. Was sie mit den regierenden Whigs verband, die Parteidoktrin, war nicht stark genug, um zu verhindern, dass sie nicht plötzlich zu scharfen Gegnern ihrer bisherigen Freunde wurden und alle Kraft daran setzten, die Massregeln des Ministeriums zu kritisieren, sie als schädlich und verfehlt zu brandmarken, bei allen Gelegenheiten den *advocatus diaboli* zu spielen, kurz, Opposition um der Opposition willen zu treiben. Sie hatten die Fähigkeit oder den Willen zu sachlicher Beurteilung verloren

[1]) Onslow a. a. O. 459.

und sahen in jeder Frage nur noch die eine Seite, die das Interesse ihrer Parteigruppe betraf. Sie erlagen der Gefahr, im Eifer des Parteikampfes das Wohl des Volkes, das ihnen anvertraut war, völlig zu vernachlässigen. So weit hat sich in späteren Epochen die Opposition nicht mehr vergessen. Mit der fortschreitenden Entwicklung des Parlamentarismus hat auch sie so paradoxe Formen nicht mehr angenommen. Aber von den Zeiten, wo man scherzhaft von „Seiner Majestät loyaler Opposition" zu sprechen anfing, war das frühe 18. Jahrhundert noch weit entfernt.

Am sichtbarsten wird der Unterschied der Zeiten in der auswärtigen Politik. Alberoni hofft auf ein gutes Parlament, die Holländer, die sich sträuben, der Quadrupel-Allianz beizutreten, werden durch die englische Opposition in ihrem Widerstande gestärkt. Ohne diese Einflüsse wäre vielleicht der ganze Krieg mit Spanien vermieden worden. Im Juni 1718, als die Mittelmeerflotte soeben abgefahren ist, die Quadrupel-Allianz aber noch nicht unterzeichnet, kommt Craggs zu Pendtenriedter und erklärt ihm, was die Lage der englischen Regierung so schwierig mache, das seien nicht die 600 000 £, welche die Flotte koste, auch nicht der Trotz Alberonis. Damit getraue man sich wohl fertig zu werden. Viel schlimmer sei der innere Zwiespalt in England. Walpole habe öffentlich auf Alberonis Gesundheit getrunken. Da liegt der tiefere Grund, warum Spanien den Vertrag so hartnäckig ablehnt.[1])

Nicht anders ist es im Norden. Jede Handlung der Minister wird von der Opposition bekrittelt, verdächtigt und erschwert. Stanhopes Leistung erscheint umso grösser, wenn man die Hemmungen beachtet, die er im eigenen Lande erfährt. Zu dem berühmten „*Right or wrong, my country*" hat sich die Denkweise dieser Zeit noch nicht aufgeschwungen.

Natürlich sind die Schwierigkeiten, die der inneren Politik der Regierung bereitet werden, nicht geringer. Im Februar 1719 geschieht es zum erstenmal seit der Thronbesteigung der Königin Anna, dass eine Finanzvorlage der Regierung im Parlamente abgelehnt wird.[2]) Alle grossen Ereignisse des öffentlichen Lebens zeigen das Bild mühsamen Ringens der

[1]) Pendtenriedter, 31. Mai 1718. W. St. A.

[2]) Hoffmann, 24. Febr. 1719. W. St. A.

Minister gegen ihre politischen Gegner, der Prozess des Grafen Oxford und das Gesetz „zur Stärkung des protestantischen Interesses“ nicht anders als die *Peerage Bill*. Der Druck der Opposition und ihre Unerbittlichkeit bleiben sich immer gleich.

Dass der Prinz von Wales an ihrer Spitze marschierte, dass er im Oberhause fröhlich gegen die Regierung seines Vaters zu stimmen pflegte, verlieh der Opposition vielleicht ein grösseres moralisches Gewicht, aber keinen Zuwachs an geistiger Kraft. Diese strömte von den grossen politischen Führern aus. Und unter ihnen ragt Robert Walpole über alle anderen weit hervor. Wie er sie beherrscht, wie er in entscheidenden Momenten die Zögernden mit sich fortreisst, wie er den Ministern ihre besten Waffen aus der Hand schlägt, sie immer an der empfindlichen Stelle zu treffen weiss, darin erkennt man seine Geistesschärfe. Die Tatsachen reden viel deutlicher als die kümmerliche Ueberlieferung der parlamentarischen Verhandlungen. Das Staunen der Zeitgenossen in ihren Briefen, ihren diplomatischen Berichten sagt genug. „Er ist der erste Kenner der Finanzen, er ist der beste Debattierer im ganzen Unterhaus“, sagt Bonet. Seine Anhänger folgen ihm blindlings, unter ihnen auch sein Bruder Horace Walpole, der Diplomat. „Die beiden Walpoles haben vorgestern wie zwei Rasende gegen die Adresse gewettert“, heisst es im Dezember 1718. Sie wenden sich gemeinsam gegen die Beschäftigung der Fremden im britischen Staatsdienst. Schaub und St. Saphorin zittern.[1]) Die Tories begrüssen Walpole schmunzelnd als ihren Bundesgenossen, Shippen sagt, Walpole scheine sich so wenig wie er selbst vor dem Namen eines Jakobiten zu fürchten, und die Minister suchen ihn mit demselben Namen zu brandmarken und unschädlich zu machen.

Handschriftlich ist ein kleines Poëm erhalten, das von einem regierungstreuen Dichter verfasst ist und „die sieben Weisen Englands“, d. h. die Führer der „unzufriedenen“ Whigs witzig verspottet.[2]) Sieben Planeten zieren den Himmel, sieben Bischöfe zierten den Tower, in Griechenland gab es nur sieben weise Männer, in England sind es nicht mehr. Sucht man,

[1]) Schaub an St. Saphorin, 27. Dez. 1718. St. Saphorin an Schaub, 21. Jan. 1719. H. A.

[2]) On the seven wise men of England. Brit. Mus., Stowe Mss. 970 f., 58 b.

um eine gerade Zahl zu erhalten, nach dem achten, so wäre es derjenige, der durch sie regiert, d. h. der Prinz von Wales. Unter den Sieben sind vier Peers und drei Commoners, und die peerlosen Drei wollen nicht einsehen, warum nicht auch sie noch zu Peers werden sollten, ehe sie aus dem Leben gehen — man sieht, das Gedicht ist entstanden, während die *Peerage Bill* schwebte. Die Aufzählung der vier Peers bringt uns die wohlbekannten Namen von Orford und Townshend, Cowper und Devonshire. Bei den Commoners nennt der Dichter neben zwei unbedeutenden Namen[1]) die Brüder Walpole. Da aber die Siebenzahl nicht überschritten werden darf, so hilft er sich, indem er also scherzt:

„Zwei Walpoles zähl' ich für Einen nur.
Denn was man auch sagen kann:
Der Bösewichter sind's z w e i von Natur,
Doch kaum e i n weiser Mann.“

Im politischen Leben pflegt man abtrünnige Freunde ingrimmiger zu hassen als legitime Gegner. Den „Unzufriedenen“ die Hand zur Versöhnung zu bieten, konnten sich die Minister nach dem Fall der *Peerage Bill* noch nicht entschliessen. Dagegen erwogen sie die Möglichkeit einer Verbindung mit den Tories. Sie hatten eine solche Lösung längst ins Auge gefasst. Verhandlungen in dieser Richtung scheinen seit der Spaltung der Whigpartei immer wieder begonnen und immer wieder abgebrochen worden zu sein. Der König, schreibt Pendtenriedter 1718,[2]) wird sich lieber den Tories in die Arme werfen als wieder mit den von ihm abgefallenen Whigs zusammengehen. Die Tories meinten ihrerseits dem Laufe der Dinge mit aller Ruhe zusehen zu dürfen, bis ihre Stunde geschlagen habe. Unterdessen wollten sie das Zünglein an der Wage spielen, wollten von beiden Gruppen der Whigpartei umworben sein, aber sich keiner von beiden dauernd anschliessen[3]). „Denn es ist ihr einstimmig gefasster Beschluss“, so heisst es 1717[4]),

[1]) Man vermisst z. B. Paul Methuen.
[2]) Pendtenriedter, 25. Febr. 1718. W. St. A.
[3]) Stuart Papers IV, 291.
[4]) Stuart Papers IV, 300.

„bald mit der einen, bald mit der andern Gruppe zu gehen, bald die eine, bald die andere niederzudrücken und dieses Spiel so lange fortzusetzen, bis sie sie beide ruiniert haben."

Zur Geschichte dieser Verhandlungen gehört auch der vom englischen Ministerium wiederholt gefasste Plan einer Begnadigung Bolingbrokes. Der gefallene Staatsmann, dem nach einigen Jahren wohl die Heimkehr aus der Verbannung gestattet wurde, nicht aber die Rückkehr zur Macht, schien damals noch beides zugleich erlangen zu können. Man wollte ihn seinem alten Feinde Walpole gegenüberstellen und erhoffte davon zugleich eine Gewinnung der Tories, wenn nicht der ganzen Partei, doch so vieler von ihnen, dass man an diesen neugewonnenen Freunden zusammen mit den regierungstreuen Whigs eine zuverlässige Mehrheit in beiden Häusern besitzen würde.

Die Minister wussten genau, dass Bolingbroke jederzeit für sie zu haben war. Hatten sie doch schon 1716, als der Prätendent ihn unklug und undankbar verstossen hatte, einen Versuch gemacht, ihn zu gewinnen. Damals hatte Lord Stair den Auftrag erhalten, mit dem in Paris weilenden „ehemaligen" Lord Bolingbroke anzuknüpfen. Die Regierung hatte nicht nur von seiner Bereitwilligkeit gehört, sich dem Könige Georg zur Verfügung zu stellen, sondern auch von der Angst der Jakobiten, dass er dieses tun und sie alle verraten möchte[1]). Gerade darauf scheint es den englischen Ministern am meisten angekommen zu sein. Stair hatte eine lange Unterredung mit Bolingbroke,[2]) wobei dieser sich in einer Weise äusserte, die ihm menschlich alle Ehre machte. Er sei bereit, seine Freunde, die Tories über falsche Hoffnungen aufzuklären, die viele von ihnen auf den Prätendenten setzten. Aber zum Angeber wolle er nicht werden. Immer wieder versicherte er, dass er nur so der Regierung Georgs I. wahrhaft nützlich werden könne. Mit anderen Worten: den Prätendenten wollte er preisgeben, nicht aber die Jakobiten. Vielleicht hatten die englischen Minister soviel Charakterstärke nicht erwartet. Genug, zu

[1]) Stanhope an Stair Whitehall 28. März 1716. R. O. In dem Abdruck bei Graham, Annals of Stair I (1875) 394 ist das falsche Datum des 8. März gegeben.

[2]) Vgl. darüber einen Brief von Stair an Craggs, der im Anhang zu Bolingbrokes „Letter to Sir Will. Wyndham" mitgeteilt ist.

der Begnadigung Bolingbrokes kam es nicht. Es heisst,[1]) in einer Kabinettssitzung hätten Walpole und Townshend, die damals noch Minister waren, die Sache zum Scheitern gebracht. Nur um dem verbannten Staatsmanne etwas guten Willen zu zeigen, ward seinem alten Vater Sir Henry St. John die Peerswürde verliehen. Dem Sohne aber war jede Gunst versagt worden. Sein Schicksal blieb wie zuvor. Er hat die Zeit seines Exils mit Zerstreuungen aller Art, mit Galanterien, mit schöngeistigen Bestrebungen ausgefüllt.

Aber noch hatte er die Hoffnung nicht aufgegeben, eines Tages nach England zurückzukehren und wieder die Macht zu erlangen. Im September 1716 richtete er an seinen torystischen Freund aus alter Zeit, an Sir William Wyndham, einen Brief, der wie zufällig den englischen Ministern in die Hände gespielt wurde. Der Brief schien verfasst zu sein, um die Tories von der Aussichtslosigkeit der stuartischen Sache zu überzeugen. Im Grunde wollte aber der Schreiber den Ministern nur eine Probe von seinem Können geben, wollte zeigen, wie er auf die Tories zu wirken vermöge, auch ohne jemanden blosszustellen. Die Regierung liess den Brief ruhig an den Adressaten abgehen. An Bolingbrokes Lage aber ward abermals nichts geändert[2]).

Seit diesen Ereignissen waren reichlich zwei Jahre verflossen, als es im November 1718 mit der Begnadigung Bolingbrokes Ernst werden zu sollen schien[3]). Inzwischen war die Spaltung der Whigs eingetreten. Da gedachten die Minister, an Bolingbroke eine Stütze gegen Walpole zu gewinnen. Vielleicht würde sich, zusammen mit ihm, auch ein Teil der Tories auf die Seite der Regierung stellen. Die Einbringung einer Bill wurde erwogen, durch welche die *Act of attainder*, mit der man Bolingbroke 1715 in Acht und Bann getan hatte, aufgehoben werden sollte. Nicht genug damit:

---

[1]) Vgl. Macknight, Life of Bolingbroke. 1863. 497.

[2]) Vgl. die auf Bolingbroke bezüglichen Schriftstücke bei Coxe, Walpole II (1798) 307 ff.

[3]) Der im Folgenden geschilderte Plan der Regierung ist mit unzweifelhafter Sicherheit zu erschliessen aus den (gleich zu zitierenden) diplomatischen Akten in Wien, Berlin und London, sowie aus den Korrespondenzen in den Portland Mss. V 564—5. 566. 571. 573. 574. 575. 576.

auch die anderen politischen Grössen aus Königin Annas Zeit, Oxford, Harcourt, Strafford sollten, soweit es noch nicht geschehen war, zu voller Gnade hergestellt werden. Natürlich wirkte schon das Bekanntwerden solcher Absichten auf die Stimmung der Tories. Bei der Adressdebatte im November 1718, als es sich um die Anerkennung der kriegerischen Politik gegen Spanien handelte, war dies wohl zu bemerken. Die drei genannten Lords und ihre nächsten Freunde blieben der entscheidenden Sitzung des Oberhauses fern und die Regierung erhielt eine stattliche Mehrheit für die von ihr gewünschte Adresse[1]).

Unterdessen erfährt man, dass Bolingbroke in Paris fleissig mit Graf Stair verkehrt, der auch in politischen Fragen gern seinen Rat vernimmt. Man erwartet Bolingbrokes baldiges Erscheinen in London. Er ist schon da, sagen die einen, er wird gewiss nächstens kommen, meinen die anderen. Und der junge Edward Harley, Oxfords Neffe, schreibt: „Ich hoffe sehr, ihn wieder als Staatssekretär unter der glücklichen Regierung Seiner Majestät des gegenwärtigen Königs zu sehen. Dann erst wird sein getreues Ministerium vollkommen sein."

Alle diese Hoffnungen wurden jäh zerrissen durch die drohende Haltung, die Walpole einem solchen Plane der Regierung gegenüber einnahm. Bei der grossen kirchenpolitischen Debatte im Januar 1719 brach er die Gelegenheit vom Zaune, einer etwaigen Begnadigung und Rückberufung Bolingbrokes im voraus mit aller Schärfe entgegenzutreten. Er nannte ihn nicht, aber der Sinn seiner Worte war allen verständlich, als er plötzlich erklärte, es gäbe, wenn etwa ein Staatssekretär seines Amtes müde wäre, noch Leute genug, ihn zu ersetzen, ohne dass man darum einen Verbannten vom Auslande herbeizuholen brauche, und stellte er sich auch noch so reumütig[2]). Noch deutlicher wurde Walpole in seiner bald darauf erschienenen Schrift gegen die *Peerage Bill*[3]). Hier zog er ingrimmig los gegen den alten Gegner, der jetzt hoffe, ein Akt der Gesetzgebung werde ihn wieder ehrlich machen und seiner Niedertracht

[1]) Hoffmann 13. Dez. 1718. W. St. A. Bonet 13./24. Jan. 1719. G. St. A.
[2]) Portland Mss. V 576.
[3]) Thoughts of a Member .... Vgl. oben S. 595. Coxe, Walpole (1798) I. 202.

von neuem den Weg zum Staatsdienste eröffnen. Denn es sei ja kein Zweifel, dass sowohl Oxford wie Bolingbroke erwarteten, noch einmal dem Lande ihre Herrschaft aufzuzwingen. So empörte sich Walpole, voll von seinem brennenden Ehrgeiz und seiner eigenen grossen Zukunft gewiss, schon bei dem blossen Gedanken, dass der klügste und gefährlichste seiner Nebenbuhler, eben derjenige, den er für alle Zukunft vernichtet zu haben meinte, ihm noch einmal den Weg zur höchsten Macht versperren könnte. Denn hier standen zwei Herrschernaturen einander gegenüber, beide reich begabt, geistreich und kühn, und beide mit dem Anspruch, in der politischen Welt ihres Landes allein zu gebieten.

Vor den Drohungen Walpoles zog die Regierung sich wirklich zurück. Von einer Begnadigung Bolingbrokes war nicht mehr die Rede, so sehr auch Lord Stair die Loyalität des verbannten Staatsmannes zu rühmen wusste[1]). Einige Monate später, als der in Genf festgehaltene Graf Mar gar zu gern seinen Frieden mit der englischen Regierung gemacht hätte, ward wiederum Stair beauftragt, mit ihm in Verbindung zu treten. Aber, so schrieb ihm Stanhope[2]), es müsse mit grosser Vorsicht geschehen, „denn wir haben zu schlimme Erfahrungen gemacht mit der in England geweckten Erwartung, als ob wir die Rückkehr des ehemaligen Lord Bolingbroke begünstigten".

Nach dem Fall der *Peerage Bill* begann das Ministerium sich den Tories abermals zu nähern. Die Tories hatten sich in den Debatten geflissentlich zurückgehalten. In der entscheidenden Verhandlung am 18. Dezember hatte nur ein einziger aus ihren Reihen, Sir John Packington, das Wort ergriffen. Die anderen begnügten sich damit, ihre Stimme gegen die Vorlage abzugeben. An der Debatte nahmen sie nicht teil, um nicht, wie es hiess, die Geschäfte von Townshend und Walpole zu besorgen. Nachdem nun die Schlacht vorüber ist, klopft die Regierung bei ihnen an. Die meisten sind zurückhaltend. „Ich glaube, sehr wenige werden anbeissen",

[1]) Stair an Stanhope, 17. Juni 1719. R. O.

[2]) Stanhope an Stair. 7. Juni 1719, n. st. R. O. State Papers. Regencies 14.

schreibt ein Tory. Nur Baron Harcourt, der Lord Kanzler aus Königin Annas Zeit, zeigt sich sehr beflissen und erhält vielleicht das Versprechen, man werde ihm ein Amt geben, wenn er eine Anzahl seiner Parteigenossen mitbringe. Aber da liegt die Schwierigkeit. Die Tories wollen als Partei kommen und selbst die Regierung bilden, nicht aber mit einzelnen ihrer Leute in eine Whig-Regierung eintreten. Monatelang werden die Verhandlungen fortgesetzt[1]). Verschiedene Namen werden genannt, neben Harcourt auch Trevor, Atterbury und andere Tories, die in die Regierung eintreten möchten. Ein Projekt löst das andere ab und zeitweilig laufen mehrere nebeneinander her. Lady Cowper erzählt davon und schliesst: „Kurz, es war nicht ein Schelm in der Stadt, der nicht einen Plan ausgeheckt hätte, mit dem er sein Vaterland ruinieren wollte."

So war das Frühjahr 1720 herangekommen. Zu den alten Nöten der Regierung waren neue hinzugetreten. Sie lagen schon auf dem Gebiete der Finanzen, die nun bald zu einer nationalen Katastrophe führen sollten.

Es war das Jahr des grossen Südseegeschäfts, bei dem alles auf den Kredit der Regierung ankam. Da machte es sich sehr unangenehm bemerkbar, dass auf der Seite der Gegenpartei auch die „unzufriedenen" Whigs den ministeriellen Plänen entgegen arbeiteten. Und wäre es auch nur Walpole allein, so vermochte dieses eine Finanzgenie die ganzen Absichten der Regierung zu vereiteln. Eine andere, ebenfalls auf finanzpolitischem Gebiete liegende Schwierigkeit lag darin, dass die Zivilliste des Königs erschöpft und verschuldet war. Man wollte sich vom Parlamente eine Bewilligung von 500,000 £ machen lassen, fürchtete aber, und wahrscheinlich mit Recht, eine so ungewöhnliche und zugleich so hochbemessene Forderung gegen den Widerspruch von Walpole und Genossen nicht durchbringen zu können. Nicht minder schwierig waren die Aufgaben der auswärtigen Politik, da man im Süden mit Alberoni, im Norden mit Peter dem Grossen zu tun hatte. Und endlich mussten die Minister, nachdem sie ungern auf die Beseitigung der Siebenjährigkeits-Akte verzichtet, nun an

[1]) Portland Mss. VII, 266. 267. 273—4.
[2]) Diary 144.

die Vorbereitungen zur Wahlkampagne herantreten, wenn sie nicht im künftigen Parlament ihre alte Mehrheit verlieren wollten.

Immerhin würden auch durch diese Umstände die Herrschenden kaum zu raschem Handeln bewogen worden sein, wäre nicht ein besonderer Anlass hinzugetreten. Dem Minister Lord Sunderland ward im April 1720 ein merkwürdiges Schriftstück zugestellt. Es war nicht mehr und nicht weniger als ein Plan zum Sturze der englischen Minister durch die deutschen. Bernstorff hatte das Schriftstück nach Wien gesandt,[1]) um den österreichischen Minister Grafen Sinzendorff über die in London verfolgten Pläne zu informieren. Bernstorff ist im Bunde mit den „unzufriedenen" Whigs und berichtet über die Schritte, welche diese getan haben und ferner zu tun gedenken, um den König auf ihre Seite zu ziehen. Sie wollen ihm die Augen darüber öffnen, dass die „Kabale" — sie holen, um die Minister zu brandmarken, den alten Namen aus der Zeit Karls II. hervor — dass die Kabale die Verfassung stürzen, eine Aristokratie errichten und so stark werden möchte, dass sie dem Könige wie seinem Sohne ihren Willen diktieren kann, falls sie es nicht vorziehen sollte, ihn ganz zu beseitigen.

Als eine Gegenmine gegen diese Anschläge legen die „Unzufriedenen" dem Könige ihren eigenen Plan vor, der ein vollständiges Programm, äussere und innere Politik umfassend, enthält. Haben Stanhope, Sunderland, Craggs, so ist etwa der leitende Gedanke, Georg I. zu eng an Frankreich gekettet, so wollen die „Unzufriedenen" und Bernstorff ihn mehr nach der Seite des Kaisers herüberziehen. Die weitgehende Rücksicht auf Frankreich erscheint um so unnötiger, als dieser Staat während der Minderjährigkeit Ludwigs XV. unmöglich Krieg führen kann. Den Zaren soll man sich zum Freunde machen, August dem Starken die erbliche Königswürde in Polen verschaffen, Hannover durch Kauf weiterer Lande vergrössern. Damit werde der König besser imstande sein, das Gleichgewicht

[1]) Englische Uebersetzungen des deutschen Originals, das nicht erhalten zu sein scheint, sind gedruckt in den Townshend Mss. 104 und Portland Mss. 5, 594. Eine französische Uebersetzung findet sich handschriftlich als Beilage zu Chammorels Bericht vom 29 April 1720. Aff. étr. Die drei Texte weisen kleine Abweichungen auf.

zwischen den Mächten des Nordens zu erhalten, als wenn er fortfahre, alljährlich seine Flotten in die Ostsee zu schicken, was dem Volke so sehr missfalle. Macht man sich Spanien zum Freunde, so nützt man dem Handel der Südsee-Kompagnie und setzt diese in den Stand, der Regierung grössere Summen darzuleihen und sie unabhängiger vom Parlamente zu machen.

Das alles soll erreicht werden durch die geplante Regierungsänderung, bei welcher die „Unzufriedenen“ die leitenden Posten in die Hand bekommen, Bernstorff aber, wie wir hinzufügen, seine Hand schützend über ihnen halten würde. Das aufregende Schriftstück enthält auch eine Liste der neu zu ernennenden Minister. Wir finden darunter nicht nur alle wichtigen Männer der „Unzufriedenen“, Walpole, Townshend, Cowper, Devonshire, Methuen, sondern auch ein paar Tories und dazu den Vermerk, dass noch weitere sechs oder sieben führende Männer aus den Reihen der Tories hinzukommen sollten. Von den bisher entscheidenden Persönlichkeiten erscheinen zwar auch Stanhope und Sunderland — nicht Craggs — auf der Liste, doch beide in politisch unwichtigen Aemtern.

Offenbar ist man aber der Meinung, der geplante Umschwung sei nicht ohne Gefahr. Denn am Schlusse des Schriftstücks liest man die bedeutungsvollen Worte: „Seine Kaiserliche Majestät soll im Notfalle mit seinen Truppen von den Niederlanden aus dem Könige zu Hilfe kommen“.

Als Lord Sunderland das unheimliche Schriftstück gelesen, ward er von gewaltigem Schrecken ergriffen. Genau dasselbe, was die „Unzufriedenen“ planten, nämlich die Berufung der Tories zur Teilnahme an der Regierung, hatte er ja selbst vorgehabt. Wer konnte wissen, wie weit jene es mit ihrer heimlichen Arbeit beim Könige schon gebracht hatten? Sunderland berät sich sofort mit Stanhope und Craggs. Nach drei Tagen beschliessen sie, den Stier bei den Hörnern zu packen, nicht die Tories, sondern die „unzufriedenen“ Whigs in die Regierung hereinzuziehen. Zugleich sollen König und Prinz versöhnt werden. Vor den Deutschen aber, deren letzter Versuch, die verlorene Herrschaft wiederzugewinnen, mit der Entdeckung des Planes gescheitert ist, muss alles geheim gehalten werden.

Ueber die 14 Tage lang geführten Verhandlungen sind wir durch Lady Cowpers Tagebuch und durch die Berichte der Gesandten[1]) — der Franzose Chammorel hatte sofort alles erfahren — recht gut unterrichtet. Die Hofdame der Prinzessin lässt uns gleichsam alle Sorgen und Aufregungen dieser zwei Wochen noch miterleben. Wir hören, dass der Minister Sunderland den König noch nie so kalt gefunden hat, als da er ihm zuerst von der Versöhnung mit seinem Sohne sprach. Wir hören von zahlreichen Unterredungen zwischen Walpole und der Prinzessin. Walpole ist überhaupt der wichtigste Mann in diesen Verhandlungen. Er stellt den Ministern ebenso seine Bedingungen wie dem prinzlichen Paare. Prinz und Prinzessin fügen sich unter dem Eindruck seiner Persönlichkeit, finden aber doch, dass sie die Opfer der ganzen Abmachung seien, bei der Walpole nur sein und Townshends Interesse verfolgt habe. Ganz unrichtig ist das auch nicht. Nicht einmal ihre Kinder wurden ihnen zurückgegeben. Walpole tritt im gegebenen Momente auch an die Herzogin von Kendal heran, um durch sie auf den König zu wirken. Auch die Minister Stanhope, Sunderland und Craggs wenden sich an sie. Sie übernimmt den schwersten Teil der Arbeit. Sie findet den König, wie der Franzose berichtet, *presqu' inflexible*, vermag ihn aber schliesslich doch umzustimmen, und der grosse Versöhnungsakt wird vorbereitet.

Gefahren und Intriguen auf allen Seiten führten also endlich zur Aussöhnung zwischen Vater und Sohn, zugleich mit der Wiedervereinigung der ganzen Whig-Partei. Natürlich war diese Wiedervereinigung bei weitem das Wichtigere. Dass Townshend und Walpole und die 100 Mann ihres Gefolges auf ihre oppositionelle Haltung verzichteten, galt mehr, als dass der verlorene Sohn in Gnaden aufgenommen ward. „Können die Whigs nicht ohne ihn kommen?“ hatte der König gefragt, als man ihm die Versöhnung mit dem Prinzen nahe-

[1]) Z. B. die Berichte Senneterres, Chammorels und Destouches', sämtlich im Arch. des aff. étr. Dazu die Berichte von Wallenrodt. G. St. A. und Hoffmann. W. St. A. Ein paar interessante Briefe findet man Portland Mss. 5, 596, 597.

legte. Auf das Volk von London aber machte natürlich der Friedensschluss zwischen dem König und dem Prinzen von Wales den tiefsten Eindruck. Auch wurde eine Form gewählt, welche geeignet war, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen Vorgang zu konzentrieren.

Am 4. Mai, als der ganze Hof versammelt war, ward dem Könige ein Schreiben des Prinzen überreicht, in welchem dieser dem Vater seine volle Unterwerfung anbot und um die Erlaubnis bat, sich ihm persönlich zu Füssen werfen zu dürfen. Als der König dies gewährt hat, lässt sich der Prinz in einer Sänfte zum Palast tragen, begibt sich aber, weil ihm die militärischen Ehren noch nicht erwiesen werden sollen, über eine Hintertreppe zu den Gemächern des Königs. An den in den Vorzimmern Wartenden sieht man ihn bleichen Antlitzes vorüberschreiten. Ein Weilchen lässt ihn der König noch antichambrieren, dann gestattet er ihm den Eintritt in sein Kabinett. Die Unterredung dauert nur wenige Minuten und findet bei verschlossenen Türen statt. Doch unsere Berichte gestatten uns, auch einen Blick hinter diese verschlossenen Türen zu tun. Wir sehen den Prinzen auf den Knien liegend, den König, wie er mit stummer Gebärde den Sohn auffordert, sich zu erheben. Der Prinz spricht Worte tiefster Ergebenheit; der König, in grosser Erregung, bringt nur abgerissene Sätze hervor. Der Prinz versteht die mehrfach wiederholten Worte *„Votre conduite, votre conduite“*. Als er den König verlassen hat, lässt er sich über den Schlosshof tragen, die Wache tritt unter Waffen, die Trommeln werden gerührt, er wird unter militärischer Begleitung zurückgeführt und eine Ehrenwache vor seinem Hause aufgepflanzt. Auf der Strasse herrscht Jubel und Beifallsgeschrei. Am Abend werden, um der offiziellen Freude nachzuhelfen, einige Tonnen Bieres in der City aufgefahren und dem Volke gespendet[1]). An vielen Stellen werden Freudenfeuer angezündet und ganz London ist festlich illuminiert.

---

Und doch hatten die jubelnden Volksmassen keine Ahnung von der wahren Bedeutung dieser Vorgänge. Der ersten Versöhnungsszene folgte eine zweite, viel wichtigere, von der aber

[1]) (Limier) Mémoires du règne de George I. 3, 388.

das grosse Publikum nichts erfuhr. Am nächsten Morgen wurden die Führer der „unzufriedenen“ Whigs, darunter Townshend und Walpole, vom Könige empfangen. Der Herzog von Devonshire, wohl als der Aelteste, hält eine Ansprache. Der König antwortet kurz und undeutlich in dem Sinne, er freue sich, sie alle vereint zu sehen. 10 Tage später fand im Unterhause eine wichtige Abstimmung statt, bei der zum erstenmal die gesamte Whigpartei wieder geschlossen stimmte, so dass die Regierung eine Mehrheit von fast drei Viertel aller Stimmen erhielt. Im Laufe der folgenden Wochen traten die Führer der „Unzufriedenen“ in die Regierung ein. Sie wurden untergebracht, so gut es ging, doch ohne dass die bisherigen Häupter auf ihre Aemter verzichteten. Townshend ward nicht Staatssekretär, sondern Präsident des *Privy Conncil*. Devonshire trat ohne Amt in's Kabinett ein. Methuen empfing ein Hofamt ohne einen Platz im Kabinett. Und auch Walpole, der den einträglichen Posten eines Zahlmeisters der Truppen erhielt, blieb dem Kabinette noch fern. Aber ob im Kabinette oder nicht, sein Einfluss machte sich in der Regierung bald bemerkbar, und als in den nächsten Monaten die grosse Südsee-Affäre die Oeffentlichkeit beschäftigte, war er rasch, obwohl nicht Kabinettsminister, der entscheidende Mann innerhalb der Regierung. Nur Lord Cowper verzichtete auf den Wiedereintritt in's Ministerium. Er sei alt und schwach, sagte er seiner Gattin,[1]) und könne sich mit Schurken und Narren nicht mehr herumschlagen. Als der König im Juni wieder nach Hannover ging und das Kabinett wie im Vorjahre zur Regentschaft erhoben ward, konnte der österreichische Resident aus London berichten: „Kein einziger von allen denen, so bei des Townshends Amovierung von der Staatssekretärstelle sich ihrer Dienste begeben und seither dem Prinzen von Wales adhärieret haben, ist bei dieser Aenderung vergessen, sondern sind alle mit neuen Aemtern versehen worden.“

---

Die Wiedervereinigung der Whigs hatte auch den endgültigen Sturz der deutschen Nebenregierung zur Folge. So heimlich waren die Vorbereitungen für die grosse Szene ge-

[1]) Diary 146.

troffen worden, dass keiner der hannövrischen Minister und auch kein anderes Mitglied der deutschen Hofgesellschaft, mit Ausnahme der Herzogin von Kendal, etwas davon erfahren hatte. Erst im Vorzimmer des Königs, kurz vor dem Eintreffen des Prinzen, trat Stanhope triumphierend an Bernstorff und Bothmer heran und schleuderte ihnen mit dem schrillsten Ton seiner Stimme die Worte entgegen: „*Eh bien! Messieurs, la paix est faite — la paix est faite*“. Bernstorff meinte, er rede von dem kommenden Friedensschlusse zwischen Russland und Schweden, und fragte erstaunt, ob wichtige Briefe angekommen seien. „Nein“, sagt Stanhope, „ich rede von dem Frieden bei uns. Wir werden unsern Prinzen wiedersehen.“ „Unsern Prinzen?“ „Jawohl, unsern Prinzen, unsern Prinzen; er wird gleich hier sein zur Aussöhnung mit dem Könige.“ Tief gekränkt sagt Bernstorff: „Da sind Sie aber sehr heimlich zu Werke gegangen“. „Ja, ja“, erwidert Stanhope kalt, Heimlichkeit ist immer nützlich, wenn man etwas erreichen will“. Die beiden alten Herren verloren vollkommen die Fassung. Bothmer brach in Thränen aus und Bernstorff verliess den Palast, ohne das Kabinett des Königs betreten zu haben.[1])

An Versuchen, die verlorene Macht zurückzugewinnen, hat Bernstorff es während der nächsten Wochen freilich nicht fehlen lassen[2]). Er erholte sich allmählich von dem Schrecken über die erlittene Niederlage und trat wieder so sicher auf wie zuvor. Seine Unkenntnis der jüngsten Vorgänge beschönigte er mit der kühnen Behauptung, er habe von diesen Dingen nichts wissen wollen. Er meint, man wünsche schon wieder seine Mitwirkung, um dem Könige, von dem er auch wieder empfangen wird, die Reise nach Hannover auszureden; aber er will sich in nichts mischen. Er klagt über das Ministerium, er sieht den baldigen Sturz desselben voraus und sucht schon nach neuen Männern. „Baron Bernstorff“, schreibt Lady Cowper unter dem 3. Juli 1720 in ihr Tagebuch, „wird nicht ruhen, bis er wieder die Oberhand gewonnen hat“. Aber die Eingeweihten wussten sehr wohl, dass Bernstorff das Spiel verloren hatte. Man könne sich nicht vorstellen, schreibt

[1]) Diary of Lady Cowper 145. Hoffmanns Bericht vom 7. Mai 1720. W. St. A.

[2]) Das Folgende nach Lady Cowper's Diary.

Wallenrodt, der neue preussische Resident, seinem Könige[1]), was für eine *triste figure* die deutschen Minister bei Hofe machten. Als Georg I. im Juni zu gewohntem Sommeraufenthalte nach Hannover reiste, zog auch Bernstorff hinüber. Doch als der König wiederkam, blieb Bernstorff zurück. Im grossen Publikum hat man sein Fernbleiben kaum beachtet und gewiss nicht bedauert. Die Politiker, die Diplomaten[2]) und die fremden Höfe aber bemerkten es wohl und suchten den Grund zu erfahren.

Friedrich Wilhelm I., dem die Anwesenheit Bernstorffs in London so oft ein peinliches Hindernis für seine Pläne gewesen war, forderte von seinem Residenten umständlichen Bericht darüber, „wie es dort jetzo umb den von Bernsdorff stehet", und was sein Fernbleiben zu bedeuten habe[3]). Wallenrodt antwortete mit der geheimnisvollen Andeutung, Bernstorff rechne darauf, dass die Minister während der kommenden Session vom Parlamente gestürzt würden; dann wolle er triumphierend zurückkehren, um neben einem neuen englischen Ministerium wieder seine vorige *figure* zu machen[4]). Bernstoffs selbst ist Zeitgenossen wie Nachlebenden die Erklärung schuldig geblieben. „Warum ich im Jahre 1720 nicht wieder nach England ging", so beginnt der Schlussatz seiner Selbstbiographie, aber gerade hier bricht er ab und der Leser vermisst die Antwort auf die hingeworfene Frage.

Für uns ist sie nach allem, was wir wissen, nicht schwer zu geben. Bernstorff blieb in Deutschland, weil seine Rolle in England ausgespielt war. Die Tage waren vorüber, da der in die Ostsee kommandierte britische Admiral vor der Abfahrt bei Bernstorff vorsprechen musste, um von ihm persönlich zu erfahren, worin der eigentliche Zweck der ihm anvertrauten Expedition bestand. Der stille Kampf zwischen englischen und deutschen Ministern hatte mit dem Siege der Engländer geendet. Und wenn auch ferner noch hannövrische Minister und Beamte am Londoner Hofe weilten, so haben sie doch die Rolle Bernstorffs nie wieder gespielt. An seiner Stelle

[1]) Bericht vom 3./14. Mai 1720. G. St. A.
[2]) Hoffmann, 19. Nov. 1720. W. St. A.
[3]) Weisung an Wallenrodt, Berlin 10. Dez. 1720. G. St. A.
[4]) Wallenrodt's Bericht aus London 2./13. Dez. 1720. G. St. A.

brachte fortan der alte Graf Bothmer die auswärtigen Angelegenheiten des Kurstaates beim Könige zum Vortrag, Philipp von Hattorf die inneren, während der Geheime Justizrat Reich „die Feder führte", d. h. die deutsche Kanzlei leitete[1]). Aber keiner dieser Männer hat jemals versucht, über die hannövrische Sphäre hinausgreifend, den englischen Ministern des Königs die Geschäfte aus den Händen zu nehmen. Wohl ist auch in den folgenden Jahrzehnten die Politik des Inselstaates noch oft genug den Interessen Hannovers dienstbar gemacht worden. Aber die Stelle, von der solches ausging, war nicht mehr die „hannövrische Junta", nicht mehr jene Nebenregierung aus der Zeit Bernstorffs. Ein Walpole, als der herrschende Mann der Folgezeiten, hätte sie nicht mehr neben sich geduldet. Dafür entschieden nun er selbst und seine englischen Kollegen darüber, welche Rücksichtnahme man den deutschen Interessen des Souveräns schuldig war, und die beiden ersten George durften auch so noch zufrieden sein.

---

Unsere Teilnahme werden wir auch der gefallenen Grösse nicht ganz versagen.

In die Sphäre des norddeutschen Gutsbesitzers und Standesherrn gebannt, hat Andreas Gottlieb von Bernstorff den Rest seines Lebens meist in stiller Zurückgezogenheit verbracht[2]). Wie zur Erinnerung an die Zeit seiner Macht fährt er zwar noch fort, sich „grossbritannischer Rat, braunschweig-lüneburgischer Premierminister und Geheimrat" zu nennen. Und auch nach seinem Sturze in England blieb er mit den Geschicken Hannovers durch sein Amt wie durch seine innerste Neigung eng verbunden. Gleichwohl kam die ihm innewohnende grosse Arbeitskraft fortan weit mehr der Verwaltung und Verbesserung seiner Güter sowie der Sorge für seine Familie zugute. Zu seinem früh gewonnenen Besitz im Mecklenburgischen hatte er durch Kauf noch die grossen Güter Wotersen in Lauenburg und Gartow an der Elbe im

[1]) Wallenrodt 16. 27. Dez. 1720. G. St. A.

[2]) Vgl. Aage Friis, Die Bernstorffs I S. 3—20. Art. Bernstorff in d. Allg. Dtsch. Biogr. 46 (Köcher).

Lüneburgischen hinzugefügt. Es war ein stattlicherer Landbesitz als irgend ein anderes niedersächsisches Geschlecht ihn aufzuweisen hatte; dazu war Bernstorff 1715 vom Kaiser zum Reichsfreiherrn erhoben worden. Die Würde eines Reichsgrafen hatte er bescheiden abgelehnt, um nicht durch zu hoch gesteigerte Ansprüche die gesicherte Stellung seiner Familie zu gefährden Ueberhaupt war nun sein vornehmstes Bestreben darauf gerichtet, die Bernstorffs vor dem Schicksal zu bewahren, von dem er so manches angesehene Geschlecht in Norddeutschland betroffen sah, dessen Vermögen und Stellung etwa durch Zersplitterung der Güter oder durch leichtsinnige Wirtschaft verloren gegangen war. Er griff, um die Zukunft seines Hauses zu sichern, zu einem in diesen Gegenden noch ungewöhnlichen Mittel, indem er seinen ausgedehnten Grundbesitz in drei grosse Fideikommisse verwandelte. Dabei mögen wohl seine in England gemachten Erfahrungen mitgewirkt haben, wo er die Bedeutung der Unteilbarkeit der Familiengüter für die Erhaltung der grossen Geschlechter genügend würdigen gelernt hatte. Aber ausser der Anordnung für die Erbfolge stellte Bernstorff in seinem 1720 feierlich unterzeichneten Familienstatut zum Wohle der kommenden Geschlechter auch noch feste Regeln auf für die Bewirtschaftung der Güter, für die Erziehung der Söhne, die Versorgung der Töchter. Er ist fast wie ein kleiner Friedrich Wilhelm I. auf das Gedeihen der von ihm geschaffenen und gepflegten Güter ebenso sorgfältig bedacht, wie auf das Heil und die Ehre seiner Nachkommen, denen er einschärft, niemals zu vergessen, dass sie „Edelleute und rechtschaffener Leute Kind“ seien. Auf seinem neugebauten Schlosse zu Gartow, inmitten seiner kostbaren Sammlungen und seiner in das Privatleben mitgenommenen Staatspapiere hat Bernstorff seine letzten Jahre verbracht.

---

So waren die dem Staate drohenden Gefahren glücklich beseitigt, die innere Ruhe hergestellt. Die grosse Welt fuhr fort, sich am meisten für den Friedensschluss in der königlichen Familie zu interessieren. Man freute sich, den Monarchen und den Thronfolger beim Gottesdienste wieder beisammen zu sehen und achtete wohl darauf, ob sie stumm dastanden oder

auch Worte miteinander wechselten. Für den König war die Aussöhnung eine lästige Notwendigkeit gewesen. Der Prinz aber war herzlich froh, nicht mehr der vom Hofe Ausgestossene zu sein. Im vertrauten Kreise erschien er sogar ausgelassen lustig. Als Lady Cowper ihn beglückwünschte, umarmte und küsste er die schöne Hofdame immer wieder. Die Prinzessin stand lachend daneben und sagte: „So, so, ihr küsst euch also bei grossen Anlässen". Uebrigens ward die Aussöhnung als eine Angelegenheit behandelt, von der die fremden Höfe keine Notiz nehmen sollten. Als Frankreich einen Gesandten schicken wollte, um Georg I. zu beglückwünschen, ward diese Sendung höflich, aber entschieden abgelehnt[1]).

Im englischen Verfassungsleben bedeutete die Wiedervereinigung der gesamten Whigpartei im Jahre 1720 den letzten wichtigen Schritt auf dem Wege zur Parteiregierung. Alle Pläne zur Bildung eines gemischten Ministeriums waren gefallen. Whig war die Losung. Die Tories hatten das Nachsehen. Und fortan ward Robert Walpole selbst zum eifrigsten Anwalt der reinen whiggistischen Regierung. Er ist damit recht eigentlich der Begründer des Parteiregiments geworden. Aber auch die Kehrseite dieses Systems, die Opposition, ward zur dauernden Erscheinung. Denn das Schicksal hat sich an ihm gerächt. Wie er sich mit seinen „Unzufriedenen" der Regierung seiner Parteigenossen Stanhope und Sunderland entgegengestemmt, so ist auch unter seiner Herrschaft wiederum ein Flügel der Whigs von ihm abgefallen, um ihm zusammen mit seinen übrigen Gegnern Opposition zu machen.

Opposition, so wie er sie getrieben, sachlich und persönlich, erbarmungslos und gehässig und von den begabtesten Politikern ausgeübt, ward also auch ihm bereitet. Werfen wir schon jetzt einmal einen Blick auf seine späteren Jahre, so finden wir Bolingbroke und Pulteney als die politischen Wortführer, Swifts Gulliver und die Blätter des *„Craftsman"* als die literarischen Waffen der Gegner Walpoles. Er selbst bekommt nun die ganze Bitterkeit zu fühlen, die er ehedem anderen eingeflösst hatte. Unter den Manuskripten von Houghton

[1]) Berichte Pulteneys aus Paris vom 13., 14., 17. Mai 1720. R. O. France 355. Wallenrodt, 17./28. Mai 1720. G. St. A.

Hall in Norfolk, wo Walpoles schriftlicher Nachlass noch heute verwahrt wird, befindet sich in der Hand seiner späteren Jahre ein Blatt, auf dem der alternde Staatsmann, ermattet vom Kampfe, einmal in aphoristischer Form seine Gedanken über Regierung und Opposition niedergelegt hat[1]). Man ahnt die Gefühle, von denen er beseelt ist, wenn er also schreibt: „. . . .Tories, Jakobiten und Patrioten — was hält sie so eng zusammen? — Die Bande und die Fesseln der Partei. — Wie verschieden sie auch sein mögen, sie finden sich zusammen in Opposition. — Die Jakobiten bedrängen die Regierung, die sie stürzen wollen. — Die Tories streiten für Parteiherrschaft und Macht. — Die Patrioten, unzufrieden und enttäuscht, möchten das Ministerium verdrängen, um selbst an seine Stelle zu treten. — So haben sie es 20 Jahre lang ohne Erfolg getrieben. — Sie wollen nicht länger warten. — Sie schreien nach einer andern Politik und meinen doch nur andere Minister. — Sie sagen es selbst, all ihr Tun ist nur gegen einen Einzigen gerichtet. — Warum gegen den Einen? — Weil sie sich einbilden, kein anderer könnte ihnen widerstehen. — Der Eine ist der Verderber, der Haufe die Betörten."

Klingt das alles nicht wie eine Paraphrase dessen, was Walpole einst selbst geübt hatte? Das melancholische Empfinden, das in diesen Sätzen zum Ausdruck kommt, muss es nicht verstärkt worden sein durch die drückende Erinnerung an Walpoles eigene Opposition in den Tagen Stanhopes? Es war die Kehrseite des Systems, das durch Walpoles Aufstieg zur Macht das herrschende geworden war.

Damals aber, im Jahre 1720, als die Hannoveraner verdrängt waren und England sich selbst zurückgegeben schien, als die grosse Partei der Whigs, in sich geeint, das Staatssteuer wieder fest in der Hand hielt, da war Raum geschaffen für die freie Entfaltung der Kräfte des Volkslebens und für das Walten einer grossen Persönlichkeit über der gesamten britischen Nation. So stehen wir an der Schwelle einer neuen Epoche englischer Geschichte.

[1]) The Separatists. Anhang Nr. 9.

CHELSEA PUBLIC LIBRARY

# Anhang.

In den folgenden Stücken ist durchweg die Orthographie modernisiert und die oft falsche Schreibung der Namen berichtigt worden.

## Nr. 1.

## Zur Geschichte des Konflikts im Königshause. (Vgl. S. 54.) Drei Briefe des Prinzen von Wales an Georg I.

(Beilage zu Hoffmanns Bericht vom 24. Dezember 1717. W. St. A.)

Von den folgenden Briefen scheinen keine gedruckten Exemplare erhalten zu sein. Die Veröffentlichung, über die der König sehr aufgebracht war, wurde als das Werk des Prinzen bezeichnet, von ihm selbst aber verleugnet. 20 Jahre später erfolgte auf Veranlassung des damaligen Prinzen von Wales eine neue Veröffentlichung der Briefe, aber in einer ungenauen englischen Uebersetzung. In dieser Form hat auch Lord Hervey dieselben in seine Memoiren (1848) 2, 474 ff. aufgenommen. Wir geben den heute unbekannten französischen Originaltext.

### Première lettre du Prince de Galles au Roi du 30. nov. 1717.

Sire.

J'ai reçu avec la soumission que je dois les ordres que Votre Majesté m'a envoyés de demeurer dans mon appartement jusqu'à ce que Votre Majesté m'ait fait savoir Ses volontés ultérieures.

Cette marque forte de l'indignation de Votre Majesté m'a infiniment surpris, n'ayant jamais eu d'autres sentiments à l'égard de Votre Majesté que ceux qui conviennent à un fils obéissant.

On m'avait fait croire que Votre Majesté avait paru assez facile sur le choix que j'avais fait du Duc de York pour être Parrain de mon Fils, et qu'il pourrait être representé par le Duc de Newcastle sans qu'il le fût lui-même, et en étant persuadé, je ne pouvais m'empêcher de regarder comme un traitement inouï qu'il voulut être Parrain de mon Enfant en dépit de moi.

Mais lorsque Votre Majesté jugea à propos de l'ordonner je me suis soumis.

Le procédé du Duc de Newcastle m'a touché sensiblement, et j'en fus si indigné que le voyant dans l'occasion, je ne pus m'empêcher de lui en donner des marques.

Mais comme le respect que j'ai toujours eu pour Votre Majesté m'avait empêché de lui en témoigner aucun ressentiment, quand il était chargé de Vos ordres, j'espère qu'Elle aura la bonté de ne pas regarder ce que j'ai dit comme un manque de respect envers Votre Majesté.

Cependant si j'ai eu le malheur d'offenser Votre Majesté contre mes intentions, je lui en demande pardon, et je La supplie d'être persuadée du respect avec lequel je suis etc.

**Seconde lettre du Prince de Galles au Roi du 1. dec. 1717.**

Sire.

J'espère que Votre Majesté aura la bonté de m'excuser si dans l'état où je me trouvais quand je pris la liberté d'écrire à Votre Majesté j'ai omis de lui dire que je ne témoignerais aucun ressentiment contre le Duc de Newcastle, et je prends cette occasion d'en assurer Votre Majesté étant avec un très profond respect etc.

**Troisième lettre du Prince de Galles au Roi du 2. dec. 1717.**

Sire.

Je viens d'obéir aux ordres de Votre Majesté en quittant St. James. La princesse m'accompagne, et nos domestiques sortent du palais avec nous avec toute l'expédition possible. Je etc.

---

## Nr. 2.

## Die unterdrückte Präambel zur Quadrupel-Allianz.

(Vgl. S. 135 ff.)

(Record Office. Germany 210.)

**Projet du traité entre leurs Majestés Britannique et Très-Chrétienne et les Seigneurs États-Généraux pour la paix entre l'Empereur et le Roi d'Espagne, et entre l'Empereur et le Roi de Sicile.**

. . . . . .

Sa Majesté Britannique touchée d'un objet si grand et si digne de ses soins, ayant communiqué au Sérénissime et Très-Puissant Roi Très-Chrétien, et à leurs Hautes Puissances les Seigneurs États-Généraux des Provinces Unies ses vues pour y parvenir, ils ont embrassé avec zèle ce juste dessein, et ces trois puissances ont dès lors employé leurs soins de concert à en faire approuver les moyens par les parties interessées. Mais le Roi Catholique ayant occupé par les armes l'île de Sardaigne, dont l'Empereur était en possession, sans que les offices les plus effectueux des dites trois puissances ayent pû détourner, ni faire réparer ensuite cette entreprise faite contre la neutralité d'Italie, Elles ont vu le commencement de ce qu'elles avaient si justement prévu et appréhendé, et ont cru qu'elles devaient redoubler leurs efforts pour tâcher d'éteindre ce fen dans sa naissance, et de prévenir, pendant qu'il en est encore temps, les maux et les calamités dont l'Europe est menacée, et auxquelles Elle demeurerait exposée, tant qu'il ne serait pas supplée à ce que les traités d'Utrecht et de Bade ont laissé d'imparfait, et tant que les diverses prétentions sur les successions à écheoir en Italie ne seraient pas fixées.

Dans cette vue leurs Majestés Britannique et Très-Chrétienne et les Seigneurs États-Généraux, qui d'ailleurs n'ont aucun autre interêt que celui du repos public dans les différends qui subsistent encore, ou qui pourraient survenir entre les dits trois princes, ont jugé que le seul moyen qui restait pour tirer l'Europe de l'état d'incertitude où elle se trouve, et lui procurer une tranquillité générale et permanente, était, que les trois puissances contractantes réglassent entre elles avec une impartialité religieuse les prétentions réciproques que les parties interessées peuvent avoir présentement et à l'avenir

et qu'elles prissent des mesures pour faciliter l'exécution de ce qui leur aurait paru le plus juste et le plus convenable, pour anéantir tout prétexte de nouvelles guerres que les dits trois princes interessés pourraient exciter, ou en repoussant des injures reçues, ou en revendiquant des droits réservés ou en voulant faire valoir des prétentions obscures.

A cette fin pour procurer une paix durable entre les dits trois princes, et pour assurer une paix générale et solide à toute l'Europe qui ne se ressent que trop encore du poids des longues et sanglantes guerres qu'elle a essuyées, leurs Majestés Britannique et Très-Chrétienne et les Seigneurs États-Généraux des Provinces Unies, avec des intentions si justes et si sincères et sous les auspices de la Sagesse Divine, après une mûre déliberation et en suivant la conduite qui a été heureusement pratiquée[1]) dans plusieurs occasions importantes par les prédécesseurs de leurs Majestés Britannique et Très-Chrétienne et des Seigneurs États-Généraux sont convenus que les articles suivants pourraient servir d'un fondement équitable pour établir une paix perpetuelle entre Sa Majesté Impériale et Sa Majesté Catholique, et entre Sa Majesté Impériale et le roi de Sicile.

---

## Nr. 3.

## Stanhopes grosse (an Dubois 30. März a. St. 1719 gerichtete) Denkschrift über den Krieg der Quadrupel-Allianz gegen Spanien und die politische Lage im Jahre 1719. (Vgl. S. 174 ff.)

Abgesehen von einem kurzen Abschnitt, der bei Graham, Annals of Stair 2, 387—8 gedruckt ist, wird sie hier zum erstenmal im vollen Wortlaut mitgeteilt.

(St. Saphorin-Akten im Staatsarchiv zu Hannover.)

Monsieur,

Je suis encore réduit à commencer cette lettre par des excuses mais j'ai le plaisir de voir par celle que V. E. a écrite à M. Schaub, que vous êtes d'avance disposé à les accepter, et que vous jugiez trop bien de l'accablement d'affaires où les serviteurs de S. M. devaient être dans ces circonstances, pour me savoir mauvais gré que j'aie tant tardé à vous répondre. Aussi je m'empresse à le faire dès que l'ajournement de notre Parlement me donne un peu le temps de respirer. Je ne saurois assez vous dire, Monsieur, combien le Roi est sensible à la vigilance et à l'attention de V. E. à nous avertir si promptement et si exactement des desseins et des mouvements de nos ennemis, et à la cordialité avec laquelle S. A. R. est allée au devant de tout ce que S. M. pouvait désirer d'Elle à cet égard. Le Roi devait sans doute ne se promettre pas moins de votre affection; mais vous savez vous y prendre à la faire sentir doublement à vos amis, et à redoubler aussi leur reconnaissance.

Je ne m'etendrai pas sur les disposition que nous avons faites ici tant par terre que par mer, pour prévenir, ou pour repousser l'invasion des Espagnols. My Lord Stair et M. Craggs en auront déjà amplement informé V. E. Mais les soins de S. M. ne se sont pas bornés à la sûreté de ses propres royaumes.

---

[1]) Traités conclus à la Haye le 21. mai, 24. juillet et 4 août 1659: entre la France, l'Angleterre et la Hollande, pour porter, ou en cas de refus, forcer les rois de Suède et de Danemarc à faire la paix entre eux, avec les changements du traité de Roschil, dont les trois puissances étaient convenues, ce qui fut suivi du traité de paix entre ces deux couronnes, conclu à Copenhague le 27. mai 1660. Triple Alliance conclue à la Haye le 23 janvier 1668 entre l'Angleterre, la Suède et la Hollande, pour obliger le roi d'Espagne à faire la paix avec la France aux conditions concertées par les trois puissances avec cette couronne, ce qui donna lieu au traité de paix d'Aix la Chapelle conclu le 2 mai 1668.

Comme vous paraissiez soupçonner que l'armement espagnol pût aussi être destiné à envahir quelque partie de la France, le Roi a enjoint à ses amiraux d'y apporter toute l'attention possible, et au cas que cet armement s'approchât de vos côtes, d'y accourir incessamment, et de les défendre avec la même diligence et la même vigueur que les nôtres. Et s'il arrivait que malgré toutes vos précautions et les nôtres, les Espagnols fissent une descente en France, S. A. R. doit compter sur tout le secours et sur toute l'assistance qu'il sera dans le pouvoir de S. M. de lui donner, tant en vaisseaux qu'en troupes.

De quel côté que les Espagnols puissent se tourner, j'espère qu'avec l'aide de Dieu, nous parerons assez aisément au coup qu'il voudront nous porter. Mais nous ne devons pas nous arrêter à nous garantir seulement de leurs insultes, si nous ne voulous pas y demeurer exposés continuellement. Il faut pousser le Cardinal Alberoni chez lui, pour l'empêcher de porter ses vues au dehors; et S M. voit avec une satisfaction singulière que Monseigneur le Régent entre dans ces sentiments, et se dispose si bien à les mettre en œuvre. Ce que Mylord Stair vient de nous mander à cet égard, me rappelle ce dont j'ai eu l'honneur d'entretenir et S. A. R. et V. E. pendant mon séjour à Paris. Et comme vous paraissiez le goûter alors, je vais vous le retracer présentement avec la même confidence, et d'autant plus librement, que les ordres du Roi me le prescrivent.

J'ai bien prévu dès mon retour d'Espagne, que si le Cardinal ne se rendait pas pendant le terme qui lui était fixé, il n'y aurait plus rien qui pût dompter son courage, ni lui faire perdre l'espérance de remplir ses vastes desseins, tant qu'il ne serait pas attaqué dans l'Espagne même, tant qu'on ne tournerait pas son application à sa propre défense, et qu'il se verrait à l'abri de toute entreprise de dehors, et de toute contradiction au dedans; mais j'ai prévu en même temps, que l'on ébranlerait, bientôt, et son opiniâtreté et sa puissance dès que l'on se mettrait en devoir de perdre un ministre si inquiet et si dangereux, en relevant efficacement le courage tant des peuples qui souffrent impatiemment la perte de leurs privilèges, que des grands qui gémissent sous le mépris ou ses maximes les ont fait tomber. C'est ce que le bien de l'Europe exigerait de nous quand le Cardinal ne nous en aurait pas donné l'exemple lui-même. Mais après toutes les injures atroces et indignes qu'il a employées contre le Roi, et contre Mgr. le Régent, après tous les attentats qu'il a formés contr'eux et leurs Etats, et après qu'il a voulu armer leurs propres sujets contr'Eux, leur honneur et leur sureté exigent également, qu'ils lui fassent essuyer tout le poids de leur ressentiment. S. A. R. parait être trop convaincue de cette nécessité pour que j'y insiste davantage; mais afin que les opérations qu'Elle a résolu de commencer aussitôt que son armée sera assemblée, et que la saison pourra le permettre, produisent plus surement l'effet qu'Elle se propose, voici la méthode que S. M. croit devoir y être observée. Il lui semble qu'après l'expédition qui doit se faire au Port de Passage, et aux environs, S. A. R. devrait partager son armée en deux corps, pour pénétrer avec l'un plus avant dans la Biscaye, et avec l'autre dans la Catalogne; non seulement afin de diviser par là les forces de l'Espagne, mais principalement pour faire espérer à tous les peuples qui confinent avec les Pyrénées une part égale à la restitution de leurs privilèges; mais en même temps que l'armée sera prête à se mettre en marche, il faudra déclarer par un manifeste, que S. A. R. n'entre point dans l'Espagne pour y faire des conquêtes, ni pour s'y rien approprier, mais qu'au contraire quelque progrès que ses armes y puissent faire, Elle restituera tout à la paix, sans en garder un pouce de terre. Qu'Elle ne se propose d'autre but que d'affranchir le Roi Catholique et ses royaumes de l'oppression et de la tyrannie d'un ministre étranger, qui ne songe qu'à élever sa gloire particulière sur leur ruïne et leur destruction; qu'Elle invite tous les bons Espagnols à se joindre à Elle dans un dessein si salutaire; qu'ils y trouveront une sureté entière pour eux et pour leurs biens, et qu'Elle ne posera pas les armes que les natifs du pays ne rentrent dans le maniment des affaires, dont le cardinal les a exclus. Outre ce manifeste général, il sera bon d'en faire un particulier, qui regarde

spécialement les peuples de Catalogne, d'Arragon, de Valence, de Navarre, et de Biscaie, leur promettant qui ceux qui recevront l'armée de France sans opposition, et qui concourront avec Elle à chasser leur tyran, le cardinal, de l'Espagne, jouïront tous également de la protection de S. A. R.; qu'ils seront immédiatement rétablis dans leurs anciens privilèges, et qu'on ne fera la paix avec le Roi Catholique qu'à condition qu'il les leur confirme. Et comme peut être l'on gagnerait plus facilement la confiance de ces peuples, si la garantie de leurs privilèges leur était promise en même temps de la part du Roi, S. M. offre à S. A. R. de tenir dans son armée un ministre muni de pleins pouvoirs pour publier en son nom partout où il sera besoin, des déclarations convenables pour cet effet, ou même de lettres de créance vers les dites provinces, afin que de concert avec votre général il puisse traiter avec elles, et s'engager formellement à cette garantie. Le choix en pourrait tomber sur mon cousin Stanhope qui avec la connaissance qu'il a de l'Espagne, y serait peut-être plus propre qu'un autre; et Sa Mté le dépêchera aussitôt qu'Elle en saura la volonté de S. A. R de qui il prendra ses instructions. De plus si Monsgr le Régent jugeait qu'il fût utile que de nos escadres parussent sur les côtes de Biscaie et de la Catalogne pendant que vos troupes y agiront, S. M. y ordonnera autant de vaisseaux que S. A. R. trouvera nécessaires.

En s'y prenant ainsi, S. M. ne peut qu'espérer que l'on viendrait en peu de temps à bout du cardinal, dont la perte lui paraît de plus en plus essentielle et nécessaire pour votre sureté et pour la nôtre. Car avec les idées qu'il roule dans son esprit, et se jouant aussi ouvertement des traités qu'il le fait, toute paix qu'on pourrait faire pendant qu'il gouvernerait l'Espagne, ne serait pas seulement précaire, mais beaucoup plus dangereuse que la guerre même.

Vraisemblablement S. A. R. trouvera peu de résistance dans des pays où Elle ne paraîtra que comme leur ange tutélaire, et où tous les peuples doivent naturellement être disposés à se jetter entre ses bras. Or une infinité de raisons doivent porter S. A. R. à cette entreprise, à occuper ces pays le plutôt qu'Elle pourra, et à les remettre dans leur ancien état. S. M. ne conçoit pas d'autre moyen de procurer une paix, et prompte et durable. Le grand dessein du cardinal est sans doute de renverser Mgr le Regent, et s'il nous envahit, ce n'est que pour en venir plus facilement à bout; mais il ne sera plus guère à craindre pour S. A. R dès qu'Elle occupera en Espagne la lisière depuis la Méditerranée jusque à l'océan, car non seulement Elle le réservera par là, et l'éloignera de ses frontières, mais Elle lui ôtera l'une de ses plus grandes ressources, en coupant les revenus si considérables qu'il tire de ces provinces. Leur exemple animera les autres peuples de l'Espagne, et bientôt il ne sera plus dans le pouvoir du cardinal de résister à leurs clameurs, ni dans celui du Roi Catholique de se dispenser d'en faire la victime de la paix; mais quand la perte du cardinal aura donné lieu à la paix, rien ne sera plus efficace pour la consolider, et pour mettre S. A. R. dans une sureté réelle, que le rétablissement des privilèges dont ont joui ci-devant les peuples qui bordent les Pyrénées. Car là Elle se les attachera inviolablement, et Elle pourra faire d'autant plus de fond sur cette barrière (quoi-qu'entre les mains de l'Espagne) que tout ce que le Roi Catholique tenterait dans la suite contre les droits de S. A. R. rejaillirait nécessairement sur eux, et mettrait en risque les privilèges dont ils lui auront en toute l'obligation. Outre que ce sera un affaiblissement solide et permanent de la monarchie d'Espagne, laquelle étant privée des revenus immenses que ces provinces lui donnent depuis qu'elles sont dépouillées de leurs privilèges, sera réellement, et en tout temps, beaucoup moins redoutable à la France qu'elle ne l'est présentement, soit que votre jeune Roi vous soit conservé ou qu'il vienne à manquer. Cette diminution de finances laissera à tout ministre téméraire moins de tentation à bouleverser l'Europe. Et quand même l'Espagne viendrait à reprendre des vues pareilles à celles du cardinal, elle serait bien moins en état de les soutenir. Mais nous n'aurons guère à craindre, que des ministres espagnols mis à sa place puissent travailler sur ses plans, ni par rapport aux affaires étrangères en général, ni par rapport à la France en particulier. Ils

savent très bien par l'expérience du passé, ce qu'il leur a coûté de posséder les Pays Bas et l'Italie, pour vouloir s'épuiser à les reconquérir. J'ai vu que les grands mêmes qui y gagneraient le plus, en pensent ainsi, et que s'ils en étaient crus, l'ambition de leur roi se bornerait uniquement à bien régler l'interne de l'Espagne et les Indes. Et quant à la France, ce qui porterait le cardinal au plus haut degré de sa gloire, ferait le comble de leur honte, et de leur malheur.

Votre Excellence ne regardera pas, j'espère, ce que je viens de déduire, comme le simple effet du juste ressentiment de Sa Mte. Quelque indignée qu'Elle soit de la conduite de la cour d'Espagne tant à son égard qu'à celui de Mgr le Régent, Elle ne vous propose que ce qu'Elle juge être indispensable pour notre sureté commune, et pour le bien de la paix. Rien ne doit mieux vous en convaincre que les mouvements extrêmes qu'Elle s'est donnée pour obtenir de l'Empereur la prolongation du terme qui était fixé au Roi d'Espagne pour l'acceptation des expectatives. S. M. est confirmée en cela aux intentions et aux instances de S. A. R. Et pourvu seulement que les États Généraux se dépêchent de signer, les nouveaux 3 mois seront accordés à l'Espagne pour se résoudre à la paix

Mais il est évident que se surcroît de condescendance ne ferait que produire un effet contraire, et rendre le cardinal plus insolent, si elle n'était suivie de vigueur et de force.

V. E. jugera aisément avec quelle répugnance l'Empereur a consenti à ce nouveau terme. Aussi ne sommes-nous parvenus à le lui arracher, qu'à condition que ce sera le dernier, et qu'ensuite il ne puisse plus s'agir des expectatives pour le fils de la reine, mais qu'immédiatement après la signature des Hollandais l'on convienne ensemble du prince ou des princes qui devront lui être substitués au cas que le Roi Cath. laissât encore écouler ce temps sans souscrire à notre traité. Et c'est sur quoi M de Pendtenriedter exige de nous des déclarations par écrit. Nous voyons par la dépêche de Mylord Stair que S. A. R. ne trouve pas seulement cette condition très-juste et indispensable à l'égard de l'Empereur, mais qu'Elle en comprend encore toute la nécessité par rapport au Roi d'Espagne. Car sûr est-il que les expectatives ne seront pour ce prince un motif de paix, que quand il sentira qu'il les perdra sans retour en continuant la guerre. Sans cela il pourrait impunément tenter tout ce que son violent ministre lui suggère, et se jouer de nous en attendant des conjonctures plus favorables à ses desseins, si on lui laissait la liberté de revenir toujours aux mêmes conditions, après qu'il aurait inutilement épuisé tous ses efforts, et toutes ses tentatives. De sorte que le Roi et S. A. R. sont réellement les plus interessés à éviter cet inconvénient et à y obvier par la déclaration que l'Empereur demande. Mais S. M. a d'autant moins hésité à y donner les mains, qu'autrement nous pourrions nous exposer encore à d'autres inconvénients pas moins dangereux pour nous que celui dont je viens de parler. V. E. a déjà eu quelque appréhension que l'Empereur ne traitât séparement de l'évacuation de la Sicile, et d'un accommodement particulier à cet égard. A la verité nous avons pris toutes nos précautions pour le prévenir; mais l'on ne saurait pourtant répondre de ce qui en arriverait si l'Empereur ne voyait pas de fin à nos ménagements pour l'Espagne, surtout le Roi de Sardaigne ne se mettant de la partie, comme il ne manquerait pas de le faire; nous le connaissons trop pour en douter. Et comptez, Monsieur, que ses menées à la Cour Imp. ne tendent pas à moins qu'à renverser tout notre système. D'ailleurs nous avons lieu de soupçonner que les ministres espagnols à Vienne, depuis qu'il s'agit de leur amnistie, prennent à tâche de faire leur cour au Roi d'Espagne. Vous savez le pouvoir qu'ils ont sur l'esprit de leur maître. Et si une fois nous leur donnions une aussi juste prise contre nous, que de faire les difficiles sur une déclaration conforme en tout à nos engagements, après avoir poussé le premier terme de 3 mois jusqu'à près d'une année. Dieu sait où ces gens seraient capables de mener l'Empereur qui déjà ne paraît que trop piqué de cette prolongation, et de la chaleur dont nous l'avons sollicitée.

Quoique S. A. R. se soit montrée si prête à donner la déclaration dont il s'agit, j'ai crû néan-moins qu'il ne serait pas tout à fait inutile de m'étendre un peu sur ces considérations. Nous sommes présentement occupés à coucher cette déclaration, et nous vous en enverrons copie dès qu'elle sera dressée.

Mais outre cette déclaration, les ordres de M. de Pendtenriedter sont encore clausés par une autre condition. Comme les nouveaux trois mois ne doivent commencer que la signature des Hollandais, l'Empereur a aussi limité un terme pour cette signature, et M. de Pendtenriedter ne pourra plus y concourir si elle ne se fait au plus tard en 4 semaines à compter du jour qu'il a reçu son rescrit. Or comme ce terme s'écoulera avec la semaine prochaine, et que nous avons appris que le consentement des États ne tient plus qu'à l'échange des ratifications de la nouvelle convention pour la barrière, nous avons dépêché d'abord un exprès au Marquis de Prié pour le presser de faire incessamment cet échange. Aussi comptons-nous qu'il l'aura été fait actuellement, et que par ce moyen le ministre des États Généraux pourra recevoir à temps les ordres de signer ici les articles secrets avec le reste du traité. Nous comptons aussi que Votre Exce aura soin de nous faire tenir pour ce temps-là la déclaration pour S. A. R. Cependant comme nous n'étions pas surs qu'elle pût arriver ici sitôt, et que nous avons crû ne devoir point arrêter à cela la signature des États, et mettre par là en risque leur accession si capitale pour nous, et pour laquelle le Roi, et S. A. R. ont tant sacrifié, nous avons enfin disposé M. de Pendtenriedter à signer en tout cas sur la déclaration de S. Mté lui promettant qu'elle lui procurera celle de S. A. R. le plus promptement que faire se pourra, et qu'aussitôt après cette signature, l'on procédera à concerter ensemble à quel autre prince l'Empereur devra conférer les expectatives à l'exclusion du fils d'Espagne, si par l'obstination invincible du cardinal, le Roi Catholique laissait encore écouler ces derniers 3 mois sans se rendre à la paix.

Il me reste, Monsieur, à vous parler sur les affaires du nord. J'avoue à Votre Excellence que notre attention en a été un peu distraite, tant par l'équipement des Espagnols, que par nos occupations parlementaires ; mais quand même nous aurions été plus libres, nous sommes encore trop peu informés des dispositions présentes de la Couronne de Suède par rapport à la paix, pour avoir pu nous déterminer à rien de fixe à cet égard. Et nous en sommes encore à nos premières idées vagues et générales. Il n'y a qu'une chose sur laquelle le Roi ait pris son parti; c'est de chercher en premier lieu à s'unir étroitement pour cet effet avec le Roi de Prusse, suivant ce que vous n'avez cessé de nous inculquer. S. M. comprend parfaitement combien il est important au repos du nord de faire envisager à ce prince d'autres à ses ressources que celles qu'il croit trouver dans le Czar, et de le fixer à ses vrais interêts par des liaisons plus voisines. Mais comme nous n'avons d'autre ministre à employer à Berlin que M. Whitworth, il nous faut attendre à l'y envoyer, que les États Généraux ayent pris leur résolution finale sur les articles secrets, et vous approuverez sans doute que nous ne le tirions pas plutôt de la Haye. Lorsqu'il sera à Berlin, il agira entièrement de concert avec le Comte de Rottembourg, et se prévaudra de son secours. Et quant à la pacification générale du nord, nous serons mieux en état d'en juger par les lumières que le comte de la Marck pourra vous fournir là-dessus. Je supplie V. E. de vouloir nous les communiquer avec les réflexions que vous y aurez faites, et je vous promets de même une communication exacte des avis que nous recevrous du Colonel Bassewitz. Nous le croyons présentement arrivé en Suède, quoi-que nous n'en ayons pas encore la nouvelle. Je suis &c.

## Nr. 4.

## Ein Urteil aus dem Jahre 1716 über den Wert Gibraltars. (Vgl. S. 263 ff.)

(Bericht Bonets vom 29. Sept./9. Okt. 1716. Geh. Staats-Archiv.)

C'est une acquisition bien onéreuse que celle que cette couronne a faite de cette dernière île[1]) et de Gibraltar, les garnisons qu'elle y entretient lui coûtent 89 501. 15. 3 sterl. outre la dépense qui regarde les vaisseaux qu'on y envoye annuellement. L'interêt du commerce fait qu'on soutient ces dépenses, mais si on est un jour bien assuré qu'on n'a pas à craindre une union de la France et de l'Espagne qui fermât le détroit de Gibraltar et interrompît le commerce de la mer Méditerranée, on cédera volontiers ces places à l'Espagne pour de bons avantages de commerce, ce qui sera un acte fort populaire, mais où la couronne trouvera aussi ses avantages.

## Nr. 5.

## Ein Zwischenfall im Unterhause, 1719. (Vgl. S. 267 ff.)

(Destouches an Dubois, London, 1. Febr. 1719. Aff. étr.)

Je ne puis me dispenser, Monseigneur, de vous rendre compte d'une aventure burlesque (car on ne peut nommer autrement ce qui vient de se passer) qui est arrivée aujourd'hui dans la Chambre des Communes. Un nommé Fuller qui passe pour l'âme damné de Walpole, s'est avisé de dire qu'il apportait à la chambre un libelle qui méritait toute son attention et qui était intitulé: Manifeste sur les sujets de rupture entre la France et l'Espagne, par lequel un particulier étranger s'ingérait de disposer du domaine de la Couronne d'Angleterre en se faisant fort d'avoir assuré la restitution de Gibraltar au roi d'Espagne. La Chambre a été si étonnée de cette étrange motion, pour me servir de termes de ce pays-ci, qu'elle est demeurée d'abord dans un profond silence. Mais celui qui a mis la matière sur le tapis a été plus étonné lui-même, car de dix on douze membres qui lui avaient promis de l'appuyer, aucun n'a osé ouvrir la bouche, voyant l'indignation générale que ce discours avait causée, et le meilleur de l'affaire c'est que Walpole lui-même qui avait détaché cet enfant perdu et qui s'était fait fort de le porter aux nues, ne s'est pas trouvé à la Chambre; en sorte qu'on a passé tout d'un coup à une autre matière sans témoigner la moindre attention au discours de Fuller. Mais il s'est vanté en sortant que quoique ceux qui l'avaient animé l'eussent abandonné aujourd'hui, il aurait demain sa révanche. On est persuadé que son impudence sera suivie du même succès. Néanmoins ceci me confirme ce que M. Craggs m'avait dit il y a quelque temps que ce que l'on avait jugé à propos d'insérer dans le manifeste de France touchant Gibraltar causerait quelque tracasserie dans la Chambre des Communes. Mais au surplus elle n'aura aucune suite selon toutes les apparences et ne pourra produire qu'un bon effet, puisque le silence des deux Chambres sur cette matière ou leur approbation, rendra authentique cette clause secrète du Traité.

[1]) Minorca.

## Nr. 6.

## Stanhope über die Gibraltar-Frage. (Vgl. S. 271.)

(Stanhope an Schaub, Paris, 28. März 1720. Rec. Off. France 361.)

(Inbezug auf Gibraltar hat Schaub sehr weise geantwortet, dass jetzt von der Abtretung nicht die Rede sein könne.) . . . . . il est vrai que nous avons fait une démarche au Parlement pour pressentir cette assemblée sur la disposition où elle serait quant à Gibraltar. J'ai moi-même été l'auteur de cette proposition et l'avais fait faire dans la vue de faire passer un bil, qui rendît le roi maître de disposer de Gibraltar comme bon lui semblerait pour l'avantage de ses royaumes. Vous ne sauriez croire quel mouvement cette tentative a fait dans le public, qui s'est généralement soulevé avec indignation sur le simple soupçon que l'on songeait après tant de succès heureux dans une guerre commencée injustement par le Cardinal Alberoni, à nous priver dans la paix à faire de cette place. Une chose qui a beaucoup contribué à échauffer les esprits est une insinuation répandue par nos factieux que le roi avait pris des engagements formels de rendre cette place, ils ont cru par là avoir une prise pour attaquer le ministère. On a publié quantité de libelles, pour animer le public et pour inciter à faire plutôt quelques campagnes que de céder Gibraltar. Il a fallu céder (à) ce torrent, et le parti le plus sage que l'on ait pu prendre, a été de laisser tomber la proposition au Parlement, puisque si on l'avait poussé, il serait arrivé indubitablement tout le contraire de ce que l'on s'était proposé et nous courrions risque de voir passer un bil qui eût pour toujours lié les mains au roi (Soll dem spanischen Hofe zu verstehen geben, dass, wenn er auch noch eines Tages über Gibraltar zu verhandeln wünscht, er es doch jetzt lieber nicht erwähnen möge.) Nous souhaiterions fort aussi que la France n'eût point remué dans cette affaire, la vivacité qu'elle a témoigné là-dessus a beaucoup nui. (Wir mussten schon einen Bruch fürchten und argwöhnen, dass es den Franzosen um eine Aenderung des Systems zu tun sei und Gibraltar nur Vorwand.) . . . le peu d'empressement qu'elle témoignait à accélerer les évacuations à faire, le profond silence qu'elle a gardé sur tout ce qui se passait entre elle et l'Espagne, et les discours très extraordinaires de quelques gens fort accredités ici paraissaient confirmer ces idées qui ont été le motif de mon voyage ici.

## Nr. 7.

## Der englische Hof im Jahre 1719, ein von Abbé Dubois entworfenes Bild. (Vgl. S. 275, 563.)

(Archives du Ministère des affaires étrangères. Correspondance Politique. Supplément 6.)

**Mémoire contenant quelques observations dont il paraît nécessaire que M. le Comte de Senneterre soit instruit avant son départ pour aller remplir l'ambassade d'Angleterre.**

. . . . . .

Comme Md Stanhope est celui des ministres anglais qui a le plus de part à ces traités, cette raison seule suffirait pour assurer qu'il voudra soutenir son ouvrage, mais ce jugement n'est plus une simple conjecture, l'expérience a fait connaître qu'il s'y portait avec zèle et avec vivacité et qu'étant persuadé de l'utilité réciproque d'une intelligence parfaite et d'une entière confiance, il n'a négligé aucun des soins, ni aucun des attentions qui pouvaient contribuer à l'un

et à l'autre; l'ambassadeur du Roi ne peut aussi rien faire de mieux pour le service de S. M. que d'agir en tout avec ce Ministre sur les mêmes principes. Il lui trouvera l'esprit net, décisif, et solide, avec un cœur droit, vrai et même impatient de montrer la vérité se portant toujours avec vivacité et avec courage à ce qu'il croit utile à sa patrie ou pouvoir concourir avec qui serait avantageux à la nation anglaise. Il est simple, sans faste, capable d'amitié et en même temps de quelque jalousie lorsqu'on la partage. Il est intègre, sans aucun intérêt, sans détour et ne demande que les soins nécessaires pour le tenir dans des préventions favorables, et pour l'empêcher d'en prendre de contraires, à quoi, à la longue, des gens appliqués quoiqu' inférieurs à lui en lumieres et en connaissances pourraient réussir, en sorte que ce ministre que les plus habiles ne pourraient surprendre, et que nul intérêt et nulle considération ne sauraient tenter, n'est pas incapable de se rendre aux continuelles insinuations de son sécrétaire, ce qui doit obliger à attirer et à caresser le Sr Schaub pour le remplir des principes dont il est important que Md Stanhope ne s'éloigne pas pour lui faire passer dans les occasions qui se présentent les principales choses auxquelles il convient qu'il fasse attention, et afin que les lettres, qu'il doit écrir soient plus fortes ou plus faibles suivant les circonstances Le Sr Schaub se pique extrêmement d'amour pour sa patrie qui est le Canton de Bâle et se regarde comme un ministre qu'il faut consulter. L'ambassadeur du Roi le gagnera en lui faisant espérer quelque protection pour la ville de Bâle, et en traitant avec lui comme s'il avait la principale part aux affaires, avec la précaution toutesfois que comme il parle beaucoup, et qu'il est en grande familiarité avec les ministres allemands, il ne faut pas lui faire confidence de ce que l'on ne veut pas qu'ils sachent. Il est élève de M. de St. Saphorin, ministre du Roi de la Grande Bretagne à Vienne qui a beaucoup de capacité; le Sr Schaub est un canal par où l'on peut le disposer aux choses qui conviendront au service du Roi.

M. Craggs, Sécrétaire d'Etat ayant le département de la partie méridionale de l'Europe, a un sens droit et beaucoup d'esprit sans en avoir l'affectation. Il est généreux, fidèle, droit, et penche plus à la hauteur qu'à la dissimulation et à la finesse. Il est sensible à l'amitié, et en est très capable; on ne doit craindre de lui aucune infidélité ni aucune surprise. Il est susceptible cependant de prendre assez facilement de l'ombrage et de la défiance, mais il se rend aux éclaircissements vrais. Il est persuadé qu'une union parfaite entre la France et l'Angleterre est nécessaire pour leur avantage commun, ce qui est le principal lieu entre Md Stanhope et lui. Il est blessé plus que personne de l'influence qu'ont en Angleterre les ministres allemands, et le dissimule moins qu'aucun autre de ceux qui ont part aux affaires; C'est aussi ce qui règle son affection et ses opinions sur le crédit que doit avoir en Angleterre la Cour de Vienne. Comme il sait ce qu'on peut faire avec le ministère d'Angleterre et auprès du Roi son maître, pour les précautions que l'on peut prendre à l'égard de la Cour de Vienne, il n'y a personne dans le ministère d'Angleterre par qui l'ambassadeur du Roi puisse mieux sentir lorsqu'il sera chargé de faire quelques démarches contre les vues et les mouvements des Impériaux, ou lorsqu'il croira lui-même que le bien du service du Roi demandera qu'il les fasse jusqu'où il le faut porter et quelle doit être la règle et la mesure qu'il faudra garder dans chacune de ces occasions.

M. le Comte de Senneterre apprendra de ce ministre qu'il ne faut jamais parler au Roi de la Grande Bretagne de manière qu'il puisse penser que la France aurait en vue de le brouiller avec l'Empereur, mais seulement de l'aider à prendre les précautions convenables à un grand Roi contre les entreprises et les hauteurs de la Cour de Vienne.

La droiture de M. Craggs l'a conservé en liaison et même en amitié avec des personnes de mérite de différents partis à qui il rend service et qui ont confiance en lui malgré son principal engagement.

Celui qui tient le premier rang entre ceux avec qui Md Stanhope et M. Craggs agissent pour les arangements domestiques de l'Angleterre et pour

ce qui regarde les intérêts de cette Couronne dans les pays étrangers est Md Sunderland qui depuis longtemps a parcouru presque toutes les principales places du gouvernement d'Angleterre. Il a été Sécrétaire d'État, Viceroi d'Irlande, chef du Conseil, et il est présentement premier Commissaire de la Trésorerie. C'est l'homme du monde le plus actif, très instruit de tout ce qui regarde la chambre des Seigneurs et fort accrédité parmi eux et dans la cité. Il rassemble contre lui la haine des partis qui sont contraires au gouvernement, et celle des ennemis du Duc de Marlborough et de sa famille, et particulièrement celle du Prince de Galles qui le regarde comme le principal auteur de l'éloignement que le Roi son père a pour lui, les démarches d'éclat qui se sont faites pour le mortifier, et des obstacles à sa reconciliation.

Md Sunderland est véritablement fort droit et très désintéressé. Ses gouts dominants sont les femmes et les livres, non pour les lire, car il est trop vif et trop occupé pour s'y arrêter, mais par curiosité pour en amasser et former une bibliothèque extraordinaire.

Sa principale correspondance est avec Md Stanhope et M. Craggs, mais il est plus lié qu'eux avec Md Cadogan, et surtout avec M. de Bernstorff dont il estime la droiture et sans lequel il ne pourrait pas soutenir les attaques qu'on lui donne auprès du Roi. Il n'a pas la même opinion de M. de Bothmer, et il ne le voit ni sincère ni bien intentionné pour lui.

L'on peut regarder comme l'un des points qui demandent le plus d'attention dans la conduite de l'ambassadeur du Roi, la manière dont il doit se gouverner contre les ministres anglais et allemands.

Il n'est pas douteux que les derniers n'aient une confiance de prédilection dans l'esprit du Roi de la Grande Bretagne. Ce Prince est lié par un intérêt capital aux affaires d'Allemagne, et il est obligé par la même raison de ménager l'Empereur. Ses Ministres Allemands agissent dans le même esprit non seulement par les mouvements d'une affection née avec eux, et confirmée par d'anciens préjugés, mais encore dans des vues ou d'intérêt ou d'élevation.

L'attachement du Roi leur maître à ses Etats d'Allemagne, la violence qu'il s'est faite en les quittant et d'autres motifs encore lui donnent du goût pour tout ce qui a rapport à ces mêmes Etats, et ouvrent aux ministres allemands des voies faciles auprès de lui.

Le premier d'entr'eux est le Baron de Bernstorff, homme de mérite, consommé dans les affaires de l'Empire, d'une application sans relâche, d'un extérieur grave et sage, droit dans le commerce de la vie, profond et défiant dans les affaires d'Etat, ferme jusqu'à l'opiniâtreté et qui a toujours conservé la principale confiance du Roi s. mtre.

M. de Bothmer second ministre d'Hannover, résidant en Angleterre, n'a ni l'estime du Roi son maître ni celle de M. de Bernstorff, mais il est attaché à son service depuis si longtemps et il a été employé dans tant d'affaires intimes qu'il se soutient et qu'il a toujours beaucoup de part aux affaires. Il a de l'esprit et des connaissances assez étendues, son caractère le conduit à être doux, fin, rusé et même double. Comme il a résidé longtemps à Vienne, et qu'il a reçu des graces de cette cour, il est partial sans mesure pour tout ce qui la regarde, et il est le principal conseil des ministres de l'Empereur qui résident en Angleterre. Il est connû et méprisé des ministres dont il n'ignore pas les sentiments pour lui. Il aime la dépense et néglige aucune des occasions qui peuvent lui être utiles, ce qui le met dans la nécessité de ne se déclarer contre personne et d'aller a ses fins par des intrigues secrètes. Il est soupçonné d'entretenir des intelligences secrètes avec Md Townshend, et avec M. Walpole, ennemis du ministère présent. Ses correspondances à la Cour sont particulièrement avec le sécrétaire du Conseil d'Hanovre, avec le grand Maréchal et avec celui qui fait la charge de Grand Ecuyer du Roi d'Angleterre. Il est aussi en relation avec Melle la Comtesse de Kilmanseck et il ménage Mehemet, premier valet de chambre de ce Prince. La jalousie que M de Bothmer a de la supériorité de M. de Bernstorff est retombée sur M. Robethon qu'il traverse secrétement tant qu'il peut.

Quoique M. Robethon ait souvent donné des assurances d'un vif désir de faire connaître qu'il n'a pas oublié les devoirs de sa naissance, et qu'en effet il y ait eu lieu de le croire en plusieurs occasions, il faut cependant le regarder comme un homme entièrement livré à M. de Bernstorff dont toute sa fortune dépend.

Il est né Français, et il est sorti du Royaume pour la Religion pr.

Il a été attaché en premier lieu au Duc de Zell, ensuite au Roi Guillaume. Il est revenu à Hanovre où M. de Bernstorff s'est servi de ses talents et de ses connaissances et l'a approché du Roi de la Grande Bretagne en lui procurant l'emploi du sécrétaire du Cabinet, et la place de Conr de la chancellerie ou Conr d'Etat de l'Electorat d'Hanovre.

M. Robethon est homme d'esprit, il sait plusieurs langues il a du goût pour les belles lettres, il est très instruit des affaires de la Basse Allemagne, et il est vif et laborieux. Pendant toutes les dernières guerres il n'y a eu aucun réfugié plus emporté contre la France que lui. Il est encore quelquefois très caustique contre elle, surtout en ce qui regarde les religionnaires qu'il protège, car il est dévot, et un des chefs du comité des réfugiés d'Angleterre. Il suit la pente de M. de Bernstorff pour l'Empereur. Peut-être en attend-il quelque distinction, et quelque titre, si le Roi d'Angleterre venait à mourir, ou que quelque disgrâce l'obligeât de se retirer en Allemagne. Si la Cour de Vienne lui a présenté quelque gratification secrète il ne l'aura pas refusée, mais il ne se tient pas lié par ces sortes d'engagements, et lorsque l'occasion ou l'humeur qui domine en lui, le rend quelque fois comme fanatique, lui inspirent des emportements, rien n'est capable de le retenir. Il parle même souvent involontairement et par humeur. La commission qu'il a eue d'abord de servir d'interprète au Roi de la Grande Bretagne lorsqu'il donnait audience à des Anglais qui ne savaient pas parler français ou allemand, l'assiduité qui le met toujours à portée l'a familiarisé avec M. de Bernstorff, diverses correspondances étrangères dont on s'est déchargé sur lui, et la nécessité de lui donner le soin de suivre beaucoup d'affaires auxquelles les ministres anglais ne peuvent vaquer qu'imparfaitement pendant les séances du Parlement, lui ont fait une espèce de ministère entre les Anglais et les Allemands qui demande qu'on le ménage malgré les inégalités et le peu de sûreté que l'on trouve dans son commerce, mais on apprendra moins et l'on ferait moins si l'on négligeait la correspondance avec lui. Md Sunderland et Md Cadogan ont assez de confiance en lui. Md Stanhope et M. Craggs le croient indiscret et intéressé, mais ils ne laissent pas de se servir de lui. Il a un accès continuel avec M. de Bernstorff, et il est très bien venu auprès de Madame la Duchesse de Munster, il est haï de Melle de Kilmanseck, il est l'objet de la jalousie de Mme Bothmer et des Allemands de la chancellerie d'Hanovre; aussi bien que de la haine de tout ce qui dépend du ministère allemand, et de Mehemet premier valet de chambre du Roi de la Grande Bretagne.

Md Stanhope est celui d'entre les Anglais que l'on a cru le plus capable de concilier l'opposition naturelle des deux ministères, et en effet, il a su depuis quelques années se conduire de manière qu'en agissant selon les intérêts de la nation et du Roi, son maître, il est demeuré dans une assez grande liaison avec M. de Bernstorff.

Comme ses emplois dans le gouvernement ne lui ont pas ôté le goût de la guerre, et peut-être l'espérance de parvenir aux premières dignités militaires, on l'a regardé dans tous les temps comme l'un de ceux qui pouvaient prétendre le commandement général à la mort de Md Marlborough. Cependant sa probité l'a porté à rendre justice aux talents de Md Cadogan pour la guerre, et depuis qu'il a associé au gouvernement le Duc d'Argyle, il lui laissera disputer à Md Cadogan le commandement des troupes, et il ne sera plus son seul compétiteur.

Md Cadogan a de son côté plusieurs avantages. Il est étroitement lié avec les Allemands, son dévouement aux intérêts de l'Empereur lui donnera dans tous les temps de puissants appuis, et si la nouvelle entreprise des

Espagnols lui donne lieu de rendre des services importants au Roi, sa destination pour succéder au Duc de Marlborough pourra être confirmée.

. . . . . .

Il doit avoir une attention très particulière à ne pas marquer de défiance des intentions de M. de Bernstorff, de M. Robethon, ni de ceux qui sont liés au même parti, et il faut même que dans les occasions où il pourrait croire que M. de Bernstorff serait opposé à ce que l'on désirait, il affecte de lui confier les choses dont il saura que la connaissance ne peut pas lui être dérobée, quand même il en attendrait le succès uniquement de l'intérêt et des bonnes dispositions des ministres anglais, afin qu'il ne puisse pas croire que l'on ait en intention de les lui cacher et qu'il ne puisse pas supposer au Roi, son maître, que l'on n'affecte de la réserve à son égard que dans la vue de se ménager des moyens d'aliéner l'Empereur de ses intérêts. Mais soit que l'ambassadeur du Roi croit avoir des raisons de prévenir le Baron de Bernstorff sur les affaires dont il serait chargé, soit qu'il juge à propos de ne lui en point parler ou de différer de le faire, il faut qu'il concerte sa conduite à cet égard avec les ministres anglais qui pourront, lorsqu'il se sera attiré leur confiance, lui donner de bons avis sur le temps et sur la manière d'agir auprès des autres ministres.

Sur toutes choses l'ambassadeur du Roi doit éviter avec beaucoup de soin de prendre ouvertement un parti dans les différends qui peuvent s'élever entre les deux ministères et s'il marque dans le particulier plus de confiance aux Anglais dont il tirera le plus de secours, il faut que les dehors soient observés de manière que les Allemands ne puissent pas en prendre d'ombrage, en telle sorte que profitant de ce qu'il il saura des défiances qui naîtront entre les ministères pour régler sa conduite il en tire avantage pour le service du Roi, et c'est ce qu'il ne peut faire avec succès qu'en évitant de s'attirer des confidences qui pourraient lui ôter les moyens de ménager l'un et l'autre parti, mais en s'instruisant cependant par d'autres voies des causes de leurs demêlés.

Il est bien important que M. le Comte de Senneterre ait une attention très particulière à sa conduite à l'égard du Prince de Galles, et c'est le principal écueil qu'il ait à éviter. Il doit faire en général des voeux en toutes occasions pour la réunion de la Maison Royale, mais il faut qu'il évite avec soin de donner la moindre défiance sur ce sujet au Roi d'Angleterre et à ceux de ses ministres qui ont le plus d'intérêt que cette réunion ne se fasse pas.

Les principaux objets de l'aversion du Prince sont Md Sunderland et Md Cadogan. M. de Bernstorff est le plus ferme à l'égard du Prince, mais c'est cependant celui à qui on s'adressera toujours lorsqu'il s'ouvrira quelque moyen de conciliation.

M de Bothmer et Madelle de Kielmanseck sont soupçonnés de conserver des liaisons secrètes avec le Prince et avec la Princesse.

. . . . . .

M. le Comte de Senneterre recevra des instructions plus particulières sur le compte qu'il rendra par ses dépêches des dispositions qu'il aura reconnues par lui même et S. A. R. a seulement voulu lui faire remettre ce mémoire pour ne lui pas laisser ignorer le caractère et les affections de ceux qui ont le plus de part aux affaires à la Cour d'Angleterre.

Fait à Paris le 13e avril 1719.

Dubois.

## Nr. 8.

## Aus der offiziösen englischen Darstellung der Beziehungen zu Russland in den Jahren 1716—1720. (Vgl. S. 425, 435—6.)

(Ein dem russischen Residenten Weselowsky übergebenes Memorial, unterzeichnet von Stanhope, datiert: Whitehall, 11./22. Febr. 1720. Beilage zu Hoffmanns Bericht vom 23. Febr. 1720. W. St. A.)

. . . . . .

Il est vrai que le Prince Kurakin se rendit ici pour cette négociation au commencement de l'an 1716, mais au lieu de répondre aux avances de Sa Majesté on mit en avant plusieurs difficultés qu'il serait trop long de rapporter ici, et en particulier on refusa aux sujets du roi la liberté de trafiquer à Casan ou à Astrachan, privilège qui leur avait été accordé par les prédécesseurs de Sa Majesté Czar. Mais ce qui fit principalement échouer la négotiation, c'est qu'on ne voulut jamais entendre de la part du Czar à conclure le traité de commerce sans conclure en même temps une alliance à laquelle on donnait une telle étendue qu'elle n'aurait pu manquer d'engager la couronne de la Grande Bretagne dans une rupture avec la couronne de Suède, son ancienne alliée, dont la destruction serait également incompatible avec le repos et la balance de l'Europe et avec le soutien de la religion protestante auquel Sa Majesté par tant de raisons de conscience et d'État se trouve obligée de contribuer de tout son pouvoir.

. . . . . .

Quoique dans une telle situation des affaires Sa Majesté eût lieu de croire que le mémoire qui lui fut présenté par le Sieur Resident l'été de l'an 1718 dans lequel on faisait mention du penchant du Czar à vivre en amitié avec elle, n'était qu'un artifice déstiné à cacher les négotiations et les intrigues dont on vient de parler, cependant pour n'avoir aucun reproche à se faire, Elle en prit occasion d'envoyer le Sieur Jefferys à Petersbourg en qualité de resident, et même Elle ordonna à l'amiral Norris de s'y rendre avec lui; mais cet amiral ayant déjà fait voile de la mer Baltique pour retourner en Angleterre, lorsque le Sieur Jefferys arriva à Copenhague, celui-ci poursuivit son voyage. Il ne négligea rien pour profiter des bonnes dispositions dans lesquelles on l'avait assuré qu'il trouverait le Czar, mais il parût bientôt que ce n'était encore qu'un amusement, puisque au lieu de lui faire des propositions on lui en demanda et que lorsqu'il parla de rétablir l'ancienne amitié et de conclure un traité de commerce on lui dit qu'il fallait auparavant songer à une alliance et à un plan d'operations de guerre contre la Suède; propositions qu'on savait bien ne pouvoir pas être admises par un ministre de la Grande Bretagne.

Enfin lorsque le entreprises concertées à Ahland avec le Baron de Görtz eurent été entièrement renversées par la mort du roi de Suède, le Czar ne trouvant point dans la princesse qui lui a succédé d'inclination a poursuivre des plans si injustes et si dangereux, forma le dessein de l'y réduire par la force et par des excès dont il se trouve peu d'exemples. Occupé de cette idée il s'allarma de la flotte que Sa Majesté etait obligé d'envoyer tous les ans dans la mer Baltique pour protéger le commerce de ses sujets. Il demanda d'une manière imperieuse et menaçante à quoi elle était destinée: et il écrivit à l'amiral Norris en des termes auxquels la couronne de la Grande Bretagne n'est point accoutumé.

Cependant à tout ceci le roi n'a opposé que les voyes de la douceur et de la médiation, l'ayant fait offrir au Czar par le Lord Carteret et par l'amiral Norris, mais le Czar trouva à propos de ne pas recevoir leurs lettres, sous prétexte qu'ils n'étaient point accreditès auprès de lui, prétexte sur lequel les autres puissances en guerre contre la Suède n'ont fait aucune objection quoiqu'elles fussent dans le même cas.

Comme on ne cherche pas à aigrir les choses, on ne parla point ici des mauvais traitements faits aux sujets de Sa Majesté dans les états du Czar, des matelots anglais forcés à servir sur la flotte russienne, des artisans à qui on refuse la liberté de retourner dans leur patrie, des marchands arrêtés sans cause, et des vaisseaux saisis et confisqués injustement avec leur cargaison.

---

## Nr. 9.

## Robert Walpoles Gedanken über die Opposition im Parlament.

(Vgl. S. 623.)

(Die folgenden Sentenzen fand ich in eigenhändiger Niederschrift Walpoles unter den Manuskripten in Houghton Hall. Ein auf dem Blatte angebrachtes Zeichen lässt sie als Einschaltung zu einem andern Schriftstück, das ich nicht mehr gefunden habe, erscheinen. Sie sind in der Tat nichts anderes als ein Stück von der grossen Verteidigungsrede, welche Walpole am 13. Februar 1741 im Unterhause hielt, oder, genauer gesprochen, ein Stück der von Coxe 1, 657 ff. Walpole zugeschriebenen Rede. Mag sie in dieser Form gehalten sein oder nicht — ich möchte es bezweifeln — so haben wir es doch unzweifelhaft mit einer Walpoleschen Niederschrift zu tun. Wir teilen sie hier mit, schon weil der neugefundene Wortlaut mit dem Text bei Coxe nicht genau übereinstimmt. Mit dem bitteren Urteil aber, das der Staatsmann am Ende seiner Laufbahn über das Gebahren der Opposition abgibt, übt er auch selbst, ohne es zu wollen, die herbste Kritik an seinem eigenen Tun und Treiben in den Jahren 1717—1720.)

### The Separatists.

They call themselves the Nation and the People,
Under that character assume all power.
King, Lords and Commons are a faction,
In consequence they are the Government
Upon these principles they have destroyed all authority,
The people judge, direct and resist all legal magistracy.
They withdraw from Parliament because they succeed in nothing.
This must be the effect of places, pensions and corruption.
Are the people on the Court side more united than the other?
Are not the Tories, Jacobites and Patriots equally determined?
What makes this strict union?
Party engagements and attachments.
Whatever they differ in, they all agree in opposition.
The Jacobites distress the Government they would subvert;
The Tories contend for party-prevalence and power.
The Patriots, from discontent and disappointment, would change the ministry [for themselves to succeed.
They have laboured this point 20 years unsuccessfully;
Impatient of longer delay.
They mean change of ministry, when they cry out change of measures.
In party contests, why should not both be equally steady?
Does not a Whig administration as well deserve the support of the Whigs as [the contrary?
Why is not principle the cement in one as well as the other,
Especially when they confess, all is levell'd against One man.

Why this One man?
Because they think, vainly, nobody else could withstand them.
All others are treated as tools and vassals.
The One is the corrupter, the numbers corrupted.
Compare the Lords on both sides.
Compare the estates, fortunes and characters of the Commons.

## Nr. 10.

## Drei jakobitische Spottgedichte.

(Aus den Konzepten-Bänden der Berichte Bonets von 1718 und 1719. Geh. Staats-Archiv.)

I.

**Satire apposée à la statue du Roi à la bourse en octobre 1718.**

Behold th'usurper on Great Britains throne,
At Court mere wax and in the city stone.
To Tories steele, to Whigs a log of wood,
None but his whores ever felt him flesh and blood.

II.

**Satire publiée en juillet 1719.**

The Whigs would the Tories all devour.
They the King do now possess:
In his folly lies their power.
Wisdom soon would make it less.
The Prince with raging passion heated
Vows to have his will obeyed:
Like King James he will be cheated
And by Walpole soon betrayed.
Whilst the Princess all things knowing
Laughs at all without disguise,
Labours at her own undoing
And late or never will be wise.

III.

. . . . . .

Happy were it for the nation
If with evils past content
They would make a restoration
And the ills to come prevent.

CHELSEA PUBLIC LIBRARY
CHELSEA PUBLIC LIBRARY